

Humboldt-Universität zu Berlin  
Philosophische Fakultät I  
Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft

**Gender Budget –  
Konzept und Bedeutung  
für das Management  
Öffentlicher Bibliotheken**

Dissertation  
zur Erlangung des akademischen Grades Dr. phil.

Gutachter  
Prof. Dr. Robert Funk, HU Berlin  
Prof. Dr. Dagmar Jank, FHS Potsdam

vorgelegt von  
Susanne Korb

Berlin, Juni 2008

## **Inhalt**

	<b>Dank</b>	<b>9</b>
	<b>Anlass, Themenstellung und Aufbau der Arbeit</b>	<b>11</b>
<b>1</b>	<b>Die Entwicklung der Genderforschung</b>	<b>14</b>
1.1	Begriffsprägung	14
1.1.1	Begriffsherkunft und Adaption	14
1.1.2	Begriffsdefinition und Verbreitung	15
1.1.3	Sex und Gender	17
1.2	Die Voraussetzungen der Genderforschung	20
1.3	Die historische Rechtsstellung der Frauen	24
1.3.1	Prolog: Patriarchat	24
1.3.2	Väterliche Gewalt	26
1.3.3	Geschlechtsvormundschaft	28
1.3.4	Naturrecht	31
1.4	Die Ziele der Frauen	37
1.4.1	Menschen- und Bürgerrechte	37
1.4.2	Frauenwahlrecht	45
1.4.3	Frauenbildung	47
1.5	Die Erfolge der Frauen	50
1.5.1	Prolog: Bürgerliches Gesetzbuch 1900	50
1.5.2	„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“	52
1.5.3	„Man kommt nicht als Frau zur Welt ...“	58
1.5.4	Reformen im Bürgerlichen Gesetzbuch	61
1.5.5	Gleichheit und Differenz	63

1.6	Die Lebenswirklichkeit der Frauen	68
1.6.1	Statistik	69
1.6.2	Öffentliche und private Arbeit	71
1.6.3	Armutsrisiko	74
1.7	Die Ziele der Genderforschung	76
<b>2</b>	<b>Die Implementierung des Gender Mainstreaming</b>	<b>77</b>
2.1	Die Schaffung von Rechtsgrundlagen	78
2.1.1	Impulse auf internationaler Ebene	78
2.1.2	Realisierung auf europäischer Ebene	82
2.1.3	Umsetzung in Deutschland	89
2.2	Das Konzept des Gender Mainstreaming	100
2.2.1	Das Prinzip Gender Mainstreaming	101
2.2.2	Frauenpolitik und Gender Mainstreaming	102
2.2.3	Gender Mainstreaming als Doppelstrategie	104
2.3	Das Instrumentarium des Gender Mainstreaming	108
2.3.1	Gender-Kompetenz	109
2.3.2	Gender-Analysen	110
2.3.2.1	Die 3-R-Methode	110
2.3.2.2	Gender Impact-Assessment	113
2.3.2.3	Gender Budget-Analyse	114
2.3.2.4	Geschlechterspezifische Statistiken	114
2.3.2.5	Checklisten	116
2.3.2.6	Weitere Analyse-Methoden	117
2.3.3	Gender-Trainings	117
2.3.4	Konsultative und partizipative Instrumente	123
2.4	Gender Mainstreaming als Prozess	123
2.4.1	Projektorganisation	124
2.4.2	Implementierungsphasen	125
2.4.3	Controlling und Nachhaltigkeit	127

2.5	Gender Mainstreaming als Innovation	130
2.5.1	Rechtskraft	130
2.5.2	Weibliche Qualifikation	131
2.5.3	Wettbewerbsvorteil Diversity Management	132
2.5.4	Verwaltungsmodernisierung	135
2.5.5	Mitarbeiter-Motivation	136
2.6	Gender Mainstreaming als Risiko	139
2.6.1	Gender Mainstreaming statt Frauenpolitik	140
2.6.2	Gender Mainstreaming als neuer Biologismus	144
2.6.3	Delegation von Gender Mainstreaming	146
2.6.4	Gender Mainstreaming aus patriarchaler Sicht	148
2.7	Gender Mainstreaming und Gender Budget	154
<b>3</b>	<b>Das Instrument Gender Budget</b>	<b>155</b>
3.1	Definition und Adaption	155
3.2	Herkunft und Verbreitung	157
3.3	Das Konzept des Gender Budget	161
3.3.1	Die Ziele des Gender Budget	161
3.3.2	Planungsvoraussetzungen	162
3.3.2.1	Gender als Charakteristikum	163
3.3.2.2	Profile öffentlicher Haushalte	164
3.3.2.3	Optimierung des Mitteleinsatzes	167
3.3.3	Planungsprozess	170
3.3.3.1	Akteure	170
3.3.3.2	Wirkungsbereich	172
3.3.3.3	Rahmenbedingungen	173
3.4	Methoden und Instrumente	176
3.4.1	Vorgehensweise	176
3.4.2	Budget-Analyse	179
3.4.3	Ergebnisse	183

3.5	Gender Budgets in der Praxis	186
3.5.1	Internationale Initiativen	186
3.5.1.1	Australien	186
3.5.1.2	Südafrika	188
3.5.2	Europäische Projekte	192
3.5.2.1	Schweiz	192
3.5.2.2	Österreich	196
3.5.3	Ansätze in Deutschland	199
3.5.3.1	Bund, Länder und Kommunen	199
3.5.3.2	Münster	201
3.5.3.3	München	202
3.5.3.4	Köln	204
3.5.3.5	Berlin	205
3.6	Resümee	207
<b>4</b>	<b>Bibliotheken als Operationalisierungsbereich</b>	<b>209</b>
4.1	Bibliotheken im kommunalen Haushalt	210
4.2	Verwaltungsreform	212
4.2.1	Behördenkritik	212
4.2.2	Neues Steuerungsmodell	214
4.2.2.1	Haushaltsplan als Steuerungsinstrument	215
4.2.2.2	Budgetierung als Steuerungsverfahren	216
4.2.2.3	Budget, Produkt und Leistung	216
4.2.3	Verwaltungsreform im Überblick	218
4.2.4	Strukturveränderung für die Bibliothek	220
4.2.4.1	Reformziel Dezentralisierung	220
4.2.4.2	Reformziel Budgetierung	221
4.3	Produkte als Steuerungseinheiten	221
4.3.1	KGSt-Modell für Bibliotheken	222
4.3.2	Modellvarianten für Bibliotheken	223
4.3.3	Produktpläne in Großstadtbibliotheken	225

4.3.4	Produkt-Kennzahlen und Indikatoren	227
4.3.5	Kosten- und Leistungsrechnung	230
4.4	Kommunaler Haushalt als Gender Budget	235
4.4.1	Pilotprojekt Berlin	236
4.4.1.1	Konstituierung 2002/2003	237
4.4.1.2	Pilotphase 2003/2004	240
4.4.1.3	Hauptphase 2004/2006	244
4.4.1.4	Beschlusslage	248
4.4.1.5	Steuerungsrelevanz	250
4.4.2	Gender Budget-Intentionen	251
4.4.2.1	Stadt und Bibliothek Köln	252
4.4.2.2	Stadt und Bibliothek München	254
4.5	Resümee	256
<b>5</b>	<b>Die Nutzerschaft der Bibliothek</b>	<b>259</b>
5.1	Studien zu Leseverhalten und Mediennutzung	260
5.1.1	Geschlecht als Kategorie	262
5.1.2	Geschlecht als Thema	268
5.2	Mediennutzung nach Geschlecht und Alter	271
5.2.1	Kinder	272
5.2.2	Jugendliche	276
5.2.3	Erwachsene	283
5.3	Mediennutzung in Bibliotheken	289
5.3.1	Bibliotheksnutzung	289
5.3.2	Anmeldedaten	290
5.3.3	Benutzerbefragungen	291
5.3.4	Gender-Bewusstsein	294
5.4	Resümee	297

<b>6</b>	<b>Das Personal der Bibliothek</b>	<b>298</b>
6.1	Frauenarbeitsplatz Bibliothek	300
6.1.1	Feminisierung des Berufsstandes	301
6.1.2	Gegenwärtige Situation	311
6.1.3	Führungspositionen	318
6.1.4	Führungsstile	322
6.2	Vergütung und Entgelt	330
6.2.1	Eingruppierung nach BAT	330
6.2.2	Tarifverhandlungen	333
6.2.3	Frauenberuf und Vergütung	335
6.2.4	Technologieeinsatz und Vergütung	338
6.3	Arbeitsorganisation	340
6.3.1	Teilzeitarbeit	340
6.3.2	Zeitverträge	343
6.3.3	Karrieremuster	345
<b>7</b>	<b>Strukturdefizite und Bibliothek</b>	<b>347</b>
7.1	Haushaltskonsolidierung	347
7.1.1	<a href="http://www.bibliothekssterben.de">www.bibliothekssterben.de</a>	348
7.1.2	<a href="http://www.spareninbibliotheken.de">www.spareninbibliotheken.de</a>	349
7.1.3	Großstadtbibliotheken	350
7.2	Personalfluktuation	353
7.3	Bibliotheken als freiwillige Aufgabe	354
7.4	Initiativen für ein Bibliotheksgesetz	357
7.5	Gender-Desiderate	364
<b>8</b>	<b>Zukunftsperspektiven für Gender Budgets</b>	<b>365</b>
8.1	Akzeptanz	366

8.2	Datenerhebung	366
8.3	Mittelverteilung	367
8.4	Bildungspolitischer Fortschritt	368
<b>9</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	<b>369</b>
	<b>Tabellen</b>	<b>372</b>
	<b>Literatur</b>	<b>386</b>
	<b>Erklärung</b>	<b>415</b>



## **Dank**

Lebenslanges Lernen gilt als Ideal. Von der dahinter verborgenen Anstrengung ist eher selten die Rede. Mancher Plan wird jedoch nie aufgegeben, und um einen solchen handelt es sich auch bei der vorliegenden Arbeit. Meine Funktion als Leiterin einer Öffentlichen Bibliothek nimmt meine Zeit in Anspruch und meist viel mehr. Und die Bibliothek selbst - eine kontinuierliche Herausforderung an die eigenen Kenntnisse.

Auf dieser Grundlage habe ich vor einigen Jahren das postgraduale Magister-Studium am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen. Die schriftliche Hausarbeit ‚Vertrauensarbeitszeit - ein Modell für Öffentliche Bibliotheken‘ hat der langjährig für Managementfragen zuständige Prof. Dr. Robert Funk als Erstgutachter bewertet. Dieser Abschluss brachte mich meinem eigentlichen Ziel einen Schritt näher.

Dass Prof. Funk auch die Rolle als Doktorvater angenommen hat, sowie das von mir erbetene, bisher (noch) nicht zu den Klassikern des Bibliotheksmanagements zählende Thema, verpflichtet mich ihm gegenüber weiterhin zu großem Dank. Meinen Fragen begegnete er stets kurz, aber wesentlich motivationsfördernd.

Gleichermaßen dankbar bin ich Frau Prof. Dr. Dagmar Jank für ihr Interesse am Thema meiner Arbeit und ihre spontane Bereitschaft, die Zweitbegutachtung zu übernehmen.

Lehrreicher Nebeneffekt einer solchen Arbeit ist die Pflicht, Bibliotheken wieder aus der Nutzerperspektive kennen zu lernen: Die Ausleihfristen sind überraschend kurz, die Klassifikationen kompliziert und die benötigten Titel von anderen Lesern vorbestellt. Tatsächlich hatte ich jedoch zu keiner Zeit Schwierigkeiten, z. B. die gut sortierten Bestände der benachbarten Universitätsbibliothek Braunschweig zu benutzen. Die als Lektorin zuständige Frau Dr. Beate Nagel und vor allem die auch überregional durch ihre Verbandsarbeit bekannte Frau Dipl.-Bibl. Rita Dopheide haben mir so manche Suche erleichtert und so manchen Weg erspart. Selbstverständlich tun sie dies für alle Studenten, und doch möchte ich ihnen ausdrücklich dafür danken.

Auch ‚meine‘ Bibliothek habe ich im Lauf der Arbeit mit neuen Augen gesehen. Waren offiziell nur die Kolleginnen in meiner nächsten Umgebung informiert, so blieben doch einige Wunderlichkeiten kaum verborgen, wie z. B. die zahlreichen Fernleihbestellungen und dabei gelegentlich die ungewohnten Titel.

Nicht eine Minute meiner Arbeitszeit sollte für diese Freizeitarbeit verwendet werden. Für das Kollegium war ich jedoch manchmal auch Kunde. Es hat mir in Spezialfragen geholfen und meine Doppelbelastung über mehrere Jahre sicherlich auch gespürt. Gern nehme ich auch diese Arbeit zum Anlass, den Kolleginnen und Kollegen einmal mehr für ihre Unterstützung zu danken.

Im Lauf eines langen Berufslebens gesellen sich zur Kernaufgabe zunehmend Verbands- und Ehrenämter, Projekte und Sonderaufgaben. Und auch im privaten Bereich werden Pflichten übernommen in Clubs und Vereinen.

Um nun die Kernfunktion in keiner Weise zu beeinträchtigen, war es nicht nur erforderlich, über mehrere Jahre jeden Urlaub, jedes Wochenende und viele, viele lange Abende die Arbeit voranzubringen, vielmehr musste ich diese vermeintliche Freizeit erst einmal als solche herstellen. Die Reduzierung meiner zahlreichen Engagements war nicht nur meinerseits mit Verzicht verbunden, sondern hat sicherlich auch in meiner Umgebung zu mancher Enttäuschung geführt.

Obwohl ich mein Vorhaben so wenig wie möglich bekannt machen wollte, haben mich in dieser mühevollen Zeit sehr viele Personen unterstützt - direkt und indirekt, und dies eben häufig ganz einfach durch ihre Nachsicht und Geduld. Und auch so haben sie zum Gelingen dieses Projektes beigetragen. Ihnen allen gilt mein herzlichster Dank.

## **Anlass, Themenstellung und Aufbau der Arbeit**

„Von großem Interesse war auch das zur Zeit in vielen gesellschaftlichen Bereichen diskutierte Thema Gender Mainstreaming, das bisher in der Bibliotheks- und Archivlandschaft allerdings kaum Beachtung findet. Es gibt zur Zeit nur eine Analyse einer öffentlichen Bibliothek, die von Dr. Karin Aleksander, Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der HU Berlin, vorgestellt wurde. Diese Analyse versucht, erste Rückschlüsse zu ziehen, um sowohl bei der Nutzung von Bibliotheken wie auch im Berufsbild der Bibliothekarin/des Bibliothekars eine größere Geschlechtergerechtigkeit herzustellen“ (Wenzel, 2004, S. 1645f.), so Cornelia Wenzel in ihrem kurzen Bericht über das 39. Treffen der Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen vom 29. bis 31. Oktober 2004 in Kassel. Diese Feststellung gilt unverändert.

Aus einer Vielzahl von Gründen verdient dieses Thema, insbesondere der Aspekt Gender Budget, jedoch künftig erhöhte Aufmerksamkeit.

Die politische Diskussion hierzu steht am Beginn einer Entwicklung, die zeigen wird, ob das Gesellschaftsgefüge, die Unternehmen und die öffentlichen Arbeitgeber willens sind und aktiv werden, um geschlechterdemokratische Konditionen zu schaffen, die auch die Verteilung der finanziellen Ressourcen einschließen.

Die Fortschritte der letzten Jahre auf diesem Gebiet werden wortreich bekundet, erweisen sich jedoch bei näherer Betrachtung oft genug als halbherzig und reversibel. Finanznöte wie auch die Divergenz zwischen Rechtsgrundlage und Lebenswirklichkeit zeigen sich in Frauenbetrieben immer wieder mit großer Deutlichkeit, insbesondere in finanziellen Krisenzeiten.

Die Autorin dieser Untersuchung ist langjährig als Leiterin einer Öffentlichen Bibliothek tätig und so wird es nicht verwundern, dass aus dieser Erfahrung heraus ihr Interesse dem sich abzeichnenden gesellschaftlichen Fortschritt und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Bibliotheken gilt.

Ziel dieser Untersuchung wird es daher sein, die bereits vorhandenen Denkansätze zu eruieren und ihre Relevanz für das Management von Bibliotheken, insbesondere Öffentlichen Bibliotheken, zu erforschen. Dazu werden die Bibliotheken als Operationalisierungsgebiet zwischen konzeptioneller Herausforderung und eigenem Organisationsstatus verortet sowie ihre Strukturen nach genderanalytischen Maßstäben untersucht.

Da es sich bei Gender Budget um ein Partizipationsmodell handelt, das seine Wurzeln in gesellschaftlichen Strömungen gründet, also keine originäre Entwicklung aus der Bibliotheksorganisation darstellt, empfiehlt sich eine deduktive Vorgehensweise. Diese führt zu folgender Gliederung:

In Kapitel 1 werden die Voraussetzungen geschaffen, das Untersuchungsthema als begründet und aktuell zu erkennen. Dies geschieht nach definitorischer Positionierung durch das Aufzeigen von Entwicklungslinien anhand politischer Wendezeiten und historischer Zäsuren als zielführende Kausalkette bis in die Gegenwart mit ihren genderpolitischen Handlungserfordernissen.

Kapitel 2 widmet sich dem internationalen Konzept Gender Mainstreaming. Herkunft und Entstehungsprozess werden dabei ebenso betrachtet wie Rechtsgrundlagen, Implementierungsmethodik und Instrumentarium. Innovationskraft wie auch Risikopotenzial werden gleichermaßen erörtert.

Kapitel 3 konzentriert sich auf Gender Budget, das finanzpolitische Instrument innerhalb des Gender Mainstreaming. Theorie und Methodik, Ziele und Kritik werden herausgearbeitet und die Praxistauglichkeit des Konzeptes anhand internationaler Initiativen und europäischer Projekte aufgezeigt sowie erste Ansätze in Deutschland bei Bund, Ländern und Kommunen in ihrer reformerischen Leistung gewürdigt.

Nach dieser themenleitenden Aufarbeitung internationaler Konzepte und Praxismodelle, deduziert bis auf die kommunale Ebene, erfolgt in Kapitel 4 die Positionierung der Bibliotheken, insbesondere der Öffentlichen Bibliotheken, innerhalb des Implementierungsprozesses von Gender Budget-Verfahren. Sichtbar gemacht und analytisch entflochten wird die Komplexität des Operationalisierens im Aufgabenbereich Bibliothek, die sich gleichzeitig bereits in mehreren extern initiierten Reformprozessen befindet: Medienwandel, Verwaltungsreform und Ressourcenkürzung. Unter diesen Rahmenbedingungen erfahren die Realisierungsschritte im Land Berlin und den Bezirken, einschließlich ihrer Bibliotheken, besondere Aufmerksamkeit.

Die Zielvorstellung Gender Budget und seine exemplarische Umsetzung fundieren die weitergehende Untersuchung der Bibliotheken als Operationsalisierungsgebiet. Zielführend fokussiert werden daher die Nutzerschaft der Bibliothek in Kapitel 5 sowie das Personal der Bibliothek in Kapitel 6. Sie werden unter Einsatz des Gender-Aspektes als Strukturkategorie analysiert, und die Gender-Desiderate werden sichtbar gemacht.

Kapitel 7 trägt die Rahmenbedingungen für die Bibliotheken bei und festigt damit die Untersuchungsergebnisse.

Kapitel 8 schließt die Untersuchung mit einem perspektivischen Blick in die Zukunft ab.

Das retrospektiv angelegte Kapitel 9 fasst die Kernaussagen in aller Kürze zusammen.

# 1 Die Entwicklung der Genderforschung

„Wer heute versucht, sich einen ersten Überblick über den gegenwärtigen Stand der internationalen Geschlechterforschung zu verschaffen, sieht sich mit einer beinahe unüberschaubaren Fülle von Büchern und Aufsätzen konfrontiert“ (Hof, 2005, S. 3), so die Berliner Literaturprofessorin Renate Hof. Diese ebenso junge wie intensive Entwicklung basiert auf der Einsicht, dass das Verhältnis der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen von Bedeutung ist und deshalb jede Analyse einer Gesellschaftsordnung die Kenntnis der jeweiligen Ordnung der Geschlechter voraussetzt. „Diese Einsicht verband sich zunächst in kritischer Absicht mit der Forderung nach gesellschaftlicher Gleichstellung von Frauen und Männern. In der Folgezeit jedoch wurde zunehmend deutlich, daß der gesamte Prozeß der Wissensproduktion verändert werden mußte, um eine angemessene Repräsentation bisher marginalisierter Gruppen zu erreichen.“ (Hof, 2005, S. 3f.).

## 1.1 Begriffsprägung

Mit zunehmender Komplexität des Forschungsgegenstandes wurde ferner deutlich, dass das traditionelle terminologische Instrumentarium nicht ausreichte, um Forschungsfragen und Erkenntnisinteresse in der gebotenen Differenziertheit zu formulieren. Die Prägung zeitgemäßer Definitionen für moderne Forschungsergebnisse erwies sich daher gleichermaßen erforderlich als Voraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens wie auch zum Zweck präziser Auswertung, einschließlich gesellschaftspolitischer Konsequenzen.

### 1.1.1 Begriffsherkunft und Adaption

Bis in die 1960er Jahre war der Begriff ‚Gender‘ in seiner heutigen Bedeutung als Bezeichnung des soziokulturellen Geschlechtes - im Unterschied zum biologischen Geschlecht - auch im angloamerikanischen Sprachgebrauch nahezu unbekannt. Der Begriff diente ausschließlich zu Zwecken der Beschreibung innerhalb der Grammatik, insbesondere wenn aus dem Englischen in andere Sprachen verwiesen wurde, deren Substantive als Wortart genusbestimmt sind.

„Ein von dieser grammatikalischen Bezeichnung abweichender Gebrauch wurde entweder als Scherz oder als grober Schnitzer angesehen. Seit einigen Jahren dage-

gen ist es kaum noch möglich, eine englischsprachige wissenschaftliche Zeitschrift aufzuschlagen, ohne darin nicht zumindest einen Aufsatz zum Konzept ‚gender‘ zu finden.“ (Hof, 1995, S. 12).

Seit der Jahrtausendwende gilt dies ebenfalls für die englischsprachigen Wörterbücher. Während z. B. ‚Collins Dictionary German-English/English-German‘ von 1997 den Begriff ‚gender‘ mit ‚Geschlecht‘ übersetzt und als einzige Erklärung den Kontext ‚What gender is this word?‘ anbietet, führt das ‚Oxford Advanced Learner’s Dictionary of Current English‘ aus dem Jahr 2000 als erste Definition an: ‚the fact of being male or female: issues of class, race and gender‘ mit Hinweis auf ‚gender differences, relations, roles‘ und erst an zweiter Stelle folgen dann die Erläuterungen zu ‚grammar‘.

Mit nur geringer zeitlicher Verzögerung hat sich eine vergleichbare Anpassung in deutschen Wörterbüchern vollzogen und sei hier am Beispiel des ‚Duden‘ aufgezeigt: ‚Die deutsche Rechtschreibung‘ in der Auflage des Jahres 2000 sowie ‚Das Fremdwörterbuch‘ von 1997 verzeichnen den Begriff ‚Gender‘ noch nicht, während die jeweils darauf folgenden Auflagen aus dem Jahr 2004 bzw. 2001 zumindest ‚Genderstudies‘ als ‚Frauen- und Geschlechterforschung‘ kennen und ‚Gender‘ sogar als ‚Bezeichnung für die Geschlechtsidentität des Menschen als sozialer Kategorie (z. B. im Hinblick auf Selbstwahrnehmung, Selbstwertgefühl, Rollenverhalten)‘ prägnant und zutreffend definieren.

Für grammatische Erklärungen greifen deutsche Wörterbücher weiterhin auf das lateinische Wort ‚Genus‘ zurück, aus dessen Wortstamm sich letztendlich auch der englische Begriff ‚gender‘ und der französische Begriff ‚genre‘ abgeleitet haben.

### 1.1.2 Begriffsdefinition und Verbreitung

Im Kontext dieser etymologischen Betrachtung muss ebenfalls auf die Bedeutung des Gender-Begriffes eingegangen werden. Da der deutsche Begriff ‚Geschlecht‘ nur die Differenzierung in biologische, genealogische und grammatische Kategorie kennt und hierunter immer auch die sozialwissenschaftliche Komponente subsumierte, so z. B. in dem gebräuchlichen Terminus ‚Frauen- und Geschlechterforschung‘, konnte er sich nie von der vorrangig biologistischen Interpretation befreien.

„Während Genus/gender als Erbe aus der lateinischen Grammatik in typologischen und universellen Zusammenhängen in der ursprünglichen neutralen Grundbedeutung

„Art“ oder „Klasse“ verwendet wird, hat die irreführende (und zugleich mehrdeutige) deutsche Übersetzung von „Genus“ mit „Geschlecht“ einer ungeprüften Korrelation von Genus mit Sexus unheilvollen Vorschub geleistet und damit unwissenschaftliche Spekulationen hervorgerufen.“ (Bußmann, 1995, S. 117).

Der angloamerikanische Sprachraum unterscheidet nun das biologische Geschlecht „sex“ vom sozialen Geschlecht „gender“. Ohne die ursächliche Kausalität zu leugnen, wird durch diese definitorische Trennung Klarheit für den alltäglichen Sprachgebrauch geschaffen. Da es außer der genannten adjektivischen Differenzierung im Deutschen keine Entsprechung zum Gender-Begriff gibt, wurde dieser unverkrampft übernommen und hat sich binnen weniger Jahre international und somit auch im deutschen Sprachgebrauch durchgesetzt.

Eine ähnliche Entwicklung wie in der Kategorie der Wörterbücher zeigt sich daher auch bei den allgemeinen Lexika des täglichen Gebrauchs.

Während der „Brockhaus“ auch in seiner jährlich aktualisierten CD-ROM-Version den Begriff „Gender“ bis zur Ausgabe für das Jahr 2000 gar nicht verzeichnet, wachsen ab Ausgabe 2001 die Einträge jeweils in Länge, Anzahl der Komposita und inhaltlicher Differenziertheit. „Meyers Großes Taschenlexikon“, populär und weit verbreitet, beginnt ebenfalls 2001 mit der Verzeichnung, allerdings zunächst lediglich als Verweisung auf „Geschlecht“ und „Geschlechterforschung“.

Einige Jahre danach werden Verzeichnung einschließlich Erläuterung unter dem Gender-Begriff selbstverständlich, so auch z. B. in dem 2005 erschienenen 20bändigen Lexikon der Wochenzeitung „Die ZEIT“.

Mittlerweile sind Begriffsprägung und Thematik so verbreitet, dass die Neuauflage eines allgemeinen Lehrbuches über das wissenschaftliche Arbeiten den Umgang mit dem Internet für Recherchestrategien und Quellensuche explizit am Beispiel der Genderforschung erläutert (vgl. Sesink, 2003, S. 70ff.).

Hierdurch wird Folgendes deutlich: der Terminus ist einprägsam und das Thema im Hinblick auf seinen Aktualitätsgrad gleichermaßen geeignet, Interesse zu wecken wie auch bereits eine nennenswerte Anzahl digitaler Publikationen vorzufinden. Das Forschungsgebiet selbst zeigt sich dann als in hohem Maße komplex und interdisziplinär und stellt somit ein optimales Lehrmittel dar.

Spätestens hier erweist sich der Eindruck einer neuen Disziplin als voreilig, denn das Forschungsgebiet speist sich weitgehend aus der klassischen Frauen- und Ge-



schlechterforschung, allerdings unter wesentlich erweitertem Blickwinkel und auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Dennoch ist die Vermutung zulässig, dass das große Interesse an dem zeitgemäßen Thema ‚Gender‘ als einer neuen erkenntnisleitenden Perspektive auch der eingängigen und internationalen Begrifflichkeit zu danken ist. Natürlich ist diese weder Ursache noch Anlass der Forschungsaktivitäten, jedoch trägt sie ihren Teil zu der unerwarteten Akzeptanz und raschen Verbreitung der Thematik bei und verhilft so dem Paradigmenwechsel innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung zunehmend zu öffentlicher Aufmerksamkeit.

### 1.1.3 Sex und Gender

Auf der Grundlage von Talcott Parsons‘ (1902 - 1979) Rollentheorie wandte der Psychoanalytiker und Psychiater Robert Stoller (1924 - 1991) im Jahr 1968 die Unterscheidung zwischen ‚Sex and Gender‘ (Stoller, 1968) bei seinen Untersuchungen zur Geschlechtsidentität von Patienten an. Er untersuchte Probleme der Gender-Identität bei Patienten, die ‚falsche‘ oder ‚fehlende‘ sexuelle Merkmale haben, jedoch nach einer eindeutigen Rolle männlich oder weiblich sozialisiert wurden.

„While the work of our research team has been associated with the term ‚gender identity‘, we are not militantly fixed either on copyrighting the term or on defending the concept as one of the splendors of the scientific world. It is a working term. We know that though it deals with another realm of feelings, thoughts, and behavior than that encompassed by, say, ‚sexual activity‘, the two terms are contiguous and at times inextricably intermingled. With ‚gender‘ difficult to define and ‚identity‘ still a challenge to theoreticians, we need hardly insist on the holiness of the term ‚gender identity‘.“ (Stoller, 1968, S. VIII).

Eine andere Quelle datiert die Begriffsprägung etwas später: „Die Unterscheidung von Sex und Gender wurde erstmals 1972 von den SexualwissenschaftlerInnen John Money und Anke Ehrhardt vorgeschlagen. Konfrontiert mit PatientInnen, deren Geschlechtsidentität nicht mit ihrem biologischen Geschlecht übereinstimmte, schlugen sie eine analytische Trennung von Sex und Gender vor. Sex, so ihre Argumentation, ‚refers to physical attributes and is anatomically and physiologically determined.‘ Gender sahen sie dagegen als ‚a psychological transformation of the self - the inter-

nal conviction that one is either male or female (gender identity) and the behavioral expressions of that conviction’.“ (Griesebner, 2003, S. 43).

Die britische Soziologin Ann Oakley (\*1944) festigte 1972 in ihrer Veröffentlichung ‚Sex, Gender and Society‘ diese Unterscheidung: „‘Sex‘ is a word that refers to the biological differences between male and female. ... ‚Gender‘ however is a matter of culture: it refers to the social classification into ‚masculine‘ and ‚feminine‘. ...

The constancy of sex must be admitted, but so also must the variability of gender.“ (Oakley, 1989, S. 16).

Die zunehmend auch von der feministischen Wissenschaftskritik verwendete Unterscheidung zwischen Sex und Gender bietet ein neues Erklärungsmuster für die geschlechterspezifische Differenzierung zwischen biologischem Erbe und soziokulturellem Konstrukt. Hierdurch werden die ehemals so einleuchtend anmutenden biologistischen Festlegungen der als männlich und weiblich gedeuteten Zuschreibungen in Frage gestellt. Unterschiedliche Positionen und Rollen von Frauen und Männern können nicht länger auf nur biologische Unterscheidungsmerkmale zurückgeführt werden.

Die ursprünglich so einfache Polarisierung zwischen der weiblichen Nähe zur Natur, hergeleitet aus Reproduktionsfähigkeit und Wirken in privater Sphäre, und ihr gegenüber der männlichen produktiven kulturschaffenden Arbeit im öffentlichen Bereich schienen die Höherwertigkeit des Mannes zu begründen und zu rechtfertigen.

Die Differenzierung zwischen Sex und Gender greift die Leitidee des Unterschiedes zwischen Natur und Kultur auf, stellt jedoch die bisherige Schlussfolgerung einer naturgegebenen Hierarchie der Geschlechter in Frage.

Als die feministische Wissenschaftskritik begann, den marginalen Status von Frauen zu thematisieren und dessen Ursachen zu erforschen, konnte sie an altehrwürdige Traditionen des Nachdenkens über die ‚Natur des Weiblichen‘ und das ‚Wesen der Frau‘ anknüpfen. Die Erkenntnisse von Aristoteles bis Sigmund Freud lagen bibliothekenfüllend vor, einschließlich der jeweils historisch bedingten wissenschaftlichen Beweisführung.

„Was die Klassiker des philosophischen Denkens über die Frauen von sich gegeben haben, sollte besser dem Vergessen anheimgestellt werden, da es aus heutiger Perspektive nicht als lohnend erscheint, sich mit den Diffamierungen und Diskriminierungen aufzuhalten, mit denen sich die großen Denker mehr oder weniger achtlos, oft gleichsam nebenher, über die Unfähigkeit weiblicher Wesen, auf dem Feld des Theo-

retischen wie des Praktischen Eigenständigkeit zu beweisen, geäußert haben. Dabei schwankte die Beurteilung zwischen mitleidigem Bedauern (über die ‚natürliche‘ Benachteiligung der Frauen) und krasser Ablehnung (von Frauen, die sich Männerprivilegien herauszunehmen wagen).“ (Pieper, 1993, S. 78).

„Wenn (männliche) Philosophen über Frauen nachdenken, dann in der Regel, um z. B. zu erklären, daß ihnen die Seele fehle (Aristoteles), um ihnen die Fähigkeit zur Vernunft abzusprechen (Kant) oder um sie auf die ‚Grenzen ihrer Gefühle‘ festzulegen (Fichte). ...

Die Fähigkeit zum eigenständigen Denken auch den Frauen zuzugestehen, scheint für die philosophierenden Männer - mit wenigen Ausnahmen wie z. B. Sokrates, Gottfried W. Leibniz, Erasmus von Rotterdam, John Stuart Mill - unvorstellbar zu sein. Durchweg identifizieren sie das Geistige mit dem Männlichen und das Sinnliche mit dem Weiblichen.“ (Rullmann/Gründken/Mrotzek, 1994, S. 13).

„Die Medizinerin Karen Horney ist eine der Frauen, die der Erprobung, Ausarbeitung und Fortentwicklung der Lehre Freuds ihre ganze Energie gewidmet haben. Deutlicher als andere Denkerinnen der Psychoanalyse der ersten Generation nahm sie dabei von bestimmten philosophischen Grundansichten Freuds Abstand - und sie tat dies explizit. ...

Karen Horneys erste theoretische Kritik an der Psychoanalyse entzündet sich an der Freudschen Auffassung von der weiblichen Libido und Sexualität. Den weiblichen Peniswunsch betrachtet sie als ein kulturell bedingtes Phänomen. Das kleine Mädchen verlange im Grunde nach einer anderen Rolle und einem anderen sozialen Status, es begehre im sogenannten ‚Penisneid‘ nichts anderes als die kulturellen Privilegien des Mannes. Auch Freuds These von der Angst vor dem Liebesverlust als der Grundangst der Frauen weist Horney entschieden zurück. Störungen des Selbstvertrauens und Formen neurotischer Nachgiebigkeit und ein weiblicher ‚Masochismus‘ deuten ihr zufolge auf eine Unzufriedenheit, die in der weiblichen Rolle wurzelt und nicht in der weiblichen Natur.“ (Rullmann, 1995, S. 109ff.).

Stringenz und Durchgängigkeit haben die disziplinenübergreifenden androzentrischen Wissenschaftskonzepte in der sie einenden Voraussetzung der stets männlichen Forscherperspektive und der Grundannahme naturgegebenen und daher unveränderbaren Rollenverhaltens. Diese naturbedingte Polarisierung der Geschlechtercharaktere führte zu der Schlussfolgerung, die Geschlechterdifferenz als Ausdruck natürlicher Eigenschaften von Männern und Frauen anzusehen und somit die unter-

schiedlichen Geschlechterrollen innerhalb der Gesellschaft zu legitimieren. Ein solcher Rekurs auf die Natur impliziert die Unveränderbarkeit der weiblichen und männlichen Geschlechterrollen und suggeriert Rechtmäßigkeit und Unumstößlichkeit der traditionell bestehenden Machtverhältnisse.

Hier setzt die Forderung der feministischen Wissenschaftskritik ein, die mit den jeweiligen Geschlechterzuschreibungen verbundenen Mechanismen von Herrschaft und Unterdrückung zu erfassen und die bisher zur Beschreibung gesellschaftspolitischer Prozesse gültigen Kategorien zu überdenken.

Voraussetzung hierfür musste es also sein, zunächst ein Instrument der sprachlichen Differenzierung zu finden, bzw. zu schaffen, das sich als Wegbereiter einer gedanklichen Neuausrichtung eignete, um dann als Signal für intellektuellen und wissenschaftlichen Handlungsbedarf in die Öffentlichkeit zu dringen.

Die klassische Trennung in der Betrachtung von Leib und Seele, von Natur und Kultur, sollte nicht länger in einfacher Analogie zu der archaischen Zuweisung ‚Frau = Natur und Mann = Kultur‘ führen.

Die Unterscheidung zwischen dem biologisch fundierten Geschlecht Sex und den jeweils kulturell konstruierten, variablen Geschlechterzuschreibungen Gender ermöglicht es nunmehr, gesellschaftliche Entwicklungen einer unvoreingenommenen Analyse und Neubewertung zu unterziehen.

Der Terminus Gender als eigenständige Kategorie des Denkens und Forschens bricht die traditionell männliche Definitionsmacht und erzwingt die ganzheitliche Sicht - auch auf die weibliche Persönlichkeit, d. h. die bisher vernachlässigten oder als abschließend erforscht geltenden Aussagen zur biologischen Prägung des Mannes und der daraus resultierenden kulturell untergeordneten Rolle der Frau werden einer Neubetrachtung unterzogen, denn die Differenzierung in Sex und Gender gilt fortan jeweils für beide Geschlechter.

## 1.2 Die Voraussetzungen der Genderforschung

Vorarbeit geleistet hatte die Neue Frauenbewegung der 1970er Jahre mit ihrer eingebrachten weiblichen Lebenserfahrung sozialer und kultureller Realität als Grundlage wissenschaftlichen Arbeitens, die nicht nur die Art der Argumentation veränderte, sondern ein gezieltes Erkenntnisinteresse mit sich brachte.

Es versteht sich von selbst, dass es die Frauen waren, die zunehmend nach sachlichen Begründungen für ihre nachrangige gesellschaftliche Stellung fragten. Als überzeugende Antworten immer wieder ausblieben und auch die Wissenschaft ihnen stets nur biologistisch fundierte Stereotype liefern konnte und wollte, sahen sie sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Forschungsinitiativen gezielt dieser Thematik zu widmen.

„Da jedoch, wo es Frauen gelungen ist, die Hürden, die ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit entgegenstehen, zu überwinden, da, wo sie forschend tätig werden können, müssen sie merkwürdige Entdeckungen machen, sobald sich ihre Aufmerksamkeit auf etwas richtet, was mit Frau(en) oder Weiblichkeit in Zusammenhang steht.

Vielfach müssen wir feststellen, daß das, was mit dem Dasein, dem Bewußtsein, den Tätigkeiten oder Verhaltensweisen von Frauen zu tun hat, als Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung gar nicht vorkommt oder in einer Eigengesetzlichkeit nicht wahrgenommen wird.“ (Klinger, 2001, S. 31).

Jahrzehntelang galten die feministischen Studien zur Frauenforschung sowie die politischen Maßnahmen zur Herbeiführung von Geschlechtergerechtigkeit durch Frauenförderung und Quoten als Außenseiterinteressen und zudem abträglich für den Erhalt der gesellschaftlichen Strukturen.

War es zunächst die Forschung von Frauen innerhalb des tradierten Wissenschaftsbetriebes, ihre Teilhabe an Forschungsaufträgen und -schwerpunkten sowie an Auswertung und Deutung, Definition und Publikation der Ergebnisse, so ermöglichte diese Integration unter der Prämisse des Objektivitätsgebotes einem nunmehr erfahrungsgestützten und realitätsnahen Frauenbild durch wissenschaftliche Methoden Allgemeingültigkeit zu verschaffen.

„Bereits hierdurch ist eine Reihe von Forschungsergebnissen erzielt worden, die eine grundlegende Revision des Wissenschaftsverständnisses einzelner Disziplinen notwendig machen.“ (Hof, 1995, S. 3).

Die traditionellen Forschungen über Frauen konnten nicht länger als wissenschaftlich fundierte Aussagen zur Erklärung der ungleichen gesellschaftlichen Positionen von Männern und Frauen angesehen werden. Die bestehenden Theorien über das Wesen der Frau, also Sanftmut und Häuslichkeit, Unfähigkeit zur Rationalität und selbstgewählte Unfreiheit, erwiesen sich als männliche Legitimationsstrategien zur Rechtfertigung langfristig geschaffener Machtverhältnisse.

„Offener Sexismus ist in solchen wissenschaftlichen Disziplinen bzw. ihren Teilbereichen besonders häufig anzutreffen, in denen Fragen der Geschlechtlichkeit und der Geschlechterdifferenz zum Thema gemacht werden. Dies ist, außer in bestimmten Feldern der Sozialwissenschaften und der Psychologie, vor allem in der Biologie und der Medizin der Fall - in Disziplinen also, die als Naturwissenschaften gelten und damit als dem Objektivitätsideal ganz besonders verpflichtet.“ (Klinger, 2001, S. 33). Selbst die als geschlechterneutral oder ungeschlechtlich geltenden universalen Werte der Aufklärung und der Französischen Revolution erhoben lediglich die Lebenserfahrungen von Männern zur allgemein verbindlichen Theorie ohne die spezifischen Lebensbedingungen von Frauen und deren eigene Wahrnehmung von Realität zu berücksichtigen und zu repräsentieren. Diese vermeintlichen Gleichheitsideale schlossen wiederum die Frauen aus.

Um Diskrepanzen dieser Art aufzuzeigen und aufzuarbeiten, war es erforderlich, die Situation von Frauen in Geschichte und Gegenwart zu verstehen. Die Frauenbewegung sah es daher als ihre vorrangige Aufgabe an, empirische Untersuchungen zur geschlechterspezifischen Sozialisation in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses zu stellen. Das bisher festgeschriebene Frauenbild erfuhr nun eine realitätsnahe Deskription und Differenzierung, in der sich die weiblichen Charaktere einzeln und in ihrer Gesamtheit zunehmend wiedererkannten.

Psychoanalytisch orientierte Ansätze suchten die verschiedenartigen Entstehungskontexte von Erfahrung entwicklungspsychologisch zu erfassen, während marxistisch orientierte Ansätze die Erfahrungen von Frauen auf kapitalistische Produktionsbedingungen und die damit einhergehende geschlechterspezifische Arbeitsteilung zurückführten.

Die Zunahme der Forschungsergebnisse und Publikationen bestärkte die Frauen in ihrer individuellen wie kollektiven Wahrnehmung, warf allerdings erneut die Frage der Allgemeingültigkeit auf. Noch zu wenig berücksichtigt blieben Ursachen und Auswirkungen ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Alter oder Sozialstatus. Durch die Kritik an der Homogenität der Erfahrung schien der wichtigste gemeinsame Nenner der feministischen Theorie nahezu wieder in Frage gestellt. Mit einer Vereinnahmung durch einen ‚white middle-class feminism‘ konnten sich nicht alle Frauen identifizieren.

Die hierdurch offenbar gewordene Komplexität der sozialen Realität konnte nunmehr noch weniger mit der traditionell binären Opposition Mann versus Frau, Kultur ver-

sus Natur, Reichtum versus Armut, Weiße versus Schwarze erfasst werden und erforderte weitere Differenzierung im Denken. Es konnte daher nicht gelingen, den als unzutreffend kritisierten Männerphantasien ein einheitliches alternatives Weiblichkeitsbild entgegenzusetzen.

Auch standen sich innerhalb der Geschichte des Feminismus die Forderung nach Gleichberechtigung für Frauen auf der einen Seite sowie nach Anerkennung einer spezifisch weiblichen Sphäre auf der anderen Seite gegenüber. Zur Annäherung an dieses scheinbar widersprüchliche ‚Recht auf Gleichheit und Differenz‘ der Frauen gegenüber den Männern kann die Analysekategorie Gender, die die Geschlechter individuell wie in Ihren Beziehungen zueinander untersucht, ebenfalls dienen.

Durch den Einfluss der Frauen hat die Geschlechterforschung einen Stand erreicht, der die einfachen Erklärungsmuster als unzutreffend und daher unhaltbar nachgewiesen hat und stattdessen die Komplexität des Forschungsgebietes und seiner alle Lebensbereiche tangierenden Auswirkungen offenbart.

Ein so grundlegender Umbruch in einer bisher fest gefügten und verbindlich gelenden Gedankenwelt, der kein neues, vergleichbar einfaches Menschenbild hervorbringt, erzeugt zunächst Zweifel und Widerstand bei den Traditionalisten, Verunsicherung und zeitgemäße Standortsuche bei eher progressiven Denkern.

Konsens besteht hier lediglich im allseitigen Wissen um die Unumkehrbarkeit der Entwicklung. Geschlechterforschung und gesellschaftlicher Diskurs haben sich also auf grundsätzliche Neuorientierung einzustellen. Dazu ist es erforderlich, Definitionen, Forschungs- und Lehrinhalte sowie die Grundregeln des öffentlichen und privaten Lebens dem aktuellen Erkenntnisstand anzupassen und zukunftsfähig zu gestalten.

Angesichts der weitreichenden Bedeutung und der erwartungsgemäß vorhandenen Widerstände - wie bereits dargelegt - ist Geschlechtergerechtigkeit nur in kleinen Schritten zu erreichen. Nachdruck und Schubkraft erhält sie jedoch - wie ebenfalls bereits dargestellt - durch die neue, differenzierende Begriffsprägung sowie den geschlechterübergreifenden Forschungsansatz.

Um zukunftsfähige Konzepte für das Ziel der Geschlechterdemokratie aufbauen zu können, bedient sich auch die Genderforschung zunächst des historischen Rückblickes, um erneute Fehlentwicklungen zu vermeiden und gleichzeitig bereits erzielte Erfolge zu erhalten und fortzuentwickeln.

## 1.3 Die historische Rechtsstellung der Frauen

### 1.3.1 Prolog: Patriarchat

Der Philosoph und Unternehmer Friedrich Engels (1820 - 1895) kam in seiner Schrift ‚Der Ursprung der Familie‘ 1884 zu der fundamentalen Erkenntnis: „Der Umsturz des Mutterrechts war die ‚weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts‘. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau, ... ist allmählig beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs.“ (Engels, 1920, S. 42).

Erich Fromm (1900 - 1980), der Begründer der humanistischen Psychoanalyse und der analytischen Sozialpsychologie resümiert 1976 in seinem klassischen Werk ‚Haben oder Sein‘ die Rolle der Frauen:

„Die Befreiung der Frauen von patriarchalischer Herrschaft ist eine fundamentale Voraussetzung der Humanisierung der Gesellschaft. Die Unterdrückung der Frau durch den Mann begann erst vor etwa sechstausend Jahren in verschiedenen Teilen der Welt, als die Erwirtschaftung von Überschüssen in der Landwirtschaft die Beschäftigung und Ausbeutung von Arbeitskräften, die Organisation von Armeen und die Entstehung mächtiger Stadtstaaten begünstigte.

Seit damals wurden nicht nur die Kulturen Europas und des Nahen Ostens, sondern auch fast alle übrigen Völker der Erde von den ‚vereinigten Männern‘ erobert, die die Frauen unterwarfen. Dieser Sieg des männlichen über den weiblichen Teil der Menschheit war in der wirtschaftlichen Macht der Männer und des von ihnen geschaffenen Militärs begründet.

Der Krieg zwischen den Geschlechtern ist ebenso alt wie der Klassenkampf, aber er hat kompliziertere Formen angenommen, da die Männer stets die Frauen nicht nur als Arbeitstiere brauchten, sondern auch als Mütter, Geliebte und Trostspenderinnen. Oft tritt der Geschlechterkampf offen und brutal zutage, häufiger wird er im verborgenen ausgetragen. Die Frauen mußten sich der Macht der Männer beugen, aber sie haben mit ihren eigenen Waffen zurückgeschlagen; ihre schärfste Waffe war, die Männer lächerlich zu machen.



Die Unterjochung der einen Hälfte der Menschheit durch die andere hat beiden Geschlechtern immensen Schaden zugefügt und tut dies weiterhin: Die Männer nahmen die charakteristischen Eigenschaften des Siegers, die Frauen die des Besiegten an. ... Die ersten Schritte zur Befreiung wurden bereits unternommen. Vielleicht werden spätere Historiker feststellen, das revolutionärste Ereignis des 20. Jahrhunderts sei der Beginn der Frauenbefreiung und der Verfall der Vorherrschaft des Mannes gewesen. Doch der Kampf um die Befreiung der Frau hat eben erst begonnen, und der Widerstand der Männer ist nicht zu überschätzen. Ihre gesamte Beziehung zu Frauen basierte bisher auf ihrer angeblichen eigenen Überlegenheit. Jetzt haben sie angefangen, sich im Umgang mit Frauen, die dem Mythos von der männlichen Überlegenheit keinen Glauben mehr schenken, recht unbehaglich und ängstlich zu fühlen.“ (Fromm, 1992, S. 182ff.).

Dieser Kerngedanke Fromms benennt in kaum zu übertreffender Kürze und Deutlichkeit das meist tabuisierte Elend der Frauen und dringt auf Abhilfe.

„Auch das stillgelegte weibliche Geschlecht hat sich erhoben, leise murrend zuerst, inzwischen laut protestierend und mit unüberhörbarer verbaler Aggression Rechte einklagend, die ihm bisher vorenthalten wurden.“ (Pieper, 1993, S. 186).

Die Frauen selbst haben - oft unter Einsatz ihres Lebens - ihre Rechtlosigkeit öffentlich kritisiert und ihre Ziele definiert. Dabei ging es ihnen stets um die Anerkennung als Rechtsperson, als selbstständige Trägerin von Rechten und Pflichten.

Der ihnen in Gesetzgebung und Rechtsprechung zugedachte ‚besondere Schutz der Frau‘ und die Beistandschaft in Rechtsgeschäften erwiesen sich keineswegs als Privileg und Rechtswohltat, sondern stets als Bevormundung durch männliche Familienmitglieder.

Diese Widersprüchlichkeit ist Gegenstand der über mehrere Jahrhunderte geführten juristischen Diskurse, die eher selten die tatsächliche soziale Stellung und Handlungsmöglichkeiten der Frauen abbilden.

Auch zeigt sich in der Betrachtung der Rechtsstellung der Frauen zu beinahe jeder Zeit, dass die Veränderungen nicht unmittelbar mit den großen Zäsuren der Geschichte korrespondierten, vielmehr Ungleichzeitigkeiten im Sinne von Verspätungen ihre eigene Dynamik entfalteten. Oft sind neue Rechtsordnungen und frauenspezifische Regelungen erst als Antwort auf die Auflösung traditioneller Verhaltensnormen und Ordnungssysteme geschaffen worden.

„Von besonderem Interesse sind daher die Übergangszeiten und Brüche in den Selbstverständlichkeiten, vor allem in den Bereichen, in denen Frauen als Garantinnen für Sitte und Moral in besonderer Weise zur Verantwortung gezogen wurden.“ (Gerhard, 1997, S. 21).

Bei aller Widersprüchlichkeit, mangelnder Linearität und Kontinuität in der Geschichte der Rechtsstellung der Frau wird ihre Rolle durch die gesellschaftlichen Grundüberzeugungen von Vaterrecht, Geschlechtsvormundschaft und Naturrecht geprägt.

### 1.3.2 Väterliche Gewalt

Wie in fast allen patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen stand die Frau zur Römerzeit, ab dem 6. Jahrhundert vor Christus, mit dem Zwölftafelgesetz als ältester Rechtsquelle, lebenslang unter der Gewalt eines Mannes.

Aufgrund der ‚patria potestas‘, der väterlichen Gewalt, die dem Vater de iure unbeschränkte Herrschaft über Leben und Tod verlieh, waren dem Hausvater auch alle Vermögensgegenstände der Familie zugeordnet, die Kinder waren vermögens- und rechtsunfähig.

Nach dem Tod des Vaters blieb die erwachsene Tochter - im Gegensatz zum erwachsenen Sohn - unselbstständig, sie kam unter die Vormundschaft des nächsten männlichen Verwandten. Diese geschlechtsbezogene Vormundschaft ‚tutela mulieris‘ gab dem Vormund zwar nur noch begrenzte Gewalt über die Person der Tochter, beschränkte sie aber weiterhin in ihrer Handlungsfähigkeit. Geschäftsabschlüsse bedurften der Zustimmung des Vormundes.

„Durch die Eheschließung der Tochter allein änderte sich an den Gewaltverhältnissen, denen sie unterstand, zunächst nichts, das heißt, sie blieb weiterhin der ‚patria potestas‘ oder der ‚tutela mulieris‘ unterworfen, der Ehemann erwarb durch die bloße Eheschließung noch keine Gewaltrechte an seiner Frau. Allerdings konnten diese Herrschaftsverhältnisse durch Vereinbarung des Gewalthabers mit dem Ehemann durch ein spezifisch eherechtliches Gewaltverhältnis, die ‚manus‘ des Ehemanns ersetzt werden.“ (Holthöfer, 1997, S. 404). Diese ‚uxor in manu‘ hatte einen der Tochter vergleichbaren Status gegenüber ihrem Mann, sie war rechts- und vermögensunfähig.

Friedrich Engels 1884 über das römische Patriarchat: „Die erste Wirkung der nun begründeten Alleinherrschaft der Männer zeigt sich in der jetzt auftauchenden Zwischenform der patriarchalischen Familie. ... Das Wesentliche ist die Einverleibung von Unfreien und die väterliche Gewalt; daher ist der vollendete Typus dieser Familienform die römische Familie. Das Wort ‚familia‘ bedeutet ursprünglich nicht das aus Sentimentalität und häuslichem Zwist zusammengesetzte Ideal des heutigen Philisters; es bezieht sich bei den Römern anfänglich gar nicht einmal auf das Ehepaar und dessen Kinder, sondern auf die Sklaven allein. ‚Famulus‘ heißt der Haussklave, und ‚familia‘ ist die Gesamtheit der einem Mann gehörenden Sklaven. ... Der Ausdruck wurde von den Römern erfunden, um einen neuen gesellschaftlichen Organismus zu bezeichnen, dessen Haupt Weib und Kinder und eine Anzahl Sklaven unter römischer väterlicher Gewalt, mit dem Recht über Tod und Leben Aller, unter sich hatte. ...

Um die Treue der Frau, also die Vaterschaft der Kinder, sicher zu stellen, wird die Frau der Gewalt des Mannes unbedingt überliefert: wenn er sie tötet, so übt er nur sein Recht aus.“ (Engels, 1920, S. 42f.).

„An diesem, durch lebenslange Gewaltunterworfenheit gekennzeichneten Status der Frau traten jedoch schon in der späten Republik allmählich frauenfreundliche Änderungen ein, die im Laufe der folgenden rund siebenhundert Jahre bis zur justinianischen Kodifikation der Frau hinsichtlich ihrer privatrechtlichen Rechts- und Handlungsfähigkeit eine fast völlige Gleichstellung mit dem Mann brachten.“ (Holthöfer, 1997, S. 404).

Dies galt schließlich auch für das Personenrecht: die Frau konnte eine nicht unter väterlicher Gewalt stehende Person an Kindes statt annehmen oder eine Vormundschaft übernehmen. Nur die Prozessvertretung war ihr verschlossen wie auch - im Privatrecht - die Übernahme von Bürgschaften oder sonstiger Sicherungszusagen.

Die Grundlage hierfür bildete die von dem byzantinischen Kaiser Justinian (482 - 565) beauftragte, verbindliche Rechtssammlung ‚Corpus Iuris Civilis‘.

Die durchaus freie Stellung der Frau blieb überall dort erhalten, wo das justinianische Recht zur Anwendung kam: in Ostrom etwa bis zum Fall Konstantinopels 1453, und auch im Westen und Norden breitete es sich jahrhundertlang in weiten Teilen Europas aus, wobei es hier zunehmend auf regionale Rechtsgewohnheiten ganz anderer Traditionen stieß.

### 1.3.3 Geschlechtsvormundschaft

Das germanische Recht ging weit hinter diese fortschrittliche römische Rechtspraxis zurück. Wichtigste Quellen stellen die Stammesrechtskodifikationen der Völkerwanderungszeit und des Frankenreiches dar, vom westgotischen ‚Codex Euricianus‘ um 475 über die ‚Lex Alamannorum‘ um 715 bis zum ‚Lex Saxonum‘ aus dem Jahr 802. Obgleich von Klerikern in lateinischer Sprache aufgeschrieben, und somit bereits unter dem Einfluss kanonischen Rechtsdenkens, eignen sie sich als Quelle für die Rechtsstellung der Frau. Diese entsprach annähernd der des archaischen römischen Rechts.

Über die auch hier patriarchalisch geordnete Hausverfassung hinaus kam der Wehrverfassung besondere Bedeutung zu, da jeder Rechtsstreit in einen Waffengang münden und dieser nur von Wehrfähigen ausgetragen werden konnte.

„Alle anderen, die ‚durch ihre körperliche und geistige Beschaffenheit daran gehindert waren wie Kinder, Frauenzimmer, Geisteskranke und preßhafte Leute‘, waren auf die Vertretung durch einen Vormund angewiesen.“ (Gerhard, 1990, S. 151f.).

„Die Frau war also, weil nicht wehrfähig, auch nicht prozeßfähig, und aus demselben Grunde erschien auch eine privatrechtliche Handlungsfähigkeit der Frau als nicht vorstellbar. ...

So blieb die unverheiratete Frau auch im Erwachsenenalter unter der Vormundschaft (munt) ihres Vaters, an deren Stelle nach seinem Tod die Munt des nächsten männlichen Verwandten (Bruder, Onkel) trat. Bei der Eheschließung ging die Munt ‚ipso iure‘ auf den Ehemann über, nach dessen Tod fiel sie an die männliche Verwandtschaft der Frau zurück oder wurde von Agnaten des verstorbenen Mannes weitergeführt. Die ihres Geschlechts wegen begründete Vormundschaft über die erwachsene Frau bedeutete, ... daß sie handlungs- und prozeßunfähig war.“ (Holthöfer, 1997, S. 408).

Nach einer nahezu vierhundertjährigen Phase mangelnder schriftlicher Quellenproduktion entstand um 1230 mit dem ‚Sachsenspiegel‘ des Eike von Repgow ein langfristig geltendes Rechtsbuch, und diesem Vorbild folgend um 1270 der ‚Schwabenspiegel‘ sowie zu Beginn des 14. Jahrhunderts der ‚Frankenspiegel‘. Dem folgten Aufzeichnungen von Rechtsgewohnheiten und Sammlungen gerichtlicher Spruchpraxis und ab dem 16. Jahrhundert etwa begannen die Städte und Landesherren

Stadtrechte und Landrechte in Form von Gesetzbüchern als Rechtsgrundlagen einzuführen.

Auch hier blieb die Rechtsstellung der Frau weitgehend den Germanenrechten verhaftet, ihr Minderstatus blieb erhalten, obwohl das Hauptargument - die Wehrunfähigkeit der Frau - nicht weiter zu rechtfertigen war (vgl. Dilcher, 1997, S. 63), da sich zunehmend auch waffenlose Stände gebildet hatten, wie Klerus, Stadtbürgertum oder Hintersassen.

Nur Unverheirateten und Witwen war es unter bestimmten Voraussetzungen möglich, die Munt mehr oder weniger abzustreifen. Auch Handels- und Geschäftstätigkeiten konnten von Frauen weitgehend selbstständig ausgeübt und vor Gericht vertreten werden.

„Die Ehefrau dagegen verharrte durchweg auch weiterhin unter der nun als ‚Vogtei‘ bezeichneten Schutzherrschaft des Mannes, obwohl das eheliche Verhältnis inzwischen nicht mehr herrschaftlich, sondern genossenschaftlich verstanden wurde. Ihren wesentlichen Inhalt hatte die Ehevogtei jetzt gerade in der gesetzlichen Vertretungsmacht über die Frau ...“ (Holthöfer, 1997, S. 412).

Der Rechtsstatus der Frau in Deutschland, insbesondere der verheirateten Frau, lag am Ende des Mittelalters weit hinter dem des römisch-justinianischen Rechts.

Als mit dem Gedankengut der Renaissance auch in Deutschland am römischen Recht geschulte Juristen in die Gerichte des Reiches, der Fürsten und der Städte einzogen, trafen sie dort auf die germanisch-mittelalterliche Rechtstradition, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen eher zu entsprechen schien. Die Durchsetzungskraft des liberalen römischen Rechts blieb in der Zeit von Renaissance und Humanismus, von Reformation, Gegenreformation und Absolutismus äußerst begrenzt.

„Im Gegenteil, der Zeitgeist der Frühen Neuzeit, der an ‚Finsternis‘ dem in vieler Hinsicht toleranteren Mittelalter jedenfalls nicht nachstand, nahm nun gewisse geradezu frauenfeindliche Züge an und verfestigte die Vorherrschaft des Mannes sowohl im Haus als auch in der Öffentlichkeit. So wurde auch das genossenschaftlich geprägte Ehebild des Spätmittelalters, das eine Rückbildung auch der ehelichen Vogtei durchaus vertragen und jedenfalls eine weitere Entfaltung der schon damals zu beobachtenden, in diese Richtung weisenden partikularrechtlichen Ansätze zur Folge gehabt hätte, durch das herrschaftliche des Frühabsolutismus ersetzt, welches die eherechtliche Gewalt, jedenfalls in zahlreichen Territorialrechten, wieder stabilisierte.“ (Holthöfer, 1997, S. 415f.).

Auch der spätmittelalterliche Emanzipationsprozess der unverheirateten Frau im deutschen Privatrecht kam zum Stillstand. Der allmähliche Abbau des Mundialprinzips, dieses ursprünglich umfassenden Gewaltverhältnisses, hatte nach den Vorstellungen des Zeitgeistes ein für die ‚Wohlfahrt‘ der Frau gefährliches Vakuum entstehen lassen, das es durch die Einführung einer Schutzaufsicht über das ‚schwache Geschlecht‘ wieder auszufüllen galt.

So wurde, nun auch begrifflich, die ‚cura sexus‘, die Geschlechtscuratel (vgl. Weber-Will, 1997, S. 453) oder Geschlechtsvormundschaft geschaffen, die für alle Frauen, ob verheiratet oder unverheiratet, galt und von Ehemännern, Vätern und sonstigen männlichen ‚Vertrauens‘personen ausgeübt wurde.

Handels- und Gewerbefrauen konnten ihre Selbstständigkeit auf der Grundlage separater Handelsordnungen bewahren (vgl. Schötz, 1997, S. 153ff.).

„Auch als die Geschlechtsvormundschaft 1838 in Sachsen unter großer Aufmerksamkeit der bürgerlichen Öffentlichkeit aufgehoben wurde ... ist sie doch für Ehefrauen ausdrücklich bestätigt worden.“ (Gerhard, 1990, S. 147).

Und eine andere Quelle: „Folglich blieb ihre politische Rechtlosigkeit auch nach der gesetzlichen Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft - für ledige Frauen zuerst 1831 in Sachsen, für alle Frauen 1877 durch das Reichsgesetz zur Zivilprozeßordnung (§ 51) - bestehen.“ (Schmitter, 1996, S. 72).

So wenig geradlinig und kontinuierlich die Rechtsgeschichte der Frauen verlief, geprägt von regionalen und epochalen Divergenzen, unterschiedlichen Gesellschaftsströmungen und Rechtsauffassungen, von Verschweigen und Vergessen, von fragwürdigen Begründungen und in sich widersprüchlichen Beweisen - die Geschlechtsvormundschaft zieht sich als Prinzip bis ins Jahr 1977 und darüber hinaus.

Eine wesentliche Rolle in diesem Zusammenhang kam der Kirche und dem kanonischen Recht zu. „Die Kirchenväter, Theologen und Päpste haben ihre Macht und ihr Lehrgebäude in einem Jahrhunderte langen Ausschließungsverfahren auf die Ächtung des Weiblichen als Verkörperung Evas, der Sünde, triebhafter Natur, der Sexualität gegründet. ‚Das Weib ist ... ein minderwertiges Geschöpf, ... nicht nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen‘, dozierten die Kirchenväter oder wie Thomas von Aquin, sich auf Aristoteles beziehend, formulierte: es ist ‚ein mißbildeter Mann, eine entartete Varietät des Mannes‘.“ (Gerhard, 1990, S. 23).

Der Braunschweiger Wissenschaftler Hartmut Heuermann (\*1941), Spezialist für die Erforschung religiös-kultureller Konflikte, kommt zu dem Schluss: „Das Skandalöse

und Ironische daran: Nichts geht auf Christus bzw. die Evangelisten zurück. Nichts deutet darauf hin, dass ihm die Einrichtung eines christlichen Patriarchats wünschenswert erschien und er irgendein Interesse am Aufbau eines darauf gestützten Machtapparats hatte. ... Die Einsicht ist beschämend, aber unabweisbar: Nach der biblischen Urbestimmung hatte die Frau als sekundär, schwach, verführbar, sündhaft, unverständlich, mangelhaft und minderwertig zu gelten - nicht weil diese Attribute ihrer Natur entsprächen (dafür gibt es keinerlei seriöse anthropologische oder psychologische Anhaltspunkte), sondern weil das männliche Geschlecht all diese Negativa in sie hineinprojizierte. Sie wurde das Opfer der wirksamsten und langwährendsten Ideologisierung, welche die Menschheitsgeschichte kennt.“ (Heuermann, 2005, S. 185).

Diese mit kirchlicher Macht verbreitete Frauenverachtung fand in den Hexenverfolgungen seit dem Ausgang des Mittelalters einen ihrer Höhepunkte (vgl. Ahrendt-Schulte, 1997, S. 199ff.). Der durch Hexenwahn und Teufelsglauben verfinsterte Rechtshimmel klärte sich für die Frauen erst mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts wieder auf, als die Hexenprozesse allmählich abnahmen. „1728 wurde in Preußen noch ein letztes Mal eine Frau als Hexe verbrannt, auf dem Boden des Deutschen Reiches zuletzt 1775 in Kempten.“ (Gerhard, 1990, S. 26).

### 1.3.4 Naturrecht

Von seinen antiken und mittelalterlichen, scholastischen und kanonischen Vorgängern unterschied sich das klassisch-rationalistische Naturrecht des 16. bis 18. Jahrhunderts vor allem durch seinen Anspruch, die Grundlagen menschlicher Rechtsbeziehungen allein aus den Geboten der autonomen, sich selbst genügenden Vernunft zu deduzieren. Weder die Offenbarungsweisheiten der christlichen Religion noch historische Gewohnheit und bestehende Gesetze, sondern allein die Erforschung der Natur des Menschen nach dem methodischen Vorgehen der Wissenschaften konnte den einheitlichen Geltungsgrund aller rechtlichen Institutionen erbringen.

„Die neuzeitliche Naturrechtslehre, die in vielfacher Hinsicht an die kulturelle Tradition, die Soziallehren der griechischen Philosophie, an die Stoa und das christliche Naturrecht anknüpfte, leistete zunächst und vor allem anderen die Emanzipation aus kirchlicher Bevormundung, aus der Moralthologie. Als Theorie, die mit allen bisherigen Autoritäten brach, mit den menschlichen wie den göttlichen, und nur die Ver-

nunft als solche als Maßstab der Kritik anerkannte, versprach sie in der Tat Befreiung. Der Rekurs auf ein übergesetzliches, gerechtes Recht diene zur Begründung für die Verbesserung der konkreten gesellschaftlichen Zustände. Die Besonderheit der neuen Rechtslehre bestand darin, daß sie als Philosophie und Wissenschaft vom Menschen, als Anthropologie, daherkam und zunächst mit der zuständigen Disziplin, der Jurisprudenz wenig zu tun hatte. Andererseits aber beanspruchte sie, Rechtstheorie zu sein und damit Einfluß zu nehmen auf die Rechtsverhältnisse der Menschen. Ihre Methode entsprach den sich neu entwickelnden Naturwissenschaften.“ (Gerhard, 1990, S. 28).

Die Grundannahme der ursprünglichen Freiheit und Gleichheit aller Menschen wurde Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen über Rechte und Pflichten der Individuen in ihren verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Auch die Ehe galt als bürgerlicher Vertrag, vorrangig zu dem besonderen Zweck der Fortpflanzung und Erhaltung des Menschengeschlechtes.

Das Naturrecht als säkulare Rechts- und Sozialphilosophie umfasste die Vertragsfähigkeit und damit die Selbstständigkeit der Frau als Rechtsperson.

Zumindest rhetorisch war somit der Rückbezug auf die Ausgangssituation der ursprünglichen Gleichheit der Geschlechter geboten. Diese Rückbindung entzog den traditionellen Erklärungen und Rechtfertigungen für weibliche Unterordnung, männliche Überlegenheit und Herrschaft sowie der biblischen Lehre von der fortwährenden Urschuld Evas die Legitimation.

Ferner blieb das Eheverhältnis mit der Bindung an das homogene Modell des zivilrechtlichen Vertrages in die normative Gesamtstruktur des Privatrechts einbezogen.

Diese bürgerliche Institution der Ehe stand allerdings im Spannungsfeld zwischen Privatfreiheit und öffentlichem Ordnungsinteresse, Vertragsfreiheit und staatlichem Regelungsanspruch.

„Hier ist zu bedenken, daß es allgemein dem Naturrecht des 17. Jahrhunderts noch nicht vorrangig um die Sicherung individueller Freiheitsrechte, sondern vielmehr darum ging, die in der Triebnatur des Menschen gegebenen ordnungsbedrohenden Tendenzen in einen umfassenden Katalog von Unterordnungs- und Gehorsamspflichten einzubinden. Als ‚Pflanzgarten des gemeinen Wesens‘ war die gesellschaftliche Verbindung von Mann und Frau sowohl das Fundament der gesellschaftlichen Ordnung als auch deren größte Bedrohung. Ebenso wie sich ... die triebhafte Aggressivität des Menschen als Quelle eines permanenten Kriegszustandes darstellte,



so waren ... die sexuelle Promiskuität und die mit ihr verbundene Ungewißheit biologischer Vaterschaft, ja, aller legitimen Besitztitel schlechthin, die eigentliche Gefährdung einer ‚ehrbaren und ruhigen Gesellschaft‘. Die Furcht vor dem Zusammenbruch aller geordneten Verhältnisse in einer Situation, wo niemand ‚das seine erkennen‘ konnte, verband sich in der älteren Schule des Naturrechts - ebenso wie im römischen und primitiven germanischen Recht und noch im Entstehungskontext des französischen Code - einseitig mit dem Besitzanspruch des Mannes auf rechtmäßige Erben ... In diesem Argumentationszusammenhang trat der dinglich-possessive Kern der ehemännlichen Rechte an der Person der Frau unverstellt zutage: Ohne Genehmigung des Mannes durfte sie ‚nicht über Feld reisen oder absonderlich liegen oder ohne gültige Ursache ihres Leibes Gebrauch dem Manne verweigern‘.

In der Re-Konstruktion der ehelichen Herrschaft aus einem Vertragspakt freiwilliger Unterwerfung schien der naturrechtliche Ehebegriff jede kritische Distanz gegenüber dem positiven Recht einzubüßen. Hier, wie in der Rechtfertigung praktisch aller Institutionen der zeitgenössischen ständischen Gesellschaft, diente das Vernunftpostulat der natürlichen Gleichheit vornehmlich als Hilfsgerüst, die Vernünftigkeit bestehender Ungleichheiten zu demonstrieren.“ (Vogel, 1997, S. 271f.).

In der Form von Dispositionsgewalt und Nutzungsbefugnissen erstreckten sich die Rechte des Mannes an der Person der Frau aufgrund seiner „natürlich-männlichen Vorherrschaft“ (vgl. Floßmann, 1997, S. 302f.) auch auf ihr Eigentum im Güterrecht (vgl. Vogel, 1997, S. 277ff.).

Die hier nur im und durch den Ehevertrag legitimierte Unterwerfung der Frau müsste für die unverheiratete Frau zumindest nach der Theorie Gleichberechtigung mit dem Mann bedeuten. Dies war nicht der Fall, denn in der Rechtsprechung und bei der Konkretisierung naturrechtlicher Prinzipien wirkten Denkgewohnheiten und die Schwerkraft der traditionellen Vormacht und Gewalt im Geschlechterverhältnis als Gewohnheitsrecht nach.

Wurden auch unter den frühen Vertretern des Naturrechts Hugo Grotius (1583 - 1645), Thomas Hobbes (1588 - 1679), Samuel von Pufendorf (1632 - 1694), Christian Thomasius (1655 - 1728) und Christian von Wolff (1679 - 1754), vor allem in ihrer „Glücksmoral“ (vgl. Bloch, 1961, S. 336ff.), gesellschaftliche Rolle und rechtliche Stellung der Frau durchaus differenziert und mit unterschiedlichen Grundannahmen wie Ergebnissen gesehen, so einte sie doch das patriarchalische Interesse und bürgerliche Besitzdenken.

Die ‚geschlechtslose Vernunft‘ der frühen Aufklärung mündete schließlich in der anthropologischen Bestimmung der Frau als ‚Naturwesen‘ und für die Gesellschaft unentbehrliches ‚moralisches Geschlecht‘.

Nicht zuletzt das Weiblichkeitskonzept von Jean-Jacques Rousseau (1712 - 1778) brachte die entscheidende Rückwendung zur funktionalen Verschiedenheit der Geschlechter aufgrund natur- und vernunftbezogener Erklärung und damit zur Legitimation der Ungleichbehandlung und untergeordneten Rechtsstellung der Frau.

„Daraus folgt, daß die Frau besonders dazu geschaffen ist, daß sie dem Mann gefalle. Ob der Mann seinerseits gefalle, ist von weniger zwingender Notwendigkeit. Er gefällt durch seine Kraft allein. Das ist nicht das Gesetz der Liebe - das gebe ich zu -, aber es ist das Gesetz der Natur, und das ist das ältere von beiden. ...

Die ganze Erziehung der Frau muß in steter Rücksicht auf die Männer eingestellt sein. Ihnen gefallen, ihnen nützlich sein, ihre Liebe und Achtung erwerben, sie in der Jugend aufziehen, für sie als Erwachsene sorgen, sie beraten, trösten, ihnen das Leben angenehm und süß machen, das sind zu jeder Zeit die Pflichten der Frauen, dazu muß man sie von Kindesbeinen an anleiten. ...

Nicht genug, sie müssen auch beizeiten an Zwang gewöhnt werden. ...

Denn die Abhängigkeit ist ein dem Weibe natürlicher Zustand; so fühlen sich die Mädchen selbst zum Gehorsam geschaffen. Es ist freilich nicht nötig, ihnen diese Abhängigkeit peinlich zu machen; es genügt, wenn sie sie fühlen.“ (Rousseau, 1956, S. 218ff.).

Zu Rousseaus eigenen Beziehungs- und Erziehungsleistungen äußert sich ein Biograf: „Weil er von den beiden wichtigsten Frauen seines Lebens eher mütterliche Fürsorge und sexuelle Befriedigung brauchte, konnte er eine eigene Familie nicht dulden, und so überließ er die fünf Kinder, die er mit Thérèse hatte, dem ungewissen Schicksal eines öffentlichen Waisenhauses.“ (Wokler, 1999, S. 12f.).

Durch Adolph von Knigge (1752 - 1796), „ein hochverschuldeter Kleinadliger, der unentwegt Pläne zur Verbesserung der Welt ausheckte“ (Saltzwedel, 2005, S. 205), wurde für die Nachwelt festgehaltener Tadel denjenigen Frauen zuteil, die sich nicht an das Weiblichkeitsideal halten wollten: „Wenden wir uns zu einer erhabenern Klasse von Frauenzimmern - zu den ‚gelehrten Weibern‘!

Ich muß gestehn, daß mich immer eine Art von Fieberfrost befällt, wenn man mich in Gesellschaft einer Dame ... setzt, die große Ansprüche auf Schöngeisterei, oder gar auf Gelehrsamkeit macht. Wenn die Frauenzimmer doch nur überlegen wollten, wie-

viel mehr Interesse diejenigen unter ihnen erwecken, die sich einfach an die Bestimmung der Natur halten ...“ (Knigge, o. J., S. 165).

Auch Johann Gottlieb Fichte (1762 - 1814), von starkem Rechtsempfinden und idealistischer Grundhaltung, „ein tiefgründiger und streitbarer Geist ..., der sich gegen alle Formen der Unmündigkeit, der Abhängigkeit, der Fremdbestimmtheit der menschlichen Persönlichkeit richtet“ (Seidel, 1997, S. 10), rechtfertigte in seiner ‚Grundlage des Naturrechts‘ die Unterwerfung der Frau und das Zwangsrecht des Mannes ausschließlich mit der Vernunft. Zur Begründung diente auch ihm die ‚Natur der Frau‘. Die Frau, „das zweite Geschlecht steht der Natureinrichtung nach um eine Stufe tiefer, als das erste; es ist Objekt einer Kraft des ersteren, ...“ (Fichte, 1979, S. 302).

„Das Weib gibt, indem sie sich zum Mittel der Befriedigung des Mannes macht, ihre Persönlichkeit; sie erhält dieselbe, und ihre ganze Würde nur dadurch wieder, daß sie es aus Liebe zu dem Einen getan habe. ...

Das Geringste, was daraus folgt, ist, daß sie ihm ihr Vermögen und all ihre Rechte abtrete, und mit ihm ziehe. Nur mit ihm vereinigt, nur unter seinen Augen, und in seinen Geschäften hat sie noch Leben. Sie hat aufgehört, das Leben eines Individuums zu führen.“ (Fichte, 1979, S. 306).

„Gegenüber dem unverhohlenen und ‚plumpen‘ (Gertrud Bäumer) Sexismus in Fichtes Argumentation ist die feministische Auseinandersetzung mit Rousseau komplizierter. ... Rousseau’sche Begründungsmuster haben vor allem auch der bürgerlichen Jurisprudenz mehr als 200 Jahre zur Rechtfertigung normierter Ungleichheit für Frauen gedient.“ (Gerhard, 1990, S. 45).

Auch der Aufklärer Immanuel Kant (1724 - 1804) teilte und verfestigte die Theorien von der naturgegebenen Geschlechterhierarchie.

In seiner spröden ‚Rechtslehre‘ nahm er den Vertragscharakter der Ehe als Verhältnis von Gleichen durchaus ernst. Dieses ‚Eherecht‘ stand jedoch im Kontext seiner Ausführungen über ‚das Privatrecht vom äußeren Mein und Dein überhaupt‘, ‚von dem auf dingliche Art persönlichen Recht‘ sowie die ‚Erwerbung durch Vertrag‘: „Die Erwerbung nach diesem Gesetz ist dem Gegenstande nach dreierlei: Der Mann erwirbt ein Weib, das Paar erwirbt Kinder und die Familie Gesinde. - Alles dieses Erwerbliche ist zugleich unveräußerlich und das Recht des Besitzers dieser Gegenstände das allerpersönlichste.“ (Kant, 1977, S. 389).

Die hierauf folgende wechselseitige Gebrauchsanweisung zur Beschreibung des Ehezweckes sprach der Frau zumindest ihre gleiche Würde nicht ab und offenbarte in dieser Hinsicht eine fortschrittlichere Haltung als Fichte.

Gleichwohl war die Frau im ‚Staatsrecht‘ lediglich ‚passiver Staatsbürger‘ und entbehrte der bürgerlichen Persönlichkeit, wie auch Gesellen, Dienstboten, Unmündige und „überhaupt jedermann, der nicht nach eigenem Betrieb, sondern nach der Verfügung anderer ... genötigt ist, seine Existenz (Nahrung und Schutz) zu erhalten“ (Kant, 1977, S. 433).

„Noch bevor alle feudalen Fesseln gelöst, der ständische Patriarchalismus seine rechtsförmige Legitimation und materielle Basis ganz verloren hatte, war damit in der politischen Theorie am Ende des 18. Jahrhunderts eine explizit sexistische Formel für den Ausschluß der Frauen aus dem Kreis der Rechtspersonen und für ihre juristische Diskriminierung gefunden. Sie war sexistisch, weil sie nicht nur an Geschlechtsmerkmalen anknüpfte, die angeblich eine unaufhebbare biologische Grundlage haben, sondern weil sie in einem noch viel engeren Sinn das Sexualverhalten der Frau zur Grundlage rechtlicher Normierung und damit einer neuen politischen Theorie der Ungleichheit machte.“ (Gerhard, 1990, S. 47f.).

Auch die seinerzeit herrschende Zensurpraxis sei hier kurz zitiert, kann jedoch nicht zur Relativierung dieser misogynen Philosophie herangezogen werden. „Soweit der Geltungsanspruch der tradierten religiösen Dogmen und die Legitimität der bestehenden politischen Ordnung in Frage gestellt, die sensibelsten Gegenstände im Verhältnis zwischen Philosophie und Gesellschaft berührt wurden, sah sich Rousseau den gleichen Beschränkungen und Gefahren gegenüber, denen sich die Philosophen vor ihm ausgesetzt und unterworfen gesehen hatten: der Verweigerung der Druckerlaubnis, Streichungen oder Verstümmelungen des Textes von seiten des Zensors, dem Verbot und der Beschlagnahmung des Buches durch die Obrigkeit, schließlich, in Rücksicht auf die persönliche, öffentliche wie private Existenz, staatlichen Maßnahmen und gesellschaftlichen Pressionen vielfältiger Art, bis hin zur offenen Verfolgung durch die politischen und religiösen Autoritäten.“ (Meier, 1984, S. XXVI).

Die offensichtliche Antagonistik, insbesondere im Naturrecht, dem so genannten Vernunftrecht, zwischen dem Axiom der natürlichen Gleichheit und Freiheit aller Menschen und der daraus konstruierten Unterordnung der Frau in Recht und Gesellschaft überzeugte die Frauen zu keiner Zeit und musste daher wortreich verteidigt werden: „Die Frauen ihrerseits beklagen ständig, daß wir sie zu Eitelkeit und zur

Gefallsucht erziehen; daß wir sie ständig mit Kindereien unterhalten, um leichter die Herren zu bleiben. Sie machen uns für die Fehler verantwortlich, die wir ihnen vorwerfen. Welche Torheit! Seit wann mischen sich denn die Männer in die Erziehung der Mädchen ein? Wer hindert denn die Mütter, sie zu erziehen, wie es ihnen gefällt? Sie haben keine Gymnasien (collèges)! Wie schrecklich! Wollte Gott, es gäbe auch für die Jungen keine! Dann wären sie bestimmt vernünftiger und sittsamer erzogen.“ (Rousseau, 1998, S. 392f.).

Das mangelnde Niveau dieser Logik begründete sich allein in der androzentrischen kollektiven Selbstsicherheit der Herrschenden und war daher als Grundlage einer im Kern befriedeten Gesellschaft nicht geeignet.

In Rousseaus wichtigstem Werk ‚Vom Gesellschaftsvertrag‘ erwies er sich als progressiver Vordenker eines demokratischen Gemeinwesens, der Unterwerfung ablehnte und stattdessen den gemeinsamen politischen Willen zum Zweck eines gesellschaftlichen Paktes, geregelt durch Gesetze, als Zielvorstellung formulierte. „Die Gesetze sind genau genommen nur die Bedingungen, auf welchen die bürgerliche Gesellschaft beruht. Das den Gesetzen unterworfenen Volk muss deren Urheber sein.“ (Rousseau, 2000, S. 56). Im gesamten Werk kein Wort zur Lebenswirklichkeit der Frauen.

## 1.4 Die Ziele der Frauen

### 1.4.1 Menschen- und Bürgerrechte

Die Französische Revolution 1789 mit ihren Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war Ursprung und Hoffnung der entstehenden Frauenbewegungen in ganz Europa.

Das Volk forderte von König Louis XVI. ein Ende der Unterdrückung und politische Teilhabe an der Macht. Einfluss auf die Geschicke des Landes hatten nur Adel und Klerus als erster und zweiter Stand. Dieses Recht verlangte nun auch der dritte Stand, die Bürger.

„Wobei ... das Elend unter den Frauen am schlimmsten war. Ihre Rechtlosigkeit und Abhängigkeit, der Mangel an Schul- und Berufsbildung, der fehlende Zugang zu den Zünften, die Schwierigkeit, einen Erwerb außer Haus zu finden, der ihnen half zu

überleben, und die schlechtere Bezahlung gegenüber den Männern verschärften die allgemeine Lage. Tausende wurden in die Prostitution getrieben, viele begingen Selbstmord, verhungerten mitsamt ihren Kindern oder überließen diese den Findelhäusern.“ (Schmölzer, 1999, S. 11f.).

Während der Französischen Revolution stürmten Frauen aller Schichten - erstmals als Gruppe, als soziale Bewegung - Versailles, um den König um Brot und Hilfe gegen die Preissteigerungen zu bitten. Auch unterstützten sie die Forderungen nach Anerkennung der Menschenrechtserklärung von 1789.

Traurige Berühmtheit erlangte die Schriftstellerin und gemäßigte Girondistin Olympe de Gouges (1748 - 1793) mit ihrer die allgemeine ‚Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte‘ erweiternden ‚Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin‘ (‚Déclaration des Droits de la Femme et de la Citoyenne‘) im Jahr 1791. Sie forderte den Zugang zu öffentlichen Ämtern für Frauen, die Gemeinschaftlichkeit des Eigentums in der Ehe, die Verbesserung der Lage der Frau durch ein staatliches Bildungswesen und das Wahlrecht für Männer und Frauen. Und auch sie berief sich auf Naturrecht und Vernunft.

„Zudem sind ihre Schriften ... frech und lustvoll zu lesen. Für sie sind öffentliches Elend und Korruption der Regierungen ein Produkt der Nichteinbeziehung der Frauen. Das weibliche Geschlecht ‚fühlt, dass sein Prestige nicht nur Gewalt über die Schwächen der Männer hat, deren Wünsche bald durch Verachtung ersetzt werden (...). Eine Revolution bereitet sich vor, die den Geist und die Seele des einen und des anderen Geschlechts anhebt, und alle beide werden in Zukunft am Gemeinwohl mitwirken.‘ ... Ohne Gleichheit der Geschlechter wird die Revolution zur Farce. ... Die widernatürliche Herrschaft der Männer über die Frauen komme aus psychologischen Quellen: männlicher Herrschsucht, Unwissenheit und Dummheit. Der Mann ‚extravagant, blind, von den Wissenschaften aufgeblasen und degeneriert, will er in diesem Jahrhundert der Aufklärung und Scharfsichtigkeit, doch in krassester Unwissenheit, despotisch über ein Geschlecht befahlen, das alle intellektuellen Fähigkeiten besitzt‘. ... Die Folge sei, dass Frauen wie Sklaven gehalten werden und sie daher als Sklaven über Männer zu herrschen beginnen. Diese doppelte Verkehrung kennzeichnet de Gouges als Inbegriff der allgemeinen Korruption, des Verfalls, der Zerrüttung. Aus der Position der Rechtlosigkeit entwickelte das weibliche Geschlecht sich nicht menschlich, sondern setzte hinterlistige Formen von Herrschaft durch. Seine Bildung wurde vernachlässigt. So wurden Frauen mehr schädlich als gut, ihre Politik heim-

lich, ihr Mittel die Einsetzung von Charme zur korrupten Macht über die Männer, ihre Waffe das Gift. Entsprechend verfolgt de Gouges keinen Opferdiskurs; sie denkt früh das Ineinander von Herrschaft und Unterdrückung bei Annahme einer grundsätzlichen Gleichheit der Geschlechter in Bezug auf Intelligenz, Fähigkeiten, Menschsein.“ (Haug, 2004, S. 15f.).

Sie wollte die Exekution des Königs verhindern und setzte sich stattdessen dafür ein, die Bürger selbst eine Regierungsform mit republikanischen, föderativen Grundzügen oder eine konstitutionelle Monarchie wählen zu lassen.

Für diese Kühnheiten wurde sie von den Jakobinern verhaftet und im November 1793 öffentlich guillotiniert.

Ihre ‚Erklärung‘, dieses „Dokument von ‚welthistorischer Bedeutung‘ ... wurde ganz einfach totgeschwiegen und ruhte fast 200 Jahre unbeachtet in den Pariser Archiven, bis es in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts von feministischen Historikerinnen wiederentdeckt wurde“ (Schmölzer, 1999, S. 13).

Erhalten geblieben über diesen langen Zeitraum sind allerdings ihre emanzipatorischen Kernaussagen in Artikel 1: „Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten“ sowie Artikel 10: „Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen. Sie muß gleichermaßen das Recht haben, die Tribüne (der Nationalversammlung als Schauplatz der Politik) zu besteigen.“ (Gerhard, 1990, S. 63; S. 263ff.; Böttger, 1990, S. 31; Hervé/Nödinger, 1999, S. 110).

Den Frauen, die zuvor auf den Barrikaden gekämpft hatten, wurde untersagt, an öffentlichen Versammlungen teilzunehmen, oder gar auf ihnen zu reden, und mehr als fünf Frauen durften auf der Straße nicht mehr zusammenkommen. Die männlichen Bürger waren sich durchaus bewusst, dass sie somit vorsätzlich die Hälfte der Bevölkerung von den Errungenschaften der Revolution ausschlossen. Sie rechtfertigten dieses Unrecht - wie Talleyrand 1791 vor der französischen Nationalversammlung - als notwendigen Preis, wenn ein Verfassungsstaat das Glück möglichst vieler Menschen/Männer garantieren wolle.

„Auf diese Weise erklärt sich auch das scheinbare Paradox, daß das Jahrhundert, das den pathetischen Menschenrechtserklärungen der aufstrebenden bürgerlichen Nationen folgte, nämlich das neunzehnte, für den weiblichen Bevölkerungsteil eine Beschneidung von Rechten mit sich brachte, wie er sie zuvor nicht gekannt hatte.“ (Böttger, 1990, S. 18).

Napoleons Staatsstreich 1799 und seine Gesetzgebung im Code Civil 1804 erhoben den Gehorsam der Frauen gegenüber ihren Männern wieder zur Primärtugend. Als verheiratete Frauen gehörten sie zusammen mit Unmündigen, Kriminellen und Geistesschwachen zu den Personen ohne juristisches Recht.

„In dieser Hinsicht stattete der ‚Code Napoléon‘ jeden Ehemann mit außergewöhnlicher, beispielloser, ja despotischer Macht aus. Er konnte seiner Frau jeden Wohnort vorschreiben. Alles, was sie je besaß oder verdiente, wurde sein Eigentum. Bei einer Scheidung behielt er die Kinder, das Haus und alle Wertgegenstände, denn sie hatte keinerlei Recht auf den gemeinsamen Besitz. Bei einem Ehebruch drohten ihr zwei Jahre Gefängnis, während er nichts zu befürchten hatte. Den Französinnen ging es im finstersten Mittelalter besser als in der Zeit nach 1804, als Napoleons Code allgemeingültiges Recht wurde.“ (Miles, 1990, S. 250).

Das Napoleonische Recht galt in Teilen Deutschlands bis zur Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahr 1900. Fast überall in Europa blieben die Frauen von Freiheit, Eigentum und Gleichberechtigung mit den Männern ausgeschlossen. Auch das BGB änderte nichts an der bestehenden klassenübergreifenden Patriarchalisierung der Familie durch die Rechtsprechung, in der männliches und kapitalistisches Interesse zusammentrafen.

„Die ‚Hausfrauisierung‘ im Sinne der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft bildete in der Folgezeit die Voraussetzung für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Herrschaft der Bürger-Patriarchen, die in vielen Aspekten bis heute besteht.“ (Schmölzer, 1999, S. 27).

Auch in England hatte die Entrechtung und Entmündigung der Frauen Ende des 18. Jahrhunderts einen Höhepunkt erreicht. Mary Wollstonecraft (1759 - 1797) ging 1792 mit ihrer Forderung ‚A Vindication of the Rights of Women‘, einer ‚Verteidigung der Rechte der Frauen‘ an die Öffentlichkeit. Diese Publikation erzielte sofort nach Erscheinen unerwartet hohe Nachfrage, „wurde ins Französische und Deutsche übersetzt und erlebte Auflagen in den USA. In nur sechs Wochen hat sich Mary (Wollstonecraft) die angestaute Wut von 30 Jahren von der Seele geschrieben und damit die erste feministische Theorie verfaßt, die Forderungen nach Frauenrechten mit den Forderungen nach einer zukünftigen freien Gesellschaft verknüpft.“ (Schmölzer, 1999, S. 73).

Ihr für die Zeit einzigartiges und radikales Werk entlarvte als Haupthindernis für die Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung die häusliche Unterdrückung und Er-



ziehung, die Pflicht zu Gehorsam und den Männern zu gefallen. Ihr Buch ist ein Appell an die Vernunft, es fordert von Männern und Frauen die gleiche Tugendhaftigkeit, hergestellt durch Erziehung, in der Annahme, dass eine Gesellschaft, in der Vernunft und Tugend herrschen, Freiheit und Gleichheit ermögliche. Die Verweigerung von politischen Rechten sei Tyrannei, ebenso die wirtschaftliche Abhängigkeit von einem Mann in der Ehe. Frauen sind frei und gleich geboren, erst die Erziehung im Patriarchat weist ihnen die Rolle der Schwäche und Unterordnung zu. Weiblichkeit sei demnach also nur ein kulturelles Konstrukt.

Sie forderte bürgerliche Rechte und Pflichten auch für Frauen als rationalen, unabhängigen Wesen, geschützt durch ziviles Recht.

Sie forderte gemeinsame Erziehung und Ausbildung von Jungen und Mädchen, das Recht auf freie Berufswahl und -ausübung sowie die politische Vertretung.

Wollstonecraft ging 1792 nach Paris, „um die geliebte Revolution selbst zu erleben“ (Hervé/Nödinger, 1999, S. 281). 1797 starb sie bei der Geburt ihrer zweiten Tochter (vgl. Schmid, 1996, S. 342).

Ihre politische Weitsicht und ihre Forderungen sind bis in die Gegenwart richtungsweisend geblieben. Seit dieser kathartischen Erkenntnis gingen die Frauenrechtlerinnen davon aus, dass die untergeordnete Stellung der Frau weder natürlich noch unvermeidlich ist, sondern durch einseitige gesellschaftliche Interessen geschaffen.

Diese zogen ihre Rechtfertigung seit 1859 aus den Erkenntnissen des britischen Naturforschers Charles Darwin (1809 - 1882). Seine wichtigsten Werke ‚On the Origin of Species‘ (Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl) 1859, und vor allem ‚The Descent of Man, and Selection in Relation to Sex‘ (Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl) 1871, wurden von den so genannten Sozialdarwinisten „auf soziale und gesellschaftliche Prozesse übertragen, um mit ihrer Hilfe zu Werturteilen über solche Prozesse zu gelangen“ (Hösle/Illies, 1999, S. 159).

Die evolutionsbiologischen Kategorien wurden reduziert auf die plakativen Exzerpte vom ‚Kampf ums Dasein‘, vom ‚Recht des Stärkeren‘ und der ‚natürlichen Auslese‘. „Der sog. ‚Sozialdarwinismus‘ mit all seinen späteren, z. T. katastrophalen Auswirkungen sollte uns allen eine hinreichende Warnung sein. Der einfache Hinweis darauf, daß solche ‚Entgleisungen‘ mit dem Inhalt von Darwins Schriften nichts zu tun hätten, ist schlichtweg falsch, der kritische Leser kann sich davon gerade in der ‚Ab-

stammung des Menschen‘ an zahlreichen Stellen überzeugen.“ (Vogel, 2002, S. XXV).

Diese Ambivalenzen zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und Deutung unter dem Einfluss des Zeitgeistes waren zwangsläufig Bestandteil seines Werkes wie auch seiner persönlichen Lebenshaltung. „Meistens seien es die Weibchen, die aus konkurrierenden Männchen auswählten, die sich oft in großer Zahl vor ihnen präsentierten und um ihre Gunst würben, und es sei keineswegs abwegig, ihnen dabei einen ästhetischen Geschmack zu unterstellen. Natürlich könnten wir nur durch einen Analogieschluß zu dem Ergebnis kommen, daß auch bei den Tieren die Weibchen ihre Partner wählten; aber der Bewohner eines anderen Planeten, der auf unserer Erde beobachtete, wie junge Bauern sich durch ihr Verhalten und ihre Kleidung um ein Mädchen bemühen, würde bei seinem Schluß, daß dies Mädchen eine Wahl ausübe, genau die gleiche Operation vollziehen.“ (Hösle/Illies, 1999, S. 128).

Bei seinen weiteren Beobachtungen und Überlegungen zu den ästhetischen Präferenzen und den damit verbundenen Reproduktionschancen bei Tier und Mensch erkannte er einen Widerspruch: „Was den Menschen betrifft, so hebt Darwin die Anomalie hervor, daß es hier die Frau ist, die sich schön macht, und schließt daraus, daß in den ältesten Gesellschaftsformationen die Frau keine Wahl ausüben konnte, sondern diese dem Manne zustand. Er erklärt dies u. a. mit der geistigen Überlegenheit des Mannes gegenüber der Frau, die für ihn evident ist - sicher einer der zeitgebundensten Abschnitte seines Werkes. Immerhin plädiert er für eine umfassende Erziehung der Frauen.“ (Hösle/Illies, 1999, S. 133).

„Und was ist mit Darwins Vorurteilen im höheren Alter? Er hielt Schwarze für minderwertig, fand jedoch Sklaverei abstoßend; er wies Frauen eine untergeordnete Rolle zu, war indes völlig abhängig von seiner respekteinflößenden Ehefrau.“ (Desmond/Moore, 1992, S. 13). „Dennoch führten Emma und Charles Darwin eine harmonische, ja glückliche Ehe. Sie respektierten einander mit einer Liebe, die gerade an den Widerständen wuchs; sie trennten sich nur sehr selten für wenige Tage voneinander; sie schätzten gleichermaßen den Wert häuslicher Geborgenheit und eines intakten Familienlebens; sie zogen gemeinsam eine große, wohlgeratene Kinderschar auf.“ (Schmitz, 1983, S. 47).

Auch die folgende Episode gehört in diesen Kontext: „Als Darwin sich eines Nachmittags eine sanfte Anhöhe hinaufschleppte, wurde er von einem Ruf gestoppt. Über eine ‚undurchdringliche Hecke‘ hinweg erblickte er ... die respekteinflößende Miss

Cobbe, ihres Zeichens Frauenrechtlerin und Tierschützerin, die darauf brannte, ihm von John Stuart Mills emanzipatorischem Buch ‚On the Subjection of Women‘ zu erzählen. Es sei ideal für sein Studium der menschlichen Abstammung, rief sie ihm zu, insbesondere die Kapitel über die geschlechtliche Auslese. Darwin belferte zurück, daß Mill ‚einiges von der Biologie lernen könnte‘. Die Überlegenheit der Männer sei das Produkt des ‚Kampfes ums Dasein‘; ihre besondere ‚Kraft und ihren Mut‘ verdankten sie dem Kampf ‚um den Besitz der Frauen‘. Als sie das hörte, bot ihm Miss Cobbe ihr Exemplar von Kant über die ‚Moral‘ an, damit er sich über seine offenkundigen ethischen Probleme klarwerde. Er lehnte dankend ab.“ (Desmond/Moore, 1992, S. 645).

Der Kampf der europäischen Frauen um Menschen- und Bürgerrechte, ausgehend von den Idealen der Französischen Revolution, hat seine Entsprechung in den Vereinigten Staaten von Amerika in der Anti-Sklaverei-Bewegung.

Seit 1650 war die Sklaverei in Nordamerika offiziell gestattet und bestand auch nach der Unabhängigkeitserklärung vom britischen Mutterland 1776 fort - in den Nordstaaten bis 1804, in den Südstaaten bis 1865.

In gemeinsamer Betroffenheit begannen sich die schwarzen und weißen Frauen gegen Rassismus und Sexismus zu wehren, als sie erkannt hatten, dass nicht nur Hautfarbe, sondern auch Geschlecht als gesellschaftliche Ausschlusskriterien zur Etablierung und Festigung von Herrschaft benutzt wurden.

„Der Kongreß von Seneca Falls im Jahr 1848 wird heute oft als die Geburtsstunde der Frauenrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten betrachtet. Die in Seneca Falls versammelten Frauen (und Männer!) legten ihre Grundsatzerklärung vor, die ‚Declaration of Sentiments‘, verfaßt nach dem Modell der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Die KongreßteilnehmerInnen forderten die Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe, in Eigentumsrechten, in Gehaltsfragen sowie im Sorgerecht für Kinder und im Wahlrecht. Die letzte Forderung galt dabei als die radikalste.“ (Rubart, 1990, S. 135f.).

Durch das Verbot der Sklaverei nach dem Sezessionskrieg (1861 - 1865) war die ‚Rassenfrage‘ politisch zunächst gelöst, die Rechtlosigkeit der Frauen blieb.

Die hier in Folge entstehende Suffragettenbewegung richtete ihr Hauptaugenmerk auf die Durchsetzung der Anteilnahme der Frauen am öffentlichen Leben durch das ‚suffragium‘, das Stimmrecht, um auf diesem Weg grundsätzlich Einfluss auf die politischen Entscheidungen in Rechts- und Gesellschaftsangelegenheiten zu errei-

chen. In Amerika erlangten „Schwarze ... das Wahlrecht durch den 15. Verfassungszusatz im Jahr 1870, Frauen das ihre durch den 19. Verfassungszusatz 1920, ein halbes Jahrhundert später“ (Leibowich, 2008, S. 44).

Größeren Bekanntheitsgrad erlangte die britische Suffragettenbewegung in ihren bis 1914 andauernden Wahlrechtsbemühungen.

Der Kampf der amerikanischen, vor allem auch der europäischen Frauen um Menschen- und Bürgerrechte war von schnell vorübergehenden Erfolgen und langfristigen, tief greifenden Rückschlägen geprägt.

Die Strömungen des 19. Jahrhunderts brachten Erfolge vorrangig für die Männer: Befreiung aus dem ständischen Staat, Aufbau einer Bürgergesellschaft und erste Schritte zur Überwindung des Rassismus.

Mit der Industrialisierung, die die Männer aus dem häuslichen Handwerk in die Fabriken zog, verengte sich der Aktionsradius für die Frauen; das bürgerliche Modell der Arbeitsteilung begann und mit ihm die Teilung von bezahlter öffentlicher Arbeit gegenüber unbezahlter und privater. Deren Entwertung nahm zu, je mehr die Güterproduktion maschinell, also außer Haus erfolgte. Diese Privatheit wurde ideologisch gestützt durch die Gesellschaftstheorien von der vermeintlich natürlichen Bestimmung der Frau und deren juristische Festschreibung.

Als eine der wenigen hellsichtigen Analysen aus dunkler Zeit sei hier nochmals Friedrich Engels aus dem Jahr 1884 über die Rolle der Ehe in diesem Zusammenhang zitiert: „So tritt die Einzelehe keineswegs ein in die Geschichte als die Versöhnung von Mann und Weib, noch viel weniger als ihre höchste Form. Im Gegentheil. Sie tritt auf als Unterjochung des einen Geschlechts durch das andre, als Proklamation eines bisher in der ganzen Vorgeschichte unbekannten Widerstreits der Geschlechter. ... Die Einzelehe war ein großer geschichtlicher Fortschritt, aber zugleich eröffnet sie neben der Sklaverei und dem Privatreichthum jene bis heute dauernde Epoche, in der jeder Fortschritt zugleich ein relativer Rückschritt, in dem das Wohl und die Entwicklung der Einen sich durchsetzt durch das Wehe und die Zurückdrängung der Andern. Sie ist die Zellenform der civilisirten Gesellschaft, an der wir schon die Natur der in dieser sich voll entfaltenden Gegensätze und Widersprüche studiren können.“ (Engels, 1920, S. 52).

Und weiter über die Bedeutung der Ehe für die Gesellschaft: „In der alten kommunistischen Haushaltung, die viele Ehepaare und ihre Kinder umfaßte, war die den Frauen übergebene Führung des Haushalts ebensogut eine öffentliche, eine gesell-

schaftlich nothwendige Industrie, wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer. Mit der patriarchalischen Familie, und noch mehr mit der monogamen Einzelfamilie wurde dies anders. Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein ‚Privatdienst‘; die Frau wurde erste Dienstbotin, aus der Theilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt. ... Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offene oder verhüllte Haussklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt. ... Er ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentirt das Proletariat.“ (Engels, 1920, S. 61f.).

Diese in allen Lebensbereichen manifestierte Ungleichheit der Geschlechter sperrte die Frauen endgültig im Haus ein und von allen öffentlichen Beteiligungen aus. Die Vervollkommnung von ‚Weiblichkeit‘ und ‚Männlichkeit‘ besiegelte vollends die Polarisierung der Geschlechtercharaktere.

„Am Ende des 19. Jahrhunderts schließlich hatte sich diese Ideologie der den Geschlechtern durch Geburt innewohnenden polaren Charaktereigenschaften von Rationalität, Aktivität und Erwerbsgesinnung beim Mann und spiegelverkehrt Emotionalität, Passivität und häuslich-tugendhafter Gesinnung bei der Frau als herrschendes Leitbild sogar bis weit in die Arbeiterbewegung und Frauenbewegung hinein durchgesetzt.“ (Böttger, 1990, S. 32).

Aus einem solch beengten und isolierten Heim heraus war ein Kampf um allgemeine Menschen- und Bürgerrechte nicht zu führen. Die revolutionär gestimmten Frauen konzentrierten sich daher auf die Wurzeln der Ungleichheit und setzten sich für Basisrechte ein: Frauenwahlrecht, Frauenbildung und Beteiligung der Frauen an der Gesetzgebung.

#### 1.4.2 Frauenwahlrecht

„Während der revolutionären Monate 1848/49 besuchten Frauen Versammlungen, verfolgten in der Paulskirche die Verhandlungen, nähten Fahnen und kämpften vereinzelt auch auf den Barrikaden. ... Die Teilnahme der Frauen ... war ... so unübersehbar, daß die nun folgende allgemeine Einschränkung der politischen Rechte die Frauen ganz besonders traf.“ (Asche/Huschens, 1990, S. 171f.).

„Die Demokratin, Initiatorin und spätere Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung Louise Otto reagierte auf diesen Widerspruch mit der Gründung der ‚Frauen-Zei-

tung‘ im Frühjahr 1849. ... Bis zu ihrem Verbot im Dezember 1850 bildete diese Zeitschrift gewissermaßen das Forum der zahlreichen Frauenvereine, die sich in den meisten Staaten des Deutschen Bundes gebildet hatten.“ (Schmitter, 1996, S. 72).

Das Vereinsgesetz von 1850 verbot die Anwesenheit von Frauen in politischen Versammlungen, Frauenvereine wurden aufgelöst. Da Frauen in keiner politischen Partei sein durften, waren sie nun gezwungen, die Männer zu überzeugen, die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihre Parteiprogramme aufzunehmen.

1891 forderte die SPD in ihrem ‚Erfurter Grundsatzprogramm‘ das ‚allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts‘ (vgl. Asche/Huschens, 1990, S. 172).

August Bebel (1840 - 1913), der Vorsitzende der SPD, hatte 1879 (Bebel, 1973, S. 21) sein viel beachtetes Werk ‚Die Frau und der Sozialismus‘ veröffentlicht, eine Kritik der Industriegesellschaft und des Klassenstaates, der Frauen und Arbeiter gleichermaßen entmündigt hat. Sie beginnt: „Frau und Arbeiter haben gemein, Unterdrückte zu sein. Die Formen dieser Unterdrückung haben im Laufe der Zeiten und in den verschiedenen Ländern gewechselt, aber die Unterdrückung blieb. Die Erkenntnis, unterdrückt zu sein, ist auch im Laufe der geschichtlichen Entwicklung öfter den Unterdrückten zum Bewußtsein gekommen und führte zu Änderungen und Milderungen ihrer Lage, aber eine Erkenntnis, die das eigentliche Wesen dieser Unterdrückung in ihren Ursachen erfaßte, ist bei der Frau wie bei dem Arbeiter erst das Resultat unserer Tage.“ (Bebel, 1973, S. 35). Aus dieser Überzeugung heraus unterstützte Bebel das Ringen der Frauen um politische Gleichberechtigung.

„Das Frauenwahlrecht, dessen Forderung 1876 in Hedwig Dohms Schrift ‚Der Frauen Natur und Recht‘ ausführlich dargestellt worden war, wurde auf der von bürgerlichen Frauen einberufenen Volksversammlung vom 2. Dezember 1894 in Berlin, in der die spätere Sozialdemokratin Lily Braun ihre historische Rede über ‚Die Bürgerpflicht der Frau‘ hielt ..., zum ersten Mal in der Öffentlichkeit vorgetragen.“ (Schmitter, 1996, S. 72).

Gesellschaftlich blieb die Forderung umstritten; als abschreckendes Beispiel wurden die englischen Suffragetten hingestellt und die männlich unerwünschte Erscheinungsform der emanzipierten Frau.

1902 gründete sich in Hamburg der ‚Deutsche Verein für Frauenstimmrecht‘, da hier das Vereinsgesetz nicht galt. Das Selbstbewusstsein der Frauen wuchs, in der Über-

zeugung, dass auch Frauentätigkeiten soziale und staatspolitische Leistungen darstellten.

Dem entgegen stand bis 1918 das weit verbreitete, an Steuerzahlung und Steuerklassen gebundene Dreiklassenwahlrecht sowie eine deutsch-nationale, überwiegend konservative Weltanschauung.

### 1.4.3 Frauenbildung

Die allgemeine Schulpflicht bestand im Land Preußen seit 1717, seit 1763 auch für Mädchen. Jungen und Mädchen besuchten die Volksschulen, während die Höheren Schulen auch im 19. Jahrhundert - trotz der von Wilhelm von Humboldt (1767 - 1835) getragenen Bildungsreform - noch weitgehend den Jungen vorbehalten blieben.

Die wenigen, so genannten ‚Höheren Töcherschulen‘ gingen meist auf private Initiativen zurück und entsprachen im unterrichtlichen Niveau weitgehend den Mittelschulen.

„Nach der Konferenz der Mädchenschulpädagogen, die 1872 in Weimar stattfand, sollte sich die höhere Mädchenbildung an den Interessen des zukünftigen Ehemannes orientieren ... und die Schule, die von diesem Ziel abwich, als Mittelschule eingestuft werden.“ (Schmitter, 1996, S. 53).

Diese Mädchenschulen sollten „in eine Organisation gefaßt werden ..., welche auf die Natur und Lebensbestimmung des Weibes Rücksicht nimmt“. Die berühmte Begründung dieser These, ganz dem Gedankengut Rousseaus verhaftet, die Helene Lange später ‚mit unglaublicher Verblüffung‘ las, lautete so:

„Es gilt, dem Weibe eine der Geistesbildung des Mannes in der Allgemeinheit der Art und der Interessen ebenbürtige Bildung zu ermöglichen, damit der deutsche Mann nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit seiner Frau am häuslichen Herde gelangweilt und in seiner Hingabe an höhere Interessen gelähmt werde, daß ihm vielmehr das Weib mit Verständnis dieser Interessen und der Wärme des Gefühls für dieselben zur Seite stehe.“

Die Lebensbestimmung der Frau? Hier traten die fundamentalen Unterschiede in der Betrachtung klar zutage ...“ (Frandsen, 1999, S. 47f.).

Der Lehrerin Helene Lange (1848 - 1930), einer führenden Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung, ist es zu verdanken, dass ab 1893 zum Abitur führende Gymnasialkurse für Mädchen angeboten wurden (vgl. Heinsohn, 1996, S. 151).

„Eine Studienmöglichkeit gab es für Frauen in Deutschland jedoch in jener Zeit immer noch nicht.

1893 wurde wiederum eine Petition mit 60.000 Unterschriften zum Frauenstudium abgelehnt, nicht anders geschah dies 1894 (und das war nun schon die vierte Petition in dieser Sache). - Die bürgerliche Frauenbewegung ... legte also eindeutig den größten Wert auf die Verbesserung der Mädchen- und Frauenbildung, um fähig zu werden, über neue Pflichten auch neue Rechte zu gewinnen.“ (Nave-Herz, 1997, S. 25).

Zu groß waren die Vorurteile gegen Akademikerinnen. „Es fehlt dem weiblichen Geschlecht nach göttlicher und natürlicher Anordnung die Befähigung zur Pflege und Ausübung der Wissenschaften und vor allem der Naturwissenschaften und der Medicin. Die Beschäftigung mit dem Studium und die Ausübung der Medicin widerstreitet und verletzt die besten und edelsten Seiten der weiblichen Natur, die Sittsamkeit, die Schamhaftigkeit, Mitgefühl und Barmherzigkeit, durch welche sich dieselbe vor der männlichen auszeichnet.“ (zit. nach Glaser, 1996, S. 300). Diese Ansicht vertrat 1872 Theodor von Bischoff, ein im In- und Ausland anerkannter Wissenschaftler.

Und der Leipziger Psychiater Paul Julius Möbius (1853 - 1907) äußerte sich im Jahr 1900 wissenschaftlich ‚Ueber den physiologischen Schwachsinn des Weibes‘. Als Beweis dienten Vergleiche mit Tieren und Kindern, vermeintliche Beobachtungen und allgemeine Volksweisheiten der Zeit, sowie vor allem Rückschlüsse aus Größe und Gewicht von Männer- und Frauengehirnen. Seine im Original nur 26 Seiten umfassende Schrift machte unverzüglich etliche Neuauflagen erforderlich, jeweils ergänzt um die von Wissenschaftlern und Frauen zahlreich publizierte Kritik und Widerlegung seiner Thesen. Streckenweise sehr erfrischend äußerte sich die Philosophin Hedwig Dohm (1831 - 1919) im Anhang zur sog. 3. Auflage: „Nachdem der schöne alte Herr Möbius dem Weibe die lange Liste ihrer tierähnlichen Qualitäten entrollt hat, setzt er mit goldiger Naivität hinzu: ‚Sehen wir uns auch genötigt, das normale Weib für schwachsinnig zu erklären, so ist damit doch nichts zum Nachteil des Weibes gesagt.‘ Kleiner Schäker!“ (Möbius, 1901, S. 84).



1896 wurden erste Gasthörerinnen an preußischen Universitäten zugelassen und 1907 waren nur sieben deutsche Universitäten bereit, Studentinnen zu immatrikulieren.

„Das Deutsche Reich, das Land der Dichter und Denker, bildete in dieser Beziehung also ein Schlußlicht. Offenbar fürchtete gerade das deutsche Bildungsbürgertum zuviel zu verlieren und wollte diese einzige Grundlage seines gesellschaftlichen Einflusses vorerst keineswegs mit den Frauen teilen.“ (Gerhard/Wischermann, 1990, S. 140).

Und viele Jahre später: „Die Universität wurde vor allem wegen ihrer Benachteiligung angehender Wissenschaftlerinnen kritisiert. Die seit der Mitte des Jahres 1994 amtierende Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts wies in ihrem Vortrag ‚Der aufhaltsame Aufstieg der Frauen in der Wissenschaft‘ ... darauf hin, daß Frauen auf den oberen Ebenen der universitären Hierarchie noch immer am geringsten vertreten seien. Sie wies nach, daß die Ursachen für diesen Zustand in den Strukturen eines auf männliche Berufsbiographien zugeschnittenen Wissenschaftsbetriebs liegen.“ (Schmitter, 1996, S. 53f.).

Die Widerstände gegen Frauenstudium und Frauenwissenschaft waren von Beginn an erheblich und begründeten sich aus den Überzeugungen der Epoche, aus Tradition und Kenntnisstand. Es ging auch hier um geistige und körperliche Schwäche der Frau, Ablenkung von ihrer vermeintlich naturgegebenen Bestimmung, Vernachlässigung ihrer ‚eigentlichen‘ Pflichten und vor allem um den drohenden Verlust der männlich definierten Weiblichkeit.

Bis hierhin trifft man auf die langen Schatten von Rousseaus Bildungsroman ‚Emile oder Über die Erziehung‘ und dessen willfährige Adaption in den Wissenschaften.

Die in den vorangegangenen Kapiteln in Schwerpunkten skizzierten Ziele der Frauen stehen exemplarisch für ein universales Erfordernis zur Normalisierung ihrer gesellschaftlichen Situation.

„Die Stellung der Frauen in der modernen Gesellschaft wurde erst in dem Moment zu einem öffentlich diskutierten Thema, als Frauen daran Kritik übten. Ihr Protest gegen Diskriminierung und Unterdrückung, in Deutschland seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Vereinen und Zeitschriften organisiert, machte auf etwas aufmerksam, das bis dahin mehr oder weniger erfolgreich verdrängt worden war: die prinzipiell ungleichen Lebenschancen von Frauen und Männern in der bür-

gerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Daß Frauen nicht an politischen Wahlen teilnehmen durften, daß sie keine staatsbürgerlichen Rechte besaßen, daß ihre Erwerbsarbeit schlechter entlohnt wurde als die von Männern, daß sie viele Berufe nicht ergreifen, viele Schulen nicht besuchen konnten und zu Universitätsstudien nicht zugelassen waren - all das galt so lange als selbstverständlich, wie sich niemand daran störte. ...

Allenfalls bewogen sie die Verteidiger des Status quo dazu, ihn argumentativ zu rechtfertigen. Ein Wandel trat erst dann ein, als ... die Einzelstimmen sich zu einem Chor zusammenfanden und ihr Anliegen vielstimmiger und lautstärker in die Öffentlichkeit trugen.“ (Frevert, 1999, S. 52).

## 1.5 Die Erfolge der Frauen

Das Ziel einer partnerschaftlichen Gesellschaft stets vor Augen, haben die Frauen nichts unversucht gelassen - privat und öffentlich, angepasst und radikal, bürgerlich und proletarisch, als Einzelkämpferinnen und in politischen Vereinen - , die herrschende Definition und Zuweisung der Geschlechterrollen transparent zu machen, um ein von beiden Geschlechtern entworfenes und akzeptiertes Menschenbild als Lebens- und Rechtsgrundlage herzustellen. Kein öffentliches Rede- und Versammlungsverbot, keine Missachtung und Lächerlichmachung, kein Hohn und Spott konnte sie von ihrer Überzeugung abbringen, allenfalls behindern.

Und vieles wurde durchaus erreicht: das Frauenwahlrecht in Deutschland 1918, erstmals praktiziert 1919, die Zugangsberechtigung zu Höheren Schulen und in die Universitäten. Ab 1918 war auch Frauen die Dozentur erlaubt, ab 1920 die Habilitation (vgl. Wagner-Link, 1997, S. 7).

### 1.5.1 Prolog: Bürgerliches Gesetzbuch 1900

Das Inkrafttreten des ‚Bürgerlichen Gesetzbuches‘ im Jahr 1900 vollendete eine seit 1873 eingeleitete Jahrhundertaufgabe der Reichsgesetzgebung zur Vereinheitlichung des in viele Rechtsgebiete und Rechtsquellen zersplitterten Privatrechts in Deutschland (vgl. Leipold, 1999, S. 19f.).

„Die unverheiratete volljährige Frau oder die Witwe hatten - jedenfalls seit der Aufhebung der noch in einigen Ländern bestehenden Geschlechtsvormundschaft - gene-

rell eine wesentlich selbständigere Position; privatrechtlich, nicht allerdings hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Rechte, waren sie den Männern nahezu gleichgestellt.“ (Dölemeyer, 1997, S. 634).

Nach der BGB-Reform „ist als Fazit ... zu konstatieren, daß die Normen über den Status der Ehefrau, definiert in ihrer Stellung zu Ehemann und Familie und auch im wesentlichen begrenzt durch diese, ... zwar einige Änderungen erfahren haben (teils zum Besseren - teils zum Schlechteren), daß die Gesamtauffassung von der Rollenverteilung in Ehe und Familie aber konstant war“ (Dölemeyer, 1997, S. 658).

Die Geschlechtsvormundschaft - nun ehemännliche Vormundschaft - über die Ehefrau blieb in Deutschland erhalten, im Gegensatz zu den Festlegungen im sonstigen europäischen Recht.

„Die vom Gesetzgeber garantierte Geschäfts- und Prozeßfähigkeit der Ehefrau - ‚Symbol seiner modernen Frauenauffassung‘ - steht angesichts der Wirklichkeit der Verwaltungsgemeinschaft nur auf dem Papier. An der Rolle des Ehemannes als Vormund der Frau, an der ‚cura maritalis‘ alten Stils, hat sich durch das BGB wenig geändert - die ehemännliche Autorität und Entscheidungsgewalt wird weiterhin zum ‚Palladium der Ehe‘ erhoben.“ (Buchholz, 1997, S. 680).

Diese Reform, von Rechtswissenschaft und Politik als ‚Manifest liberaler Rechtskultur‘ gefeiert, mit dem ‚die deutsche Nation nicht nur die formelle Rechtseinheit der privatrechtlichen Beziehungen, sondern auch Gerechtigkeit und Wohlfahrt‘ gewährleistete, wurde von den Frauen, der ‚größeren Hälfte des Volkes‘, schon damals als unwürdig, als unzeitgemäß und kulturhemmend verworfen.

Neben den Fragen zum Verwaltungs- und Nutznießungsrecht des Ehemannes an Person und Vermögen seiner Frau sowie den umfassenden Rechten des Mannes an ehelichen wie unehelichen Kindern, war es vor allem das ‚Entscheidungsrecht des Ehemannes ‚in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten‘, ein die Handlungs- und Geschäftsfähigkeit aller verheirateten Frauen beschränkender ‚Gehorsamsparagraph‘, der als § 1354 BGB bis 1953 geltendes Recht war“ (Gerhard, 1990, S. 118).

„Alle für Frauen seither errungenen Rechtsfortschritte im Privatrecht, vom ersten Gleichberechtigungsgesetz aus dem Jahr 1957 bis zur Ehe- und Familienrechtsreform von 1977, sind in diesem Sinne nur ‚Abschlagszahlungen‘ auf die Forderungen der radikalen Frauenbewegung um 1900.“ (Gerhard, 1990, S. 120).

Da die Rechtsvereinheitlichung durch das BGB im Hinblick auf die Frauen in enttäuschender Weise bei den traditionellen Normen blieb, von Selbstbestimmung und Gleichberechtigung keine Rede war, konnte eine Befriedung in der so genannten Frauenfrage nicht erwartet werden. Die elementaren Rechte der Frauen blieben Vision, jedoch ungebrochen ihr Wille, diese zu erreichen.

Neben den vielen weltweit engagierten Frauen des öffentlichen Lebens und den Protagonistinnen der zweiten Frauenbewegung ab den 1970er Jahren sind es vor allem zwei Persönlichkeiten, die die rechtliche und gesellschaftliche Situation der Frauen im 20. Jahrhundert grundlegend und bis heute wirksam geprägt haben: Elisabeth Selbert und Simone de Beauvoir. Langjährig in Vergessenheit geraten, erfahren sie gerade durch die Genderforschung erneute Aufmerksamkeit und nun auch den angemessenen Platz in der Geschichte.

### 1.5.2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“

Die Frauen, die bis zur Erschöpfung im und nach dem Zweiten Weltkrieg das Überleben gesichert, die Trümmer nicht nur praktisch, sondern auch politisch beseitigen halfen und den Wiederaufbau zum Teil auf wichtigen Posten organisierten, wurden mit der Rückkehr der Männer aus Krieg und Gefangenschaft wiederum ins zweite Glied gedrängt. Als Überhöhung aller bisherigen Frauenbilder wirkte nun auch noch die Mütterlichkeitsideologie des Nationalsozialismus nach und manifestierte sich ab den 1950er Jahren als Heim- und Herd-Ideal.

„Wenn Frauen in den fünfziger Jahren wissen wollten, wie ihr Ehemann zu behandeln sei, mussten sie nicht lange überlegen. Einschlägige Handbücher gaben den Leserinnen praktischen Rat.

„Machen Sie die Kinder schick“, mahnte etwa ein Leitfaden von 1955. „Vermeiden Sie jeden Lärm. Ermahnen Sie die Kinder, leise zu sein. Wenn er nach Hause kommt, lassen Sie ihn zuerst erzählen - und vergessen Sie nicht, dass seine Gesprächsthemen wichtiger sind als Ihre. Schieben Sie ihm sein Kissen zurecht, und bieten Sie ihm an, seine Schuhe auszuziehen. Sprechen Sie mit leiser, sanfter und freundlicher Stimme. Denken Sie daran: Er ist der Hausherr. Sie haben kein Recht, ihn in Frage zu stellen!“

Jene Frauen, die diese Rezepte beherzigen sollten, hatten noch wenige Jahre zuvor ihre Familien allein versorgt, ohne ihre Männer. Die Frauen, deren Dasein nun vor-

nehmlich darauf abzielen sollte, dem Gatten ein behagliches Heim zu schaffen, hatten in bis dahin unbekannter Selbstbestimmung wesentlich dazu beigetragen, einen ganzen Staat wieder aufzurichten. ...

Zur Stunde null sind fast 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland weiblich.“ (Theile, 2006, S. 78).

Das geltende Familienrecht und die schleppende Umsetzung eines Gleichberechtigungsgesetzes begünstigten die Hausfrauenehe. Der Ehemann konnte den Arbeitsplatz der Ehefrau gegen ihren Willen kündigen, er verfügte allein über ihr Vermögen und selbst in ihrer Domäne als Hausfrau und Mutter hatte die Frau kaum Rechte, sondern ausschließlich Pflichten. Bei Beamtinnen galt Heirat als Entlassungsgrund (vgl. Meyer, 1989, S. 37).

Der Parlamentarische Rat, eine 1948 von den elf Landtagen der westlichen Besatzungszonen Deutschlands gewählte Versammlung zur Beratung und Formulierung des Grundgesetzes bestand aus 65 Abgeordneten (vgl. Botzenhart, 1993, S. 201ff.), darunter „nur vier Frauen“ (Eschenburg/Benz, 1983, S. 486).

„Weder die Juristin Elisabeth Selbert noch ihre aus der Sozialarbeit kommende SPD-Genossin Frieda Nadig waren bescheidene Naturen. Und schon gar nicht sanftmütig zu nennen war die große alte Dame christlicher Politik, Helene Weber, die als 68jährige in Deutschland schon zum zweiten Male die Anfänge parlamentarischer Arbeit mitbestimmte, da sie bereits 1919 in Weimar der Nationalversammlung angehört hatte, damals als Mitglied der Zentrumspartei. Ihre Kollegin, die katholische Fürsorgerin Helene Wessel, wird ebenfalls als energisch, mutig und kämpferisch beschrieben. Auch sie verfügte im Parlamentarischen Rat über legislative Vorerfahrungen: von 1928 bis 1933 war sie als 30jährige Zentrumsabgeordnete im Preußischen Landtag.

Ohne Zweifel steht hier Elisabeth Selbert im Vordergrund, deren Weg als Sozialdemokratin, Juristin und Verfechterin der Gleichberechtigung besonders interessant ist.“ (Meyer, 1989, S. 37).

„Nur 34 Tage nach der feierlichen Unterzeichnung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), am 22. September 1896, wurde Elisabeth Rohde in Kassel geboren. Ihr Leben sollte in Zukunft aufs engste mit diesem fast gleichaltrigen Gesetzeswerk verbunden sein. Sie brachte schließlich - über fünfzig Jahre später - den Stein zur Reform des BGB ins Rollen.“ (Limbach, 1999, S. 239).

Nach Abschluss der Höheren Handelsschule wurde sie zunächst Auslandskorrespondentin und nach Kriegsbeginn Beamtenanwärterin bei der Post. Motiviert durch ihren späteren Ehemann, Adam Selbert, Vorstandsmitglied des Kasseler Arbeiter- und Soldatenrates, trat sie 1918 der SPD bei. Partnerschaftlich teilten sie Zeit und Verantwortung für die vierköpfige Familie, für berufliche und politische Arbeit. Sie holte das Abitur nach und schloss - trotz Familie - nach nur sechs Semestern das Jurastudium ab, Promotion 1930 in Göttingen.

Als eine der letzten Frauen erhielt sie die Zulassung zur Anwaltschaft, bevor 1934 auch dieser Beruf für Frauen von den Nationalsozialisten gesperrt wurde. 1945 erlangte sie die Zulassung als Notarin (vgl. Böttger, 1990, S. 123).

„Der Niedersächsische Landtag entsandte Elisabeth Selbert 1948 in den Parlamentarischen Rat ... Elisabeth Selbert entschied sich dafür, an der Ausgestaltung der Justizgrundrechte und der Organisation der Rechtsprechung mitzuwirken, denn nach ihrer Erfahrung mit der Justiz im Nationalsozialismus hielt sie es für besonders wichtig, dem Rechtsstaatsprinzip und dem Gedanken der Gewaltenteilung zur Geltung zu verhelfen. ...

Mit dem Gleichheitsgebot beschäftigte sich der Ausschuß für Grundsatzfragen. Die Teilnahme an diesem Gremium hielt Elisabeth Selbert nicht für notwendig, weil sie glaubte, „daß die Festschreibung der Gleichberechtigung der Frau in der Verfassung ganz selbstverständlich sei, nachdem die Frauen so viel geleistet hatten in zwei Weltkriegen und ihre Gleichstellung im gesellschaftlichen Leben ja längst praktisch und faktisch anerkannt war“. Doch die Mitglieder des Ausschusses hatten sich ... nicht dazu entschließen können, die generelle Gleichberechtigung von Frauen und Männern in den Grundrechtskatalog aufzunehmen.“(Limbach, 1999, S. 239).

Der aus der Weimarer Reichsverfassung übernommene Artikel 109, Absatz 2, lautete: „Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ (vgl. Langer, 1985, S. 74).

„Im zuständigen Ausschuß für Grundsatzfragen buchstabierte man ... die Gleichberechtigung von Mann und Frau so: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz muß Gleiches gleich, es kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angetastet werden.“ Mit dieser Formulierung wäre in Gesetzgebung und Rechtsprechung eine Gleichbehandlung der Geschlechter in weite historische Ferne gerückt.“ (Meyer, 1989, S. 38).

Mit der Anwendung des „formalen Prinzips der Gleichbehandlung von Gleichen und der Ungleichbehandlung Ungleicher hatte bereits Aristoteles den Ausschluß von Sklaven und Frauen von den Staatsbürgerrechten begründet“ (Degener, 1997, S. 871).

Das Recht zur Ungleichbehandlung der Geschlechter wegen ‚eigenartiger‘ Ungleichheit sollte also festgeschrieben bleiben, um auch im Privatrecht keinerlei Änderungen vornehmen zu müssen.

Eine grundsätzliche Verbesserung der Rechtsstellung der Frau war jedoch das Anliegen von Elisabeth Selbert. Ihr Antrag, den es zunächst in der eigenen Fraktion durchzusetzen galt, lautete uneingeschränkt: ‚Männer und Frauen sind gleichberechtigt‘. Sein Anliegen war, die Gleichberechtigung eindeutig formuliert und als Grundrecht durchzusetzen, mit bindender Wirkung für Gesetzgebung, Exekutive und Rechtspflege (vgl. Langer, 1985, S. 74).

Er war unter Hinweis auf ein zu erwartendes Chaos und Rechtsvakuum, vor allem im Privatrecht, abgelehnt worden. Dort nämlich ging es im Familienrecht immerhin um „das eheliche Güterrecht, welches die Ehefrau nicht an dem in der Ehe durch den erwerbstätigen Mann erzielten Vermögen teilhaben ließ; das Namensrecht, welches allein den Nachnamen des Mannes als Familiennamen zuließ; und schließlich die Entscheidungsmacht des Ehegatten in familiären Angelegenheiten“ (Limbach, 1999, S. 241). Ferner um die im Gesetzbuch festgeschriebene Pflicht der Ehefrau, den Haushalt zu führen, sowie das Recht des Ehemannes, ein von der Frau begründetes Dienstverhältnis zu kündigen.

„Mit Entschiedenheit verteidigt Elisabeth Selbert jedoch die Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung vor dem Parlamentarischen Rat nach ihrer ersten Niederlage: ‚Ich kann bei dieser Gelegenheit erklären: in meinen kühnsten Träumen habe ich nicht erwartet, daß der Antrag im Grundsatzausschuß abgelehnt werden würde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß man heute weiter gehen muß als in Weimar und daß man den Frauen die Gleichberechtigung auf allen Gebieten geben muß. Die Frau soll nicht nur in staatsbürgerlichen Dingen gleichstehen, sondern muß auf allen Rechtsgebieten dem Mann gleichgestellt werden. Die Frau, die während der Kriegsjahre auf den Trümmern gestanden und den Mann an der Arbeitsstelle ersetzt hat, hat heute einen moralischen Anspruch darauf, so wie der Mann bewertet zu werden.‘ Dann schlug sie vor, daß dem Gesetzgeber eine Frist bis zum 31. März 1953 eingeräumt werde zur Anpassung des Bürgerlichen Gesetzbuches an das Grundgesetz. Und sie

schloß mit einer Warnung: „Sollte der Artikel in dieser Fassung heute wieder abgelehnt werden, so darf ich Ihnen sagen, daß in der gesamten Öffentlichkeit die maßgeblichen Frauen wahrscheinlich dazu Stellung nehmen werden, und zwar derart, daß unter Umständen die Annahme der Verfassung gefährdet ist.“ (Meyer, 1989, S. 38).

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid, der den Antrag unterstützt hatte, fasste vermittelnd die Mehrheitsmeinung der Traditionalisten zusammen: „Es ist klar, daß die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, zum Beispiel die Bestimmungen, die die Frau in ihren Rechtshandlungen an gewisse Genehmigungen binden, nicht getroffen worden sind, um die Frau zu benachteiligen. Diese Bestimmungen sind getroffen worden, um die Frau zu schützen.“ (zit. nach Limbach, 1999, S. 240).

Und fortfahrend: „Es handelt sich also genau gesehen darum, daß die Frau erwartet, daß diese fürsorgliche Vormundschaft über sie aufgehoben wird. Es geht den Frauen letzten Endes (...) um die Ehre und nicht um die Besserstellung.“ (zit. nach Langer, 1985, S. 74).

Nach erneuter Ablehnung des Antrages erhob sich über den überraschten Männern ein von Frauen entfachter außerparlamentarischer Sturm. „Alle Frauenverbände meldeten in Bonn ihren Protest an und plädierten mit Nachdruck für die Aufnahme des Gleichberechtigungssatzes. Waschkörbeweise kamen Briefe von den unterschiedlichsten Einsendern.“ (Limbach, 1999, S. 242).

Diesem breiten öffentlichen Protest konnten sich die Abgeordneten nicht mehr verschließen und nahmen die von Elisabeth Selbert vorgeschlagene Formulierung im Januar 1949 einstimmig an. Worum es den Frauen ging, hatte sie noch einmal ausgeführt: „Es ist ein grundlegender Irrtum, bei der Gleichberechtigung von der Gleichheit auszugehen. Die Gleichberechtigung baut auf der Gleichwertigkeit auf, die die Andersartigkeit anerkennt. Mann und Frau sind nicht gleich. Ihre Besorgnis, daß die Gleichstellung der Frau Gleichmacherei sei, ist daher gleichfalls unbegründet. Unsere Forderung auf diese Art Gleichberechtigung entspringt auch nicht frauenrechtlichen Tendenzen. Ich bin in den 30 Jahren, in denen ich in der politischen Bewegung stehe, nie Frauenrechtlerin gewesen und werde es nie sein. Ich bin vielmehr der Meinung, daß auch die Mitarbeit der Frau im Politischen nur unter Einsatz ihrer besonderen Art erfolgen soll. Nur in einer Synthese männlicher und weiblicher Eigenart sehe ich einen Fortschritt im Politischen, im Staatspolitischen, im Menschlichen überhaupt.“ (zit. nach Roetteken, 1999, S. 262).



Ihren Erfolg hat Elisabeth Selbert später als ‚Sternstunde ihres Lebens‘ bezeichnet. „Es ist nicht zu hoch gegriffen, ihn gleichfalls als Sternstunde für die bundesrepublikanischen Frauen zu bewerten.“ (Limbach, 1999, S. 243).

Ebenso einstimmig die kurz darauf einsetzende Reaktion der Männer: „Keiner der Abgeordneten wollte im nachhinein gegen die Gleichberechtigung der Frauen gewesen sein und sich dem Druck der Frauenöffentlichkeit gebeugt haben. Grotesk lesen sich die Quasi-Entschuldigungen der Herren. So vermerkt der CDU-Abgeordnete Walter Strauß ...: ‚Ich glaube, daß ich für die überwiegende Anzahl aller deutschen Männer und insbesondere aller deutschen Ehemänner spreche, wenn ich sage, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau uns zumindest seit 1918 bereits so in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß uns die Debatte etwas überrascht hat.‘“ (Meyer, 1989, S. 38).

Und Theodor Heuss, der spätere Bundespräsident, erklärte „ein wenig beleidigt, die Debatte sei nur entstanden, weil Frau Selbert nicht am Ausschuß für Grundsatzfragen teilgenommen habe; dort habe man sich mit wohl erwogenen Argumenten gegen die Aufnahme des Gleichberechtigungsgrundsatzes ausgesprochen. Im übrigen, so fuhr er - sich selbst widersprechend - fort, habe dieses ‚Quasi-Stürmlein‘ ihn nicht beeindruckt oder zum Rückzug veranlaßt, ‚denn unser Sinn war von Anfang an so, wie sich die aufgeregten Leute draußen das gewünscht haben.‘“ (Limbach, 1999, S. 242f.).

Mit der Aufnahme des uneingeschränkten Gleichberechtigungssatzes als Artikel 3, Absatz 2, in das Grundgesetz bestand die Verpflichtung, die Familienrechts-Paragrafen im Bürgerlichen Gesetzbuch bis 1953 anzupassen.

Doch auch diese Rechtsreform traf auf massive Widerstände. „Es gab gewichtige juristische Meinungen, die bestrebt waren, den Willen des Parlamentarischen Rates auszuhöhlen oder zumindest zu verwässern. Sie gingen davon aus, daß Mann und Frau in natürlicher Weise verschieden seien und daß sich dies auch im Recht niederschlagen müsse; ja sie gingen sogar so weit zu erklären, das männliche Entscheidungsrecht in allen Fragen, die das gemeinsame Leben der Eheleute betreffen (§ 1354 BGB), der väterliche ‚Stichentscheid‘ sowie die ‚Alleinvertretungsmacht‘ des Vaters (§§ 1628, 1629) stünden mit dem Gleichberechtigungsartikel im Einklang. Man berief sich dazu auf die ‚natürliche Ordnung‘ der Ehe und eine ‚gewisse natürliche Präponderanz des Mannes‘!“ (Langer, 1985, S. 75).

Auch für die beiden Kirchen war die ‚innerfamiliäre Entscheidungsgewalt‘ des Mannes ‚unverzichtbar‘. „Nun begann eine recht unwürdige gesetzgeberische Prozedur.“ (Langer, 1985, S. 75).

Als einzige der vier ‚Mütter des Grundgesetzes‘ zog Elisabeth Selbert 1949 nicht in den Bundestag ein, sondern kehrte nach Kassel in ihre Anwaltskanzlei zurück. Sie wirkte jedoch weiterhin an der Konzeption zur Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes mit und die Gleichberechtigung der Frau blieb auch im Berufsalltag ihr Thema bis zu ihrem Tod 1986.

Abgesehen von dem Bundesverdienstkreuz 1956 und den Würdigungen, die ihre Heimatstadt ihr zuteil werden ließ, fielen ihre Person und ihr Name viele Jahre der öffentlichen Vergessenheit anheim. Bis 1993 ist sie nicht einmal in der Brockhaus-Enzyklopädie verzeichnet, erst ab der 20. Auflage 1998 wird ‚ihr entscheidender Anteil an der Verankerung des Gleichberechtigungsgrundsatzes im GG ...‘ gewürdigt.

Nicht zuletzt die Genderforschung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die patriarchalisch verschütteten Frauenleistungen aufzuspüren und deren historische Verdienste nach heutigem Kenntnisstand zu würdigen. So ist auch die Zahl der Publikationen über die kluge, mutige und persönlich bescheiden gebliebene Juristin Dr. Elisabeth Selbert in den letzten Jahren gewachsen; sie ist Gegenstand von Dissertationen und historischen Untersuchungen, Namensgeberin für Straßen, öffentliche Institutionen und Preise und mit Fundstellen im Internet nennenswert vertreten.

Ihr politisches Vermächtnis, diese weitsichtige und unnachgiebige Weichenstellung zur richtigen Zeit in angemessener Form auf offiziellem Weg, wirkt bis heute nach und hat über fünfzig Jahre die Grundlage für die schrittweisen Errungenschaften der Frauen gebildet.

### 1.5.3 „Man kommt nicht als Frau zur Welt ...“

Nicht klug, selbstlos und in geschlossenen Gremien auf vorgegebenen Entscheidungswegen, sondern klug, empört und öffentlich hat sich im Jahr 1949, dem Jahr der ‚Sternstunde‘ von Elisabeth Selbert, die schon damals berühmte Französin Simone de Beauvoir ebenfalls mit dem Frauenbild beschäftigt.

Simone de Beauvoir wurde 1908 in Paris geboren, die Familie gehörte dem gehobenen Bürgertum an, verarmte jedoch in späteren Jahren.

„Die kleine Simone war fromm, fleißig und eine sehr disziplinierte Musterschülerin. Schon früh wurde ihr vom Elternhaus vermittelt, etwas Besonderes zu sein, und bereits mit Fünfzehn wollte sie Schriftstellerin werden.“ (Schmölzer, 1999, S. 325).

Weil ohne ausreichende Mitgift wenig Hoffnung auf eine standesgemäße Heirat bestand, musste sie einen Beruf erlernen. 1927 schloss sie ihre Studien zur Literatur und Philosophie an der Sorbonne ab. Mangels attraktiver Alternative wurde sie Lehrerin und "die erste Frau, die jemals Philosophie an einem Jungen-lycée unterrichtete" (Appignanesi, 1989, S. 36).

Die Bekanntschaft mit Jean-Paul Sartre (1905 - 1980) bestimmte seit 1929 ihr Leben. Das intellektuelle Paar blieb bewusst unverheiratet und kinderlos.

„Simone blieb durch all die Jahre hindurch Sartres strengste Kritikerin ... Sartre widmete sein ganzes philosophisches Werk ihr. Sobald Simone einer seiner Ideen oder Schriften das Imprimatur erteilt hatte, zählte kein anderer Kritiker mehr.“ (Appignanesi, 1989, S. 51).

„Nach Sartres Tod, 1980, verfiel sie in eine tiefe Depression, die sie nur durch ihre Arbeit ... bewältigen konnte ... Ihr aktives Leben mit Reisen und feministischem Engagement allerdings hat sie bis zu ihrem Tod im April 1986 weitergeführt.“ (Schmölzer, 1999, S. 332).

In den Augen ihrer Biografen ist sie „die intellektuelle Frau des 20. Jahrhunderts schlechthin“ (Moi, 1996, S. 17) und „hat dem Kampf der Frauen den Boden bereitet, dem Kampf, der das Leben der halben Menschheit in fast allen Teilen der Welt verändert hat ...“ (Bair, 1990, S. 780).

„Ich habe lange gezögert, ein Buch über die Frau zu schreiben. Das Thema ist ärgerlich, besonders für die Frauen; außerdem ist es nicht neu. Im Streit um den Feminismus ist schon viel Tinte geflossen, zur Zeit ist er fast beendet: reden wir nicht mehr davon. Man redet aber doch davon.“ Mit diesen Sätzen beginnt Simone de Beauvoir 1949 ihr grundlegendes Werk ‚Das andere Geschlecht‘. Die wörtliche Übersetzung des Originaltitels ‚Das zweite Geschlecht‘ lässt die hierarchischen Verhältnisse noch deutlicher erkennen.

Untersuchungsgegenstand ist die Frau, ihre biologischen, sozialen und historischen Erscheinungsformen und ihre Bedeutung als Figur mythologischer, soziologischer, psychologischer und anthropologischer Auslegung. Die enzyklopädische Leistung des Buches trat hinter dem Skandal zurück, den das Werk bei Erscheinen auslöste.

Eine Frau hatte es gewagt, nicht zuletzt aus der Kenntnis der gelebten Erfahrung, ‚Sexus und Sitte der Frau‘ - so der Untertitel - in die Öffentlichkeit zu tragen.

Beeinflusst durch die philosophischen Strömungen ihrer Zeit und das existenzialistische Gedankengut ihres Lebenspartners Sartre übertrug sie die Leitideen von Selbstbestimmung und Wahlfreiheit auf Sein und Rolle der Frau. Sie hinterfragte Schicksalhaftigkeit, Konvention und kulturelle Verabredung. Obwohl selbst privilegiert durch Berühmtheit und autonomen Lebensstil, wurde sie zunehmend sensibel gegen die unterschiedlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten der beiden Geschlechter (vgl. Bovenschen, o.J., S. 934ff.).

Der in Abkehr von den traditionellen metaphysischen Entwürfen und rational-technischen Welterklärungen unternommene Versuch des Existenzialismus, zu einer neuen Sinnfindung durch Betonung des persönlichen Vollzuges in der Verwirklichung von Existenz zu gelangen, hielt es zunächst nicht für nötig, weibliches Sein als eigenständige Lebensform zu erkennen und anzusehen.

Simone de Beauvoir hat das Wagnis unternommen, dieses Defizit aufzuarbeiten, ohne zu ahnen, dass ihre Überlegungen eine Phänomenologie des Weiblichen erschaffen würden, und dass diese Bestandsaufnahme über Jahrzehnte die Grundlage für die Frauenbewegung bilden sollte.

„Wieso fechten die Frauen die männliche Selbstherrlichkeit nicht an? Kein Subjekt versteht sich ohne weiteres spontan als das Unwesentliche. Nicht das Andere definiert das Eine, indem es sich selbst als das Andere definiert: es wird von dem Einen, das sich als das Eine versteht, als das Andere gesetzt. Damit aber die Umkehrung vom Anderen zum Einen nicht vollzogen wird, muß das Andere sich diesem fremden Standpunkt unterwerfen. Woher kommt diese Unterwerfung bei der Frau?“ (Beauvoir, 2000, S. 14).

Ausgehend von dieser Frage kam sie im Lauf ihres Lebens wie ihrer akribischen Forschungsarbeit bald zu der Überzeugung: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es. Keine biologische, psychische oder ökonomische Bestimmung legt die Gestalt fest, die der weibliche Mensch in der Gesellschaft annimmt. Die gesamte Zivilisation bringt dieses als weiblich qualifizierte Zwischenprodukt zwischen dem Mann und dem Kastraten hervor. Nur die Vermittlung anderer kann ein Individuum zum ‚Anderen‘ machen.“ (Beauvoir, 2000, S. 334).

Diese frühe Erkenntnis entlarvte Weiblichkeit als Zuweisung von außen, als kulturelles Konstrukt, das die Möglichkeit der Veränderung implizierte. Ausgehend vom

existenzphilosophischen Gedankengut, das im Kampf um die Freiheit individuelle Selbstbestimmung forderte, rief sie die Frauen auf, ihren Objektstatus abzulegen und selbst Subjekt zu werden - obwohl ihr durchaus bewusst war, wie nahezu unmöglich dies für die meisten Frauen angesichts deren Lebenswirklichkeit sein würde.

Trotz ihres philosophischen und intellektuellen Umfeldes war Simone de Beauvoir Einzelkämpferin und dies in einer Epoche, die von Kriegsnachwirkungen, existenziellen Ängsten und tief verwurzelten patriarchalischen Vorstellungen geprägt war.

Mut, Weitsicht und ihr scharfer analytischer Verstand hinterlassen mit dieser pragmatischen, bibliophilen Bestandsaufnahme weiblicher Identität ein Werk von selten erreichter wirkungsgeschichtlicher Bedeutung.

#### 1.5.4 Reformen im Bürgerlichen Gesetzbuch

Das Jahr 1968 steht symbolisch für das Ende der deutschen Nachkriegsgeschichte, für das Ende der Verdrängung des Nationalsozialismus, autoritärer Strukturen und traditionellen Obrigkeitsdenkens und gleichzeitig für die erfolgreiche Demokratisierung und Pluralisierung der bundesdeutschen Gesellschaft. Die Studentenbewegung strebte die Umgestaltung der kapitalistischen Ordnung in eine sozialistisch klassenlose Gesellschaft an und die Frauen vertrauten darauf, dass diese gleichfalls für sie gelte. Die Kämpfer zur Beseitigung des Ungleichgewichtes zwischen Kapital und Arbeit hielten die Frage der Geschlechterhierarchie jedoch für zweitrangig und lehnten die Diskussion darüber ab. Die sexuelle Befreiung war erwünscht, praktizierte Gleichberechtigung nicht.

Trotz aller bürgerlichen und nunmehr auch demokratischen Errungenschaften der Gesellschaft sollte sich auch in dieser Epoche an dem minderen Status der Frauen zunächst nichts ändern. Dennoch hatte sich ihre Ausgangssituation durch die Leistung weitsichtiger Vorgängerinnen wesentlich gebessert: Im Grundgesetz stand die Gleichberechtigung festgeschrieben und die weibliche Identität war öffentlich definiert und mit dem Namen Simone de Beauvoir verbunden. (Die Rückbesinnung auf Elisabeth Selbert erfolgte erst etwa zwanzig Jahre später.)

Die grundgesetzliche Basissicherung und ein einendes weibliches Bewusstsein bildeten dieser zweiten Frauenbewegung ein solides Fundament. „Ihre Slogans ‚Das Private ist politisch‘ und ‚Frauen gemeinsam sind stark‘ erwiesen sich als ausgesprochen zugkräftig und werbewirksam.“ (Frevert, 1999, S. 54).

Mit Beharrlichkeit drangen sie auch auf die immer noch nicht abgeschlossene Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes im Bürgerlichen Gesetzbuch.

Der Auftrag des Parlamentarischen Rates, den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes bis 1953 auch im Privatrecht geltend werden zu lassen, war nicht zu realisieren. Einzelheiten waren umstritten und in der Überzahl die Verfechter der ‚natürlichen Ordnung‘, unter Hinweis auf den ‚Schutz von Ehe und Familie‘ in Artikel 6, Absatz 1, des Grundgesetzes.

Bis 1957 das vom Grundgesetz geforderte ‚Gleichberechtigungsgesetz‘ verabschiedet wurde und 1958 in Kraft trat, war „es Sache der Gerichte, im Streitfall die Gleichberechtigung zu verwirklichen“ (Limbach, 1999, S. 243).

Danach verbesserte sich die Rechtsstellung der Frauen: gesetzlicher Güterstand wurde die Zugewinnngemeinschaft, der Geburtsname der Frau durfte als Namensbestandteil beibehalten werden und das Alleinentscheidungsrecht des Mannes in ehelichen Angelegenheiten wurde zugunsten der gemeinsamen elterlichen Gewalt aufgehoben.

„Das ‚Gleichberechtigungsgesetz‘ vom 18. Juni 1957 ... brachte der Ehefrau zwar in vieler Hinsicht eine Stärkung ihrer Rechte, eine wirkliche Gleichberechtigung in der Familie war ihr indes nicht zugedacht. ... Die ehelichen Pflichten waren nach Geschlecht verteilt; der Frau war der Haushalt zugewiesen, den sie freilich in eigener Verantwortung führen sollte, ausgestattet mit einer primär den Mann verpflichtenden Schlüsselgewalt. ... Zu eigener Erwerbstätigkeit sollte die Frau indes nur berechtigt sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie, mithin im Haushalt vereinbar war ...“ (Schwab, 1997, S. 810).

Die Reform zielte darauf ab, die traditionelle Hausfrauenehe als Leitbild zu belassen, die Frau in dieser Rolle aber stärker zu schützen.

„Gleichwohl brauchte der Gesetzgeber weitere zwanzig Jahre, um die verfassungsgemäße Rechtslage in die Gesetzesform zu bringen.

Den Meilenstein auf dem Weg zu den gleichen Rechten der Ehefrau in der Familie bildet für die Bundesrepublik das ‚Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts ...‘ ... Die Reform ... fand letztlich aber eine überwältigende Mehrheit in Bundestag und Bundesrat, ... ein Zeichen dafür, wie gründlich sich die gesellschaftspolitische Stimmungslage gewandelt hatte ...“ (Schwab, 1997, S. 811).

1976 erfolgte zunächst die Reform des Namensrechts, „wonach bei Eheschließung auf Wunsch der Name der Frau als gemeinsamer Familienname gewählt werden

kann“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1998, S. 199). Die Beibehaltung des jeweiligen Geburtsnamens wurde erst 1994 gesetzlich erlaubt. Die wichtigste Neuerung 1977 war die Abkehr von dem rechtlich fixierten Leitbild der ‚Hausfrauenehe‘ in Richtung ‚Partnerschaftsehe‘ (vgl. Leicht-Scholten, 1997, S. 26). Die ungleichgewichtigen Rechtspositionen von Mann und Frau in der Ehe wurden aufgehoben und die familiären Funktionsteilungen in das Einvernehmen der Eheleute gestellt.

Die amtliche Begründung zum Regierungsentwurf lautete: „In der Fassung des Gesetzes soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ehe eine partnerschaftliche Verbindung ist, in der keinem Teil von vornherein eine bestimmte Funktion zugeschrieben wird.“ (zit. nach Schwab, 1997, S. 811f.).

Und eine weitere wesentliche Änderung trat in Kraft - die Ablösung des ‚Schuldprinzips‘ zugunsten des ‚Zerrüttungsprinzips‘ im Falle eines Scheiterns der Ehe und als Grund der Scheidung. Bereits 1930 hatte Elisabeth Selbert das Thema ‚Zerrüttungsprinzip‘ zum Gegenstand ihrer Dissertation gewählt (vgl. Limbach, 1999, S. 245f.). Ferner wurde „mit dem Anspruch auf Versorgungsausgleich die von Frauen geleistete Haus- und Familienarbeit in Form von Unterhalts- und Rentenansprüchen - und damit eine Gleichwertigkeit von Erwerbstätigkeit und Haushaltsführung - anerkannt“ (Leicht-Scholten, 1997, S. 27).

Den grundlegenden Neuerungen von 1977 sind zahlreiche weitere Anpassungen von Einzelgesetzen gefolgt und die Juristen sehen den „Diskurs um die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Familie an der Neige des 20. Jahrhunderts bei keinem Ende angelangt. Er wird der Gesellschaft auferlegt sein, solange die Geschlechtlichkeit des Menschen seine Sozialität mitbestimmt.“ (Schwab, 1997, S. 827).

### 1.5.5 Gleichheit und Differenz

Zur Erreichung der faktisch immer noch ausstehenden Gleichstellung haben Frauen im Lauf der Jahrhunderte immer wieder theoretische Positionen und Strategien entwickelt. Einen einheitlichen ‚feministischen‘ oder ‚weiblichen‘ Standpunkt gibt es bis heute nicht, da die Vorstellungen von Gerechtigkeit stets abhängig sind von individuellen Erfahrungen und Erwartungen. Die durchaus voneinander abweichenden Konzepte existieren nebeneinander, sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Protago-

nisten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, ihrer Verbreitung und Durchsetzbarkeit.

Der Diskurs ist historisch geprägt durch bürgerliches versus proletarisches Gedankengut, er ist bis heute bestimmt durch Gleichheitsansatz versus Differenzansatz und die Strategien unterscheiden sich durch Systemimmanenz versus Dekonstruktion. Diese vielfältigen und differenzierten Basistheorien der Gender-Debatte sind im Folgenden als Überblick zusammengefasst.

### Humanismus und Aufklärung

Verankert in der Tradition des Idealismus und der Romantik lag der Sinn der ersten Frauenbewegung darin, ‚das Werk der Welterlösung zu fördern‘. Freiheit, Gleichheit und sittliche Höherentwicklung des Individuums für alle Klassen der menschlichen Gesellschaft war nur durch Bildung möglich. „Freiheit und Mündigkeit ist hier - ganz im Sinne der Aufklärung - Folge der Selbstbestimmung, Bildung die Hilfe.“ (Nave-Herz, 1997, S. 105).

### Marxismus und Arbeiterbewegung

Die proletarische Frauenbewegung trat von Anfang an für die Abschaffung der kapitalistisch geprägten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Quelle der Unterdrückung der Menschheit und damit auch der Frauen ein. „Primäres Ziel war hier, ein Klassenbewußtsein zu schaffen, das zu gesamtgesellschaftlicher Veränderung drängt.“ (Nave-Herz, 1997, S. 105). Nur in diesem Kontext wurde die Selbstbestimmung der Frauen als realisierbar gesehen, diese blieb andererseits stets Teilziel eines übergreifenden marxistisch-sozialistischen Gesamtkonzeptes.

### Bürgerliche Frauenbewegung

Diese erste Frauenbewegung, also seit Mitte des 19. Jahrhunderts, hatte die größte Mitgliederzahl und setzte sich für die gleichen Rechte der Frauen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung ein. Die Veränderung der Situation der Frauen wird gefordert, allerdings ohne die Gesellschaftsordnung selbst in Frage zu stellen. Gesamtgesellschaftliche Veränderungen sind eher Folge, nicht jedoch Ziel dieses Konzeptes.



## Feminismus

Die zweite Frauenbewegung, also nach 1968, hat differenzierte Konzepte und Strategien hervorgebracht, die „vornehmlich das Patriarchat als primären Feind betrachten. Hier wird eine weibliche Gegenkultur zu der männlichen postuliert und der gemeinsame Klassenkampf ... nicht als ein vorrangiges politisches Anliegen betrachtet, sondern als ‚männliche Strategie, die nur die wahren Tatbestände verschleiert‘, abgelehnt. Die radikalen Feministinnen meinen, daß man den Kampf auf einer sehr viel früheren Ebene der Unterdrückung führen müsse, nämlich der der Sexualität und der der patriarchalischen Verhaltensweisen, durch die alle Frauen durch alle Männer unterdrückt würden.“ (Nave-Herz, 1997, S. 105).

## Gleichheitstheorie

„Geschlechterforschung ist mit einer vertrackten Mischung aus Gleichheitsforderungen ‚und‘ Differenzbehauptungen zwischen Frauen und Männern konfrontiert. Auf Gleichheit respektive Gleichstellung zwischen den Geschlechtern wird bestanden, solange zwischen Frauen und Männern ungleiche soziale, politische und kulturelle Zugänge in der Gesellschaft wirksam werden, deren Folgen negativ anwachsen. Mit Gleichstellung ist allerdings eine Differenz zwischen den Geschlechtern keinesfalls aus der Welt. Gesucht wird ihre moderne Form jenseits hierarchischer Zuschreibungen und Zumutungen.“ (Pasero, 1994, S. 273).

Der Gleichheitsansatz geht davon aus, dass Männer und Frauen grundsätzlich die gleichen Fähigkeiten besitzen, jedoch durch unterschiedliche Sozialisation verschiedene Begabungen, Interessen und Eigenheiten ausbilden. Die Geschlechterrolle wird als erworben, erlernt, anerzogen gesehen, eine Veränderung der Geschlechterrolle durch Angleichung der Frauen an die Männer kann und soll die Gleichberechtigung herbeiführen. Biologische Geschlechterunterschiede werden nicht geleugnet, jedoch als eher irrelevant für die Ausbildung der menschlichen Fähigkeiten und die gesellschaftliche Ungleichheit der Geschlechter betrachtet.

Diese aufklärerische Egalitätstheorie setzte sich besonders in der Frauenforschung der 1970er Jahre erneut durch und prägte die Handlungskonzepte.

## Differenztheorie

Der Differenzansatz rückt seit den 1980er Jahren, wie bereits in der ersten deutschen Frauenbewegung, wieder stärker in die Betrachtung. Er betont in Abgrenzung zum

Gleichheitsansatz die Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Er sieht weibliche Besonderheiten auch als genetisch bedingt und wertet diese im Gegensatz zur gesellschaftlichen Abwertung gegenüber männlichen Eigenschaften auf. Männliche Eigenschaften werden mit Herrschaft, Gewalt und Kriegen verbunden und als gesellschaftlich unerwünscht und wenig vorbildhaft erkannt. Der Differenzansatz sucht keinen gleichberechtigten Platz für Frauen im männlich geprägten System, er dringt auf gesellschaftliche Veränderung. Propagierte Werte und Normen werden hinterfragt, der Kanon um weibliche Fähigkeiten und Leistungen erweitert.

Der Differenzansatz erstreckt sich schließlich auf weitere traditionelle Diskriminierungskriterien wie Ethnizität, Weltanschauung und soziale Schicht.

Da sich zunehmend herausstellt, dass Gleichheits- wie Differenztheorie nachhaltige Erkenntnisse gezeitigt haben, ist die moderne Genderforschung in besonderer Weise zu analytischer Präzision verpflichtet.

### Poststrukturalismus

In der Sprachwissenschaft bedeutet der Strukturalismus eine Theorie, die Sprachen als strukturierte Zeichen auffasst und Methoden zu ihrer Beschreibung entwickelt. Für die Frauen ging es um die Frage, inwieweit Sprache Wirklichkeit abbildet und inwieweit sie die Lebensqualität der Menschen prägt, indem sie ihr sprachlichen Ausdruck verleiht oder sie in eine vorgegebene Struktur zwingt.

Die Kritik der Frauen richtete sich gegen die weibliche Unsichtbarkeit in einer sprachlichen Struktur, in der die männliche Form für allgemeine Aussagen stand. Als Ergebnis dieser Kritik entstand der Poststrukturalismus, der in der Sprache kein geschlossenes, unveränderbares System mehr sieht. Bedeutungen wandeln sich durch individuellen Gebrauch von Begriffen in wechselndem Kontext. Der Poststrukturalismus verabschiedet die Vorstellung des Strukturalismus von letzten Bedeutungen und verbindlichen Strukturen. Erst das individuelle sprachliche Handeln der Subjekte schafft aus materiellen Zeichen eine Bedeutung für die Objekte.

„Poststrukturalistische Perspektiven ... sind dadurch gekennzeichnet, dass sie ‚Sprache‘ und symbolische Ordnung als privilegierten Ort der Konstitution von Wirklichkeit betrachten. Sprache ist demnach nicht Abbild einer gegebenen Wirklichkeit, sondern sinn- und damit ordnungsstiftend, d. h. welterzeugend. ... Sprache und die in ihr eigenlogisch wirkenden eingelagerten Überschüsse sind aus poststrukturalisti-

scher Perspektive der Ort, an dem soziale Wirklichkeit organisiert wird ...“ (Villa, 2004b, S. 237).

### Dekonstruktion

Konstruktivismus im Kontext der Geschlechterforschung bezeichnet eine Perspektive, die davon ausgeht, dass das Geschlecht keine natürliche oder ontologische Tatsache darstellt, sondern als Produkt (sozialen) Tuns begriffen werden muss. „Dabei wird gerade auch biologisches Wissen - in je sehr unterschiedlicher Weise - hinterfragt und als epochenspezifischer Diskurs ... bzw. spezifisches lebensweltliches Wissen ... relativiert.“ (Villa, 2004a, S. 143).

Zur Überwindung des konstruktivistischen Ansatzes erfolgte die Begriffsprägung der Dekonstruktion. „Dekonstruktion bezeichnet ... Argumentationen ..., die sich vor allem in der Sprach- und Literaturwissenschaft gegen hermeneutische Verfahren abgrenzen und nach textimmanenten Differenzen und deren produktiver Kraft für die Schaffung von Sinn suchen. Der Sinn eines Textes ergibt sich demnach auch daraus, dass das, was nicht gesagt bzw. geschrieben wird, konstitutiv für den explizit formulierten Sinn ist.“ (Villa, 2004a, S. 143).

Extrahiert aus der Sprachwissenschaft bedeutet dies: „Die Gewissheit, dass etwas so ist, wie es scheint, wird dekonstruktivistisch abgelöst durch die Verzeitlichung der Kategorien, die Historisierung der Perspektiven und die Öffnung universeller Strukturen und formaler Begriffsschemata. Was universell gegeben scheint, wird zurückgeführt auf historische Prozesse und kulturelle Übereinkünfte ...

Folglich kann Dekonstruktion als grundlegende Infragestellung der abendländischen Denktradition betrachtet werden, da sie sowohl die Wahrheit der Dinge als auch die metaphysischen Vorstellungen von Homogenität und Einheit, von Ursprung und Kausalität infrage stellt.“ (Schmitt, 2005, S. 45).

Protagonistin und wichtigste Vertreterin dieser Denkrichtung ist bis heute die amerikanische Wissenschaftlerin Judith Butler mit ihrer Diskurskritik ‚Gender Trouble‘ von 1990, die seit 1991 unter dem Titel ‚Das Unbehagen der Geschlechter‘ in deutscher Übersetzung vorliegt.

Seit die Frauen begonnen haben, ihre Wesensbestimmung der ausschließlich biologischen Betrachtung zu entziehen, ist das Geschlechterverhältnis zunehmend als Gegenstand der Sozial- und Geisteswissenschaften theoriefähig geworden. Der beunru-

higende Effekt dieses Prozesses liegt in der damit verbundenen Entessenzialisierung. An die Stelle tradierter Gewissheiten ist die Pflicht zu differenzierter Wahrnehmung getreten. Je nach Perspektive kann dies als unerwünschte Unübersichtlichkeit oder notwendige Sensibilisierung eingeschätzt werden. Die von den Frauen mit Nachdruck thematisierte Komplexität des Geschlechterverhältnisses - im akademischen Diskurs wie im profanen täglichen Leben - hat die Grundlage geschaffen für einen neuen unverstellten Blick auf die Geschlechter. Diese Impulse manifestieren sich in permanent reformerischer Gesetzgebung wie in den wieder auflebenden öffentlichen Diskussionen um die Gender-Thematik.

## 1.6 Die Lebenswirklichkeit der Frauen

Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau ist auf vielen Gebieten erreicht. Geschlechtergerechtigkeit in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gilt es noch herbeizuführen, da bisher „keine Maßnahmen geschaffen wurden, um faktisch bestehende Ungleichheiten, vor allem auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. ... Die rechtliche Anerkennung der Gleichwertigkeit von Hausarbeit und Erwerbstätigkeit wird solange nur eine Leerformel bleiben, solange die moralische und wirtschaftliche ‚Unterbewertung‘ von Hausarbeit verändertes Rollenverhalten nicht unterstützt.“ (Leicht-Scholten, 1997, S. 27).

„So sehr sich die ‚Lebensform Ehe‘ als tragende Säule sozialer Sicherung für Frauen als immer weniger tragfähig erweist, so sehr erweist sich auch der zweite Grundpfeiler, nämlich die Absicherung durch Einbindung in den Erwerbsarbeitsmarkt, zunehmend brüchig. Nach wie vor benachteiligen noch stets existierende androzentrische Normalitätsstandards, die trotz gegenläufiger Tendenzen die männliche Vollerwerbsbiographie zum Maßstab nehmen, Frauen in ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden just zu jenem Zeitpunkt, an dem sich Frauen diesen Zugang stärker denn je erkämpft zu haben scheinen, Prognosen vom ‚Ende der Arbeit‘ immer stärker zur Realität, kämpfen auch westliche Industrienationen mit wachsender Arbeitslosigkeit und geraten immer mehr ArbeitnehmerInnen in den Kreislauf ungeschützter Beschäftigungen, die sie zu ‚working poor‘ machen.

Solange also die Lebensverhältnisse vieler Frauen ... gesellschaftlich marginalisiert bleiben, finden sich diese vor Alternativen gestellt, die in Wirklichkeit keine sind, da

weder Ehe noch Arbeitsmarkt das Versprechen sozialer Sicherheit einzulösen vermögen.“ (Moser, 2002, S. 18f.).

„Seit dem 15. November 1994 heißt es nach dem ... Gleichberechtigungsgrundsatz: ‚Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.‘ Damit ist der Staat in die Pflicht genommen, es bei der rechtlichen Gleichstellung nicht zu belassen, sondern aktiv Frauenförderung zu betreiben. Doch ist die faktische Gleichstellung nicht nur ein Auftrag an den Gesetzgeber. Sie verlangt von den Frauen, daß sie ihre Rechte wahrnehmen.“ (Limbach, 1999, S. 247).

### 1.6.1 Statistik

Laut Statistischem Bundesamt stellt sich die Situation der ‚Frauen in Deutschland‘ im Jahr 2004 folgendermaßen dar: Gegenwärtig liegt der Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Deutschlands bei 51 %.

Bereits bei den Schulabschlüssen treten deutliche Unterschiede zutage: der Anteil der Mädchen liegt in Hauptschulen bei 44 %, Gesamtschulen 48 %, Realschulen 51 % und Gymnasien 54 %, hier mit steigender Tendenz. Ferner: Sonderschulen 37 %, Berufsfachschulen 46 %, Höherqualifizierung per Abendschule 52 %. Bei den studienberechtigten Schulabgängen liegen die Frauen bei 53 %, im akademischen Alltag jedoch sind sie fast in allen Bereichen in der Minderheit, bei Promotionen mit 36 %, bei Habilitationen mit 22 %.

Die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands ist aktiv oder passiv am Erwerbsleben beteiligt, davon zu 44 % Frauen, allerdings unabhängig von Einkommenshöhe und Arbeitszeitaufwand. Hiervon arbeiten über 40 % in Teilzeitbeschäftigung.

Frauen verbringen pro Woche durchschnittlich 12 Stunden mit bezahlter Arbeit, Männer 22,5 Stunden. Frauen leisten etwa 31 Stunden pro Woche unbezahlte Arbeit, Männer 19,5 Stunden. Nach dieser Statistik liegt der gesamte Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit höher als der für Erwerbsarbeit. Die weitere Binnendifferenzierung zeigt, dass bei den Frauen die Ernährungs-, Pflege- und Reinigungstätigkeiten weit überwiegen gegenüber handwerklichen Interessen und Ehrenämtern bei Männern.

Eine Studie über die Zeitökonomie von Frauen und Männern in der Stadt Basel im Jahr 2000 kam zu einem differenzierteren Ergebnis: „Pro Kopf gerechnet arbeiten Frauen jährlich bezahlt und unbezahlt ungefähr 160 Stunden mehr als Männer. Dies

entspricht immerhin der Arbeitszeit von fast vier Wochen Vollerwerbsarbeitszeit jährlich! Es handelt sich um Ferien oder Freizeit, welche den Frauen im Vergleich zu den Männern schlicht fehlen.“ (Madörin, 2004, S. 34).

Zurück zum Statistischen Bundesamt und zur Situation der ‚Frauen in Deutschland‘ im Jahr 2004:

In Haushalten mit Kindern verändern sich die Zeitanteile der Frauen grundsätzlich und zuungunsten von Erwerbsarbeit und Freizeit, die der Männer kaum. Befremdlicherweise wird der Gruppe der dauerhaft in Abhängigkeit lebenden Hausfrauen keine separate statistische Auswertung gewidmet.

Trotz guter Qualifikation und hohen Bildungsniveaus - wie bereits dargestellt - reicht das Einkommen bei jeder zehnten erwerbstätigen Frau nicht für den Lebensunterhalt. Arbeiterinnen verdienen durchschnittlich 25 % weniger als Arbeiter, und weibliche Angestellte verdienen 33 % weniger als männliche. Selbst bei vergleichbaren Tätigkeiten in sogenannten Leistungsgruppen liegt diese Differenz bei durchschnittlich 20 %.

Ähnlich stellt sich die Situation auf europäischer Ebene dar. „Der Anteil von Frauen an der ‚erwerbstätigen Bevölkerung‘ stieg in der EU von 35 % 1975 auf 45 % 1996. Den höchsten Anteil haben Frauen in Schweden mit 57,4 %, den niedrigsten in Italien mit 35 %. Die ‚Arbeitslosigkeit‘ von Frauen liegt in der EU im Durchschnitt bei 12,4 %, bei Männern bei 9,5 %.“ (Gubitzer, 2002, S. 171).

„‚Frauen als Unternehmerinnen‘ sind mit 9,6 % 1996 (Männer 19,9 %) in der EU noch immer eine Minderheit. ...

Als Angestellte werden qualifizierte Frauen nur bis zu qualifizierten Positionen in der mittleren Hierarchie vorgelassen. Das Management bleibt ihnen großteils verschlossen. In der BRD besetzen 20 % der Stellen im mittleren Management Frauen. 6 % der Vorstandsmitglieder und GeschäftsführerInnen in Großunternehmen sind Frauen. ...

Frauen verdienen im europäischen Durchschnitt in allen Sektoren nur 80 % des Lohnes, den ihre männlichen Kollegen erhalten, wobei die Differenz mit höherer Qualifikation steigt: Arbeiterinnen bekommen 74,4 %, weibliche Angestellte 69,1 % des Männerlohnes bzw. -gehalts. Weibliche Führungskräfte erhalten europaweit im Durchschnitt 14,96 EURO/Stunde, Männer 19,75 EURO/Stunde, d. h. 24 % weniger Gehalt für Managerinnen.“ (Gubitzer, 2002, S. 173).

Dieses durchgängige Ungleichgewicht setzt sich fort in den Bereichen Rente, Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, die regionalen Unterschiede einmal ganz unberücksichtigt gelassen.

„In Deutschland sind Frauen in wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereichen noch immer nicht entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten. Frauen haben oft eine andere Lebensplanung als Männer. Sie wählen vielfach andere Berufe und Studienfächer als ihre männlichen Altersgenossen. Sind Kinder zu betreuen, schränken insbesondere Mütter ihre Erwerbstätigkeit zeitlich ein, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.“ (Statistisches Bundesamt, 2004, S. 3).

Immerhin ist der Frauenanteil an einflussreicher Stelle - in den Parlamenten und Regierungen - kontinuierlich gewachsen, auf 32 % im Deutschen Bundestag und durchschnittlich 31 % in den Landtagen.

Das Politikverständnis dieser Frauen „ist offensichtlich in einem starken Maße von dem geprägt, was wir Alltagspolitik nennen würden. Es ist praxis- und personenbezogen und besonders an Fragen orientiert, wie Menschen leben und wie ihnen in bestimmten Problemlagen geholfen werden kann. ... Nach meinen Ergebnissen, aber auch nach anderen Studien, sind es vor allem die weiblichen Abgeordneten, die Themen in die Diskussion bringen, die nach gängiger patriarchaler Sicht der privaten Sphäre zugerechnet werden. In ihren Debattenbeiträgen behandeln sie Fragen wie: weibliche Erwerbstätigkeit, Mutterschutz, Abtreibung, Scheidungsrecht, soziale Sicherung, Fragen der sexuellen Selbstbestimmung, Umwelt- und Naturschutz sowie Verbraucherfragen. Obwohl sich das Themenspektrum der heutigen Parlamentarierinnen ... erweitert hat, thematisieren vor allem Frauen Fragen der weiblichen Alltags- und Berufspraxis. ...

Aber Politik ist ... nach wie vor fest in männlicher Hand. ... Für die demokratische Legitimation moderner Gesellschaften ist die verstärkte Präsenz und Partizipation von Frauen gleichzeitig Herausforderung und ein noch immer unabgeschlossenes Projekt.“ (Meyer, 1999, S. 258).

### 1.6.2 Öffentliche und private Arbeit

Die zunehmende Präsenz der Frauen in der Öffentlichkeit, in der Politik, in Wirtschaft und Wissenschaft und vor allem in den Medien hat immerhin dazu geführt, dass die so genannte Frauenfrage öffentlich und politikfähig geworden ist. Mit gro-

ßem Aufwand wurden Maßnahmen ins Leben gerufen, die den Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern sollten: flexiblere Arbeitszeitmodelle, phasenweise Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, verbesserte Infrastrukturmaßnahmen zur Kinderbetreuung.

In Verbindung mit Frauenförderplänen und Antidiskriminierungsvorschriften stellen sie ein Instrumentarium dar, das die Benachteiligung der Frauen auszugleichen und die Startvorteile der Männer zu kompensieren beabsichtigt. Diese rein kompensatorische Frauenpolitik lässt die Geschlechterfrage immer noch als Frauenproblem erscheinen, und die einseitige Frauenförderung zementiert die alleinige Verantwortung der Frauen für Familie und Privathaushalt, während die grundlegenden Strukturen des Machtungleichgewichtes zwischen den Geschlechtern weiterhin nicht angetastet werden.

Diese Art der reformorientierten Frauenförderung ist insofern gleichzeitig systemkonservativ, als sie nicht zu einem Wandel, sondern zur Modernisierung und damit zum Erhalt des bestehenden gesellschaftlichen Systems beiträgt. Frauenförderung individualisiert und beschränkt die Gleichstellungspolitik und drängt die Forderung nach einem grundlegenden Strukturwandel in den Hintergrund.

„Indem institutionalisierte Gleichstellungspolitik zum eigenen Politikbereich wird, geht der ursprüngliche Gedanke verloren, daß Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe praktisch alle Politikbereiche betrifft. ‚Frauenpolitik wird auf diese Weise ghettoisiert‘ und als Sondermaßnahme aus dem ‚eentlichen‘ politischen Prozeß ausgegliedert.“ (Cordes, 1996, S. 140).

„Diese Politik, so wichtig und hilfreich sie im einzelnen ist, bearbeitet stets nur die negativen Folgen einer Struktur, der sie nichts anhaben kann. Sie repariert an Problemen herum, ohne ihnen wirklich zu Leibe zu rücken. Zugleich stellt sie Frauen insgesamt in ein schiefes Licht, läßt sie als Mängelwesen erscheinen, denen mittels mehr oder weniger großzügiger Fördermaßnahmen auf die Beine geholfen werden muß - wobei das Ergebnis zwangsläufig immer hinter den Erwartungen zurückbleibt und bei allen Beteiligten automatisch Enttäuschungen produziert.

Eine Politik, die solche Enttäuschungen vermeiden und sich nicht nur im Kreise drehen möchte, muß die grundlegenden Strukturen selber ins Visier nehmen. Dazu zählt in erster Linie die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.“ (Frevert, 1999, S. 66).



Der Gesellschafts- und Kulturkritiker Ivan Illich (1926 - 2002), der die Diskriminierung der Frau durchaus erkannte und benannte, sah dafür weder natürliche noch kulturelle Gründe, sondern allein die Bedingungen der Industriegesellschaft. Er war allerdings 1982 noch der Überzeugung: „Außerhalb des Industriesystems ist geschlechtsneutrale Arbeit undenkbar. Es gibt nur wenige Tätigkeiten, die von Frauen und Männern gleichermaßen verrichtet werden können. Der Mann kann in der Regel keine Frauenarbeiten ausführen.“ (Illich, 1995, S. 44). Er veranschaulichte dies mit Beispielen aus den Bereichen Hygiene und Haushalt.

Auch die Familiensoziologie hielt lange Zeit die Fiktion eines homogenen Haushalts ‚Familie‘ aufrecht, „obwohl dieser eine für beide Geschlechter differente Wirklichkeit darstellt: für die Frau als Arbeitsplatz und für den Mann als Freizeitort, mit den daraus resultierenden ungleichen Folgen für den weiteren persönlichen und beruflichen Lebenslauf“ (Metz-Göckel, 1993, S. 413).

Die reformorientierte Gleichstellungspolitik für Frauen stärkt die Teilhabe an der bisherigen Männerdomäne Erwerbsarbeit und erweitert die traditionelle Frauenrolle. Bei diesem Ansatz, der den Frauen weiterhin in alleiniger Zuständigkeit alle Folgen der Reproduktionsarbeit und den privaten Haushalt zuweist, bleibt die geschlechterspezifische Arbeitsteilung erhalten und die gesellschaftliche Tradition unangetastet.

Nach ernüchternder Einschätzung erfüllt die gezielte Frauenpolitik „lediglich eine Alibifunktion“ (Hoecker, 1999, S. 255) und dient auf diese Weise zugleich dem Erhalt des Status quo.

„Ein neues Konzept zur Veränderung der zentralen Strukturbedingungen der Geschlechterungleichheit muß aber vor allem Instrumentarium für die Neugestaltung der Lebensfelder Arbeit, Privatheit und Politik anbieten. ...

Die ‚Definition von Arbeit‘ müßte neu bestimmt werden als ‚Gesamtarbeit zur Produktion und Reproduktion‘ der Gesellschaft. Gesellschaftliche Gesamtarbeit umfaßt öffentliche und private, produktive und reproduktive Arbeit in Familie, Gesellschaft sowie auf dem privaten und öffentlichen Arbeitsmarkt. Produktion und Reproduktion wären als zwei verschiedene, aber gleichermaßen existentielle Arbeitsformen einander gleichzustellen. Da jeder Mensch auf beide angewiesen ist, müßte auch jeder an beiden in gleicher Weise und gleichem Umfang teilhaben.“ (Cordes, 1996, S. 143f.). Von diesem demokratisierenden Prozess und seinem partnerschaftlichen Ziel ist die Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Realität weit entfernt.

„Trotz allen Mediengeräusches von ‚neuen Vätern‘ und ‚neuen Männern‘ sind Männer traditionellen Rollenvorgaben erstaunlich treu geblieben. Das wird sowohl in Meinungsumfragen deutlich als auch an konkreten Verhaltensmustern - von der Namenswahl bei einer Eheschließung bis zur innerfamiliären Arbeitsteilung. Zwar gestehen Männer Frauen heute weit mehr Handlungs- und Experimentierraum zu als noch vor zwanzig Jahren; ihr eigenes Rollenbild jedoch erweist sich als höchst unflexibel. ...

Erst in allerjüngster Zeit machen sich Ansätze bemerkbar, diese Perspektive zu revidieren und die ‚Frauenfrage‘ als ‚Männerfrage‘ neu zu definieren.“ (Frevert, 1999, S. 59f.).

Der Münchener Soziologe Ulrich Beck (\*1944) beschrieb diese Einstellung der Männer behutsam als „verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ (Beck, 1990, S. 31), eine immer wieder zitierte Definition mit nachhaltiger Gültigkeit.

Bis heute ist die gesamte Thematik von Gleichheit und Differenz der Geschlechter auch eine emotional geführte Debatte, deren Befriedung so lange aussteht, bis die Gleichwertigkeit der Geschlechter ihren Ausdruck findet in der jeweils selbstbestimmten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von partnerschaftlichen Lebens- und Berufsperspektiven sowie in den gemeinsam erbrachten Leistungen für schutz- und pflegebedürftige Angehörige der Vorgänger- und Nachwuchsgeneration. Dass die Gesellschaft von diesem partnerschaftlichen Ideal auch heute noch weit entfernt ist, belegen die im vorherigen Kapitel angeführten Statistiken über zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen bei gleichzeitig nicht überwundenen Lohndifferenzen und dem Zwang zur Orientierung an der Norm männlicher Erwerbsbiografien.

### 1.6.3 Armutsrisiko

Wie weit die Gesellschaft von einem partnerschaftlichen Leben entfernt ist, lässt sich am deutlichsten erkennen an der zwar langfristig vorhandenen, jedoch in den letzten Jahren zunehmend publizierten und damit öffentlich gemachten Armutsdiskussion.

Publikationen über Menschenrechte kommen übereinstimmend zu den immer wieder gleichen Asymmetrien - weltweit. „Daß Frauen die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, aber fast zwei Drittel der Arbeitsstunden leisten, dabei nur ein Zehntel

des Welteinkommens verdienen und weniger als ein Hundertstel des Weltvermögens besitzen, wie die Vereinten Nationen 1995 bekanntgaben, kann Frauen nicht in Siegesstimmung versetzen.“ (Weingarten/Wellershoff, 1999, S. 13).

Und eine andere Quelle: „Trotz unbestreitbarer großer historischer Fortschritte sind Frauen heute immer noch in vielen Lebensbereichen strukturell diskriminiert.

- Ungefähr 70 % aller Armen sind Frauen,
- in den Parlamenten der Welt sitzen im Durchschnitt nur 10 % weibliche Abgeordnete,
- zwei Drittel aller Analphabeten sind weiblich, ...“ (Fritzsche, 2004, S. 116).

Auch im demokratischen Staat mit gleichberechtigten Männern und Frauen ist Armut immer noch weiblich.

Unter dem Schlagwort ‚Feminisierung von Armut‘ hatte bereits in den 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten eine Diskussion begonnen über den steigenden Anteil von Frauen an der Armutsbevölkerung. Es wurde aufgezeigt, dass sich der Abstand zwischen Männern und Frauen in Bezug auf ihre Armutsquote zwischen 1950 und 1980 vergrößert hatte.

In den europäischen Ländern ist diese Thematik weniger häufig untersucht worden, kommt jedoch für Schweden, Großbritannien, Deutschland und Österreich auf eine um 30 % bis über 50 % erhöhte Armutsgefährdung von Frauen (vgl. Heitzmann, 2002, S. 125).

Noch ringt die Wissenschaft um einen objektiven Standard für Armut und eine möglichst exakte Definition. Auch müssen die verwendeten Messmethoden und die empirisch gewonnenen Ergebnisse der sozioökonomischen Armutsforschung über den Wissenschaftsbetrieb hinaus dem Alltagsbewusstsein standhalten, das Armut vorrangig als moralische Kategorie definiert, als einen Zustand, gegen den etwas getan werden muss.

„Armut ist weiblich. Diese im Alltagsbewusstsein weitgehend akzeptierte These zeigt sich in wissenschaftlichen Untersuchungen mangels Studien entweder gar nicht, oder nur bedingt. Mit ein Grund für die Unsichtbarmachung von Frauen in der Armutsforschung ist die herkömmliche Art der Messung dieser Benachteiligung. Als Bezugseinheit dient in der Regel der Haushalt. Es wird von einer Gleichverteilung der Einkommen ausgegangen, und basierend auf diesen Annahmen Armutsgefährdung operationalisiert und ‚berechnet‘. Aus feministischer Sicht verschleiert dieser Zugang zur Armutsmessung die benachteiligte Position von Frauen. Ihre geringen

Einkommen, die sich aufgrund ihrer eingeschränkten Teilhabe am Arbeitsmarkt, im System der sozialen Sicherung und - im ökonomischen Sinn - nicht zuletzt innerhalb des Familienverbandes ergeben, setzen sie einem höheren Risiko der Armutsgefährdung aus, dem sie - statistisch - entgehen, weil sie als Haushaltsmitglied den ökonomischen Status aller Mitglieder teilen. Fragen zum Zugang zu Ressourcen, zur Kontrolle über die Ressourcen, zu Konflikten im Haushalt und schließlich zur Verteilung von Macht bleiben im Rahmen der Armutsberichterstattung im Verborgenen.“ (Heitzmann, 2002, S. 132f.).

Dies bezieht sich auf die Berichterstattung der Bundesregierung im Jahr 2001, aktualisiert 2005.

## 1.7 Die Ziele der Genderforschung

Wenngleich die entscheidenden Impulse zum Gender-Diskurs aus der feministischen Wissenschaftskritik und der feministischen Ethik hervorgegangen sind, so war diese Nahtstelle anfangs durch „auffallend wenige Texte“ (Frey, 2003, S. 11) gezielt belegt worden. Die aktuelle Fachliteratur sah zunächst eher selten eine kontinuierliche Entwicklung mit schrittweise modifizierten Strategien. Meist fanden sich lediglich kurze historische Exkurse oder einleitende Worte minimalen Umfanges. Dies ändert sich zunehmend. „Die Ursprünge von GM (Gender Mainstreaming, Anm. d. A.) sind im Kontext der internationalen Frauenbewegungen und Institutionen der Entwicklungspolitik zu verorten. ... Der im Entwicklungsdiskurs eingeläutete Paradigmenwechsel von der ‚Integration von Frauen in die Entwicklung‘ (Women in Development, WID) zur Anforderung einer durchgehenden Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen (Gender and Development, GAD) ... mündete in der Strategie des GM.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 195).

Alternativer Sprachgebrauch und definatorische Differenzierung suggerieren einen eindeutigen Bruch zwischen Frauenforschung und Genderforschung. Doch ohne sein historisches Gepäck ist der Gender-Diskurs nicht zu führen.

Das Attribut ‚post‘ im Zusammenhang mit Moderne, Feminismus, Strukturalismus und Konstruktivismus signalisiert den jeweiligen Endpunkt einer Entwicklung, einer Denkrichtung, einer Theorie.

Der Neuentwurf des Gender-Konzeptes geriert sich zunächst mit jener Leichtigkeit, die für die zukünftige Problemlösung benötigt wird. Die zur Problemlösung erforder-

derlichen Kenntnisse umfassen jedoch auch all diese historischen Belastungen, Fehlentwicklungen, Konfrontationen und Diskriminierungen, um nunmehr Fortschritte im humanen Sinn zu erzielen.

Die Mehrdimensionalität und wechselseitige Bedingung von Sex und Gender, von Gleichheit und Differenz, von Natur und Kultur, von Einfluss und Ohnmacht ist historische Mitgift für die Genderforschung und Voraussetzung für einen „cultural turn“ (Baader, 2004, S. 323) in Wissenschaft und Lebenswirklichkeit.

„In die Wissenschaft hat Gender als analytische Kategorie zunehmend Eingang gefunden; hier hat sich während der letzten Jahre eine starke Ausweitung von der Frauenforschung zu den Gender Studies vollzogen. Diese beschränken sich nicht länger auf die Geschlechterdifferenz, sondern weisen nach, wie Gender in Prozessen der Interaktion und des Symbolischen konstruiert wird.“ (Hertzfeldt/Schäffgen/Veth, 2004, S. 9).

Die Genderforschung will Normen und Werte sichtbar machen, durch die Entscheidungsprozesse gesteuert werden. Sie will „tiefer graben als bisherige Gleichstellungspolitik“ (Pettersson, 2004c, S. 12). Sie holt Vorurteile, Vorstellungen und Normen aus ihrer Unsichtbarkeit und hinterfragt sie. Sie will Analyse, Transparenz, Differenzierung und angemessene Gewichtung. Genderforschung ist Methode, Prozess und Beginn einer Entwicklung.

Sie geht von der Annahme aus, dass es keine geschlechterneutrale Wirklichkeit gibt. Jede Maßnahme, jede Entscheidung wirkt sich unterschiedlich auf die Lebenssituation von Männern und Frauen aus.

## **2 Die Implementierung des Gender Mainstreaming**

Gegenüber der Erfolgsgeschichte von Gender als Begriff und Idee erstaunt die daraus erwachsene politische Strategie des Gender Mainstreaming zunächst durch ihre begriffliche Sperrigkeit und Fremdheit. In noch stärkerem Maß sprachlich entlegen, mehrdeutig und missverständlich auch die deutsche Übersetzung.

„Die Hauptrichtung (Mainstream) ist das, was der dominierende Teil einer Gesellschaft tut, denkt, glaubt. Die Institutionen des Mainstreams sind Politik, Verwaltung, Recht, Beschäftigungs- und Bildungssystem. Das Gegenteil wäre ‚margins‘ (Rän-

der). ‚Mainstreaming‘ ist Neuschöpfung, gemeint ist, dass der Mainstream beeinflusst werden soll.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 39).

Gender Mainstreaming ist demnach eine Strategie mit Maßnahmen, die das Geschlechterverhältnis, seine Ursachen, Erscheinungsformen und gesellschaftlichen Konsequenzen zu einem Thema des Mainstreams machen.

„Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. ...

Gender Mainstreaming ist damit ein Auftrag an die Spitze einer Verwaltung, einer Organisation, eines Unternehmens und an alle Beschäftigten, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in der Struktur, in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in den Ergebnissen und Produkten, in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, in der Steuerung (Controlling) von vornherein zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können.“ (Bundesregierung, 2003, S. 5).

## 2.1 Die Schaffung von Rechtsgrundlagen

### 2.1.1 Impulse auf internationaler Ebene

„In einigen internationalen Menschenrechtsdokumenten wie z. B. der Charta der Vereinten Nationen oder der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 sind geschlechtsspezifische Diskriminierungsverbote verankert. Für Frauen das wichtigste und umfassendste Dokument des völkerrechtlichen Menschenrechtsschutzes ist die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW - Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women). Ihr Ziel ist die Beendigung der weltweiten Diskriminierung von Frauen.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 55).

Hierauf aufbauend liegen die Wurzeln des Gender Mainstreaming in der weltweiten Frauenbewegung und ihren Erfahrungen mit der Durchsetzung von Forderungen an die Regierungen - dies sowohl in den Industriestaaten als auch im entwicklungspolitischen Bereich.

„1970 zeigten erste Studien zur Situation von Frauen als wirtschaftliche Akteurinnen in Entwicklungsländern, dass sich im Zuge der Modernisierungsprozesse die wirtschaftliche Rolle und der soziale Status der Frauen in besonderer Weise verschlechtert hatten. ... Frauen spielten bei der Planung, Durchführung und Auswertung der Entwicklungsprozesse keine Rolle. Dies änderte sich erst gegen Ende der 1980er Jahre, als Frauen des Südens sich zunehmend organisierten und zu Wort meldeten. Sie machten deutlich, dass ‚Entwicklung‘ für Frauen etwas anderes bedeutet als für Männer. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden weltweit zwei Drittel aller Arbeitsstunden von Frauen geleistet. Dafür erhielten sie aber nur ein Zehntel aller Einkommen und besaßen lediglich ein Prozent der Produktionsmittel. Auf dem Hintergrund der ersten geschlechterdifferenzierten Daten und Analysen und der Erfahrung, dass die von den Hilfswerken durchgeführten Maßnahmen unterschiedliche Auswirkungen auf die Situation von Frauen und von Männern hatten und die Lage von Frauen sich durch die ‚Hilfe‘ teilweise sogar verschlechterte, drangen Frauen sowohl im Süden als auch im Norden darauf, stärker als bis dahin auf die unterschiedlichen Folgen der Maßnahmen für beide Geschlechter zu achten. So fand der Gender-Begriff Eingang in die entwicklungspolitische Diskussion.“ (Trommer, 2004, S. 177).

Im Jahr 1975, dem Internationalen Jahr der Frau, fand die erste UN-Weltfrauenkonferenz in Mexiko statt. Schon damals wurde eine bessere Partizipation von Frauen am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben als Bedingung für eine gerechtere und fortschrittlichere soziale Ordnung anerkannt. Auch in den beiden folgenden Weltfrauenkonferenzen - 1980 in Kopenhagen, 1985 in Nairobi - wurden jeweils Empfehlungen für die Verbesserung der Lage der Frauen formuliert und in Dokumenten verabschiedet. Die nationalen Regierungen verpflichteten sich freiwillig, diesen Empfehlungen zu folgen.

„In den folgenden Konferenzen auf internationaler Ebene wurde jedoch immer deutlicher, daß diese Selbstverpflichtung der Regierungen keine Erfolge zeigt und sich die Lage der Frauen kaum verbesserte. Diese Erfahrungen führten insbesondere in den NGO's (Non-Governmental Organizations, Anm. d. A.) zu Diskussionen darüber, wie eine weltweite Frauenpolitik aus der Position der Bittstellerin an die Regierungen herauskommen kann und wie die berechtigten Forderungen wirksamer umgesetzt werden können.“ (Stiegler, 2002, S. 19).

Bereits 1985 wurde Gender Mainstreaming auf der dritten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi als politische Strategie vorgestellt. Auf der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking „wird das Prinzip in der verabschiedeten Arbeitsplattform verankert. Hieraus ergibt sich für alle Mitgliedstaaten die Verpflichtung, in den jeweiligen nationalen Strategien zur Umsetzung der 4. UN-Weltfrauenkonferenz ein Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming zu entwickeln.“ (Bundesregierung, 2003, S. 18f.).

„Die 4. Weltfrauenkonferenz der UNO begann nicht eben verheißungsvoll.“ (McCorduck/Ramsey, 1996, S. 335). So lautete die Einschätzung zweier amerikanischer Business-Frauen, die unmittelbar nach dieser Konferenz Eindrücke und Beobachtungen veröffentlichten. „Für das große Treffen im September 1995 war Asien an der Reihe.

Nur leider wollte kein asiatischer Staat der Gastgeber sein.

In der Hoffnung, die Ausrichtung der Olympischen Spiele für das Jahr 2000 zu gewinnen, ließ sich schließlich die Volksrepublik China überreden, durch eine Übernahme der 4. Weltfrauenkonferenz das Olympische Komitee vielleicht davon zu überzeugen, daß China reif dafür sei, auch in wichtigeren Dingen Verantwortung zu übernehmen.“ (McCorduck/Ramsey, 1996, S. 336).

Die Konferenz sollte aus zwei Treffen bestehen: der offiziellen UN-Konferenz und dem NGO-Forum, das sich zu einer Denkfabrik entwickelt hatte. Die Veranstalter „stellten sich ... vor, wie die wortgewaltigsten Frauen der Welt während dieser heiklen Zeit direkt unter ihrer Nase in Peking diskutieren und demonstrieren würden. Ihre Angstvorstellungen schossen nur so ins Kraut: Diese verlotterten westlichen Weiber könnten Aids verbreiten, Lesben mit ihren Motorrädern könnten auf dem Tiananmen-Platz ihre Runden drehen. Taiwanesischen und Tibetanesinnen könnten das Selbstbestimmungsrecht einfordern. Man entschied sich, die beiden Treffen räumlich voneinander zu trennen.

Unter dem fadenscheinigen Vorwand, der ursprünglich für das NGO-Forum vorgesehene Veranstaltungsort, ein Sportpavillon, sei bautechnisch ungeeignet und werde ohnehin für ein Volleyballturnier just zu der Zeit benötigt, da die NGOs tagen würden, kündigten die Chinesen im März, sechs Monate, bevor das Treffen stattfinden sollte, an, das Forum werde nach Huairou verlegt, einem verschlafenen Kurort eine Stunde oder mehr von Peking entfernt. In Huairou, ordneten die Chinesen an, würden Demonstrationen jeglicher Art sich auf ein kleines, ein sehr kleines offizielles De-



monstrationsareal zu beschränken haben, das sie glaubten kontrollieren zu können. Um die chinesische Bevölkerung überdies von dem moralischen Gefahrenherd NGO-Forum abzuschirmen, sperrte man kurzerhand die zweispurige Straße zwischen Peking und Huairou, außer für die offiziellen Busse, die die Delegierten zwischen den beiden Veranstaltungsorten befördern würden. Schließlich mischten sich chinesische Regierungsvertreter auch noch in die Visaerteilung ein und hielten einige zehntausend Visa von Frauen zurück oder annullierten sie gar, die von seiten des Forums ihre Beglaubigung hatten, die aber chinesischerseits jetzt als unerwünscht eingestuft wurden, besonders Tibetanerinnen, Taiwanesischen und die Gegner von Chinas Freunden, Gruppen etwa wie ‚Catholics for a Free Choice‘. All dies geschah in flagranter Verletzung der ursprünglich, als sie sich bereit erklärten, Gastgeber des Treffens zu werden, eingegangenen Verpflichtungen. Frauen, die zu Delegierten ausersahen waren, fragten einander, ob irgendein gastgebendes Land es wagen würde, solche Bedingungen einer von Männern veranstalteten UN-Konferenz zu diktieren. Oder ob Männer sich so etwas bieten lassen würden. ...

Man konnte als Frau nur den Kopf schütteln: Bildeten sich die Vereinten Nationen etwa ein, sie kämen damit durch, die Frauen einerseits zu begünstigen und sie andererseits wieder an den Rand zu drängen?“ (McCorduck/Ramsey, 1996, S. 337f.). Um sich hiervon beeindruckt zu lassen, waren Interesse und Entschlossenheit der Frauen zu groß, die Vorbereitungen zu weit vorangeschritten. „Die Frauen hatten sich, ganz gleich, wo sie lebten, auf eine Liste von Problemen verständigt, die ihnen als Frauen gemeinsam waren: Sie wollten Autonomie über ihren Körper, sie wollten Gesundheit und Ausbildung, sie wollten frei von Gewalt leben, und sie wollten ihren Anteil an der politischen und ökonomischen Macht.“ (McCorduck/Ramsey, 1996, S. 339). Das Treffen war begleitet von Schikanen aller Art bis hin zu mangelhaften Unterkünften, abendlichem Stromentzug, Tagungsorten unter Zeltplanen, matschigen Zeltplätzen, fehlerhaften Wegweisungen, mangelhafter Verpflegung und Dauerkontrolle aller kommunikativen Aktivitäten.

Die so genannte offizielle Konferenz begann eine Woche später und „gepflegte Erscheinungen bewegten sich zwischen glitzernden Partys in Pekings neuesten, glänzendsten Joint-venture-Hotels“ (McCorduck/Ramsey, 1996, S. 347).

Die pragmatischen Einlassungen von Benazir Bhutto aus Pakistan und Alberto Fujimori aus Peru trugen zum letztendlich konsensualen Ergebnis der Konferenz bei.

„Schließlich kam bei der Konferenz in Peking doch eine gute Abschlusserklärung zustande. ...

In Peking einigten sich Frauen weltweit auf ein Programm und erklärten ihre Entschlossenheit, es auch zu verwirklichen. Die einzelnen Punkte dieses Programms haben regional eine unterschiedliche Priorität, doch nirgendwo fehlt der Ruf nach persönlicher sexueller Selbstbestimmung, nach Befreiung von jeder Art von Gewalt, nach Unterricht, Gesundheit, Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und Beteiligung an der Macht.“ (McCorduck/Ramsey, 1996, S. 350f.).

Im selben Jahr verpflichteten sich die Vereinten Nationen in der Resolution der Generalversammlung 52/100 zur Beachtung und Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in allen Maßnahmen und Programmen (vgl. Bundesregierung, 2003, S. 19).

Eine weltweite Idee erhielt hier ihre Manifestierung als Begriff und als Konzept.

### 2.1.2 Realisierung auf europäischer Ebene

Da es sich bei dem weltweiten Aufbruch der Frauen gleichermaßen um einen Top-down- wie auch Bottom-up-Prozess handelt, vollziehen sich die Entwicklungen oft in regionaler und temporärer Parallelität.

Die Europäische Gemeinschaft ist seit nahezu fünfzig Jahren Vorkämpfer für die Entwicklung der rechtlichen Standards zur Gleichbehandlung von erwerbstätigen Männern und Frauen. „Schon in den Gründungsverträgen (Römische Verträge der EWG, unterzeichnet 1957, in Kraft getreten 1958, Anm. d. A.) wurde in Artikel 119 das Verbot der unterschiedlichen Entlohnung aufgrund des Geschlechts festgelegt. Dieses Lohnleichheitsgebot wurde durch die so genannte Lohnleichheitsrichtlinie konkretisiert.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 58).

Die Folge der ersten Weltfrauenkonferenz für Europa „waren Beschlüsse eines 1976 in Brüssel durchgeführten Kolloquiums, die darauf abzielten, bei der Europäischen Kommission zwei Verwaltungseinheiten für Probleme der Frauenbeschäftigung sowie für eine gezielte Fraueninformation einzurichten. Gestellt wurde diese Forderung von 120 Verantwortlichen aus dem politischen, sozialen und kulturellen Leben der (damals) neun Mitgliedstaaten.“ (Albertini-Roth, 1998, S. 15).

Das im Jahr 1979 zum ersten Mal direkt gewählte Europäische Parlament setzte einen Untersuchungsausschuss für die Rechte der Frau ein. Die 1981 im Plenum ge-

führte eintägige Debatte zur Stellung der Frau in Europa, führte zu einer 59 Punkte umfassenden Resolution zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung und zur Verbesserung der Stellung der Frau als unerlässliche Voraussetzung für eine gerechtere und fortschrittlichere Sozialordnung.

„Von dem Zeitpunkt an standen Frauenfragen auf der europäischen Tagesordnung.

Die Europäische Gemeinschaft wurde fortan - gestützt auf Artikel 119 der Römischen Verträge ... - zur treibenden Kraft für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Parität.“ (Albertini-Roth, 1998, S. 15). Die Verfolgung dieses Zieles entwickelte sich für die EU zur gesetzgeberischen Daueraufgabe.

Das Recht der Europäischen Gemeinschaften (EG-Recht oder Gemeinschaftsrecht) ist eine autonome Rechtsordnung, die in den Mitgliedsstaaten weitgehend unmittelbar Anwendung findet. Zum primären Gemeinschaftsrecht gehören Gründungs-, Beitritts- und Änderungsverträge zu den Europäischen Gemeinschaften, die in den Mitgliedsstaaten unmittelbar gelten. Zum sekundären Gemeinschaftsrecht zählt das von den Organen der Gemeinschaften erlassene Folgerecht, nämlich Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen und Stellungnahmen, stets mit dem Ziel der Rechtsangleichung zwischen den Mitgliedsstaaten zur Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit. „Verordnungen gelten ebenfalls unmittelbar in den Mitgliedstaaten, der Inhalt von Verordnungen ist unmittelbar verbindlich für alle Bürgerinnen und Bürger der Union. Richtlinien sind hinsichtlich des zu erreichenden Zieles verbindlich, überlassen jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und Mittel ihrer Durchsetzung.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 57). Die Umsetzung von Richtlinien ist allerdings an Fristen gebunden.

Bereits in den Jahren bis zum 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht erfolgten Verordnungen, Richtlinien, Empfehlungen und Resolutionen sowie mehrjährige Aktionsprogramme und eine Fülle von Fördermaßnahmen.

Die Richtlinien, die nach einer vorgeschriebenen Frist in nationales Recht umzusetzen waren, betrafen unter anderem Lohngleichheit, die Gleichbehandlung beim Zugang zu Beschäftigung, Bildung und beruflichem Aufstieg, die Gleichbehandlung in den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherung sowie Regelungen des Mutter-schutzes.

1993 wurde anlässlich der Reform der Strukturfonds - Europäischer Sozialfonds, Europäischer Regionalfonds, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die

Landwirtschaft - der Grundsatz der Chancengleichheit von Frauen und Männern als Priorität in die Fondsregelungen aufgenommen.

„Damit war erstmals in Europa in einem ‚allgemeinen‘ Förderkonzept das Ziel der Chancengleichheit verankert.“ (Stiegler, 2002, S. 19).

Das vierte der sogenannten Aktionsprogramme startete mit einem Seminar zum Tagungsthema ‚Das vierte Aktionsprogramm der EU für Chancengleichheit (1996 - 2000) - Mechanismen für das mainstreaming‘ (vgl. Albertini-Roth, 1998, S. 135).

„Die Geschlechterverhältnisse sollten in jeder politischen Maßnahme von der Planung bis zur Erfolgskontrolle berücksichtigt werden. Eine weitere Bekräftigung erfuhr das Gender-Mainstreaming-Prinzip im Amsterdamer Vertrag 1996 (unterzeichnet 1997, in Kraft getreten 1999, Anm. d. A.). In diesem Vertrag verpflichteten sich alle Staaten der Europäischen Union, das Gender Mainstreaming Prinzip bei ihrer Politik anzuwenden.“ (Stiegler, 2002, S. 19f.).

Auch hier sollten die Frauenbelange trotz eindeutiger Forderungen im Vorfeld wenig Berücksichtigung erfahren. „Die ‚Europäische Frauenlobby‘ (EFL, ...) blieb zwei Jahre lang mobilisiert und reichte bereits im März 1996 eine 30 Seiten umfassende Stellungnahme zur Regierungskonferenz ein. Außerdem wurde den Ministern eine Petition mit rund 31.000 Unterschriften nach Amsterdam geschickt, und kurz vor der Konferenz, am 15. Juni, übte in Amsterdam ein Forum der NRO (Nichtregierungsorganisationen, Anm. d. A.) Druck auf den Vertragsabschluß aus. Die Forderungen der EFL wurden mit dem EP (Europäisches Parlament, Anm. d. A.) koordiniert, das dem großen Engagement der NRO seine hohe Anerkennung aussprach.

Der außergewöhnlichen Mobilisierung aller Akteure ist es zu verdanken, daß für Frauen eher positive Ergebnisse im Amsterdamer Vertrag erreicht wurden.“ (Albertini-Roth, 1998, S. 145f.). Die Förderung der Gleichstellung sowie die Beschäftigungsförderung wurden als Aufgaben der Gemeinschaft anerkannt.

In Artikel 2 wird die Gleichstellung von Männern und Frauen als ausdrückliches Ziel formuliert: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Kon-

vergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.“ (zit. nach Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 58).

„In Artikel 3 wird versichert, dass die EU in allen Politikbereichen darauf hinwirkt, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern, was dem ‚mainstreaming‘ ... des 4. Aktionsprogramms ... gleichkommt.“ (Albertini-Roth, 1998, S. 147).

Artikel 13 schafft eine Kompetenzgrundlage zur Bekämpfung von Diskriminierung, allerdings fakultativ. „Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrages kann der Rat im Rahmen der durch den Vertrag auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 59).

„Diese Kann-Bestimmung kann kein einklagbares Grundrecht ersetzen, so wie dies von allen Akteuren (außer dem Ministerrat) gefordert wurde. Es ist unbefriedigend, daß in dieser Globalklausel Frauen mit Minderheiten gleichgestellt werden, obwohl sie bekanntlich die Mehrheit stellen.“ (Albertini-Roth, 1998, S. 147).

Mag das Ergebnis gegenüber den Hoffnungen und Forderungen der Frauen unbefriedigend geblieben sein, so verdient der Artikel 141 des Vertrages dennoch besondere Beachtung: „Art 141 EG wurde infolge des Amsterdamer Vertrages durch eine Verknüpfung von Art 119 EGV (Lohnleichheit) und Art 6 des Sozialabkommens geschaffen. Der Grundsatz der Lohnleichheit von Frauen und Männern war bereits in den Gründungsverträgen der EWG, den Römischen Verträgen vom 25.3.1957 enthalten. Dieser Grundsatz wird neben wenigen anderen Grundsätzen als eines der Grundrechte nach den Gemeinschaftsverträgen angesehen. Dieser Grundsatz wurde auf Initiative Frankreichs in die Gründungsverträge aufgenommen, das wegen seiner fortschrittlichen Gesetzgebung Wettbewerbsnachteile befürchtete. ...

„Der Rat beschließt ... Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit.

Im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedsstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.‘

Auf den in Art 141 ... aufgestellten Grundsatz der Gleichheit des Arbeitsentgelts für weibliche und männliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich die Betroffenen vor den innerstaatlichen Gerichten unmittelbar berufen.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 59f.).

Die Gleichstellung von Männern und Frauen insbesondere in der Arbeitswelt sowie das Gebot zum Ausgleich von Benachteiligungen hat durch den Amsterdamer Vertrag Stärkung, Aktualisierung und Differenzierung erfahren.

Die mit diesen Schutzbestimmungen in Zusammenhang stehenden EU-Richtlinien mit dem Gebot der Umsetzung in nationales Recht wurden bekräftigt oder reformiert. Die Ernsthaftigkeit dieser Anliegen lässt die so genannte Beweislastrichtlinie von 1997 besonders deutlich erkennen: „Die Richtlinie des Rates vom 15. Dezember 1997 über die Beweislast bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts regelt die Beweislast bei gerichtlicher Geltendmachung von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts. Mit der Richtlinie soll eine wirksamere Durchführung der Maßnahmen gesetzt werden, die von den Mitgliedstaaten in Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes getroffen werden. Die mit dieser Richtlinie vorgeschriebene ‚Beweislastumkehr‘ besagt, dass Personen die sich diskriminiert fühlen, die Tatsachen, die zur Diskriminierung führen lediglich glaubhaft machen müssen und es den Beklagten obliegt zu beweisen, dass keine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vorliegt.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 62).

Und doch gehen einigen diese vorwiegend arbeitswelt-bezogenen Regelungen nicht weit genug, sie sind vom Gesamtwerk enttäuscht: „Diese erweiterte Rechtsgrundlage sehen manche Experten als Förderung an, die über den Beschäftigungsbereich hinausgeht (wie das Europäische Parlament), die ‚Europäische Frauenlobby‘ ist dagegen enttäuscht, da sie eine Förderung der Frauen in allen Lebensbereichen gefordert hatte.

Die Lohngleichheit ist gestärkt, aber die Quotenfrage bleibt offen. ...

In der Schlußakte werden die positiven Maßnahmen für Frauen durch die Erklärung eingeschränkt, daß sie in erster Linie der Verbesserung der Lage der Frauen im Arbeitsleben dienen sollen. ...

Das Fazit ist, daß in Amsterdam zwar gewisse Fortschritte erzielt wurden, daß jedoch keine Impulse für eine demokratische Parität Mann/Frau, d. h. für eine ausgewogene Repräsentation der Frauen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben gegeben wurden.“ (Albertini-Roth, 1998, S. 148).

Dennoch hat die EU seit Jahrzehnten Maßstäbe gesetzt für Gleichberechtigung und Chancengleichheit und eine Schlüsselrolle eingenommen bei der Durchsetzung des Gender Mainstreaming. „Eine deutsche Gleichstellungsgesetzgebung wäre ohne die EU-Richtlinien zur Chancengleichheit auf schwierige Umsetzungsprozesse gestoßen. Europa war also Schrittmacher. Das gelang auch mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofes, der die Grundnormen des Vertrages und die Richtlinien extensiv nutzte, um Diskriminierungen zu beenden. ... Der Grundsatz der Gleichstellung wurde in allen Politikbereichen und allen Strukturprogrammen festgeschrieben.“ (Randzio-Plath, 2004, S. 19).

Diese Rahmenstrategie wird in den Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission umgesetzt. Es gilt die Verpflichtung für alle Ressorts, die Geschlechterperspektive bei politischen Initiativen zu berücksichtigen. „Der Juristische Dienst beispielsweise muss die Texte unter dem Gesichtspunkt der Geschlechterproblematik prüfen. Die Pressestelle steht vor der Aufgabe, den spezifischen Bedürfnissen und Sichtweisen von Frauen Rechnung zu tragen. Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen ist verpflichtet, die Geschlechterperspektive in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik intensiver zu berücksichtigen.“ (Randzio-Plath, 2004, S. 19). Gleiches gilt für Entscheidungen und Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Regionalentwicklung und Strukturreform, Forschung, Bildung und Kultur, Inneres und Justiz bis hin zu Einwanderung und Asyl.

Weitere Konkretisierung findet diese Intention für die Jahre 2000 bis 2006 im sensiblen Bereich der Finanzen, so zum Beispiel beim Einsatz der so genannten Strukturfondsmittel mit einem Volumen von jährlich etwa 30 Milliarden Euro. Ziel der Mittelvergabe ist die Förderung von Regionen mit Entwicklungsrückstand und Strukturproblemen sowie die Förderung von Anpassung und Modernisierung der Bildungs- und Beschäftigungssysteme.

„Nicht einmal zehn Prozent der Ausgaben aus dem Strukturfonds waren bisher frauenrelevant. Deshalb entwickelte die Europäische Kommission erstmals Methoden, die einen verbesserten Gender-Ansatz aufweisen und den Mitteleinsatz zugunsten der Chancengleichheit möglich machen bzw. ihn verlangen. ...

Kein Zweifel: Es besteht eine starke Synergie zwischen den Zielen der Strukturfonds und der Chancengleichheit für Frauen und Männer. Unter anderem will man dadurch erreichen, in den Mitgliedsländern der EU die Frauenerwerbsquote um zehn Prozent zu erhöhen.“ (Randzio-Plath, 2004, S. 20f.).

Parallel hierzu wurden auch die spezifischen Aktionsprogramme fortgesetzt. Das fünfte Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend die Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern umfasste den Zeitraum 2001 bis 2005. „Es wurde entwickelt als Folgemaßnahme des 4. Aktionsprogramms für die Chancengleichheit von Frauen und Männern (1996 - 2000) und dient gleichzeitig der Ergänzung des Aktionsprogramms zur Bekämpfung von Diskriminierung, das die Gender-Thematik aufgrund dieses spezifischen Aktionsprogramms ausdrücklich ausnimmt ...

Die geförderten Programme sollten dabei horizontalen und koordinierenden Charakter haben. Beispiele dafür wären die Förderung des Austausches von Informationen und vorbildlichen Lösungen, die Prüfung einschlägiger Politiken und Praktiken sowie die Zusammenarbeit in Netzwerken.

Jährlich wird von der Europäischen Kommission ein Schwerpunktthema vorgegeben, das der Unterstützung europaweiter Kampagnen zum Thema dienen soll:

- Gleicher Lohn 2001/2002
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie 2002/2003
- Frauen in Entscheidungsprozessen 2003/2004
- Geschlechtsspezifische Stereotypen 2004/2005

Neben dem Aktionsprogramm zur Gleichstellung werden auch offene Ausschreibungen veröffentlicht, die jeweils spezifischen Gleichstellungsthematiken gewidmet sind.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 152f.).

Die stringente Durchsetzung des Gender-Prinzips durch die EU erfolgt also in spezifischen Programmen mit exakt definierter Zielsetzung sowie als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts und Projekten, und ist zur Bekräftigung mit finanziellen Anreizmitteln ausgestattet.



Und als Fazit zu den europäischen Maßnahmen: „Anstöße hat Europa genug gegeben. Es hat auch für solide rechtliche Grundlagen gesorgt. Es gibt keinen Grund mehr, es nicht zu tun: die Chancengleichheit in allen Bereichen Wirklichkeit werden zu lassen. Und dazu gehören auch die Zugänge zur Macht. Auf diesem Weg braucht es eine europäische Quote. Es muss deutlich werden, dass ‚Frauenmacht‘ gewollt wird - in Regierungen, Parlamenten, Ministerien, Gerichten, Institutionen, Kammern oder Gewerkschaften. Nun liegt es an der nationalen, regionalen und lokalen Ebene, sich an die Umsetzung zu machen. Gender Mainstreaming bietet dafür eine Steilvorlage.“ (Randzio-Plath, 2004, S. 23f.).

### 2.1.3 Umsetzung in Deutschland

„Die Strategie des Gender Mainstreaming ist in der Bundesrepublik Deutschland durch die Politik der Europäischen Union bekannt geworden. Ihre Wurzeln liegen jedoch in der weltweiten Frauenbewegung und ihren Erfahrungen mit der Durchsetzung von Forderungen an die Regierungen. ...

Auch in der Bundesrepublik ist der Gedanke nicht neu, Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe zu betrachten. Die Umsetzung dieser Idee in die Organisation politischer Entscheidungsprozesse ließ jedoch zu wünschen übrig: In der Regel gab es eine zuständige Stelle (Frauenministerium, Gleichstellungsstelle), die Frauenpolitik formulierte und Forderungen und Konzepte entwickelte. Diese Stelle trug dann diese Konzepte an die ‚anderen‘ Politikfelder heran und erhob den Anspruch, dass dort die gewünschten Konzepte umgesetzt werden. Ein entscheidender Faktor für das Gelingen dieser Art von Frauenpolitik war die Stärke der jeweiligen Frauen in ihren Positionen. Bei dieser Organisation der Entscheidungsprozesse verblieben die Frauen oft in der Rolle der Bittstellerinnen oder derer, die moralische Appelle abgaben. Oft wurden klare Forderungen der Frauen durch mühselige Abstimmungsprozesse und Zuständigkeitsrängeleien verwässert.“ (Stiegler, 2002, S. 19f.).

„Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass die Form der frauenpolitischen Verrechtlichung sehr unterschiedlich sein kann und ist. Die Bundesrepublik hat sich bei ihrer Gleichstellungspolitik nicht für einen Anti-Diskriminierungsansatz entschieden, sondern für eine gruppenspezifische Förderpolitik. Ausgangspunkt für diese Politik war die Erkenntnis, dass eine Gruppe von Personen, nämlich Frauen, weniger Rechte, schlechteren Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt oder weniger Gehalt bei glei-

cher Arbeit hat. Ziel ist dabei, nicht nur diskriminierende Gesetze, Bestimmungen und Verhaltensweisen abzuschaffen, sondern die erlittenen Nachteile seitens der Frauen auszugleichen.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 69).

Das Grundgesetz von 1949 schreibt in Artikel 3 die uneingeschränkte staatsbürgerliche und privatrechtliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen fest.

Bis zum 15. November 1994 lautete die Formulierung:

Absatz 1: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Absatz 2 Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Absatz 3: Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Diese Formulierung traf keine Aussage zu der bestehenden strukturellen Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern. Einem Ausgleich durch staatliche Maßnahmen zur Herstellung gleicher Ausgangssituationen wiederum stand das Diskriminierungsverbot als subjektives Grundrecht im Wege. „Da gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen aber, sozusagen in einem ‚Nullsummenspiel‘, nur durch den Abbau von Männerprivilegien zu erreichen ist, kann dies im Einzelfall durchaus die Benachteiligung eines Mannes beinhalten. Genau an diesem Punkt setzte ein Vorschlag zur Neuregelung des Art. 3 GG an, der letztlich allerdings nicht übernommen wurde: kompensatorische Maßnahmen sollten explizit als Ausgleich der Benachteiligung von Frauen und nicht als Bevorzugung i. S. des Art. 3 Abs. 3 festgeschrieben werden (sog. Kompensationsklausel).“ (Cordes, 1996, S. 39).

Die Neuregelung des Grundgesetzes in Folge der Wiederherstellung der deutschen Einheit trug zu einer Präzisierung bei. Seit 1994 enthält der Artikel 3 Absatz 2 zusätzlich eine ausdrückliche Verpflichtung des Staates zur Frauenförderung: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ (vgl. Hesselberger, 2001, S. 83; S. 392).

„Die Strategien und Instrumente, die im bundesdeutschen Recht maßgeblich angewendet werden, sind Frauenförderpläne, Quotenregelungen bzw. Zielvorgaben und Frauenbeauftragte/Gleichstellungsbeauftragte.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 69).

Ebenfalls 1994 trat das zweite Gleichberechtigungsgesetz des Bundes in Kraft. „Das 1. Gleichberechtigungsgesetz wurde 1957 als Anpassung des Ehe- und Familien-

rechts an die im Grundgesetz Art. 3 festgeschriebene Gleichberechtigung von Männern und Frauen erlassen.“ (Cordes, 1996, S. 43).

Das zweite Gleichberechtigungsgesetz „regelt in elf Artikeln verschiedene Gesetzesmaterialien, indem einerseits bereits bestehende Gesetze geändert und andererseits neue Gesetze wie z. B. das Frauenfördergesetz und das Beschäftigtenschutzgesetz begründet werden. Das Gesetz gilt allerdings, mit einigen Ausnahmen, nur für den öffentlichen Dienst des Bundes.“ (Cordes, 1996, S. 43f.).

Die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung von 1998 plante sogar die Einbindung der Privatwirtschaft durch Verabschiedung eines Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Mangels Unterstützung im eigenen Kabinett „kam es 2001 lediglich zu einer ‚Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft‘.

Mit dieser Vereinbarung verpflichteten sich die Spitzenverbände der Wirtschaft lediglich darauf, „ihren Mitgliedern betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Familienfreundlichkeit zu empfehlen“.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 70f.).

Ein partnerschaftlicher Ansatz war hier wohl eher im symbolischen Gehalt zu sehen. Ende 2003 stand die seinerzeit „vereinbarte Überprüfung der Auswirkungen der ‚Vereinbarung‘ an. Die ersten Zahlen belegen, dass sich in der Privatwirtschaft kaum etwas getan hat.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 71).

In der Regierungsperiode ab 2002 wurde eher das Prinzip der ‚Allianzen vor Ort‘ präferiert.

Neue Impulse erhält die Debatte um Frauenförderung und Antidiskriminierung seit 2006: „Deutschland ist verpflichtet, vier EU-Richtlinien umzusetzen, die den Schutz vor Diskriminierung regeln. ...

Die deutsche Politik stand unter Zugzwang, da die Umsetzungsfristen der Richtlinien zum Teil schon über vier Jahre überschritten waren.“ (Gutmann/Hüsgen, 2006, S. 8).

Seit 2006 ist das ‚Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz‘ AGG als Bundesgesetz in Kraft. „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“ (Nollert-Borasio/Perreng, 2006, S. 25), so § 1 im Wortlaut.

Das Gesetz geht über die Basisforderungen der EU hinaus; es gilt zudem - im arbeitsrechtlichen Teil, §§ 6 bis 18 - auch für die Privatwirtschaft sowie in den §§ 19 bis 21 auch für bestimmte Teile des privaten Vertragsrechts. Dieser umfassende Geltungsbereich sowie die Vielzahl der gleichrangig genannten, vor Benachteiligungen zu schützenden Ansprüche hat der Diskussion um Antidiskriminierung erneute Aufmerksamkeit verschafft. Die Debatte erfolgt vielstimmig und kontrovers.

Neben der Gesetzgebung des Bundes einschließlich seiner Bemühungen um Einbindung der privaten Wirtschaft konkretisierten sich auch die legislativen Maßnahmen auf Landesebene. „Seit 1998 existieren in allen Bundesländern in der Bundesrepublik Gesetze zur Gleichstellung, Gleichberechtigung bzw. Frauenförderung. In diesen Gesetzen werden in erster Linie die Frauenförderung im öffentlichen Dienst des Landes durch Frauenförderpläne, die Funktion der Frauenbeauftragten der Verwaltungen, Dienststellen und anderen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sowie weitere Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern sollen, geregelt. Nur teilweise werden die Aufgaben der Kommune, gleichstellungspolitisch aktiv zu werden und zudem entsprechende Institutionen einzurichten, dort festgeschrieben. Hier kommen vielmehr Bestimmungen in den entsprechenden Gemeinde- bzw. Landkreisordnungen (GO und LKO) zum tragen.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 75).

Bereits 1979 wurde in Hamburg eine Landesgleichstellungsstelle eingerichtet. Auf kommunaler Ebene entstand die erste Frauenbeauftragtenstelle in Köln 1982. Im Jahr 2003 waren rund 1900 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen tätig (vgl. Rudolph/Schirmer, 2004, S. 69).

„Die Landesgesetzgebung stellt ... nur einen äußeren Rahmen für die kommunale Frauenpolitik dar, da sich die spezifischen Bestimmungen in erster Linie auf die Landesverwaltung beziehen. Entscheidender sind die Regelungen in den Gemeinde- und Landkreisordnungen, weil sich daraus ergibt, ob Frauen- und Gleichstellungspolitik eine kommunale Pflichtaufgabe oder eine freiwillige Leistung ist. Die Auswirkungen lassen sich zahlenmäßig erfassen: In Baden-Württemberg gibt es lediglich 40 - 50 kommunale Frauenbeauftragte, in Hessen sind es immerhin 84. In Sachsen-Anhalt wären grundsätzlich 236 Kommunen zur Einrichtung von Gleichstellungsbüros verpflichtet, allerdings wurde diese Verpflichtung nur partiell umgesetzt. Für die Frauenbeauftragten in Baden-Württemberg führt die Freiwilligkeit der Leistung zu

einer permanenten latenten Bedrohung, da ihre Funktion und damit ihre Stelle jederzeit wieder abgeschafft werden kann.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 83f.).

Konsensual werden als kommunale Mindeststandards angesehen: Informationsrecht und Akteneinsicht, frühzeitige und dauerhafte aktive Beteiligung bei allen frauenrelevanten Themen und Personalangelegenheiten, direktes Zugangs- und Vortragsrecht bei Verwaltungsspitze und Rat, Erstellung von Vorlagen sowie eigenständige Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Pressearbeit.

Das Forschungsprojekt ‚Institutionalisierte Frauenpolitik zwischen Verrechtlichung, Modernisierung und Frauenbewegung. Eine Wirkungsanalyse‘ aus den Jahren 1999 bis 2002 kommt zu dem ernüchternden Ergebnis: „Nachdem die Auswertung der Fragebogen ergeben hat, dass den FGb (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, Anm. d. A.) durchweg zumindest teilweise ihnen zustehende Rechte verweigert werden, fragten wir nach den Gründen und Ursachen dieses ‚nachlässigen‘ Umgangs mit Gesetzen. Direkt befragt verneinen die Verwaltungsleiter, dass sie Gesetze missachten würden. Quasi im selben Atemzug weisen sie allerdings darauf hin, dass ihrer Ansicht nach die Probleme und Ungerechtigkeiten im Geschlechterverhältnis (die aber heute ja schon gar nicht mehr so schlimm sind ...) nicht juristisch gelöst werden können. Es lässt sich insgesamt eine Strategie feststellen, die zu einer Individualisierung eines politischen Konfliktes und zu einer Abwehr jeglichen gesetzlichen Zwanges führt. Die Verwaltungsleiter wollen die Definitionsmacht über diesen politischen (persönlichen) Konflikt erhalten/bekommen. Zugespißt könnte man formulieren, dass die Auseinandersetzungen und das Aufbrechen des patriarchalen Systems nur unter der Anleitung und den Vorgaben des Patriarchats geschehen dürfen. Solange dieser die Leitlinien und Grenzen bestimmt, erhält die FGb einen bestimmten Aktionsradius.

Demnach geht es um persönliche Probleme und Dilemmata, die je nach spezifischer Situation individuell gelöst werden müssen. Recht erhält somit durch die Verwaltungen und ihre Leitungen neben seiner formalen eine ausgeprägte personale Dimension, seine Umsetzung soll durch die Herstellung persönlicher Beziehungen erreicht werden. ... Mit dieser Sichtweise wird die Missachtung der gesetzlichen Bestimmungen legitimiert: Wenn die Umdefinition struktureller Konflikte in persönliche gelingt, dann ist verständlich, dass sie nicht gesetzlich zu lösen sind. ...

Strukturelle Ungleichheiten werden damit zu ‚Frauenproblemen‘, die FGb wird zur Helferin in der Not. Hinzu kommt, dass die Definitionsmacht darüber, welche Prob-

leme wirklich virulent sind und welche Gesetze in diesem Bereich wie umgesetzt werden, nicht bei den FGB liegt, sondern bei ihren Vorgesetzten in der Verwaltung.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 100f.).

Da die Frauenbeauftragten kaum über Sanktionsmöglichkeiten verfügen, bleibt die Durchsetzung frauenpolitischen Rechts im Atmosphärischen.

Die Finanzkrise der Kommunen in den 1990er Jahren erzwang ein Umdenken in den Verwaltungen. Auch das latente Unbehagen der Bürger an wachsender Bürokratie verlangte eine stärkere Orientierung zum Dienstleistungsgedanken. Einige europäische Länder sahen sich vor die gleichen Probleme gestellt und insbesondere die in den Niederlanden gefundene und dort bereits praktizierte Lösung, das so genannte ‚Tilburger Modell‘, erschien den deutschen Verwaltungen auch zur Problemlösung vor Ort am ehesten geeignet. Diese Verwaltungsreform hatte sich die Strukturen und Methoden der Privatwirtschaft zum Vorbild genommen und schuf unter der Bezeichnung ‚Neues Steuerungsmodell‘, NSM, das ‚Unternehmen Kommunalverwaltung‘. Es erlangte in kürzester Zeit mit jeweils ortsangepassten Modifikationen einen äußerst hohen Verbreitungsgrad und barg in seiner Theorie eine Fülle partizipatorischer Elemente.

Insbesondere die mitarbeiterorientierten Komponenten innerhalb des Personalmanagements, wie flache Hierarchien, Teamarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung kamen den langjährigen Intentionen der Frauenbeauftragten sehr entgegen. In vielen Kommunen wurde Frauenförderung zur Querschnittsaufgabe, alternativ Gemeinschaftsaufgabe. Als sich dann ebenso schnell herausstellte, dass sich die verheißenen partizipatorischen und explizit reformerischen Elemente in traditionell hierarchischer Weise der Haushaltskonsolidierung und Rationalisierung unterzuordnen hatten, traten Widersprüche offen zutage. „Nach der ersten Euphorie attestiert der Bericht eine um sich greifende Reformmüdigkeit: Der Sparzwang ist vorherrschend, die Kommunalpolitik scheint ihre Steuerungsmöglichkeiten an die Verwaltung abgegeben zu haben und (überzogene) Erwartungen können ‚auf die Schnelle‘ nicht erfüllt werden.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 121).

Bislang ist die Verwaltungsreform sichtbare Fortschritte der ‚Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung‘ schuldig geblieben.

Als Zwischenbilanz der Verwaltungsreform für die Arbeitssituation der Frauen ließ sich feststellen: „Es gab noch nie so viele rechtliche Regelungen und Maßnahmen zur Frauenpolitik und Frauenförderung - und trotzdem werden sie weiterhin igno-

riert, ohne dass ein entsprechendes Unrechtsbewusstsein besteht. Oder weitergehend: Das Unrecht besteht in den Köpfen der Verwaltungsleiter eher darin, dass diese rechtlichen Regelungen existieren und ihnen damit Handlungsoptionen aufzwingen, die ihnen persönlich und politisch nicht akzeptabel erscheinen und die deshalb missachtet oder kommunal spezifisch interpretiert werden können. ...

Die Verwaltungsreform hat prinzipiell Möglichkeiten zur Umgestaltung der Bürokratie eröffnet und Hoffnung auf eine organisatorische Neugestaltung der Frauen- und Gleichstellungspolitik geweckt. Der große Einfluss ökonomischer Faktoren hat aber eine konzeptionelle Neuausrichtung weitgehend überlagert. Wenngleich einzelne Elemente durch die Einwirkung der FGb durchaus frauenfreundlich und gleichstellungsfördernd ausgestaltet werden konnten, ist der große Wurf umfassender Veränderungen doch weitgehend stecken geblieben: Die Enttäuschungen sind sowohl bei den Verwaltungsmitarbeiterinnen als auch bei den Bürgerinnen der Kommune durchaus spürbar.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 199).

Die neuerliche Finanzkrise der Kommunen seit dem Jahr 2002 hat nun in 2005 zu einer erneuten Reform der Gemeindeordnungen geführt. Seitdem müssen hauptamtliche Frauenbeauftragte nur noch in Landkreisen sowie kreisfreien und großen selbstständigen Städten tätig sein. Dies zog bereits den Abbau von etwa 25 Prozent der hauptamtlichen Stellen nach sich.

Während die Kommunen noch mit ihrer eigenen Strukturreform zu kämpfen hatten, verstärkten sich ihre Probleme zwischen Finanznot und Aufgabenzuwachs.

Gleichwohl entstanden der Bundesrepublik Verpflichtungen aus dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages. Er verpflichtete die Mitgliedsstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming. „1998 ratifiziert die Bundesrepublik Deutschland den Amsterdamer Vertrag, er tritt für die Bundesrepublik 1999 in Kraft.“ (Ehrhardt, 2004, S. 15). „Das Bundeskabinett erkennt mit Beschluss vom 23. 6. 1999 die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung an und bestimmt, diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming zu fördern.“ (Bundesregierung, 2003, S. 22).

Im Jahr 2002 begann das Programm der Bundesregierung ‚Moderner Staat - Moderne Verwaltung‘, das Gender Mainstreaming als einen der Leitgedanken aufgenommen hat.

„In der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung von 1998 ist Gleichstellung als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe festgehalten. In der

Vereinbarung von 2002 wird GM explizit als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes genannt und soll in allen Ministerien der Bundesregierung nachhaltig verankert werden. Außerdem wird Gender Budgeting als Teil des GMs genannt.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 203).

Die Umsetzung des Gender Mainstreaming in der Bundesregierung erfolgt in den Bundesministerien. „Seit dem Jahr 2000 haben die Bundesministerien ein gemeinsames Gremium, die ‚Interministerielle Arbeitsgruppe GM‘ (IMA GM), eingerichtet. Alle Ministerien sind in der IMA, entsprechend dem Top-Down-Ansatz, durch AbteilungsleiterInnen bzw. UnterabteilungsleiterInnen vertreten. Den Vorsitz in den Sitzungen hat der Staatssekretär des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Referat GM im BMFSFJ hat die Geschäftsführung (Sekretariatsfunktion) der IMA. Der Implementationsprozess wird von einer wissenschaftlichen Begleitung unterstützt.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 203).

Diese Prozesse vollzogen sich von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Stärkere Aufmerksamkeit erregte die Einschätzung des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der das soeben zitierte Bundesministerium verkürzend ‚Ministerium für Frauen und Gedöns‘ nannte. „So aber entsteht der öffentliche Eindruck, die Regierung nehme das alles selbst nicht so ernst. Das Hartz-Gesetz beispielsweise, die Agenda 2010 oder die Steuerreform haben wenig mit Gender am Hut. Trotz Kabinettsbeschluss. Statt eine Balance der Interessen herbeizuführen, Benachteiligungen bestimmter Gruppen abzubauen und neue Chancen zu eröffnen, passiert das Gegenteil.“ (Pettersson, 2004b, S. 117f.).

Und dennoch: „Das Umsetzungskonzept der IMA GM beinhaltet eine erste Phase, in der Fortbildungen durchgeführt und in Pilotprojekten erste Erfahrungen mit der Integration der Gleichstellungsorientierung in die alltägliche Verwaltungsarbeit gesammelt werden. Jedes Ministerium führt mindestens ein Pilotprojekt durch. Die insgesamt über 30 Pilotprojekte decken die Bandbreite der Arbeitsfelder der Verwaltung ab: Es gibt Projekte zur Personalentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, zur Gesetzgebung, zur Zusammenarbeit mit nachgeordneten Behörden und mit gesellschaftlichen Organisationen. Erste Ergebnisse der Pilotphase sind Arbeitshilfen, die die MitarbeiterInnen bei der Integration der Gleichstellungsorientierung in ihre Facharbeit, zum Beispiel der Forschungsvergabe für Ressortforschung und der Rechtssetzung, unterstützen sollen.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 203f.).



„Ob Gender Mainstreaming in der Gesundheitsvorsorge, im Strafvollzug, der Städtebaupolitik oder im Zusammenhang mit regionalen Entwicklungsprozessen, Neuen Medien in der Bildung oder Nachhaltigkeit - das von den Ministerien eröffnete Spektrum macht deutlich: Gender Mainstreaming kennt keine Grenzen, denn es gibt keine geschlechtsneutralen Wirklichkeiten.“ (Pettersson, 2004b, S. 120).

Zur Dokumentation und Effizienzprüfung wurde ein Controllingverfahren mit Berichtswesen installiert. Langfristiges Ziel dieser Projekte sind Kriterienkataloge und Checklisten für das politisch-administrative Handeln, einschließlich eines elektronischen Wissensnetzes mit Ergebnisberichten, Arbeitshilfen und Prüfvorlagen zur praktischen Umsetzung von Gender Mainstreaming mit Modellcharakter. „Wie das aussehen könnte, dafür gibt es bereits zwei Beispiele. Arbeitshilfen zur gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien nämlich, in der in Paragraf zwei die Verpflichtung aller Ressorts verankert ist, den Gender-Ansatz zu beachten.

... Konkret geht es um die Arbeitshilfen ‚Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechts-Vorschriften‘ und ‚Gender Mainstreaming in Forschungsvorhaben.‘ Und die lassen in puncto Verbindlichkeit kein Deuteln zu.“ (Pettersson, 2004b, S. 120f.).

Die Koalitionsvereinbarung von 2002 bildete ferner die Basis für die Einrichtung eines Gender-Kompetenz-Zentrums, „das - so der Koalitionsvertrag - ‚die Einführung von Gender Mainstreaming in alle Politikbereiche unterstützt, Forschung initiiert, Wissen bündelt und Expertinnen und Experten ausbilden wird‘.

Das Ende Oktober 2003 eröffnete Zentrum will weder Monopol sein noch Konkurrenz zu vorhandener Gender-Kompetenz. Vielmehr Drehscheibe, Koordinatorin. Initiativen anstoßen zu Forschung, insbesondere in Kooperationen mit privater und öffentlicher Fachwelt der Frauen-, Männer- und Geschlechterforschung.

Das Kompetenz-Zentrum, angesiedelt an der Humboldt-Universität in Berlin und finanziell gefördert durch das BMFSFJ, wird vor allem auch einem Defizit zu Leibe rücken, das bei allen Gender-Aktivitäten als ständiger Gast dabei ist: den meist unzureichend vorhandenen gendergerechten Daten.

Und da nationale Politik zunehmend europäisch und auch international geprägt ist, arbeitet auch das Zentrum so: international vernetzt.“ (Pettersson, 2004b, S. 122).

Die bundesweiten gesetzgeberischen Aktivitäten zum Gender Mainstreaming finden bisher eher zögerlich Berücksichtigung in den Kommunen und Landkreisen. „Auch

keine Anzeichen dafür, dass hierzulande Behördenchefs auf dem Feld der Chancengleichheit in einem Wettbewerb stehen.

Aber trotzdem: Die Aktivitäten in den neuen und alten deutschen Bundesländern sind nicht von Pappe. Der Löwenanteil der Länder hat mit klaren Beschlüssen Fakten geschaffen und personelle und finanzielle Ressourcen locker gemacht. Noch allerdings befindet sich das meiste im Modellstadium. Erst die nächsten fünf Jahre werden nach Beobachtung von ExpertInnen zeigen, wie ernst es die Regierungen tatsächlich meinten: Ob also tatsächlich Strukturveränderungen stattfanden.“ (Pettersson, 2004d, S. 125).

Am ehesten bekannt geworden sind die Bemühungen aus Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. „Ob Arbeitsmarktpolitik, Sportförderung oder Mittelvergabe für die Hochschulen - in Sachsen-Anhalt geht es zu wie in dem Märchen vom Hasen und dem Igel. Wann immer ein Thema auftaucht, Gender Mainstreaming ist schon da. Seit die Landesregierung als erstes Bundesland überhaupt 2000 ein Konzept ‚zur Einführung von Gender Mainstreaming in sämtliche Bereiche der Verwaltung‘ beschloss, ging es Schlag auf Schlag: Einziges Gender-Institut in einem Bundesland. Pro Jahr einen Gender-Report. Geschlechtsdifferenzierte Datenerhebungen. Gleichstellungs-Check bei Kabinettsvorlagen.

Chancengleichheit wird in der offiziellen Programmatik des neuen Bundeslandes als zukunftsentscheidende Aufgabe definiert, von deren Durchsetzung die Stärkung der Wirtschaftskraft ebenso abhängt wie die Entwicklung sozialer Beziehungen oder die Bedingungen von Frauen und Männern in der Arbeitsgesellschaft. Gender Mainstreaming kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.“ (Pettersson, 2004d, S. 127f.).

Die Landesregierung forcierte eine Bildungs- und Öffentlichkeitsoffensive, um Aufgeschlossenheit für die geschlechterbezogene Perspektive zu erwirken und potenziellen Vorbehalten programmatisch zu begegnen. Eine zweijährige Qualifizierung aller Beschäftigten für den Umgang mit Gender Mainstreaming sowie ein Modellprojekt im Sozialministerium gehörten zu den vorbereitenden Maßnahmen. „Flankierend schuf sich die Landesregierung durch die finanzielle Förderung des privaten Gender-Instituts Sachsen-Anhalt, kurz GISA genannt, eine Einrichtung, die als eine Art ‚Service-Point‘ und ‚think-tank‘ im gesamten Verfahren betrachtet werden kann. ... Und sorgt für etwas, was in deutschen Statistiken oft noch unterbelichtet daherkommt: genderrelevante Daten.

Beispielsweise mit der jährlichen Vorlage eines ‚Gender-Reports Sachsen-Anhalt‘, der 2002 erstmals publiziert wurde. Die darin gesammelten ‚Daten, Fakten und Erkenntnisse‘ sind eine reale Ablichtung der Lebenssituation von Frauen und Männern: Ob Erwerbstätigkeit, Familie, Wohnen, Gesundheit oder Politikbeteiligung. Und eine im wahrsten Sinne des Wortes richtungsweisende Grundlage für die Arbeit der Landesregierung.“ (Pettersson, 2004d, S. 128).

„Im März 2002 nahm das Kabinett der Landesregierung einen ersten Bericht der Umsetzung des Konzeptes von Mai 2000 bis Dezember 2001 entgegen und legte weitere Schritte für die Umsetzung fest. Diese Maßnahmen umfassen im Wesentlichen drei Punkte, die vor allem auf die Steuerung des Prozesses sowie das Controlling und den weiteren Fortgang der Umsetzung in den Fachministerien abzielen. ...

Eine weitergehende Darstellung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen ist in der Broschüre ‚Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt‘ veröffentlicht.“ (Wanzek, 2004, S. 80).

Auch Nordrhein-Westfalen hat sich früh entschlossen, beim „Jahrhundert-Projekt Verwaltungsmodernisierung mit Gender Mainstreaming nicht zu kleckern, sondern zu klotzen“ (Pettersson, 2004d, S. 126). Vorgesehen ist ein ganzheitlicher Ansatz. „Die Strategie der Landesregierung sieht deshalb auch keine zentrale Stelle vor, ‚an die Verantwortung delegiert werden kann‘. Oder Gender-Beauftragte. Die Verantwortung liegt vielmehr ganz klar auf der Führungsebene der Ministerien. Gleichzeitig werden die Verfahren und Instrumente der Verwaltungsmodernisierung genutzt. Wie bei anderen Reformthemen koordiniert eine interministerielle Arbeitsgruppe den Umsetzungsprozess - bei Gender unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie.“ (Pettersson, 2004d, S. 126). Auch hier gehört neben Fortbildung und Berichtswesen die Prüfung vorhandener Datenbestände auf geschlechterspezifische Tauglichkeit zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine Implementierung.

Nahezu gleichzeitig mit den Bemühungen in Sachsen-Anhalt hat auch das Nachbarland Niedersachsen beschlossen, Geschlechterpolitik in alle Ressorts der Landesregierung zu integrieren. „Das Land Niedersachsen hat 1998 in Art. 3 Abs. 2 der niedersächsischen Verfassung folgendes verankert: ‚Die Achtung der Grundrechte, insbesondere die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist eine ständige Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Landkreise.‘ Damit werden

alle Gebietskörperschaften angesprochen und der Anspruch formuliert, Verfassungsnormen tatsächlich zu verwirklichen. In Niedersachsen wurde das Kabinett 1999 schriftlich über den Ansatz informiert, ...“ (Ehrhardt, 2004, S. 23). Das gesamte Kabinett wurde zu Gender Mainstreaming geschult.

Ab dem Jahr 2000 wurden auch die Länder Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen aktiv (vgl. Bundesregierung, 2003, S. 21ff.).

Neben aller gesetzgeberischen Verbindlichkeit benutzt die Bundesregierung durchaus das Mittel des Werbens für dieses Konzept: „Die Berücksichtigung der Interessen von Frauen und Männern als Beschäftigte der Verwaltung, aber auch als Norm- und Maßnahmenadressatinnen und -adressaten ist eine zentrale Aufgabe einer modernen, bedürfnis- und serviceorientierten Verwaltung und liegt in deren (Eigen-)Interesse, um eine höhere Zufriedenheit der Beschäftigten und passgenauere Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist sicher keine leichte oder kurzfristige Aufgabe, aber sie bedeutet nicht nur für die Verwaltung, sondern für alle Organisationen im gesellschaftlichen Bereich, sei es im Bereich Politik, Wohlfahrt, Gesundheit, Kultur, Bildung etc., eine faszinierende und zeitgemäße Herausforderung. Gender Mainstreaming macht eines ganz deutlich: Bei den Bemühungen um Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, beim Abbau von Diskriminierung handelt es sich nicht um eine so genannte Frauenfrage, sondern um „eine grundlegende Aufgabe jeder Gesellschaft“, die um sozialen Fortschritt und die Einlösung verfassungsrechtlich verbriefter Ansprüche bemüht ist.“ (Bundesregierung, 2003, S. 47).

## 2.2 Das Konzept des Gender Mainstreaming

Beim Quellenstudium zum Thema Gender Mainstreaming ist festzustellen, dass Autoren und Referierende zwar durchaus zunächst auf die Erfolgsgeschichte des Gender-Prinzips, seine Bedeutung für den gesellschaftlichen Reformprozess und die Notwendigkeit der flächendeckenden Implementierung hinweisen, sich gleichzeitig jedoch bemüßigt fühlen, für die sperrige Begrifflichkeit um Verständnis zu werben, ja um Nachsicht zu bitten.

Indes handelt es sich lediglich terminologisch um einen der zahlreichen internationalen Anglizismen, die aus den Bereichen Business oder Informatik im Zuge der

Globalisierung längst Akzeptanz gefunden haben, und es handelt sich konzeptionell um eine Verpflichtung auf der Grundlage internationalen und deutschen Rechts.

### 2.2.1 Das Prinzip Gender Mainstreaming

„Da sich der Begriff des Gender Mainstreaming bei wörtlicher Übersetzung nicht selbst erklärt, bietet er auch Platz für vielfältige Deutungen und Missverständnisse. Es sind nähere Erläuterungen dazu erforderlich, was unter dem Konzept des GM zu verstehen ist. Für eine erfolgversprechende Anwendung dieser Strategie ist es daher zunächst von elementarem Interesse, sich auf eine Definition zu verständigen, die möglichst unmissverständlich ist und wenige offenen Flanken dafür bietet, GM vor den Karren einer Sparpolitik oder einer Politik des Zurückschraubens frauenpolitischer Errungenschaften zu spannen.“ (Tondorf, 2000, S. 17).

Gender Mainstreaming ist ein Prinzip, um die Entscheidungsprozesse einer Organisation zu verändern.

Die verbindliche Definition aus dem ‚Vertrag von Amsterdam‘ lautet: „Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation. Das Ziel von Gender Mainstreaming ist es, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen.“ (zit. nach Trommer, 2004, S. 178).

Hieraus wird deutlich, dass Gender Mainstreaming „eine prozessorientierte Strategie ist, die an Organisationsentwicklung und politischem Organisationslernen ... ansetzt, langfristig angelegt ist und mit Sachverstand und ausreichenden Ressourcen umgesetzt werden muss. GM ist damit eine Strategie, die von der Annahme der Veränderungs- und Lernfähigkeit ausgeht, auch wenn Institutionen Geschlechterverhältnisse ‚orientieren‘ und ‚sozialisieren‘ ... und ‚patriarchal überformt‘ sind ... GM setzt an den Organisationsstrukturen, den Verfahren, den MitarbeiterInnen und der Qualität der Arbeitsergebnisse an. Es geht systemkonform vor und bedient sich der vorhandenen Machtstrukturen wie der Steuerung durch das Top-Down-Prinzip.

Für die Integration der Gleichstellungsorientierung bedarf es des massiven Wissenstransfers in die Organisationen. Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung, auch der kritischen Männerforschung, sollen mit GM Teil des Fachwissens

werden. Insgesamt bedeutet GM also auch eine Aufwertung der Frauen- und Geschlechterforschung als professionalisiertes Wissen der Frauenbewegung. Der Transfer ist ein schwieriger Prozess, der angesichts der Wirkungsweisen von Geschlecht eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellt.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 205).

## 2.2.2 Frauenpolitik und Gender Mainstreaming

Um die historisch gewachsenen Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern im öffentlichen und privaten Leben auszugleichen, bedurfte es umfassender Rechtsreformen und darauf aufbauend einer multidimensionalen Frauenförderpolitik. Diese und das Gender Mainstreaming-Prinzip haben ihre Gemeinsamkeiten im grundlegenden Gedankengut, in einzelnen Entwicklungsschritten, vor allem in ihrer übereinstimmenden Zielsetzung. In Handlungsansatz und Vorgehensweise zeigen sich jedoch elementare Unterschiede.

Zur Profilierung des Gender Mainstreaming-Ansatzes ist es daher erforderlich, zunächst die Unterschiede zwischen Frauenpolitik und Gender Mainstreaming zu verdeutlichen.

In einer Publikation der Bundesregierung werden diese in drei Kernkriterien komprimiert:

- Frauenförderung wird von speziellen organisatorischen Einheiten betrieben, die für Gleichstellungspolitik zuständig sind, etwa von der Frauenbeauftragten in einem Unternehmen oder in einer Behörde.

Demgegenüber setzt Gender Mainstreaming auf die Beteiligung aller an einer Entscheidung beteiligten Personen. Es liegt nun in der Verantwortung des jeweils Zuständigen - und nicht mehr ausschließlich in der Verantwortung der Frauenpolitik - , Gleichstellung zwischen Männern und Frauen herzustellen.

- Der Ansatzpunkt für Frauenförderpolitik ist eine konkrete Situation, in der die Benachteiligung von Frauen unmittelbar zum Vorschein kommt.

Gender Mainstreaming setzt demgegenüber bei allen politischen Entscheidungen an, auch bei denen, die auf den ersten Blick keinen geschlechterspezifischen Problemgehalt haben.

- Frauenpolitisch kann rasch und zielorientiert gehandelt werden; die jeweilige Maßnahme beschränkt sich jedoch auf spezifische Problemstellungen.

Gender Mainstreaming dagegen setzt als Strategie grundlegender und breiter an. Die Umsetzung dauert damit länger; der Ansatz beinhaltet jedoch das Potenzial für eine nachhaltige Veränderung bei allen Akteuren und Akteurinnen und bei allen politischen Prozessen (vgl. Bundesregierung, 2003, S. 30f.).

(Im Druck des Originaltextes ist das Numerale ‚alle, aller, allen‘ farblich rot hervorgehoben.)

Trotz ihrer Kürze ist diese Gegenüberstellung gut geeignet, das Phänomen ‚Frauenproblem, Frauenförderung, Frauenpolitik‘ als solches zu erkennen: als Individualisierung und Personalisierung von ursächlich strukturell bedingten Problemen. Daher setzt Gender Mainstreaming nun vorrangig bei den Strukturen an.

Gegenüberstellungen dieser Art finden sich in zahlreichen Quellen. Eine weitere sei hier zitiert, da sie den gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf besonders lebensnah herausarbeitet.

Die gängigen Unterstellungen, mit denen sich traditionelle Frauenpolitik oft konfrontieren lassen muss, werden durch die neuen Sichtweisen des Gender Mainstreaming entkräftet:

- Nicht mehr: Frauen sind überempfindlich, wenn sie Kritik an den herrschenden Werten und Normen haben.  
Sondern: Die herrschenden Werte und Normen werden auf den Prüfstand gestellt und unter geschlechterspezifischen Aspekten verändert.
- Nicht mehr: Frauen haben spezifische Probleme.  
Sondern: Gesellschaftlich hergestellte Bedingungen versetzen Frauen in problematische Situationen und Positionen, für diese Bedingungen sind die Frauen nicht allein verantwortlich.
- Nicht mehr: Frauen haben aufgrund ihres Geschlechts spezifische Interessen.  
Sondern: Spezifische Interessen der Frauen sind Reflexe auf Lebensbedingungen (z. B. das intensive Zusammenleben mit kleinen Kindern), die Frauen qua Geschlecht zugewiesen werden. Männer hätten dieselben Interessen, wenn sie die Lebensbedingungen der Frauen teilen würden.
- Nicht mehr: Frauen haben Defizite, die beseitigt werden müssen.  
Sondern: Frauen haben Stärken, die Männer (noch) nicht haben. Diese Stärken werden gesehen und Bedingungen geschaffen, damit sie zur Anwendung kommen können. Defizite sind nicht aufgrund des Geschlechts, sondern aufgrund der

gesellschaftlich definierten Geschlechterrolle vorhanden, bei Männern ist es ebenso.

- Nicht mehr: Frauen treten als Bittstellerinnen von außen an die Entscheidungszentren heran und werben für ihre Konzepte.

Sondern: Entscheidungszentren sind dem Gender Mainstreaming-Prinzip verpflichtet. Frauen werden als Expertinnen für die spezifische Lebenssituation von Frauen herangezogen. Initiativen von Frauen selbst sind als zusätzliche Anregung hoch willkommen, weil sie die Entscheidungen noch mehr verbessern können.

- Nicht mehr: Frauenpolitik bezieht sich auf Randprobleme, die je nach Großwetterlage Konjunktur haben.

Sondern: Geschlechterdemokratie und Chancengleichheit der Geschlechter sind zentrale Politikziele.

- Nicht mehr: Frauen sind zuständig für die Lösung der Frauenprobleme.

Sondern: Frauen und Männer übernehmen die Verantwortung für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse (vgl. Stiegler, 2002, S. 24f.).

„Frauenpolitik ist letztlich - so mutig sie an ihrem Beginn auch gewesen ist - eine Defensivstrategie, die zudem die strukturellen Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheiten nicht angreift.“ (Schenk, 2004, S. 213).

Durch Gender Mainstreaming „wird die frauenbezogene Fokussierung abgelöst durch den Blick auf die von Männern ‚und‘ Frauen sowohl aktiv als auch passiv gestalteten Geschlechterverhältnisse und zum anderen wird der Anspruch formuliert, das Thema nicht länger als Sondergruppenthema zu diskutieren, sondern es aus der Frauenecke herauszuholen und in die dominierenden Diskurse zu implementieren“ (Schenk, 2004, S. 214).

### 2.2.3 Gender Mainstreaming als Doppelstrategie

In der immer lebhafter geführten Gender-Diskussion bilden sich zunehmend auch unterschiedliche Sichtweisen und Interpretationen heraus.

Zum einen werden Frauenpolitik und Gender Mainstreaming als parallele Wege zu einem Ziel angesehen: „Gender Mainstreaming und Frauenpolitik werden beide eingesetzt, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Gender Mainstreaming ist dabei die Strategie, um geschlechtsspezifische Ausgangspositionen und Folgen einer Maßnahme zu bestimmen. Werden hierbei Benachteiligungen von Frauen oder



von Männern festgestellt, sind Frauenpolitik bzw. Männerpolitik die einzusetzenden Instrumente, um der jeweiligen Benachteiligung entgegenzuwirken.“ (Bundesregierung, 2003, S. 30).

„Die Einbeziehung des Ziels der Gleichstellung von Frauen und Männern in alle ‚Fachpolitiken‘ macht die bisherige spezifische Gleichstellungspolitik nicht überflüssig. Vielmehr ist GM Teil einer ‚Doppelstrategie‘: Gleichstellung als Querschnitts- oder Gemeinschaftsaufgabe ergänzt die bisherige spezifische Gleichstellungspolitik, kann sie aber nicht ersetzen. Ganz im Gegenteil: GM braucht eine spezifische Gleichstellungspolitik als Basis. Dies gilt es insbesondere bei der Planung und Verteilung der Ressourcen zu berücksichtigen.“ (Tondorf, 2000, S. 18).

Demgegenüber gibt es Sichtweisen, die das Gender Mainstreaming als das umfassendere Konzept einschätzen und verstanden wissen wollen, das in seinem Maßnahmenkatalog zur Durchsetzung unter anderem das Instrumentarium der Frauenförderung bzw. Männerförderung zählt.

„Wer das Einzigartige genau erfassen will, muss mindestens zweimal hinschauen. Denn einerseits handelt es sich bei Gender Mainstreaming um nicht mehr und um nicht weniger als um ein ganz normales organisationspolitisches Instrument, wie viele andere auch. Gleichzeitig aber beinhaltet Gender Mainstreaming etwas noch nie da Gewesenes: Nämlich die gebündelte Kraft zur im wahrsten Sinne des Wortes ‚nachhaltigen‘ Veränderung unterschiedlichster Strukturen und Politiken.

Gender Mainstreaming öffnet andere Sichtweisen und führt geradewegs zu gesellschaftlich logischen Herangehensweisen. Ein Beispiel: Wer bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen will, muss die Bedingungen für Frauen und Männer insgesamt im Blick haben, auch deren geschlechterspezifische soziale Prägungen. Nur so kann es zu geschlechtergerechten Regelungen kommen. Es reicht beispielsweise nicht aus, über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur für Frauen nachzudenken. Entsprechende Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeitsverhältnisse oder Öffnungszeiten von Kindergärten dürfen nicht nur ‚frauenspezifisch‘ geregelt, sondern müssen geschlechtergerecht gestaltet werden. Alles andere wäre nur eine Festschreibung überkommener Geschlechterverhältnisse.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für ‚beide‘ Geschlechter zu ermöglichen und die Voraussetzungen dafür in allen Politikbereichen zu schaffen, das ist das Ziel.

Gender Mainstreaming ist also ein neuer, ein anderer Ansatz, der über herkömmliche Frauenförderung und Gleichstellungspolitik hinausgeht, sie aber nicht überflüssig macht.“ (Lang, 2004, S. 131f.).

Der Autor setzt in diesem Tenor fort und kommt zu der Überzeugung: „Aber bei Gender Mainstreaming geht es um mehr: Nicht nur Frauen müssen ihre Interessen durchsetzen, sondern Frauen und Männer müssen Organisationen, Verhaltensweisen, Umgangsformen ändern. Insofern ist der Gender Mainstreaming-Ansatz weit radikaler als Frauenemanzipation oder Gleichstellungspolitik. Es geht um einen Organisationsentwicklungs- und Politikveränderungsprozess umfassender Art.“ (Lang, 2004, S. 134).

Und aus weiblicher Sicht: „Der Begriff des Gender Mainstreaming als solcher sagt allerdings noch nichts über die Art und Qualität der angestrebten Geschlechterverhältnisse aus. Erst die Definition von Gender und die Formulierung der gesellschaftspolitischen Zielstellung legen ihn inhaltlich fest. In der Europäischen Gemeinschaft gibt es den Konsens, dass das politische Ziel in der

„Gleichstellung von Frauen und Männern“ im Sinne von Chancengleichheit, Entgeltgleichheit, Repräsentanz und Diskriminierungsfreiheit besteht. ...

Gender Mainstreaming im eben genannten Sinne thematisiert die Geschlechterfrage als ein strukturelles Gerechtigkeitsproblem - sowohl für Frauen als auch für Männer. Es geht bei Gender Mainstreaming nicht darum, die Passfähigkeit von Frauen für unverändert bleibende Strukturen in Organisationen oder in der Gesellschaft zu verbessern, wie es bei der Frauenförderung der Fall ist. Gleichstellung im Sinne von Chancengleichheit kann nur durch Veränderung eben jener Strukturen selbst erreicht werden.“ (Schenk, 2004, S. 214).

Die Einschätzung des Gender Mainstreaming als ein weiteres der bereits zahlreich vorhandenen gesellschaftspolitischen Reforminstrumente wird dem umfassenden Ansatz nicht gerecht. „Gender Mainstreaming scheint das neue Patentrezept der Gleichstellungspolitik zu sein. In zahlreichen Nationalstaaten, Bundesländern und Kantonen, Gemeinden und Städten, Verbänden und Vereinen, Unternehmen und Betrieben wird heutzutage ‚gegendert‘. ...

Ein Grund dafür, dass Gender Mainstreaming derart Furore macht, hängt damit zusammen, dass Gender Mainstreaming immer wieder als Strategie präsentiert wird und der Charakter des Gender Mainstreaming als politischer - und damit inhaltlich gebundener - Forderung in den Hintergrund gerät. Im Modernisierungs-Jargon öf-

fentlicher Verwaltungen und gemeinnütziger Verbände erscheint Gender Mainstreaming attraktiv, weil es sich zwanglos in die Rede von Steuerung, Instrumenten, Techniken und Qualitätssicherung - und noch attraktiver, da noch moderner - in die Rede von ‚Tools‘, ‚Assessment‘ oder ‚Controlling‘ einfügt. ... An dieser Stelle setzt aber auch die skeptische Nachfrage ein, was denn Gender Mainstreaming bezwecke, wenn es in diesem Gewand präsentiert wird. Diejenigen, die sich seit Jahren oder Jahrzehnten um wirksame Gleichstellungsmaßnahmen bemühen, merken auf, wenn plötzlich jene, die ihnen bislang nicht zuhörten, selbst von ‚gender‘ sprechen. Hier wird nicht nur Definitionsmacht bedroht. Ein ‚mainstreaming‘ könnte auch bedeuten, so lautet die Befürchtung, dass Politikfelder nur umetikettiert, aber nicht anders als bisher gestaltet werden. Wer lange mit tauben Ohren und Untätigkeit konfrontiert war, wird vorsichtig, wenn nun ein neues Rezept sofortige Linderung aller bislang so hartnäckigen Beschwerden verspricht. ...

Ist Gender Mainstreaming ‚nur‘ Form, nur Strategie, und nicht Inhalt? ...

Wer diese Fragen mit ‚ja‘ beantwortet, übersieht Geschichte und Kontext des Konzepts. Gender Mainstreaming ist keine Strategie, die im luftleeren Raum entstanden ist oder die unabhängig von einem rechtlichen Kontext umgesetzt werden könnte.“ (Baer, 2002, S. 41f.).

Und etwas später im Text: „Lautet die Devise nun ‚ab in die Mitte‘, muss es Geschlechterpolitik ermöglichen, sich in dieser Mitte breit zu machen. Da sich im ‚mainstream‘ regelmäßig nicht nur auch, sondern sogar überwiegend Männer aufhalten, muss diese die Sache etwas angehen. Die Problematik traditioneller Frauenpolitik als identitätsbasierter Betroffenheitspolitik, die der Geschlechterforschung in den letzten Jahren Stoff für selbstkritische und innovativ-grenzüberschreitende Fragen gab, erhält so eine neue Wendung: Gender Mainstreaming funktioniert gewissermaßen nur, wenn genügend Inhalte definiert werden, die auch bei Männern identitätsstiftend Betroffenheit erzeugen.“ (Baer, 2002, S. 43).

Die gleiche Sicht aus weiterer Quelle: „Ein Schattendasein im Nebenstrom fristen i. d. R. die herkömmlichen Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung oder zur ‚Frauenförderung‘ ... Mit anderen Worten: Der Hauptstrom wird von ihnen gar nicht oder nur sehr begrenzt beeinflusst. Damit bleibt, um ein aufschlussreiches Wortspiel aufzugreifen, der ‚Mainstream‘ ein ‚Malestream‘, ein männlich dominierter Strom.

Ziel des Gender Mainstreaming ist dagegen, den Hauptstrom zu verändern.“ (Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004, S. 78).

Zusammenfassend: „Gender Mainstreaming ist kein Konzept für reine Frauenpolitik, Frauenförderung ist von der Logik her nur ein Teil von Gender Mainstreaming. Mit Gender Mainstreaming soll vielmehr versucht werden, die Geschlechterverhältnisse im Einflussbereich einer Organisation umfassend zu beeinflussen. Mit Gender Mainstreaming sollen geschlechtsbezogene Benachteiligungen systematisch aufgespürt und aufgehoben werden.“ (Höyng, 2002, S. 216).

## 2.3 Das Instrumentarium des Gender Mainstreaming

Voraussetzung für die erfolgreiche Herbeiführung von Geschlechtergerechtigkeit ist in jeder Organisation zunächst das Bekenntnis der Führungskräfte und Entscheidungsträger zur Philosophie des Gender Mainstreaming. Es bedarf der Einsicht in die Notwendigkeit und des Willens zur Umsetzung. „Die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit ist ein sensibles und sowohl die individuellen als auch die organisatorischen Grundwerte fundamental berührendes Thema, da es letztlich um die Umverteilung von Macht, Verantwortung und Mittel geht.“ (Trommer, 2004, S. 180).

Ferner bedarf es der Aufgeschlossenheit und des Engagements der Mitarbeiterschaft zur Belebung und Fortentwicklung des Prozesses. In Organisationen mit teils oder überwiegend weiblichen Arbeitskräften wird die Bereitschaft per se und in höherem Maß vorhanden sein als mit überwiegend männlicher Belegschaft. Hier ist zunächst die Methodik des Vorgehens zu entwickeln, ob für die Vorzüge des Gender-Ansatzes geworben wird, ob das Gender-Prinzip analog zu den Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung als Reformbaustein angeordnet wird oder - da keine freiwillige betriebswirtschaftliche Entscheidung - ob bei dieser Innovation auf die Gesetzeslage verwiesen wird.

Seit den 1990er Jahren wurde ein Instrumentarium entwickelt, das zwar noch keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit und Endgültigkeit erheben kann und will, sich jedoch als vorläufiger Maßnahmenkatalog zur Erzielung erster Fortschritte durchaus eignet. Allerdings gibt es noch keinen Konsens im Hinblick auf die exakte Abgrenzung zwischen den einzelnen Methoden, Maßnahmen und Implementierungsphasen, wobei die Gründe hierfür sicherlich in der Komplexität der Aufgabe und deren ganzheitlichem Anspruch liegen.

Die bisher entwickelten Methoden, die im Gender Mainstreaming-Prozess angewendet werden und die der Verbesserung der Entscheidungsprozesse dienen, können

vergrößernd in drei Gruppen eingeteilt werden: analytische, bildende und konsultative oder partizipatorische Techniken. Initiierung, Begleitung und Controlling erfahren diese Techniken in dem ganzheitlichen Anspruch der Gender-Kompetenz. Diese wiederum nutzt das Gender-Instrumentarium, reift während des Implementierungsprozesses und soll sich auf alle Beteiligten übertragen.

### 2.3.1 Gender-Kompetenz

Gender-Kompetenz ist ein Sammelbegriff für die Kenntnisse und Fähigkeiten sowie Rahmenbedingungen und Umsetzungsstrategien, die für das erfolgreiche Betreiben von Gender Mainstreaming erforderlich sind. Und gerade an diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr die Ambivalenz der Thematik: zum einen bildet Gender-Kompetenz die Voraussetzung für jedweden Gender-Prozess, andererseits bedient sich bereits der Erwerb von Gender-Kompetenz immer wieder der im Folgenden noch aufzuzeigenden Instrumente und Maßnahmen.

Dessen eingedenk erfolgt der Aufbau von Gender-Kompetenz, indem auf der Personenebene sensibilisiert und Wissen und Handlungskompetenz vermittelt wird und gleichzeitig auf der Organisationsebene Beratung und Begleitung erfolgt.

Unter Gender-Kompetenz versteht sich nicht lediglich eine zusätzliche Kompetenz, die dem bisherigen Kompetenzprofil nur additiv hinzugefügt werden kann. Gender-Kompetenz definiert sich „als Verknüpfung von Erkennen gleichstellungsrelevanter Aspekte im jeweiligen Tätigkeitsfeld und Umsetzung der Erkenntnisse im praktischen Handeln. Dies verlangt eine neue Kombination von fachlichen, berufsspezifischen mit Gender-Kompetenzen.

Gerade Gender-Bildung kommt nicht ohne einen ganzheitlichen Ansatz von Bildungsverständnis aus. Die Persönlichkeit, also die individuelle Ausgestaltung der eigenen Geschlechtsrolle, ist von großer Bedeutung. Dabei fördert Gender-Bildung nicht nur persönliche und soziale Kompetenzen - es handelt sich um ein umfassendes und komplexes Wissensgebiet, das spezifische Kenntnisse und kognitive Fähigkeit verlangt.“ (Wanzek, 2004, S. 83f.).

So haben sich die klassischen Kompetenzfelder, also Fach-/Sach-, Methoden-, Sozial- und Personale Kompetenz, den Gender-Aspekt zu eigen zu machen.

Andererseits und gleichzeitig sind die klassischen Kompetenzen einzusetzen, um Gender-Kompetenz als zielgerichtete und bewusste Handlungskompetenz wirksam werden zu lassen.

„Kompetenzentwicklung ist mit dem Mainstreaming selbst unauflöslich verbunden. Kompetenzen sind immer Handlungskompetenzen, deren Entwicklungsgrad nur in der Umsetzung wirksam und sichtbar wird. Die Entwicklung von Kompetenzen ist durch Fortbildungen zu unterstützen, findet aber erst wirklich im Prozess der Umsetzung statt.“ (Wanzek, 2004, S. 85).

### 2.3.2 Gender-Analysen

Um den Gender Mainstreaming-Prozess zu initiieren, fortzuentwickeln und Erfolge zu erzielen, ist es erforderlich, in analytischer Weise den Ist-Zustand zu recherchieren, zu kennen und öffentlich bewusst zu machen, um Handlungsoptionen daraus abzuleiten, gegebenenfalls auch, um zunächst Überzeugungsarbeit zu leisten.

„Die Gender-Analyse ist eine Methode, die das Geschlechterverhältnis auf dem Hintergrund sozialer und kultureller Bedingungen untersucht. Die Methode dient dazu, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten von Männern und Frauen in der Projektplanung zu berücksichtigen und Programme auf die geschlechtsspezifischen Belange ihrer Zielgruppen abzustimmen. Mitte der 1980er Jahre am Harvard Institut von Catherine Overholt entwickelt, wurde die Gender-Analyse aufgrund ihrer universalen Anwendbarkeit bald weltweit bekannt und von verschiedenen Entwicklungsinstitutionen aufgegriffen.“ (Berninghausen, 2004, S. 189).

#### 2.3.2.1 Die 3-R-Methode

Das derzeit auch in Deutschland bekannteste Analyseverfahren ist die Mitte der 1990er Jahre in Schweden entwickelte 3-R-Methode: Repräsentation, Ressourcen, Realität (in manchen Quellen auch ‚Realisierung‘).

Dabei werden Statistiken und Daten systematisch nach Geschlecht aufgeschlüsselt und anhand standardisierter Kriterien geprüft, inwieweit die Chancengleichheit von Frauen und Männern realisiert ist.

### Repräsentation

Wie groß ist der Anteil von Frauen und Männern? (Quantitative Gender-Analyse).

Anforderungen/Überlegungen: Wie ist die geschlechterspezifische Verteilung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen (auch in Bezug auf Migration, Behinderung, etc.) in Gremien/Ausschüssen, in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, bei den NutzerInnen von Angeboten in Jugendfreizeitheimen, bei der Vergabe von Wirtschaftsfördermitteln oder bei Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation, bei Straftaten und Verkehrsunfällen? Wie hoch ist der Anteil von Maßnahmen/Politikschwerpunkten, die hauptsächlich Frauen oder Männer betreffen? (Justizvollzug, Innere Sicherheit, öffentliche Sportanlagen, Meistergründungsdarlehen, Sozialhilfe, Alleinerziehende, etc.)? Liegen entsprechende Daten/Statistiken vor?

### Ressourcen

Wie werden die verschiedenen Ressourcen (Raum, Geld, Zeit) zwischen Frauen und Männern verteilt? (Quantitative Gender-Analyse).

Anforderungen/Überlegungen: Wie viel Zeit reden Frauen und Männer bei Beratungen, Kommissionen, Konferenzen etc.? Wie viel Geld wird für weibliche und männliche Aktivitäten in den Bereichen Behinderung/Kultur/Sport/Freizeit/Bildung/Wissenschaft zur Verfügung gestellt? Wie verteilen sich die öffentlichen Haushaltsbudgets auf Frauen und Männer? Wer profitiert von den Ausgaben? Welcher und wie viel Raum wird Frauen und Männern bei Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen oder in Einrichtungen der Behindertenhilfe eingeräumt?

### Realität

Warum ist die Situation so? (Qualitative Gender-Analyse).

Anforderungen/Überlegungen: Wer was zu welchen Bedingungen bekommt? Warum die Geschlechter unterschiedlich beteiligt und bewertet werden?

Welche Normen und Normalitäten den verschiedenen Maßnahmen und Entscheidungen zugrunde liegen?

Wird den Interessen beider Geschlechter gerecht entsprochen?

(vgl. Swedish Association of Local Authorities 1999, zit. nach Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 160f.).

Diese 3-R-Methode wurde entwickelt "vom 'Svenska Kommunförbundet', vergleichbar mit dem Städte- und Gemeindetag. In einem von der Regierung gespon-

serten Projekt zur Entwicklung von Methoden erblickte sie das Licht der Gender-Welt, als ‚Hebamme‘ fungierte die Wissenschaftlerin Gertrud Aström.“ (Pettersson, 2004a, S. 48).

Die beispielhaft genannten Fragen innerhalb der 3-R-Methodik werden ergänzt, erweitert, modifiziert, je nach Anwendungsbereich innerhalb der Organisationen und Institutionen.

Weitere Untersuchungsfelder könnten sein:

- Wie viele Männer und Frauen sind bei der Entwicklung von Produkt X beteiligt?
- Wie viel Geld leiht eine Bank Männern und Frauen?
- Wie viel Zeit nimmt sich ein Autoverkäufer in einer vergleichbaren Situation für das Gewinnen eines weiblichen und eines männlichen Kunden?
- Welche Entfaltungsmöglichkeiten haben Jungen und Mädchen in der Vorschule?
- Warum sitzen die Mädchen oft in der Ecke und die Jungen verhalten sich ‚raumfüllend‘?

„Der Witz bei der 3-R-Methode: Alle Punkte müssen beantwortet werden, sonst funktioniert das nicht mit der Integration von Chancengleichheit in den Arbeitsalltag, kommt kein Prozess der Veränderung in Gang.“ (Pettersson, 2004a, S. 48).

Inzwischen hat sich die 3-R-Methode entwickelt zur Methode ‚3-R plus 1‘ bzw. ‚4-R-Methode‘. „Das vierte R steht für ‚Restriktionen‘, zum Beispiel Haushaltssperren oder Auflagen - in manchen Geschäftsbereichen wichtig zu beachten.“ (Pettersson, 2004a, S. 48).

Eine andere Quelle spricht ebenfalls von der 4-R-Methode, wobei das vierte R hier die Kategorie ‚Recht‘ einnimmt:

- Haben Frauen und Männer die gleichen Rechte?
- Beziehen vorhandene Regelungen und rechtliche Grundlagen geschlechtsspezifische Realitäten mit ein?
- Welche rechtlichen Grundlagen müssen zusätzlich geschaffen werden, um Gleichstellung zu gewährleisten? (vgl. Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 161).

Dazu auch Tabelle 1 im Anhang.

Für beide Varianten gilt, dass das Hinterfragen der Rahmenbedingungen ‚Restriktionen‘ und ‚Recht‘ auch bereits beim dritten R ‚Realität‘ Berücksichtigung finden könnte und müsste.



„Im kommunalen Bereich in Schweden hat sich diese Methode als höchst wirksam erwiesen, sie hat z. B. erbracht, dass die kommunale Förderung im Sportbereich von Jungen und Mädchen sehr unterschiedlich ist, dass die Sozialhilfeunterstützungen von Frauen anders aussehen als die von Männern und dass viel mehr kommunale Mittel in die gymnasialen Kurse fließen, die von Jungen frequentiert werden ...“ (Stiegler, 2002, S. 30).

### 2.3.2.2 Gender Impact-Assessment

Ein weiteres Verfahren zur Gender-Analyse wurde bereits 1994 in den Niederlanden „im Auftrag des niederländischen Gleichstellungsministeriums von Universitätswissenschaftlern ... entwickelt“ (Schweikert, 2002, S. 97), das Gender Impact-Assessment, GIA, „um die Effekte geplanter Gesetzesvorhaben auf das Geschlechterverhältnis ex-ante (im Vorhinein) zu bestimmen. Gesetze, Verordnungen und andere legislative Maßnahmen werden darauf untersucht, ob Gender Aspekte berücksichtigt werden und ob sie dem verfassungsrechtlichen Gleichstellungsgebot entsprechen.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 161).

Die GIA-Methode umfasst folgende Schritte:

1. Bewertung der Relevanz der vorgeschlagenen Maßnahmen für beide Geschlechter
2. Beschreibung der aktuellen und zukünftigen Situation in Bezug auf die betreffende Entscheidung
3. Analyse der Strukturen und Prozesse
4. Analyse des Vorschlags anhand der Vorgaben
5. Aufzeigen der Auswirkungen von Strukturen und Prozessen
6. positive und negative Beurteilung der Maßnahme in Bezug auf Gleichstellung (vgl. TEPGEM-Plattform 2003, zit. nach Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 162).

„Eine weitere Variante des GIA ist der Gender Impact Test, der vor allem auf kommunaler Ebene angewendet wird, sowie SMART (simple method to assess the relevance of policies to gender), ein selbständiges Instrument zur Bewertung der geschlechterbezogenen Relevanz von politischen Maßnahmen, das von der EU-Kommission übernommen wurde ...“ (Schweikert, 2002, S. 98).

### 2.3.2.3 Gender Budget-Analyse

Zu den analytischen Techniken zählt auch die Gender Budget-Analyse. Aus gegebenem Anlass der Themenstellung dieser Arbeit erfolgen Definition, Deskription und Wertung in Teil 3, explizit in Kapitel 3.4.2.

### 2.3.2.4 Geschlechterspezifische Statistiken

Ferner gehört zu den Analyse-Instrumenten „auch die ‚Aufstellung geschlechtsspezifischer Statistiken‘. Vorhandene Statistiken können genutzt werden, wenn sie nach Geschlechtern getrennt erhoben sind. Häufig müssen aber neue Erhebungsfragen entwickelt werden. Statistiken ergeben immer das Bild von der Realität, über die man etwas wissen will. Die Kriterien für die Statistiken sind wesentlich für die Darstellung der Realität. Deswegen ist es außerordentlich wichtig, bei den Erhebungsfragen und den Tatbeständen genaue Kenntnisse der Geschlechterverhältnisse anzuwenden. So hat es sich z. B. erwiesen, dass die Differenzierung von Frauen und Männern oft zu grob ist, dass die Differenzen in den Geschlechterrollen sehr viel deutlicher werden, wenn man Väter und Mütter miteinander vergleicht.“ (Stiegler, 2002, S. 30).

Auch diese Methode wird in Schweden bereits praktiziert.

„Im Gegensatz zur deutschen Politik haben die Schweden diese Notwendigkeit schon früh erkannt: Seit 1994 gehört die geschlechterspezifische Statistik zur Familie der offiziellen Erhebungen. Was sie leisten soll: leicht zugängliche Zahlen, keine Insider-Labyrinth, in denen sich am Thema interessierte Menschen verirren.

Das ‚Statistiska Centralbyran‘, das Statistische Zentralamt, hat diesen Ball professionell aufgenommen. Der ‚lathund om jämställdhet‘, die kleine Kladde im Westentaschenformat mit allen Daten von Arbeitsmarkt über Gesundheit bis Einkommen, Alter oder Kindheit avancierte ... inzwischen zum ‚Bestseller‘, rund 15.000 Exemplare werden jährlich verkauft. ...

Der ‚lathund‘ im Westentaschenformat hat inzwischen Nachahmer in mehreren anderen Ländern. Und ein Ende der kreativen Aufbereitung von drögem Material ist noch lange nicht in Sicht. Das neueste Kapitel: Der ‚JämIndex‘.“ (Pettersson, 2004a, S. 50f.). Hierbei handelt es sich um einen digitalen Index für Gleichberechtigung, ein

Messinstrument für die geschlechterpolitischen Fortschritte in den Kommunen und Landkreisen Schwedens.

„Der JämIndex basiert auf 15 statistischen Variablen. Unter der geschlechtsspezifischen Lupe liegen die Qualifikationen in einer Region, die Arbeitsmarktstruktur, die Einkommen, Krankenstände oder Besetzung von Entscheidungsgremien. Wie sieht es mit speziellen Kompetenzen in bestimmten Altersgruppen aus, wie ist die Zusammensetzung der Arbeitsuchenden, wer nimmt Elternurlaub und was ist mit der Infrastruktur? Per Mausklick kommen alle Daten über das Internet kostenfrei auf den Schirm.

Den JämIndex gibt es nach einer Probephase offiziell seit 2002. Es braucht nicht viel Fantasie dafür, sich vorzustellen, wer den JämIndex nutzt: Die Kommunen selbst, die wissen wollen, wie sie dastehen im Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten. Oder Unternehmen, die Industrie ansiedeln wollen. Oder vor allem junge Menschen, die frisch von der Ausbildung kommen und sich umgucken, wo sie ihre Zelte aufschlagen. ... Wie auch immer, der JämIndex hat Aktivitäten für mehr Chancengleichheit ordentlich angekurbelt. Und ist wie selbstverständlich auch zum Mittel der Regional- und Industrieansiedlungspolitik geworden.“ (Pettersson, 2004a, S. 51f.).

Die Auswertung deutscher Statistiken ergibt ein ambivalentes Bild. Das ‚Statistische Jahrbuch‘ für die Bundesrepublik verzeichnet zunehmend auch geschlechterbezogene Einzelstatistiken. Ist dies bei den Angaben zu Bevölkerungsstand oder Schulbesuch noch selbstverständlich, so erfolgt nun ebenfalls eine Differenzierung bei Wählerverhalten, Computernutzung oder Haushaltsnettoeinkommen, um nur einige zu nennen (vgl. Statistisches Bundesamt, 2007).

Das ‚Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden‘ richtet sein Hauptaugenmerk auf wenige ausgewählte Strukturmerkmale, um diese dann jeweils aufzuschlüsseln in über 1.500 Kommunen.

Es gibt geschlechterspezifische Angaben zur Zahl der Einwohner, Ratsmitglieder und Kraftfahrzeughalter; weitere Erkenntnisse sind hier kaum zu erhalten (vgl. Deutscher Städtetag, 2005).

Da die etablierten Standardwerke eine durchgängig geschlechterdifferenzierte Auswertung in ihre Grundstruktur derzeit kaum einbringen können, erscheinen zunehmend thematische Einzelveröffentlichungen, wie z. B. der ‚Gender-Datenreport‘ der Bundesregierung oder das kommentierte Zahlenwerk des Statistischen Bundesamtes

zur Situation der ‚Frauen in Deutschland‘ (vgl. Statistisches Bundesamt, 2004), das bereits in Kapitel 1.6.1 dieser Arbeit zum Erkenntnisgewinn benutzt wurde.

### 2.3.2.5 Checklisten

Ein weiteres Mittel der Gender-Analyse stellen Checklisten dar. „Gewerkschaften in Schweden und Deutschland tun es, auch die eine oder andere Behörde: Sie arbeiten mit Checklisten. Verwenden sie meist als ‚Beilage‘ zu einem Vorgang, der von der Leitung entschieden werden muss. Und dokumentieren damit, dass sie drin ist in der Beschluss-Vorlage, die Geschlechterperspektive.

Checklisten sind keine Abnicker, sie verlangen analytische Behandlung. Deshalb sind sie auch meistens mit der 3-R-Methode gekoppelt, betreiben keine Inflation an Fragen, beschränken sich vielmehr auf wenige Kernpunkte. Wie ist die aktuelle Situation? Wie kann eventuelle Ungleichheit aufgehoben werden? Welche Hindernisse gibt es?“ (Pettersson, 2004a, S. 49).

Für diese Checklisten gibt es keine Standards. Sie können, wie eben zitiert, möglichst kurz und pointiert auf alle Arbeitsvorgänge angewendet werden. Wenn sie die Voraussetzung für eine Gender-Analyse bilden sollen, müssen sie detailliert in Breite und Tiefe gestaltet werden. „Zunächst einmal ist eine genaue Analyse der eigenen Institution notwendig, um Veränderungen vornehmen zu können und Schwerpunkte zu setzen. Im Folgenden werden die zu berücksichtigenden Punkte, die auch als Checkliste betrachtet werden können, aufgelistet: ...“ (Jansen, 2004, S. 230). Es folgen beispielhafte Prüfkriterien über nahezu zwei Druckseiten. „Die aufgelisteten Fragen müssen beantwortet werden, um Aussagen darüber treffen zu können, wie geschlechtsbewusst oder geschlechterblind eine Organisation ist.“ (Jansen, 2004, S. 231).

Auch erfolgt der Einsatz von Checklisten als Begleit- und Controllinginstrument für die unterschiedlichen Phasen des Umsetzungsprozesses von Gender Mainstreaming oder die Stationen von Projektverläufen.

### 2.3.2.6 Weitere Analyse-Methoden

- Kosten-Nutzen-Analysen nach Geschlecht und Geschlechterrollen können belegen, in welchem Verhältnis Aufwand und Ertrag bestimmter Maßnahmen für Männer und Frauen stehen.
- Gender-Expertisen stellen ebenfalls ein analytisches Hilfsmittel dar. In Expertisen werden bestimmte Fachfragen aufgegriffen und mit dem Stand der Frauen- und Geschlechterforschung verknüpft (vgl. Stiegler, 2002, S. 30).
- Eine geeignete Darstellung internationaler Analyse-Ansätze, die sich im gegenwärtigen deutschsprachigen Gender-Diskurs (noch) nicht durchgesetzt haben, bietet die Politikwissenschaftlerin Regina Frey (vgl. Frey, 2003, S. 95ff.), Leiterin des Gender-Büros in Berlin.

### 2.3.3 Gender-Trainings

Die bekanntesten der Bildungstechniken im Gender Mainstreaming sind die Gender-Trainings. Bei diesen spezifischen Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen muss allerdings „betont werden, dass Ansätze des Gender Training älter sind als Gender Mainstreaming und schon alleine deswegen nicht lediglich als ein Instrument dieser politischen Strategie gesehen werden können“ (Frey, 2003, S. 125).

Ende der 1980er Jahre entstand das Gender-Training als Methode der Sensibilisierung zu Geschlechterfragen und zum Erlernen genderbewusster Analyse- und Planungsmethoden auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik. Diese internationale Herkunft prägt bis heute die Diskussionen um das Gender-Training.

In Deutschland wurde das Gender-Training seit den 1990er Jahren auch als Methode in anderen Bereichen als der Entwicklungspolitik eingeführt und dabei methodisch weiterentwickelt. „Heute besteht ein Gender Training-Markt, auf dem verschiedenste Institutionen und Akteur/innen mit unterschiedlichen Ansätzen für verschiedene Zwecke und Zielgruppen konkurrieren.“ (Frey, 2003, S. 126).

„Gender Trainings verfolgen in der Regel das doppelte Ziel der Sensibilisierung in Gender-Fragen (reflexive Komponente) und der Befähigung, Gender als Analysekategorie anzuwenden (instrumentelle Komponente). Gender kommt also auch im Rahmen von Gender Trainings in einem doppelten (und ambivalenten) erkenntnistheoretischen Sinn vor, als Strukturkategorie und als Analysekategorie. Innerhalb der

reflexiven Komponente wird Gender als Struktur eher problematisiert, bei der instrumentellen Komponente wird Gender als Instrument gebraucht.“ (Frey, 2003, S. 126).

Bereits bei vordergründiger Betrachtung der Gender-Trainings als Instrumentarium wird die Diversität deutlich. Folgende Unterscheidungskriterien können der Klassifizierung dienen:

#### Dauer

- Minimum zwei Tage
- bis mehrere Wochen
- übergehend zu fortlaufend (Training on the Job)

#### Zielgruppen

- Teilnehmer/innen, die freiwillig / nicht freiwillig teilnehmen
- Mitarbeitende auf unterer / mittlerer / hoher Ebene
- Teilnehmer/innen, die kontinuierlich in einem Arbeitszusammenhang stehen oder Teilnehmer/innen aus unterschiedlichen Arbeitskontexten
- Organisationen, die Projekte im Ausland durchführen / nicht durchführen
- Ausreisende ‚Expert/innen‘ und Rückkehrende
- Angehörige von Nichtregierungsorganisationen / staatlichen Organisationen / Universitäten / Stiftungen ...
- Entscheidungsträger, Verwaltungen, Umsetzer/innen
- Training of Trainers

#### Ziele

- Sensibilisierung, Überdenken des eigenen Verhaltens, Verhaltensänderung
- Vermittlung von Inhalten der Theorie und Praxis von Gender Mainstreaming bzw. Gender and Development
- Anleitung zur Gender-Analyse auf verschiedenen Ebenen z. B. Zielgruppenanalyse, Institutionenanalyse, Budgetanalyse, u. a.
- Themen- bzw. sektorbezogenes Training oder nicht themen-/sektorbezogenes Training

#### Methode

- Lehrende Methode, überwiegend mit Inputs und Folien arbeitend
- Teilnehmer/innenorientierte und offene Methoden, eher mit Arbeitsgruppen und Diskussionen arbeitend

### Ebenen

- Individuelle, persönliche Ebene
- Zielgruppenebene
- Organisationsebene

### Einbettung

- Spezielle Ausbildungseinrichtung zu Gender
- Training, das von Mitarbeiter/innen der jeweiligen Institution geleitet wird
- Training, das durch externe Trainer/innen geleitet wird (vgl. Frey, 2003, S. 128).

Zur Implementierung des Gender Mainstreaming sind Methodik und Instrumentarium erforderlich und sinnvoll. Explizite Maßnahmenkataloge dieser Art dürfen jedoch nicht zu der Annahme verleiten, gendergerechte Fortschritte in Betrieben und Verwaltungen seien durch diese weitere Managementtechnik wohlstrukturiert und zügig zu realisieren, man müsse lediglich das Handwerkszeug zielgerichtet einsetzen. Gerade im Zusammenhang mit Gender-Trainings wird immer wieder darauf hingewiesen, dass sie sich jenseits von Dichotomien und Zuschreibungen bewegen müssen, um geschlechterpolitische Handlungsräume zu eröffnen und den komplexen gesellschaftlichen Realitäten gerecht zu werden. Es darf daher nicht vorrangig um einen instrumentellen Zugang zu Gender als Konzept oder isolierter Kategorie gehen. „Was jedoch könnte unter den Prämissen neuerer Gender-Theorien in Gender Trainings vermittelt werden und auf welche Weise könnte dies geschehen? Zunächst ist festzuhalten, dass Gender Training keine klassische Schulungsmaßnahme ist, in deren Rahmen dozierend Wissen vermittelt wird. Vielmehr sollten Gender Trainings einer partizipativen Methodik folgen und auf drei aufeinander aufbauenden und ineinander greifenden Säulen stehen:

Es geht erstens um die Vermittlung von Definitionen und Konzepten (z. B. Was ist Gender? Was ist Gender Mainstreaming?), zweitens um die Umsetzung von Gender-Ansätzen (Anwendung von Instrumenten wie z. B. Gender-Analysen). Darüber hinaus geht es drittens immer auch um Sensibilisierung und Reflexion (eigene Werte- und Wahrnehmungsmuster, Befassung mit Konstruktionsprozessen von Gender).

Diese dritte Säule stellt die größte Herausforderung dar, da es hier nicht um reine Wissensvermittlung geht, sondern darum, Bewusstsein zu schärfen und dazu beizutragen, (in der Regel recht eingefahrene) Denk- und Verhaltensmuster zu verändern.“ (Frey, 2004, S. 42).

Neben der Distanzierung von technokratischen Ansätzen und unter kontinuierlicher Betonung gesellschaftspolitischer Zusammenhänge weisen die Gender-Trainings gegenüber herkömmlichen Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen eine weitere Besonderheit auf: „Heute knüpfen Konzepte von Gender Trainings - bewusst oder unbewusst - bezogen auf Inhalte, Methoden, Leistungsverhalten und Rahmenbedingungen an Prinzipien einer ‚frauengerechten‘ Didaktik an.“ (Kaschuba, 2004a, S. 65).

Auf folgende Grundprinzipien der Frauenbildung wie TeilnehmerInnenorientierung, Kompetenzansatz und ganzheitliches Lernen mit Berücksichtigung der Geschlechterperspektiven bauen Gender-Trainings auf:

### TeilnehmerInnenorientierung

Gelang der Frauenbildung mit der Einbeziehung der Lebenswelten von Frauen ein Riesenschritt in Richtung Auflösung scheinbar geschlechtsneutraler Bildungsinhalte und Veränderung von frontalen Lehr-Lern-Setting etwa durch verstärkte Kleingruppenarbeit, so stellt dies für Gender-Trainings heute eine Selbstverständlichkeit, einen zentralen Bestandteil dar: Hier findet ebenfalls eine Orientierung an den Subjekten statt, werden zum Beispiel ihre Interessen und Feedbacks erhoben, werden Lebenswelten, Handeln und Wahrnehmung von Frauen und Männern benannt, analysiert und Ansatzpunkte zur Veränderung - meist auf der Mikro- und Meso-Ebene - entwickelt. Zur TeilnehmerInnenorientierung gehören des Weiteren sowohl eine frauen- bzw. geschlechtergerechte Sprache als auch partizipatorische Methoden.

### Ansetzen an Kompetenzen

In der Frauen- und Mädchenbildung entwickelte sich seit Mitte der 1980er Jahre die Orientierung an Stärken und Kompetenzen von Frauen und Mädchen, nachdem zuvor in den Angeboten meist eine Defizitperspektive im Sinne eines Nachholens und Aufholens von Frauen vorherrschte. Das Ansetzen an den Potenzialen und Kompetenzen ist auch in Gender-Trainings ein wichtiges Prinzip, wenn es darum geht, zwar strukturelle Geschlechterhierarchien und die jeweilige Beteiligung von Frauen und Männern an Zuschreibungen und Dominanzverhältnissen aufzudecken, aber auch an Erfahrungen und Kompetenzen von Frauen und Männern in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse anzusetzen und diese zu erweitern. Das kann heißen, ihre Perspektiven, Interessen und Auseinandersetzungen mit der Gender-Thematik ernst zu



nehmen - wie etwa ihre alltäglichen Versuche, Begrenzungen aufgrund von Geschlechtszuschreibungen aufzulösen oder zu verschieben, oder ihr Erweitern von Handlungsmöglichkeiten als Frauen und Männer - und diesen Lernprozess zu begleiten. Die Arbeit in geschlechtshomogenen Gruppen, biografische Ansätze bieten hier gute Möglichkeiten.

### Ganzheitliches Lernen

Die Bedeutung einer lernfördernden Atmosphäre durch die Beachtung der kognitiven wie der emotionalen Ebene und durch den Einsatz aktivierender Methoden wie etwa Rollenspiele, Zukunftswerkstätten, körper- und gestaltbezogene sowie biografische Ansätze, die inhaltliche und methodische Verknüpfung des ‚Politischen‘ mit dem ‚Privaten‘, aber auch die Rahmenbedingungen von Bildung selbst - vor allem Zeit und Raum von Bildungsveranstaltungen - gerieten durch die Frauenbildung (und -forschung) in den Blick und wurden ständig weiterentwickelt.

### Selbstreflexivität

Die geschlechterbezogene Selbstreflexivität und Vorbildfunktion der Leitung stellen weitere wichtige Anknüpfungspunkte aus der Frauenbildung für die Gender Trainings dar. Das beinhaltet den Einbezug von Ergebnissen der Frauen-, Männer- und Geschlechterforschung als Folie, die Anhaltspunkte für die Selbstreflexion liefert (vgl. Kaschuba, 2004a, S. 65f.).

Auch die Gender-Trainings als moderne Methode des Managements haben tiefe historische Wurzeln und verdanken ihre Besonderheit dem Einfluss frauenspezifischer Fähigkeiten.

Zu den prozessorientierten Konzepten der Gender-Trainings gehören selbstverständlich auch ergebnisorientierte Erwartungen, also Zieldefinitionen und Qualitätskriterien zur Zielerreichung. „Die Formulierung von Qualitätskriterien für Gender Trainings erscheint ... komplex und brisant zugleich. Sie ist aber notwendig ... zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen und Klärung der realistisch zu erreichenden Ziele sowie zur besseren Transparenz von Leistungen. Das bedeutet, sie bieten Handlungssicherheit, indem sie zur Überprüfung und Verbesserung der Qualität von Trainings beitragen. Eine weitere wichtige Begründung für die Offenlegung von Qualitätskriterien liegt ... in der Reflexion der politischen und theoretischen Bezugspunkte des Trainings.“ (Kaschuba, 2004b, S. 117f.).

Grundsätzlich geht es um drei zentrale Bestandteile: Geschlechterbezogene Sensibilisierung, Qualifizierung sowie Transfer auf das eigene Handlungsfeld.

Die hier zitierte Autorin hat einen Beitrag geleistet „zur Entwicklung von Qualitätskriterien für Gender Trainings ..., damit nicht nur rhetorische Modernisierung stattfindet“ (Kaschuba, 2004b, S. 128). Sie stellt Qualitätskriterien als Reflexionskriterien anhand der Dimensionen ‚Ziele, Gruppe, Inhalte, Methoden, Leitung, strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen‘ auf.

Zur Veranschaulichung sei hier beispielhaft die Dimension ‚Ziele‘ nach Kategorie und Qualitätskriterien wiedergegeben:

#### Kategorie

Sensibilisierung, Qualifizierung, Transfer

#### Qualitätskriterien

- Erweiterung und Gewinn personaler, fachlicher, sozialer Gender-Kompetenzen
- Erkennen und Abbauen von geschlechterbezogenen Klischees und Verhaltensmustern
- Hinterfragen von Sexismen und Normierungen
- Anerkennung von Vielfalt unter Frauen bzw. Männern
- Ermöglichung geschlechterbezogener Handlungsfähigkeit im privaten und beruflichen Alltag
- Stärkung von Eigenverantwortung und gesellschaftspolitischer Partizipation
- Motivation zum selbstständigen Weiterlernen (vgl. Kaschuba, 2004b, S. 131ff.).

Unabhängig von Messbarkeit und Controlling liegt der Erfolg hier zunächst bei der Transparenz von Prozess und Ergebnis, bei Prozessakzeptanz und Lerngewinn.

Entsprechend ihrer Bedeutung für den Umsetzungsprozess des Gender Mainstreaming wurde den Gender-Trainings hier breiter Raum gewidmet.

Zu den Bildungsinstrumenten zählt ferner selbstverständlich eine Reihe von Broschüren und Handbüchern. „Das Material, das Gender Trainings zugrunde liegt, wird in der Regel von den Trainer/innen für den jeweiligen thematischen und institutionellen Kontext zusammengestellt. Größere Organisationen ... haben eigene Trainingshandbücher herausgegeben, ... andere Handbücher entstanden für einen regionalen oder auch nationalen Kontext ..., wiederum andere wurden für einen themati-

schen Fokus, wie zum Beispiel Gender und Ökologie ausgearbeitet ... Daneben gibt es Handbücher, die in einem speziellen Projektekontext verfasst wurden und sowohl Handbuch als auch Dokumentation eines bestimmten Trainings sind ...“ (Frey, 2003, S. 128f.).

### 2.3.4 Konsultative und partizipative Instrumente

In Unterscheidung zu den Bildungsinstrumenten wie Gender-Trainings und -Schulungen einschließlich Begleitmaterial und Dokumentation erfolgt der Erwerb von Gender-Kenntnissen und -Kompetenz bei den konsultativen Methoden und Instrumenten in partizipativer Weise durch Beratung und Beteiligung.

„GleichstellungsexpertInnen sollen mit Fachleuten ‚über Ideenwerkstätten, Arbeits- oder Lenkungsgruppen‘ zusammengeführt werden, ebenso gemeint sind Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie Seminare, Konferenzen.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 42). Hierzu gehören weitere Verfahren wie Befragungen und Anhörungen oder die Hinzuziehung externer Experten.

## 2.4 Gender Mainstreaming als Prozess

Es ist bereits deutlich geworden, dass es sich bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming um einen Prozess der Bewusstseinsbildung und der Modernisierung gesellschaftlicher Normen handelt, der zunächst als Top-down-Prozess angelegt ist, und dessen Akzeptanzgewinn beim Durchdringen der einzelnen gesellschaftlichen wie betrieblichen Hierarchieebenen steigt.

Dieser Prozess ist einerseits vergleichbar mit den laufenden Bestrebungen der Verwaltungsreformen, andererseits steht bei Gender Mainstreaming nicht das Instrumentarium im Vordergrund, sondern der ganzheitliche Anspruch schrittweiser gesellschaftlicher Veränderung. „Ein häufig vorgebrachtes Argument gegen Gender Mainstreaming ist, dass Führungskräfte heute vor großen Herausforderungen durch den Umbau in den Organisationen stehen, der Druck durch neue Wege in der Organisations- und Personalentwicklung so enorm sei, dass für weitere neue Konzepte und veränderte Strategien kein Spielraum mehr da sei. Dieser Sichtweise liegt ein Verständnis von Gender Mainstreaming zugrunde, das diesem nicht gerecht wird. Gender Mainstreaming ist nämlich kein zusätzliches Instrument der Organisationsin-

novation, sondern zentraler Teil der Veränderung der gesamten Unternehmens- und Behördenkultur.“ (Ehrhardt, 2004, S. 17).

Da die Verwaltungsreformen gerade im Hinblick auf Mitarbeiterorientierung bereits partizipatorische Elemente in ihrer Theorie enthalten, kommen sie dem Gender-Ansatz entgegen und können gemeinsam verfolgt werden. Da jedoch „die männlich geprägte Dominanzkultur in Organisationen“ (Ehrhardt, 2004, S. 17) dabei in Frage gestellt wird zugunsten einer geschlechterdemokratischen Sichtweise, müssen deren Notwendigkeit und Vorzüge im Prozess deutlich werden.

#### 2.4.1 Projektorganisation

Trotz des immer wieder zu betonenden ganzheitlichen Ansatzes bei Gender Mainstreaming und seiner Umsetzung kommt auch dieser Prozess ohne die klassischen Organisationsmittel nicht aus. Dies wurde bereits bei dem ‚Instrumentarium‘ in Kapitel 2.3 deutlich und setzt sich im Bereich der Projektorganisation fort.

In Kapitel 2.1.3 wurde darauf hingewiesen, dass die Gender-Thematik nicht auf eine für zuständig erklärte Stelle - eine Person, eine Abteilung - delegiert werden soll, dass der Prozess vielmehr die aktive Beteiligung aller Verwaltungs- oder Betriebsmitarbeiter erfordert. Und doch wird die Bildung einer Steuerungs- und Lenkungsgruppe empfohlen, „in der relevante Akteurinnen und Akteure, Gender-Expertinnen und -Experten sowie Personen aus Entscheidungspositionen vertreten sind. Die Steuerungsgruppe legt die strategischen Ziele der Arbeit fest und ist gegenüber dem Auftraggeber verantwortlich.

Im Gegensatz dazu hat eine zu etablierende ‚Projektgruppe Gender Mainstreaming‘ die Verantwortlichkeit für die Projektdurchführung, also das operative Tagesgeschäft. Hier ist es notwendig, die für das Gender Mainstreaming-Projekt notwendige Fach- und Methoden-Kompetenz zusammen zu führen, eine Teamkultur zu etablieren, den konkreten Projektablauf zu planen und die Umsetzung zu steuern. In der Regel existiert eine Projektleiterin oder ein Projektleiter.“ (Ehrhardt, 2004, S. 19).

Obwohl die Autorin betont, „zuständig darf nicht ein Ressort (z. B. das klassische Frauenressort) sein, sondern alle gemeinsam sind verantwortlich und direkt oder indirekt beteiligt“ (Ehrhardt, 2004, S. 19), sind auch Steuerungs- und Projektgruppen noch kein Garant für einen ganzheitlichen Durchdringungsprozess. Es bedarf der Perpetuierung durch alle Führungsebenen.

Dazu eine andere Quelle: „Wobei der Begriff ‚Gender Mainstreaming Projekt‘ keine sehr gelungene Wortschöpfung darstellt:

- Erstens sollte Gender Mainstreaming ja gerade kein abgegrenztes Projekt sein, das in der Verantwortung kleinerer oder größerer Projektteams liegt, sondern in allen Lebensbereichen von allen Menschen realisiert werden.
- Zweitens verlangt eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik immer eine Doppelstrategie: Gender Mainstreaming ‚plus‘ Frauenförderung, nämlich so lange, bis reale Chancengleichheit verwirklicht ist.
- Und drittens läuft ‚Gender Mainstreaming‘ inzwischen wohl auch Gefahr, als Worthülse zu verkommen und für (zu) vieles zu stehen, was verordnet ist, für lästig bzw. unangenehm empfunden wird und oftmals auch unverstanden ist. Aber wie bei vielen kontroversiellen Themen ist gerade dies ein Zeichen, dass manches im Umbruch ist und es dafür auch einen neuen Namen braucht, unter dem Veränderungen subsummiert werden können.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 156).

In der Bezeichnung ‚Gender Mainstreaming-Projekt‘ für den Gender-Prozess in seiner Gesamtheit sieht der Autor einen ‚etwas verunglückten Terminus technicus‘.

Als ebenso unzulänglich, jedoch gegenwärtig nicht zu vermeiden, muss die genannte Arbeitsorganisation mit einer ‚Projektgruppe Gender Mainstreaming‘ angesehen werden sowie auch die aus der Praxis bekannte Vorgehensweise mit Pilotabteilungen und einzelnen Modellprojekten.

#### 2.4.2 Implementierungsphasen

Der Implementierungsprozess des Gender Mainstreaming ist kein Routineprozess, der in standardisierten Phasen verläuft. Der Zugang zu den unterschiedlichen Problemstellungen und Ausgangssituationen kann jedoch schematisiert und modellhaft dargestellt werden.

Inzwischen durchgesetzt hat sich das ‚6-Phasen-Modell‘ (alternativ: ‚6-Schritte-Modell‘, ‚6-Schritte-Prüfung‘) nach Krell/Mückenberger/Tondorf zur ‚Gestaltung politischer Prozesse nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming‘ aus dem Jahr 2000.

„Speziell zur Implementierung von Gender Mainstreaming enthält der Bericht der vom Europarat eingesetzten ExpertInnenkommission nützliche Hinweise, unter anderem die Leitsätze für eine Gender Analyse, die im Jahr 1995 vom neuseeländischen

Ministerium für Frauenangelegenheiten entwickelt und veröffentlicht wurden ... Diesen Leitsätzen entspricht das nachfolgend vorgestellte 6-Schritte-Modell ...“ (Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004, S. 85).

#### 1. Definition der gleichstellungspolitischen Ziele auf Basis einer Ist-Analyse

- Wie sieht die Ist-Situation aus?
- Welcher Soll-Zustand wird durch das zu entscheidende Vorhaben angestrebt?

Voraussetzungen:

- Informationen über Ist-Zustand,
- Zugrundelegung einschlägiger Rechtsnormen, Programme ...
- Koordinierung mit allen betroffenen Bereichen

#### 2. Analyse der Probleme und der Betroffenen

- Welches sind die konkreten Hemmnisse auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit? (diskriminierende Prinzipien, Verfahren, Instrumente ...)
- Welche Gruppen sind betroffen?

Voraussetzungen:

- Wissen über Gleichstellungsproblematik,
- Zuarbeit und Unterstützung,
- z. B. durch Gutachten, Materialien, Schulungen

#### 3. Entwicklung von Optionen

- Welche Alternativen bestehen hinsichtlich der Realisierung?

Voraussetzungen:

- wie oben

#### 4. Analyse der Optionen im Hinblick auf die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Gleichstellung und Entwicklung eines Lösungsvorschlags

- Welche Option lässt den höchsten Zielerreichungsgrad erwarten?

Voraussetzungen:

- Analyse- und Bewertungskriterien

#### 5. Umsetzung der getroffenen Entscheidung

#### 6. Erfolgskontrolle und Evaluation

- Wurden die Ziele erreicht?
- Ursachen für Nicht- oder Teilerreichung?
- Welche Maßnahmen sind notwendig?

Voraussetzungen:

- Daten über Zielerreichung,
- Berichtssystem,
- Verpflichtende Ursachenanalyse

Erforderliche Ressourcen und Fachkenntnisse werden durchgängig vorausgesetzt (vgl. Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004, S. 85). Dazu auch Tabellen 2 und 3 im Anhang.

Aus der internationalen Diskussion über relevante Prüf- und Bewertungskriterien haben sich insbesondere drei Kriteriengruppen herauskristallisiert, „die Aufschluss darüber geben, inwieweit die erarbeiteten Optionen einen positiven Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter liefern können: Rechtliche Gleichstellung, Gleichstellung hinsichtlich verschiedener Ressourcen und Gleichstellung hinsichtlich der Beteiligung an Entscheidungen“ (Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004, S. 87).

Insbesondere bei der Prüfung der Verteilung von Ressourcen geht es um Einkommen, Vermögenswerte, Bildung und Ausbildung, Berufsausübung, berufliche Weiterbildung und Aufstieg, Zeitressourcen, Information, technische Ressourcen, Gesundheitsversorgung, Erholung, Mobilität und nicht zuletzt im ganzheitlichen Sinne um Persönlichkeitsentwicklung.

Die genannten drei Kriteriengruppen entsprechen in ihrem Kern der schwedischen 3-R-Methode, die in Kapitel 2.3.2.1 bereits untersucht wurde.

### 2.4.3 Controlling und Nachhaltigkeit

Besondere Aufmerksamkeit im Rahmen dieses Phasenmodells verdient das Stadium der Erfolgskontrolle und der Evaluation. Es bildet einerseits den Abschluss von Implementierungsprozessen, Projektarbeiten und Kriterienkatalogen, ebenso ist es Teil des prozessbegleitenden Controllings.

Das Gleichstellungs-Controlling wird „als Verknüpfung von Planung, Vorgabe, Kontrolle und Informationsversorgung“ (Krell, 2004a, S. 22) gesehen:

- Setzen von Solls
- Ist-Analyse
- Weitere Prüfschritte und Maßnahmen
- Erfolgskontrolle

Dieses 4-Phasen-Schema, das sich auch als Regelkreis mit Rückkopplungsschleifen darstellen lässt, „bietet eine Orientierungshilfe sowohl für den Implementierungsprozess gleichstellungspolitischer Programme insgesamt als auch für Einzelmaßnahmen ...“ (Krell, 2004a, S. 22).

Das Ende und gleichzeitig den Neubeginn dieses Regelkreises bildet die Erfolgskontrolle. „Je nachdem, wie das Ergebnis der Erfolgskontrolle ausfällt,

- kann durch erneutes Durchlaufen der dritten Phase versucht werden zu bewirken, dass die gesetzten Ziele doch noch erreicht werden,
- können evtl. auch die Ziele ‚zurückgeschraubt‘ werden
- oder können für die nächste Runde anspruchsvollere Ziele in Angriff genommen werden.“ (Krell, 2004a, S. 24).

Diese Einschätzung des Gleichstellungsprozesses und -Controllings als Kreis - im Gegensatz zu einer linearen Entwicklung - spricht für Realitätssinn und Pragmatismus, da sich Unternehmen und Verwaltungen nicht steuern lassen „wie Maschinen. Sie sind vielmehr politische Gebilde, d. h. interessenpluralistische und Herrschaftsgebilde ... Bei der Realisierung gleichstellungspolitischer Programme und Maßnahmen spielen deshalb Widerstände, Verständigungs- und Aushandlungsprozesse eine wichtige Rolle ...“ (Krell, 2004a, S. 25).

Durchaus zielführend sind daher auch Zwischenbilanzen, gegebenenfalls Kurskorrektur oder Modifikation der eingesetzten Mittel und Instrumente sowie die Option eines jeweiligen schrittweisen Neubeginns.

Evaluation, Ergebnis- und Erfolgskontrolle im Rahmen des Controllings erfassen und bewerten den laufenden Gender-Prozess zur kontinuierlichen Verbesserung (formative Evaluation) wie auch die Prozessergebnisse hinsichtlich ihrer Wirkung auf die ursprünglich gesetzten Ziele (summative Evaluation).

Die Vorgehensweise kann in Form von Selbstevaluation oder Fremdevaluation erfolgen. Bei Fremdevaluation werden externe Experten und Berater beigezogen. „Die Vorteile der externen Evaluierung sind die Fremdsicht, hohe Glaubwürdigkeit und Objektivität, die Nachteile bestehen im größeren Arbeits-, Zeit- und Kostenaufwand. Selbstevaluation gewährleistet eine direkte, praxisrelevante Umsetzung der Evaluationsergebnisse, die Beteiligten werden zur Selbstreflexion angeregt und dazu veranlasst, ihre Arbeit unter neuen Gesichtspunkten zu analysieren.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 170).



Selbstevaluation setzt Gender-Kompetenz und Erfahrung im Personalmanagement voraus. Als Nachteile der Selbstevaluation können mangelnde Objektivität und vorrangige Eigeninteressen gesehen werden, die die Rechenschaft Dritten gegenüber erschweren und so das Ergebnis einschränken.

Größtmöglichen Erfolg verspricht der kombinierte Einsatz beider Evaluationsformen.

Auch in zeitlicher Hinsicht kann die Evaluation in verschiedenen Stadien des Prozesses eingesetzt werden:

- ex-ante Evaluation
- begleitende Evaluation
- ex-post Evaluation

Ex-ante Evaluation „kann auch als Voraussetzungs- oder Planungsevaluation bezeichnet werden und dient dazu, Handlungsalternativen auszuwählen. Die begleitende Evaluation wird als Prozessevaluation während der Projektumsetzung durchgeführt und dient zur integrierten Optimierung der Zielerreichung. Die Ex-post Evaluation erfolgt nach Projektende. Mit dieser Ergebnisevaluation werden Ist- und Soll-Zustand verglichen.

Jede Art der Evaluation sollte genutzt werden, um über die eigene Arbeit zu reflektieren und um Lernprozesse in Gang zu setzen.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 171).

Das in diesem Kapitel behandelte Thema Evaluation, Erfolgskontrolle und Nachhaltigkeit findet in der Literatur bisher selten und eher vage Erwähnung, und auch der öffentliche Diskurs erfolgt in stärkerem Maß prozess- als ergebnisorientiert. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen über messbare Kriterien für Gleichstellungserfolg und gesellschaftspolitische Nachhaltigkeit. Es wird daher meist auf das allgemeine Instrumentarium der Erfolgsmessung aus Reformprojekten und -prozessen zurückgegriffen:

- Qualitative und quantitative Analysen
- Teilnehmende und distanzierte Beobachtungen
- Audits
- Zielgruppenbefragungen
- Vergleiche und Benchmarking
- Expertenurteile

- Wirkungsanalysen
- Berichtswesen

Auch hierbei muss stets die Lebenswirklichkeit und Sozialisation dessen Berücksichtigung finden, der die Erfolgsmessung vorbereitet, durchführt, auswertet und interpretiert, um ein Höchstmaß an Objektivität zu erreichen.

„Nur wenn es gelingt, neue Methoden und Instrumente zur Bekämpfung von Ungleichheiten in die Systeme der arbeitsmarktpolitischen Regelförderung und der Praxis des betrieblichen Alltags überzuführen, kann von erfolgreichen Projekten gesprochen werden.

Um hierfür eine gute Ausgangsvoraussetzung zu schaffen, muss diese Thematik während allen anderen Projektphasen präsent sein und mitgedacht werden. Eine Möglichkeit dafür ist, bereits in der Projektkonzeption eine eigene ‚Nachhaltigkeits-Strategie‘ zu formulieren.“ (Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 173f.).

## 2.5 Gender Mainstreaming als Innovation

Die anfangs als lästig empfundene und bestenfalls milde belächelte Frauenförderpolitik hat mittlerweile nicht nur ihren „Appendix-Status“ (Döge, 2004, S. 34) überwunden, sondern längst den Beweis angetreten, dass in keinem Lebensbereich auf die Fähigkeiten der Frauen verzichtet werden kann.

„Chancengleichheitsforderungen sind früher von den frauenpolitischen Aktivistinnen erhoben worden, heute wird die Forderung nach der Gleichstellung von Frauen und Männern auf höchster politischer Ebene verankert.“ (Ehrhardt, 2004, S. 27).

### 2.5.1 Rechtskraft

Gleichstellungspolitik basiert auf internationalem und deutschem Recht. Allein aus diesem Grund ist sie Verpflichtung für Gesellschaft und Arbeitswelt.

Sie verwirklicht die grundlegenden Menschenrechte, dient der Demokratisierung und vergrößert die Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Hierzu hat sich die vorliegende Arbeit bereits detailliert geäußert, insbesondere in den Kapiteln 1.5 und 2.1.

### 2.5.2 Weibliche Qualifikation

Zunehmend setzt sich jedoch auch die Einsicht durch, dass der Einfluss weiblicher Eigenschaften und Fähigkeiten im öffentlichen Leben, in Politik und Arbeitswelt, eine Fülle von Fortschritten bewirkt, vom Wettbewerbsvorteil bis zur Sozialkompetenz.

In „modernen Unternehmen ist die Förderung von Frauen seit den 90er Jahren ein wichtiger Eckpfeiler in der betrieblichen Personalpolitik. Haben die Unternehmen ihr Herz für die Frauen entdeckt?

Eher der Not gehorchend und nicht als oberste Priorität: Zentraler ist die Erkenntnis, dass das Potential weiblicher Beschäftigter genutzt werden muss, um langfristig konkurrenzfähig zu bleiben. Trotz bestehender Arbeitslosigkeit existiert ein hoher Mangel an qualifiziertem Führungsnachwuchs. Unternehmen sind aufgrund des immer schärfer werdenden Wettbewerbs gezwungen, alle erreichbaren menschlichen Ressourcen und Potentiale zu erschließen und voll zu entfalten. Das gilt unabhängig von der ethischen und sozialen Herkunft, und es gilt insbesondere unabhängig vom Geschlecht. Der Wettbewerb der Zukunft - da sind sich alle Unternehmensberater einig - wird auf dem Personalmarkt entschieden, und das Humankapital wird zum strategischen Erfolgsfaktor für Unternehmen.“ (Ehrhardt, 2004, S. 27).

Dieser Prognose stellt auch die Bundesregierung die einfache Feststellung zur Seite: „Die gleiche Einbeziehung von Frauen und Männern in die Politik führt zu einer anderen, ausgewogeneren Politik und gesellschaftlichen Entwicklung’.

Arbeit, Kreativität und Entscheidungsmacht auch von Frauen sind für die ‚Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft’ unverzichtbar.“ (Bundesregierung, 2003, S. 33).

Als weitere ‚Vorteile und Effekte’ des Gender Mainstreaming für Gesellschaft und Wirtschaft sieht die Regierung:

- Durch die Ausrichtung an den Lebensrealitäten beider Geschlechter wird die Wirksamkeit von politischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen erhöht.
- Der Abbau von Diskriminierung vermeidet Kosten, weil weniger nachträgliche Korrekturmaßnahmen nötig sind.
- Die Innovationspotenziale beider Geschlechter werden angesprochen und aktiviert.
- Dadurch steht eine größere Gruppe von qualifiziertem Personal zur Verfügung.

- Die Qualität von Dienstleistungen wird durch geschlechterspezifische Pass- und Zielgenauigkeit erhöht.
- Das Image von Politik und Verwaltung wird verbessert. ...
- Starre und unproduktive Arbeitsstrukturen und -kulturen können durch Aufhebung von Geschlechtermonokulturen und durch die gleichmäßige Repräsentanz von Frauen und Männern schneller und besser überwunden werden (vgl. Bundesregierung, 2003, S. 33f.).

Der Staat hat hier zweifellos eine Vorreiterrolle aufgrund der rechtlichen Verpflichtungen. Dass sich dieser Prozess nicht widerspruchsfrei auf die Wirtschaft übertragen lässt, zeigt das zunächst „2001 gescheiterte Gleichstellungsgesetz für die deutsche Wirtschaft“ (Ehrhardt, 2004, S. 29). Hierzu Kapitel 2.1.3.

### 2.5.3 Wettbewerbsvorteil Diversity Management

„Das US-amerikanische Konzept Managing Diversity lehrt uns dagegen, dass Chancengleichheit nicht nur rechtlich - und moralisch - geboten ist, sondern auch ökonomische Vorteile verspricht.“ (Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004, S. 82).

Diversity bezieht sich auf die Vielfalt der Mitglieder einer Organisation im Hinblick auf Merkmale wie Geschlecht, Alter, Nationalität, Ausbildung, Werte, Lebenssituation etc.

Die Strategie des Managing Diversity findet sich auch in Deutschland, meist als Diversity Management. „Diversity im Sinne von Vielfalt steht für das Phänomen einer vielfältig zusammengesetzten Belegschaft. Diversity im Sinne von Diversity Management steht für eine ganz bestimmte Art und Weise des Umgangs damit.“ (Krell, 2004b, S. 43).

Dass Vielfalt in Unternehmen existiert, ist keine neue Erkenntnis. Sie fand jedoch bisher wenig Beachtung, da sie sich der dominanten Gruppe, dem homogenen Ideal zu beugen hatte, dem Normalarbeitnehmer mit männlicher Vollerwerbsbiografie. Diese Gruppe besetzt die Entscheidungspositionen und prägt die Organisationskultur mit ihren Werten, Normen und Regeln zu einer monolithischen Unternehmensstruktur. „Durch Managing Diversity soll dagegen die Kraft bzw. Energie aller Beschäftigten ‚entfesselt‘ werden ... , indem Bedingungen geschaffen werden, die für alle passen.“ (Krell, 2004b, S. 44).

Zur Umsetzung von Chancengleichheit hat sich in der Privatwirtschaft eher die Strategie des Diversity Management durchgesetzt, im öffentlichen Dienst die des Gender Mainstreaming. „Daraus sollte aber keinesfalls der Schluss gezogen werden, dass die Konzepte nicht jeweils auch für den anderen Sektor geeignet sind - und dort auch umgesetzt werden. In den USA ist Managing Diversity auch in öffentlichen Organisationen verbreitet. In Deutschland nehmen z. B. an dem europäischen Modellprojekt ‚Berlin - Stadt der Vielfalt‘ auch zwei Senatsverwaltungen teil ...“ (Krell, 2004b, S. 45).

Produktivitätssteigerung, Marktchancen und Kostensenkung werden durch das Gender- und Diversity-Prinzip wie folgt erzielt:

- Eine hervorragend ausgebildete Frauengeneration stellt sich dem öffentlichen Wettbewerb; die weltweit agierenden Unternehmen können auf dieses Potenzial nicht mehr verzichten.
- Je stärker die Vielfalt in der Zusammensetzung von Belegschaften, z. B. auch durch ausländische Experten oder Beschäftigte mit Migrationshintergrund, desto höher die Anforderungen an die Integrationsfähigkeit des Unternehmens und damit an die Abkehr von Monokultur und Gruppendominanz. Rechtsstreitigkeiten und gestörtes Betriebsklima verursachen Kosten und behindern in jedem Fall die Leistungserstellung.
- Homogene Gruppen erreichen gegebenenfalls zügiger eine Problemlösung, gemischt zusammengesetzte Gruppen sind meist kreativer und kommen zu tragfähigeren Problemlösungen, sofern sie angemessen trainiert und gemanagt werden.
- Organisationen, in denen Chancengleichheit und Diversity realisiert wird, können ihr vorhandenes Personal besser motivieren und einbinden. Sie haben Vorteile auf dem Arbeitsmarkt, indem sie den Bewerberinteressen durch ein individuelleres Angebot besser entsprechen.
- Auch auf den Absatzmärkten verspricht Chancengleichheit Wettbewerbsvorteile. Im Hinblick auf die Produktpolitik wird davon ausgegangen, dass eine vielfältig zusammengesetzte Arbeitnehmerschaft besser in der Lage ist, sich auf Bedürfnisse und Wünsche der ebenfalls vielfältigen Kundschaft einzustellen. Der Terminus Gender Marketing ist längst geschaffen (vgl. Jaffé, 2005, S. 17ff.), die Kaufkraft der Frauen nicht länger zu vernachlässigen.

- Neben Kaufentscheidungen werden auch Anlageentscheidungen zunehmend ethisch ausgerichtet. Das Spektrum reicht von der Schonung der natürlichen Umwelt bis zu sozialen Maßstäben bei der Produktherstellung.
- Im Gegensatz zu monokulturell gestalteten Organisationen versprechen multikulturelle Organisationen verstärkt Bereitschaft und Fähigkeit zur Anpassung an veränderte Umfeldbedingungen (vgl. Krell, 2004b, S. 45ff.).

„Dass es sich bei diesen Argumenten nicht um leere Versprechungen handelt, zeigen empirische Studien. Zunächst zu den USA: In einem von einer Bostoner Rating-Agentur jährlich durchgeführten Vergleich zwischen 400 nach sozialen Kriterien ausgewählten Aktiengesellschaften (Domini 400 Index) und dem ‚Standard & Poors 500‘ Index schnitten die erstgenannten zumeist besser ab ... Auch Befragungen von Führungskräften bestätigten, dass Managing Diversity nicht nur die Lohnkosten gesenkt und die Beziehungen zu den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen verbessert, sondern auch geholfen hat, die Bedürfnisse der KundInnen besser zu verstehen und entsprechende neue Produkte zu entwickeln sowie schließlich das Image zu verbessern ...“ (Krell, 2004b, S. 47).

Und eine weitere Quelle: „Innerhalb der Privatwirtschaft kann nicht mehr ignoriert werden, dass durch die Förderung von Gleichstellung und Chancengleichheit für Frauen Wettbewerbsvorteile genutzt werden können. In den USA werden Unternehmen Wettbewerbsvorteile unter dem Begriff von ‚Affirmative Action‘ auf der Basis von Management Diversity gewährt. Zu den wichtigsten Instrumenten der Management-Diversity-Expertise gehören:

- Diversity-Audits
- Zielvereinbarungen
- Personalentwicklungsinstrumente.“ (Peters, 2004, S. 156).

Und in Europa: „Ein im Jahr 2003 für die europäische Kommission erarbeiteter Bericht kommt auf Basis einer Befragung von 200 Unternehmen in vier EU-Mitgliedstaaten zu folgendem Ergebnis ...: Durch die Umsetzung von Diversity-Strategien wurden

- das Image der Unternehmen verbessert (69 %),
- hoch qualifiziertes Personal gewonnen und an das Unternehmen gebunden (62 %),
- die Motivation und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten gesteigert (60 %),

- mehr Innovationen ermöglicht (57 %),
- die Dienstleistungsorientierung verbessert und die Kundenzufriedenheit erhöht (57 %).“ (Krell, 2004b, S. 47).

Diesen explizit marktwirtschaftlichen und wettbewerbsorientierten Fortschritten durch die Realisierung von Chancengleichheit und Berücksichtigung des Gender-Prinzips amerikanischer und europäischer Prägung entsprechen die Reformbemühungen deutscher Verwaltungen und Politik.

#### 2.5.4 Verwaltungsmodernisierung

Hier liegt der „Schwerpunkt auf Verwaltung und Politik und die in diesem Kontext auf die Vorteilhaftigkeit von Gender Mainstreaming verweisenden Argumente:

1. Das ‚Beschäftigtenstruktur-Argument‘ lautet in Kürze, dass es angesichts des wachsenden Frauenanteils unter den im öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht mehr angemessen ist, die Personalpolitik am sog. Norm(al)arbeitnehmer (hier: männlich, vollzeitbeschäftigt und ohne außerberufliche Verpflichtungen) zu orientieren.
2. Das ‚Kosten-Argument‘ besagt, dass unmittelbare und mittelbare Diskriminierung Kosten verursacht (Stichworte: Demotivation, Fehlzeiten, Eingruppierungsklagen) bzw. der optimalen Nutzung der Potentiale aller Beschäftigten entgegensteht.
3. Das ‚Kreativitäts- und Problemlösungsargument‘ verweist darauf, dass gemischt zusammengesetzte Gruppen kreativer sind und zu tragfähigeren Problemlösungen kommen, wenn sie entsprechend trainiert werden.
4. Das ‚Personalmarketing-Argument‘ lautet, dass diejenigen Organisationen, die Chancengleichheit realisieren, Vorteile auf dem Arbeitsmarkt haben, insbesondere mit Blick auf das Segment der Fach- und Führungs(nachwuchs)kräfte. Hier gibt es hinsichtlich der Höhe des Entgelts einen Wettbewerbsnachteil gegenüber der Privatwirtschaft, der durch eine chancengerechte Personalpolitik (z.T.) kompensiert werden kann.
5. Das ‚Marketing-Argument‘ lenkt zunächst den Blick darauf, dass jede zweite ‚Verwaltungskundin‘ eine Frau ist. Aus Frauen und Männern zusammengesetzte Teams können, z. B. bei der Produkt- oder Konzeptentwicklung, den Interessen und Bedürfnissen aller ‚VerwaltungskundInnen‘ besser gerecht werden ... Da-

bei - das kann nicht oft genug betont werden - ist allerdings zu berücksichtigen, dass Frauen und Männer keine homogenen Gruppen sind.

6. Das ‚Systemflexibilitäts-Argument‘ besagt: Wenn eine bestimmte Personen-  
gruppe die Politik oder die Verwaltung(sleitung) dominiert - und das ist nicht nur  
quantitativ gemeint, sondern auch mit Blick auf die dort vorherrschenden Werte  
und Normen - führt dies zu einer Art Monokultur ... Diese ist relativ reformunfä-  
hig bzw. -willig. Etwas anders akzentuiert kann dies auch als
7. Das ‚Modernisierungspakt-Argument‘ bezeichnet werden, denn diejenigen  
Frauen und Männer, die nicht zur dominanten Gruppe gehören, sowie auch die  
Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten können, wenn sie am Prozess der Ver-  
waltungsmodernisierung beteiligt werden, wichtige Bündnispartnerinnen für die  
diesen Prozess vorantreibenden Kräfte sein.
8. Das ‚(Wieder-)Wahlargument‘ verweist schließlich darauf, dass eine Politik, die  
an der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter orientiert ist, zu Wählerin-  
nen- und auch Wählerstimmen verhelfen kann.

All das spricht dafür, Gender Mainstreaming zu einem fundamentalen Bestandteil  
einer professionellen, zeitgemäßen und erfolgreichen Politik, Verwaltungs- oder  
auch Unternehmensführung zu machen.“ (Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004,  
S. 82f.).

### 2.5.5 Mitarbeiter-Motivation

Laut Bundesregierung bedeutet Gleichstellung „in vielfacher Hinsicht für Frauen und  
Männer eine ‚höhere Lebensqualität‘ und ‚mehr Entscheidungsfreiheit‘ für die eigene  
Lebensgestaltung und zeigt für ‚nachfolgende Generationen neue Lebensperspekti-  
ven‘ auf“ (Bundesregierung, 2003, S. 33). Und durch Gender Mainstreaming sind die  
„Beschäftigten ... zufriedener und stärker ‚motiviert‘“ (Bundesregierung, 2003,  
S. 34).

Auch aus Gewerkschaftssicht gibt es „Gründe, von denen ... klar ist, dass aufgeklärte  
Unternehmerinnen und Unternehmer deren Wirksamkeit und Nachhaltigkeit nicht  
bestreiten. Als Stichworte seien nur Qualitätsverbesserung, passgenauere Produkt-  
entwicklung und Serviceorientierung oder höhere Arbeitszufriedenheit genannt.

Auch wenn die Betriebe, die es Frauen und Männern ermöglichen, Familie, sonstige  
Formen des privaten Lebens und Beruf wirklich gut und angemessen unter einen Hut



zu bringen, noch eine verschwindende Minderheit in der deutschen Unternehmenslandschaft sind, gibt es dennoch eine Reihe guter Beispiele. Genannt seien hier nur die vom Bundesfamilienministerium als ‚Familienfreundlicher Betrieb‘ ausgezeichneten Betriebe, oder die Betriebe, die sich am Audit ‚Familie und Beruf‘ der Hertie-Stiftung beteiligen.

Wie so oft sorgen auch in diesem Arbeitsfeld Betriebs- und Personalräte für neuen Schwung in Betrieben und Verwaltungen.“ (Klett, 2004, S. 194f.).

„Wohin man blickt: Männer bestimmen die Sitzungs- und die Beteiligungs-, die Beziehungs- und Organisationskultur - oder besser gesagt ‚Un-Kultur‘. Erfahrungen vor allem aus den skandinavischen Ländern zeigen, dass es auch anders geht. Dass in den Führungsgremien beispielsweise ein anderes Entscheidungsklima herrscht. Dass sich Grundlegendes ändert in den Umgangsformen und Verhaltensweisen, bei Sitzungsterminierungen und -abläufen ebenso wie bei den zu behandelnden Themen. Und zwar immer dann, wenn Geschlechterdemokratie Platz greift. Also Frauen quantitativ über den ‚Quotenanteil‘ hinaus vertreten sind. Und Gender Mainstreaming als Selbstverständnis in allen Abläufen vorkommt.

Der Gewinn besteht dann nicht nur in einem anderen Klima. Vielmehr auch in Ergebnissen und Entscheidungen, die näher dran sind an den Arbeits- und Lebenssituationen der Männer und Frauen. Es wird immer wichtiger, genau diese Erfahrungen transparent darzustellen, in die öffentliche Diskussion zu bringen, um Gender Mainstreaming auf stabilere Füße zu stellen.

Durch Gender Mainstreaming können sich auch Wert- und Bedeutungsmaßstäbe verändern. Work-Life-Balance zum Beispiel ist ohne Gender Mainstreaming nicht möglich! Andere Maßstäbe für das, was wichtig ist, könnten Platz greifen. Ein ausgeglichenes und emotional befriedigendes Verhältnis von Leben und Arbeit wird es in der Gesellschaft niemals isoliert für nur ein Geschlecht geben können. Von daher verlangt die neue Balance zwischen Erwerbsarbeit und dem Leben davor und danach die geschlechterdemokratischen Veränderungen in der Gesellschaft.

Gender Mainstreaming steht erst am Anfang. Trotz des Vorlaufs von einigen Jahren auf internationaler und europäischer Ebene. Mehr Zeit mit unverbindlichem Geplänkel darf nicht vertan werden. Die Tritte auf dem neuen Terrain müssen fester werden. Das, was Organisationen, Unternehmen und Politik eher zaghaft an Umsetzung begonnen haben, muss auf eine Ebene der verbindlichen Konsequenz.“ (Lang, 2004, S. 144f.).

Management-Termini wie ‚Work-Life-Balance‘, ‚Redesigning Work‘, ‚Design of Work‘ oder einfach ‚New Work‘ bestimmen die Debatten über Arbeitskultur und -motivation.

„Was als Ausgleich für die Benachteiligung der Frauen (vor allem mit Kindern) im Erwerbsleben begonnen hat, hat sich längst zu einer Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (zunächst für Frauen) und schließlich zu einem breiten Debattenstrom über die Work-Life-Balance für Frauen ‚und‘ Männer und überhaupt ‚alle‘ Mitarbeiter in einem Betrieb ausgeweitet.“ (Dettling, 2004, S. 106).

„Eine neue Balance zwischen Arbeit und Leben erfordert eine Restrukturierung der Arbeitswelt, eine Reformdebatte, die gegenwärtig auch unter dem Stichwort ‚Redesigning Work‘ geführt wird. Dabei geht es darum, Arbeitsprozesse neu zu gestalten mit dem Ziel, mehr Rücksicht zu nehmen auf das Familien- und Privatleben von Beschäftigten und einer Dauerüberlastung vorzubeugen. ... Wenn überflüssige Sitzungen abgeschafft werden, stille Zeiten für ungestörtes Arbeiten eingerichtet werden, ‚freiwillige‘ Überstunden und Wochenendarbeit nicht als Ausweis eines besonderen Engagements, sondern als defizitäre Organisation des Betriebs angesehen und abgestellt werden, wenn MitarbeiterInnen dazu ermutigt werden, wichtige persönliche Termine (zum Beispiel Geburtstage oder Schulbeginn der Kinder) in Terminkalender einzutragen und darauf Rücksicht genommen wird, wenn Manager danach beurteilt werden, ob sie aktiv zu einem solchen Klima und zu einer solchen Arbeitsorganisation beitragen, dann haben nicht nur Mütter und Väter etwas von diesem vernünftigen ‚Design of Work‘.

Es lässt sich zeigen, dass auch hier die ‚Gewinne‘ auf mehreren Seiten liegen: auf der Ebene der MitarbeiterInnen wie beim Unternehmen. Das Unternehmen gewinnt durch die höhere Motivation und Identifikation und durch eine geringere Abwesenheit der MitarbeiterInnen. Diese gewinnen, weil ihre Eigeninteressen und ihre private Lebenswelt stärker berücksichtigt werden. Frauen und Männer gewinnen, wenn private Verantwortung (für Kinder oder Eltern) kein Karrierehemmnis mehr ist und dadurch auch der Aufstieg in Führungspositionen leichter wird. ...

In den USA und in England wurde mit solchen Strategien der Frauenanteil im Top-Management und auf der zweiten Ebene deutlich erhöht im Vergleich etwa zu Deutschland. Was unter dem Stichwort New Work debattiert und vorgeschlagen wird, ist im Übrigen anschlussfähig an die in den 1970er Jahren geführten Debatten über die Humanisierung der Arbeitswelt.“ (Dettling, 2004, S. 107f.).

Je aktueller die Quelle, desto häufiger liegen bereits Untersuchungsergebnisse vor, die darauf verweisen, dass Chancengleichheitspolitik und Gender Mainstreaming ein positives Betriebsklima unterstützen: „Eine Studie über Kosten und Nutzen von Chancengleichheitspolitik in Unternehmen kommt zu dem Ergebnis, dass alle befragten Unternehmen die investierten Kosten bei weitem durch den Nutzen eines langfristigen Personaleinsatzes und -erhaltes aufgewogen sehen. Darüber hinaus wurden Effekte wie eine verstärkte Identifikation mit dem Unternehmen und eine Erhöhung der Arbeitszufriedenheit genannt. Neben diesen innerbetrieblichen Auswirkungen wurde in der Studie auch von externen Effekten berichtet. ...

Unternehmen, die auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf Arbeitszeit und Karriereunterstützung eingingen, konnten eine ‚Senkung der Krankheits- und Fluktuationsrate‘ feststellen.“ (Ehrhardt, 2004, S. 30).

## 2.6 Gender Mainstreaming als Risiko

Die bisherige Darlegung und Erörterung des Gender Mainstreaming-Prozesses in der vorliegenden Arbeit konzentrierte sich auf Ziele und Konzepte, Rechtslage, Durchsetzungsschritte und -instrumentarium sowie bereits erkennbare Vorteile und Chancen in Wirtschaft und Verwaltung für Betrieb, Kunden und Mitarbeiter.

Zur ganzheitlichen Betrachtung der Thematik darf das wichtige Kapitel der Kritik nicht fehlen.

Die Untersuchung erfolgt in Anlehnung an die im Management probate SWOT-Analyse, Akronym für Strength/Weakness, Opportunities/Threats, in der deutschen Unternehmensführung geläufig als Stärken/Schwächen, Chancen/Risiken (vgl. Pepels, 2000, S. 52; Ziegenbein, 2004, S. 118).

In Kapitel 2.5 ging es um Vorteile, Stärken und Chancen, hier nun um Kritik, Schwächen und Risiken.

„Man könnte also sagen, dass sich Gleichstellungsprogramme im Prinzip in derselben Situation wie viele andere Innovationsvorhaben befinden. Daraus ist jedoch nicht abzuleiten, dass ihre Wirksamkeit nicht zu verbessern wäre. Die vorliegenden Erfahrungen weisen auch auf Schwachstellen der bisher erfolgten Ansätze hin:

- die Komplexität, Heterogenität und unzureichende Operationalisierung ihrer Ziele;

- der häufige Mangel an taktischer und strategischer Planung und Prioritätensetzung;
- das implizit oft enthaltene Defizitmodell, nach dem individuelle Qualifizierungsdefizite bei Frauen als wesentliche Ursache mangelnder Gleichstellung betrachtet werden;
- die überwiegende Ausklammerung struktureller Ursachen für ungleiche Berufschancen in Arbeitsorganisation, Lohn- und Gehaltsstrukturen;
- die Defizite im Bereich Controlling von Gleichstellungsmaßnahmen;
- das Fehlen von Anreizen für gleichstellungspolitisches Handeln in Bezug auf Mitarbeiter, insbesondere Führungskräfte.

Viele dieser Schwächen sind mittlerweile erkannt und werden in neuen Ansätzen von Gleichstellungspolitik zu beheben versucht ... Darüber hinaus ist es notwendig, die Umsetzungsstrategien von Gleichstellungsprogrammen nach dem Wissensstand der Organisationsforschung zu optimieren.“ (Jüngling, 2004, S. 108).

Ursache dieser betrieblichen wie politischen Hemmnisse sind häufig Theoriedefizite und damit verbunden mangelnde kritische Distanz zur eigenen Praxis.

Zur Überwindung der wichtigsten Kritikansätze seien diese hier zunächst differenzierter herausgearbeitet.

### 2.6.1 Gender Mainstreaming statt Frauenpolitik

Wie in den Kapiteln 2.2.2 und 2.2.3 erläutert, besteht Gender Mainstreaming aus einer Doppel- bzw. mehrdimensionalen Strategie. „Gender Mainstreaming ersetzt nicht die parteiliche Frauenförderung. Dann aber wird es schon streitig. Die einen sagen, Gender Mainstreaming sei ein Instrument unter mehreren, um das Ziel Chancengleichheit zu erreichen. Andere gehen von einem grundlegenden Paradigmenwechsel aus. Wieder andere sehen eine Intensivierung des bisherigen Ansatzes der Frauenpolitik zum Umbau von Strukturen als Methode für beide Geschlechter.“ (Dittrich, 2004, S. 209).

Trotz der konsensualen Vorgabe, dass Gender Mainstreaming geschlechtergerechtes Handeln, Gleichberechtigung und Chancengleichheit verpflichtend festschreibt, bleibt die Frage der Konsequenzen bei einem Verstoß gegen diese Verpflichtung weitgehend offen. „Zudem ist die Einbeziehung der Gleichstellungsstellen ‚weich‘ beschrieben: die Gleichstellungsstellen beraten, unterstützen und wirken am Steue-

rungsprozess mit. Diffus ist, welche Kompetenz damit verbunden sein soll - ist die Stellungnahme der Gleichstellungsstelle mit Veto ausgestattet oder schmückendes Accessoire der Einwandvorwegnahme?

Skepsis scheint angebracht, wenn die Anwendung von Gender Mainstreaming gerade die Ressourcen minimiert, die bislang das parteiliche Eintreten für Frauen ermöglicht haben und gewährleisten (Geld für Frauenprojekte, Strukturen der Beratung und Unterstützung für Frauenbeauftragte). Zwar soll Gender Mainstreaming nicht Frauenförderung ersetzen, sondern auch Männer in die Verantwortung für Geschlechterpolitik mit aufnehmen. Das ist begrüßenswert. Wer aber übernimmt die Kärnerarbeit hierfür? Wo kommen die Ressourcen dafür her? Werden sie woanders weggenommen?“ (Dittrich, 2004, S. 212f.).

Während die ‘Förderung der Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern’ grundgesetzlich festgeschrieben ist, gilt dies für die Strategie des Gender Mainstreaming terminologisch explizit bisher nicht.

„Während Frauenpolitik im Streiten um frauenfördernde Maßnahmen sich an den Staat als Gesetzgeber richtet (z. B. durch Quote, Gleichstellungsgesetze), verändert Gender Mainstreaming die Prozessorganisation innerhalb von Institutionen. Während im Positionieren und Streiten um Regelungsinhalte zumindest eine hohe öffentliche Argumentationstransparenz entstehen konnte, sind Gender Mainstreaming-Prozesse ... gerade nicht transparent. Controllingberichte ... sind typischerweise vertraulich zu behandelnde Betriebsunterlagen, die nicht der Veröffentlichung dienen. Die mit Gender Mainstreaming häufig verbundene Hoffnung, eine allgemeine Transparenz für die Bevölkerung über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Entscheidungen aus den Institutionen und Verwaltungen herstellen zu können, werden sich daher kaum erfüllen.“ (Dittrich, 2004, S. 213).

Frauenförderpolitik ist gegen zahlreiche Widerstände mittlerweile fester Bestandteil der Arbeitsorganisation und Personalpolitik in Betrieben und Verwaltungen. „Die Ausformung der Frauenförderung zur Behebung der Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt hatte bislang einen gewichtigen Vorteil. Sie bescherte den darauf ausgelegten Projekten - und nur ihnen - eine Finanzierung, die für Frauen eigens reserviert war. Dadurch bedingt konnte die projektmäßig installierte Frauenförderung einen hohen Grad an Autonomie und Selbstbewusstsein entwickeln. Allerdings waren die reservierten Mittel in dieser Förderform meist mit besonders spezifizierten Fördervoraussetzungen, z. B. hinsichtlich der Ausformung der Zielgruppe bedacht

und sparsam ausgestattet. Durch die Ausformung ‚Frausein = Anderssein‘ konnte gegenüber Geldgebern durch vehemente Lobbyarbeit schnell klargemacht werden, dass sich hier etwas abspielt, was wichtig, aber der herkömmlichen (‚männlichen‘) Behördenlogik verstellt ist. Damit wurde eine Demarkationslinie um Frauenprojekte gezogen, die zwar belächelt, aber achselzuckend gewährt wurde.

Dieser Schutzzaun wird durch Gender Mainstreaming eingerissen. Hinsichtlich der seither bearbeiteten Inhalte besteht die Gefahr, dass nun nicht diskutiert wird, ob diese ziel- und sachgerecht umgesetzt wurden. Vielmehr gibt Gender Mainstreaming den Raum zu postulieren: ‚Dafür sind wir zuständig, Frauenförderung hat sich überlebt.‘ D. h., mit Gender Mainstreaming werden alle in die Lage versetzt, Gender-Kompetenz zu entwickeln. Die Qualitätsstandards aber, was ‚gute‘ Gender-Kompetenz ist, existieren nicht. Gender Mainstreaming ist keine Ethik, die bestimmte Inhalte, Aussagen oder Rollen besonders wertvoll macht. Von daher können die weiteren Säulen von Geschlechterpolitik wieder unter besonderen Begründungsdruck gestellt werden. Es besteht die Gefahr des Ausspielens der unterschiedlichen Formen von Geschlechterpolitik, wenn die Kompetenzen und unterschiedlichen Sichtweisen der Fraueninitiativen und -projekte vor Ort nicht als Gewinn erlebt, sondern als Form fehlgeleiteter Frauenpolitik verstanden werden.“ (Dittrich, 2004, S. 214f.).

In zahlreichen weiteren Quellen ist diese Skepsis anzutreffen. Ein Aufsatz titelt: „Wenn Frauenpolitik salonfähig wird, verblasst die lila Farbe. Erfahrungen mit Gender Mainstreaming ...“ (Callenius, 2002, S. 63), der summarische Ausdruck durchaus begründeter Befürchtungen.

„Insgesamt bleibt festzuhalten, dass mit dem Verständnis und mit der Umsetzung des Gender-Konzeptes eine Gratwanderung verbunden ist. Einerseits soll die Komplexität sozialen Lebens anerkannt und ... berücksichtigt werden und andererseits darf angesichts von so viel ‚Diversity‘ nicht das klare politische Ziel aus den Augen verloren werden. ...

In der Diskussion um Gender Mainstreaming ist eine der Hauptfragen, an welcher Stelle der Organisationen angesetzt werden soll. Geht es lediglich darum, dass Frauen ein größeres/gleich großes Stück vom Kuchen erhalten? Oder wollen sie grundsätzlich einen ganz anderen Kuchen?“ (Callenius, 2002, S. 72f.).

Ihr Blick in die Zukunft fordert Wachsamkeit: „Während viele Frauen in den Organisationen die Akzeptanz von Gender Mainstreaming schon als Erfolg feiern, weil die Strategie Entscheidungsträger in die Verantwortung nimmt und Frauen-Forderungen

mehr institutionellen Nachdruck verleiht, sind andere Frauen skeptisch. Der entscheidende und zumeist umstrittene Aspekt des Gender-Konzeptes ist die Annahme, die Veränderung des Geschlechterverhältnisses sei als integrierte gemeinsame Aufgabe von Frauen und Männern möglich. Die Tatsache, dass Männer über die Macht verfügen und sie vermutlich nicht konfliktfrei abgeben, so die Kritikerinnen, würde in der Gender-Diskussion meist ignoriert. Dafür würde in Kauf genommen, dass das Thema entpolitisiert würde. Sie befürchten, dass sich trotz proklamatorischer Erfolge wenig für Frauen verbessert, während sie jedoch die autonomen Räume, die speziellen Fördermaßnahmen für Frauen und letztendlich das anwaltschaftliche Element für Frauenbelange verlieren.“ (Callenius, 2002, S. 79).

Eine weitere Quelle: „Viele sehen in GM ein Erfolg versprechendes Reformkonzept, in dem strategische Schwachpunkte der traditionellen Frauenpolitik beseitigt werden. Dabei werden die beiden Ansätze oft als komplementär gegenübergestellt. Für andere ist GM hingegen ein Reformkonzept, das sich in der immanenten Logik von (patriarchalen) Institutionen bewegt und diese nicht transformieren kann. Sie geben dem geschlechterpolitischen Engagement in Institutionen von vornherein kaum eine Chance, sondern halten die Konzentrierung auf den ‚Mainstream‘ für vergebene Liebesmüh.

Wer sich stark mit Grundannahmen der zweiten Frauenbewegung wie dem Konzept des Patriarchats identifiziert, tut sich schwer mit einer Strategie, die davon ausgeht, dass Frauen mit Männern im gleichen Boot sitzen. Die Zuweisung von Verantwortung für Gleichstellung an (mächtige) Männer wird aus dieser Haltung als Abkehr von der feministischen Grunderkenntnis kritisiert, dass (persönliche) Erfahrung unabdingbar für politische Parteilichkeit ist.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 199).

Auch aus männlicher Sicht könnte es sich bei Gender Mainstreaming um eine ‚neoliberale Attacke gegen Frauenförderung‘ handeln: „Last but not least - Gender Mainstreaming reflektiert auch auf einen nachhaltigen ‚wirtschaftlichen‘ und ‚demografischen‘ Wandel. Das ist heute der vielleicht wichtigste Punkt, um Gender Mainstreaming zum Erfolg zu bringen. Aber auch Ansatz zu massiver Kritik an diesem Konzept. Diese Kritik bringt zum Ausdruck, dass angesichts der demografischen Entwicklung Gender Mainstreaming nur ein geschickter Weg ist, Frauen für den kapitalistischen Verwertungsprozess in Anspruch zu nehmen, ohne die Strukturen kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft im Geringsten zu verändern. In dieser Per-

spektive ist Gender Mainstreaming eine neoliberale Attacke gegen Frauenförderung und Gleichstellungspolitik.“ (Lang, 2004, S. 139).

Die Sorge, dass die bisherige Frauenförderung mit ihren politischen Alleinstellungsmerkmalen, mit Rechtsanspruch, Wertschätzung und Mittelbewilligung durch Gender Mainstreaming Einzug hält und damit ihr Profil verliert in allgemeinen Reformbestrebungen, allgemeinen Managementmethoden und im politischen Alltag, ist nicht unbegründet. „Wichtige Faktoren, die eine Rolle für die Haltung zu GM und die Einschätzung der zu erwartenden Folgen spielen, sind die Abhängigkeit von Geldern aus Institutionen, die nun GM umsetzen und der Zugang zu EntscheidungsträgerInnen: VertreterInnen von Projekten, die von staatlichen Geldern abhängig und damit von den gegenwärtigen und weiterhin zu erwartenden Kürzungen bedroht bzw. betroffen sind, beobachten selbstverständlich alle Veränderungen in den Vorgaben zur Zuwendungsverteilung sehr skeptisch. Das Konzept GM sieht die Vorgabe von Gleichstellungskriterien für die ‚Mainstream-Töpfe‘ vor. Doch der neoliberale Wind und kursierende Beispiele erfolgreichen Missbrauchs von GM, bei dem Mainstream-Kriterien für Frauentöpfe festgesetzt wurden, lassen viele ZuwendungsempfängerInnen mit GM Schlimmes assoziieren.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 200).

Das enthusiastisch erwachte und auch anhaltende öffentliche Interesse am Gender-Diskurs lässt allerdings hoffen, dass archaisch bedingte Fehlentwicklungen als solche erkannt und durch prozessuale Kurskorrekturen marginalisiert werden können.

## 2.6.2 Gender Mainstreaming als neuer Biologismus

Ein zweiter Aspekt der Kritik konzentriert sich auf die potenzielle Instrumentalisierung von Gender Mainstreaming zu einer neuen Form von Biologismus.

„Eine dekonstruktivistische Position kann allerdings auch die Praxistauglichkeit von GM als Methode zur Überwindung von Geschlechterverhältnissen in Frage stellen: Wer die Wirkungsmacht von Geschlecht in diskursiven und performativen Methoden erkannt hat, wird sich von einem Konzept, das immerzu von ‚Männern und Frauen‘ spricht, nicht überzeugen lassen. Vielmehr erwarten KritikerInnen eine Stereotypisierung und Perpetuierung anachronistischer Geschlechterordnungen. ... So ist es sehr problematisch, dass eine Reihe von Instrumenten zur Gender-Analyse, die im Zuge von GM entstanden sind (und auch eingesetzt werden), lediglich nach Männern und Frauen fragt. Verfügen AnwenderInnen der Instrumente über wenig Genderkompe-



tenz, kann dies dazu führen, dass zwei vermeintlich homogene Gruppen konstruiert werden.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 199f.).

Aus derselben Quelle etwas später: „Auch gendertheoretisch inspirierte Einwände wie die Gefahr der ‚Dramatisierung des Geschlechterunterschieds‘ durch GM erfordern eine fortwährende Reflexion der eigenen Annahmen und Grundkonzepte vor allem durch diejenigen, die GM in die Institutionen hineintragen möchten.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 205).

Und „Frauenpolitik setzt Gewissheiten über das Frausein und - komplementär - über das Mannsein voraus. Gender Mainstreaming ist nicht gegen die Gefahr gefeit, diesen essentialistischen Ansatz zu perpetuieren und die Geschlechternormierungen und Geschlechterkonstruktionen zu reproduzieren.“ (Schenk, 2004, S. 216).

Dieser vereinfachende Dualismus wird von vielen Autorinnen als Problem gesehen. „Aber selbst innerhalb der konzeptionellen Auseinandersetzung um Gender und Entwicklung erfolgt eine starke Vereinfachung. In der entwicklungspolitischen Diskussion werden selten die vielfältigen Identitäten von Frauen und Männern differenziert, die eigentlich in der Gender-Theorie aufgehoben sind. Es wird ein Dualismus Mann-Frau konstruiert, der keine Abweichungen zulässt - und das weltweit. Das ist insofern problematisch, als es bei einem sozial konstruierten Geschlecht potenziell für jede/n eine Bandbreite an Rollen und nicht nur ‚zwei Genders‘ geben kann ... Leicht wird von ‚den‘ Interessen der Frauen gesprochen und selten werden die divergierenden Interessen von Männern beschrieben.“ (Callenius, 2002, S. 72).

Die gleiche Ansicht aus männlicher Perspektive: „Andererseits hat das Konzept Gender Mainstreaming auch Grenzen: Der Analysebegriff Gender basiert auf der Vorstellung von kultureller Hegemonie. Das beinhaltet, dass die Vorherrschaft einer Gruppe durch die beherrschten Gruppen mitgetragen wird. Diese kulturelle Hegemonie, diese Unterstützung der bestehenden Geschlechterhierarchie durch fast alle wird aber im Handlungskonzept Gender Mainstreaming nicht grundlegend thematisiert und kritisiert. Gender Mainstreaming setzt nur positiv auf die Überzeugungskraft logischer Argumente. Man geht davon aus, dass alle interessiert sind, gerecht zu allen MitarbeiterInnen zu sein und nebenbei noch ein besseres Arbeitsergebnis zu erreichen. Das ist pragmatisch sicherlich geschickt und spricht auch Männer an. Doch nur durch dieses Interesse wird sich die brüderliche und schwesterliche Vielfalt der Kulturen noch nicht herstellen.

Gender Mainstreaming nimmt zudem seinen grundlegenden Begriff Gender nicht ernst genug, wenn nur zwei Geschlechter gegeneinander gesetzt werden. Diese Polarisierung von Geschlechterverhältnissen wollen Queer-Aktivist:innen als konstruiert entlarven, z. B. indem sie sich der Zuordnung zu einem Geschlecht entziehen und ihre Umwelt so in ihren Wahrnehmungsgewohnheiten irritieren.“ (Höyng, 2002, S. 217).

In diesem Zusammenhang der neuen Geschlechterpolarisierung läuft auch der gelegentlich hoch gelobte weibliche Führungsstil Gefahr, in historisierender Weise instrumentalisiert zu werden: „Ein Beispiel für eine solche differenztheoretisch gestützte Argumentation ist die Begründung der Forderung nach der Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen mit Verweis auf einen typisch weiblichen Führungsstil, der für modernes Management besonders gut geeignet sei ...

Einwände gegen derartige ‚Differenz‘-Positionen heben in der Regel zwei Kritikpunkte hervor: Zum einen würden diese die häusliche Arbeitsteilung und geschlechtstypische Kompetenzverteilungen nicht antasten, sondern im Gegenteil zementieren; zum anderen würden sie mit der Betonung weiblich-mütterlicher Eigenschaften Gefahr laufen, Weiblichkeit zu ‚ikonisieren‘. Damit würden klischeehafte Vorstellungen der Kompetenzen von Frauen tradiert, die historisch immer dazu hergehalten haben, Frauen von gesellschaftlichen Machtpositionen fernzuhalten und die ihre gleichberechtigte Integration in die Berufswelt behinderten.“ (Knapp, 2004, S. 153f.).

### 2.6.3 Delegation von Gender Mainstreaming

Auch die klassische Frauenförderung war bereits Querschnittsaufgabe. Die Verwaltungsreformen versahen diesen allseits verbindlichen Ansatz mit der Bekräftigung ‚Gemeinschaftsaufgabe‘. Die Praxis zeigte hier jedoch von Beginn an ein ambivalentes Bild. Durch die Gründung von Frauenbüros und Gleichstellungsstellen erhielt die Aufgabe zwar geregelte Zuständigkeit, punktuelle Professionalisierung und vor allem die öffentlichkeitswirksame Definition des politischen Willens, gleichfalls barg diese Organisationsform die Gefahr, den Arbeitsauftrag im Status eines Projektes - unter vielen - verharren zu lassen und die Aufgabe für erledigt zu erklären. „Dies steht aber deutlich im Gegensatz dazu, dass Frauenpolitik als ein Querschnittsthema gilt, das aufgrund seiner Bedeutung eigentlich zu einem übergreifenden Thema und

Bereich für die gesamte Verwaltung werden sollte, z. B. in Form einer Gemeinschaftsaufgabe oder einer Leitlinie.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 132). So blieb Gleichstellungspolitik auch im Prozess der Verwaltungsreformen vielerorts Fremdkörper, Einzelprojekt und von nachrangigem Interesse.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch die Gemeinschaftsaufgabe Gender Mainstreaming zunächst mit diesem Mechanismus angegangen wird. Dazu auch Kapitel 2.4.1. „Ebenfalls auf kommunaler Ebene zeigt sich, dass die Wahrnehmung der Aufgabe ‚Gender Mainstreaming‘ durch alle Verantwortlichen in der Kommune noch nicht erfolgreich umgesetzt wird.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 214).

In den Berichten von Gleichstellungsbeauftragten zum Fortschritt von Gender Mainstreaming in Kommunen und Hochschulen wird die Fokussierung auf die frauenpolitischen Akteurinnen bedauert. Diese werden wieder in die Rolle der Bittstellerinnen gedrängt, die das wichtige Verwaltungshandeln durch Drängen auf Umsetzung ihrer randständigen Interessen behindern. „Auch die Entwicklungen in der als kommunale Vorreiterin bekannten Stadt Stuttgart stimmen eher nachdenklich: Im Zuge der Implementierung des Gender Mainstreaming wurde das Frauenbüro umbenannt in ‚Stabsstelle für die individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern‘ - ein Name, der sicherlich nicht unbedingt zur Sichtbarmachung struktureller Diskriminierungen beiträgt. Die Umsetzung des Gender Mainstreaming erfolgt dort im Rahmen der Gesamtsteuerung über die Stabsstelle Verwaltungsreform. 2001, nach einem Jahr Laufzeit, hatten 60 % aller Ämter das Gender Mainstreaming als Querschnittsziel in ihre Jahresprogramme aufgenommen, 20 % aller Ämter hatten konkrete Maßnahmen eingeleitet. Inhaltliche Ergebnisse liegen bisher nicht vor.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 215).

Gerade die systemkonforme Vorgehensweise und mangelnde Information sehen viele Autorinnen als Gefahr: „Für die Integration der Gleichstellungsorientierung bedarf es des massiven Wissenstransfers in die Organisationen. ... Der Transfer ist ein schwieriger Prozess, der angesichts der Wirkungsweisen von Geschlecht eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellt. Somit ist auch evident, dass GM Gefahr läuft, wie bereits andere geschlechterpolitische Strategien, ghettoisiert zu werden, z. B. in Pilotprojekten und gesondert geschaffenen Strukturen. Ein zentraler Knackpunkt der Umsetzung wird deshalb unter anderem der Übergang von Pilotprojekten in die Breitenanwendung und die sinnvolle Anwendung neuer Verfahren und erstellter Instrumente in den Arbeitsroutinen sein.“ (Frey/Kuhl, 2004, S. 205).

Männlicher Selbsteinschätzung ist zu entnehmen: „Männer wurden bislang recht pauschal als die Verhinderer der beruflichen Gleichstellung der Frauen angeführt. Ihre Haltungen und Verhaltensweisen wurden dabei selten genauer analysiert. Jetzt aber, im Zuge der Begeisterung für Gender Mainstreaming, soll Gleichstellung von der Führungsebene top-down in alle Ressorts gebracht werden - überwiegend also von denselben männlichen Führungskräften, die bislang nur als Verhinderer galten. An den Führungsmännern hat sich nicht viel gewandelt. Warum sollten diese Männer jetzt an Gleichstellung interessiert sein?“ (Höyng, 2002, S. 199).

Gender Mainstreaming als Durchsetzungsauftrag kann nicht verweigert werden. Bei mangelndem Umsetzungswillen kann jedoch die Strategie verfolgt werden, Geschlechterdifferenzen zu marginalisieren, Verantwortlichkeit auf Projektebene zu delegieren und bei der Ressourcenbewilligung auf den Status quo zu verweisen.

Dem entsprechend ergeben sich aus der Zusammenfassung von Praxisberichten „folgende Konfliktpunkte bei der Umsetzung des Gender Mainstreaming:

1. Gender Mainstreaming wird gegen Frauenpolitik ausgespielt, d. h. dazu benutzt, spezifische Programme zur Frauenförderung abzuschaffen bzw. Stellen in den Frauen- und Gleichstellungsbüros zu reduzieren.
2. Der politische Wille zur Umsetzung ist in den Organisationen nicht vorhanden.
3. Gender Mainstreaming-Prozesse haben bisher zumeist Modellcharakter, es findet keine durchgängige Umsetzung statt, obwohl entscheidender Bestandteil des Konzeptes ist, dass Gender Mainstreaming überall und in allen Politiken umgesetzt wird (also als Querschnittsaufgabe).
4. Eine Umverteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für Frauenpolitik/Gender Mainstreaming - auf Männer, auf Leitungspersonen - findet nicht statt, die FGb bleiben die entscheidenden Akteurinnen.
5. Es fehlen Sanktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung des Gender Mainstreaming.“ (Rudolph/Schirmer, 2004, S. 216).

#### 2.6.4 Gender Mainstreaming aus patriarchaler Sicht

Gender Mainstreaming ist ein Prozess der Kulturveränderung, der eine win-win-Situation anstrebt, jedoch gleichzeitig das Teilen von Ressourcen impliziert. Es ist daher notwendig, spätestens in diesem Kontext der Kritikpunkte die Haltung der Ressourcenbesitzer aus ihrer eigenen Sicht darzulegen. „Individuelle deutlich frauen-

feindliche Aktionen von Männern treten zu selten auf, um klare Geschlechterhierarchie in Organisationen zu erklären. Die Ausgrenzung von Frauen ist deshalb vor allem im informellen Bereich zu suchen. Geschlechterhierarchie kann als eine kulturelle Hegemonie des männlichen Geschlechts verstanden werden, die im Berufsleben von Männern, aber auch von Frauen fortwährend reproduziert wird. Gemeinsam wird eine Arbeitskultur geschaffen, die auf immer neue Weise eine Vorherrschaft von Männern sichert. Diese sind die Hauptgewinner einer solchen Kultur. Den Preis zahlen vor allem Frauen, in unterschiedlichem Maße aber auch Männer.“ (Höyng, 2002, S. 200).

„Bei der Untersuchung von individuellen Reaktionen auf Gleichstellung zeigt sich, das lässt sich hier verallgemeinern, bei allen Männern eine ungeheure Diskrepanz zwischen egalitärem Bewusstsein und konkretem Verhalten.

In ihrer Haltung zu Gleichstellung zeigen sie große Aufgeschlossenheit. Durchgängig bejahen Männer das Prinzip, dass Frauen und Männer gleiche Rechte, Chancen und Stellungen haben sollen und erkennen auch die Notwendigkeit von Gleichstellungsmaßnahmen an. Trotz dieser durchgängig egalitären Einstellung verharren Männer aber in Untätigkeit. Viele beurteilen Gleichstellungsmaßnahmen skeptisch, manche lehnen jeden Schritt und jede Maßnahme zur Schaffung von Gleichstellung ab.

Geschlechterdifferenzen und Diskriminierungen können auch kaum in Abstraktion vom eigenen Geschlecht wahrgenommen werden, eigene Interessen werden als allgemeine wahrgenommen. Den Widerspruch zwischen ihrer positiven Einstellung zur Gleichstellung und ihrer Untätigkeit bei der Herstellung von Gleichheit können Männer dadurch aushalten, dass sie geschlechtsspezifische Diskriminierung und Differenz nur selektiv wahrnehmen. Die Betrachtung durch die Brille der eigenen Interessen heißt für Männer, die Diskriminierungen von Frauen zwar grundsätzlich, gesamtgesellschaftlich anzuerkennen. In ihrem eigenen Arbeitsumfeld aber überschätzen sie den bereits erreichten Stand der Gleichstellung erheblich.“ (Höyng, 2002, S. 201).

Der Autor identifiziert die Wahrnehmung von Geschlechterdifferenzen durch Männer in einer ‚männerbündischen Arbeitskultur‘ als ‚interessengeleitete Nichtwahrnehmung‘, und stellt die These auf, „dass die aktuellen Gleichstellungsmaßnahmen die Arbeitskultur kaum, die soziale Praxis von Männern gar nicht thematisieren - und damit zu kurz greifen“ (Höyng, 2002, S. 210).

Der Autor schätzt das Konzept Gender Mainstreaming als umfassenderen Ansatz ein: „Die in der Analyse angeführten Hindernisse für Gleichstellung, die Wahrnehmung von Männern, die männerbündische Arbeitskultur, aber auch die Organisationsstruktur werden durch das Konzept des Gender Mainstreaming eher thematisiert als durch andere Gleichstellungskonzepte.“ (Höyng, 2002, S. 217).

Allerdings ist Gender Mainstreaming per se noch „kein Konzept zur Veränderung und Kultur unserer Gesellschaft. Es kann darauf nur zusammen mit anderen geschlechterbewussten Ansätzen einwirken: Grundlegende Kritik und Aktionen, Geschlechterforschung und eine breite gesellschaftliche Debatte von Zielen und Utopien sind ebenso notwendig. Denn Gender Mainstreaming soll die Frauenbewegung nicht ablösen. Ein Gleichstellungskonzept für Organisationen kann gesellschaftspolitisches Engagement in keiner Weise ersetzen. Es steht nicht für eine neue soziale Bewegung und kann eine solche auch nicht auslösen“ (Höyng, 2002, S. 217f.).

Auch im Ausblick bleibt der Autor zurückhaltend: „Eine Veränderung auf der Ebene der Arbeitskultur scheitert bislang an der männerbündischen Kontinuität im Wechsel der vorherrschenden Protagonisten. Immer wieder neue informelle Gruppierungen gelangen im Kampf um die Vorherrschaft an die Spitze. Doch sie zeigen (fast) die gleichen Dominanzmuster wie die alten Gruppen, sondern sich ab, grenzen nach den selben Prinzipien aus. Dabei könnte dieser Wandel auch eine Öffnung und den Abbau alter Ausschlussmechanismen beinhalten. ...

Auf die kulturelle Hegemonie von Männern, auf dieses Konglomerat von je nach Situation verschiedenen kleinen Gewinnen, die jeder und jede aus den Geschlechterhierarchien herausziehen kann, brauchen wir im Beruf Vielfalt und Durchlässigkeit, eine lebensvolle Arbeitskultur als Antwort. Die gegenwärtige Auflösung von klassischen (männlichen) Erwerbsstrukturen bietet dazu eine Chance, auch wenn Vieles dagegen steht.“ (Höyng, 2002, S. 228).

Um dem Autor nicht Unrecht zu tun, muss gesagt werden, dass aus zielführenden Gründen dieses Kapitels vorrangig die Kritikpunkte exzerpiert wurden. Seine Gesamtdarstellung ist durchgängig aufklärerisch, abwägend und von Neugier auf das Gender-Prinzip geprägt.

Skepsis wie Aufgeschlossenheit und nunmehr auch Ungeduld aus Sicht eines ebenfalls in den Prozess Involvierten: „Aber aller richtigen Analysen und Einschätzungen zum Trotz: Gender Mainstreaming ist so richtig noch nirgendwo angekommen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass sich alle Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

wesentlich intensiver und verbindlicher als bisher das Prinzip des Gender Mainstreaming zu eigen machen und in alltägliche Praxis umsetzen. Wer sind die Haupt-Akteure? ... Unternehmen mit Gender-Ambitionen sind nicht die Regel, aber dennoch über den Exoten-Status hinaus. Vor allem international agierende Konzerne haben zum Beispiel über Betriebs- oder spezifische Zielvereinbarungen Fakten geschaffen. ...

Für die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände in Deutschland selbst ist Gender Mainstreaming allerdings weitestgehend noch ein Buch mit sieben Siegeln. Ein Fremdwort, nicht nur im wörtlichen, sondern auch im übertragenen Sinn. Für so manche Verbandsvertreter tut sich hier eine gefährliche Entwicklung auf, mit drohenden neuen Belastungen für die Unternehmen.“ (Lang, 2004, S. 141).

Den Gewerkschaften wird hier zum Thema Frauenpolitik traditionelle Reformkraft und Fortschrittlichkeit attestiert, aber im Bereich Politik Handlungsbedarf gesehen: „Um die Zukunft des Wirtschafts- und Lebensstandortes Deutschland zu sichern, muss für die Politik Gender Mainstreaming das wichtigste Projekt überhaupt werden. Denn: Gender Mainstreaming ist ‚das‘ zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierungsprojekt des nächsten Jahrzehnts. Vor allem angesichts der demografischen Entwicklung.

Kurzfristig geht es um eine frauenfreundlichere, mittel- und langfristig auch um eine familien- und kinderfreundlichere Gesellschaft. Wer dieses Ziel erreichen will, muss ‚alle‘ politischen Projekte von Anfang an ‚gendern‘.

Davon scheint die Bundesregierung noch meilenweit entfernt. Oder gibt es irgendwelche Analysen und Aussagen über die geschlechterspezifischen Auswirkungen der geplanten Rentenreform, der beschlossenen Gesundheitsreform, der weitreichenden Arbeitsmarktreformen, der Steuerreform - um nur die wichtigsten Politikfelder zu nennen? Oder werden die bildungs- und qualifizierungspolitischen Reformprojekte ‚gegendert‘?“ (Lang, 2004, S. 143).

Mehr Druck für Geschlechtergerechtigkeit wird gefordert, denn „es geht nicht nur um emanzipatorische Interessen. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit und Konkurrenzkraft des Wirtschafts- und Lebensstandortes.“ (Lang, 2004, S. 144).

Tomas Wetterberg, Soziologe und im Schwedischen Wirtschaftsministerium zuständig für Gleichberechtigungsfragen aus der Warte der Männer, beschäftigt sich mit der ‚männlichen Strategie der Unterordnung‘: „Wenn es so aussieht, als würden Männer das gesamte gesellschaftliche System steuern - was sollte sie dazu bringen,

im eigenen Heim mit einer nur unterbelichteten Position zufrieden zu sein? Sind da vielleicht die gleichen Mechanismen im Spiel, die ihnen beispielsweise beim Elternurlaub Enthaltsamkeit auferlegen? Oder den Biss vermissen lassen, einen traditionell von Frauen belegten Arbeitsplatz erobern zu wollen? Natürlich kann es so sein, dass die Frauen ganz gezielt auf bestimmte Verantwortlichkeiten festgenagelt werden, damit der Mann unbehelligt seinem Macht- und Karrierehunger frönen kann. Auf der anderen Seite: Wer kann ausschließen, dass es nicht um etwas ganz anderes geht? Nämlich um die Angst des Mannes, dominiert zu werden. Und das speziell von Frauen. ...

In dem Kampf gegen die Dominanz anderer eignet sich der Mann eine Sprache und Kultur an, die sich widerspiegelt in weiten Teilen der männlichen Geschichte.“ (Wetterberg, 2004, S. 92f.).

Die Analyse männlicher Haltung zu Beruf und Familie mündet in die Vermutung: „Vielleicht ist ja was dran an der Beobachtung, der Mann sei das eigentliche Hindernis auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit. Oder gibt es überzeugende Argumente, dass auch die Männer von Gleichberechtigung profitieren?“ (Wetterberg, 2004, S. 97).

Nach Überzeugung des Autors „gibt es drei Hauptursachen dafür, dass es so enorm schwer ist, die Männer für die Gleichberechtigungs-Arbeit zu gewinnen:

- Männer haben generell mehr Macht als Frauen und nur ganz vereinzelte Männer geben etwas von dieser Macht ab, bevor sie nicht genau wissen, was sie stattdessen bekommen.
- Männer haben auch, insgesamt gesehen, höhere Einkommen als Frauen und es gibt kaum Männer, die einen Stillstand in der Lohnentwicklung akzeptieren würden. Darüberhinaus gibt es immer noch das Bild des Mannes als Ernährer der Familie. Zumindest als Hauptversorger.
- Und natürlich ist es ein Privileg, die Norm zu sein für das, was das richtige ist.“ (Wetterberg, 2004, S. 98f.).

Vollends aus der Theorie herausgeholt wird der Konflikt durch die persönliche Betroffenheit als Ehemann und vor allem als Vater von Töchtern: „Wenn es um Kinder geht und darum, dass die etwas mit beiden Elternteilen zu tun haben sollten, dann sind wir dabei. Kommt das Recht der Frauen auf gleichwertigen Lohn bei gleichwertiger Arbeit aufs Tapet, werden wir schon ein bisschen zögerlicher. Auch wenn wir der Meinung sind, dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Oder eine Frau oder



Tochter haben, die eindeutig nicht gleichwertig entlohnt ist. Wenn die Gleichberechtigungsfrage dann den Punkt männliche Gewalt gegen Frauen erreicht, wollen wir eigentlich nur noch abhauen. Selbst dann, wenn wir uns vorstellen, die eigene Tochter könnte dieser Gewalt ausgesetzt sein.“ (Wetterberg, 2004, S. 98).

„Gleichberechtigung ist eine Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie. Wir sind alle Hähne und Hennen und die Erziehung leistet gute Arbeit, damit die negativen Muster dieser Rollen auch aufrechterhalten bleiben. Wir nennen das dann männlich und weiblich.“ (Wetterberg, 2004, S. 100).

Bei aller Kritik und Selbstkritik schließt auch dieser Autor versöhnlich: „Ich glaube nicht, dass Männer generell egoistischer sind als Frauen. Aber Männer haben es doch als etwas fast Selbstverständliches gelernt, sich im Verhältnis zu Frauen und deren Aufgaben in einer übergeordneten Position zu fühlen. Genau das muss geändert werden. Und meine Überzeugung ist, dass Männer das auch ändern wollen.“ (Wetterberg, 2004, S. 101).

Eine weitere männliche Position zum patriarchalen Widerstand gegen den Gender-Ansatz: „Es ist wahr: Frauen sind noch immer benachteiligt in Wirtschaft und Gesellschaft. Eine gläserne Decke scheint sie zu trennen von Führungspositionen, wo immer man auch hinschaut. An den Universitäten sind sie deutlich unterrepräsentiert, nicht bei den Studenten, wohl aber bei den Professoren. Es gilt hier wie andernorts die soziologische Regel: Je weiter es nach oben geht, umso weniger Frauen wird man finden. ... Nur wenn man nach unten schaut auf der sozialen Leiter, sind sie überrepräsentiert, so etwa in den vielen frauentypischen Berufen.

Das ist die eine Geschichte. Sie erzählt von Defiziten und Benachteiligungen, von Ungleichheiten und von Ungerechtigkeiten, die Frauen immer wieder und aller Orten erfahren.“ (Dettling, 2004, S. 102).

Und natürlich wendet sich der Autor in seinen nachfolgenden Ausführungen dem Gender-Ansatz zu, sonst wären sie in dieser Quelle nicht enthalten.

In diesem Kapitel über Risiken und Kritik des Gender-Prinzips sind zwei Kerngedanken immer noch und nun wieder bemerkenswert:

- Das jahrelange Aufbegehren der Frauen hat Erfolge gezeitigt und doch sind die Basisstrukturen in allen Bereichen patriarchal gefestigt und einseitig interessengeleitet geblieben.

- In dieser Kultur hat es der Gender-Terminus erreicht, mit geradezu revolutionärer Kraft - und dennoch auf den offiziellen Wegen - den öffentlichen Diskurs zu durchdringen.

## 2.7 Gender Mainstreaming und Gender Budget

Dem Gender Mainstreaming wurde in dieser Arbeit breiter Raum gewidmet, weil

- es sich um ein multidimensionales Konzept handelt,
- einen neuen Denk- und Wissenschaftsansatz, der sich gleichzeitig ohne seine historische Mitgift nicht ausreichend erschließt,
- ebenfalls deutlich werden muss, dass die Erfolgsgeschichte seiner Idee noch in grundlegendem Widerspruch zum Realisierungsstadium steht,
- der gesellschaftspolitische Ansatz herausgearbeitet werden muss, als Auslöser und Bedingung für das Change Management in Unternehmen und Verwaltungen,
- das Konzept die Chance eines grundlegenden Kulturwandels in sich birgt, wie auch das Risiko multipler interessengeleiteter Interpretation,
- das Prinzip gleichermaßen einen umfassenden Anspruch erhebt, wie auch geeignet erscheint, als Management-Tool - unter vielen - diminuiert zu werden,
- und die zielführende Stringenz dieser Arbeit daher zunächst den thematischen Kontext und wichtige Kausalzusammenhänge eruieren und tiefgreifend untersuchen musste.

Ebenfalls aus Gründen der Zielführung wurde bei dieser Analyse der Spezialaspekt des Gender Budgeting zwar im Kontext, z. B. als Kapitel 2.3.2.3 erwähnt, in allen weiteren tangentialen Bereichen jedoch zunächst umgangen und ausgespart, zugunsten der nachfolgend konzentrierten und differenzierten Betrachtung.

In der Praxis werden konzeptionelle Verflechtung und Interdependenz von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting spätestens in der Phase der Realisierungsprozesse verstärkt zutage treten. „Die Veränderung des Geschlechterverhältnisses von einem ungleichen zu einem gleichberechtigten Verhältnis zwischen Frauen und Männern kann nur über die Umverteilung von Ressourcen und die Unterstützung des Gender-Mainstreaming-Prozesses durch ausreichende finanzielle Mittel erfolgreich umgesetzt werden. Ein konsequenter Gender-Mainstreaming-Prozess wird also im-

mer auch auf die Frage nach der Verteilung der finanziellen Ressourcen stoßen und damit auf Gender Budgeting.“ (Erbe, 2004, S. 291).

### **3 Das Instrument Gender Budget**

Gender Budget ist das finanzpolitische Instrument innerhalb der Gender Mainstreaming-Strategie und Bestandteil ihrer Durchsetzung. Gender Budget bezieht sich zunächst auf die öffentlichen Haushalte, wäre jedoch für Wirtschaft und Privathaushalt in gleicher Weise geeignet.

#### **3.1 Definition und Adaption**

Terminologisch durchgesetzt hat sich die parallele Verwendung der Begriffe ‚Gender Budget‘ für Ziel und Ergebnis des geschlechterspezifischen Haushalts und ‚Gender Budgeting‘ für den Prozess der Einführung und der kontinuierlichen Handhabung des geschlechterspezifischen Haushalts.

Die soeben verwendete wörtliche Übersetzung ins Deutsche, ‚geschlechterspezifischer Haushalt‘ und die Varianten ‚geschlechterbezogener‘, ‚geschlechterorientierter‘ oder ‚geschlechterrelevanter Haushalt‘ sind hier wenig gebräuchlich, vielmehr haben sich die Termini ‚geschlechtergerechter Haushalt‘ oder ‚geschlechterdemokratischer Haushalt‘ geprägt, seltener auch ‚geschlechtersensitiver‘ oder ‚geschlechtersensibler Haushalt‘, mit stärker zielorientierter Ausrichtung.

Wie bereits dargelegt anhand der Begriffe ‚Gender‘ und ‚Gender Mainstreaming‘, adaptiert der deutsche Sprachgebrauch auch hier die internationalen Originalversionen ‚Gender Budget‘ und ‚Gender Budgeting‘.

Ebenfalls weltweit durchgesetzt hat sich der Terminus ‚Engendering Budgets‘. „‚Engendering‘ drückt aus, dass organisatorisch und analytisch ein Prozess in Gang gesetzt wird, dass Geschlechterverhältnisse zum Thema gemacht werden.“ (Madörin, 2004, S. 24).

Für den Umgang mit öffentlichen Haushalten gilt zunächst: „Geld ist abstrakt. Weder Mann noch Frau sehen ihm an, woher es kommt und wohin es wandert. Am Ende des Jahres ist der Haushalt entweder ausgeglichen oder es gibt einen Überschuss bzw. ein Loch in der Kasse. Sind Schulden männlich? Ist die Staatsquote weiblich? Sind hohe Personalkosten geschlechtergerecht?

Der neue Ansatz des Gender Budgeting begäbe sich auf einen grundlegenden Irrweg, wenn er sich auf der Makroebene der finanzpolitischen Diskussion über Investitionsquoten oder Zins-Steuer-Relationen verlaufen würde. Auf der Ebene der allgemeinen Haushaltsanalyse sind alle Kennziffern so abstrakt wie das Geld und weitgehend gleichgültig gegenüber qualitativen Aspekten, mithin auch gleichgültig gegenüber dem Kriterium der Geschlechtergerechtigkeit.“ (Rapp/Rudel, 2002, S. 17f.).

Bei eingehender Beschäftigung mit einem Haushalt zeigt sich schnell, dass Auswirkungen und Nutzen keineswegs und bei keinem Ansatz so geschlechterneutral sind, wie es die Positionen und Zahlen suggerieren. „Grundgedanke des Gender Budgeting ist: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik. Denn selbst Politikbereiche wie Wirtschafts- und Verkehrspolitik und innere Sicherheit haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Ungleichheit der Geschlechter.“ (Rapp/Rudel, 2002, S. 16).

‘Budget’ im Begriff ‘Gender Budgeting’ steht für den öffentlichen Haushalt des Bundes, der Länder und der Kommunen. „In die Analyse werden alle öffentlichen Einnahmen und Ausgaben und die dahinterstehenden politischen Strategien einbezogen: Wer wird zur Kasse gebeten und wer wird gefördert? Welche Prioritäten werden gesetzt? Wo steuert der Staat und wo überlässt er es dem freien Markt? Im Haushalt spiegelt sich das gesamte Verwaltungshandeln wider. Gender Budgeting ist eine Strategie im Rahmen des Prinzips des ‚Gender Mainstreamings‘ in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. ...

Deshalb verlangt Gender Budgeting auch keinen separaten Haushalt für Frauen, sondern die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Phasen und Bereiche von Haushaltspolitik. Die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit wird zu einer professionellen Querschnittsaufgabe für alle Verantwortlichen in der Verwaltung - Frauen ‚und‘ Männer. Mithilfe des Instrumentariums Gender Budgeting werden die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen öffentlicher Einnahmen und Ausgaben auf die soziale und ökonomische Situation von Frauen und Männern gemessen. Durch die Darlegung der entsprechenden Zahlen und Zusammenhänge wird transparent gemacht, was die öffentliche Hand für die Gleichstellung von Frauen und Männern unternimmt. Sie stellen die Grundlage für eine öffentliche Debatte über die zukünftige Prioritätensetzung in den jeweiligen öffentlichen Haushalten dar. An dieser Debatte über eine ausgewogene Verteilung der vorhandenen Ressourcen sollen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Die geschlechtsdifferenzierte Budget-

Analyse erfolgt kontinuierlich und macht damit langfristig den Erfolg von geschlechtergerechter Politik messbar.“ (Erbe, 2003, S. 10f.).

Gender Budgeting beinhaltet, in alle Phasen, also Konzeption, Planung, Umsetzung, Kontrolle und Wirkungsanalyse der haushaltspolitischen Entscheidungsprozesse die Perspektive der Geschlechterverhältnisse einzubeziehen und die Auswirkungen haushaltspolitischer Maßnahmen, d. h. aller öffentlichen Einnahmen und Ausgaben, auf die soziale und ökonomische Situation von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebenslagen zu untersuchen und unter dem Gesichtspunkt möglicher Benachteiligung aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit zu bewerten. Die Idee von Gender Budgeting ist, die Auswirkungen von Haushaltspolitik auf die Geschlechterverhältnisse zu berücksichtigen und die Gleichstellung von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebenslagen anzustreben (vgl. Kletzing, 2004, S. 56f.).

In diesem Sinn dient Gender Budgeting als gleichstellungspolitisches Steuerungsinstrument.

### 3.2 Herkunft und Verbreitung

Im vorangegangenen Kapitel wurde das Gender Budget als Bestandteil und finanzpolitischer Aspekt des Gender Mainstreaming identifiziert. In diesem gleichstellungspolitischen Kontext ist es systemtheoretisch verortet und auch instrumentell angesiedelt.

Dieser prozessuelle Rahmen darf jedoch den Blick nicht verengen und Gender Budget eindimensional als Baustein verwaltungsreformerischer Bemühungen relativieren und somit gegebenenfalls marginalisieren. Auch hier wie bereits bei den Gender Trainings in Kapitel 2.3.3 liegen die Wurzeln tiefer und gehen auf eine differenzierte und mühevollen Entstehungsgeschichte innerhalb der internationalen Entwicklungspolitik zurück. „Seinen Ursprung hat das Konzept des Gender Budget in der Entwicklungstheorie und -politik, wo seit Mitte der achtziger Jahre kontrovers über Effektivität und Effizienz sowie verteilungspolitische Aspekte marktliberaler Entwicklungsstrategien diskutiert wird. Die sozialen Kosten der von den Washington-Institutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) durchgesetzten Strukturanpassungsmaßnahmen in den Ländern der Dritten Welt werden immer offensichtlicher, so dass sich die Frage stellt, ob eine restriktive Fiskalpolitik und die Liberalisierung der Märkte schwerwiegendere Konsequenzen für Frauen als für Männer haben ... Auch

wird die Hypothese untersucht, ob Männer und Frauen in unterschiedlichem Maße zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum und damit zur Wirtschaftsentwicklung beitragen, weil sich das Konsumverhalten von Haushalten bzw. das Investitions- und Exportverhalten von (Klein- bzw. Kleinst-) Unternehmen danach unterscheiden kann, ob Haushaltsvorstand bzw. Unternehmer männlich oder weiblich sind ... In der entwicklungspolitischen und -theoretischen Debatte setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die Verbesserung der Wohlfahrtswirkungen sowie der Wachstums- und Verteilungswirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen auch von der Berücksichtigung bestehender geschlechtsspezifischer Unterschiede (etwa hinsichtlich des Zugangs zu Güter- und Faktormärkten oder der Möglichkeit zur Bildung von Humankapital ...) sowie unterschiedlicher Auswirkungen öffentlicher Ausgaben auf Frauen und Männer abhängt.

Gender Budgets wurden ursprünglich als ein zentrales Instrument zur Integration dieser Aspekte in die Haushaltspolitik von Entwicklungsländern entwickelt.“ (Schratzestaller, 2002, S. 136f.).

In den 1990er Jahren hat das Konzept des Gender Budget Eingang in die feministischen wirtschaftspolitischen Debatten der westlichen Industrieländer gefunden. „Die 189 Staaten, die im Jahr 1995 an der Weltfrauenkonferenz in Peking teilnahmen, vereinbarten die regelmäßige Analyse der staatlichen Haushalte aus einer Geschlechterperspektive. Generelle Zielsetzung solcher unter dem Überbegriff ‚Gender Budgets‘ zusammengefasster Ansätze ist dabei die Identifizierung unterschiedlicher Auswirkungen öffentlicher Einnahmen und Ausgaben auf die soziale und ökonomische Situation von Männern und Frauen und - wo erforderlich - eine entsprechende Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte. Sieben Jahre nach diesem Übereinkommen gibt es in Deutschland nach wie vor keine offiziellen Initiativen zu dessen Umsetzung. Erst allmählich werden in den Geisteswissenschaften, noch zögerlicher in den Wirtschaftswissenschaften, die aus dem angelsächsischen Ausland vorliegenden Beiträge zu den theoretischen Grundlagen und der praktischen Anwendung des Gender-Budget-Konzepts rezipiert ...“ (Schratzestaller, 2002, S. 133).

Und eine weitere Quelle zur internationalen Herkunft des Gender Budgeting und zum verspäteten Interesse der Deutschen: „Bemerkenswert ist die weltweit nahezu uneingeschränkt positive Einschätzung von Gender Budgeting als Chance, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Die Hoffnung ist groß - darauf deutet zumindest die Gründungswelle so genannter ‚Gender Budget-Initiativen‘ seit Mitte der 1990er

Jahre hin. Die internationale Popularität von Gender Budgeting ist maßgeblich auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und die finanzielle sowie die konzeptionelle Unterstützung von Gender Budget-Initiativen in den Ländern des Südens durch bilaterale Geberorganisationen zurückzuführen. Diese Initiativen erleben international einen enormen Zuspruch und existieren indessen in über vierzig Ländern. In den vergangenen Jahren fand Gender Budgeting seinen Weg allmählich nach Europa - und ganz langsam auch nach Deutschland.“ (Çağlar, 2004, S. 124).

Ginge es nur um Geschlechtergerechtigkeit, so wäre wohl der zu verzeichnende Zuspruch zu diesem Konzept nicht so universell und flächendeckend. Frühe Erfolge in den Herkunftsländern machen das Prinzip interessant und versprechen Lösungsansätze auf makroökonomischer Ebene: „Vor allem Frauen aus der südlichen Hemisphäre stellten 1995 auf der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking praktische Erfahrungen mit Gender Budgeting vor, die sie aus der Not ihrer in der Schuldenfalle steckenden Länder und einer ungetrübten ökonomischen Anspruchshaltung heraus zur Armutsbekämpfung entwickelt haben. Bei der Folgeveranstaltung im Jahr 2000 in New York wurde Gender Budgeting als ‚die‘ Innovation allen Staaten als Teil der Gender-Mainstreaming-Prozesse empfohlen.“ (Rapp/Rudel, 2002, S. 16).

Die Quellen konzedieren, dass die Gender Budget-Analyse als Element des Gender Mainstreaming gesehen werden kann, „jedoch hat Gender Budgeting eine eigene Geschichte und entsprechend einen eigenen Diskurs. Vor allem auf der Ebene nationaler Staatshaushalte haben sich gegen Ende der 90er Jahre eine Vielzahl von Gender-Budget-Initiativen gebildet, so zum Beispiel in Australien, Südafrika, Kanada und Tansania ... Heute bestehen in über 40 Ländern weltweit Budgeting-Initiativen in unterschiedlicher Form ... In Deutschland steckt eine Umsetzung von Gender-Budgeting - im Gegensatz zu Gender Mainstreaming - noch in den Kinderschuhen ... Ein Diskussionsstrang, der hier am Anfang stand und der wesentlich dazu beitrug, dass Gender auf Meso- und Makroebene thematisiert und analysiert wurde, war die feministische Kritik an Strukturanpassungsmaßnahmen. Die Ökonomin Diane Elson zeigte, wie durch Einsparungsmaßnahmen Kosten dadurch externalisiert werden, dass Regierungen Arbeit und damit Kosten in die Sphäre des Privaten, der ‚Care-Ökonomie‘ abwälzen, was sie dann als Einsparung innerhalb des Staatshaushaltes verbuchen ... Diese ‚Kosten‘ sichtbar zu machen, ist vorrangiges Ziel von Gender-Budget-Analysen. ...

Um eben diese Care-Ansätze gibt es seit den 80er Jahren erhebliche Auseinandersetzungen ... , die zu einem Care-Konzept führen sollen, das eben nicht ohne weiteres mit der Kategorie ‚Frauen‘ in Verbindung gebracht wird.“ (Frey, 2003, S. 121).

Neben der immer wieder genannten frühen australischen Initiative seit 1984 sind die meisten Aktivitäten seit Mitte der 1990er Jahre entstanden, so zum Beispiel auch „Analysen dreier Staaten ... , die sich freiwillig seit 1996 für Pilotprojekte der Gender-Budget-Initiative unter Führung des Commonwealth-Sekretariats zur Verfügung stellten: Südafrika, Sri Lanka und Barbados“ (Elson, 2002, S. 18).

Gerade die Bemühungen der Commonwealth-Länder um Gleichberechtigung und ‚non-discrimination‘ reichen bis ins Jahr 1971 zurück (vgl. Budlender, 2002, S. 7).

„Rahmenbedingungen und Prioritäten von Gender Budgets in Entwicklungsländern sind allerdings anders als in Industrieländern. Während Initiativen in Westeuropa, Nordamerika und Australien auf den wachsenden Druck auf die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen reagieren, stehen in Entwicklungsländern der Zugang zu Land, Krediten und Technologie, die Verbesserung der Situation von Frauen in der informellen Ökonomie sowie die negativen Auswirkungen von Strukturanpassungsmaßnahmen im Mittelpunkt ...

Insbesondere in der Entwicklungspolitik wird darüber hinaus seit einigen Jahren an der Entwicklung von ‚sustainable development budgets‘, ‚pro-poor budgets‘ oder ‚youth budgets‘ gearbeitet.“ (Schratzstaller, 2002, S. 137).

Zusammenfassend lässt sich über diese oft jahrzehntelangen Bemühungen sagen: „Die genderrelevanten Erkenntnisse aus der in den 90er Jahren entwickelten feministischen Makroökonomie haben zu der Forderung geführt, stärkeren Einfluß auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik auszuüben. Die ‚Gender-Budget-Initiative‘, die 1984 in Australien begann, geht von der Prämisse aus, daß der gesamte Staatshaushalt und seine einzelnen Teile unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer hat. Ziel dieser Initiative ist es, Budgetanalysen nach Geschlecht vorzunehmen, um sicherzustellen, daß Frauen den gleichen Zugang zu den öffentlichen Mitteln haben wie Männer.“ (Young, 2002, S. 5f.).

Die in vielen Teilen der Welt zu unterschiedlichen Zeiten entstandenen Initiativen haben heute defintorisch und politisch eine gemeinsame Ausrichtung: die internationalen Bestrebungen, den Gender-Aspekt in den Mainstream zu integrieren, auch mit Hilfe des finanzpolitischen Instrumentes Gender Budgeting.



### 3.3 Das Konzept des Gender Budget

„Der Staat rechnet auf allen Ebenen mit der unbezahlten Arbeit der Frauen. Aber er weist sie nicht in den Budgets als Posten aus: Dies deutlich in die Haushalte zu schreiben, würde schon ein Schritt des ‚gender budgeting‘-Prozesses sein. Der andere Schritt ist die Sicherstellung einer neuen, gerechten Umverteilung zumindest der steuerlich gemeinsam von den BürgerInnen zusammengetragenen Ressourcen der Haushalte.“ (Rapp/Rudel, 2002, S. 21).

#### 3.3.1 Die Ziele des Gender Budget

Angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität ist das Ziel die schrittweise Herstellung von Geschlechterdemokratie. Dieser Anspruch eignet sich in einer konsumorientierten Welt bestens für Boulevardpresse und Talkshow: ‚Schön, dass wir darüber gesprochen haben.‘ Finanz- und Haushaltspolitiker begegnen dem Thema auch lakonisch: „Gender Budget? - Kennen wir nicht, brauchen wir nicht, machen wir nicht.“ (Rapp/Rudel, 2002, S. 4).

Diese Einschätzung bestätigt sich bei einem Blick auf die weitere Quellenlage. Die Anzahl der seriösen Publikationen ist überschaubar und kommt überwiegend aus dem angloamerikanischen Raum. Die Gründe hierfür liegen in dem internationalen Ansatz der Thematik und ihrer Herkunft aus der Entwicklungspolitik.

Im deutschsprachigen Bereich sind es bisher nur wenige Wissenschaftlerinnen, die auf diesem Sektor forschen und publizieren. Die Zunahme der Fundstellen im Internet zeigt jedoch - bei allem Vorbehalt im Hinblick auf die Qualität einzelner Veröffentlichungen - , dass das Interesse wächst, auch in Deutschland.

Ziel und Aufgabe ist es daher zunächst, Bewusstsein zu schaffen, Transparenz herzustellen, Datenmaterial zu erheben und auszuwerten und auf dieser Basis eine Neuverteilung vorzunehmen. „Gerechtigkeit wäre erst hergestellt, wenn eine gerechte Beteiligung von Frauen und Männern an allen Entscheidungen über und Zugang zu materiellen und finanziellen oder materiell bemessenen Ressourcen auf der Welt garantiert ist. Diese Gerechtigkeit in der Ökonomie ist noch herzustellen. Gender Budgeting ist ein Instrument, das diese Gerechtigkeit zumindest über die öffentlichen regionalen, nationalen und internationalen Haushalte herstellen kann, denn diese sind zumindest in demokratischen und transparenten Staaten zugänglich und prüfbar und

über die Politik beeinflussbar. Schwieriger wird es sein, den nötigen Einfluss geltend zu machen, um auch die Privatwirtschaften und die globalisierten Märkte in Richtung Geschlechtergerechtigkeit zu verändern.“ (Rapp/Rudel, 2002, S. 21).

Das Autorenpaar konstatiert die gegenwärtige ‚Schieflage: Ein Geschlecht verfügt über alle Ressourcen, auch über Frauen‘, und will Gerechtigkeit hergestellt wissen „durch den Akt einer Umverteilung: Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, von Teil- und Vollzeitarbeit, von Arbeit in Führungspositionen und höheren und gutbezahlten Positionen, durch Ausbezahlung des gleichen Lohns bei gleichwertiger Arbeit, durch gerechten Mitbesitz und Mitverwaltung aller Güter und Ressourcen: Landbesitz, Verfügen über Wasser, Energie, Geld, Aktien, Immobilien, Macht und was sonst dazu gehört durch Frauen. Zudem muss das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens um- und durchgesetzt werden. ...

Die wichtigste Funktion der Zwei-Teilung der Geschlechter ist die ökonomische Unterdrückung des einen durch das andere. Wenn die entfällt, kommt die Vielfalt der Menschen noch mehr in den Blick und wird sich vermutlich auf die Volkswirtschaften, den Reichtum der Gesellschaften und Kulturen aber auch den inneren Frieden der Staaten und den Frieden zwischen den Staaten unvorstellbar positiv auswirken.“ (Rapp/Rudel, 2002, S. 22).

Und Gender Budgeting wird explizit als Instrument verstanden, dieses Ziel zu erreichen.

### 3.3.2 Planungsvoraussetzungen

„Das Gender Budget-Verfahren ist eine geschlechtersensible Analyse der öffentlichen Haushaltspolitik, die Auswirkungen von vorgeschlagenen oder bereits in Kraft getretenen haushaltspolitischen Maßnahmen, Programmen und Gesetzen auf Frauen und Männer bzw. verschiedene Gruppen von Frauen und Männern untersucht und bewertet. Dabei hat sich seit Mitte der achtziger Jahre eine Erweiterung der Perspektive vollzogen: Die ersten wissenschaftlichen und praktisch-politischen Ansätze konzentrieren sich lediglich auf die Analyse der Effekte von öffentlichen Ausgaben auf Frauen, während im Laufe der Zeit der Fokus der Analyse auf unterschiedliche Wirkungen staatlicher Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer erweitert wurde.“ (Schratzstaller, 2002, S. 134).

Bereits auf den Planungsprozess wirken also mindestens zwei Grundvoraussetzungen als gegeben ein: der geschlechterübergreifende Ansatz und die vorhandenen, traditionell strukturierten Haushalte. „Sobald die Knochenarbeit einer geschlechtsspezifischen Ausgabenanalyse gemacht wird, beginnt die Auseinandersetzung mit der Beschränktheit bisheriger wirtschaftstheoretischer und -statistischer Konzepte.“ (Madörin, 2004, S. 25).

### 3.3.2.1 Gender als Charakteristikum

„Gender Budgets haben nach dem United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) folgende grundlegende Charakteristika ... : Sie sind keine separaten Haushalte für Frauen oder für Männer, sondern sie konzentrieren sich auf die Verankerung von Geschlechtsbewusstsein in allen Bereichen der Haushaltspolitik auf der nationalen und der lokalen Ebene. Sie fördern die aktive Beteiligung von weiblichen Betroffenen am Haushaltsprozess und überwachen und bewerten öffentliche Ausgaben und Einnahmen aus einer Geschlechterperspektive. Sie unterstützen die effektivere Nutzung von Ressourcen zur Erreichung von Geschlechtergleichheit und Entwicklung. Dabei liegt der Fokus generell eher auf einer anderen Prioritätensetzung bei der strukturellen Zusammensetzung der Ausgaben als auf ihrer allgemeinen Erhöhung.“ (Schratzstaller, 2002, S. 134f.).

Geschlechtergerechte Haushalte sind also keine separaten Budgets für Frauen. „Es geht in diesen Initiativen weniger um spezielle Frauen- und Förderungsprojekte, die nur wenige Prozente eines Budgets ausmachen, sondern um den scheinbar geschlechtsneutralen Hauptstrom der Budgetausgaben, der vor allem auf drei Punkte hin überprüft werden soll:

- die geschlechtsspezifischen Zuwendungen;
- die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der zentralen Ausgaben in allen Sektoren und Leistungen;
- die Anwendung von Gleichstellungspolitik.

Wenn Budgets nur darauf hin untersucht werden, wer als Klientin oder als Konsumentin von Dienstleistungen des Staates profitiert, bleiben die wirklichen Auswirkungen auf die Frauen unsichtbar. Daher sind diese Budgetinitiativen ein wichtiges Instrument, um mehr Klarheit über die Verwendung staatlicher Mittel im Sinne der Gleichstellung zu schaffen. Gerade die neue Forderung, alle wesentlichen Entschei-

dungskriterien von Regierungspolitik und öffentlicher Administration nach Gender-Mainstreaming-Kriterien zu beurteilen, rückt den Blickwinkel der Gleichstellungsfrage immer mehr auf die Budgetpolitik. ...

Das Neue und Brisante an der Idee geschlechtergerechter Haushalte ist, daß sie nicht mehr von einer Expansion der Staatsausgaben sowie einer Förderung von ‚Randgruppen‘ ausgeht. Vielmehr soll das ganze Budget sinnvoll und gerecht verteilt werden.“ (Young, 2002, S. 6ff.).

Diese Charakteristika werden konsensuell von allen Experten betont:

- kein separater Haushalt für Frauen oder Männer
- keine Ausgabenerhöhung, sondern Veränderung der Prioritäten
- Einbeziehung (noch) nicht marktförmiger bzw. nicht geldwerter Versorgungsleistungen in die öffentlichen Haushalte.

### 3.3.2.2 Profile öffentlicher Haushalte

Jeder „Staatshaushalt umfasst die gesamten öffentlichen Einnahmen und Ausgaben und reflektiert somit die politischen Entscheidungen darüber, wie (und somit von wem) die Einnahmen erhoben und für welche Zwecke (und somit für wen) die Ausgaben speziell getätigt werden. Diesen Entscheidungen liegt ein normatives Gesellschaftsleitbild zugrunde, wodurch sowohl die wirtschaftspolitischen als auch die sozialpolitischen Prioritäten determiniert werden. Der Staatshaushalt ist demzufolge nicht einfach nur ein wirtschaftspolitisches Instrument, das dem (technischen und geschlechtsneutralen) Management von öffentlichen Einnahmen und Ausgaben dient. Haushaltspolitische Entscheidungen wirken sich auf die Strukturierung der Gesellschaft, auf das Geschlechterverhältnis und somit auch unmittelbar auf die Lebenssituation von Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen aus. Diese Blickrichtung stellt den Ausgangspunkt für Gender Budgeting dar.“ (Çağlar, 2004, S. 125).

Jeder öffentliche Haushalt erscheint zunächst geschlechterneutral. „A budget, on the face of it, appears to be a gender-neutral policy instrument. It is set out in terms financial aggregates - totals, and sub-totals of expenditure and revenue, and the resulting budget surplus or deficit. As usually presented, there is no particular mention of women, but no particular mention of men either. However, this appearance of gender-neutrality is more accurately described as gender-blindness. The way in

which the national budget is usually formulated ignores the different, socially determined roles, responsibilities and capabilities of men and women. These differences are generally structured in such a way as to leave women in an unequal position to relation to the men in their community, with less economic, social and political power.” (Budlender/Sharp/Allen, 1998, S. 6).

Für die Beschäftigung mit Gender Budgeting ist es erforderlich, in die vorliegenden Haushaltswerke zunächst Transparenz zu bringen. Die öffentlichen Haushalte sind daher zu unterscheiden in geschlechterblinde, geschlechterneutrale und geschlechterbewusste Haushalte.

#### Geschlechterblinder Haushalt

„Öffentliche Haushalte werden dann als geschlechtsblind bezeichnet, wenn sie die unterschiedlichen, sozial determinierten Rollen und Verantwortlichkeiten von Frauen und Männern und die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hinsichtlich Familien- und Erwerbsarbeit entweder ignorieren oder zu deren Verfestigung beitragen. Entsprechend haben geschlechtsblinde Budgets nicht-intendierte oder intendierte unterschiedliche Wirkungen auf die Geschlechter.

Werden bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bei der Ausgestaltung von haushaltspolitischen Maßnahmen nicht beachtet, ergeben sich nicht-intendierte unterschiedliche Effekte für Frauen und Männer. Ein Beispiel hierfür sind Ausgaben für Bildung, die bei geschlechtsspezifischen Differenzen in der Bildungspartizipation Frauen und Männern nicht gleichmäßig zugute kommen.

Intendierte differenzierende Wirkungen treten auf, wenn haushaltspolitische Maßnahmen auf der Grundlage der bestehenden sozialen und ökonomischen Position von Männern und Frauen ausgestaltet werden, ohne existierende Ungleichheiten in Frage zu stellen. Die Festschreibung des Status Quo ist in diesem Fall beabsichtigt. Geschlechtsblind ist etwa das in Deutschland angewendete Verfahren zur Einkommensbesteuerung von Ehepaaren im Rahmen des Ehegattensplitting ... Die Ehegattenbesteuerung in Deutschland orientiert sich nach dem ‚male breadwinner model‘, wonach Ehemänner das Haushaltseinkommen komplett oder zum überwiegenden Teil erwirtschaften, während Ehefrauen keine oder nur in geringem Umfang Erwerbsarbeit annehmen. Die ‚Hausfrauenehe‘, in der nur der Ehemann erwerbstätig ist, während Haus- und Erziehungsarbeit von der Ehefrau übernommen wird, erfährt die relativ höchste steuerliche Entlastung; der Splittingvorteil nimmt mit einer Verringe-

rung des Abstands zwischen den Erwerbseinkommen beider Ehepartner rasch ab.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 135f.).

Bemerkenswert ist, dass sich für diese traditionellen öffentlichen Haushalte, die das bestehende Ungleichgewicht der Geschlechter festschreiben, ohne es zu benennen, der Terminus ‚blind‘ (geschlechtsblind, geschlechterblind, genderblind) durchgesetzt hat. Diese Haushalte sind - wie dargelegt - keineswegs blind im Hinblick auf die Geschlechter, wohl aber im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit.

#### Geschlechterneutraler Haushalt

„Geschlechtsneutrale Haushalte sind dadurch charakterisiert, dass sie bestehende strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nicht festschreiben oder gar verstärken. Haushaltspolitische Maßnahmen werden so konzipiert, dass ihre Effekte auf Männer und Frauen sich nicht unterscheiden; einseitig Männer oder Frauen begünstigende Maßnahmen werden vermieden. Ein Beispiel für eine geschlechtsneutrale Einkommensbesteuerung ist das Verfahren der vollkommen individualisierten Besteuerung von Ehepaaren, wie es in Schweden als dem einzigen westeuropäischen Land praktiziert wird: Hier sind für Alleinverdiener keinerlei Steuererleichterungen vorgesehen ... Gleichzeitig impliziert ein geschlechtsneutraler Haushalt aber auch, dass eine existierende Ungleichbehandlung der Geschlechter nicht beseitigt wird.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 136).

#### Geschlechterbewusster Haushalt

„Geschlechtsbewusste Haushalte (‚gender-sensitive budgets‘, ‚gender-aware budgets‘, ‚gender budgets‘ bzw. ‚women’s budgets‘) sind dagegen nicht neutral in dem Sinne, als sie eine Ausgestaltung haushaltspolitischer Instrumente anstreben, die zu einer Verringerung von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beiträgt. So ist etwa die Bereitstellung zusätzlicher öffentlicher Mittel für Kinderbetreuungseinrichtungen ein Beispiel für eine geschlechtsbewusste Maßnahme auf der Ausgabenseite des öffentlichen Haushalts, da Müttern die Aufnahme bezahlter Erwerbsarbeit erleichtert und damit die herrschende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufgebrochen wird.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 136).

In diesem Kontext der Ziele und Planungsvoraussetzungen für Gender Budgeting sei erneut auf das Innovationspotenzial dieses Ansatzes hingewiesen.

### 3.3.2.3 Optimierung des Mitteleinsatzes

Wie bereits in Kapitel 2.5 zum Gender Mainstreaming als Innovation herausgearbeitet, geht es auch bei Gender Budgeting nicht separat um die Herbeiführung von Gender-Gerechtigkeit, sondern gleichermaßen um die Erzielung ökonomischer Vorteile. „Volkswirtschaftlich und unternehmerisch betrachtet, ist es irrational, die Leistungsfähigkeit von Frauen nicht zu nutzen. Allerdings blockieren die ... sozialen Mängel den ökonomischen Aufstieg von Frauen.

Die Stadt Zürich hat in einer Studie belegt, daß der volkswirtschaftliche Nutzen einer umfassenden Kinderbetreuung die Kosten bei weitem übersteigt: u. a. weil dadurch das Familieneinkommen steigt und damit auch die Kaufkraft. Gleichzeitig kann mehr in die Sozialversicherung eingezahlt werden, bzw. Frauen bauen sich eine eigene Altersversicherung auf. Gut ausgebildete Frauen an den Herd zu schicken verringert die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und damit deren internationale Wettbewerbsfähigkeit.“ (Young, 2002, S. 5).

Die traditionelle Auffassung, dass Budgets genderneutral sind, „birgt auch die Gefahr, daß wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen der Budgetpolitik verfehlt werden. Die systematische Formulierung und Implementierung eines geschlechtergerechten Haushaltes kann dazu beitragen, eine Kosten-Nutzen-Berechnung von ‚public bads‘ versus ‚public goods‘ innerhalb einer erweiterten Input-Output-Berechnung (inklusive der Versorgungsökonomie) aufzustellen, die den gesamtgesellschaftlichen Nutzen des Budgets berechnen kann. Ein Budget, das Geschlechterverhältnisse berücksichtigt, ist deshalb ökonomisch sinnvoll, weil es damit wirksamer zur ökonomischen und sozialen Entwicklung eingesetzt werden kann.“ (Young, 2002, S. 8f.).

Die Politikwissenschaftlerin nennt Beispiele, unter anderem aus Großbritannien: „Lange war es so, daß in armen Familien automatisch die Männer als Familienoberhaupt die staatliche Unterstützung bekommen haben, Frauen erhielten eine Zuteilung. Studien haben inzwischen herausgefunden, daß mehr Geld bei den Kindern ankommt, wenn Frauen das Geld direkt in die Hand bekommen. Daraufhin hat die Regierung die Zahlung geändert.“ (Young, 2002, S. 8).

Die britische Soziologie-Professorin Diane Elson bekräftigt dieses Beispiel: „Gender-Responsive-Budget-Initiativen können die Effizienz steigern und dadurch neben Geschlechtergleichheit auch andere Zielsetzungen befördern. Hier zwei Beispiele:

- ‚Erhöhte Zielgenauigkeit‘. Die geschlechtsspezifische Analyse zeigt, daß es häufig von Bedeutung ist, ob sich eine bestimmte Maßnahme unmittelbar auf Männer oder Frauen auswirkt, auch wenn sie gemeinsam in einem Haushalt leben. So wird etwa eine Maßnahme, die auf den Abbau von Kinderarmut zielt, häufig effektiver sein, wenn sie die zusätzlichen Mittel gezielt in die Hände der Mütter lenkt. Eine Fülle von Belegen aus den verschiedensten Ländern zeigt deutlich, daß Männer - gerade auch arme - häufig einen Teil ihres Einkommens für die eigene Freizeitgestaltung zurückbehalten, während Frauen eher geneigt sind, in den gemeinsamen ‚Topf‘ zu werfen und es zum direkten Nutzen der Kinder zu verwenden.
- ‚Vermeidung falscher Sparsamkeit‘. Die geschlechtsspezifische Analyse zeigt auch die Gefahr, daß Bemühungen, staatliche Sozialausgaben zu reduzieren oder zu begrenzen, möglicherweise nur zu Verlagerung und Verstetigung der anfallenden Kosten führen - bei Berücksichtigung des Zeitaspekts nämlich, da es hauptsächlich Frauen sind, die ihre Angehörigen versorgen: So könnten z. B. Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem durch die Verkürzung von Krankenhausaufenthalten nach Operationen die Last der zur Genesung notwendigen Pflege im häuslichen Bereich auf Frauen verlagern. Dies wiederum kann mittelbar dazu führen, daß Frauen gezwungen sind, an ihrem bezahlten Arbeitsplatz zu fehlen und somit ihre Produktivität zu verringern.“ (Elson, 2002, S. 26f.).

Um Optimierungsergebnisse beim Einsatz öffentlicher Mittel zu erzielen, müssen zunächst die Potenziale erkannt und ins Bewusstsein geführt werden. „Bleiben bestimmte Bereiche unangetastet, ist es umso schwieriger, Prioritätenverschiebungen im Haushalt zugunsten ... der Verbesserung der Lebenssituation ... durchzusetzen - besonders in Zeiten, in denen das Hauptaugenmerk auf Ausgabenkürzungen und Steuersenkungen liegt. Einflußreiche Lobbys favorisieren andere Prioritätensetzungen, die angesichts finanzieller Einschnitte wahrscheinlich mehr Gewicht haben.“ (Elson, 2002, S. 30f.).

Hieraus ergibt sich die Forderung: „Der erste Schritt in der Auseinandersetzung mit dem Staatshaushalt als Instrument der makroökonomischen Politik besteht darin anzuerkennen, daß makroökonomische Zielvorgaben eine geschlechtsspezifische Dimension aufweisen, die Wachstums- und Produktivitätssteigerungen mit sich bringen kann, und daß dies auch für makroökonomische Aggregate wie Sparguthaben, Kapitalanlagen, Importe, Exporte und das Arbeitskräfteangebot gilt. Entsprechende For-



sungen sind auf dem Weg. Überdies beginnen einige Regierungen bereits, gewisse Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik zu sehen.“ (Elson, 2002, S. 31).

Aus dem Bereich internationaler Beispiele sei genannt: „So nahm etwa die indische Regierung für das Jahr 2000 ein Kapitel zur Gleichstellung der Geschlechter in ihren Wirtschaftsbericht auf und vermerkte, daß geschlechtergerechte Budgetierung nicht nur Männer und Frauen in den Genuß gleicher Rechte bringt, sondern auch der Wirtschaft eine Effizienzsteigerung beschert: So sei es unter Effizienzgesichtspunkten von Bedeutung, in welchem Ausmaß die in Frauen investierten Mittel zurückfließen; in vielen Fällen funktioniere dieser ‚Rückfluß‘ besser als bei Männern.“ (Elson, 2002, S. 31).

Generalisierend lässt sich der volkswirtschaftliche Nutzen durch Gender Budget wie folgt zusammenfassen: „Erstens eröffnet Chancengleichheit eine neue Perspektive für ökonomische und soziale Politik, bei der Effizienz und Realismus verbessert werden (weg von dem ‚Ernährermodell‘) und die Lebensqualität für Frauen, Männer, Kinder erhöht wird. Zweitens steigert Chancengleichheit die Flexibilität der ganzen Gesellschaft, da eine erhöhte Fähigkeit und Anpassung aller Individuen erreicht wird. Durch reduzierte Spezialisierung bzw. Arbeitsteilung in der Partnerschaft bzw. Ehe und weniger Geschlechtersegregation in der Arbeitswelt wird das individuelle und soziale Risiko des Individuums und der Gesellschaft verringert.

Ökonomische Ressourcen und Potentiale sind nicht bei allen Individuen gleich verteilt, da nicht alle die gleichen Ausgangsvoraussetzungen für die Teilnahme am Markt haben. Nur die differenzierte Analyse dieser Ausgangsvoraussetzungen der verschiedenen Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer ermöglicht eine Makroökonomie, die alle Wirtschaftssubjekte einbezieht und effizientes, dauerhaftes sowie sicheres Wachstum schafft. Dabei müssen Kernbegriffe der ökonomischen Analyse wie ‚Produktivität‘, ‚Kosten‘ und ‚Effizienz‘ hinterfragt und neu definiert werden. Ist z B. die Verschiebung der Kosten vom öffentlichen in den privaten Bereich tatsächliche Effizienzsteigerung? Was ist der gesellschaftliche Zugewinn, wenn kurzfristige Kostensenkung langfristige negative soziale Wirkungen nach sich zieht? Warum werden die Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion und Selbstversorgung aus Marktperspektive analytisch vernachlässigt, obwohl sie viel Arbeitskraft und -zeit absorbieren? Die Integration von Gender-Fragen in die Makroökonomie bedeutet ein Umdenken mit dem Ziel, makroökonomische Anreize nicht nur auf die Förderung

privater ökonomischer Effizienz auszurichten, sondern auch die soziale Effizienz dieser Anreize zu berücksichtigen und damit anhaltendes ökonomisches Wachstum zu fördern.“ (Kletzing, 2004, S. 62f.).

Die in diesem Kapitel 3.3.2 untersuchten Planungsvoraussetzungen, nämlich Gender als Charakteristikum, Profile öffentlicher Haushalte sowie bereits vorhandene Erfahrungen und Belege für den volkswirtschaftlichen Nutzen des Gender Budgeting-Prinzips, stellen die Ist-Situation dar. Sie bilden die Grundlage, die ein potenzieller Planungsprozess für Gender Budgeting derzeit vorfindet.

### 3.3.3 Planungsprozess

Kernaufgabe jedes Planungsprozesses ist die Festlegung von Kriterien. Die Implementierung und mit ihr die Entwicklung von Instrumenten für Gender Budgeting im deutschsprachigen Raum steckt noch in den Anfängen. „Ein fertiger ‚Werkzeugkasten‘ für die Einführung von Gender Budgeting existiert nicht. Es gibt grundsätzliche Überlegungen dazu und Erfahrungen aus anderen Ländern, die in ihrer Anwendbarkeit für den betreffenden Haushalt geprüft werden müssen. Bestehende Instrumente müssen entsprechend angepasst werden.“ (Erbe, 2004, S. 292).

Die Erstellung eines Gender Budget ist „keine rein technische Übung ... , deren Erfolg primär an die Beherrschung und Anwendung einer geeigneten Methodik geknüpft ist. Vielmehr bewegt sich jedes Gender-Budget-Projekt in einem Spannungsfeld konfligierender Interessen der beteiligten Akteure, die die resultierende Auseinandersetzung durch den Einsatz ihrer meist asymmetrisch verteilten Machtmittel für sich zu bestimmen versuchen.“ (Schratzestaller, 2002, S. 139). Umso mehr Bedeutung erhält im Vorfeld die Festlegung von beteiligten Personen und Funktionen, von Anwendungsbereich und -umfang sowie von Rahmen und Einbindung des Projektes in Politik und Trägerorganisation.

#### 3.3.3.1 Akteure

Während die Gender Mainstreaming-Initiativen als Top-down-Prozess von Regierungs- und Verwaltungsspitzen angeregt und getragen werden, können Gender Budget-Aktivitäten ebenfalls hier angesiedelt sein, jedoch auch von anderen als regierungsoffiziellen Stellen geplant und durchgeführt werden.

Vielfach geht die Initiative von Nichtregierungsorganisationen, von unabhängigen Forschungsinstituten oder Frauenverbänden aus. „Als Akteure kommen sowohl die Regierungen respektive Verwaltungen als auch Parlamente und externe Initiativen aus dem Kreis von Interessenverbänden, der Wissenschaft oder von Einzelpersonen in Frage, wobei der Nutzen für Regierungen in der Verbesserung ihrer Leistungen und des internen Managements sowie ihrer Rechenschaft gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit liegt.

Parlamente und Lobbygruppen nutzen Gender-Budget-Analysen, um Transparenz und Rechenschaft über den Umgang mit öffentlichen Mitteln der Regierungen einzufordern und an der Prioritätensetzung mitzuwirken. Als besonders erfolgreich haben sich diejenigen Initiativen erwiesen, in denen die staatliche Seite und die nichtstaatliche zusammenarbeiten. Während die staatliche Seite den Zugang zu den notwendigen Daten hat, achtet die nichtstaatliche auf die Transparenz und Qualität des Verfahrens und garantiert die öffentliche Debatte.“ (Erbe, 2004, S. 296).

Die Implementierung eines solchen Verfahrens durch die Regierungsspitze betont einerseits die dem Gender Budget zugemessene Bedeutung, „birgt aber andererseits die Gefahr, dass Ziele und Inhalte verwässert und abgeschwächt werden und die Initiative als Ausweis einer geschlechtsbewussten Wirtschaftspolitik vereinnahmt wird, ohne dass konkrete Reformschritte angestrebt und umgesetzt werden. Darüber hinaus kann dies, ebenso wie die Ansiedlung bei einzelnen Ministerien, dazu führen, dass sich die übrigen Ministerien und Behörden aus der Verpflichtung entlassen sehen, selbst im Sinne des Gender Mainstreaming zu agieren.“ (Schrattenstaller, 2002, S. 140).

Auch diese kritische Sicht kommt daher zu einer pluralistischen Empfehlung: „Die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an der Vorbereitung, der Erstellung und der Auswertung von Gender Budgets soll die aktive Einflussnahme von betroffenen BürgerInnen auf die Haushaltsprozesse ermöglichen. Die Beteiligung dieser Gruppen ist von besonderer Bedeutung, weil sie als Außenstehende Kritik an haushaltspolitischen Maßnahmen der Regierung äußern können, die von dieser selbst nicht zu erwarten ist. Zudem fehlt in Ministerien - besonders in Finanzministerien - meist die erforderliche Expertise zur Bearbeitung von Fragestellungen aus der Geschlechterperspektive ... Auch haben Nichtregierungsorganisationen das Potenzial, eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für diese Fragestellungen zu betreiben ... Allerdings muss die Frage der demokratischen Legitimation der betei-

ligten Organisationen oder Einzelpersonen geklärt werden. Eine funktionierende Koordination ihrer Zusammenarbeit mit den regierungs-offiziellen Institutionen bzw. Gremien muss sichergestellt werden, und es sind Mechanismen zu etablieren, die eine tatsächliche Einflussnahme ermöglichen, etwa in Form von Abstimmungsmechanismen.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 140).

Diese Art der Kooperation und aktiven Partizipation wird sich vorrangig auf der lokalen und kommunalen Ebene realisieren lassen. Allerdings darf auch auf dieser Stufe der Kleinteiligkeit das Ziel eines globalen geschlechtergerechten Mitteleinsatzes nicht aus den Augen verloren werden.

### 3.3.3.2 Wirkungsbereich

Ein weiterer Schritt der methodischen Vorgehensweise ist die Festlegung der untersuchenden wie zu untersuchenden Institutionen. So ist zu entscheiden, ob sich das Gender Budget auf alle föderalen Ebenen, also Bund, Länder und Gemeinden, erstrecken soll oder zunächst auf eine Ebene, einzelne Bereiche oder Projekte beschränkt.

Ebenso ist vorab zu klären, ob das Gender Budget alle Einnahmen und Ausgaben beinhalten soll oder ob zunächst Teilbereiche analysiert werden. „Auf der Einnahmeseite sind grundsätzlich Steuern (z. B. Einkommen- und Verbrauchssteuern) und Gebühren, die vom privaten Sektor an den Staat zu leisten sind, sowie die öffentliche Kreditaufnahme (insbesondere die Verschuldung auf Bundesebene aufgrund ihres Umfangs) von Bedeutung. Die Ausgabenseite umfasst Ausgaben für öffentliche Investitionen und Dienstleistungen sowie Transferleistungen an den privaten Sektor. Daneben ist zu entscheiden, ob die absoluten Größenordnungen von Einnahmen und Ausgaben oder nur deren jährliche Veränderungen betrachtet werden sollen.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 141).

Die Aussagekraft einer Gender Budget-Analyse wird grundsätzlich beeinträchtigt, „wenn nicht sämtliche Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen auf allen föderalen Ebenen berücksichtigt werden. Viele der theoretischen Beiträge und praktischen Ansätze zu Gender Budgets konzentrieren sich auf die Ausgabenseite öffentlicher Haushalte und vernachlässigen die Einnahmen ...

Die Nicht-Berücksichtigung einer Seite des Budgets birgt jedoch ebenso wie die Beschränkung auf bestimmte Gruppen von Einnahmen oder Ausgaben die Gefahr von

verzerrten Einschätzungen der Gesamtwirkung eines Haushalts. So können beispielsweise ausgabenseitige positive Effekte für Frauen, wie etwa Ausgaben für Kinderbetreuungsinfrastruktur, die die Vereinbarkeit von Betreuungs- und Erwerbsarbeit erleichtert, durch einnahmenseitige Wirkungen konterkariert werden, wenn etwa die Nutzung der Kinderbetreuungseinrichtungen an hohe, einkommensunabhängige Gebühren gekoppelt ist.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 141).

Insbesondere in föderalen Systemen wie dem deutschen, in denen die Gesamtheit der öffentlichen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen nach dem Subsidiaritätsprinzip auf verschiedene Gebietskörperschaften verteilt ist, muss letztendlich eine Analyse der Haushalte sämtlicher föderaler Ebenen vorgenommen werden, um Fehleinschätzungen der Wirkungen bestimmter Maßnahmen zu vermeiden.

Neben den absoluten Einnahmen und Ausgaben sollten die jährlichen relativen Veränderungen bei den einzelnen Haushaltspositionen untersucht werden. Und ferner muss eine Festlegung getroffen werden, ob sich die Analyse ausschließlich auf den laufenden Haushalt bezieht oder ob sie auch bereits abgeschlossene Haushalte sowie die künftige Haushaltsplanung umfassen soll.

All diese Faktoren verstärken die Einflussmöglichkeiten und erhöhen die Aussagekraft. Der Aufwand hierfür ist allerdings ebenfalls erheblich und die bundesdeutsche Realität daher noch weit von einem praktischen Ergebnis entfernt.

Protagonisten gehen daher die Aufgabe auch eher pragmatisch an: „Da ein öffentlicher Haushalt sehr komplex ist, empfiehlt es sich, einen Teilbereich herauszunehmen und dort mit der Analyse zu beginnen. Auswahlkriterien können der Anteil am Gesamtvolumen, die besondere Relevanz für das Geschlechterverhältnis oder ein von Kürzungen bedrohter Bereich sein. Um zu verdeutlichen, dass kein Haushaltsbereich ohne Genderwirkung ist, kann es auch sinnvoll sein, einen für Gleichstellungsfragen eher untypischen Bereich zu wählen.“ (Erbe, 2004, S. 296).

Es wird sehr aufmerksam zu verfolgen sein, dass dieser Prozess in kleinen Schritten und Teilbereichen bis auf weiteres als das definiert bleibt, was er ist: der Beginn einer Entwicklung, deren Umsetzung es noch bedarf.

### 3.3.3.3 Rahmenbedingungen

Wie in jedem Planungsprozess sind auch bei der Vorbereitung eines Gender Budget die Rahmenbedingungen für den implizierten Erfolg von grundlegender Bedeutung.

Neben der vorbereitenden Auswahl und Bestimmung der Akteure sowie der Festlegung des Wirkungsbereiches des zu erstellenden Gender Budget hängt die Durchführung und wirksame Umsetzung in erheblichem Maß von der Verankerung in der Politik, von angemessener Finanzausstattung und begleitender Einbeziehung der Öffentlichkeit ab. Da auch ein Gender Budget-Projekt zunächst als Top-down-Prozess initiiert werden muss, erreicht dieser die Akteure bereits unter der Maßgabe der ‚Chef-Sache‘.

Nur die Verankerung in Politik und Verwaltungsspitze, und damit verbunden Impuls, Arbeitsauftrag und Ernsthaftigkeit des Anliegens, bilden das Fundament für die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel sowie die erwünschte öffentliche Akzeptanz. „Zunächst stellt sich die Frage nach der Finanzierung der beteiligten Akteure. Dass von der Regierung getragene und implementierte Projekte mit genügend Personal und Finanzmitteln ausgestattet werden, ist eine entscheidende Erfolgsbedingung, die - vorsätzlich oder weil die Höhe der erforderlichen Ressourcen unterschätzt wird - durchaus nicht immer beachtet wird ... Ebenso müssen Mittel für die wissenschaftliche Begleitung und Beratung des Gender-Budget-Projektes zur Verfügung gestellt werden.“ (Schratzstaller, 2002, S. 142).

In diesem Zusammenhang erforderlich ist die Festlegung, ob und wie die Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen finanziert wird und welche Auswirkungen auf deren beratende oder gutachterliche Unabhängigkeit öffentliche Gelder haben können, sollen oder aus gegebenem Anlass eher unerwünscht sind.

Im Umkehrschluss ist daher auch die mangelnde Bereitstellung von Projektmitteln oder die Einschränkung ihrer Verwendung Ausdruck politischer Willensbildung.

Transparenz über den Einsatz solcher Projektmittel wie auch über das beabsichtigte Gender Budget-Verfahren wird erreicht durch frühzeitige und nachvollziehbare Publikation, die ebenfalls zu den planerischen Rahmenbedingungen gehört: „Zeitpunkt und Form der Veröffentlichung von Analysen und Alternativvorschlägen sind von großer Bedeutung für deren Öffentlichkeitswirksamkeit. Was die Form anbelangt, so muss ein Kompromiss zwischen einer möglichst allgemein verständlichen Darstellung und einem Fachtext gefunden werden, der von ExpertInnen aus Politik und Wissenschaft sowie BürokratInnen ernst genommen wird. Dieses Problem lässt sich durch die Veröffentlichung verschiedener Versionen auf unterschiedlichen Ebenen lösen ... Für den Zeitpunkt der Veröffentlichung gibt es zwei - nicht vereinbare - Alternativen: Entweder wird das Gender Budget vor der Verabschiedung des Haus-

halts, d. h. in der Phase von Planung und Haushaltsdebatte veröffentlicht, so dass seine Resultate bei der Planung und in den Haushaltsdebatten des Parlaments berücksichtigt werden können. Oder es wird zusammen mit dem verabschiedeten Haushalt veröffentlicht, so dass ihm zwar einerseits eine große öffentliche Aufmerksamkeit sicher ist, andererseits die enthaltene Kritik sowie ggf. Alternativen nicht mehr berücksichtigt werden können.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 143).

Des Weiteren zu klären im Kontext der Rahmenbedingungen sind auch die Fragen nach Controlling und Evaluation, also „welche Stellen für die Überwachung und Bewertung der Umsetzung von Alternativvorschlägen zuständig sein sollen. Die Beantwortung dieser Fragen hängt von der generellen Zielsetzung des Gender-Budget-Projekts ab, d. h. ob Alternativen formuliert werden und ob diese dann Eingang in den Haushaltsprozess finden sollen.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 143). Die in der Praxis vorzufindenden Gender Budget-Ansätze umfassen allerdings bisher lediglich die Analyse von Haushalten sowie die Formulierung alternativer haushaltspolitischer Maßnahmen, noch nicht jedoch deren institutionalisierte Einbeziehung in die praktische Haushaltspolitik.

Zusammenfassend erfordert ein Gender Budget also folgende Voraussetzungen:

1. Starke institutionelle Arrangements
  - ein politischer Beschluss zur Einführung von Gender Budgeting
  - periodische Berichterstattung
  - die Schaffung kompetenter Stellen in der Verwaltung
  - klare Verantwortlichkeitsstrukturen
  - inhaltliche Vorschriften, was eine Gender Budget-Analyse umfasst und worüber berichtet werden muss
2. Finanzielle Absicherung
3. Raum für offene Erkenntnisprozesse, in dem das Augenmerk auf Wechselwirkungen zwischen einzelnen Politikbereichen sowie zwischen Einnahmen und Ausgaben gesetzt wird
4. Einbeziehung von Öffentlichkeit und Lobbygruppen als unabhängige Überprüfungsinstanzen und Förderung des Bottom-up-Prozesses für Alternativvorschläge (vgl. Erbe, 2004, S. 296f.).

Die Autorin schließt den Überblick mit dem Hinweis: „Die Analyse der Wirkungen von Haushaltsentscheidungen und die Entwicklung von Indikatoren sind zunächst

aufwändig und benötigen nicht nur haushaltstechnisches Wissen, sondern auch Genderwissen. Im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung sowie in der Praxis von geschlechtsspezifisch arbeitenden Projekten gibt es umfangreiche Erfahrungen, so dass es geboten ist, die Expertinnen und Experten aus diesen Bereichen mit einzubeziehen.“ (Erbe, 2004, S. 297).

### 3.4 Methoden und Instrumente

Gender Budgeting besteht aus unterschiedlichen Instrumenten und Maßnahmen, Methoden und Strategien, die in wechselnden Kombinationen angewandt werden können.

Ein Gender Budget muss sich zunächst mit den länderspezifischen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen, die jeweils für die Situation von Frauen und Männern relevant sind. Für Industrieländer sind andere Schwerpunkte und statistische Indikatoren für eine allgemeine Analyse erforderlich als für Entwicklungsländer. Und auch innerhalb der Industrienationen können individuelle Vorgehensweisen gewählt werden.

#### 3.4.1 Vorgehensweise

Wenn ein neuer Denkansatz als Quereinstieg in gefestigte Staats- und Finanzstrukturen Einzug halten soll, stellt sich zunächst die Frage, ob die Durchsetzung mit dem vorhandenen Instrumentarium erreichbar ist, oder ob dieses speziell geschaffen werden muss.

Derzeit existiert noch kein international verbindlicher Kanon etwa in Form von Kriterienkatalogen, Indikatoren und Bewertungsmaßstäben. „Ähnlich wie bei Gender Mainstreaming scheint auch bei Gender Budgeting ein wesentliches Instrumentarium die ‚richtige‘ Frage zu sein. Um die richtigen Fragen zu stellen und richtigen Kriterien anzulegen, müssen Ideen entwickelt werden, auf welche Zusammenhänge es bei Haushaltspolitik aus Gender-Perspektive ankommt ... : Welche Gender-Indikatoren für die Messung der Auswirkungen von Staatsausgaben und -einnahmen gibt es?“ (Kletzing, 2004, S. 65).



Zur Beschreibung der sozialen und ökonomischen Lage von Frauen und Männern in europäischen Ländern wird daher ein ‚European Gender Equality Index‘ (EUGEI) entwickelt (vgl. Kletzing, 2004, S. 65).

Da im Hinblick auf die Ziele von Gender Budgets jedoch ein grundlegender Konsens zu konstatieren ist und dieses Gedankengut bereits einen nennenswerten Verbreitungsgrad erreicht hat, wird zunächst das vorhandene Instrumentarium der Haushaltspolitik auf seine Anwendbarkeit geprüft und in einzelnen Bereichen unter Gender-Aspekten eingesetzt.

Der prioritäre Blick auf die Ziele von Gender Budgeting führt auch in der Literatur vorrangig zu umfassenderen Darstellungen der methodischen Ansätze im Kontext der Handlungserfordernisse. Dazu zwei Beispiele.

Als wesentliche Eckpunkte von Gender Budgeting werden charakterisiert:

- Grundlage ist eine möglichst umfassende Analyse des Budgets mit besonderem Augenmerk auf Wechselwirkungen zwischen einzelnen Politikbereichen. Eine partielle Analyse eines kleinen Bereiches ist noch kein Gender Budgeting.
- Die Ergebnisse einer geschlechterspezifischen Budgetanalyse sind Indiz für tiefer liegende Ungleichheiten in der Verteilung von Macht, von Chancen und beim Zugang zu Ressourcen. Diese Ungleichheiten sind schrittweise aufzudecken.
- Essenzieller Bestandteil von Gender Budgeting ist, dass die Analyse zu einer Veränderung der Politik im Sinne von mehr Gender-Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Gleichstellung führt.
- Die Regierung muss regelmäßig Rechenschaft darüber ablegen, was in Richtung von mehr Gender-Gerechtigkeit getan wurde.
- Die Nachvollziehbarkeit von politischen Veränderungen ist von großer Bedeutung, daher müssen - quantitative und qualitative - Indikatoren zur Bewertung der Fortschritte in Richtung Gender-Gerechtigkeit eingesetzt werden.
- Es geht auch um die Gestaltung und Änderung von politischen Prozessen. Die Budgeterstellung ist transparenter und partizipativer zu gestalten.
- NGOs sind als Teil der mit Gender Budgeting implizierten Öffnung des Budgetprozesses in den Prozess der Gender Budget-Erstellung einzubeziehen (vgl. Klatzer, 2006, S. 134f.).

Stärker anwendungsorientiert ergeben sich folgende Ansatzpunkte und methodische Zugänge:

- Analyse eines Budgetkapitels im Hinblick auf die Nutznießer der öffentlichen Ausgaben
- Zielorientierte Budgetanalyse anhand klarer gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen
- Analyse von budgetpolitischen Entscheidungsprozessen zur Erfassung formeller und informeller Einflusskanäle und Machtstrukturen
- Strategien zur Institutionalisierung von Gender Budgeting durch politische Grundlagenbeschlüsse
- Sichtbarmachen von ungerechten Geschlechterverhältnissen anhand von Größenordnungen, Relationen und Ungleichheiten in der Mittelverteilung
- Erfassen von direkten Beschäftigungseffekten öffentlicher Ausgaben
- Schematische Erfassung aller Budgetbereiche anhand einer geschlechtersensiblen Budgeterklärung (vgl. Klatzer, 2006, S. 137).

Die Realisierung dieser Vorhaben impliziert stets die Frage nach dem Instrumentarium und der Methodik. Solange es keine Standards und Normen gibt, bleibt für jeden Gender Budget-Prozess im Vorfeld festzulegen:

- Indikatoren und Kriterien für alle Prozessschritte, von der Datenerhebung bis zum Bewertungsmaßstab für den Erfolg
- in quantitativer wie qualitativer Hinsicht
- unter Berücksichtigung von Akteuren und Interessenlage.

„Die gegenwärtige Aktualität der Debatte um die Indikatoren untermauert das OECD World Forum im Jahre 2004 in Italien, das sich schwerpunktmäßig der Gestaltung von ‚Key Indicators‘ für das ökonomische, das gesellschaftliche, das soziale und das ökologische System gewidmet hat.

Für den Bereich des Gender Budgeting gilt es, ebenfalls ein entsprechendes Indikatorenset zu entwickeln, um feststellen zu können, wie sich Budgets und politische Maßnahmen auswirken.

Solche Indikatoren sollen beispielsweise die Einkommensverteilung (Vollzeit/Teilzeit), das Bildungsniveau, die Segregation am Arbeitsmarkt, geschlechtsspezifische Lohndifferenz, Erwerbsquoten, politische Partizipation, Anteil der Unternehmerinnen, Pensionsleistungen und auch den Anteil der Frauen an Führungspositionen abbilden.“ (Lichtenecker, 2006, S. 174).

Zur methodischen Vorgehensweise gehören des Weiteren folgende Komponenten, jeweils genderspezifisch:

- Datenerhebung
- Datenanalyse
- Auswertung
- Befragung von Experten/Bürgern
- Handlungskonsequenzen
- Wirkungsanalyse
- Wissenschaftliche Begleitung
- Berichte/Publikation.

Während des Prozesses wird sich herausstellen, inwieweit das klassische Instrumentarium anwendbar ist, der Ergänzung und/oder Modifizierung bedarf, bzw. für den Gender-Ansatz neu definiert werden muss.

In allen bisher begonnenen Gender Budget-Initiativen bildet den Einstieg die Datenanalyse. Gender Budget-Analysen sollen zunächst die traditionelle politische, wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen und Männern so weit aufzeigen und transparent machen, dass der Handlungsbedarf erkennbar wird. Allein dieser Ansatz birgt bereits ausreichend politischen Sprengstoff im Hinblick auf die Diskrepanz zwischen Gesetzesvorgabe und Lebenswirklichkeit.

Auch wird im folgenden Kapitel deutlich, dass sich hinter dem Begriff Gender Budget-Analyse nicht nur dieses eine Gender-Instrument verbirgt, sondern die Gesamtstrategie bereits im Kern angelegt ist.

### 3.4.2 Budget-Analyse

Am weitesten verbreitet und daher in zahlreichen Quellen genannt sind derzeit die ‚Sieben Instrumente der Gender Budget-Analyse‘ nach der südafrikanischen Expertin Debbie Budlender und den Australierinnen Rhonda Sharp und Kerri Allen aus dem Jahr 1998, meist in Übersetzung durch die Berliner Politikwissenschaftlerin Regina Frey, inhaltlich wie terminologisch immer wieder geringfügig modifiziert und dem jeweiligen Kontext angepasst.

Wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung sollen die Kernaussagen an dieser Stelle Eingang in die Arbeit finden:

### Geschlechterbewusste Bewertung politischer Strategien

Unter der Grundannahme, dass politische Entscheidungen über Ressourcenverteilung ‚immer‘ Geschlechtereffekte nach sich ziehen, wird eine Analyse von Politikbereichen vorgenommen. Die Schlüsselfrage dabei ist: Inwiefern vergrößern oder verkleinern Politikstrategien und entsprechende Ressourcenverteilung Geschlechterdisparitäten?

Ein Beispiel aus dem Bereich Hochschulbildung mag dieses Instrument verdeutlichen: Die politische Entscheidung, im Bildungssektor Einsparungen vorzunehmen, betrifft zunächst alle Studierenden. Eine Analyse der Studierendenzahlen nach Geschlecht und verschiedenen Studienfächern könnte jedoch ergeben, dass mehrheitlich Frauen geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer studieren. Eine Kürzung insbesondere bei diesen Studienrichtungen würde dann Studentinnen härter treffen als Studenten.

Ein ähnliches Beispiel aus der Sportförderung: Wenn Vereine mit öffentlichen Geldern und/oder Dienstleistungen gefördert werden, so scheint dies zunächst geschlechterneutral zu sein. Viele Vereine fördern jedoch stark die Männerdomäne Fußball. Das heißt: Eine geschlechtergerechte Verteilung öffentlicher Zuwendungen müsste verstärkt Vereine berücksichtigen, die gleichermaßen Angebote für Frauen machen.

### Geschlechterbewusste Nutzenanalyse

Unter der Annahme, dass Männer und Frauen einen unterschiedlichen Nutzen aus staatlicher Verteilungspolitik ziehen, da sie teilweise unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse haben, wird in Form von Umfragen und Erhebungen festgestellt, wessen Prioritäten von bestimmten Maßnahmen potenziell getroffen werden bzw. wessen Prioritäten dadurch vernachlässigt werden. Die Schlüsselfrage dabei lautet: Welche Bevölkerungsgruppe würde von potenziellen staatlichen Ausgaben oder Einsparungen in welcher Weise einen Nutzen ziehen oder keinen Nutzen ziehen?

Beispiel: Eine repräsentative Umfrage kann feststellen, welche Prioritäten Bürgerinnen und Bürger setzen, indem gefragt wird: In welchen Bereichen soll der Anteil der staatlichen Ausgaben erhöht werden (z. B. Öffentlicher Personennahverkehr, Hochschulbildung, Familienhilfen, Wohnungsbau, Militärhilfe usw.). Dies wäre nach Geschlecht, Einkommen, Herkunft und ggf. anderen Gruppen getrennt auszuwerten.

### Geschlechterbewusste Analyse öffentlicher Ausgaben

Innerhalb eines spezifischen Politikbereiches bzw. innerhalb eines bestimmten Programms wird festgestellt, wem konkret öffentliche Ausgaben zufließen (Männern/Frauen, Jungen/Mädchen). Zu diesem Zweck müssen genaue Daten über die Nutzung von öffentlichen Geldern durch Haushalte und Individuen sowie der Mittelverteilung vorliegen. Zwei Schritte sind innerhalb dieses Instruments vorgesehen:

1. Schätzungen über die Ausgaben für einen bestimmten staatlichen Service pro Einheit (z. B. durchschnittliche Ausgaben für Grundschulversorgung pro Kind)
2. Erhebung darüber, wer welchen Service nutzt (z. B. wie viele Mädchen/Jungen gehen in Grundschulen?)

Hieraus kann errechnet werden, was genau der Staat für welche Gruppe ausgibt. Diese Berechnungen können natürlich auch auf andere Sektoren übertragen werden. Dabei gibt es Bereiche, die vollkommen geschlechtergetrennt sind (z. B. pränatale Vorsorge). In vielen anderen Bereichen ist dies schwieriger, da Männer und Frauen staatliche Leistungen nutzen.

### Geschlechterbewusste Analyse des Steueraufkommens

Auch das Steueraufkommen (direkte und indirekte Steuern) unterscheidet sich nach Geschlecht und anderen sozialen Gruppen. Bekannt ist ja, dass die Mehrwertsteuererhöhung insbesondere einkommensschwache Haushalte trifft. Die Schlüsselfrage lautet: Wer zahlt wie viel (direkte/indirekte) Steuern?

Ein Beispiel: Da Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer, zahlen sie in der Regel auch weniger Einkommensteuern als Männer. In bestimmten Bereichen zahlen Frauen allerdings im Schnitt wieder mehr indirekte Steuern. Wichtig ist, dass die Berechnung unbezahlter Arbeit (quasi als indirekte Besteuerung) mit einzubeziehen ist (siehe nächster Punkt).

### Geschlechterbewusste Analyse des Einflusses des öffentlichen Haushaltes auf Zeitnutzung (Zeitbudget-Studien)

Die Annahme ist hier, dass es eine Verbindung zwischen dem staatlichen Haushalt und der Zeitnutzung in Privathaushalten gibt. Berechnet wird, bis zu welchem Grad sich öffentliche Haushalte auf unbezahlte Arbeit stützen. Es kann also auch errechnet werden, wie viel zusätzliche Arbeit auf Frauen zukommt, wenn z.B staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen werden. Auch können unbezahlte Arbeiten

in Wert gesetzt werden (Was würde eine bestimmte, jetzt unentgeltlich geleistete Arbeit - z. B. die Pflege von alten Menschen - auf dem Markt kosten?) und so der volkswirtschaftliche Nutzen unbezahlter Arbeit offengelegt werden. Die Schlüsselfragen lauten: Wie verteilt sich die für jede Gesellschaft lebensnotwendige, aber dennoch unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen? Wer macht was? Wie viel Zeit wird jeweils mit verschiedenen unbezahlten Tätigkeiten verbracht?

Beispiel: In Deutschland gibt es eine Erhebung, wie viel Prozent der Hausarbeit von Frauen und von Männern verrichtet wird. Sparmaßnahmen im sozialen Bereich (z. B. Schließung von Kindertagesstätten) wirken sich auf das Zeitbudget derer aus, die diese Arbeit im Privaten auffangen - also in erster Linie auf die Zeitbudgets von Frauen, da sie den Großteil der unbezahlten Arbeit machen. Der Staat nimmt mit dieser ‚Sparmaßnahme‘ also lediglich eine Umverteilung vom bezahlten in den unbezahlten Bereich (Care Economy) vor.

#### Geschlechterbewusster Ansatz einer mittelfristigen Finanzplanung

Mit diesem Instrument wird die Kategorie Geschlecht in ökonomische Modelle einbezogen, sodass eine zukünftige Haushaltsplanung geschlechterbewusst sein kann. Folgende Möglichkeiten sind zu berücksichtigen:

- disaggregierte Variablen, wo Geschlecht anwendbar ist,
- nationales Einkommen und Haushaltseinkommen mit der Berücksichtigung unbezahlter Arbeit festlegen,
- Veränderung von Annahmen über das Funktionieren von Gesellschaft und Institutionen sowie der Wirtschaft.

#### Geschlechterbewusste Haushaltserklärung

Diese wird von der Regierung in Form einer Erklärung oder eines Berichtes abgegeben, in der sie Rechenschaft ablegt über ihre Politik, Programme und Finanzentscheidungen. Oben genannte Instrumente finden hier Anwendung. Eine derartige Erklärung kann auch von Nichtregierungsorganisationen verfasst werden und als Instrument dienen, um eine Regierung zur Rechenschaft zu ziehen (zit. nach Rapp/Rudel, 2002, S. 19f.). Dazu auch Tabelle 4 im Anhang.

Streng genommen gehören die letzten beiden Positionen nicht zum Instrumentarium der Analysen, sondern der planerischen Maßnahmen auf der Basis von Analysen. Sie werden jedoch überwiegend in diesem Kontext genannt.

Dieses instrumentelle Raster ist als Handlungsrahmen zu verstehen und bedarf im jeweiligen Realisierungsprozess weiterer Strukturierungsmerkmale und Indikatoren.

Von großer Bedeutung für die Seriosität von Gender Budget-Analysen ist es ferner, „zwischen Output (quantitatives Ergebnis) und Outcome (qualitatives Ergebnis) zu unterscheiden. Eine geschlechterbewusste Analyse betrachtet beim Output die Verteilung zwischen Frauen und Männern, berücksichtigt aber gleichzeitig unmittelbare und mittelbare Nutzer/innen. Eine Familienberatungsstelle wird zwar stärker von Frauen als von Männern aufgesucht, die Nutznießer/innen sind aber vermutlich in gleichem Maße alle weiblichen wie männlichen Familienmitglieder. Bei der zahlenmäßigen Auswertung kann beurteilt werden, ob eine Maßnahme stärker Frauen oder Männern oder beiden Geschlechtern gleichermaßen zugute kommt. Starke zahlenmäßige Ungleichheiten deuten auf gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen hin.

Die Zahlen alleine sagen aber noch nichts aus über die Wirkung auf das Geschlechterverhältnis. Wirkt sich die Maßnahme positiv im Sinne der Gleichberechtigung von Frauen und Männern aus? Belässt sie den Status quo oder verschärft die Maßnahme womöglich Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern?“ (Erbe, 2004, S. 297f.).

Bereits bei den Analysen ist daher besonderes Augenmerk zu richten auf das Verhältnis von Ressourceneinsatz, also Arbeitskraft, Zeit und Geld gegenüber Bedarf, Wirkung und Nutzen der Maßnahme.

### 3.4.3 Ergebnisse

Was kommt nach der Gender Budget-Analyse? Noch sind die Beteiligten beschäftigt mit der flächendeckenden Initiierung dieser Budget-Analysen und der Kreis der Interessenten wächst jährlich. Die Festlegung verbindlicher Indikatoren und Bewertungsmaßstäbe steht ebenso aus wie die Option auf gesellschaftliche Veränderungsbereitschaft.

Doch dieser zielorientierte Prozess hat die Ergebnisse in der Theorie bereits vor Augen:

- Definition und Beschreibung der geschlechterspezifischen Disparitäten,
- Festlegung von Zielkriterien z. B. die Reduktion der Einkommensunterschiede,

- Entwicklung von Indikatoren, anhand derer die Zielerreichung nachvollziehbar ist,
- Entwicklung und Implementierung eines Maßnahmenbündels zur Überwindung der Gender-Disparitäten (vgl. Lichtenecker, 2006, S. 174).

Die hier zu Rate gezogene Quelle mit dem Titel ‚Gender Budget Analyse - Akademische Übung oder politische Relevanz?‘ kommt zu dem Resümee: „Gender Budget Analysen sind eine Herausforderung an die Wissenschaft und an die Politik. Es ist ein ambitionierter und interdisziplinärer Ansatz, der mit einer Methodenvielfalt arbeiten muss, um entsprechende Aussagen treffen zu können und qualifizierte Ergebnisse zu erhalten. Es ist seitens der Politik ein ausgesprochen mutiger Ansatz eine Gender Budget Analyse anzuwenden, da Ergebnisse einer Analyse auch entsprechende Konsequenzen und Maßnahmen implizieren.

Bei entsprechender Anwendung hat das Instrument der Gender Budget Analyse das Potential die politische Diskussion um Gleichstellungsmaßnahmen zu vertiefen und die Implementierung konkreter Maßnahmen zur Reduktion von Genderdisparitäten voranzutreiben. Die Basis dafür wird sein, dass Gender Budget Analysen in der Lage sind, fundierte Entscheidungsgrundlagen zu liefern und als kontinuierliches Controllinginstrument für die Gleichstellung der Frauen eingesetzt wird.“ (Lichtenecker, 2006, S. 177).

Steht auch die Festlegung verbindlicher Indikatoren und Bewertungsmaßstäbe nach Erstellung einer Gender Budget-Analyse noch aus, so gibt es neben dem Erfordernis jeweils projektbezogen und individuell festzulegender Bewertungsmaßstäbe eine Reihe theoretischer und praktischer Ansätze, aus denen sich standardisierte Indikatoren entwickeln können. „Als Bewertungsmaßstäbe können dabei quantitative Maßstäbe (z. B. ‚Anteil der Teilzeitbeschäftigten‘) oder qualitative Maßstäbe (z. B. ‚Zufriedenheit mit dem Beschäftigungsverhältnis, Erhöhung des Gefühles der Sicherheit‘) herangezogen werden. Ebenso können bereits bestehende, von öffentlichen Stellen, Forschungsinstituten oder anderen Initiativen definierte Zielwerte (Anzahl der zu schaffenden Kinderbetreuungsplätze) übernommen oder eigens festgelegte Ziele (Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel im Umkreis von 5 Minuten Fußweg) als Bewertungsgrundlage dienen.“ (Bergmann, 2005, S. 66).

Bereits die Auswahl der Indikatoren erfordert einige Vorausschau, da verschiedene Anforderungen zu erfüllen sind. Die Indikatoren sollen möglichst leicht zu erstellen, anzuwenden und auszuwerten sein, und doch gleichermaßen komplexe Fragestellun-



gen und Prozesse abbilden und durchdringen ohne allzu sehr zu vereinfachen oder gar die qualitativen Aspekte außer Acht zu lassen.

Ferner muss die Auswahl der Indikatoren bereits im Hinblick auf ihre spätere Überprüfbarkeit erfolgen. „Diese Überprüfung kann

- im Vergleich mit anderen Regionen, Ländern, Organisationen etc. stattfinden: Wie stellt sich die Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen in X gegenüber Y dar?
- im Zeitvergleich erfolgen: Hat sich die Situation über eine bestimmte Zeitspanne verbessert?
- durch die Definition von Zielgrößen erfolgen (so genannte Benchmarks), um (budget)politische Entscheidungen zu überprüfen: Erfolgt eine Annäherung an die erwünschten Benchmarks/Ziele? Oder es werden unterschiedliche Indikatoren ausgewählt, anhand derer eine Einschätzung der Budgetvorhaben erfolgt: Wie stellt sich die Situation im Hinblick auf ... dar?“ (Bergmann, 2005, S.66).

Bei Erstellung der Indikatoren wie auch bei Auswertung der Analyseergebnisse kommt den folgenden Dimensionen stets eine zentrale Bedeutung zu:

- Nutzen der Maßnahmen/öffentlichen Ausgaben für Frauen und Männer
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Männern
- Schaffung von Frauen- und Männerarbeitsplätzen
- Einfluss auf das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit von Frauen und Männern
- Unterstützung der Autonomie von Frauen und Männern (vgl. Bergmann, 2005, S. 67f.).

Aufgrund wirtschaftlicher Disparitäten und daraus resultierend politischer Interventionen ist mit dem Konzept des Gender Budgeting ein theoretisch-methodischer Ansatz entstanden, dessen Ziele, Instrumente und Prüfkriterien sich einer öffentlichen Diskussion stellen mit der Absicht, erhöhte Transparenz in finanzpolitischen Entscheidungen herbeizuführen.

Diese Herausforderung haben inzwischen zahlreiche Länder angenommen und deren Praxisbeispielen ist das folgende Kapitel gewidmet.

### 3.5 Gender Budgets in der Praxis

Auch auf dem Gebiet der Gender Budgets gehört Deutschland nicht zu den Pionieren, weder im internationalen noch im europäischen Vergleich.

#### 3.5.1 Internationale Initiativen

In den 1980er Jahren entstand international eine engagierte und intensive Diskussion zur Frage der Bedeutung und Erstellung von Gender Budgets, die in Australien ihren Ausgang nahm und seitdem in über vierzig Ländern mit zahllosen Projekten und wachsender Tendenz Erprobung und Anwendung findet.

Einen umfassenden Überblick zu den weltweiten Initiativen bietet die südafrikanische Expertin Debbie Budlender in ihrer Publikation ‚Gender Budgets Make Cents‘ (vgl. Budlender, 2002, S. 131ff.).

Die Projekte haben weitgehend ihr eigenes Profil. Die Zugänge, Ziele und Methoden im Zusammenhang mit diesen Women’s Budgets, Engendering Budgets und heute Gender Budgets sind vielfältig und entsprechend unterschiedlich sind auch die vorliegenden Arbeiten und Erfahrungen.

Aus der Fülle der Projekte seien hier einige der richtungsweisenden und prägenden skizziert.

##### 3.5.1.1 Australien

Kurze Zeit nach dem Wahlsieg der Labour Party hat Australien 1984 als erstes Land begonnen, regierungsintern ein so genanntes Women’s Budget zu erstellen. „Das WB war als umfassender Audit des Regierungsbudgets bezüglich der Auswirkungen auf Frauen und Mädchen konzipiert und wurde als Teil des Gesamtbudgets präsentiert. Neben einem jährlichen Bundesbudget nach Gender-Gesichtspunkten gab es Frauenbudgets auch in allen sechs Staaten und in den 2 Territories.

In Australien wurde diese Initiative von den Gender-Beauftragten und -Institutionen innerhalb der Regierung initiiert und getragen.“ (Klatzer, 2004, S. 46).

In den folgenden zwölf Jahren, von 1984 bis 1996, wurden die Effekte des Bundeshaushaltes auf Frauen und Mädchen analysiert. „Die Haushaltsanalysen waren im allgemeinen von großer Reichweite. Alle Behörden wurden aufgefordert, die Ausgabenseite ihrer jährlichen Budgets auf deren Auswirkungen auf die Gleichstellung von

Frauen und Männern hin zu untersuchen. ... Als eine erste Ausgabengruppe waren die Ausgaben speziell für Frauen und Mädchen (z. B. Beschäftigungsprogramme für arbeitslose Mütter mit kleinen Kindern) zu untersuchen. Die zweite zu analysierende Ausgabengruppe bezog sich auf die Schaffung gleicher Beschäftigungsmöglichkeiten für Angestellte im Staatsdienst (etwa die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten). Schließlich sollten die übrigen, allgemeinen Ausgaben auf ihre geschlechtsspezifischen Wirkungen überprüft werden ...“ (Schratzenstaller, 2002, S. 151).

Mit dem Wechsel zu konservativen Regierungen war 1997 die Zahl der Bundesstaaten, in denen noch Gender Budgets erstellt wurden, auf lediglich vier zurückgegangen und auch die Haushaltsüberprüfung auf Bundesebene war eingestellt worden. Zum Jahr 2000 erstellte nur mehr eine einzige Provinz ein Gender Budget (vgl. Schratzenstaller, 2002, S. 151).

Eine abschließende Bewertung kommt zu dem Ergebnis: „Die Ergebnisse der Haushaltsanalyse wurden zusammen mit dem Haushalt veröffentlicht. Daher wird Australien als Beispiel für einen hierarchisch gesteuerten Gender-Budget-Prozess („top-down-Strategie“) genannt. Aus diesem Grund wird auch kritisch angemerkt, dass die Ergebnisse der Haushaltsanalyse eher als Erfolg der offiziellen Gleichstellungspolitik präsentiert wurden, anstatt noch bestehende Defizite aufzuzeigen. Das australische Beispiel verdeutlicht gleichzeitig die Nachteile einer rein regierungsoffiziell verankerten Gender-Budget-Strategie, die auf die institutionalisierte Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen verzichtet und damit alleine von der Bereitschaft der amtierenden Regierungen zur Durchführung von Gender Budgets und der Berücksichtigung ihrer Ergebnisse abhängig ist.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 151).

Die australische Professorin für Volkswirtschaftslehre Rhonda Sharp sieht die Gründe für die Beendigung des Projektes vorrangig in den Zielen des Neoliberalismus: „Furthermore, the Australian experience over the past decade reveals that contesting the state’s economic policies at a time of economic restructuring presents a particularly difficult task for feminists. The current political climate in Australia does not support an ‘inside government’ gender budget exercise, particularly at the federal level. The conservative Liberal-National Party government in 1996 downgraded its commitment to the United Nations Convention for the Elimination of Discrimination Against Women (CEDAW). These directions reflect the neoliberal policy shift that has occurred in Australia.“ (Sharp/Broomhill, 2006, S. 78).

Erfolge sieht sie während der Gender Budgets in einer Umverteilung von Ausgaben: „Nevertheless, research on family policy indicates that, in the decade or so in which women's budgets were at their peak (1985 - 96), expenditures in areas of importance to women grew significantly.” (Sharp/Broomhill, 2006, S. 76).

Die Wiederaufnahme der Gender Budgets hält sie für möglich: “An important, and perhaps optimistic, sign also is the recent return to office of several social democratic governments in Australia. Therefore, the possible reestablishment, in some form, of gender budgets might be seen as a realistic goal.” (Sharp/Broomhill, 2006, S. 78).

Der universale Erfolg ist jedoch die Vorbild- und Signalwirkung, die von dieser frühen Initiative ausging: „These Australian experiences of developing gender-sensitive analyses of government budgets have had quite a degree of influence on similar projects developed by other governments during the 1990s. The Australian initiative directly informed the community-based, but Parliament-linked gender budget initiative in South Africa that was developed following a visit to Australia in 1995 by a delegation of gender specialists and human rights commissioners.” (Sharp/Broomhill, 2006, S. 65).

Südafrika hat die Pionierarbeit Australiens fortgesetzt und weitere „zahlreiche Gender Budget Initiativen haben den konzeptionellen Rahmen der australischen Analyse übernommen“ (Klatzer, 2004, S. 46).

### 3.5.1.2 Südafrika

Die ersten Gender Budget-Initiativen in Südafrika zielten auf die Veränderung der öffentlichen Haushalte der Apartheid-Regierungen, „die eindeutig das in dieser Zeit herrschende rassistisch-patriarchalische politische, ökonomische und soziale System widerspiegeln. Die Staatshaushalte dieser Zeit waren auf die Bedarfe der weißen, Afrikaans sprechenden Angehörigen der Mittelklasse zugeschnitten, obwohl die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung aus schwarzen Frauen in ärmlichen Lebensverhältnissen bestand.“ (Schrattenstaller, 2002, S. 152).

Die Idee, Budgets aus der Gender-Perspektive zu analysieren, wurde bereits in den Verhandlungen vor den ersten demokratischen Wahlen thematisiert. „Bei den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika im Jahr 1994 stieg der Anteil an Parlamentarierinnen von 3 % auf 27 %, das heißt, es waren mehr als 100 Frauen im Parlament vertreten.“ (Klatzer, 2004, S. 47).

Der unbedingte Wille zu grundlegenden Veränderungen sowie der wachsende Einfluss von Frauen bildeten die Grundlage für die Strategie, den Wandel durch Gender Budgets zu erreichen. „South Africa was one of the first countries to have a gender budget initiative. While Australia’s initiative was introduced in the mid 1980s, it was only in the middle of the next decade - in 1995 - that initiatives emerged in other countries, namely in the Philippines and South Africa. In Australia and the Philippines, the initiative was based inside government. In South Africa, the initiative began outside government, as a collaborative venture of women parliamentarians and non-governmental organisations (NGOs). The collaboration became known as the Women’s Budget Initiative (WBI).” (Budlender/Hicks/Vetten, 2006, S. 83). Die Ökonomin und Soziologin Budlender ist eine der Hauptakteurinnen und Expertin der WBI.

Im Gegensatz zur Vorgehensweise in Australien wurde die WBI in Südafrika „1995 - bald nach den ersten demokratischen Wahlen gemeinsam von Parlamentarierinnen und NGOs in Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen lanciert“ (Klatzer, 2004, S. 47).

„Dabei wurden die Haushalte auf der Zentralebene relativ detailliert, die der Provinzen weniger ausführlich untersucht. In den ersten drei Jahren wurden alle Funktionsbereiche analysiert. Auch die Beschäftigung im öffentlichen Sektor wurde dabei berücksichtigt. 1999 wurden erstmals auch die kommunalen Haushalte mit einbezogen und für fünf der insgesamt 840 kommunalen Haushalte Fallstudien erstellt.“ (Schratzenstaller, 2002, S. 152).

Die Initiative ist außerhalb der unmittelbaren Regierungsstrukturen angesiedelt. „Die WBI konzentriert sich auf zwei Arbeitsbereiche, nämlich zum einen auf die Analysearbeit und zum anderen auf die Lobbyarbeit: Inzwischen hat die Initiative nahezu alle Ausgabenposten des nationalen Staatshaushaltes (1995 - 1998), die Haushalte von fünf Gemeinden (1999) sowie die nationale Steuerpolitik (2000) analysiert. ...

Die Forschungsergebnisse wurden in fünf Büchern ausführlich dargelegt und in weiteren drei Büchern vereinfachend für ein nicht-akademisches Publikum zusammengefasst.“ (Çağlar, 2004, S. 133).

In der Vorgehensweise bedient sich die WBI der in Australien angewendeten Systematik zur Untergliederung der Ausgabenarten (vgl. Schratzenstaller, 2002, S. 152).

Neben diesem außerhalb der Regierung initiierten Projekt wurde 1997 eine zweite Initiative innerhalb der Regierung gestartet. Südafrika nahm mit weiteren Ländern an

dem Gender Budget-Projekt des Commonwealth Sekretariates teil. „Diese Initiative ist zentraler Bestandteil der Politiken des Commonwealth zur Förderung von Gender-sensitiven makroökonomischen Politiken. Die Koordination obliegt dem Finanzministerium. Das sollte sicherstellen, dass eine Gender-sensitive Analyse Teil der Formulierung der makroökonomischen Politik und dessen Evaluierung ist.“ (Klatzer, 2004, S. 47).

In der Regierungsinitiative wurden die Etats einiger Ministerien aus der Gender-Perspektive analysiert. Die Ergebnisse wurden bei der Formulierung der Haushaltsreporte in den Jahren 1998 und 1999 berücksichtigt. Im Jahr 2000 war die Projektlaufzeit beendet. „Dieses Pilotprojekt der Initiative der Länder des Commonwealth ist ein Versuch, makroökonomische Politik geschlechtsneutral auszugestalten. Seine Reichweite ist bei weitem nicht so umfassend wie diejenige der Women's Budget Initiative. So wurden etwa die kommunalen Haushalte aus der Analyse ausgeklammert.“ (Schratzestaller, 2002, S. 152).

Die Hauptakteurin konstatiert: „At present, the government initiatives are either dormant or dead. There is a range of reasons for this, some of them not directly related to gender responsive budgets or even gender. However, one of the more direct reasons has been the departure of supportive key players during the early months of 2000.

More generally, possibilities of influencing government are more limited in 2000 than they were in the early years of the new democracy.“ (Budlender, 2002, S. 139).

Auch in Südafrika hat sich die Regierungspolitik verändert. Die anfänglich sozio-ökonomische Strategie wurde 1996 durch ein neoliberales Programm abgelöst. „Es verfolgt eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und stellt hauptsächlich Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und Defizitreduktion in den Mittelpunkt.“ (Çağlar, 2004, S. 135). Mit dem neuen Programm hat sich die Wirtschaftspolitik verändert und damit auch die offizielle Denkweise.

Da die WBI außerhalb staatlicher Strukturen angesiedelt ist, bestehen durchaus Chancen, auf haushaltspolitische Entscheidungen einzuwirken. Der parlamentarische Entscheidungsprozess bietet zivilgesellschaftlichen Gruppen Möglichkeiten der Einflussnahme, allerdings bisher ohne ein Durchsetzungsrecht (vgl. Çağlar, 2004, S. 137).

Angesichts dieser Restriktionen ist also permanente zivilgesellschaftliche Unterstützung der WBI und Intervention durch die WBI vonnöten, um der politischen Dimension von Gender Budget-Vorhaben Rechnung zu tragen.

Nach Einschätzung der Expertin hat die Gender Budget-Initiative dennoch bereits nachhaltig gewirkt: „To name just one example, gender budget analysis is included in curricula at several South African universities, with the WBI’s books as prescribed reading.“ (Budlender/Hicks/Vetten, 2006, S. 83).

Neben dem ursprünglichen Konzept hat die Initiative Langzeitwirkung und Nachhaltigkeit mit sich gebracht, nicht zuletzt durch

- Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit und Schulungsmaßnahmen
- Maßnahmen und Mittelbereitstellung für die Verhinderung von Gewalt gegen Frauen
- Gender-Arbeit in den Provinzen (vgl. Budlender/Hicks/Vetten, 2006, S. 84ff.).

„Nevertheless, the majority of South Africans would still be perplexed if they heard the term ‚gender budget‘.“ (Budlender/Hicks/Vetten, 2006, S. 96).

Geht auch der Prozess nicht zügig und kontinuierlich genug voran, so ist doch die Signalwirkung, die von den frühen Projekten in Australien und Südafrika ausgeht, weltweit nicht mehr zu übersehen. Sie haben Pionierarbeit geleistet und zahlreiche „Initiativen rund um den Globus“ (Klatzer, 2004, S. 45) sind entstanden.

„Innerhalb des erwähnten Commonwealth-Programms wurden Pilotprojekte beispielsweise auf den Fidschi-Inseln oder Sri Lanka initiiert. Projekte, die nur innerhalb der Regierungen angesiedelt sind, finden sich in Frankreich, Irland und den Philippinen. Initiativen, die von Nichtregierungsorganisationen, evtl. mit akademischer Beteiligung, ausgehen, gibt es z. B. in Brasilien, Deutschland, El Salvador, Kanada, Mexiko, Peru und Russland. In Chile, Indien, Schottland, der Schweiz, Tansania, Uganda und dem Vereinigten Königreich dagegen sind an regierungsoffiziellen Vorhaben auch Nichtregierungsorganisationen, daneben in einigen Ländern WissenschaftlerInnen aus Forschungsinstituten oder Universitäten beteiligt. In einigen Staaten wurden Gender-Budget-Initiativen von internationalen Organisationen angestoßen, etwa Bangladesh (Weltbank) oder Chile (Inter-Amerikanische Entwicklungsbank), die mit den nationalen oder lokalen Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und WissenschaftlerInnen zusammenarbeiten. Die beteiligten, oftmals die erste Anregung gebenden Nichtregierungsorganisationen sind nicht immer lokale oder nationale Organisationen; oftmals engagieren sich internationale Nichtregie-

rungsorganisationen (z. B. Oxfam in Südafrika oder die Fordstiftung in Mexiko).“ (Schrattenstaller, 2002, S. 153f.).

### 3.5.2 Europäische Projekte

Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Europarat führen seit 2002 Erhebungen durch zum Stand der Gender Budget-Initiativen in den Mitgliedsstaaten. „Die Europarats-ExpertInnengruppe erarbeitete darüber hinaus Richtlinien für Gender Budgeting, um damit Informationen für nationale Regierungen bereitzustellen und diese für geschlechterspezifische Budgetpolitik zu sensibilisieren ... “ (Michalitsch, 2006, S. 22). Sie wurden 2005 veröffentlicht (vgl. Michalitsch, 2006, S. 26).

Das bei einer von UNIFEM, OECD, Nordischem Rat und belgischer Regierung 2001 in Brüssel veranstalteten Konferenz verabschiedete Communiqué fordert die Unterstützung von Gender Budget-Initiativen ein, um bis 2015 Gender Budgeting weltweit durchzusetzen (vgl. Michalitsch, 2006, S. 22).

Unter den zahlreichen mittlerweile initiierten Gender Budget-Projekten im europäischen Raum sind neben Großbritannien/Schottland, Schweden und Norwegen insbesondere die Maßnahmen in Österreich und der Schweiz gut dokumentiert und werden entsprechend kontinuierlich publiziert.

#### 3.5.2.1 Schweiz

Im deutschsprachigen Raum wurden erste geschlechterdifferenzierte Haushaltsanalysen in der Schweiz durchgeführt (vgl. Rapp/Rudel, 2005, S. 17).

Auslöser für eine Untersuchung des Haushalts aus einer Geschlechterperspektive war auch dort das Sparen von Bund, Kantonen und Gemeinden. 1994 wurde von den schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten und den Verbandsfrauen des öffentlichen Dienstes die Studie „An den Frauen sparen?“ in Auftrag gegeben, die die Frage untersuchen sollte: Wird bei Haushaltskürzungen überproportional an Frauen gespart? Sie befasste sich mit den Beschäftigungswirkungen staatlicher Ausgaben und Einsparungen sowie der geschlechterspezifischen Wirkung staatlicher Haushalte.

In die Haushaltsanalyse waren der Bundeshaushalt sowie die Budgets des repräsentativen Kantons Bern und der Stadt Biel einbezogen.



Kernfragen:

- Hat sich die Beschäftigungswirkung als zentraler Effekt der öffentlichen Ausgabenpolitik in der Sparperiode zu Lasten der Frauen verändert?
- Wurden Budgetposten, die für Frauen von besonderer Bedeutung sind, durch Sparmaßnahmen überproportional gekürzt?

Den Autoren der verdienstvollen Studie wurde schnell klar, dass diese zunächst simpel tönenden Fragen mit dem vorhandenen Haushaltsinstrumentarium nicht beantwortet werden können. „Einfach sind solche Fragen darum nicht, weil die methodischen und datenmäßigen Grundlagen zur Erarbeitung von Antworten unzulänglich sind. Die vorliegende Studie musste darum Neuland betreten und hat dementsprechend einen langwierigen und mühevollen Entstehungsprozess hinter sich.“ (Bauer/Baumann, 1996, S. IV).

Im Laufe der Erarbeitung wurde der Anspruch daher reduziert. „Das ursprüngliche Ziel einer umfassenden Analyse der frauenspezifischen Wirkungen von Staatsrechnungen und Staatsbudgets konnte nicht erreicht werden. Stattdessen stellt die Studie eine Art von Werkstattbericht dar. Dargestellt wird, wie einzelne Bereiche mit unterschiedlichen Methoden in unterschiedlicher Tiefe und Detaillierung untersucht werden können.“ (Bauer/Baumann, 1996, S. IV).

Hierzu wurde ein Analyseraster entwickelt unter folgenden Gesichtspunkten:

- Bei der Betrachtung längerer Zeiträume der Haushaltsentwicklung: Handelt es sich dabei um eine
  - Sparperiode oder
  - Ausbauperiode?
- Charakterisierung der Staatsausgaben hinsichtlich ihrer geschlechterbezogenen Wirkung:
  - Nutzenanalyse: Welche Dienstleistungen des Staates nutzen Frauen und Männern? Welche Budgetposten werden gestrichen und wer leidet dabei eine Wohlstandseinbuße? Wer hat durch Budgetstreichungen weniger Zugang zu Dienstleistungen und Gütern?
  - Auswirkung auf die Erwerbsarbeit von Frauen und Männern
  - Auswirkung auf unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern, z. B. Einsparungen durch Privatisierung von Dienstleistungen: Schaffung neuer Arbeitsplätze oder Rückverlagerung auf unbezahlte Eigenarbeit

- Berechnung der Ausgabenentwicklung im Vergleich zu den Gesamtausgaben (vgl. Erbe, 2003, S. 20f.).

„Die Ergebnisse zeigten, dass bei der Verteilung öffentlicher Gelder ein großes Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen besteht und sich in Zeiten von Sparmaßnahmen die Situation von Frauen weiter verschlechtert. In Erwerbsbereiche mit hohem Frauenanteil flossen weniger öffentliche Gelder, überdurchschnittlich gespart wurde bei Posten, deren Kürzung zu verstärkter Gratisarbeit von Frauen führt (z. B. Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen).“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 17).

Ferner zeigte sich die Notwendigkeit, die bis dahin angewandte Methodik zu verfeinern sowie Ursachen und Zusammenhänge stärker zu beleuchten.

Nach Fertigstellung der Studie zogen die Autoren das folgende Fazit: „Bei der Bearbeitung der vorliegenden Studie standen wir vor dem Problem, dass es sowohl an den Daten wie der Methodik fehlt, um die gestellte Frage, wie und mit welchen Auswirkungen von der öffentlichen Hand ‚an den Frauen‘ gespart wird, befriedigend zu beantworten. Der größte Teil der Arbeit musste darum darauf verwendet werden, eine geeignete Methodik zu entwickeln und die Daten entsprechend aufzuarbeiten. Die eigentliche Auswertung und Interpretation der Resultate konnte in der Folge nicht mehr in der angemessenen Breite durchgeführt werden. Es zeigte sich aber, dass die neu entwickelte Methodik der partiell quantitativen Budgetanalyse praktikabel ist und zu aussagekräftigen Resultaten führt. Die Anwendung erfolgte aber noch in einer eher summarischen Weise. Vielfältige Differenzierungen, insbesondere inbezug auf die Aufgliederung der Ausgabeposten, sind denkbar. Für weitere Bearbeitungen dürften vor allem zwei Richtungen sinnvoll sein:

- Differenziertere Budgetanalysen für einzelne Gemeinwesen (Gemeinden oder Kantone). Dabei sollte insbesondere die Feinmechanik des Sparens und die konkreten Folgewirkungen, welche in der vorliegenden Studie nahezu nicht beachtet werden konnten, untersucht werden.
- Umfassende Aufarbeitungen über alle Kantone oder großen Gemeinden hinweg anhand von publizierten aggregierten Statistiken.

Wichtig wäre vor allem auch eine auf die Fragestellung der frauenspezifischen Wirkungen hin aufgearbeitete Rechnungs- und Budgetgliederung.“ (Bauer/Baumann, 1996, S. 107f.).

Hierzu hatte die Studie Pionierarbeit geleistet und die künftige Richtung gewiesen.

„In Basel-Stadt erklärte daraufhin der Frauenrat die geschlechtergerechte Budgetanalyse zu seinem Schwerpunktthema und forderte eine Weiterentwicklung des Gender-Budget-Instrumentariums für Basel. Auf starken Druck der Frauenverbände hin wurden im Jahr 2000 vom Kanton Basel 50.000 CHF bewilligt. Ziel war: das Analyseinstrumentarium zu verbessern, um nachvollziehen zu können, wie hoch die Leistungen in den verschiedenen Aufgabenbereichen sind, welche einzelnen Bevölkerungsgruppen sie in Anspruch nehmen und wer wie stark über Steuern und Abgaben zum Staatshaushalt beiträgt.“ (Erbe, 2003, S. 21f.).

Die Analyse wurde durch zwei Untersuchungen ergänzt: „Die eine analysiert, wie sich staatliche Kürzungen auf bezahlte und unbezahlte Arbeit auswirken, die andere geht den Auswirkungen staatlicher Ausgaben auf die Beschäftigung nach.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 17).

Die Ergebnisse der Schweizer Analysen wurden öffentlich vorgestellt und publiziert. Eine Auswertung hat unter anderem die Schweizer Ökonomin Mascha Madörin vorgenommen (vgl. Madörin, 2004, S. 32ff.) sowie die beiden Wiener Ökonominen Christa Schlager und Birgit Trukeschitz, die auf der Grundlage des Schweizer Vorbildes gearbeitet haben (vgl. Schlager/Trukeschitz, 2004, S. 156ff.).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit haben die Kernaussagen der Ergebnisse bereits Einzug gefunden in Kapitel 1.6 über die Lebenswirklichkeit der Frauen, zumal diese sich im deutschsprachigen Europa nur in Nuancen unterscheidet.

Der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ein verstärktes Interesse hat, bisherige Leistungen des Staates in den ehrenamtlichen Bereich zu verlagern, steht die Entschlossenheit vor allem der jüngeren Generation von Frauen gegenüber, Berufstätigkeit mit Kindern zu vereinbaren. „Es gibt deshalb eine eminent gleichstellungspolitische ökonomische Frage: Wie können Frauen von einem Teil der riesigen Mengen unbezahlter Arbeit entlastet werden? Im Prinzip gibt es ... 5 Möglichkeiten:

- durch technischen Fortschritt im Haushalt;
- indem Männer einen Teil der unbezahlten Arbeit übernehmen;
- indem gewisse Leistungen einfach nicht mehr erbracht werden;
- indem bisherige Haushalts/Familien-Leistungen vom Staat übernommen werden;
- indem bisherige Haushalts/Familien-Leistungen vom Markt angeboten werden.“ (Madörin, 2004, S. 35).

Und zu der so wichtigen Frage der Kinderbetreuung: „Zugegeben, es gibt auch die Möglichkeit, dass Frauen gewisse Leistungen nicht mehr erbringen können oder wollen: Sie reduzieren die Zahl der Kinder oder haben überhaupt keine oder sie sind nicht mehr in der Lage, für ihre Kinder zu sorgen. Die niedrigen Fruchtbarkeitsraten in einigen europäischen Ländern sprechen Bände über den ökonomischen Realismus der Staats- und Wirtschaftseliten in Sachen Care Ökonomie, ebenso die Präsenz von Straßenkindern in armen Quartieren großer Städte oder in Städten des Südens.“ (Madörin, 2004, S. 37f.).

Gesellschaftspolitische Entwicklungen werden also zunehmend zu wirtschaftspolitischen Zukunftsfragen.

### 3.5.2.2 Österreich

Beim Quellenstudium im deutschsprachigen Bereich ist festzustellen, dass eine zunächst nicht zu vermutende hohe Anzahl an Printpublikationen wie Internetquellen aus Österreich vorliegt.

Auch in Österreich weisen die Budgetprogramme der Bundesregierungen zwischen 1996 und 2002 wenig Interesse an geschlechterspezifischen Fragestellungen aus. So „werden Geschlechtergleichstellung und Frauenförderung in beiden Programmen nicht erwähnt, insbesondere nicht bei der Aufzählung der wichtigen Maßnahmen. Es kann daraus geschlossen werden, dass diese Themen seitens der genannten Regierungen keinen hohen Stellenwert haben. ... Beide Programme erwähnen zwar ‚Verteilungsgerechtigkeit‘ bzw. ‚soziale Gerechtigkeit‘ als Prinzipien, dies klingt jedoch sehr vage und ist dem vorrangigen Ziel ‚Budgetsanierung‘ völlig untergeordnet.“ (Wagner, 2004, S. 192).

Nur wenige Jahre später ergibt sich ein anderes Bild: „Erfreulicherweise gibt es derzeit eine Art Aufwind für Gender Budgeting in Österreich.“ (Klatzer, 2006, S. 138).

Die erste Beschäftigung mit Idee und Konzept von Gender Budgeting in Österreich fand im Jahr 2000 im Arbeitskreis ‚Frauen und Budget‘ statt, einer Gruppe von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerinnen aus Wissenschaft, Interessenvertretungen, Forschungsinstitutionen und Verwaltung. „Im Zuge der öffentlichen Diskussion über die Sparpolitik der Bundesregierungen waren geschlechtsspezifische Aspekte nur am Rande angeklungen, obwohl immer deutlicher wurde, dass viele der Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wurden. Auch in Arbeiten kritischer Sozi-

alwissenschafterInnen über die Auswirkungen der restriktiven Budgetpolitik ... wurden frauenspezifische Aspekte zwar thematisiert, rückten aber nicht ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Daraus entwickelte sich der Bedarf nach eingehender Analyse.“ (Klatzer, 2006, S. 133f.).

In den Jahren 2002 und 2004 erschienen grundlegende und richtungsweisende Publikationen, die ausgehend von den internationalen Gender Budget-Aktivitäten Ermutigung und Handlungsanleitung sowie Unterstützung für die konkrete Umsetzungsarbeit bieten. Darin werden Beispiele für Gender Budgeting-Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene anwendungsorientiert dargestellt und konkrete methodische Ansätze entwickelt. „Es zeigt sich für das Jahr 2005 und darüber hinaus jedoch deutlich, dass es angesichts zunehmender öffentlicher Aktivitäten einer zivilgesellschaftlichen Stimme bedarf, die Forderungen aus emanzipatorischer Sicht in die öffentliche budget- und wirtschaftspolitische Debatte einbringt und die den Regierungen auf die Finger schaut. ... Seit Frühjahr 2005 arbeitet die Gruppe unter dem Namen ‚Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen‘ weiter.“ (Klatzer, 2006, S. 137).

Initiiert durch das Pilotprojekt des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen aus dem Jahr 2002 ‚Ist das österreichische Steuersystem tatsächlich geschlechtsneutral?‘ haben die Kerngedanken des Gender Budgeting seit 2004 in alle offiziellen politischen Ebenen Eingang gefunden.

Im Budgetbericht 2005 heißt es: „‚Gender Budgeting (...) ist die geschlechtergerechte Budgetpolitik oder Haushaltsführung und damit Teil des Gender Mainstreaming. Gender Budget umfasst Analysen von Staatseinnahmen und Staatsausgaben in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen. (...) Ab 2005 sollen in einem ersten Schritt die Gender Auswirkungen zumindest für ein Beispiel pro Ressort analysiert werden.‘“ (zit. nach Klatzer, 2006, S. 139).

Die Absicht zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei der Mittelverteilung findet sich auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene in zahlreichen Initiativen und Programmen.

Eine Gelegenheit besonderer Art bietet die seit 2003/2004 laufende Debatte über eine grundlegende Verfassungsreform. Aufgrund von Überzeugungsarbeit ist es gelungen, insbesondere in die Beratungen zur Finanzverfassung durchgängig die Forderung zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern zu verankern. „In der Konventsdebatte wurde rasch deutlich, dass eine Aufnahme des Begriffes Gender Budgeting oder des deutschen Äquivalents Geschlechtergerechte Budgetgestaltung

auf hohe Ablehnung stieß. Daher wurde mit der Formulierung ‚Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern‘ eine Umschreibung gefunden. In den Verhandlungen war klar, dass es sich dabei um die Zielvorstellungen von Gender Budgeting handelte. Es wird wichtig sein, dies auch in den erläuternden Bemerkungen des zu beschließenden Verfassungstextes festzuhalten.“ (Klatzer, 2006, S. 146).

Die an diesen Prozessen Beteiligten sehen die bisherigen Ergebnisse ambivalent: „Auf Bundesebene fehlt es an den grundlegenden Voraussetzungen für eine sinnvolle Einführung von Gender Budgeting: Es ist keine Gesamtstrategie erkennbar. Zielvorgaben und politische Leitlinien, koordiniertes Vorgehen, Ressourcen, Strukturen sowie eine geeignete institutionelle Verankerung mit politischer Verantwortlichkeit sind nicht vorhanden.“ (Klatzer, 2006, S. 141).

Eine weitere Quelle kommt zu der Einschätzung: „Wenn auch noch Aufklärungs-, Überzeugungs- und Sensibilisierungsarbeit zu leisten sein wird, so war das Finanzministerium doch eines der ersten Ressorts, das konkrete Ergebnisse und Vorschläge für die Gender Mainstreaming-Strategie erarbeitet, Gender Mainstreaming-Prüfungen von zwei Gesetzen durchgeführt hat und ernsthafte Schritte zur Umsetzung von Gender Budgeting unternimmt.“ (Fritz, 2006, S. 164).

Und auch für Außenstehende stellt sich der österreichische Weg als fortschrittlich dar. „Es ist sicherlich als Erfolg zu werten, dass im Konvent ein Konsens für die Verankerung von Gender Budgeting als Bestandteil der österreichischen Finanzpolitik gefunden wurde. Die tatsächliche Beschlussfassung über obenstehenden Entwurf wäre ein Meilenstein in der Geschichte der österreichischen Finanzverfassung. Und ein möglicher Grundstein für eine Finanzpolitik, die Gleichstellungsziele verstärkt in den Mittelpunkt rücken könnte. ...

Und es wäre international gesehen ein Novum, bislang gibt es in keinem Land eine derartige rechtliche Verankerung. Österreich könnte Vorbildwirkung entfalten.“ (Klatzer, 2006, S. 148).

Die Tageszeitung taz meldet am 28.1.2008: „Um dieses Gender-Budgeting auf Bundesebene umzusetzen, wurde in Österreich im August 2007 eine Änderung des Bundesverfassungsgesetzes eingebracht. Künftig heißt es in diesem Gesetz: ‚Bund, Länder und Gemeinden haben bei ihrer Haushaltsführung die Grundsätze des Gender Budgeting zu berücksichtigen.‘“ (Flothmann, 2008, S. 2).

### 3.5.3 Ansätze in Deutschland

Auch in Deutschland wächst die Zahl der Gender Budget-Initiativen; „ob sich diese geschlechterpolitische Strategie als durchgehendes Prinzip in Politik und Verwaltung durchsetzen wird, und vor allem, welche Veränderungen im Sinne einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik sie konkret bewirken kann, ist allerdings noch offen.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 181).

#### 3.5.3.1 Bund, Länder und Kommunen

Die Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (siehe Kapitel 2.1.3) richtete 2004 eine Unterarbeitsgruppe zu Gender Budgeting ein, die im darauf folgenden Jahr eine Machbarkeitsstudie für die Einführung von Gender Budgeting auf Bundesebene in Auftrag gegeben hat.

Die umfangreiche Studie erschien im März 2006. Sie „macht Vorschläge für die Implementierung von Gender Budgeting auf Bundesebene. Ausgangspunkt bildet einerseits eine Zusammenfassung der Umsetzung von Gender Budgeting in Europa mit Beispielen aus Großbritannien, Österreich, Frankreich, Belgien und dem Nordischen Rat. Andererseits zeigte der Prozess der Machbarkeitsstudie Nutzen, Chancen und Herausforderungen für die Einführung von Gender Budgeting.“ (Färber, 2006, S. 14).

Die Studie stellt die internationalen Beschlüsse und rechtlichen Grundlagen heraus und orientiert sich an den Bedingungen und Planungsschritten des Haushaltsverfahrens. „Aufbauend auf dieser Analyse werden Methoden entwickelt, wie Gender Budgeting umgesetzt werden kann. Kern ist dabei die Durchführung von Genderwirkungsanalysen zu den Einnahmen, Ausgaben und Aufgabenbereichen, die als Genderwirkungsanalysen zu den Einnahmen, Ausgaben und Aufgabenbereichen, die als Genderinformationen für den Entscheidungsprozess zur Verfügung gestellt werden sollen.“ (Färber, 2006, S. 19).

Neben dem fiskalischen Aspekt bezieht die Studie die Erfassung der Versorgungsökonomie in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein und sieht in Gender Budgeting „ein anspruchsvolles Konzept“ (Färber, 2006, S. 20).

Seit 2007 gehen der Studie ‚Anmerkungen der Bundesregierung‘ voraus, die ‚erheblichen bürokratischen Aufwand‘ für das ‚bestehende, sehr komplexe Haushaltsverfahren‘ sieht und auf die Pflicht der Bundesministerien verweist, ‚die Gleichstellung

von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip bei allen Maßnahmen zu fördern’.

Ein Jahr danach ist der Presse zu entnehmen: „Die interministerielle Arbeitsgruppe Gender-Mainstreaming, die den Prozess begleitete, existiert inzwischen nicht mehr. Das zuständige Referat im Ministerium wurde stark verkleinert. Und in Reden oder Papieren der Regierung, wie zuletzt etwa dem Cedaw-Staatenbericht, der die Entwicklung der Gleichstellungspolitik in Deutschland dokumentiert und alle vier Jahre der UNO vorgelegt wird, tauchen die Begriffe Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting gar nicht mehr auf.“ (Flothmann, 2008, S. 3).

Unabhängig von der Terminologie ist ‚Gleichstellung als Querschnittsaufgabe’ verpflichtende Strategie in der Bundespolitik.

Auch auf der Ebene der Bundesländer finden sich nur vereinzelt gezielte Initiativen. „Als offizielle Strategie verfolgt bislang alleine die Landesregierung ‚Berlin’ Gender Budgeting. In ‚Hamburg’ und ‚Hessen’ brachte die Opposition Anträge zur Einführung von Gender Budgeting ein, die aber mehrheitlich im Landtag abgelehnt wurden. Gender Budgeting wird auf Länderebene nur in Ausnahmefällen als eigene Strategie verfolgt. Vielmehr gibt es in vielen Bundesländern im Rahmen der Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie Pilotprojekte, die erste Ansätze von Gender Budgeting enthalten.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 183).

Zu den Ländern, die erste Erfahrungen mit Gender Budgeting suchen, zählen Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Bremen, und in gewissem Sinn auch Brandenburg und Schleswig-Holstein.

Mutiger und bunter sind hier eher die Initiativen im kommunalen Bereich. „Wirtschaftliche Stagnation, zurückgehende Steuereinnahmen und zusätzliche Aufgaben, die von Bund und Ländern den Kommunen übertragen wurden, lösten die schwerste Finanzkrise der Städte und Gemeinden seit Bestehen der Bundesrepublik aus. In dieser Situation war das Anliegen der Initiatorinnen von kommunalen Gender Budget-Initiativen, Strukturen von Frauen- und Mädchenprojekten, aber auch beispielsweise von MigrantInnenprojekten, vor dem Rotstift zu retten. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, dass der drohende Kahlschlag bei kommunalen Leistungen tendenziell stärker zu Lasten von Frauen als von Männern ginge, was die Rückverlagerung öffentlicher Aufgaben in den privaten Bereich, die Kürzungen bei sozialen Leistungen und den Arbeitsplatzverlust betreffe. So war zumindest die erste Forderung, die Wirkung von Konsolidierungsmaßnahmen auf unterschiedliche Gruppen von Frauen



und Männern abzuschätzen, bevor Kürzungen vorgenommen würden.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 187).

Nachfolgend werden einige kommunale Projekte betrachtet. Maßgeblich für die Auswahl ist die besondere Profilierung einzelner Initiativen sowie vor allem ihre Zielführung im Rahmen dieser Arbeit.

### 3.5.3.2 Münster

Als erstes bundesdeutsches Projekt im Sinne des Gender Budgeting gilt Münster. 1993 gab es zahlreiche Proteste gegen die geplanten Kürzungen der Mittel für Fraueneinrichtungen. Aus diesem Anlass begannen Mitglieder des Autonomen Frauen-/Lesbenplenums Münster, den kommunalen Haushalt zu durchforsten und zu hinterfragen. So thematisierten sie die im Haushalt nicht sichtbare unbezahlte Arbeit und beleuchteten die Proportionen zwischen einzelnen Haushaltsstellen. „Sie stellten z. B. die 50.000 DM für Frauenprojekte den 2,5 Mio. DM für die Tiere des Zoos gegenüber und fragten zugespitzt: Sind Pandabären und Zebras mehr wert als ‚einfache Menschenfrauen‘? Die Frauen forderten daraufhin, die Hälfte der Mittel für den Zoo zu streichen.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 19).

Ferner wurden „Schlampigkeiten und fehlende Transparenz aufgedeckt: Die Frauen stellten bei ihren Nachforschungen fest, dass drei- oder vierstellige Budgetposten oft über Jahrzehnte nicht überprüft wurden. So landeten seit den 50er Jahren jährlich tausend Mark auf dem Konto eines unbekannten Kulturvereins oder es wurde seit Jahrzehnten eine U-Boot-Kameradschaft in Norddeutschland gepflegt. Die Summe war niemandem aufgefallen.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 19). In den Augen eines Haushaltspolitikers handelte es sich um ‚Kleinzeug‘ und für dessen Betrachtung fehle die Zeit.

„Die nötige Skandalisierung des Themas gelang schließlich über den Rosenmontagsumzug in Münster. Für die eintägige Veranstaltung wurden jährlich 44.430 DM Subvention zur Verfügung gestellt. Die Frauen forderten die Privatisierung des Karnevals und die Bereitstellung der Mittel für Frauenprojekte. Fortan berichtete die Presse über die Initiative der Frauen.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 19).

Durch eine schriftliche Befragung von Frauenprojekten und Einrichtungen mit frauenspezifischen Angeboten wurde der Finanzbedarf für eine geschlechtergerechte

Arbeit ermittelt - seinerzeit knapp 16 Millionen DM - und die Ergebnisse der Haushaltsanalyse öffentlichkeitswirksam präsentiert (vgl. Erbe, 2003, S. 23).

Auf der nachfolgenden Tagung 1993 mit dem Titel ‚Nichts ist unmöglich - Frauen fordern Geld in den Kommunen‘ entstand ein Forderungskatalog (vgl. Rapp/Rudel, 2002, S. 25) und im Anschluss daran „feste Haushaltstitel für Frauenprojekte und -einrichtungen, ein Frauenausschuss und ein Buch“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 19).

Der Anteil der Frauenfördermittel steigerte sich von 0,015 auf 1 Prozent (vgl. Erbe, 2003, S. 23).

### 3.5.3.3 München

Auch in München waren die Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt und das absehbare Ungleichgewicht, dass diese tendenziell stärker zu Lasten der Frauen gehen, Anlass für die Thematisierung geschlechterspezifischer Aspekte bei der Konsolidierung. Einen Hinweis auf diese unterschiedliche Prioritätensetzung gab bereits die ‚Münchner Bürgerbefragung 2000 - Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger‘ (vgl. Erbe, 2003, S. 29; S. 32). Die Ergebnisse haben gezeigt, dass Frauen die städtischen Aufgaben eher im Bereich Beschäftigungsförderung, Pflegedienste und Bildungsleistungen sehen, Männer vorrangig im Bereich von Straßenbau und -unterhaltung.

Im Jahr 2002 entzündete sich eine heftige Debatte über die Prioritätensetzung in der Finanzplanung des Sozialreferates für die Konsolidierungsphasen der Jahre 2003 sowie 2004 bis 2006. Die drastischen Kürzungsabsichten erzeugten einen hohen Mobilisierungseffekt. „Um Druck auf die Verwaltung und die Politik auszuüben, aber auch um untereinander abzustimmen und gegenseitige Konkurrenz unter Projekten zu vermeiden, gründeten Frauen aus Projekten, Verwaltung und Parteien im November 2002 die Münchner Initiative.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 189).

Diese kritisierte die Einsparvorschläge des Sozialreferates als unausgewogen zu Lasten von Frauen und Frauenprojekten. Die Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen sowie die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen forderten, „bevor der Stadtrat über Haushaltskürzungen entscheidet, den Haushaltsentwurf in Hinblick auf eine geschlechtergerechte Mittelverteilung zu überprüfen“ (Erbe, 2003, S. 30). Bei Vergabe wie bei Kürzung öffentlicher Mittel sei auf Geschlechtergerechtigkeit zu achten. „Vor der Analyse der Auswirkungen der Kürzung auf Frauen und Männer,

Mädchen und Buben sollten keine Kürzungen vorgenommen werden.“ (Erbe, 2003, S. 30).

Die Analyse ergab die erwartete frauenpolitische Schieflage. „Ein unmittelbarer Erfolg war, dass die Kürzungen im Frauen- und Mädchenprojekte-Bereich weitgehend verhindert werden konnten. Doch gegen die Forderung einer allgemeinen Folgenabschätzung von Konsolidierungsmaßnahmen in sämtlichen Referaten gab es in der Verwaltung starke Widerstände.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 190).

Am 28.01.2004 beschloss der Münchner Stadtrat die Einführung von Gender Budgeting. Den organisatorischen Rahmen bildet die Verwaltungsmodernisierung nach dem Neuen Steuerungsmodell. Die Steuerung soll ergebnisorientiert über Produkte und Produktziele erfolgen, der Gesichtspunkt Geschlechtergerechtigkeit von Anfang an mit einbezogen werden.

Eine verwaltungsinterne Projektgruppe unter Federführung der Kämmerei „hat den Auftrag, bis Ende 2004 ein Umsetzungskonzept vorzulegen, das dann 2005 in Pilotprojekten erprobt werden soll. Seit Ende 2004 wird durch ein externes Institut, das Sozialwissenschaftliche Institut München (SIM), in allen Referaten die geschlechtsdifferenzierte Datenlage erhoben.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 19).

Wenn auch das Umsetzungskonzept zum Jahresende nicht vorlag, so ist doch die Initiative Gender Budgeting gestartet und auch die Bürgerbefragung von 2000 wird 2005 weitergeführt. Seit 2004 beteiligt sich München an dem EU-Projekt ‚Gender Alp!‘ mit einem „Pilotprojekt zur Entwicklung und Erprobung von Instrumenten für Gender Budgeting“ (Erbe/Frey, 2006, S. 190).

Die Initiative in München ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert:

- Sie hat sich das internationale Instrumentarium, soweit vorhanden, zu eigen gemacht und für den Implementierungsprozess ergänzende und präzisierende Analysekriterien entwickelt.
- In diesem Kontext wird die Forderung nach einer Geschlechterverträglichkeitsprüfung thematisiert. „Eine solche Analyse zu erwartender Wirkungen auf Geschlechterverhältnisse ist vergleichbar mit der in Deutschland üblichen Umweltverträglichkeitsprüfung und wird auf EU-Ebene bereits vielfach angewandt ...“ (Erbe, 2003, S. 31).

#### 3.5.3.4 Köln

Seit 1998 engagiert sich das FrauenForum der Lokalen Agenda 21 Köln im Leitbildprozess der Stadt. Eine Gruppe des FrauenForums, die Kölner Gender-Budgeting-Initiative, startete 2003 das Pilotprojekt ‚Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik‘ (vgl. Rapp/Rudel, 2005, S. 20).

In ehrenamtlicher Tätigkeit wurden Stadtbibliothek und Volkshochschule als Teile des städtischen Haushaltes analysiert. Die Verwaltung unterstützte den Prozess durch Information, Daten und Beratung. „Die Studie ist in ihrem Umfang der Analyse bislang in Deutschland einmalig und zeigt gleichzeitig die Schwierigkeiten eines solchen Vorgehens auf. Die Anzahl der analysierten Bereiche hing zunächst an dem Kriterium geschlechtsdifferenzierter Daten. Nutzungen konnten nur in dem Rahmen geschlechtsdifferenziert ausgewertet werden, wie auch Daten vorlagen, was nur einen Teilausschnitt des tatsächlichen Nutzungsverhaltens zeigte. Gleichzeitig konnten im Bereich Bibliotheken auch keine spezifischen Kosten und Erlöse nach Geschlecht zugeordnet werden, nicht nur, weil sie nicht geschlechtsdifferenziert erhoben wurden, sondern weil die bestehende Haushaltssystematik (Kameralistik) keine eindeutige Zuordnung der Mittel erlaubte.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 188).

Die Analyse erschien 2004 und weist in der Einleitung auf diese Schwierigkeiten hin: „Bei der StadtBibliothek begegneten wir dem Problem, dass etliche Statistiken keine geschlechtsspezifische Zuordnung ermöglichten oder sie nicht mit den Produktbereichen des Produkthaushalts in Beziehung zu setzen waren. Erst auf Grund zusätzlich eingeholter Informationen gelang es auch hier, aus dem Untersuchungsbereich aussagekräftige Erkenntnisse abzuleiten.“ (Grote, 2004, S. 5).

Auch in Köln geht es um Maßnahmen der Mittelkürzungen, und die Studie kommt zu dem Ergebnis: „Aus der Gesamtuntersuchung des Bibliotheksbereichs ergibt sich, dass Kinder und Jugendliche im Alter von 6 - 18 Jahren und Frauen von Streichungen im Zuge der Haushaltskonsolidierung am meisten betroffen sind. Auch die aus Personalmangel verringerten Öffnungszeiten in den jeweiligen Zweigstellen und in der Zentrale bleiben nicht ohne Wirkung auf das Informations- und Leseverhalten und somit auch auf die Höhe der Ausleihzahlen. Um die aufgezeigten Benachteiligungen insbesondere zu Lasten der weiblichen Bevölkerung aufzuheben, bleibt eine Umstrukturierung des gesamtstädtischen Etats aus unserer Sicht unumgänglich.“ (Grote, 2004, S. 13).

Die Studie konzentriert sich auf die Situation der eingetragenen Entleiherinnen und Entleiher. Besucherschaft und Beschäftigte bedürfen separater Untersuchungen.

„Eine weitere Erkenntnis der Initiative ist, dass Gender Budgeting nicht nur der Geschlechtergerechtigkeit dient, sondern eine wichtige Vorbedingung zukunftsfähiger Stadtentwicklung ist. Die Ergebnisse der Analyse sollen nun in die Arbeitsgruppe ‚Moderne Stadtgesellschaft‘ einfließen, die gemeinsam mit anderen Gruppen die Umsetzung des Leitbilds Köln 2020 begleitet.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 20).

### 3.5.3.5 Berlin

Bereits in den 1990er Jahren hatten Frauen verschiedener Parteien versucht, die Geschlechterfrage an den Berliner Haushalt heranzutragen. „Einen Durchbruch erlangte das Thema allerdings erst nach der Wahl der jetzigen Regierung von SPD und PDS im Jahr 2001.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 183).

Im Mai 2001 entstand die ‚Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin‘, in der sich Frauen aus Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Wissenschaft, Parteien und Gewerkschaften engagieren. Sie wurde vor dem Hintergrund des Berliner Bankenskandals aktiv. „Die mangelnde Kontrolle bei der Kreditvergabe der landeseigenen Bankgesellschaft führte dazu, dass die Schulden des Landes Berlin in die Rekordhöhe von 78 Mrd. DM getrieben wurden.“ (Erbe, 2003, S. 24). Eine wesentliche Forderung der Initiative war deshalb, den Haushalt transparenter zu gestalten.

„Vor dem Hintergrund der Berliner Finanzskandale war der erste Schritt ein Offener Brief an die Berliner Parteien und Regierungsverantwortlichen, der von 104 Einzelpersonen und 26 Vereinen und Verbänden in Berlin unterzeichnet wurde. Gefordert wird eine Budgetanalyse des gesamten Haushalts mit dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter und MigrantInnen in Berlin. Außerdem setzen sich die UnterzeichnerInnen für mehr Transparenz in der Haushaltspolitik ein. Im Juni 2002 schließlich beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus die Einführung von Gender Budgeting.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 21).

Damit war Berlin das erste Bundesland mit konkreten und weitreichenden Schritten auf dem Weg zur Umsetzung von Gender Mainstreaming, einschließlich Gender Budgeting. „Der Senat wurde aufgefordert, in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der Vorlage der Haushaltspläne künftig die

Gesamtbreite der jeweiligen Haushaltsansätze Gegenstand einer gendersensiblen Analyse und Berichterstattung gegenüber dem Hauptausschuss wird.' Politisch wurde der Beschluss damit begründet, den Gender Mainstreaming-Ansatz auch im wichtigen Aufgabenbereich Finanzen zur Geltung zu bringen. Geschlechtsspezifische Aspekte und Zielsetzungen sollen zukünftig formuliert und bewusst gemacht werden, bevor die zentralen Entscheidungen über Ziele, Strategien und Ressourcenzuteilungen bei der Erstellung der öffentlichen Haushalte getroffen werden.“ (Erbe, 2003, S. 23).

Die Forderung wurde in den Koalitionsvertrag aufgenommen, „und tatsächlich kam es im Mai 2002 zu einem ausdifferenzierten Beschluss. Er stellte den Prozess zunächst auf eine solide Basis, da er konkrete Zeithorizonte und Verantwortlichkeiten benennt und die flächendeckende Einführung von Gender Budgeting vorsieht. Gender Budgeting wurde hier von Anfang an als Strategie mit Gender Mainstreaming gekoppelt.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 184).

Zur Koordination wurde die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming beim Senat für Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie die ‚Landeskommission Gender Mainstreaming‘ eingerichtet. Hierin befindet sich eine Unterarbeitsgruppe Gender Budgeting, bestehend aus Verwaltung und Politik. Die o. g. Initiative ist in Kommission und Arbeitsgruppe vertreten.

„Mittlerweile wurde in vier Pilotprojekten Gender Budgeting erprobt: in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Tempelhof-Schöneberg, sowie bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen.“ (Rapp/Rudel, 2005, S. 21).

Als Verfahren wurde zunächst die geschlechtersensible Nutzenanalyse anhand ausgewählter Haushaltsposten eingesetzt. Die Produkte bewegen sich in den Bereichen Bildung, Soziales, Jugend und Sport.

Im Bezirk Lichtenberg war auch die Bibliothek als Untersuchungsgegenstand von Anfang an dabei.

„Im zweiten Bericht der Senatsverwaltung über diese Pilotphase 2003/2004 sind die Ergebnisse der Analysen dokumentiert. ...

Ein Senatsbeschluss vom August 2004 sichert die Weiterführung des Prozesses. Bereits für die Aufstellung des Haushalts 2006 sollen alle Senats- und Bezirksverwaltungen in den Prozess einsteigen und Nutzenanalysen von ausgewählten Titeln bzw. Produkten vornehmen. Der Rat der Bürgermeister hat für die Bezirke sechs Produkte festgelegt: Entleihung (Bibliotheken), Lehrveranstaltungen der Volkshochschulen,

Programmangebot Bildende Kunst, Allgemeine Kinder- und Jugendförderung, Integrative Erziehungs- und Familienberatung sowie persönliche Beratung von Behinderten und Kranken.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 184).

Für die Auswahl der Produkte aus den so genannten weichen Politikbereichen werden als Gründe genannt: In diesen Bereichen liegt der Handlungsraum für eigene Gestaltbarkeit durch die Bezirksverwaltungen, und ferner stand die Frage der Machbarkeit im Vordergrund, um der noch zögerlichen Annahme von Gender Budgeting in vielen Verwaltungen zunächst einige Beispiele für Praktikabilität und Nutzen vorzuweisen.

„Obwohl Berlin also in Sachen Gender Budgeting in Deutschland federführend ist und bisher interessante Ergebnisse aus dem Prozess hervorgingen, gibt es noch zahlreiche Herausforderungen. Vor allem die sinnvolle Verwertung der bisherigen Ergebnisse für eine geschlechterpolitische Strategie sowohl auf Gesamtberliner Ebene als auch in den einzelnen Bereichen der Verwaltung steht noch aus.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 185).

Ermutigende Ansätze sind erkennbar: Der innerhalb Berlins in der Realisierung von Gender Budgeting fortschrittlichste Bezirk Lichtenberg hat „aus der Analyse des Sporthaushaltes Konsequenzen gezogen: Da Hallensportarten von Frauen häufiger ausgeübt werden, die öffentlichen Mittel jedoch insgesamt Männern zu einem größeren Teil zugute kommen, wird man in den nächsten Jahren mehr in Hallen als in Freiflächen investieren.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 185).

Als Zwischenbilanz lässt sich feststellen, „dass in der Bundesrepublik viele unterschiedliche Aktivitäten unter dem Begriff Gender Budgeting vorzufinden sind und entsprechend vielfältige Erfahrungen gesammelt werden. Zu einer konkreten Veränderung eines Haushalts oder eines Teilbereichs hat Gender Budgeting in Deutschland bisher noch nicht geführt. Eine Ausnahme stellt hier der Berliner Bezirk Lichtenberg dar, wo bereits erste Analyseergebnisse in den neuen Haushalt einfließen.“ (Erbe/Frey, 2006, S. 191).

### 3.6 Resümee

Bisher erfolgen die Aktivitäten in Deutschland eher unkoordiniert und in starker Abhängigkeit von Kenntnisstand und Reforminteresse einzelner Personen und Gruppen.

Flächendeckend ist die Bereitschaft in Kommunalpolitik und Verwaltungsspitze noch eher zurückhaltend angesichts vermeintlich vorrangiger Notwendigkeiten und traditioneller finanzpolitischer Kernthemen. Die Eingliederung der Gender-Aufgaben in das Instrumentarium der Verwaltungsreformen kann die Umsetzung durchaus befördern, insbesondere dann, wenn es als Prüfkriterium Eingang in Maßnahmen des Controllings findet. In diesem Kontext der Verwaltungsmodernisierung kann es jedoch auch sein strukturveränderndes Potenzial einbüßen und als bloßes Zahlenerhebungsinstrument vereinnahmt und marginalisiert werden.

Auch verstellt die derzeit praktizierte Vorgehensweise in Einzelprojekten den Blick für den grundlegenden geschlechterpolitischen Ansatz, der gerade in den Phasen von Haushaltskonsolidierung leicht in den Hintergrund gedrängt wird, oder aber - wie aufgezeigt - erst in diesem kausalen Zusammenhang umso nachdrücklicher verfolgt wird.

Sind auch die bisher sichtbaren Ergebnisse noch unbefriedigend und gering in der Zahl, so ist hier doch ein Prozess in Gang gesetzt worden, der höchste Aufmerksamkeit verdient und diese auch schrittweise erhält. Von der Karriere oder Erfolgsgeschichte des Gender-Begriffes war vielfach die Rede. Und doch steht er nicht für Revolution, sondern für Reform. Veränderungsprozesse dieser Dimension müssen auf vielen Ebenen das öffentliche Bewusstsein erreichen und durchdringen, sie müssen reifen, um schrittweise und vernunftgetragen realisiert werden zu können. Der so häufig anzutreffende und auf kurzfristige Erfolge ausgerichtete Aktionismus ist bei einem Prozess dieser Reichweite wenig förderlich.

Die Internationalität dieses Aufbruches zur Realisierung von Gender-Gerechtigkeit macht es regionalen Entscheidungsträgern zunehmend schwerer, den eigenen Verantwortungsbereich von der Modernisierung auszunehmen. Die Vorgaben erfolgen durch die EU-Gremien und werden - wie ebenfalls aufgezeigt - nachdrücklich eingefordert durch überregionale Netzwerke und zivilgesellschaftliches Engagement.

Auch mehren sich die Publikationen und Untersuchungen über Gender-Aspekte in einzelnen Wissens- und Wissenschaftsbereichen und deduzieren Auswirkung und Bedeutung der Kerngedanken in Fach- und Spezialgebiete.

Für Bibliotheken ist dies bisher nicht erfolgt, außer in Form der bereits eruierten fragmentarischen Beispiele Köln und Berlin, hier Schwerpunkt Lichtenberg, sowie vereinzelter eher zaghafter Fortbildungsangebote.



## **4 Bibliotheken als Operationalisierungsbereich**

Die Aufgabenstellung der Sammlung, Erschließung und Vermittlung von Informationen platzierte die Bibliotheken von jeher zwischen Tradition und Fortschritt. Ihre progressiven Bestrebungen bilden der gegenwärtigen Informations- und Wissensgesellschaft ein solides Fundament und sorgen für Verfügbarkeit und Nachhaltigkeit geistiger Ressourcen. Sie erweisen sich als aktive Planer, um das kulturelle Erbe zukunftsfähig zu erhalten und gleichermaßen als vorausschauende und qualitätsbewusste Informationsmanager innerhalb eines zunehmend unübersichtlichen Informationsmarktes.

Neben dieser primären Aufgabenstellung haben sie längst pragmatische Strukturen für ihre Binnenorganisation entwickelt. Die reformerischen Maßnahmen in den allgemeinen Verwaltungen, wie etwa Kundenorientierung, Teamarbeit oder Arbeitszeitflexibilisierung, um nur einige zu nennen, prägten insbesondere in den Öffentlichen Bibliotheken traditionell den alltäglichen Dienstbetrieb. Das innovative Potenzial war hier bereits optimal entfaltet. Ferner erfuhren sämtliche Dienstleistungen und Strukturen tiefgreifende Transparenz in Form differenzierter statistischer Erhebungen und deren Offenlegung - regelmäßig per Jahresbericht oder in mannigfachen Leistungsvergleichen.

Weit weniger aufgeschlossen und interessiert zeigen sich die Bibliotheken bisher gegenüber Fragen der Geschlechterpolitik. Diese Zurückhaltung ist umso erstaunlicher, als sich speziell Bibliotheken, und auch hier vorrangig die Öffentlichen Bibliotheken, als Untersuchungsgegenstand unter Gender-Aspekten in besonderem Maße und in multidimensionaler Hinsicht geradezu anbieten.

Zählen die Bibliotheken also nicht zu den Protagonisten der Entwicklung von Gender-Bewusstsein, so sind sie doch bereits Teil des Prozesses und werden zunehmend in seine interdisziplinäre Verbreitung einbezogen. Wenn der Prozess des Gender Mainstreaming, einschließlich seiner haushaltsrelevanten Komponente Gender Budgeting, als politischer Auftrag zukünftig auch die Spezialgebiete und ihre Fachkompetenzen erreicht, so werden sich die Bibliotheken diesem Reformkonzept stellen müssen und es gibt gute Gründe, dies aufgeschlossen und offensiv zu initiieren.

Im Folgenden sollen daher Auswirkungen und Bedeutung des Gender-Konzeptes für die Fachaufgabe Bibliothek, insbesondere Öffentliche Bibliothek, untersucht werden.

Die theoretisch-methodischen Erkenntnisse des Gender-Ansatzes werden operationalisiert in dem bildungspolitisch relevanten Anwendungsbereich Öffentliche Bibliothek und ihrem Management. Machbarkeit und Grenzen in der Realisierung werden dabei ebenso analysiert wie Chancen und Risiken für den künftig gegenderten Alltag moderner Gebrauchsbibliotheken.

Um nun diesem Reformprozess unterzogen werden zu können, in ihn einzutreten oder auch aktiv mitzugestalten, ist es erforderlich, die Bibliotheken von dem Status abzuholen, auf dem sie sich derzeit befinden.

#### 4.1 Bibliotheken im kommunalen Haushalt

Der kameralistische Haushalt bildet die Basis und das zentrale Steuerungsinstrument des kommunalen Rechnungswesens. Zwar öffnet sich der Gesetzgeber zunehmend der Einführung betriebswirtschaftlicher Planungselemente, doch die wissenschaftlichen Überlegungen zur Neustrukturierung sind weder abgeschlossen noch ausreichend in der Praxis evaluiert. Zahlreiche Kommunen erstellen daher jährlich den traditionellen Haushaltsplan und erproben parallel die Funktionalität eines produktorientierten Haushaltes.

In beiden Fällen findet sich die Bibliothek im Rahmen des Verwaltungsgliederungsplanes im Einzelplan 3 ‚Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege‘. Dies gilt für den Verwaltungshaushalt wie für den Vermögenshaushalt.

Neben der Bibliothek verzeichnet der Einzelplan 3 die weiteren Bildungs- und Kulturinstitute, also Volkshochschule, Musikschule, Museen, Archiv, Galerie, etc. sowie so genannte durchlaufende Mittel für Bildungs- und Kulturinstitutionen mit eigener Rechtsform in mittelbarer Trägerschaft der Kommune.

Innerhalb des Einzelplanes 3 trägt die Bibliothek die Amtskennziffer 42.

Das zweite Ordnungsprinzip nach den Einzelplänen, einschließlich Ämterstruktur, bildet der Gruppierungsplan. Dieser enthält die Darstellung von Einnahme- und Ausgabearten in Form von Haupt- und Untergruppen zur weiteren Differenzierung.

Zu den wichtigsten Einnahmearten der Bibliothek zählen Benutzungs- und Versäumnisgebühren, Einnahmen durch Veranstaltungen, Verkauf ausgesonderter Medien, ggf. Raumvermietungen, Einnahmen durch Medienersatz und andere Schadenshaftung sowie in zunehmendem Maß auch Einnahmen durch Sponsoring und Merchandising.

Die Ausgabearten gliedern sich in Personalkosten einschließlich Sozial- und Alterssicherung, Fortbildung und Dienstreisen, in Kosten für Unterhalt und Aktualisierung der Medienbestände, Nutzung von Datenbanken und universalem Internetbetrieb sowie weitere Sachkosten für Technikunterstützung, Bibliotheksausstattung, Gebäude und Grünanlagen und gegebenenfalls die Unterhaltung einer Fahrbibliothek.

Eine weitere Untergliederung der Ausgaben erfolgt bei den Personalkosten in Form eines detaillierten Stellenplanes. „Der für Kommunen gesetzlich vorgeschriebene Stellenplan ist ... ein fester Bestandteil des Haushaltsplanes und ist daher als ein wichtiges Element im Haushaltsaufstellungsverfahren ... zu berücksichtigen. Der Stellenplan stellt die Grundlage für die Personalwirtschaft einer Kommune dar und ist detailliert nach Besoldungs- und Vergütungsgruppen für Beamte, Angestellte und Arbeiter zu gestalten.“ (Baier, 2002, S. 45f.).

Die Zuordnung all dieser Einzelkosten zur Bibliothek erfolgt über den Unterabschnitt 3520 innerhalb des Einzelplanes 3 (vgl. Schiffer/Umlauf, 2007, S. 8).

Die weitere Gliederung der Unterabschnitte führt zu den Haushaltsstellen, die für die Bibliothek in der Regel aus jeweils 12 Ziffern bestehen. „Durch die Kombination von Gliederung und Gruppierung entsteht eine Vielzahl von Haushaltsstellen mit identischen Gruppierungsarten, die sich über alle Unterabschnitte erstrecken. Die Haushaltsstellen werden bei der Haushaltsaufstellung als Planungsobjekte benutzt und entsprechend ihrer Gliederung den Einzelplänen zugeordnet. Die Gliederungsvorschriften erzeugen durch die Kombination von Gliederung und Gruppierung eine hohe Zahl von Planungsobjekten und damit auch eine relativ feine Planung. Die Planungstiefe geht damit über eine reine kontenbezogene Planung in der doppelten Buchführung hinaus, wie sie oft noch in optimierten Regiebetrieben bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und der Plan-Gewinn- und Verlustrechnung angewandt wird. Am ehesten ist das kommunale Planungssystem daher mit einer kostenstellenbezogenen Kostenartenplanung zu vergleichen.“ (Baier, 2002, S. 21f.).

Dieses einheitliche Gliederungsschema für sämtliche Einzelpläne folgt den traditionellen Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt. Auf diese Weise haben die Kommunen einen höchstmöglichen Grad an Vereinheitlichung ihrer Strukturen erreicht und damit eine bundesweit akzeptierte und praktizierte Grundlage für die Vergleichbarkeit ihrer Ausstattung und Leistungen geschaffen.

## 4.2 Verwaltungsreform

In den 1990er Jahren sehen sich die Städte mit der Aufgabe konfrontiert, ihr breites Leistungsspektrum auch bei erheblich schrumpfenden finanziellen Ressourcen aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig werden sie Teil eines globalen wirtschaftspolitischen, technologischen und sozialen Veränderungsprozesses von bisher kaum gekanntem Ausmaß und Anpassungsdruck.

### 4.2.1 Behördenkritik

Während sie noch bei den europäischen Nachbarn nach Modellen zur sparsameren Haushaltsführung suchen, werden ihre Verwaltungen selbst Gegenstand grundsätzlicher öffentlicher Kritik:

- Das Leitbild von der Behörde, die hoheitliche Aufgaben wahrnimmt, hat ausgedient, wird als unzeitgemäß empfunden. Stattdessen fordern die Bürger leistungsstarke, flexible und bürgernahe öffentliche Einrichtungen. An die Verwaltung werden nach und nach die gleichen Ansprüche gestellt wie an eine Bank oder ein Reisebüro. Die Idee vom ‚Dienstleistungsunternehmen Stadt‘ rückt in den Vordergrund. Die Ansprüche an die Qualität des Verwaltungshandelns steigen.
- Die Arbeitsweise der Verwaltung wird als ineffektiv kritisiert, d. h. sie passt sich nicht schnell genug den Bedürfnissen der Bürger an, die sich laufend verändern. Was die Verwaltung tut, ist oft nicht mehr zweckmäßig, sie arbeitet nicht zielgerichtet.
- Der Verwaltung wird der Vorwurf gemacht, sie arbeite ineffizient, d. h. wie sie ihre Arbeit tut, ist unwirtschaftlich. Sie könnte dieselbe Leistung auch preiswerter und schneller erbringen (vgl. Wimmer, 1995, S. 11).

Ebenso äußert sich seinerzeit der Leiter der Städtischen Bibliotheken Dresden. „Vier Hauptgründe für den Veränderungsbedarf lassen sich erkennen:

- a) die finanziellen Ressourcen verringern sich unaufhaltsam,
- b) der Anspruch der Bürger an die Struktur und die Qualität der Verwaltung steigt ständig,
- c) die Steuerung erfolgt in der Regel bürokratisch und nicht als dienstleistungsorientiert, ist daher zu unflexibel,
- d) die Einstellung der Beschäftigten zu ihrem Job verändert sich.

Die Schere zwischen Aufgabenfülle (b) und verfügbaren Finanzen (a) klappt immer weiter auseinander. Es gilt, diese Ressourcen- und Leistungslücke zu schließen.“ (Flemming, 1997, S. 9).

Als Ursachen für das unbefriedigende Verwaltungshandeln werden gesehen:

- Unflexible Regelungen
- Unklare Zuständigkeiten
- Unzeitgemäße Mitarbeiterführung
- Unzureichendes Rechnungswesen
- Ineffektive Steuerung (vgl. Wimmer, 1995, S. 12ff.).

Die Autorin nennt jeweils zutreffende Beispiele, die jeder Bibliotheksleitung aus damaliger Zeit und eigener Praxis vertraut sind.

Summarisch werden die Defizite als Steuerungsprobleme identifiziert. „Man kann diese Schwachpunkte zusammenfassen als Probleme der ‚Verwaltungssteuerung‘. Steuerung heißt in diesem Zusammenhang: Der Verwaltungsapparat soll durch die Politik (z. B. die Gemeindevertreter) so gesteuert werden, dass er im Sinne der Bürger optimal arbeitet.

- Im Moment wird die Verwaltung rein über den ‚Input‘ gesteuert: das heißt das Gemeindeparlament beschließt über den Haushalt, wo dieses Jahr wie viele Ressourcen eingesetzt werden. Die Gemeindevertretung setzt ‚nicht‘ bei den Leistungen an, die mit diesen Mitteln erbracht werden sollen; sie prüft auch nicht (oder nur nebenbei), welche Ergebnisse - welcher Nutzen - mit den Haushaltsmitteln im letzten Jahr erzielt wurden. Die Ergebnisse - der ‚Output‘ - der Verwaltungsarbeit werden also nicht direkt gesteuert.
- Es gibt noch ein zweites ‚Steuerungsproblem‘: Häufig beschäftigen sich die Gemeindevertretungen mit Einzelentscheidungen, die eigentlich in der Fachkompetenz der Fachämter liegen sollten (debattiert wird über einzelne Haushaltsansätze und Tätigkeiten). Dadurch kommt es zu einer gravierenden Einschränkung der Handlungsfreiheit in den Fachämtern. Umgekehrt kämpfen die Gemeindevertreter mit einer Flut von Einzelentscheidungen. Man spricht von einer ‚operativen‘ Steuerung, d. h. die Gemeindevertreter beeinflussen, ‚WIE‘ die Verwaltung arbeitet. (Nicht zuletzt aus diesem Grund sind auch die Mitarbeiter in den Fachämtern an einer Reform interessiert.) Vernachlässigt werden auf diese Weise aber die übergeordneten, strategischen Ziele und Aufgaben, die innerhalb einer

schlüssigen kommunalen Planung für die einzelnen Fachverwaltungen festgelegt werden müssen. D. h. das, ‚WAS‘ die Verwaltung tut, wird unzureichend gesteuert.

All diese Überlegungen sind nicht neu; in Großbritannien, den Niederlanden und den USA gibt es schon seit 10 bis 15 Jahren Reformansätze und -theorien, die man grob unter dem Begriff ‚New Public Management‘ zusammenfassen kann. Auch bei uns wurden die Schwächen der Verwaltung interessanterweise schon vor knapp 20 Jahren erkannt. Das macht ganz deutlich, wo der Motor der aktuellen Reformdiskussion sitzt: nämlich in der dauerhaften, teilweise katastrophalen Finanzmisere der Kommunen, die mit immer weniger Einnahmen eine ständig steigende Zahl von Aufgaben erfüllen müssen.“ (Wimmer, 1995, S. 14).

#### 4.2.2 Neues Steuerungsmodell

Aufgrund dieser Analyse der Steuerungsprobleme halten die Reformbestrebungen folgerichtig als Neues Steuerungsmodell NSM in Deutschland Einzug in die Verwaltungen. Als vorbildlich wird dabei das Management der Wirtschaftsunternehmen angesehen sowie deren Kundenorientierung und Dienstleistungsdenken, Kostenbewusstsein und organisatorische Flexibilität.

Für den Weg von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen Kommunalverwaltung/Stadt werden daher als Grob-Ziele der Reform festgelegt:

- Kundenorientierung
- Wirtschaftlichkeit
- Mitarbeiterorientierung.

Die KGSt, die diesen Prozess unterstützt und begleitet hat, definiert das ‚Reformleitbild der Dienstleistungskommune‘ folgendermaßen:

„Das Dienstleistungsunternehmen Kommunalverwaltung:

- Es ist primär nachfrage- und kundenorientiert und organisiert sich daher ‚von außen nach innen‘.
- Es denkt in Produktzyklen und passt seine Leistungen laufend der veränderten Nachfrage und selbstverständlich den vorhandenen Mitteln an.
- Dabei achtet es auf seine Wettbewerbsfähigkeit. Interkommunale und interne Leistungsvergleiche sind selbstverständlich. Der direkte Wettbewerb mit privaten Anbietern vergleichbarer Leistungen wird nicht gescheut.

- Es investiert in seine Mitarbeiter, setzt ihnen Leistungsziele und bietet ihnen Gestaltungsmöglichkeiten und Anerkennung.“ (KGSt, 2007, S. 22).

Für den Umsetzungsprozess bedeutet dies:

- Von der Input- zur Outputorientierung
- Vom Prozess zum Ergebnis
- Vom Angebot zur Nachfrage
- Von der Erstellung der Leistung zur Nutzung der Leistung
- Vom Anbieter zum Kunden
- Von der Haushaltsstelle zum Produktbudget.

#### 4.2.2.1 Haushaltsplan als Steuerungsinstrument

Hatte der Haushaltsplan, einschließlich Stellenplan, bisher eher die Funktion der Abbildung von Arbeitsergebnissen und dafür eingesetzten Ressourcen, so wird er im NSM als zentrales Steuerungsinstrument eingesetzt und benutzt. Er wird zum Hauptkontrakt zwischen Politik und Verwaltung sowie zwischen den einzelnen Hierarchieebenen der Verwaltung.

Soll also der Haushalt als zentrales Steuerungsinstrument fungieren, so wird nun über die Finanzen gesteuert und erst in zweiter Linie über die Aufgaben. Konsequentermaßen erfolgt die Haushaltsgliederung über vorab festgelegte Budgets und die weitere Untergliederung mittels so genannter Produkte und Leistungen.

Diesem Ziel unterstellt wird die Organisation der Verwaltung mit der Folge erheblicher interner Umstrukturierungen. „Als zentraler Geschäftsplan muss der Haushalt entsprechend der örtlichen Verwaltungsorganisation gegliedert sein. Nur bei einer Übereinstimmung von Budgetbereichen und Organisationseinheiten lassen sich eindeutige politische und administrative Abgrenzungen für die Fach- und Ressourcenverantwortung schaffen.

Im Idealfall wird zunächst die Verwaltungsstruktur im Sinne des Neuen Steuerungsmodells umorganisiert. Dieser Struktur wird die Gliederung des Haushaltsplans angepasst. Der Haushalt wird also nicht mehr nach Einzelplänen und Abschnitten entsprechend den haushaltsrechtlichen Gliederungsvorschriften gegliedert, sondern je nach der örtlichen Verwaltungsorganisation nach Dezernaten/Referaten oder Fachbereichen. In Abhängigkeit von der örtlichen Verwaltungsstruktur und dem angestreb-

ten Grad der Dezentralisierung werden die Budgets weiter unterteilt, z. B. Dezer-natsbudgets in Ämterbudgets bzw. Fachbereichsbudgets in Abteilungsbudgets.“ (Bals/Hack, 2000, S. 41).

#### 4.2.2.2 Budgetierung als Steuerungsverfahren

Innerhalb des Haushaltsplanes als zentrales Steuerungsinstrument erhält die Budgetierung den Rang als zentrales Steuerungsverfahren. „Die Finanzvorgaben erfolgen grundsätzlich in Form von Budgets. Welcher Gestaltungsspielraum den Organisationseinheiten innerhalb ihrer Budgets gegeben wird, ist abhängig von der örtlichen Steuerungsphilosophie und dem Stand des Dezentralisierungsprozesses. Es ist sowohl möglich, dass Politik und Verwaltungsführung innerhalb der Budgets in klassischer Weise ‚haushaltsstellenscharfe‘ Vorgaben machen. Ebenso gut kann die Finanzvorgabe für eine Organisationseinheit aber auch lediglich in einer Ergebnisvorgabe bestehen, z. B. in einem Zuschussbetrag, der nicht überschritten werden darf oder in der Verpflichtung, das Budget auszugleichen; letzteres ist das übliche Finanzziel bei vollkostendeckenden Gebührenhaushalten und bei Internen Dienstleistern.“ (Bals/Hack, 2000, S. 43).

Die budgetorientierte Steuerung erleichtert und vereinfacht das strategische Management für Politik und Verwaltungsspitze. Budgetorientierte Planungen und Verfahren „können jedoch durch die nach wie vor gegebene Inputorientierung das vom Neuen Steuerungsmodell gesteckte Ziel einer outputorientierten Steuerung noch nicht erfüllen. Die Umsetzung dieses Zieles macht es erforderlich, den Output zum Gegenstand des Planungssystems und der politischen Beratungen zu machen.“ (Baier, 2002, S. 121).

#### 4.2.2.3 Budget, Produkt und Leistung

Daher und unter den Gesichtspunkten von Kundenorientierung und Dienstleistungsdenken gilt die Aufmerksamkeit auch im Neuen Steuerungsmodell den Aufgaben, die die Verwaltung zu erfüllen hat und auch erfüllt, also den Leistungen, die die Verwaltung erbringt. „Die Grundidee ist so einfach wie zwingend: Eine vernünftige Steuerung der Kommune durch die politischen Gremien und die Verwaltungsführung setzt voraus, dass zusammen mit den Ressourcenzuweisungen in den Haushaltsplä-



nen auch konkrete Vorgaben für die zu erbringenden Leistungen (Produkte) gemacht werden. Die politischen Gremien müssen auch die Leistungen beschließen, die von der Verwaltung mit den zugewiesenen Ressourcenbudgets erzeugt werden sollen. Zu jeder Finanzvorgabe gehört eine Leistungsvorgabe. ...

Die striktere Verbindung von Ressourcenvorgaben mit Leistungsvorgaben ist auch eine zwingende Folge der Einführung der Budgetierung: In einem Finanzmanagementsystem, das stärker mit globalen Budgetvorgaben arbeitet, entsteht sonst ein Steuerungsvakuum, das bisher - mehr schlecht als recht - durch haushaltsstellen-scharfe Input-Feinsteuerung gefüllt wird. Mit der produktorientierten Budgetierung ... wird dieses Vakuum gefüllt.“ (Bals/Hack, 2000, S. 70f.).

Die Definition der einzelnen Leistungen erfolgt in den Fachabteilungen. Die Einzelleistungen werden gebündelt und zu Produkten zusammengefasst und diese wiederum zu Produktgruppen und weiter zu Produktbereichen. Da es sich bei dem Neuen Steuerungsmodell um einen Top-down-Prozess handelt, erfolgt die Vorgehensweise in der Praxis meist umgekehrt: Die Fachabteilungen sind aufgefordert, Produkte zu bilden und diese dann mit Leistungen zu belegen.

Der so entstehende Produktkatalog soll in Verbindung mit dem entsprechenden Ressourceneinsatz in Form von Kosten- und Leistungsrechnung an die Stelle des Haushaltsplanes treten. Jedoch: „Bis zur Änderung des Haushaltsrechts verlangen die Aufsichtsbehörden die Verabschiedung des Haushalts (zusätzlich) in der von den Gliederungs- und Gruppierungsvorschriften vorgesehenen Form!“ (Bals/Hack, 2000, S. 42).

Nach einigen Jahren des Umganges mit dem budget- und produktorientierten Haushalt als potenzieller Arbeitsgrundlage stellt sich folgende Erfahrung ein: „Beflügelt von der Idee der Kundenorientierung im NSM kam die Aufstellung von Produktkatalogen anfänglich gut voran. Sie entsprach dem bürokratischen Regelungsinteresse der Verwaltungen und wurde auch von den Unternehmensberatern gern empfohlen. Aber schon die Aufstellung und erst recht die Pflege und Fortschreibung der Produktkataloge erwiesen sich als wesentlich schwieriger und aufwendiger als ursprünglich erwartet. Produktkataloge, die schon seit mehreren Jahren nicht mehr fortgeschrieben werden und damit Investitionsruinen darstellen, sind inzwischen nicht mehr selten.

Entsprechendes gilt für die eingeführten Systeme der Kosten- und Leistungsrechnung. Sie erweisen sich häufig als überdimensioniert (weil flächendeckend und auf

der Grundlage eines zu detaillierten Produktkatalogs konzipiert), als zu aufwendig (u. a. weil nicht mit dem Haushalts- und Rechnungswesen verknüpft) und vor allem als funktionslos. Funktionslos deshalb, weil völlig ungeklärt ist, wie ausgehend von den (Plan)Stückkosten über Produktbudgets ein operationales Aktionsprogramm erzeugt werden soll und in welchem Verhältnis dieses zum alten oder neuen Haushalt stehen soll. Das Konzept erfordert ein gigantisches Rechnungs- und Entscheidungssystem und fast allwissende Entscheider. Es zeichnet sich ab, dass diesem Konzept deshalb am Ende ein ähnliches Schicksal beschieden sein wird, wie den ambitionierten Priorisierungsverfahren in der Investitionsplanung der 60er Jahre oder früheren Verfahren wie Zero-Base-Budgeting oder Planning-Programming-and-Budgeting-Systemen.“ (Bals/Hack, 2000, S. 70).

Und: „Die Erfahrung mit separaten Produktbüchern zeigt, dass diese Art der Informationsdarbietung von den Politikern wegen der Unübersichtlichkeit auf Dauer nicht akzeptiert wird, insbesondere in den (häufigen) Fällen, wo deren Systematik nicht eins zu eins mit dem kameralen Haushaltsplan übereinstimmt. Wenn, was auch vorkommt, die Produktbücher auch zeitlich getrennt vom Haushalt den Gremien vorgelegt werden, ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass die Integration der Produkt- mit der Ressourcenplanung noch nicht gelungen ist.“ (Bals/Hack, 2000, S. 71).

Diese frühe praxisnahe Kritik hat auch für die Folgejahre ihre Berechtigung nicht verloren.

#### 4.2.3 Verwaltungsreform im Überblick

Mit der Leitidee von Budgetierung und Produktorientierung, einschließlich Kosten- und Leistungsrechnung, geht die Umstrukturierung der Verwaltung einher mit zahlreichen weiteren reformerischen Maßnahmen. Diese betriebswirtschaftlichen Module seien hier aus kontextuellen Gründen im Überblick genannt:

##### Organisatorische Entwicklung

- Dezentrale Ressourcenverantwortung
- Abbau von Hierarchieebenen
- Zusammenfassung von Organisationseinheiten
- Geschäftsprozessoptimierung
- Qualitätszirkel/KVP (Kontinuierlicher Verbesserungsprozess)

### Personalentwicklung

- Personalentwicklungsmaßnahmen
- Beurteilungswesen
- Leitlinien zur Führung und Zusammenarbeit
- Mitarbeiterbefragungen
- Fortbildung
- Informationsmanagement

### Betriebswirtschaftliche Entwicklung

- Produktbildung
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Interne Leistungsverrechnung
- Berichtswesen
- Produkthaushalt/Strategisches Management
- Kontraktmanagement
- Budgetierung
- Wettbewerb/Benchmarking
- Controlling
- Doppik

### Serviceentwicklung

- Ausweitung Öffnungszeiten
- Serviceversprechen
- Kundenbefragungen
- Wartezeiten verkürzen
- Telefonische Erreichbarkeit/Call Center
- Dienstleistungsangebot über Internet
- Einführung Qualitätsmanagement (vgl. Baier, 2002, S. 85f.).

Wenn auch nicht explizit genannt, so doch subsumiert, gehören in diesen Maßnahmenkatalog auch Schlüsselbegriffe wie Arbeitszeitflexibilisierung, Teambildung, Mitarbeitergespräche innerhalb des Personalmanagements sowie z. B. Zielvereinbarungen innerhalb des Kontraktmanagements.

#### 4.2.4 Strukturveränderung für die Bibliothek

Durch die Nähe zu ihrem reformwilligen Träger waren die Öffentlichen Bibliotheken von Beginn an Teil des Umstrukturierungsprozesses. Nicht selten übernahmen sie die Funktion eines Pilotprojektes bei der Realisierung einzelner Reformmodule, so zum Beispiel die Stadtbücherei Hamm (vgl. Stadt Hamm, 1995). Auch waren den Bibliotheken die Kernziele der Reform längst im eigenen Alltag vertraut, also Kundenorientierung und Service, Leistungsnachweise und Benchmarking, Teamorganisation und flexible Arbeitszeit, um nur einige zu nennen.

Mit der Reform gehen für die Bibliotheken allerdings zwei existenzielle Veränderungen einher, die aus den bereits genannten Reformmodulen Dezentralisierung und Budgetierung hergeleitet werden.

##### 4.2.4.1 Reformziel Dezentralisierung

Die Output-orientierte Steuerung über Budgets und Produkte, also Ressourcen und Leistungen, erfordert die Umstrukturierung der Verwaltung von einer zentralistischen Organisation zur Dezentralisierung. Die ehemaligen Querschnittsämter geben Aufgaben und Verantwortung ab an die Ebene der Facheinheiten. Als einander ergänzende Prinzipien sollen nun zentrale Steuerung und dezentrale Verantwortung zusammenwirken.

Um die Steuerbarkeit beizubehalten, wird die Vielzahl der Fachämter zu steuerbaren und budgetierbaren Einheiten zusammengefasst. In den Großstädten entstehen so aus über vierzig Ämtern in der Regel zehn bis fünfzehn Fachbereiche. Für die traditionell großen Verwaltungsbereiche Jugend, Soziales oder Bau sind diese Veränderungen kaum spürbar, wohl aber für kleinere Fachämter mit hohem Spezialisierungsgrad in Aufgabenstellung und Ausstattung mit Fachpersonal. Hierzu gehören auch die Kultur- und Bildungsinstitute. Diese waren nach dem KGSt-Organisationsmodell in den Großstädten über lange Jahre selbstständige Ämter: Bibliothek Amtskennziffer 42, Volkshochschule 43, Musikschule 44, etc. Ihre fachliche Leitung unterstand direkt dem Dezernat.

Zur Herstellung größerer, steuerbarer und budgetierbarer Einheiten werden sie nun zusammengefasst zum ‚Fachbereich Kultur und Bildung‘. Die Städte haben unterschiedliche Bezeichnungen gewählt, z. B. Fachbereich, Fachdienst oder Ge-

schäftsbereich. Und so erweist sich die Dezentralisierung der Verwaltung für die Bibliotheken nach Jahrzehnten der relativen Autonomie als Zentralisierung unter einen Fachbereich, einschließlich neuer Hierarchieebene zwischen Bibliothek und Dezernat. In diesem Kontext sei angemerkt, dass auch der Abbau von Hierarchieebenen (s. Kap. 4.2.3) zu den vorrangigen Zielen der Verwaltungsreform gehört.

#### 4.2.4.2 Reformziel Budgetierung

Die zweite grundlegende Veränderung für die Bibliothek resultiert aus der Budgetierung. Zwar behält die Bibliothek ihren fachspezifischen Haushalt, nunmehr jedoch als Teilbudget des Fachbereiches, d. h. Aufgaben- oder Ausgabenzuwachs innerhalb des Fachbereiches und seines Budgets muss stets in diesem an anderer Stelle ausgeglichen werden. Im Zentrum allen Interesses steht daher der Zuschussbedarf der Bibliothek und der anderen Kulturinstitute. Diese Vorgaben sowie die entstandene Ferne zur Dezernatsebene und in der Regel auch zu Kulturausschuss und Politik, ggf. verbunden mit Einsparungsvorgaben, engen den Handlungsraum der Bibliothek erheblich ein.

Nach diesem kurzen, jedoch für die Bibliothek sehr folgenreichen Exkurs der Kapitel 4.2.4 soll die weitere Untersuchung der Produktbildung und ihrer Bedeutung für die Bibliothek dienen.

### 4.3 Produkte als Steuerungseinheiten

Im Neuen Steuerungsmodell wird der Output des Verwaltungshandelns, also die produzierten Leistungen oder mehrere zusammengehörige Leistungen, als Produkt bezeichnet. Um diesen Prozess einzuleiten, muss die Verwaltung alle Dienstleistungen, die sie für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringt, definieren und strukturieren. Hierfür hat sich der Terminus Produktdefinition/Produktbeschreibung durchgesetzt.

In der Produktbeschreibung werden alle Merkmale erfasst, die für die Erstellung und Zielerreichung des Produktes von Bedeutung sind. Als wichtigste Beschreibungsmerkmale empfiehlt die KGSt:

- Produkt, Produktgruppe, Produktbereich
- Verantwortlichkeit
- Kurzbeschreibung

- Auftragsgrundlage
- Zielgruppe
- Ziele
- Leistungsumfang
- Finanzen, Budget
- Weitere Daten zu Quantität, Qualität und Zielerreichung (vgl. Beyer, 1999, S. 49ff.).

Für Ziele, Leistungsumfang und Finanzen/Budget sind handlungsleitende Kennzahlen zu entwickeln, die durch die Verwaltung beeinflussbar und messbar sind. Dieses Kennzahlensystem soll quantitative und qualitative Leistungsmessung ermöglichen bis hin zur Wirkungsmessung.

#### 4.3.1 KGSt-Modell für Bibliotheken

Die seit 1995 von der KGSt erarbeiteten Produktpläne enthalten auch für Öffentliche Bibliotheken einen Normierungsvorschlag, der den Produktbereich ‚Leistungen der kommunalen Bibliothek‘ in drei Produktgruppen mit jeweils einigen beispielhaften Produkten gliedert:

##### Medien und Informationen:

- Unterscheidung nach Medienarten
- Unterscheidung nach Standorten
- Unterscheidung nach Bereichen

##### Veranstaltungen:

- Veranstaltungen
- Führungen
- Ausstellungen

##### Besondere Dienstleistungen:

- Beratung und Unterstützung von Bibliotheken anderer Träger (z. B. Krankenhäuser, Strafvollzug)
- Vermietung und Vermittlung von Räumen und Geräten
- Lesecafé
- Tiefgarage
- Verkauf

- Kinderbetreuung
- Literaturförderung (vgl. Flemming, 1997, S. 37).

In den Augen der Praktiker gilt diese Empfehlung der KGSt als wenig kreativ und hilfreich.

#### 4.3.2 Modellvarianten für Bibliotheken

Als außerordentlich solide und praxisorientiert und daher vielfach angewandt erweist sich der Beispielkatalog der Staatlichen Büchereistellen Düsseldorf und Essen. Er enthält vier sehr unterschiedliche Modellvarianten, je nach örtlichen Rahmenbedingungen.

Diese verdienstvolle Arbeitshilfe bot seinerzeit ebenso richtungsweisend wie alternativlos Unterstützung für die Bibliotheksleitungen. Da sie Orientierung für zahlreiche Bibliotheken war und ist, soll sie hier in ihren Grundzügen Erwähnung finden:

##### Modell 1

Ausgehend von der Bibliothek als einem einzigen Produkt

##### Modell 2

Ausgehend von den Dienstleistungen für das Gesamtsystem

- Produkte:
- Präsenznutzung
  - Ausleihe von Medien
  - Beratung/Information
  - Auswärtiger Leihverkehr
  - Veranstaltungs-/Programmarbeit

##### Modell 3

Ausgehend von selbstständigen Organisationseinheiten im Publikumsdienst

Produktgruppe I: Organisationseinheiten im Publikumsdienst

- Produkte:
- Kommunikations- und Informationszentrum, Allg. Literaturversorgung (Zentralbibliothek)
  - Stadtteilkulturzentrum, Allg. Literaturversorgung des Stadtteils (Stadtteilbibliothek)

- Allgemeine Literaturversorgung und Leseförderung für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendbibliothek)
- Umfassende Versorgung mit Musikalien und musikwissenschaftlicher Literatur (Musikbibliothek)
- Weitere Bibliotheksformen  
z. B. Schulbibliotheken  
Computerbibliothek  
Artothek

Produktgruppe II: Direktion/Managementteam

- Produkte:
- Leitung des Bibliothekssystems,  
Externe Vertretung der Bibliothek
  - Finanz-, Personalverwaltung, EDV

#### Modell 4

Ausgehend von Organisationseinheiten im Publikums- und Internen Verwaltungsbereich

Produktgruppe I: Unterstützende Dienste

- Produkte:
- Bereitstellung der Medien
  - Finanzverwaltung/Controlling
  - Gebäudeverwaltung
  - Personalverwaltung
  - EDV
  - Werbung, PR
  - Sekretariat

Produktgruppe II: Publikumsdienste

- Produkte:
- Zentralbibliothek
  - Dienstleistungen für besondere Benutzergruppen
  - Stadtteilbibliotheken  
Fahrbibliotheken  
Sonderbibliotheken

Produktgruppe III: Direktion/Managementteam



In allen Modellen sind die Produkte jeweils mit strukturierter Produktbeschreibung versehen, einschließlich einiger Vorschläge zur Kennzahlen- und Kostenartenbildung (vgl. Büning, 1995).

Die Modelle unterscheiden sich gravierend in ihrer Ausrichtung. „Zu unterscheiden sind zwei Modellvarianten:

Modell 2 geht bei der Produktdefinition ausschließlich von den Dienstleistungen aus, die die Bibliothek für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringt. Aufbau- und Ablauforganisation der Bibliothek werden nicht sichtbar. Die Produktdefinition orientiert sich streng am Output der Bibliothek.

Das größte Problem dieses Modells besteht in der Zuordnung der Kosten. Diese kann nur durch Schlüsselungen, z. B. anhand von Besucher- und Ausleihzahlen, erfolgen.

Modell 3 und 4 gehen von den Organisationseinheiten innerhalb eines Bibliothekssystems aus. Die Abteilungen des Systems sind eindeutig erkennbar. Im Modell 4 werden neben den Abteilungen für den Publikumsbereich auch die internen Abteilungen als Produkte definiert.

Die Zuordnung der Kosten ist bei dieser Modellvariante relativ einfach möglich. Die erforderlichen Finanzmittel zum Unterhalt der jeweiligen Abteilung sind sofort ermittelbar.“ (Büning, 1995, S. 4).

Und gerade dieser Hinweis auf den unterschiedlichen Schwierigkeitsgrad bei der Kostenzuordnung ist von elementarer Bedeutung für die praktische Handhabung der Modelle im Alltag, einschließlich potenzieller Gender-Analysen.

#### 4.3.3 Produktpläne in Großstadtbibliotheken

Dennoch haben sich die Großstadtbibliotheken, soweit publiziert, zunächst überwiegend für das Modell 2, also das ausgeprägte Dienstleistungsmodell, entschieden. Je nach Größe der Bibliothek, einschließlich spezieller Aufgaben und Leistungen, erfahren die Produkte eine weitere Ausdifferenzierung oder unterscheiden sich geringfügig terminologisch, das Kernmodell ist jedoch durchgängig erkennbar. Eine frühe Übersicht über die Produktpläne von Bibliotheken in Städten mit mehr als 400.000 Einwohnern bietet die mehrbändige Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung ‚Internationales Netzwerk Öffentlicher Bibliotheken‘ in Band 3 ‚Produktorientiertes Management in Öffentlichen Bibliotheken‘ (vgl. Flemming, 1997, S. 25f.).

Allerdings: „Die Bibliotheken in Bielefeld, Essen, Leipzig und Stuttgart orientieren sich von Anfang an am KGSt-Modell ... Inhaltlich sind bei allen Produktplänen Gemeinsamkeiten vorhanden, die sich in den drei Produktgruppen dieses Modells wiedererkennen lassen. Auf einer Sitzung der Bibliotheksleiter dieser Bibliotheken im November 1996 einigte man sich im Interesse der Vergleichbarkeit auf die Übernahme der KGSt-Empfehlungen.“ (Flemming, 1997, S. 24).

In vergleichbarer Weise vollzog sich dieser Prozess auch in den Bibliotheken der Großstädte zwischen 100.000 und 400.000 Einwohnern, ebenso häufig wie differenziert veröffentlicht durch die Stadtbücherei Hamm (vgl. Pirsich, 1995, S. 93ff.; Stadtbücherei Hamm, 1996). Auch hier kam das genannte Modell 2 zum Einsatz.

Und auch das derzeit wichtigste Management-Handbuch für Bibliotheken orientiert sich an diesem Modell (vgl. Hobohm, 2007, S. 12).

Doch die KGSt übte früh Kritik am Beispiel der Stadt Hamm: „Der in der Dokumentation veröffentlichte Produktplan läßt sich meines Erachtens nicht mit dem Ansatz der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) vereinbaren. Der Produktplan für die Bibliothek ist nach Tätigkeiten gegliedert: Vorbestellungen, Fernleihe, Beratung und Information. Das sind jedoch keine Produkte. Den Unterschied möchte ich an einem einfachen, inzwischen in unserem Hause geflügelten Vergleich deutlich machen:

Ein Hosengeschäft hat als Produkte die Hosen. In dem Produktplan der Stadt Hamm wurden aber, auf das Beispiel übertragen, Verkaufen, Beraten und ähnliches als Produkte definiert. Weder der Kunde noch der Verkäufer werden jedoch die Beratung ... als einzelnes Produkt verstehen. Bei dem Beschriebenen handelt es sich vielmehr um Tätigkeiten zu dem Produkt Hosen. ...

Die KGSt wird auf jeden Fall einen deutlich anderen Ansatz empfehlen. Allen KollegInnen, die mit der Erstellung eines Produktplanes für ihre Bibliothek betraut sind, möchte ich dringend abraten, sich so entscheidend von den KGSt-Empfehlungen zu lösen, da sie dadurch ihre Möglichkeit zum interkommunalen Austausch und Vergleich sehr eingrenzen.“ (Ditscheid, 1996, S. 640).

Allerdings erweist sich ausgerechnet hierfür die normierte KGSt-Empfehlung auch nur als bedingt geeignet: „Nach einer Phase der Euphorie in Sachen Produktbeschreibung und Management mit Produktdefinitionen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Instrument vielfach zu vereinfachend und wenig steuerungsrelevant eingesetzt wird. Vor allem die lediglich drei von der KGSt vorgeschlagenen biblio-

thekarischen Produkte (Medien, Veranstaltungen, besondere Dienstleistungen) wurden als zu wenig differenziert kritisiert. In manchen Bibliotheken würden so über 90 % aller Kosten auf ein Produkt, nämlich ‚Medien‘ entfallen. Ein ausgefeilteres Modell der Produktdefinition wird allerdings vom Marketing und aus Sicht der Kostenrechnung auf jeden Fall notwendig.“ (Hobohm, 2007, S. 14).

Das ist richtig, erschwert jedoch die bundesweite Vergleichbarkeit sowie die zur Produktdefinition gehörende Bildung von Kennziffern zur Erfolgsmessung und die Kostenrechnung.

#### 4.3.4 Produkt-Kennzahlen und Indikatoren

Analog zu der jeweils individuellen Entwicklung der Produkte in den Städten sowie in den Empfehlungen der KGSt und der bibliothekarischen Fachverbände erfolgte auch die Entwicklung von Kennziffern und Indikatoren zur Messung von Zielerreichung und Leistungserfolg bei den einzelnen Produkten. Auch hierzu hat Flemming früh eine vergleichende Übersicht vorgelegt (vgl. Flemming, 1997, S. 37ff.).

Die Synopse berücksichtigt das jeweilige Kennzahlen-System der Städtischen Bibliotheken Dresden, der KGSt, der Deutschen Bibliotheksstatistik (Grund- und Zusatzfragebogen), der Sektion I (Großstädte über 400.000 Einwohner) im DBV, der INTAMEL (Großstädte international) sowie der Betriebsvergleiche der Bertelsmann Stiftung. Neben einigen Erläuterungen gibt Flemming eine Wertung als Empfehlung, welche Kennzahlen zur internen bzw. externen Steuerung geeignet sind oder sogar in Einzelfällen nicht steuerungsrelevant.

Eine ähnliche Differenzierung trifft auch die Stadtbücherei Hamm:

„Generell werden folgende Kennzahlen unterschieden:

- inputorientierte Kennzahlen  
(was wird in die Produktion investiert?)
- output-/produktorientierte Kennzahlen  
(was und wieviel wird produziert?)
- prozeßorientierte Kennzahlen  
(wie rationell wird produziert?) und
- Kennzahlen zur Feststellung der Zielerreichung

Die erarbeiteten Kennzahlen fließen später u. a. als wichtige Meßgröße der Zielerreichung in das Berichtswesen ein.“ (Stadt Hamm, 1995, S. 27).

Aus der Perspektive des Controllings hat Hannelore Klempin, seinerzeit im Deutschen Bibliotheksinstitut in Berlin, eine differenzierte Erörterung und Empfehlungssammlung zu Kennzahlen und Indikatoren vorgelegt: „Die ‚Auswahl der Kennzahlen und Indikatoren‘ wird von der zu erreichenden Zielstellung und auch vom gewählten Weg zur Erreichung dieses Zieles bestimmt. Die Überlegungen müssen dazu führen, daß der Zusammenhang zwischen Bedingungen, Angebot und Nutzung im Rahmen der verfügbaren Mittel hergestellt wird.

Ausgangspunkt für die Auswahl ist die verbale Zielformulierung mit quantitativen und qualitativen Aspekten. Dieses Wie und Was wird dann in Fakten und Faktenbeziehungen, d. h. in Kennzahlen und Indikatoren umgesetzt.“ (Klempin, 1994b, S. 36). Sie nennt „von ihrer Aussagekraft und von der Einsetzbarkeit her unterschiedliche ‚Arten von Indikatoren‘:

- Indikatoren, deren Aussage über Sachverhalte und Leistungsergebnisse durch direkte Messung/Zählung gewonnen werden kann (z. B. Bestandsumfang)
- Indikatoren, die Resultate bzw. Wirkungen oder Bedingungen bzw. Ursachen oder statistische Zusammenhänge anzeigen (z. B. hoher Umsatz und hohe Abgangsrate; geringes Alter des Bestandes und hohe Entleihungszahl) und deren einzelne Faktoren ebenfalls meßbar sind
- ‚schlußfolgernde‘ Indikatoren, die Aussagen über Motivationen, Eigenschaften, Verhaltensweisen geben (z. B. Fluktuation der Benutzer → Maß für die Zufriedenheit mit dem Angebot der Bibliothek; Fehlzeiten des Personals → können Arbeitsbedingungen und Betriebsklima widerspiegeln)
- ‚definitorische‘ Indikatoren, die mittels ausgewählter, festgelegter quantitativer Sachverhalte/Ergebnisse qualitative Aussagen über den zu betrachtenden Sachverhalt geben (z. B. Häufigkeit der Bibliotheksbesuche, Zahl der Entleihungen pro Benutzer, Anteil der Benutzer an den Einwohnern → Wirksamkeit der Bibliothek).

Bei der Festlegung der zu verwendenden Indikatoren ist zu beachten, daß solche ausgewählt werden, die wesentliche Seiten der zu beobachtenden Sachverhalte erfassen und widerspiegeln.“ (Klempin, 1994b, S. 36f.).

Diese theoretischen Vorüberlegungen finden ihre Ausführung in einem umfangreichen Katalog möglicher Kennzahlen und Indikatoren (vgl. Klempin, 1994a, S. 43ff.)

sowie zwei differenziert dargestellten, fiktiven ‚Fallbeispielen‘ (vgl. Klempin/Wimmer, 1994, S. 61ff.).

Von den zahlreichen Veröffentlichungen der 1990er Jahre zu Produkten und Leistungen, Kennzahlen und Indikatoren, auch Kostenrechnung und Controlling, sei hier noch die Darstellung der Leiterin der Stadtbücherei Stuttgart erwähnt. Ihr Aufsatz ‚Produkt- und Leistungsbeschreibung für Bibliotheken‘ enthält neben Erläuterungen und Empfehlungen grundsätzlicher Art auch das ‚Modell für eine Produktbeschreibung‘ einschließlich Leistungsindikatoren (vgl. Bußmann, 1998, S. 134ff.).

Alle Bibliothekare, meist in Leitungsfunktionen, die in den 1990er Jahren engagiert und fortschrittlich die Herausforderungen der Verwaltungsreform angenommen und mitgestaltet und sich durch Empfehlungen und Modelle für bibliothekarische Standards verdient gemacht haben, sind bereits im Verlauf dieser Umstrukturierungsprozesse auf offene Fragen, Schwierigkeiten und Grenzen der Messbarkeit getroffen, insbesondere im Bereich der Kennzahlen und Indikatoren, und haben ihre Bedenken früh thematisiert.

Eine ebenso kenntnisreiche wie sachliche Erörterung dieser Problemstellung findet sich in den ‚Schlussfolgerungen und Perspektiven‘ des bereits zitierten ‚Produktorientierten Managements in Öffentlichen Bibliotheken‘ von Flemming (vgl. Flemming, 1997, S. 47ff.) und gleichfalls kritisch bei Bußmann, die die ‚Grenzen von Produktbeschreibungen‘ darstellt und diese vorrangig in der Diskrepanz zwischen Bildungsauftrag und Messbarkeit, also im Bereich Kennzahlen und Indikatoren, sieht: „Positiv an dem Ansatz der Produktbeschreibung ist die Orientierung auf die Dienstleistung für den Kunden. Die Frage, welche Leistung die Bibliothek für den Kunden erbringt, ist nicht nur ein Mittel der Verwaltungssteuerung, sondern auch eine Möglichkeit, dem Kunden zu vermitteln, was er von der Bibliothek erwarten kann. ...

Grenzen hat die Produktbeschreibung, wenn es um grundsätzliche inhaltliche Fragen geht. Warum stellen Bibliotheken Medien bereit? Was leisten sie mit diesem Produkt für die Menschen? Welche Bedeutung hat dieses Produkt für Schule, Ausbildung, berufliche Qualifikation, persönliche Lebensgestaltung?

Dies kann die Produktbeschreibung kaum beantworten. Was die Produktbeschreibung nicht oder wohl nur sehr schwerlich spiegelt, ist die Philosophie der Bibliothek, ihre gesellschaftliche Bedeutung, ihre Innovationskraft, ihre Zukunftsperspektive.

Hier wird die Grenze betriebswirtschaftlicher Methoden sehr schnell deutlich. ...

Für die Zukunftssicherung gerade öffentlicher Bibliotheken ist es unverzichtbar, die eigenen Kapazitäten nicht nur auf die Lösung der Herausforderungen durch die Verwaltungsreform zu konzentrieren, sondern die inhaltlichen Fragen der Zukunft, die Bedeutung von Bibliotheken in einer sich grundlegend wandelnden Gesellschaft aufzugreifen.

Produktbeschreibung ist als eine Methode zu betrachten, die, insbesondere für kulturelle Einrichtungen, einen Konsens über Aufgaben und Ziele voraussetzt. Die Produktbeschreibung selbst kann diesen Konsens nicht herstellen. Sie ersetzt nicht Ziele, Standortbestimmungen und Zukunftsvisionen.“ (Bußmann, 1998, S. 136f.).

Zunehmend setzt sich diese Erkenntnis in den Bibliotheken durch, und die Anzahl der Beiträge in den Fachpublikationen ist seit der Jahrtausendwende merklich gesunken. In den Verwaltungen jedoch, und damit zwangsläufig auch in den Öffentlichen Bibliotheken, hat sich die betriebswirtschaftliche Dominanz manifestiert. Die Steuerung erfolgt über das Budget und gegebenenfalls seine Reduzierung, über Kosten- und Leistungsrechnung, einschließlich Doppik, sowie über das alle Bibliotheksbereiche erfassende Controlling.

Es ist daher erforderlich, in diesem Kontext auch der Kosten- und Leistungsrechnung ein eigenes Kapitel zu widmen.

#### 4.3.5 Kosten- und Leistungsrechnung

Die Inhalte der neuen Haushaltspläne, die unter Bezeichnungen wie Produktbuch, Haushaltsbuch, Ergebnisorientierter Haushalt oder Produkthaushalt erstellt werden, sind in hohem Maße abhängig von dem Entwicklungsstand der betriebswirtschaftlichen Instrumente in den einzelnen Kommunen. „Erst nach Umstellung auf ein neues Rechnungswesen und nach der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung wird der Prozess der Neustrukturierung von Haushaltsplänen zum Abschluss kommen. Derzeit weisen viele Produkthaushalte noch sehr starke Beziehungen zum kameralen Rechnungswesen auf. Dies wird an Beispielen einer verknüpften Darstellung von Produktzahlen und Haushaltsstellenansätzen deutlich (siehe z. B. Stadt Herten, Kreis Recklinghausen). Der Einsatz der Ergebnisse aus der Kosten- und Leistungsrechnung als Datenbasis für Produkthaushalte ist bislang kaum anzutreffen.“ (Baier, 2002, S. 167).

Leistungsmessung und Kostentransparenz sind traditionelle Untersuchungsbereiche in Bibliotheken. So wird zum Beispiel die ‚Kostenanalyse in wissenschaftlichen Bibliotheken‘ von Robert Funk aus dem Jahr 1975 in Grundlagenwerken zur bibliotheksgerechten Kosten- und Leistungsrechnung auch Jahrzehnte später noch zitiert (vgl. Benkert, 1998a, S. 23ff.; Ceynova, 1998, S. 46).

Als einer der Ersten machte es sich Funk zur Aufgabe, die Erkenntnisse verschiedener Wissensgebiete zusammenzuführen, nämlich „die Verwaltungslehre, insbesondere das kameralistische Rechnungswesen in der wissenschaftlichen Bibliothek auf der einen und die betriebswirtschaftliche Kostenlehre auf der anderen Seite“ (Funk, 1975, S. 6).

Es war Gegenstand seiner Untersuchung, „ein geschlossenes Kostenrechnungssystem in einem öffentlichen Dienstleistungsbetrieb, nämlich einer wissenschaftlichen Bibliothek, darzustellen, sowie Technik und Hilfsmittel für die Durchführung zu erläutern“ (Funk, 1975, S. 6).

Neben den zahlreichen wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen zur Kosten- und Leistungsrechnung haben sich seit Beginn der Verwaltungsreform auch Bibliothekare erneut grundsätzlich und richtungsweisend mit der Thematik und deren Anwendung in ihrem Fachgebiet beschäftigt, nun insbesondere für die Öffentlichen Bibliotheken.

Die Staatliche Büchereistelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf, die bereits 1995 eine verdienstvolle Arbeitshilfe ‚Produktdefinition‘ vorgelegt hatte (vgl. Kapitel 4.3.2), lässt dieser kurzfristig eine weitere Arbeitshilfe ‚Kostenrechnung‘ folgen. „Um ein grundsätzliches Verständnis für die Kostenrechnung zu entwickeln, werden in der Arbeitshilfe zunächst betriebswirtschaftliche Begrifflichkeiten und verschiedene Kostenrechnungssysteme vorgestellt. Die Ausführungen beschränken sich auf die Angaben, die erforderlich sind, um das Prinzip der Kostenrechnung zu verstehen. Sie bieten keine umfassende Einführung in die Kostenrechnung.“ (Büning/Böttger, 1996, S. 1).

Trotz dieser Bescheidenheit stellt die Publikation bis heute eine wichtige Arbeitshilfe - so der eigene Anspruch - für die Praxis in den Bibliotheken dar. Definitorische Klärung, Modellkostenrechnungen und Musterformulare machen sie zu einer wertvollen Arbeitsgrundlage, allerdings mit der selbst konzedierten Einschränkung: „Bibliotheken gehören zu den Einrichtungen, die in nur sehr begrenztem Maße durch Einnahmen ihren Zuschußbedarf senken können. Aus diesem Grund werden sie mit weni-

gen Ausnahmen integrierter Teil der Kommunalverwaltung bleiben und die Kameralistik als kommunales Rechnungswesen beibehalten. Wobei das kameralistische Haushaltswesen durchaus in Form von Budgetierung oder Teilbudgetierung angewandt werden kann. ...

Das vorgestellte Kostenrechnungsmodell für Bibliotheken baut auf der Kameralistik auf. Es handelt sich hierbei also um ein System der Erweiterten Kameralistik bzw. Betriebsabrechnung.“ (Büning/Böttger, 1996, S. 1). Die wichtige Konkordanz von Kostenrechnung und Produkthaushalt ist enthalten.

Eine weitere praxisnahe Publikation erschien kurz darauf durch das Deutsche Bibliotheksinstitut DBI: ‚Wege zu einer bibliotheksgerechten Kosten- und Leistungsrechnung‘. Deren Anspruch formuliert Karin Pauleweit im Vorwort: „Die vorliegende Publikation ist das Ergebnis eines vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten Projekts. Sie will Entscheidungshilfe und Handlungsanleitung für Bibliothekarinnen und Bibliothekare in Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken sein, die sich aus eigenem Antrieb für Kosten- und Leistungsrechnung interessieren oder die von ihren Vorgesetzten und Unterhaltsträgern vor das Problem gestellt werden, eine Kosten- und Leistungsrechnung für die Bibliothek einzuführen. Dabei war es uns ein Anliegen, den Kolleginnen und Kollegen nicht nur Überlegungen zur betriebswirtschaftlichen und politischen Theorie als gedanklichen Hintergrund zu liefern, sondern vor allem eine sehr praktische und nachvollziehbare Handlungsanleitung in kleinen Schritten, die auch Laien ohne Vorkenntnisse einen Einstieg bietet. ...

Gleichzeitig soll aber auch deutlich werden, daß es nicht die einzig wahre und richtige Methode zur Kosten- und Leistungsrechnung gibt. Vielmehr existieren schon einzelne Ansätze in Öffentlichen Bibliotheken.“ (Benkert, 1998b, S. 7).

Es wird nicht verhohlen, dass die Einführung einer Kostenrechnung in einer Bibliothek eine aufwändige und mühevoll Aufgabe ist, „die sich vor dem Hintergrund des Nutzens rechtfertigen muß, der von der Anwendung dieses betriebswirtschaftlichen Instruments zu erwarten ist. Dieser zu erwartende Nutzen muß vorab geklärt und gegen den Aufwand der Entwicklung einer Kostenrechnungssystematik, der Implementierung des Systems und nicht zuletzt der laufenden Anwendung und ‚Pflege‘ abgewogen werden. Diese Abwägung fällt häufig schwer, da zwar der Aufwand an finanziellen und personellen Ressourcen quantifiziert werden kann, der Nutzen hingegen zumindest teilweise in qualitativen Größen anfällt.“ (Benkert, 1998a, S. 21).



Trotz dieser Erkenntnis ist die Bibliothek in der Pflicht, nachzuweisen und zu begründen, wo und wofür die zur Verfügung gestellten Ressourcen verwendet werden. „Diese Nachweispflicht entspricht der ... Kontrollfunktion der Kostenrechnung; sie beschränkt sich jedoch i. d. R. nicht wie bei der Kameralistik auf den Nachweis der zweckgemäßen Verausgabung der Mittel, sondern hat meist den darüber hinausgehenden Anspruch der Schaffung von Transparenz über den Aufwand, der für die Erbringung interner und externer Leistungen der Bibliothek erbracht wird. Die Kontrollfunktion der Kostenrechnung für externe Informationsnutzer wird praktisch vor allem durch den Vergleich von Kosten und Leistungen in der Bibliothek (interner Vergleich) einerseits und den Vergleich von Kosten bestimmter Leistungen in ähnlich strukturierten anderen Bibliotheken und sonstigen Einrichtungen (externer oder Betriebsvergleich).“ (Benkert, 1998a, S. 22).

Es folgen Ausführungen zum Kostenbegriff, zur Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung, zu Hauptkostenstellen, Vor-, Hilfs-, Neben- und Endkostenstellen sowie zur Übertragbarkeit der Kostenrechnung auf eine Wissenschaftliche und zwei Öffentliche Bibliotheken.

Ferner liegen Publikationen einzelner Bibliotheken vor, so zum Beispiel aus Paderborn im Rahmen des ‚Internationalen Netzwerkes Öffentlicher Bibliotheken‘ der Bertelsmann Stiftung (vgl. Kranstedt/Wiemers, 1997).

Einige Jahre nach dieser Zeit des Aufbruches lässt sich erkennen, dass der Grad der Umstellung der Bibliotheken auf betriebswirtschaftliche Organisationsgrundlagen höchst unterschiedlich vorangeschritten ist, je nach dem Veränderungswillen der Trägerkommunen. Auch sind zweigleisige Arbeitsformen häufig anzutreffen: „In der Stadt Köln enthält der Produkthaushalt ... eine parallele Darstellung von kameralen Ansätzen und Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung. Für den nicht geschulten Politiker und auch für das Verwaltungsmanagement dürfte der Ausweis unterschiedlicher Finanzinformationen für ein Produkt gewisse Schwierigkeiten im Verständnis verursachen. Auch im Hinblick auf die Schaffung von Vertrauen in die neuen Zahlenwerke sollte eine einheitliche Basis als Grundlage für den Produkthaushalt gewählt werden. ...

Bei der Betrachtung der Entwürfe verschiedener Kommunen entsteht jedoch noch oft der Eindruck einer Informationsüberfrachtung und einer schwer zugänglichen Gliederungssystematik mit einem verbesserungsfähigen Layout. Der nächste qualitative Entwicklungsschritt hin zu einer empfängerorientierten und übersichtlichen Aufbe-

reitung der steuerungsrelevanten Informationen in den neuen Produkthaushalten muss von den meisten Kommunen noch eingeleitet werden.

Die Sichtung der Beispiele aus den Kommunen zeigt momentan ein uneinheitliches Bild bei der Neugestaltung der Haushaltspläne.“ (Baier, 2002, S. 168).

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht wird daher die konsequente und alleinige Anwendung des vollständigen betriebswirtschaftlichen Instrumentariums empfohlen. „Mit fortschreitender Einführung des Neuen Steuerungsmodells wurden die Unzulänglichkeiten der Kameralistik immer offenkundiger. Verschiedene Kommunen haben versucht, unter Beibehaltung des kameralen Haushalts die Informationsgrundlagen in Politik und Verwaltung durch Einführung einer flächendeckenden Kostenrechnung und ein Produktbuch mit Kosteninformationen zu einzelnen Leistungen, Produkten oder Produktgruppen zu verbessern. Diese Zweigleisigkeit hat sich nicht bewährt. Selbst dort, wo das Produktbuch in Unterabschnitte parallel zum kameralen Haushalt gegliedert wurde, empfanden die Politiker diese Form der Informationsdarbietung als zu unübersichtlich und kehrten über kurz oder lang wieder zur ausschließlichen Beratung auf der Grundlage des kameralen Haushalts zurück. Die Konsequenz aus dieser Erfahrung lautet: ‚Der Ausweis des vollständigen Ressourcenverbrauchs gehört in den Haushalt‘.“ (Bals, 2004, S. 158f.).

Und auch die KGSt hat eine ambivalente Zwischenbilanz gezogen: „In vielen Kommunen wurden Budgets zur Steuerung des Ressourcenverbrauchs eingeführt und in über der Hälfte der Kommunen gibt es dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung. Auf der anderen Seite steuern immer noch fast zwei Drittel der Kommunen inputorientiert. ...

Nur ein gutes Drittel der Kommunen verbindet mit der Ressourcenzuweisung explizit Ziel- und Leistungsvorgaben.“ (KGSt, 2007, S. 36). Die in der Quelle beigegefügte Grafik weist folgende Prozentanteile aus:

- Einführung Budgetierung: 67 %
- Dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung: 59 %
- Einführung von Produktdefinitionen und -beschreibungen: 39 %
- Verknüpfung Budgets mit Ziel- und Leistungsvorgaben: 36 % (vgl. KGSt, 2007, S. 36).

„Wie dem auch sei - das Neue Haushaltsrecht verpflichtet die Kommunen nun, eine moderne Finanzsteuerung aufzubauen und die Kameralistik abzulösen.“ (KGSt, 2007, S. 38).

Dieses neue Haushaltsrecht geht auf einen Beschluss der Innenministerkonferenz im Jahr 2003 zurück. „Die Innenministerkonferenz hat am 21.11.2003 den Bericht zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts zustimmend zur Kenntnis genommen. Die von den Arbeitsgruppen vorgelegten Leittexte wurden angenommen und zur Grundlage bei der Umsetzung der Reform in den Ländern gemacht. Die Leittexte beinhalten Vorschläge zu einem doppelischen Haushaltsrecht (Mustertext einer Gemeindeordnung), einen Kontenrahmen und einen Produktrahmen.“ (Höper, 2007, S. 14).

Die Änderung der Gesetzgebung erfolgt in den Ländern innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens und unter Berücksichtigung diverser Übergangsvorschriften. So wurde in Niedersachsen die Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung NGO am 9.11.2005 beschlossen und trat zum 1.1.2006 in Kraft. Der Übergangszeitraum ist bis zum 31.12.2011 festgesetzt. Die neue Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung trat ebenfalls zum 1.1.2006 in Kraft. Die örtlichen Vorschriften wie Haushaltssatzung, Budgetregeln, Richtlinien des Rates zur Kreditaufnahme, Dienstanweisungen, insbesondere für Kasse und Kassenaufsicht sind innerhalb des Zeitrahmens anzupassen (vgl. Höper, 2007, S. 13).

Diese Gesetzesreform gemeinsam mit dem Buchführungsstil der Doppik wird als Neues Kommunales Rechnungswesen NKR bezeichnet. Es ist Teil und Grundlage der Verwaltungsreform nach dem Neuen Steuerungsmodell, ebenso wie die in den vorangegangenen Kapiteln bereits untersuchten Instrumente der Kosten- und Leistungsrechnung, Produktbildung und Kennzahlenentwicklung zur Verbesserung der Transparenz und Steuerbarkeit kommunaler Aufgaben und Leistungen.

#### 4.4 Kommunalen Haushalt als Gender Budget

Die bisher in Kapitel 4 erfolgte Untersuchung zu Zielen, Maßnahmen und zum gegenwärtigen Stand der Verwaltungsreform, insbesondere zu Budgetierung, Produktdefinition und Rechnungswesen im Allgemeinen wie im Fachbereich Bibliothek, dient der vorliegenden Arbeit insofern zielführend, als nunmehr die Bibliothek organisatorisch verortet ist. Auf diese herausgearbeitete Struktur- und Haushaltsbasis

trifft nun die zunächst systemextern entwickelte Theorie des Gender Budget mit ihrer eigenständigen Methodik und ihrem spezifischen Instrumentarium.

Da die Gleichstellung von Männern und Frauen - obwohl gesetzlich vorgeschrieben - keineswegs so engagiert vorangetrieben wird wie die Verwaltungsreform, ist für das Reformthema Gender Budget zunächst Bewusstseinsbildung bei Verwaltungsspitze und Politik zu leisten.

Wie bereits in Kapitel 3.5.3.5 einleitend untersucht, hat das Land Berlin mit der Einführung von Gender Budgets bisher am meisten Erfahrung gesammelt, flächendeckend und über mehrere Jahre. Diesem Beispiel sei daher die folgende Erörterung gewidmet.

#### 4.4.1 Pilotprojekt Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte bereits 1996 die Senatsverwaltungen aufgefordert, bei Vorlage des jeweiligen Haushaltes in Berichtsform darzustellen, inwieweit dem gleichstellungspolitischen Auftrag nachgekommen wird. Dies bezog sich allerdings nicht auf den gesamten Haushalt oder den einzelner Abteilungen, sondern lediglich auf Haushaltspositionen mit unmittelbar frauenspezifischem Bezug. Auch qualitativ erfolgte die Umsetzung unzureichend im Hinblick auf haushaltspolitische Relevanz.

Im Rahmen der Diskussionen über Konsolidierungskonzepte forderten Berliner Fraueninitiativen mit Nachdruck die Gestaltung eines geschlechtergerechten und transparenten Haushaltes.

Daraufhin beschloss das Abgeordnetenhaus im Mai 2002, den Senat aufzufordern, einen Senatsbeschluss zur Umsetzung des Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern zu fassen, sowie im Juni 2002, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der Vorlage der Haushaltspläne künftig die Gesamtbreite der jeweiligen Haushaltsansätze Gegenstand einer gendersensiblen Analyse und Berichterstattung gegenüber dem Hauptausschuss wird.

Seitdem ist Gleichstellungspolitik mit dem Instrumentarium von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting kontinuierlich Thema der jährlichen Haushaltsberatungen, einschließlich umfangreicher Dokumentation unter [www.berlin.de/gendermainstreaming](http://www.berlin.de/gendermainstreaming). Diese erfolgt durch die Senatsverwaltung Wirtschaft, Arbeit und Frauen/Geschäftsstelle Gender Mainstreaming unter der

Leitung von Dr. Ute Weinmann. Aus ihren zahlreichen Berichten und Vorträgen wird deutlich, dass trotz gezielter und wiederholter Beschlusslage die Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting vorrangig eine Aufgabe der Bewusstseinsbildung und darauf aufbauend schrittweise eine Anforderung an den jeweiligen Haushalt darstellt.

#### 4.4.1.1 Konstituierung 2002/2003

In ihrem ersten Bericht über den Zeitraum 2002/2003 konstatiert sie: „Die Förderung der Gleichstellung von Frauen ist integraler Bestandteil der gesamten Berliner Politik und Verwaltung. Den Erfahrungen anderer europäischer Länder sowie anderer Bundesländer folgend, in denen Gender Mainstreaming seit einigen Jahren implementiert wird, hat der Senat mit seinen in 2002 und 2003 gefassten Beschlüssen (SB Nr. 225/02 v. 14. Mai 2002, SB Nr. 720/02 v. 26. November 2002, SB Nr. 948/03 v. 4. März 2003) wesentliche Weichenstellungen zur institutionellen Verankerung von Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung getroffen. Mit ihr werden alle gleichstellungspolitischen Aktivitäten quantitativ und qualitativ auf eine breitere Grundlage als bisher gestellt. Koordinierende Stelle auf Landesebene ist die im Januar 2003 eingerichtete Geschäftsstelle Gender Mainstreaming.

Die Einführung und Umsetzung des Gender Mainstreaming bedeutet, dass alle politischen und administrativen Maßnahmen von vornherein und regelmäßig dahingehend zu prüfen sind, wie sie sich auf die Lebensbedingungen und Interessen von Frauen und Männern auswirken. Somit ist die Kategorie ‚Geschlecht‘ als relevantes soziales Differenzierungskriterium in alle Politik- und Verwaltungsfelder zu integrieren. Gender Mainstreaming geht davon aus, dass die bestehenden sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern strukturell bedingt sind und Geschlechterdemokratie deshalb mehr ist als die Herstellung statistischer Gleichheit. Gender Mainstreaming bezieht Männer als gleichstellungspolitische Akteure explizit ein und ist folglich als ein Ansatz zur Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse zu verstehen. Insofern sich die Politik des Gender Mainstreaming primär an Verwaltungsorganisationen richtet, impliziert sie zudem eine Qualitäts-, Effektivitäts- und Effizienzsteigerung des Verwaltungshandelns insgesamt.“ (Weinmann, 2003, S. 3).

Der ab Januar 2003 zunächst auf drei Jahre befristet eingerichteten Geschäftsstelle im Rang einer Stabsstelle obliegt ein breites Aufgabenspektrum:

- Weiterentwicklung und Vermittlung des Berliner Konzeptes Gender Mainstreaming
- Fachlich-inhaltliche Betreuung, Koordination und Evaluation des landesweiten Implementierungsprozesses
- Geschäftsführung der Berliner Landeskommision Gender Mainstreaming
- Koordinierung des bezirklichen Steuerungsgremiums
- Ansprechpartnerin für die in der Umsetzungsphase befindlichen Organisationseinheiten bzw. Pilotprojekte
- Beratung und Koordination bei Erstellung der geschlechter-differenzierten Statistik und Datenerhebung
- Berichterstattung an das Abgeordnetenhaus
- Information, Veranstaltungen, Fortbildungen, Öffentlichkeitsarbeit
- Integration des Gender Mainstreaming in Verwaltungsreformprozesse (vgl. Weinmann, 2003, S. 3).

Der Dimension und Bedeutung dieses Implementierungsprozesses angemessen hat der Senat im März 2003 die Einsetzung einer Landeskommision Gender Mainstreaming beschlossen. „Die Berliner Kommission stellt gegenüber vergleichbaren Einrichtungen auf Landes- und Bundesebene ein Novum dar. Gemäß der Erkenntnis, dass dieses Politikfeld als Voraussetzung für erfolgreiches Gender Mainstreaming wie kein anderes eine ‚Top-Down-Strategie‘ verlangt, gehören der Kommission Staatssekretärinnen und Staatssekretäre verschiedener Ressorts an.“ (Weinmann, 2003, S. 4).

Ferner gehören ihr Spitzenvertreter einzelner Bezirke an, sowie Personalvertretungen, Gleichstellungsbeauftragte, Vertreter der Senatsverwaltung für Finanzen bis hin zum Landesfrauenrat e. V. und der ‚Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin‘. Die Kommission arbeitet unter wissenschaftlicher Begleitung.

Die Kommission sieht „die Notwendigkeit, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und diejenigen Themen gezielt zu bearbeiten, die für eine kritische Begleitung, Weiterentwicklung und Unterstützung der eingeleiteten Umsetzungsprozesse von Gender Mainstreaming unabdingbar sind. Dies sind vor allem:

- Finanzpolitische Instrumente des Gender Mainstreaming (Gender Budget)
- Geschlechter-differenzierte Statistiken und Datenerhebung
- Genderspezifische Infrastruktur in den Pilotverwaltungen

- Gender Mainstreaming und Verwaltungsreform“ (Weinmann, 2003, S. 5).

Bereits in diesem frühen Planungsstadium wird also der finanzpolitischen Komponente große Bedeutung beigemessen und Gender Budgeting prioritär in den Aufgabenkatalog aufgenommen.

Als Pilotprojekte fungieren in der ersten Phase die Senatsverwaltungen für

- Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
- Justiz
- Stadtentwicklung
- Wirtschaft, Arbeit und Frauen

sowie die Bezirksämter

- Friedrichshain-Kreuzberg
- Lichtenberg
- Marzahn-Hellersdorf
- Mitte
- Neukölln
- Pankow
- Tempelhof-Schöneberg
- Treptow-Köpenick (vgl. Weinmann, 2003, S. 12).

Die aufgebauten Arbeitsstrukturen gewährleisten die systematische Implementierung des Prozesses durch

- Verantwortlichkeit der Führungskräfte in Politik und Verwaltungsebenen
- geregelte Zuständigkeiten
- organisierte Kooperation und Kommunikation
- regelmäßige Schulungen und Kompetenztrainings.

„Die diesbezüglichen Instrumente reichen in den Berliner Pilotverwaltungen von Lenkungs- und Steuerungsgruppen, Arbeits- und Projektgruppen bis hin zu Genderbeauftragten. Dabei ist von besonderer Relevanz, dass auf eine geschlechtsheterogene Zusammensetzung geachtet wird und die Verantwortlichkeit für die Koordinierung der hausinternen Gender Mainstreaming-Prozesse nicht einseitig an die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten oder Frauenvertreterinnen delegiert wird. Die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming hat hier aufklärend interveniert und wesentlich dazu beigetragen, dass zum einen männliche oberste Führungskräfte als Genderbeauftragte in Pilotverwaltungen fungieren und zum anderen überwiegend jeweils

zwei Personen, nämlich eine Frau und ein Mann, diese Funktion ausüben.“ (Weinmann, 2003, S. 10).

Die Themenpalette der Gender-Projekte entspricht der vielfältigen Aufgabenstellung öffentlicher Verwaltungen. Die Pilotprojekte beziehen sich auf Sportförderung, Gesundheitsvorsorge, Stadtplanung, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Wirtschafts- und Sozialplanung, Standesamtswesen, Kultur und Bildung.

Nachdem sich allerdings „herausstellte, dass während der einjährigen Pilotphase keine Berliner Verwaltung ein Pilotprojekt realisiert, in dem explizit eine Gender-Budget-Analyse durchgeführt wird, ist nunmehr verstärkt darauf hinzuwirken, dass 2004 - mit Beginn der zweijährigen Hauptphase der Umsetzung von Gender Mainstreaming in allen Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene - Bereiche von fachlicher und haushaltspolitischer Relevanz definiert werden, in denen Vorbereitungen dafür getroffen werden, dass Maßnahmen zum geschlechtergerechten Haushalt erprobt werden können. Soweit zahlreiche Pilotprojekte bereits jetzt Gender Mainstreaming im Bereich Wirtschaftsförderung, Jugend- und/oder Sportförderung umsetzen, sollte parallel mit der geschlechtsspezifischen Analyse der einzelnen Budgets begonnen werden. Der Einbindung der Bezirke kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als mehrere Bezirke BVV-Beschlüsse (Pankow, Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg, Marzahn-Hellersdorf) zum Thema Gender Budget gefasst haben.“ (Weinmann, 2003, S. 20).

Um das zentrale Thema Gender Budget stärker zu berücksichtigen, setzt die Landeskommision eine ‚Arbeitsgruppe Gender Budget‘ ein. Diese soll Realisierungsmöglichkeiten erarbeiten, „wie die Einführung von Gender Budgets zum Haushaltsplanentwurf des Jahres 2006 erfolgen kann“ (Weinmann, 2003, S. 21).

#### 4.4.1.2 Pilotphase 2003/2004

In der Pilotphase 2003/2004 werden erstmalig auf Landes- und Bezirksebene auch Pilotprojekte zum Gender Budgeting initiiert. „Vorbereitend für die Haushaltsaufstellung 2006 soll Gender Budgeting auf alle Senats- und Bezirksverwaltungen ausgedehnt werden. Die anhand repräsentativer Titelgruppen bzw. Produkte durchgeführten ersten geschlechterdifferenzierten Budgetanalysen können als strategisch sehr sinnvoll und ergebnisreich bezeichnet werden. Bietet doch die in ausgewählten Bereichen erhöhte Kostentransparenz jetzt schon die Grundlage sowohl für weitere



Analysen als auch für Steuerungen im Sinne einer geschlechtergerechteren Budgetpolitik.“ (Weinmann, 2004b, S. 5). Zu dieser Einschätzung kommt der ‚Zweite Bericht über Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) in der Berliner Politik und Verwaltung‘. Und er muss konzedieren: „Gleichwohl wird deutlich, dass die Prozesse insgesamt sehr unterschiedlich und diskontinuierlich verlaufen sind. Der jetzige (virtuelle) Zielerreichungsgrad ist zunächst nur als eine wichtige Vorstufe zur Herstellung von mehr Geschlechtergerechtigkeit zu kennzeichnen. Nach den aktuellen Berliner Erfahrungen ist erneut festzustellen, dass eine so komplexe Strategie wie die des Gender Mainstreaming/Gender Budgeting (selbst bei relativ guten politischen und konzeptionellen Rahmenbedingungen) nicht kurzfristig zu realisieren ist. Soll sie dauerhaft und nachhaltig etabliert werden - und zwar sowohl als Organisationsentwicklungs- und Veränderungs- als auch als Wissens- und Kommunikationsprozess -, so kann es sich hierbei um ein nur langfristig zu erreichendes Ziel handeln.“ (Weinmann, 2004b, S. 5).

Eingefordert wird die vehementere und sichtbarere Unterstützung durch die politische und administrative Führungsebene, die Anwendung moderner Managementmethoden sowie die verstärkte Kommunikation dieser sensiblen Thematik gegenüber der Öffentlichkeit.

Die von der Arbeitsgruppe Gender Budget vorgelegte Einführungsstrategie „beinhaltet, dass ab 2004 zur Vorbereitung der Haushaltsaufstellung 2006 alle Senatsverwaltungen anhand repräsentativer Titelgruppen und alle Bezirksverwaltungen anhand gender- und finanzrelevanter Produkte Gender Budgeting (im ersten Schritt zunächst jedoch nur als sogenannte geschlechterdifferenzierte ‚Nutzenanalyse‘) durchführen ... Gegenüber der ‚ursprünglichen‘ Einführungsstrategie sollte die Pilotphase nunmehr also ausgedehnt werden auf alle Senats- und Bezirksverwaltungen, sodass einzelne Instrumente der geschlechtsspezifischen Budgetanalyse dann flächendeckend implementiert werden und die erzielten Erkenntnisse in die nächste Haushaltsaufstellung qualifiziert einfließen könnten.“ (Weinmann, 2004b, S. 14).

Die von der Arbeitsgruppe getroffene Entscheidung, mit einer geschlechtersensiblen Nutzenanalyse ausgewählter Haushaltsansätze oder Produkte zu beginnen, ist ein erster pragmatischer Schritt. „Weitere Analyseschritte, vor allem aber auch qualitative Bewertungen der jeweiligen Ergebnisse, Erklärungsansätze für ggf. ungleiche geschlechtsspezifische Verteilungsergebnisse und Schlussfolgerungen für haushalts- bzw. geschlechtergerechte Veränderungen müssen folgen.“ (Weinmann, 2004b,

S. 16). Gemeint ist hier das umfangreiche, in Kapitel 3.4 der vorliegenden Untersuchung dargestellte Instrumentarium des Gender Budget.

An der Pilotphase zum Gender Budgeting beteiligten sich zunächst eine Senatsverwaltung und drei Bezirksamter:

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
- Bezirksamt Lichtenberg
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
- Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Nur das Bezirksamt Lichtenberg bezieht von Anfang an die Bibliothek mit den Produkten ‚Entleihung‘ und ‚Vermittlung Medienkompetenz‘ in die Gender Budget-Analysen ein. Ihm soll daher im weiteren Verlauf dieser Untersuchung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

„Die Steuerungsgruppe hatte zunächst dafür votiert, die geschlechtsspezifische Budgetanalyse sowohl auf Basis kameraler Haushaltsansätze als auch der Produktbudgets vorzunehmen, ist jedoch bereits bei der Analyse der geschlechts-spezifischen Verwendungen der im Jahre 2003 vergebenen BVV-Sondermittel zu der Erkenntnis gelangt, dass aussagekräftige und steuerungsrelevante Daten kaum zu gewinnen sind. Die genderbezogene Analyse der Produkte erfolgte zunächst ausschließlich als geschlechterdifferenzierte Nutzenanalyse, um überhaupt einen praxisorientierten Einstieg in die Thematik zu finden, die Beteiligten mit dem Ansatz und der Strategie vertraut zu machen und ggf. erste Erkenntnisse für Handlungsansätze zu finden.“ (Weinmann, 2004b, S. 18).

Als Ergebnis einigte man sich auf die bereits genannten Produkte.

Maßgeblich für deren Auswahl waren folgende Aspekte:

- finanzielle Relevanz: die Summe aller Produktbudgets sollte mindestens 8 % des Produktsummenbudgets umfassen
- bezirkliche Steuerungsrelevanz: es sollte sich um angebotsgesteuerte Produkte handeln, bei denen der Bezirk direkt oder indirekt Einfluss nehmen kann auf die Zielgruppen und die Ergebnisse
- die Zielgruppe sollte individualisierbar sein, um eine aussagekräftige, geschlechterdifferenzierte Nutzen-Analyse vornehmen zu können (vgl. Weinmann, 2004b, S. 19).

Im Anschluss daran wurde für alle Produkte „ermittelt, ob die Angebote/Leistungen vermehrt von Frauen oder Männern genutzt werden sowie die Abbildung, welche Leistung/Angebote gefragt waren. Zusätzlich wurden die so gewonnenen Ergebnisse auf das zur Verfügung stehende Budget umgelegt und Prozente errechnet.“ (Weinmann, 2004b, S. 19).

Das erste Ergebnis aus Lichtenberg stellt sich mit den folgenden Pilot-Produkten vor:

Produkt-nummer	Produktbezeichnung	Budgetwirksame Produktkosten 2003 €	Budgetwirksame Produktkosten 2004 €	Budgetverteilung weiblich	Budgetverteilung männlich
75476	Entleihung	1.765.561	1.345.000	1.050.509 59,5 %	715.052 40,5 %
60970	Vermittlung Medienkompetenz	52.693	87.000	44.511,44 51,4 %	42.140,56 48,6 %
76843	Lehrveranstaltung VHS	1.927.677	1.306.000	1.401.421 72,7 %	526.256 27,3 %
77673	Bereitstellung von Sportanlagen	2.006.559 <u>2.124.958</u>	1.921.000 <u>1.183.000</u>	1.582.371 38,3 %	2.548.747 61,7 %
78422	Bereitstellung von Sportanlagen auf Schulstandorten	<b>4.131.517</b>	<b>3.104.000</b>		
78387	Allgemeine Kinder- und Jugendarbeit	4.992.085	3.232.000	2.136.612 42,8 %	2.855.473 57,2 %
	<b>Gesamtbudget</b>	<b>12.869.533</b>	<b>9.074.000</b>		

Quelle: Weinmann, 2004b, S. 19.

Die geschlechterdifferenzierte Analyse der Bibliothek bezieht sich beim Produkt Entleihung offensichtlich auf das Haushaltsjahr 2003, bei der Medienkompetenz auf 2004.

Als Analyse und vorläufige Bewertung dieser ermittelten und veröffentlichten Daten wird festgehalten, dass sie sich auf die erste Nutzungsebene der Produkte beziehen, d. h. betrachtet wird z. B., ob Frauen oder Männer Bücher ausleihen. Die Daten geben Auskunft über die Ausleihe, aber nicht über das tatsächliche Leseverhalten. Die Anzahl der Entleihungen bezieht sich zu 59,5 % auf Mädchen/Frauen, gegenüber 40,5 % auf Männer/Jungen. „Wird allerdings nach Sachgebieten differenziert, so liegt der Männer-/Jungenanteil etwa im Bereich Tonträger bei 54 %, umgekehrt der Mädchen-/Frauenanteil bei 46 %.“ (Weinmann, 2004b, S. 20).

Auch für die weiteren analysierten Produkte kommt die Auswertung zu der Überzeugung, dass eine differenziertere Betrachtung erforderlich ist, die einzelne Sachas-

pekte, Analyse-Ebenen und letztendlich auch Kausalitäten stärker berücksichtigen kann. „Um insgesamt zu repräsentativeren Daten zu gelangen, müssten berlinweit analoge (geschlechterdifferenzierte) Produkt- und Budgetanalysen durchgeführt werden. In weiteren (qualitativen) Analyseschritten müsste zudem untersucht werden, welche Ursachen konstitutiv sind für die unterschiedliche Repräsentanz von Frauen/Mädchen bzw. Männern/Jungen bei der Inanspruchnahme öffentlicher Angebote in den ausgewählten Produktbereichen.“ (Weinmann, 2004b, S. 20).

Der Bericht über die Pilotphase 2003/2004 zum Gender Budgeting schließt anhand dieser ersten Datenerhebungen mit einer sehr sorgfältigen Stärken-Schwächen-Analyse sowie einem umfangreichen Empfehlungskatalog für die weitere Vorgehensweise.

#### 4.4.1.3 Hauptphase 2004/2006

Nach Abschluss der einjährigen Pilotphase beginnt die so genannte zweijährige Hauptphase, in der alle Senats- und Bezirksverwaltungen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in ausgewählten Bereichen qualifiziert umzusetzen haben.

„Den Themenkomplex ‚Gender Budgeting‘ betreffend, hatte das Abgeordnetenhaus von Berlin bereits am 18. März 2004 jeder Senats- und Bezirksverwaltung zur Auflage gemacht, für den Doppelhaushalt 2006/2007 bestimmte Elemente des Gender Budgeting einzuführen und vorbereitend zur Ersten Lesung des Haushalts (2006) einen Bericht vorzulegen, der Informationen darüber enthält, ob die Haushaltsmittel Frauen oder Männern (Mädchen oder Jungen) zu Gute kommen und welche geschlechtsspezifischen Verteilungsquoten sich daraus ergeben. Diese Einzelberichte der Fachverwaltungen sind von der Senatsverwaltung für Finanzen zusammengefasst und unter dem Titel ‚Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern sowie Förderung von Frauen gegen Benachteiligungen und Diskriminierungen bei der Haushaltsaufstellung ...‘ unterbreitet worden. Der inzwischen vom Senat beschlossene Gesamtbericht (Drs. Nr. 15/4176), der unmittelbar Bezug auf den Entwurf des Haushaltsplans 2006/2007 nimmt, wird zur Zeit in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt.“ (Weinmann, 2005, S. 2).

Der ‚Dritte Bericht über Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in den Senats- und Bezirksverwaltungen im Land Berlin‘, dem dieser Ausblick entnommen wurde, geht gleichzeitig auf die verbreitet anzutreffenden Vorbehalte gegenüber dem

Gender-Ansatz ein: „Natürlich soll hier auch darauf hingewiesen werden, dass die institutionellen Umsetzungsprozesse auch weiterhin durch Vorbehalte, Unsicherheiten, Sensibilisierungs- und Wissenslücken gekennzeichnet sind. Jedenfalls dürften beim Übergang der Implementierung in die institutionelle Normalpraxis noch einige Jahre vergehen. Aber auch das ist wohl nur über eine stärkere gesamtgesellschaftliche Diskussion mit Fragen der Geschlechtergerechtigkeit möglich. Die Umsetzung von Gender Mainstreaming/Gender Budgeting ist ja auch deshalb so schwer lösbar und zieht deswegen so viele Kontroversen auf sich, weil sie einerseits schon im Ansatz mit Fragen des eigenen Verständnisses von Geschlechterrollen unmittelbar verzahnt ist und das Thema andererseits in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit zumindest eine kaum wahrnehmbare Bedeutung einnimmt.“ (Weinmann, 2005, S. 3).

Da Gender-Politik jedoch in Berlin auf Beschlüssen basiert und kontinuierlich fortgeschrieben, erweitert und spezifiziert wird, liegt hier inzwischen ein Projektkatalog vor, der sich bereits als Diskussionsgrundlage eignet.

Dieser Katalog trennt zunächst formal nach folgenden Kriterien:

- Senatsverwaltungen (kameral) und Bezirke (Produkte)
- Projekte zum Gender Mainstreaming und/oder Gender Budget
- Pflichtprodukte und Kürprodukte.

Bei den Pflichtprodukten der Bezirke für Nutzenanalysen innerhalb der Gender Budget-Analysen kommt nunmehr den Bibliotheken prioritäre Bedeutung zu. Alle Bezirksbibliotheken legen zum Pflichtprodukt ‚Entleihung‘ genderspezifische Daten, einschließlich Kosten, vor.

Zu den Pflichtprodukten der Bezirke zählen:

- Entleihung
- Lehrveranstaltungen VHS
- Programmarbeit Bildende Kunst
- Allgemeine Kinder- und Jugendförderung
- Integrative Erziehungs- und Familienberatung
- Persönliche Beratung von Behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen, von Menschen mit Krebs- und chronischen Erkrankungen einschließlich AIDS (vgl. Weinmann, 2005, S. 13).

„Bei der produktbezogenen Nutzenanalyse der Bezirksverwaltungen ist festzustellen, dass fast alle Bezirke (mit wenigen Ausnahmen) mehr als nur die vom Rat der Bürgermeister abgestimmten Pflichtprodukte einer Gender Budget Analyse unterziehen. Insbesondere das Bezirksamt Lichtenberg, aber auch andere Bezirksamter, erproben am Beispiel einer größeren Anzahl ‚freiwilliger‘ Produkte (Kürprodukte) Gender Budgeting.“ (Weinmann, 2005, S. 12).

Dieser Katalog gemeldeter Kürprodukte der Bezirke umfasst im Jahr 2005 etwa 50 Produkte, allerdings einschließlich paralleler Meldungen, so z. B. Wiederholungen bei:

- Bereitstellung von Sportanlagen
- Musikunterricht
- Stadtteilgeschichte.

In diesem Katalog der Kürprodukte fällt erneut die offensive und innovative Herangehensweise des Bezirkes Lichtenberg ins Auge: Er weist die meisten freiwilligen Produkte auf, und auch die Bibliothek nimmt erneut teil mit dem Kürprodukt ‚Vermittlung von Medienkompetenz und Leseförderung‘ (vgl. Weinmann, 2005, S. 13).

Für 2006 meldet die Bibliothek des Bezirksamtes Lichtenberg folgende genderspezifische Daten (Produktbudget und Produktnutzung):

Produkt- Bezeichnung	Budget 2006	weiblich		männlich	
		abs.	%	abs.	%
Entleihung	1.720.200 €	796.527	67,1 %	391.121	32,9 %
Vermittlung von Medienkompetenz und Leseförderung	90.400 €	10.189	53,8 %	8.762	46,2 %

Quelle: Weinmann, 2005, S. 16.

Die operative Vorgehensweise wird nicht nur kontinuierlich differenziert und mit ihren Ergebnissen regelmäßig dokumentiert und veröffentlicht, vielmehr liegen auch Materialbände zu Art und Umfang der jeweiligen Datenerhebung vor, so z. B. auch aus der Stadtbibliothek Lichtenberg die Dokumentation über ‚methodisches Vorgehen und Ablaufprozess‘ (vgl. Weinmann, 2004a, S. 3ff.).

Die Analyse der einzelnen Produkte erfolgt jeweils nach den standardisierten Kriterien:

- Leistungsumfang

- Zielgruppe
- Zielsetzung
- Bezugsgröße
- Budgetdaten
- Grundlage der Analyse
- Ergebnis der Analyse
- Nutzen für ein geschlechterdifferenziertes Verwaltungshandeln.

Zum Produkt ‚Entleihung‘ liegen seit Ausstellung des Benutzungsausweises (DV-gestützt) personenbezogene Daten nach Geschlecht, Alter und Postleitzahl vor.

„Mit jeder Entleihung wird pro entliehenem Medium erhoben, welchen Geschlechts die/der Entleiher/in ist. Folgende Auswertungen sind möglich:

- Anzahl der Entleihungen im Berichtszeitraum nach weiblichen und männlichen Benutzer/innengruppen
- Analyse der von Nutzern bzw. Nutzerinnen getätigten Entleihungen nach inhaltlichen Kriterien, Zuordnung zu themenbezogenen Sachgruppen.“ (Weinmann, 2004a, S. 4).

Die von Bibliotheken erhobenen Daten haben traditionell bereits erheblichen Umfang. Er erweitert sich durch die hinzukommende Gender-Perspektive. Dies ist jedoch unabdingbar, wenn eine Gender-Analyse Aussagekraft erhalten soll.

Der ergebnisorientierte Blick auf das Produkt ‚Entleihung‘ erfährt aus allen Bibliotheken, dass diese Form der Nutzung sich zu 60 % und darüber auf Frauen und Mädchen bezieht, analog 40 % und darunter auf Männer und Jungen.

Erst die Untersuchung der nächsten Differenzierungsstufe zeigt die Diskontinuität: „Tonträger (CD, MC) werden mehrheitlich (54 %) von Jungen bzw. Männern ausgeliehen. Eine differenziertere Analyse der Sachgruppe ‚Sachliteratur‘ ergibt, dass Titel der Sachgebiete ‚Technik‘ und ‚Informatik‘ überwiegend von Personen männlichen Geschlechts entliehen werden.“ (Weinmann, 2004a, S. 4).

Und bei der Betrachtung des Nutzens für ein geschlechterdifferenziertes Verwaltungshandeln muss sogar noch weitergehende Spezifizierung eingefordert werden: „Die erhobenen Daten geben Auskunft über die Ausleihe, nicht aber über das tatsächliche Leseverhalten. Allenfalls lassen sich Analogien herstellen.

Um zu aussagekräftigeren Erkenntnissen zu kommen, müssten zusätzliche Befragungen vor Ort durchgeführt werden. Darüber hinaus wäre ein Vergleich aller Berliner

Öffentlichen Bibliotheken von erheblichem Nutzen, weil die Daten ggf. Rückschlüsse auf das Angebot der Bibliothek und die Bevölkerungsstruktur zulassen würden.“ (Weinmann, 2004a, S. 6).

Bei dem Produkt ‚Vermittlung von Medienkompetenz und Leseförderung‘, dessen Leistungsumfang in Form von Bibliotheksunterricht, Klassenführungen, Benutzerschulungen, Internet- und Multimediaveranstaltungen erbracht wird, muss die Teilnahme männlicher und weiblicher Besucher sogar manuell per Strichliste differenziert werden. Dies ist auch erforderlich, falls die Datenerhebung nicht nach Angebotsthemen, sondern nach Angebotsstunden erfolgt.

Die vermeintlich einfache Quantifizierbarkeit von Bibliotheksdienstleistungen hatte ihre Grenzen traditionell bei der Annahme, dass die messbare Anzahl von Entleihungen linear positive Auswirkungen auf den Bildungszuwachs des Bürgers hat.

Wenn nun die genderspezifische Analyse - allein die Nutzen-Analyse - bereits bei dem DV-gestützt messbaren Produkt ‚Entleiher‘ weiteren Differenzierungs- und Interpretationsbedarf sieht, so wird die Analyse bei den optionalen Produkten ‚Vor-Ort-Nutzung‘ und ‚Information und Beratung‘ weitaus schwieriger.

Und bei einem der nächsten Schritte, der so genannten Wirkungsanalyse, stellen sich beispielhaft die Fragen: „Der Bezirk verausgabt Mittel für die Bibliothek. Männer nutzen die Bibliothek seltener als Frauen. Liegt das an der Präsentation und den vorhandenen Medien? Benötigen Männer die Bibliothek als Informationsstelle und für ihre Qualifizierung? Ergreift der Bereich Maßnahmen, um männliche Zielgruppen anzusprechen? Hat sich daraufhin die Repräsentanz von Männern als Nutzer erhöht? Wie hat sich die Repräsentanz von Frauen entwickelt?“ (Baumfelder, 2006, S. 17).

Steht auch die exakte Analyse zur Beantwortung dieser und vieler weiterer Fragen noch aus, so zeigen sie doch bereits deutlich eines der Ziele von Gender Budgeting.

Die Beschwerlichkeit des noch zurückzulegenden Weges ist den Gender-Experten durchaus bewusst, zumal sie nicht nur die Bibliotheken betrifft.

#### 4.4.1.4 Beschlusslage

Zwar war bei den Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2006/2007 „zu konstatieren, dass die praktische Akzeptanz für den Nutzen und Mehrwert von Gender Budgeting bei den Abgeordneten zukünftig noch zu erhöhen ist“ (Baumfelder, 2006, S. 9), so hat die Berliner Landeskommision Gender Mainstreaming, „ein vorwie-



gend mit Staatssekretärinnen und Staatssekretären zusammengesetztes zentrales Steuerungsgremium, am 27.10.2005 beschlossen: „Gender Budgeting soll im Berliner Landeshaushalt kontinuierlich und qualifiziert weiter entwickelt und so zum integralen Bestandteil des Haushaltsverfahrens gemacht werden. Zukünftig soll die geschlechtsspezifische Verteilung der konkreten Haushaltsansätze (absolute Beträge) im Haushalt dargestellt werden. Die Datenerhebung und Datenpflege bei den entsprechenden Haushaltstiteln/Produkten soll kontinuierlich fortgesetzt werden. In den Bezirken soll die produktbezogene Nutzenanalyse ausgeweitet werden. Dazu soll die Anzahl der zu analysierenden Pflichtprodukte erhöht werden. Die bisher von den Senatsverwaltungen vorgenommenen Gender Budget-Nutzenanalysen ... sollen erweitert und vertieft werden. Dazu gehören sowohl die Einbeziehung bisher noch nicht analysierter Titel als auch zusätzlich die Ausweitung der Analyse auf die zweite Nutzungsebene (z. B. Mitglieder bzw. NutzerInnen von Vereinen, Einrichtungen, Stiftungen etc.). In diesem Zusammenhang wurde auch die Verpflichtung der ZuwendungsempfängerInnen zur geschlechterdifferenzierten Datenerhebung gefordert. Auch die geschlechtsspezifische Verteilung der Personalkosten ... anhand der Beschäftigtenstruktur sei darzustellen ...“ (Baumfelder, 2006, S. 9).

Hieran knüpft ein entsprechender Beschluss des Abgeordnetenhauses und legt das weitere Verfahren für den kommenden Haushalt analog fest.

Dieser Beschluss zum Haushaltsplan 2006/2007 wird ergänzt durch einen „Auflagenbeschluss des Abgeordnetenhauses zu Gender Budgeting (Haushaltsplan 2008/09 betreffend)“: „Die Senatsverwaltungen und die Bezirke haben im Rahmen der Haushaltsaufstellung darzustellen, wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern sowie die Förderung von Frauen gegen Benachteiligungen und Diskriminierungen bei der Haushaltsaufstellung gemäß Artikel 10 Abs. 3 der Verfassung von Berlin gesichert wird. Dies soll in der Form geschehen, wie sie bereits erstmalig mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 praktiziert wurde. Dabei sind die konzeptionellen Weiterentwicklungen der AG Gender-Budget ... , die schrittweise Einbeziehung der zweiten Nutzerebene und in den Bezirken die Ausweitung der zu untersuchenden Produkte, zu Grunde zu legen. Um eine schnelle und frühzeitige Berücksichtigung von Gender-Budgeting in den entsprechenden Handlungsfeldern auf Senats- und Bezirksebene zu erreichen, ist die Datenerhebung/Datenpflege bei den bisher analysierten Haushaltstiteln/Produkten kontinuierlich fortzusetzen.“ (zit. nach Baumfelder, 2006, S. 24).

Und zur Verfahrensweise: „Die einzelnen Berichte sind der federführenden Senatsverwaltung für Finanzen bis zum 31. Mai 2007 zuzuleiten, damit diese zur Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2008/2009 dem Senat eine entsprechende Vorlage unterbreiten bzw. in Form einer Anlage zum Haushaltsplan 2008/2009 vorlegen kann.“ (zit. nach Baumfelder, 2006, S. 25).

Auch „der Rat der BürgermeisterInnen (RdB) hat am 15. Juni 2006 die quantitative und qualitative Ausweitung der produktbezogenen Gender Budget Analyse in den Bezirken beschlossen. Danach soll bei 56 Produkten ab 1. Juli 2006 die Gender Budget Analyse vertiefend durchgeführt und mit einer ziel- sowie wirkungsorientierten Steuerung verbunden werden ...“ (Baumfelder, 2006, S. 10). Dazu auch Tabellen 7 und 8 im Anhang.

#### 4.4.1.5 Steuerungsrelevanz

Politischer Wille und in Konsequenz eine eindeutige Beschlusslage wie in Berlin sind die unabdingbaren Voraussetzungen für den Erfolg eines Gender Budget-Prozesses. Die kontinuierlichen und auf Vervollständigung ausgerichteten Datenerhebungen bilden schrittweise eine praxisnahe Grundlage zur Herstellung von Gender-Transparenz. Die hierdurch angestrebte Steuerungsrelevanz führt zu gezielterer Begründung bei der Mittelverteilung oder legt alternativ die Umverteilung von Mitteln nahe.

So kann z. B. der Bezirk „entscheiden, welche Sportarten er auf dem Sportplatz und in den Hallen ermöglichen und welche Zielgruppen er erreichen will. Das Land kann entscheiden, welche Vorgaben es den Hochschulen für die Förderung von Wissenschaftlerinnen und für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit an den Hochschulen macht.“ (Baumfelder, 2006, S. 18).

Genderdifferenzierte Analysen sind ferner von Bedeutung, wenn Bund oder Europäische Union die Regeln vorgeben bzw. wenn der Nachweis über von dort erhaltene Mittelzuweisungen erbracht werden muss. Ebenso gilt dies für Mittel aus dem Länderfinanzausgleich.

„Da in Zukunft kein Zuwachs an Mitteln zu erwarten ist, müssen die Ausgaben mehr Ziele zusammen erreichen und die Zielgruppen genau ansteuern. Gender-Wirkungsanalysen ermöglichen eine genaue Identifikation von Zielgruppen und zeigen, ob im Ausgabenbereich die Gleichstellung von Frauen und Männern als ein Ergebnis mit

bewirkt wird. Geschlechterfragen sind Bestandteil anderer drängender Problemfelder wie Migration, Demographie, Alter, Armut und Qualifizierung/Bildung. Genderanalysen zum Haushalt werden daher langfristig benötigt.“ (Baumfelder, 2006, S. 18f.). Obwohl das Veränderungsmanagement in Berlin mit Nachdruck und Kompetenz vorangetrieben wird, erscheinen die sichtbaren Erfolge bisher eher marginal. Dafür gibt es Gründe:

- Außer der internationalen Theoriebildung, einschließlich Methodik und Instrumentarium, sowie einiger internationaler Best-Practice-Beispiele gibt es bundesweit kein Vorbild aus der Praxis.
- Vor diesem Hintergrund ist der Realisierungsprozess des Gender Budgeting in Berlin weit fortgeschritten und somit Vorbild für weitere Bundesländer und/oder Kommunen.
- Ein solch bisher singulärer Prozess, der mit zusätzlicher Datenerhebung und -auswertung verbunden ist, trifft nicht nur auf reformbereite Kräfte, vielmehr hat er mit divergierenden Interessen bis hin zu Vertagung und Ablehnung zu rechnen und demgegenüber stetige Überzeugungsarbeit zu leisten.
- Dass dies mit der erforderlichen Konsequenz geschieht, wird deutlich aus den bereits vorliegenden Planungen für den Haushalt 2008/2009.

Der Berliner Gender Budget-Prozess ist vollständig dokumentiert unter [www.berlin.de/gendermainstreaming](http://www.berlin.de/gendermainstreaming) (s. a. Kapitel 4.4.1) und mit zahlreichen Links versehen. Hier finden sich auch die jeweils aktuellen Ergebnisse des Gender Budgeting aus den Bezirken sowie Fragebogen, Checklisten, Formulare und dazugehörige Arbeitshilfen. Dazu auch Tabellen 5 und 6 im Anhang.

#### 4.4.2 Gender Budget-Intentionen

Ernüchternd ist die Suche nach praxisrelevanten Gender Budget-Initiativen in Deutschland außerhalb Berlins. Zwar verzeichnet das Internet eine Vielzahl von ‚Treffern‘ zum Thema, doch muss die seriöse Prüfung konzедieren, dass Länder und Kommunen - in den fortschrittlichsten Fällen - das Stadium der Absichtserklärungen noch kaum verlassen haben.

Dank ihrer engagierten Fraueninitiativen sind die bereits unter Kapitel 3.5.3 konturierten Städte Köln und München derzeit bundesweit am ehesten geeignet, einer in-

tensiveren Untersuchung unterzogen zu werden - und in diesem Kapitel 4 im Hinblick auf ihre Bibliotheken.

#### 4.4.2.1 Stadt und Bibliothek Köln

Die bereits zitierte Studie ‚Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik‘ aus dem Jahr 2004 setzt von Beginn an Prioritäten: „Ungeachtet dessen, dass die überproportionale Nutzung der StadtBibliothek und der Volkshochschule durch Frauen bekannt ist, beschloss die Gruppe, die entsprechenden Haushaltsunterabschnitte einem Gender Audit zu unterziehen, da uns diese beiden Bereiche für eine modellhafte Erprobung des Instruments Gender Budgeting besonders geeignet erschienen.“ (Grote, 2004, S. 4).

Kongruent in Selbst- und Fremdeinschätzung ist die Stadtbibliothek Köln eine innovative und dynamische Bibliothek. „Die Zentralbibliothek, die Zweigstellen und Sondereinrichtungen haben trotz unterschiedlicher Funktionen das Ziel, die Stadtbevölkerung optimal mit Medien jeglicher Art zu versorgen. Sie garantieren im Sinne des Grundgesetzes den Zugang zu allen Informationen und verstehen sich als ein Ort der Kommunikation, als Ort zum Wohlfühlen und Arbeiten, als ein kulturelles Zentrum und eine Stätte der literarischen Begegnung. ...

Schon früh hat sich die StadtBibliothek Köln den globalen Herausforderungen der Informationsgesellschaft gestellt. Als eine der ersten automatisierten Bibliotheken in Deutschland hat sie den Internetzugang ermöglicht und ein eigenes Webangebot ins Netz gestellt. Diese zentralen Dienste haben ihr über Köln hinaus einen großen Imagegewinn eingebracht. Im Jahr 2003 bekam sie als eines der führenden Großstadt-Bibliothekssysteme den zweiten Platz des deutschen Bibliothekspreises ‚Stadt-Bibliothek des Jahres‘ zuerkannt.“ (Grote, 2004, S. 6).

Und zu dieser Innovationsbereitschaft der Bibliothek passt auch die frühe Teilnahme am Gender-Audit als Pilotprojekt.

Als Ergebnispräsentation widmet die Studie der Bibliothek acht Seiten.

Analog zu den Projekten in Berlin geht auch Köln produktbezogen vor und greift auf die DV-gestützt anfallenden Daten von „Personen, welche einen aktuell gültigen Nutzungsausweis besitzen“ (Grote, 2004, S. 7) zurück, also auf Daten, die mit der Anmeldung genderspezifisch erhoben werden.

Auf dieser Grundlage wird das Entleihungsverhalten - als Einzelaspekt des Nutzungsverhaltens - untersucht nach Alter, Geschlecht, Entleihungsort und Medienart. Dieser kleine Ausschnitt aus dem Leistungs- und Nutzungsspektrum der Bibliothek ist bereits geeignet, Aussagen zu treffen, wie z. B.:

- Kinder bis 6 Jahre sind auf Stadtteilbibliotheken, Kinder bis 12 Jahre auf Bibliotheksbusse angewiesen. Kürzungen und Schließungen in diesen Bereichen gehen also zu Lasten dieser Zielgruppen.
- Männer nutzen vorrangig die Zentralbibliothek, Frauen die Zweigstellen. Konsequenz wie oben.
- Die Nutzung von Mediengruppen und Medienarten erfolgt in vielen Bereichen geschlechterspezifisch (vgl. Grote, 2004, S. 12f.).

Bereits durch die wenigen rudimentären Daten werden bestehende Ungleichgewichte sichtbar, die sich in Zeiten knapper Mittel noch verstärken. Unterdessen enthalten die vorgelegten Daten noch keinerlei Aussage zum Budget, denn angesichts des Haushaltsplanes „zeigte sich schnell, dass mangels entsprechender Statistik eine Zuordnung der einzelnen Kosten und Erlöse zum Geschlecht nicht möglich war. Diese Zahlen gaben also keinen Aufschluss darüber, wie sich die Etat-Posten auf Frauen und Männer im Einzelnen verteilen.“ (Grote, 2004, S. 7).

Die methodische Einführung von Gender Budgeting hat also selbst in fortschrittlichen Städten wie Köln noch einen erkenntnisfördernden Weg vor sich. Einige Jahre nach dieser Studie lautet denn auch die eigene Zwischenbilanz: „In mühevoller Kleinarbeit haben 14 wissbegierige Kölnerinnen zwischen Oktober 2003 und November 2004 Daten gesammelt und in größere Zusammenhänge eingebettet. Für alle wichtig war die Perspektive, dass neben monetären Größen z. B. auch unbezahlte Arbeit in die Untersuchung einbezogen werden sollte. Die anfängliche Hoffnung, Männer für eine verlässliche Mitarbeit zu gewinnen, hat sich nicht erfüllt.“ ([www.koelnagenda.de/gender\\_budget.php](http://www.koelnagenda.de/gender_budget.php), 18.07.2007).

Ferner: „Zum Bedauern der Gruppe konnte für die Stadtbibliothek keine präzise Nutzenanalyse erstellt werden, weil Nutzungsdaten nicht durchgängig geschlechtsspezifisch erhoben werden. Auf dem Hintergrund der überregional geführten Weiterbildungsstatistik ist es jedoch gelungen, öffentliche Zuschüsse zur Bildungsarbeit der Volkshochschule mit hinlänglicher Genauigkeit auf Frauen und Männer aufzuteilen. Dabei ergab es sich, dass der auf Frauen entfallende Zuschussanteil geringer ist als ihr Anteil an den Belegungen. Weil sich Frauen nicht nur für beruflich verwertbare

Inhalte, sondern auch für allgemeinbildende sowie für personen- und familienorientierte Angebote interessieren, tragen sie einen höheren Anteil der Kosten ihrer Weiterbildung selbst.

Dieser Befund bestätigt die Notwendigkeit, weitere Bereiche in die Analyse einzubeziehen und Entwicklungen sorgfältig zu beobachten.“

([www.koelnagenda.de/gender\\_budget.php](http://www.koelnagenda.de/gender_budget.php), 18.07.2007).

Dazu auch die Fremdeinschätzung durch das GenderKompetenzZentrum Berlin aus demselben Jahr: „Beide Einrichtungen werden in Köln zu etwa 2/3 von weiblichen Personen genutzt, wobei diese das dezentrale Angebot im Stadtteil noch einmal bevorzugt wahrnehmen (80 %). Von Einsparungen in diesen Bereichen werden Frauen also stärker getroffen.“

([www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/handlungsfelder/haushaltbudget/koeln/](http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/handlungsfelder/haushaltbudget/koeln/), 18.07.2007).

Und dieselbe Quelle zum Ausblick: „Eine von Bündnis 90/Die Grünen am 24. Februar 2005 eingebrachte ‚Anfrage‘ zum Stand der Realisierung von GM und GB im Finanzausschuss, konnte zu jenem Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Im darauf folgenden Doppelhaushalt wurde Gender Budgeting nicht berücksichtigt. Seit 2005 sind jedoch erste Schritte zur Einführung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting unternommen worden und im Frühjahr 2006 nahm die Initiative die Arbeit an einem Gender Budget für die Offene Ganztagsgrundschule auf.“

([www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/handlungsfelder/haushaltbudget/koeln/](http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/handlungsfelder/haushaltbudget/koeln/), 18.07.2007).

Dies kleinräumige Handeln sowie die wissenschaftliche Erkenntnis, dass die besonders von Frauen und Kindern genutzten Produkte überproportional eingespart werden, sind noch unvereinbar mit der im ‚Leitbild Köln 2020‘ festgeschriebenen Absicht der nachhaltigen Investition in eine familien-, kinder- und jugendfreundliche Stadt.

#### 4.4.2.2 Stadt und Bibliothek München

Die in Kapitel 3.5.3.3 bereits skizzierte Gender Budget-Initiative in München soll hier wegen ihrer besonderen Aktivität eine Fortsetzung der Untersuchung erfahren. Zum Thema ‚Haushalt für alle! Mit Gender Budgeting zum geschlechtergerechten Haushalt‘ fand 2004 in München eine Fachtagung statt, die sich mit Fragen zu Me-

thodik und Implementierung befasste und einen Sachstandsbericht zu den Initiativen in Basel, Berlin, Frankfurt, Köln, München und Wien lieferte (vgl. Schreyögg, 2005).

Und die Gleichstellungsstelle für Frauen in München sieht folgende Perspektive: „In der Stadtverwaltung wurde dezentral Genderkompetenz aufgebaut. In einer Reihe Abteilungen wird heute eigenverantwortlich und qualifiziert die Querschnittsaufgabe Gleichstellung von Frauen und Männern umgesetzt. Andere Abteilungen hinken hinterher, was bei einer so großen Verwaltung mit heterogener Aufgabenstruktur auch bei anderen Themen vorkommt. Insgesamt ist eine gute Ausgangsbasis für die Einführung von Gender Budgeting vorhanden.

2005 beschloss der Stadtrat Gender Budgeting in München einzuführen. Die Federführung für die Umsetzung des Stadtratsauftrags hat die Stadtkämmerei. Die Verantwortlichen vertraten anfangs die Auffassung, erst müsste der produktorientierte Haushalt ins Laufen gebracht werden, dann könnte mit Gender Budgeting begonnen werden. Die Vorgehensweise wurde weder von den Stadträtinnen, die sich für das Gender Budget Projekt engagieren, noch von der Gleichstellungsstelle als sinnvoll erachtet. Die nachträgliche Implementierung des Gleichstellungsziels in einen abgeschlossenen Reformprozess ist schwierig, zeitaufwändig, teuer und oft wenig wirkungsvoll.“ (Schreyögg, 2006, S. 7).

1995 startete die Verwaltungsreform in München und wurde 2005 formell abgeschlossen. „Ein Schwerpunkt der Reform war das Neue kommunale Rechnungswesen NKRW, die Umstellung des kameralen Haushalts auf einen doppischen. Die Steuerungsgröße für die Haushaltsplanung ist das Produkt. Derzeit wird die neue Form der Haushaltsplanung auf der Grundlage von Produkten in zwei Pilotreferaten, der Kämmerei und dem Baureferat erprobt.

Ab 2008 soll die Umstellung auf die produktorientierte Haushaltsplanung abgeschlossen sein. Der Haushalt 2009 wird der erste sein, der voll entsprechend den Anforderungen des NKRW aufgestellt wird.

Gender Budgeting muss Zug um Zug in die Struktur der produktorientierten Haushaltsplanung integriert werden. Das Produktkonzept eignet sich für die Verknüpfung der beiden Reformpfade.“ (Schreyögg, 2006, S. 7).

Bei näherer Betrachtung der Produkte stellt sich heraus, dass diese zwar nach politischen und gesetzlichen Vorgaben erstellt sind, auch Leistungen, Maßnahmen und Ressourceneinsatz umfassen, jedoch Zielgruppen nur pauschal benennen: „Die Wir-

kung der Produkte ob in Bezug auf die Bevölkerung insgesamt wie auf Frauen und auf Männer ist eine Black Box. Dieser Punkt ist aber für die Integration von Gender Budgeting entscheidend.“ (Schreyögg, 2006, S. 8).

Die Gleichstellungsstelle hat Empfehlungen zu genderspezifischen Wirkungsindikatoren erarbeitet und vorgelegt und kommt zu folgender Zwischenbilanz: „Die Auswahl der steuerungsrelevanten Indikatoren ist Aufgabe der politischen Prioritätensetzung. Offen ist noch wie in welcher Form die Indikatoren zur Wirkung von Maßnahmen oder von Produktleistungen als Planungsgrößen sinnvoll für die Haushaltsplanung genutzt werden können. Diese Aufgabe ist erst noch zu meistern.

Wie geht es weiter? Die Aktivitäten der Gleichstellungsstelle zeigen Wirkung. Am 21. November 2006 wurde vom Münchner Stadtrat mit dem Beschluss zur Umsetzung des produktorientierten Haushalts beschlossen, zwei auf drei Jahre befristete Stellen zu schaffen. Die Aufgabe der zukünftigen Stelleninhaberinnen oder Inhaber ist im Rahmen eines groß angelegten Umsetzungsprojekts Grundlagen für ein ergebnis- und wirkungsorientiertes Controlling zu erarbeiten und die Grundlagen für die Verknüpfung der Controllingdaten mit der Haushaltsplanung zu erarbeiten. Gender Budgeting ist in diesen Projektauftrag integriert.“ (Schreyögg, 2006, S. 9f.).

Mit dieser auf politischen Beschlüssen basierenden, kontinuierlichen Vorgehensweise wird die Vorgabe des Gender Budgeting auch die Münchner Stadtbibliothek erreichen. Zwar handelt es sich gegenwärtig ‚nur‘ um Planung, doch sind die Vorbereitungen für ein flächendeckendes Gender Budget in München wesentlich weiter fortgeschritten als in den meisten deutschen Städten.

## 4.5 Resümee

Die summarische Betrachtung der deutschen Gender Budget-Initiativen ergibt derzeit das folgende - noch ambivalente - Bild:

- Unkenntnis, Bedenken und Widerstand - in dieser Priorisierung - prägen noch weitgehend den öffentlichen Umgang mit dieser Thematik
- Demgegenüber steht die Nachdrücklichkeit einer Entwicklung, die europäisch gewollt und auch bereits mit eigener Theorie und Methodik, einschließlich Instrumentarium, ausgestattet ist, und deren Realisierung bedächtig aber kontinuierlich fortschreitet.



Neben diversen regionalen Planungen sind es bisher lediglich die hier untersuchten Beispiele, deren erste Umsetzungsschritte einige datengestützte Teilaspekte hervorgebracht haben. Und selbst diese sind durchaus kritisch zu sehen. Eine neuere Expertise über das Berliner Projekt verweist darauf, „dass die Auswahl nur einiger Bereiche und Ressorts (,aus Gründen der Machbarkeit’, im Rahmen von Pilotprojekten u. a. m.) ein Risiko für diese Methode darstellt. Es werden nämlich häufig Bereiche ausgewählt, in denen insgesamt mehr Frauen partizipieren bzw. profitieren. Fehlinterpretationen zu erreichten Ergebnissen zur Geschlechtergerechtigkeit sind damit vorprogrammiert. Dieses in der Anfangsphase nicht zu vermeidende geschlechterpolitische Risiko muss stets gesehen und in die Auswertung einbezogen werden. Nur durch die ständige Erweiterung der einbezogenen Bereiche und Ressorts kann es minimiert und schließlich abgebaut werden.“ (Schubert-Lehnhardt, 2006, S. 17).

Ein weiterer Aspekt: „Zum anderen verführt der Ausgangspunkt ,vorhandene Daten’ geradezu dazu, in den Veröffentlichungen zu den Ergebnissen wiederum sehr stark Zahlenmaterial vorzustellen. Die Begründungen/Zielbestimmungen des gesamten Prozesses und des Anteils bzw. Beitrages des gewählten Produktes am Richtungspunkt Geschlechtergerechtigkeit wird demgegenüber vernachlässigt. Dies wird besonders am gedruckt und im Internet vorliegenden Zwischenbericht Lichtenbergs zu Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) vom April 2004 deutlich.“ (Schubert-Lehnhardt, 2006, S. 20f.).

Bereits die wenigen erhobenen und veröffentlichten Daten bedürfen also per se einiger Interpretation. Auch scheint es immer wieder notwendig, die Aufgabenstellung moderner Bibliotheken zu erklären und zu begründen und warum diese dennoch zu den ,freiwilligen’ kommunalen Leistungen gehören.

Immerhin hat der Gender Budget-Prozess in Lichtenberg bereits zu der Einsicht geführt: „In vielen Kommunen Deutschlands wirkt sich die notwendige sparsame Haushaltsführung zunehmend auch im Bibliothekswesen aus - Schließungen vor allem von Stadtteil- und Fahrbibliotheken, Personalkürzungen (und damit Verkürzung der Öffnungszeiten), langsamere Erneuerung des Bestandes u. a. m. sind an der Tagesordnung. Im Sinne des oben beschriebenen geschlechterdifferenzierten Ansatzes ist vor solchen Entscheidungen stets zu prüfen,

- welche Bevölkerungsteile hiervon besonders betroffen sind und
- ob dadurch bestehende Ungleichheiten weiter vertieft werden. So sind z. B. in sozial schwachen Haushalten seltener Zugang zum Internet oder eigene

Zeitschriften und Zeitungen vorhanden. Es werden mehr öffentlich zugängliche Medien genutzt. D. h. eine Einschränkung bei den Bibliotheken trifft diesen Personenkreis stärker als andere Haushalte und trägt daher zur weiteren Vertiefung der Bildungskluft zwischen Kindern aus ‚armen‘ und ‚reichen‘ Haushalten bei.“ (Schubert-Lehnhardt, 2006, S. 21f.).

Der Implementierungsprozess über die Produkte zeitigt also erste Erfolge in Form von genderspezifischen Aussagen. Die Einbeziehung weiterer Produkte sowie die Differenzierung bei Datenerhebung und -auswertung werden detailreiche Grundlagen für die politische Steuerung liefern.

In progressiven Kommunen bildet derzeit der produktorientierte Haushalt einschließlich Kosten- und Leistungsrechnung die standardisierte Struktur für Zu- und Abfluss der Finanzmittel.

Auf diese Basis trifft der Gender Budget-Prozess, und so muss er integraler Bestandteil des Produkthaushaltes werden. Dies ist gleichermaßen Strategie, Standard und gegenwärtige Entwicklung und schließt daher auch die kommunalen Bibliotheken ein.

Allerdings zeigt der Reformwille der Kommunen durchaus unterschiedliche Ausprägungen. Häufig wurde das Neue Steuerungsmodell noch nicht mit allen Modulen umgesetzt, der Produkthaushalt wird von der Politik als intransparent kritisiert und abgelehnt, und auch die Verwaltungen signalisieren beginnende Reformmüdigkeit.

Für die Bibliotheken zeigt sich dies an der versiegenden Zahl der Publikationen zum Neuen Steuerungsmodell und seinen Elementen in der Fachliteratur seit der Jahrtausendwende.

Angesichts dieser Erkenntnis kann auch über die künftige Vorgehensweise bei Implementierung von Gender Budgeting keine valide Prognose erstellt werden. Es gilt allerdings das Postulat, dass sich weitere Gender Budget-Vorhaben zunächst an den bestehenden Best-Practice-Kommunen orientieren werden.

Das originäre Instrumentarium des Gender Budgeting (s. Kapitel 3.4) geht allerdings weit über das Aussagepotenzial der Produkte hinaus.

Der fortschreitende Implementierungsprozess wird sich also optional an den Produkten orientieren und mittels weiterer Datenerhebungen eine verwaltungsweite Durchdringung der Leistungen mit Gender-Spezifika anstreben und einfordern.

Darüber hinaus oder alternativ wird das internationale Instrumentarium Anwendung finden müssen, so etwa bei gendergerechter öffentlicher Repräsentanz, bei Vergü-

tungsgerechtigkeit, Bewerberauswahl oder Aufstiegschancen, um nur einige zu nennen.

Unabhängig davon, welcher dieser Wege beschritten wird, sind zur Generierung von Erkenntnissen zusätzliche differenzierende Datenerhebungen erforderlich. Die Beteiligten richten sich daher auf die Langjährigkeit ihres Modus Operandi ein. Neben dieser recht jungen Methodik und Strategie muss stets deren essenzielles Reformziel Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting im Blick behalten werden.

Und hierfür eignen sich die Bibliotheken als Operationalisierungsbereich in besonderer Weise, da sie ihrerseits über Jahrzehnte Messinstrumente entwickelt und statistische Erhebungen ihrer Leistungen vorgelegt haben, die sich zwar bisher noch nicht flächendeckend an Produkten orientieren und auch primär keine gendersensible Spezifikation aufweisen, die jedoch wegen ihrer Profundität und Langjährigkeit durchaus bereits geeignet sind, grundsätzliche genderpolitische Aussagen zu treffen.

Zum Beleg dessen wird in den folgenden Kapiteln untersucht, welche Daten und Erkenntnisse aus empirischen Untersuchungen, statistischen Zeitreihen, historischen Dokumenten und fachlichen Forschungsergebnissen bereits vorliegen, auf die der Gender Budget-Prozess zurückgreifen kann.

Auch wird in diesem Zusammenhang aufgezeigt, welche Defizite in der standardisierten Bibliometrie bisher anzutreffen sind, die künftig eines Ausgleiches durch weitere Differenzierung bedürfen.

Die so aus einem produktübergreifenden Prüfungsansatz hervorgehende Analyse bildet die Grundlage, um die Öffentlichen Bibliotheken als Fachbereiche mit ganzheitlichem Handlungsbedarf für einen Gender Budget-Prozess zu definieren und zu positionieren.

Der Fortgang dieser Untersuchung wendet sich daher im Folgenden den am stärksten genderrelevanten Komponenten der Bibliotheksarbeit zu: ihrer Nutzerschaft und ihrem Personal.

## **5 Die Nutzerschaft der Bibliothek**

Der in Realisierung befindliche Gender Budget-Prozess konzentriert sich in Verwaltungen und Bibliotheken in seiner ersten Stufe auf Nutzen- bzw. Nutzeranalysen.

Dieser Ansatz folgt dem ergebnisorientierten Interesse, einerseits nach Beantwortung der Kernfrage, wer von den erbrachten Leistungen profitiert, und diese Auskunft andererseits in Bereichen und Projekten zu ermitteln, die bereits über vorliegendes genderspezifisches Datenmaterial verfügen.

Die wichtigste Informationsquelle in den Bibliotheken stellen traditionell die Benutzerdatensätze dar, die bei Anmeldung mit den Kategorien männlich/weiblich/juristische Person erstellt werden. Damit erfassen sie das Gros der Bibliotheksbenutzer und liefern den Bibliotheken wertvolle Grundlagen etwa für den Bestandsaufbau wie auch für die Zielgruppenarbeit.

Auf diese Weise nicht erfasst werden all die Personen, die die Bibliothek zur Nutzung der Präsenzangebote aufsuchen. Auch ist dieser Bereich durch die Angebotsdiversifikation gewachsen. Waren es früher bibliothekarische Beratung, Zeitungen und Zeitschriften, Nachschlagewerke und Kopiermöglichkeiten, so umfasst die Bibliotheksausstattung zunehmend auch Publikumsarbeitsplätze mit Internet- und Datenbankzugang, Office-Stationen und Anspielplätzen für Non-Book-Medien.

Im öffentlichen Auftrag wie in ihrem Selbstverständnis sind die Bibliotheken Teil eines sich wandelnden Informationsmarktes.

Bibliotheksübergreifende Studien zu Leseverhalten und Mediennutzung haben daher auch für die Bibliotheksarbeit Aussagekraft und richtungweisende Bedeutung.

Zum Fortgang der Untersuchung gilt es daher zunächst, aus diesem Kontext die bisherigen geschlechterspezifischen Erkenntnisse zu exzerpieren, sichtbar zu machen und somit genderpolitisch aufzubereiten.

## 5.1 Studien zu Leseverhalten und Mediennutzung

Das Interesse von Verlagen und Buchhandel an Marktforschung ist betriebswirtschaftlich begründet und dient dem Zweck der Absatzförderung und Leistungssteigerung.

Ihre Umfragen blicken auf eine lange Tradition zurück und haben sich bis in die Gegenwart kontinuierlich differenziert und optimiert.

Neben die vorrangig ökonomische Ausrichtung trat zunehmend ein publikumszentrierter Forschungsansatz, der unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten auch den Nutzen für den Rezipienten untersucht, seine Bedürfnisse, Absichten, Kauf- und Lesemotive erforschen und erfahren möchte.

An die Seite der Buchmarktforschung, später Buchmarkt- und Leserforschung, trat seit den 1960er Jahren die Medienforschung, die sich jedoch als Auftragsforschung für die Medien Tageszeitung, Zeitschrift, Hörfunk und Fernsehen verstand, und daher das Buch als Medium der Massenkommunikation zunächst kaum berücksichtigte. Im Jahr 1978 wurde erstmals „in der Studie ‚Kommunikationsverhalten und Buch‘, die von der Infratest Medienforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde, der Versuch unternommen, alle Medien mit einzubeziehen und zugleich die Buchnutzung in differenzierter Weise zu erfassen. Diese Studie brachte die Medien-Forschung der Bundesrepublik Deutschland einen Schritt voran; um einen ganzheitlichen Forschungsansatz handelt es sich aber auch bei dieser Studie noch nicht, da beispielsweise der Bereich der Bibliotheken nur peripher untersucht werden konnte. Künftigen Studien zur Medien-Forschung wird diese Studie sicherlich zugrunde gelegt und deren Methoden weiter entwickelt werden können.“ (Teckentrup, 1981, S. 25).

In den dann folgenden Jahren hat sich der Kreis der Forschungsinstitutionen wesentlich erweitert und damit auch das Spektrum der Forschungsfragen.

Leseverhalten und Mediennutzung werden aus der Perspektive von Demoskopien und Freizeitforschern, von Medienforschungsinstituten und Universitäten erkundet. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Bertelsmann Stiftung und die Stiftung Lesen haben in regelmäßiger Folge die Veränderungen des Medienmarktes und die Reaktionen seiner Konsumenten beforscht, ihre aktuellen Erkenntnisse vorgelegt und Zukunftsperspektiven aufgezeigt. Eine historische Übersicht bietet Bonfadelli 1999.

Das Interesse der 1970er Jahre galt signifikant dem Wettbewerb zwischen Buch und Fernsehen. Letzteres bezeichnete Elisabeth Noelle-Neumann, die langjährige Leiterin des Institutes für Demoskopie Allensbach, in einem Vortrag zur Eröffnung der Buchmesse 1974 als „’Fressfeind’ des Bücherlesens“ (vgl. Muth, 1993, S. X). Gleichfalls referierte sie in diesem Vortrag eine Erkenntnis, die bis heute unwiderlegt geblieben ist: „ Im Vortrag von 1974 beschrieb ich einen physiognomischen Test, mit dem sich - unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Schicht - Heiterkeit, psychologisches Wohlbefinden erkennen lassen und berichtete: ‚In jeder Altersgruppe, jeder Bildungsgruppe, jeder Gruppe, die wir untersuchen, finden wir diejenigen, die Bücher lesen, heiterer als diejenigen, die keine Bücher lesen. Die Unter-30jährigen Bücherleser zum Beispiel wirken zu 46 % heiter, die Nichtbücherleser zu 22 Prozent; bei den Unter-45jährigen mit höherer Schulbildung, die Bücher lesen, werden als

heiter empfunden 43 Prozent, bei denen, die keine Bücher lesen, 22 Prozent. Machen wir die Gegenprobe und vergleichen Altersgruppen, Bildungsgruppen, Männer und Frauen, die viel oder wenig fernsehen, so erhalten wir das entgegengesetzte Bild: Überall finden wir diejenigen, die viel fernsehen, unfroher, die weniger fernsehen, heiterer. Ich hoffe nicht, daß diese Bemerkung banal ausgedeutet wird, etwa in dem Sinn: Fernsehen macht unfroh. Es soll nur gesagt werden, daß das Fernsehen jedenfalls nicht das gleiche bewirkt wie Bücherlesen. Wir können nicht zweifeln: Bücherlesen bewirkt etwas, was Menschen wohltut. Wir wissen nur noch nicht genau, was das eigentlich ist.’

Fast zwanzig Jahre später sind wir noch immer nicht klüger, aber der Zorn, es handle sich nur um die gut bemäntelte Verteidigung kommerzieller Interessen, hat sich gelegt.“ (vgl. Muth, 1993, S. X).

Weitere zehn Jahre später hat sich die Computernutzung in den Fokus des Interesses geschoben, die Fernsehdauer nimmt nach wie vor einen großen Teil der Freizeit in Anspruch, und doch hat sich auch das Lesen in allen aktuellen Statistiken einen mittleren Rang bewahrt.

Es verwundert nicht, dass das Hauptaugenmerk dieser Erhebungen auf den Wettbewerb der Informationsübermittler (Computer, Fernsehen, Radio, Buch etc.) und Informationsträger (DVD, CD-ROM, CD, Video, Buch etc.) gerichtet ist. Selbstverständlich wird auch erfragt, durch welche Inhalte der Informationsbedarf gedeckt wird.

Parallel hierzu erfolgt die Typologie der Befragten nach den Kern-Kategorien: Alter, Geschlecht, Familienstand, Bildungsgrad, Berufstätigkeit, Einkommen, Wohnortgröße und -lage.

Hieraus soll im Folgenden die Kategorie Geschlecht als Einzelkategorie untersucht werden.

### 5.1.1 Geschlecht als Kategorie

Aus der Fülle der vorliegenden Studien seien hier diejenigen einer näheren Prüfung unterzogen, deren grundlegende Erkenntnisse auch für die Bibliothekspraxis dauerhafte Relevanz erlangt haben.

Im Jahr 1993 erscheinen drei Studien:

- Der befragte Leser. Buch und Demoskopie. Eine Untersuchung des Institutes für Demoskopie Allensbach, mit Partnern
- Lesesozialisation. Eine zweibändige Studie der Bertelsmann Stiftung zu Leseklima in der Familie sowie Leseerfahrungen und Lesekarrieren
- Leseverhalten in Deutschland 1992/93. Eine Repräsentativstudie der Stiftung Lesen, mit Partnern, unter anderem dem Deutschen Bibliotheksinstitut.

Verzichtet wird in diesem Zusammenhang auf die Betrachtung der Studien, die sich gezielt mit dem Leseverhalten in Ost und West beschäftigen.

In der zuerst genannten Allensbach-Studie erhält der geschlechterbezogene Einzelaspekt bereits in der Einleitung ein eigenes Kapitel „Die Beziehung der Frau zum Buch“ (Muth, 1993, S. 13), das deutlich erkennen lässt, welch starker Denktradition die Auswertung und Interpretation nüchterner Datenerhebungen noch verhaftet ist: „Mit seinen Thesen zur weiblichen Lektüre bekam bereits der Leipziger Bibliothekar Walter Hofmann Ärger. Sein Institut für Leser- und Schrifttumskunde hatte nämlich festgestellt, daß Frauen einen wesentlich anderen literarischen Geschmack haben als Männer. Aufgrund dieser Erkenntnis entwickelte er einen eigenen Katalog für Frauen, der nach weiblichen Interessen gegliedert war und damit konsequent von den üblichen bibliothekarischen Kategorien zum Mißvergnügen vieler Zunftgenossen abwich. Als der Autor dieser Einführung 40 Jahre später anhand demoskopischer Daten ebenso auf diese Abweichung hinwies und daraus einige Folgerungen ableitete, bezog er gleichfalls öffentliche Schelte (Muth, 1972). Doch neueste Untersuchungen bringen nichts anderes zutage: Bei der fiktionalen Literatur haben Frauen, bei der nonfictionalen Literatur Männer die Majorität. Ob man nach dem zuletzt gekauften, nach dem zuletzt gelesenen oder nach dem gewünschten Buch fragt - es zeichnet sich immer auf der einen Seite ein starkes Interesse für Ratgeber-, für Unterhaltungsliteratur und auch für religiöse Bücher ab, auf der anderen Seite geht die Tendenz zur Fachliteratur, zum Sachbuch, zum politischen Buch und zum harten Krimi.

Sicher schlägt sich darin auch ein Stück Lesergeschichte nieder. Von der bürgerlichen Gesellschaft auf die häusliche Rolle zurückgedrängt, konnten viele Frauen nur ‚aus zweiter Hand‘, durch literarische Vermittlung, am ‚wirklichen Leben‘ teilhaben. Das Erstaunliche ist, daß dieser ‚kleine Unterschied‘ auch in der emanzipierten Schicht nicht verschwindet. Lange Ausbildungswege beeinflussen zwar das Leseinteresse der Frau, jedoch nicht so, daß das typische weibliche Leseinteresse völlig

unterdrückt würde. Auch als Akademikerin ist die Leserin keine Zweitausgabe ihres männlichen Kollegen.“ (Muth, 1993, S. 13f.).

Bei der weiteren Auswertung gelingt es dem Autor schließlich, sich ein wenig von dieser Assoziationskette zu lösen, er bleibt allerdings beim traditionellen Vokabular: „Während Männer vor allem instrumentelle Leser sind, sind viele Frauen in ihre Lektüre buchstäblich verliebt, sie betrachten Bücher als das Schönste, was es gibt, und finden sich in dem oben dargestellten Partytest überwiegend in der Gruppe ein, in der über interessante Bücher gesprochen wird.

Schon Mädchen beschäftigen sich intensiver und hingebungsvoller als Jungen mit Büchern, sie sind auch empfänglicher für die elterliche ‚Verführung zum Lesen‘, aber auch in ihrer Lesefreude persistenter gegen eine weniger lesefreundliche Umwelt ...

Bücherlesen ist also auch geschlechtsspezifisch bestimmt. Es gibt in den vorliegenden Untersuchungen keinen Anhaltspunkt dafür, daß es sich dabei um einen bloß anerzogenen Unterschied handelt.“ (Muth, 1993, S. 14).

Diese Interpretation ist ein klassisches Beispiel dafür, wie wichtig es ist, dass objektives Datenmaterial künftig auch eine objektive Auswertung - einschließlich sachlicher Diktion - erhält und nicht so sehr dazu benutzt wird, interessengeleitete Verfestigungen zu bekräftigen.

Auch fällt bei der Untersuchung auf, dass die Kategorie Geschlecht beim Kauf, Schenken und Lesen von Büchern jeweils als Einzelkategorie erhoben wird, nicht jedoch durchgängig bei den Untersuchungen nach Alter, Bildungsgrad, Lesegewohnheiten u. a. Dies ist noch dem Zeitgeist geschuldet und erfolgt in jüngeren Untersuchungen durchaus differenzierter.

Die eingangs ebenfalls genannte, zweibändige Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zur Lesesozialisation erhebt die Kategorie Geschlecht bereits durchgängig und wertet sie auch in der Mehrzahl der Tabellen aus. Der erste Band über das Leseklima in der Familie widmet sich im Ergebnis-Überblick mit einem eigenen interpretierenden Kapitel der Geschlechterdifferenz im Leseverhalten. „Daß Bücher bei den Mädchen größeren Anklang finden als bei den Jungen, ist ein erwartbares Ergebnis: 61 Prozent der Mädchen lesen ausdrücklich gern, aber nur 43 Prozent der Jungen, außerdem lesen die Mädchen häufiger und auch durchschnittlich länger.“ (Hurrelmann, 1993, S. 51).



Unter der Überschrift ‚Geschlechtsspezifische Differenzen des Lesens: Systematische Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen‘ erfolgt eine mehrseitige Analyse der wichtigsten Forschungsergebnisse. Diese schließt mit der Feststellung: „Insgesamt läßt sich aber zeigen, daß die Varianz im Lesen bei Jungen und Mädchen, insbesondere im Hinblick auf die Häufigkeit der Lektüre, weder durch die Schule noch durch das Leseklima in der Familie vollständig erklärt wird. Wenn man also vorher-sagen will, ob ein Kind eher viel oder eher wenig liest, bleibt das Geschlecht einer der zuverlässigsten Prädiktoren.“ (Hurrelmann, 1993, S. 53).

Auch der zweite Band über Leseerfahrungen und Lesekarrieren beinhaltet ein eigenes Kapitel zur geschlechterspezifischen Auswertung, und auch er stellt zunächst fest: „Das ganze Untersuchungsmaterial durchzieht wie ein roter Faden der Unterschied zwischen männlichem und weiblichem Lesen und der Entwicklung männlicher und weiblicher Lesekarrieren. Die Beziehung von Frauen zu Büchern ist intensiver und bleibt auch während einer längeren Phase, in der weitgehend auf das Lesen verzichtet wird, lebendiger als bei Männern. ... Nicht nur in der vorliegenden Untersuchung, die sich auf spezielle Leser bzw. Nichtleser-Gruppen konzentrierte, sondern auch in Repräsentativuntersuchungen traten auffallende Unterschiede im Leseverhalten von Männern und Frauen zutage, ohne daß Indizien gefunden werden konnten, daß diese Unterschiede ausschließlich oder zumindest in erster Linie sozialisationsbedingt sind.“ (Köcher, 1993, S. 300).

Bei weitergehender Prüfung stellt sich jedoch heraus: „Die Langzeitanalyse, die allerdings nur für Westdeutschland durchgeführt werden kann, erbringt jedoch einen überraschenden Befund: Die signifikanten Unterschiede in der Leseintensität von Männern und Frauen, die in allen Repräsentativuntersuchungen der letzten Jahre bestätigt werden, haben sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet; noch Ende der 60er Jahre entsprach die Leseintensität von Frauen weitgehend der von Männern: ... Während allgemein davon ausgegangen wird, dass sich geschlechtsspezifische Unterschiede in allen Bereichen allmählich vermindern, gilt dies zumindest für das Leseverhalten nicht, da sich die Leseintensität von Frauen in den letzten Jahrzehnten weit überdurchschnittlich erhöht hat. Die Trendanalyse macht deutlich, daß der Anstieg des Leseinteresses in der gesamten Bevölkerung überwiegend auf das wachsende Interesse von Frauen an Büchern zurückgeht. ...

Es liegt nahe zu vermuten, daß der überproportionale Anstieg der Leseintensität bei Frauen darauf zurückzuführen ist, daß ihre Bildungschancen bis in die 60er Jahre

hinein deutlich schlechter waren und sie erst in den letzten Jahrzehnten bei den Bildungsabschlüssen mit Männern gleichgezogen haben. Nach wie vor korreliert Lesen hoch mit dem erreichten Bildungsabschluß; von den Frauen mit höherer Schulbildung lesen 58 Prozent kontinuierlich, von den Frauen mit einfacher Schulbildung 30 Prozent. Analysiert man jedoch die langfristige Entwicklung des Leseinteresses getrennt nach Bildungsgruppen, wird erkennbar, daß die Leseintensität von Frauen in allen Bildungsschichten angestiegen ist, sogar überdurchschnittlich bei Frauen mit einfacher Schulbildung. Unter Frauen mit höherer Schulbildung ist der Anteil regelmäßiger Leserinnen von 50 auf 58 Prozent angestiegen, unter Frauen mit einfacher Schulbildung von 20 auf 30 Prozent. Ganz anders verläuft die Entwicklung bei Männern. Zwar ist auch die Leseintensität von Männern langfristig gestiegen, hält man die Bildung konstant, wird jedoch deutlich, daß sich in den einzelnen Bildungsgruppen bei Männern die Leseintensität nicht erhöht hat.“ (Köcher, 1993, S. 301ff.).

Die daran anschließende recht differenzierte Ursachenforschung mündet in eine Hypothese: „In den letzten Jahrzehnten hat sich das Selbstverständnis und Selbstbewußtsein von Frauen tiefgreifend verändert. Entsprechend lautet unsere Hypothese zur Erklärung des überdurchschnittlichen Anstiegs der Leseintensität von Frauen, daß Frauen heute ihre Neigungen und Interessen selbstbewußter verteidigen als das früher der Fall war. ... Wenn die Hypothese zuträfe, ... liegt eine weitere Schlußfolgerung von beträchtlicher Tragweite nahe; danach würden sich durch die Emanzipation der Frau auf einigen Feldern geschlechtsspezifische Unterschiede verstärken, statt eingeebnet zu werden.“ (Köcher, 1993, S. 303f.).

Die Analyse zeigt, dass es sich stets empfiehlt, bei der Auswertung von Datenerhebungen auch kontextuelle Faktoren und Entwicklungslinien mit zu berücksichtigen.

In einer Rezension zu der Studie heißt es: „Namentlich die Männer haben seit den 60er Jahren Ansporn zu und Freude an intensiver Lektüre verloren. Die Frauen hingegen sind zu 42 Prozent bis heute häufige und intensive Leserinnen geblieben, und auch unter den Kindern finden sich ähnliche Quoten. Unter den Jugendlichen schwindet die Leseneigung beträchtlich, so daß sich als hartnäckige ‚Problemgruppe‘ für das Lesen männliche Jugendliche mit geringen Bildungschancen herausstellen, in deren Cliques das Lesen ohnehin hintansteht oder gar verpönt ist. Die Familie, zumal der Vater, führt ihnen zumeist kein selbstverständliches Lesevorbild vor. ...

Nach wie vor sind Geschlecht und Bildung die entscheidenden Faktoren, die über die Lesepensen und -freuden des Individuums nachweislich mitbefinden. Zwar haben

sich soziale Diskrepanzen in den letzten Jahren nivelliert, so daß sich immer wieder unvorhersehbare Entwicklungen und geradezu gegenläufige Haltungen und Gewohnheiten entdecken lassen, die eine monokausale, eindeutige Determination mittels weniger Faktoren verbieten, aber im jeweils proportionalen Kontext mit anderen erweisen sich die genannten Indikationskomplexe für das Lesen als immer noch signifikant.“ (Kübler, 1993, S. 10).

Die eingangs als dritte genannte Studie der Stiftung Lesen über das Leseverhalten in Deutschland 1992/93 erweist sich für den Gender-Aspekt als wenig ergiebig. Sie setzt andere Schwerpunkte, zum Beispiel das Leseverhalten in Öffentlichen Bibliotheken. Geschlechterspezifische Daten wurden erhoben, gelangten jedoch kaum in die Auswertung. Bei Auswertung zeigten sie eine eher unerklärliche Übereinstimmung zwischen Frauen und Männern. Einzige Erläuterung: „Sowohl für Männer als auch für Frauen gilt, daß die Lektüre spannend sein und einen packen und gefangen nehmen soll. Die Buch-bezogenen Erwartungen der Männer sind freilich etwas enger und eher kognitiv akzentuiert, während bei Frauen die affektiven und sozialen Erwartungen stärker ins Gewicht fallen.“ (Franzmann, 1993, S. 39).

Diese Studie hat ihre Verdienste zweifellos auf anderen Gebieten. Das bestätigt auch eine spätere Untersuchung: „Hingegen äußern sich in der neuen Studie der Stiftung Lesen von 1992/93 keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen, was den Umfang der Lektüre anbelangt. Dies trifft übrigens auch für die Studie ‚Massenkommunikation‘ und die ’97er Univox-Studie aus der Schweiz zu. Das Fehlen von geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Häufigkeit der Buchlektüre, nicht jedoch bezüglich der präferierten und genutzten Lesestoffe, steht im Gegensatz zu bisherigen Untersuchungen (s. z. B. Gilges 1992), etwa den Allensbacher-Befunden, nach denen Frauen mehr lesen als Männer. Nach Renate Köcher (1993, S. 300ff.) hat sich dieser ‚geschlechtsspezifische Unterschied jedoch erst seit den 60er Jahren deutlich herausgebildet ...

Zu fragen ist, ob sich hier eine Trendumkehr andeutet, oder ob andere, z. B. methodische Faktoren wie Frageformulierung etc. eine Rolle spielen könnten.“ (Bonfadelli, 1999, S. 117).

Diese letzte Annahme bestätigt sich durchgängig: In Fragestellung, Schwerpunktsetzung und Auswertung unterscheiden sich auch die Studien selbst, je nach dem, ob sie von Männern oder Frauen vorgenommen wurden.

In dieses Bild passt auch das ‚Lesebarometer‘, eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zum ‚Lesen und Umgang mit Büchern in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme zum Leseverhalten von Erwachsenen und Kindern‘ aus dem Jahr 1999. Die Herausgeberin Friederike Harmgarth untersucht den Gender-Aspekt und kommentiert ihn auch: „Die jüngste der hier vorgestellten Studien hat einmal mehr ergeben: Frauen lesen häufiger und intensiver als Männer (72 Prozent gegenüber 67 Prozent). Während 63 Prozent der Frauen angeben, ‚gern‘ oder sogar ‚sehr gern‘ zu lesen, sind es bei den Männern nur 47 Prozent. Umgekehrt lesen 20 Prozent der Männer ‚überhaupt nicht gern‘, während nur 13 Prozent der Frauen das von sich sagen ...

Dieser ‚Geschlechter-Effekt‘ zeigt sich in Deutschland - wie übrigens auch in fast allen anderen europäischen Ländern - seit vielen Jahren. Er zeichnet sich schon in den ersten kindlichen Lesejahren ab, nimmt während der Schulzeit zu und bleibt auch im Erwachsenenalter bestehen. Zwei wesentliche Gründe werden für diesen Unterschied zwischen den Geschlechtern angeführt ... : Zum einen beherrschen Mädchen die Technik des Lesens früher und besser als Jungen; zum anderen werden die unterschiedlichen Rollenbilder bei der Erziehung von Mädchen und Jungen verantwortlich gemacht ...“ (Harmgarth, 1999, S. 17). Es folgt eine differenzierte Auswertung der Erhebungen zum Leseverhalten erwachsener Männer und Frauen, zum Leseverhalten von Jungen und Mädchen nach Altersstufen, sowie der Rolle der Mütter und Väter bei der Lesesozialisation.

Die jüngsten Studien zum Mediennutzungsverhalten - und damit die aktuellen Erkenntnisse - werden ab Kapitel 5.2 untersucht.

### 5.1.2 Geschlecht als Thema

Nach dieser Prüfung eher historischer Quellen, die sich im Rahmen ihrer empirischen Forschung zum Lese- und Mediennutzungsverhalten in ihren Auswertungskategorien unter anderem auch mit dem geschlechterspezifischen Nutzungsverhalten beschäftigen, soll hier eine kurze Wertung derjenigen Publikationen folgen, die sich monografisch mit dem Einzelaspekt Mediennutzung nach Geschlecht befassen.

Die Anzahl dieser Publikationen ist überschaubar, hat allerdings im Kontext des aktuellen Gender-Diskurses sowie infolge der Studien aus dem ‚Programme for International Student Assessment‘ PISA zugenommen. Dazu Kapitel 5.2.

Eine eigens der ‚geschlechtsspezifischen Nutzung von Büchern bei Kindern und Erwachsenen‘ gewidmete Untersuchung aus dem Jahr 1992 mit dem Titel ‚Lesewelten‘ wertet zwei Allensbach-Studien aus. Die Analyse folgt einem umfassenden Forschungsansatz und geht interdisziplinär vor. Sie betreibt ausführliche Ursachendiskussion und entwirft ein ‚Modell des Leseverhaltens‘.

In ihrer abschließenden Betrachtung kommt die Autorin zu dem Fazit: „In Anlehnung an den Begriff der Lebenswelt wird unter ‚Lesewelt‘ die Basis für die Erkenntnisse und das Wissen, die aus dem Lesen gezogen werden, verstanden. Sie sind der Boden für die Erfahrungen mit der Welt der Bücher. Die vorliegende Arbeit konnte zeigen, daß nicht nur eine Lesewelt, sondern mehrere ‚Lesewelten‘ existieren, insbesondere für die verschiedenen Geschlechter, Altersgruppen oder Lebensphasen. Entscheidend ist, daß diese Lesewelten in Zusammenhang mit den sozial-strukturellen Bedingungen und dem historisch-gesellschaftlichen Kontext stehen, die den Rahmen für das Leseverhalten abgeben. ... Als Resümee läßt sich festhalten, daß die Lesewelten niemals losgelöst vom biographischen, individuellen und historisch-gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden sollten. Sie werden somit auch durch die ‚Lebenswelten‘ bestimmt.“ (Gilges, 1992, S. 180f.).

Diese Begründungszusammenhänge werden auch im Ausblick nochmals deutlich: „Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zeigen somit zwar, daß sich die Nutzung von Büchern geschlechtsspezifisch unterschied und diese Differenzen nicht durch Einflüsse von intervenierenden Variablen aufgehoben wurden, daß jedoch Annäherungsprozesse durch eine qualifizierte Schulbildung stattfanden. Ein höheres Bildungsniveau führt demnach vor allem zu einer Verbreiterung der Leseinteressen. ...

Betrachtet man die Funktionen des Lesens für Männer und Frauen ‚insgesamt‘ im Zeitverlauf, zeigten sich 1988 die größten Differenzen. Frauen lasen, wenn sie Bücher einseitig verwendeten, immer häufiger zur Unterhaltung, Männer hingegen seltener, wobei Männer zur Unterhaltung wohl immer mehr das Fernsehen nutzen.

Die aufgezeigten geschlechtsspezifischen Unterschiede müßten auch in der Erziehung berücksichtigt werden. Denn meine Untersuchung ergab, daß im Elternhaus entscheidende Ausgangsbedingungen für das spätere Leseverhalten geschaffen werden. Wurden die Kinder schon früh zum Lesen angeregt, resultierte daraus eine positive Beziehung zu Büchern und eine qualifizierte Buchnutzung. Da Jungen eine geringere Lesefreude, Leseausdauer und größere Leseschwierigkeiten besitzen, außerdem eher zu bildhaften Medien wie dem Fernsehen und Comics neigen, müßten sich

die Eltern ihnen besonders intensiv widmen. Eigentlich müßten es nicht die Mädchen sein, die stärker zum Lesen ‚verführt‘ werden, sondern es sollten vielmehr die Jungen sein, die zum Lesen durch schöne Bücher, gemeinsame Besuche von Buchhandlungen und Büchereien angeregt werden sollten.“ (Gilges, 1992, S. 184).

Im Jahr 2007 greift ein Medienforscher und Pädagogik-Professor die Thematik auf und äußert sich im ‚Börsenblatt - Wochenmagazin für den Deutschen Buchhandel‘ zu einer „Kölner Lesestudie von Christine Garbe aus dem Jahr 1993“ (Kaminski, 2007, S. 24).

Die Studie mit dem Titel ‚Frauen lesen‘ enthält „Untersuchungen und Fallgeschichten zur ‚weiblichen Lektürepraxis‘ und zur literarischen Sozialisation von Studentinnen“ (Garbe, 1993, S. 1) und stellt fest, dass die Leseforschung bis vor kurzem mit einer Nomenklatur gearbeitet hat, „die nach Alter, familialer Herkunft oder Schulbildung fragte, nur selten aber nach dem Geschlecht. Wo sie es dennoch tat, stellte sich schnell heraus: ‚Der Leser‘ ist in Wirklichkeit eine Leserin.“ (Garbe, 1993, S. 4). Theoretisch und empirisch nähert sich die Untersuchung dem Phänomen der weiblichen Lektüre, und in dieser noch seltenen geschlechterdifferenzierenden Analytik liegt auch ihr Verdienst.

Der Pädagogik-Professor Kaminski zieht daraus seine ganz individuellen Schlüsse.

Die Autorin der Studie „hat zu bedenken gegeben, dass die Leseforschung sich ihres ‚treuen Objektes‘ unsicher geworden sei. Was bisher selbstverständlich als der Leser benannt wurde, erweist sich immer mehr als Leserin: Das literarische Publikum ist überwiegend weiblich.“ (Kaminski, 2007, S. 26).

Der Rezensent liefert Erklärungsmodelle aus biologischer, kulturhistorischer, sozialisationstheoretischer und psychoanalytischer Sicht und gelangt zu dem Schluss: „Bringen wir diese Konzepte mit dem Leseverhalten in Zusammenhang, ergibt sich daraus, dass die literarische Kommunikation von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern unterschiedlich ausfallen muss. ...

Wir gelangen erneut zu der paradoxen Aussage: Der Leser ist weiblich. Aber Sinn macht dieser Satz erst, wenn wir mitbedenken, dass die eben genannten Strukturmerkmale weiblicher und männlicher Identitätsbildung nicht identisch sind mit realen Sozialisationsverläufen. Es lassen sich sehr wohl Merkmale ‚weiblicher‘ Identität bei Männern finden und entsprechend ‚männliche‘ Leseweisen bei Frauen. Lesen hat weibliche Qualitäten nicht im biologischen Sinne, sondern allein - dem englischen

Wort ‚gender‘ entsprechend - durch seine soziale Präformierung. Deshalb: Tough guys don't read oder auf deutsch: Echte Kerle lesen nicht!“ (Kaminski, 2007, S. 26). Eben dies haben zunehmend auch die Zeitungen und Zeitschriften für Politik und Wirtschaft festgestellt. So meldete ‚Der Spiegel‘: „Ansonsten sind Frauen für ‚Frankfurter Allgemeine‘, ‚Welt‘ und ‚Financial Times Deutschland‘ wie Afrika. Jeder weiß, dass der Kontinent existiert. Trotzdem spielt er kaum eine Rolle.

Doch in den Chefetagen der Verlage hat sich längst herumgesprochen, dass es so nicht weitergehen kann. Das hat nichts mit schlechtem Gewissen zu tun, sondern mit schlechter Auflage.

Die Zeitungsleser sind auf der Flucht. Allein im vergangenen Jahr haben die deutschen Zeitungsverlage rund 400.000 Abonnenten und Käufer verloren. Der Negativtrend ist seit 1993 ungebrochen und bescherte den Zeitungen einen Auflagenverlust von mehr als sechs Millionen verkaufter Exemplare - mehr als ein Fünftel. Die Auflagen bröckeln nicht, sie sind im freien Fall.

Erst dachten die Verlagsmanager, das gehe von allein vorbei. Doch das erwies sich als falsch. Dann setzten sie auf die Jungen. Die interessierte das wenig. Und jetzt ziehen viele Verlage ihre letzte Karte - sie robben sich an die Frauen heran.“ (Bonstein/Brauck, 2006, S. 98).

Die Verleger stellen sich darauf ein, dass „Frauen in der Berichterstattung mehr Fairness erwarten“, „Zynismus und Häme müssen nicht sein“, ebenso wenig „martialische Kampfbegriffe“ und „protzige Unternehmensinsignien“ (Bonstein/Brauck, 2006, S. 100).

Als die Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ Titelgeschichten brachte, „die sich mit dem Rollenbild von Frauen und Männern befassten“, wurden sie „zu den meistverkauften Titeln des Jahres“ (Bonstein/Brauck, 2006, S. 99).

Wenn sich diese Erkenntnis durchsetzt, wird wohl auch die Zahl der Publikationen, die sich gezielt mit der Gender-Thematik im Mediennutzungsverhalten befasst, künftig steigen.

## 5.2 Mediennutzung nach Geschlecht und Alter

Nach der bisherigen, eher cursorischen Auswertung historischer und monografischer Publikationen und Studien zum Lese- und Mediennutzungsverhalten der Geschlechter, soll im Folgenden eine differenziertere Positionsbestimmung aus derzeit ver-

bindlichen Quellen erfolgen, als Grundlagenermittlung für eine künftige genderbewusste Medienpolitik.

Da neben Familiensozialisation und Bildungsgrad die Altersstufen besonderen Einfluss auf das Mediennutzungsinteresse haben, werden sie in den Studien häufig als vorrangiges Strukturierungskriterium verwendet.

Initiierend für neuere Untersuchungen zu Mediennutzung und Lesekompetenz hat sich vor allem die PISA-Studie aus dem Jahr 2000 erwiesen. Ihre aufrüttelnden Ergebnisse zur Leseleistung deutscher Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich führten zu zahlreichen strukturreformerischen Überlegungen wie auch zu verifizierenden Einzelanalysen.

Da die Datenerhebung auf die Gruppe der fünfzehnjährigen Jugendlichen eingeschränkt war, sollen ihre Aussagen im Kontext von Kapitel 5.2.2 untersucht werden.

### 5.2.1 Kinder

Unter dem Eindruck von PISA und angesichts der wachsenden Durchdringung der Haushaltsausstattungen mit Geräten der Unterhaltungselektronik erfährt die Mediennutzung der Kinder zunehmende Beachtung. Eltern und Pädagogen werden sensibilisiert, der Medienerziehung erhöhte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Seit 1999 untersucht die Studienreihe KIM (Kinder und Medien) den Medienumgang sechs- bis dreizehnjähriger Kinder in Deutschland. Die repräsentative Langzeitstudie ist ein Forschungsprojekt des ‚Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest‘. Besondere Aussagekraft erhält die Studie durch die Einbeziehung der Eltern in die Befragung, wie auch durch die kontinuierliche geschlechterspezifische Differenzierung bei nahezu allen Fragestellungen.

Themen der KIM-Studie 2006:

- Themeninteressen
- Medienausstattung
- Freizeitaktivitäten
- Medienbindung
- Medienfunktionen
- Fernsehen
- Radio und MP3



- Computer
- Lernprogramme
- Internet/Chat
- Handynutzung

Bei den achtzehn vorgegebenen Themeninteressen haben Freundschaft, Freunde, Freundeskreis oberste Priorität. Bücher und Lesen nehmen Rang 15 ein.

„Mädchen und Jungen unterscheiden sich in einigen Punkten hinsichtlich ihrer Präferenzen. Jungen finden mehr Gefallen an Sport, Computer, Computerspielen, Internet, Autos und Technik. Tiere, Musik, Stars, Schule, Mode, Umwelt und Bücher sind dagegen eindeutige Mädchenthemen. Ein vergleichbares Interesse zeigen Jungen wie Mädchen an den Themen ‚Freundschaft‘, ‚Handy‘, ‚Kino/Filme‘ und ‚fremde Länder‘.“ (Kutteroff, 2007, S. 5).

Bücher und Lesen für sehr interessant halten 24 % der Mädchen und 7 % der Jungen (vgl. Kutteroff, 2007, S. 6).

Die technische Ausstattung der befragten Haushalte wird als sehr gut eingestuft. Die geschlechterdifferenzierte Auswertung zum Gerätebesitz der Kinder ergibt nahezu durchgängig eine höhere Ausstattungsrate bei den Jungen.

Bei den Freizeitaktivitäten ist das Fernsehen die häufigste Tätigkeit, nahezu gleichauf mit Hausaufgaben und Lernen. Hohe Priorität auch hier: Freunde treffen, draußen und drinnen spielen. Von 31 vorgegebenen Aktivitäten findet sich das Bücherlesen auf Rang 16 und der hier eigens ausgewiesene Bibliotheksbesuch auf Rang 28, vor Kinobesuch, Foto- und Videoherstellung. „Bei den Freizeitaktivitäten unterscheiden sich Jungen und Mädchen in einigen Punkten: Jungen nutzen häufiger Computer und Videospiele, treiben mehr Sport und lesen mehr Comics. Mädchen dagegen widmen sich häufiger kreativen Tätigkeiten, musizieren, beschäftigen sich mehr mit Tieren und lesen häufiger Bücher.“ (Kutteroff, 2007, S. 11).

Bezieht sich die Fragestellung nicht auf Häufigkeit und Dauer, so werden die bereits hervorgetretenen Präferenzen von Jungen und Mädchen auch bei den Lieblingsbeschäftigungen bestätigt: „Jungen treffen sich lieber mit Freunden, spielen lieber draußen, treiben häufiger Sport und nennen die Computernutzung als liebste Freizeitaktivität. Entsprechend interessieren sich auch mehr Jungen für Computerspiele und den Gameboy. Einigkeit besteht beim Fernsehen, das für Jungen und Mädchen

die gleiche Bedeutung hat. Mädchen beschäftigen sich lieber mit Tieren und wählen kreative Tätigkeiten.“ (Kutteroff, 2007, S. 12).

Bei der speziellen Frage nach der Bedeutung von Büchern und Lesen ergibt die Studie, dass sich das Lesen als Freizeitbeschäftigung trotz des immer leichteren Zuganges zu elektronischen Medien über die Jahre relativ gut behaupten konnte. „Aktuell lesen 49 Prozent der Kinder zumindest einmal pro Woche in einem Buch (2000: 40 %, 2003: 57 %). Jeden oder fast jeden Tag greifen 14 Prozent zu einem Buch (2000: 15 %, 2003: 13 %).

Knapp die Hälfte der Kinder liest gerne oder sehr gerne Bücher, ein Drittel liest eher ungern. Dabei verbringen Mädchen deutlich lieber ihre Freizeit mit Büchern als Jungen: Während jedes vierte Mädchen sehr gerne liest, kann dies nur jeder vierzehnte Junge von sich behaupten. Der Anteil der Nicht-Leser hat sich von sieben Prozent in 2005 auf aktuell 14 Prozent verdoppelt.“ (Kutteroff, 2007, S. 27).

Ob sich das grundsätzliche Interesse am Lesen auch im alltäglichen Leseverhalten niederschlägt, soll die Frage nach dem aktuell gelesenen Buch klären. „Demnach lesen 44 Prozent der Kinder, die zumindest selten lesen, gerade ein Buch, Mädchen (54 %) deutlich häufiger als Jungen (35 %).“ (Kutteroff, 2007, S. 28).

Ihre eigentliche Aussagekraft erhalten diese Ermittlungen im Zusammenhang und im Vergleich mit der Computernutzung durch Kinder. Computer und Internet gehören mittlerweile ganz selbstverständlich zu ihrem Alltag. „Aktuell zählen 81 Prozent aller Sechs- bis 13Jährigen zum Kreis derer, die bereits Erfahrung mit dem Computer gesammelt haben, wobei der Anteil der Jungen mit 85 Prozent neun Prozentpunkte über dem der Mädchen liegt. Bei den Sechs- bis Siebenjährigen zählen 57 Prozent zu den Computernutzern, dieser Anteil steigt mit zunehmendem Alter der Kinder schnell auf über 90 Prozent an. Im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung zeigt sich insgesamt ein Anstieg um fünf Prozentpunkte, der zwar fast ausschließlich auf das Konto der Jungen geht, gleichzeitig aber über alle Altersgruppen hin zu beobachten ist.“ (Kutteroff, 2007, S. 29). Zu den intensiven Nutzern zählt ein Drittel der Jungen gegenüber einem Viertel der Mädchen.

Den Umgang mit dem Computer lernen die Kinder zu 67 Prozent von ihren Vätern, zu 40 Prozent von ihren Müttern. Freunde, Geschwister und Lehrer spielen eine geringere Rolle. „Geschlechtsspezifisch zeigt sich nur eine Auffälligkeit - Mädchen (45 %) lernen häufiger von ihren Müttern als Jungen (35 %).“ (Kutteroff, 2007, S. 31).

In Familien mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1500 Euro, also häufig bei Alleinerziehenden, spielen Mütter und Schulen für den Computerumgang der Kinder eine wesentlich wichtigere Rolle.

Auch unterliegt die Computernutzung der Kinder dem Reglement durch die Eltern, wobei die Restriktionen mit zunehmendem Alter der Kinder schrittweise abnehmen.

„Häufiger als Jungen nutzen Mädchen den Computer als Lerninstrument oder für schulische Zwecke, sie schreiben mehr Texte und malen bzw. zeichnen häufiger. Computerspiele hingegen werden - ob alleine oder gemeinsam mit anderen - sehr viel intensiver von Jungen gespielt.“ (Kutteroff, 2007, S. 32).

Auch die Nutzung des Internet wird den Kindern zunehmend vertraut. Bei den Acht- bis Neunjährigen sind es 46 Prozent, bei den ab Zehnjährigen über 80 Prozent, die das Internet nutzen, Mädchen und Jungen gleichermaßen. Bei Fragen und Problemen sind auch hier die Eltern erste Ansprechpartner, die Väter zu 64 Prozent, Mütter zu 39 Prozent.

„Interessantes Detail: Jungen wenden sich bei Problemen nach den Vätern (63 %) zunächst an Freunde (37 %) und erst dann an ihre Mütter (33 %), bei Mädchen liegen die Eltern (Väter: 66 %, Mütter: 46 %) deutlich vor den Freunden (29 %).“ (Kutteroff, 2007, S. 42).

Die unterschiedlichen Interessen von Jungen und Mädchen zeigen sich auch bei der Nutzung von Online-Diensten. Mädchen suchen verstärkt nach Informationen für die Schule und sind im kommunikativen Bereich aktiver, also Chatten, E-Mail, Newsgroups. Jungen nutzen vorrangig Online-Spiele und laden häufiger Spiele-, Musik- und andere Dateien aus dem Internet.

Zusammenfassend kommt die Studie zu den folgenden genderspezifischen Kernaussagen: „Eine Analyse nach Geschlecht zeigt, dass Jungen und Mädchen nennenswerte Unterschiede nur beim Lesen (Jungen: 17 Min., Mädchen: 26 Min.) und bei der Computernutzung (Jungen: 48 Min., Mädchen: 33 Min.) aufweisen. Im Altersverlauf der Kinder steigen die Nutzungswerte für Fernseher, Computer und Internet deutlich an, für Radio und Bücherlesen bleiben sie weitgehend stabil.“ (Kutteroff, 2007, S. 58).

Nach Ansicht der Haupterzieher hat das Bücherlesen nach wie vor einen besonders hohen pädagogischen Stellenwert. „Vor allem mit Fernseher, Computerspielen und Computern allgemein, aber auch mit dem MP3-Player verbringen die Kinder in der Wahrnehmung der Haupterzieher zu viel Zeit. Zu wenig Zeit wird vor allem Büchern

gewidmet, einige Befragte sind der Ansicht, dass ihre Kinder mehr Radio hören und häufiger das Internet nutzen könnten.“ (Kutteroff, 2007, S. 61).

Durchgängig ermittelt die Studie die Bedeutung des familiären Umfeldes für die Mediennutzung der Kinder und unterstreicht damit die Vorbildfunktion der Eltern. Neben diesen sieht sie „auch die klassischen Bildungsträger gefragt, die Auseinandersetzung mit dem breitgefächerten Medienangebot zum festen Lehrprogramm zu machen. Kinder für die digitale Welt stark und kompetent zu machen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gemeinsam gelingen kann.“ (Kutteroff, 2007, S. 67). Neben den Schulen sind hierbei die Öffentlichen Bibliotheken angesprochen und gefordert.

### 5.2.2 Jugendliche

Wesentlich breitere Aufmerksamkeit als das Kindesalter erfährt das Lese- und Mediennutzungsverhalten der Jugendlichen. Zwar gilt diese Altersgruppe traditionell als schwer erreichbar für die Ziele der Leseförderung, doch erst die PISA-Studien machten Bildungsdefizite auf plakative Weise deutlich, im internationalen, nationalen und regionalen wie auch geschlechterspezifischen Vergleich.

Das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD vorgelegte ‚Programme for International Student Assessment‘ PISA ist ein Programm zur zyklischen Erfassung basaler Kompetenzen der nachwachsenden Generation. Hiermit sollen den OECD-Mitgliedsstaaten vergleichende Daten über die Ressourcenausstattung, individuelle Nutzung sowie Funktions- und Leistungsfähigkeit ihrer Bildungssysteme zur Verfügung gestellt werden. Die Indikatoren beziehen sich - in priorisierender Reihenfolge - auf die Bereiche Lesekompetenz (im Jahr 2000), mathematische Grundbildung (im Jahr 2003), naturwissenschaftliche Grundbildung (im Jahr 2006), sowie fächerübergreifende Kompetenzen, wie zum Beispiel selbstreguliertes Lernen und Vertrautheit mit Computern. Zielpopulation sind fünfzehnjährige Schülerinnen und Schüler, die noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Dass die Studien mit der Untersuchung der Lesekompetenz beginnen, begründet sich in der Überzeugung, dass die Lesefähigkeit die Basis- und Schlüsselqualifikation für alle weiteren kognitiven Fähigkeiten darstellt.

Vor dem Hintergrund dieser Kenntnis erzielt Deutschland Rang 21 von 32 teilnehmenden Staaten und ist schockiert.

Auswertende Studien, zum Beispiel des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung, kommen zu folgenden Ergebnissen:

- Auf der Gesamtskala im Lesen liegt der Mittelwert der 15-Jährigen in Deutschland bei 484 Punkten und damit 16 Punkte unter dem OECD-Mittelwert.
- Die durchschnittliche Lesekompetenz deutscher Schülerinnen und Schüler liegt an der Grenze zwischen Kompetenzstufe II und III (auf einer Gesamtskala I bis V).
- Der Abstand zur internationalen Spitzengruppe ist mit etwa einer halben Standardabweichung beträchtlich.
- Im Vergleich der Subskalen zeigt sich weiterhin, dass die Differenz vor allem beim Reflektieren und Bewerten groß ist: Hier erreichen deutsche Schülerinnen und Schüler im Durchschnitt 24 Punkte weniger als die 15-Jährigen in den OECD-Teilnehmerstaaten insgesamt (vgl. Artelt, 2001, S. 14).

Neben diesen Mittelwertunterschieden fällt insbesondere die Streuung der Leseleistungen auf:

- Der Leistungsabstand zwischen den 5 Prozent leistungsschwächsten und den 5 Prozent leistungsstärksten Schülerinnen und Schülern ist in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern am größten. Der von den 5 Prozent leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern maximal erreichte Testwert liegt in Deutschland 366 Punkte unter dem Ergebnis, das von den 5 Prozent besten Schülerinnen und Schülern mindestens erreicht wird. Dieser Abstand ist um 38 Punkte größer als die über alle OECD-Teilnehmerstaaten gemittelte Differenz.
- Damit liegen die Leistungen dieser Schülergruppen in Deutschland mehr als eine halbe Kompetenzstufe weiter auseinander als im Durchschnitt der OECD-Teilnehmerstaaten (vgl. Artelt, 2001, S. 14).

Da Deutschland insgesamt nur auf Rang 21 liegt, ist der Anteil der Leistungsschwachen also besonders auffällig: Während im Durchschnitt aller OECD-Mitgliedsstaaten 6 Prozent der Schülerinnen und Schüler den Anforderungen der Kompetenzstufe I nicht gewachsen sind, liegt der Anteil in Deutschland bei fast 10 Prozent.

- Ein Vergleich der Befunde für die drei Subskalen im Bereich Lesen zeigt, dass Schülerinnen und Schüler in Deutschland insbesondere bei den Aufgaben relative Schwächen aufweisen, die das Reflektieren und Bewerten von Texten erfordern.

- Weitere 13 Prozent der in Deutschland erfassten Schülerinnen und Schüler befinden sich auf Kompetenzstufe I. Damit sind insgesamt fast 23 Prozent der Jugendlichen nur fähig, auf einem elementaren Niveau zu lesen. Im Hinblick auf selbstständiges Lesen und Weiterlernen ist diese Gruppe insgesamt als potenzielle Risikogruppe zu betrachten.
- Fazit: Mit etwa 20 Prozent des Altersjahrgangs ist der Anteil schwacher und schwächster Leser in Deutschland ungewöhnlich groß (vgl. Artelt, 2001, S. 16).

Diese Länderunterschiede sind nicht monokausal zu erklären, sondern hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab. Bemerkenswert ist allerdings folgende Feststellung:

- Während beispielsweise in Deutschland eine Korrelation mittlerer Höhe zwischen der Zeit, die 15-Jährige täglich mit Lesen verbringen, und ihren Leistungen zu verzeichnen ist, ist der Zusammenhang in anderen Ländern schwächer.
- Beim Vergleich ähnlicher Länder zeigt sich, dass der Anteil der 15-Jährigen, die angeben, überhaupt nicht zum Vergnügen zu lesen, in Deutschland bei 42 Prozent liegt und von keinem anderen Land übertroffen wird (vgl. Artelt, 2001, S. 17).

„Der wichtigste Befund dieser Analyse ist, dass Lernstrategiewissen, Decodierfähigkeit und Leseinteresse neben der kognitiven Grundfähigkeit einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung interindividueller Unterschiede in der Lesekompetenz leisten. Da mit gutem Grund angenommen werden kann, dass die drei genannten Faktoren pädagogisch beeinflussbar sind, geben die Ergebnisse Hinweise für Fördermaßnahmen.“ (Artelt, 2001, S. 18).

Insgesamt hat Deutschland bei den folgenden PISA-Studien mit den Schwerpunkten Mathematik und Naturwissenschaften einen mittleren Rang belegt und bei der fächerübergreifenden Kompetenz Problemlösen sogar eine signifikant über dem OECD-Durchschnitt liegende Platzierung erreicht. Auch die Lesekompetenz hat sich ein wenig, jedoch nicht signifikant, verbessert. Sie bleibt vorrangiges Handlungserfordernis.

Des Weiteren haben die Ergebnisse der internationalen Vergleichsuntersuchungen auch einen Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und spezifischen Interessen und Kompetenzen aufgedeckt. „Die PISA-Studie hat bei der Lesekompetenz und der mathematischen Grundbildung signifikante Unterschiede über die Ländergrenzen hinweg festgestellt ... Während Mädchen im Allgemeinen über eine höhere Lesekompetenz verfügen, erzielen Jungen auf mathematischer Ebene bessere Ergebnisse,

auch wenn ihre Überlegenheit dort nicht so deutlich ausfällt wie die der Mädchen beim Lesen. Im naturwissenschaftlichen Bereich hat sich entgegen früherer Studien (TIMSS) kein Vorsprung gezeigt.“ (Schnöbel, um 2001, S. 1).

Die PISA-Studien haben also für Deutschland zwei nachhaltige Erkenntnisse hervorgebracht: Die Lesefähigkeit der Jugendlichen liegt unter dem internationalen Durchschnitt, und hier insbesondere die der männlichen Jugendlichen.

Unabhängig von der Platzierung der Länder zeigt sich die Geschlechterspezifität als international durchgängiges Merkmal: Mädchen lesen anders, sie lesen anderes, und sie lesen besser als Jungen - in allen 32 getesteten Staaten.

Die Studien selbst haben bewusst keine Ursachenforschung betrieben, mit ihren unerwarteten und aufrüttelnden Ergebnissen jedoch eine Reihe von Untersuchungen, Analysen und Maßnahmenkatalogen nach sich gezogen, deren Fokus nun auch verstärkt auf die Geschlechterspezifität gerichtet wird.

Die Lesedefizite der männlichen Jugendlichen im Blick, erfolgen Zuweisungen wie ‚Risikogruppe‘, ‚Sorgenkinder‘, ‚Schulversager‘, ‚Amokläufer‘, ‚Monster mit Milchgesichtern‘ oder auch ‚kleine Helden in Not‘ und ‚arme Jungs‘ (vgl. Daubert, 2003, S. 3f.).

Die durch die PISA-Studien ausgelöste Debatte hat das Problembewusstsein geschärft, sodass nachfolgende Studien nicht mehr umhin kommen, die Bedeutung der Leseförderung einerseits sowie die Geschlechterspezifität andererseits zum Untersuchungsgegenstand zu machen und diese einer zunehmend differenzierten Betrachtung zu unterziehen.

So widmet die seit 1953 ‚15. Shell Jugendstudie Jugend 2006‘ zwar ihr Hauptaugenmerk dem demografischen Wandel, berücksichtigt bei Erhebungen, Auswertungen und Interviews jedoch meist auch die geschlechterbezogene Sicht. Der Studie, die das Jugendalter zwischen 12 und 25 Jahren definiert, sind knappe, äußerst prägnante Kernaussagen vorangestellt, auch zur Geschlechterspezifität. „Junge Frauen sind heute eine durchsetzungswillige und leistungsstarke Generation, die Gleichberechtigung fordert und sich - ganz pragmatisch - nicht mehr in lange Grundsatzdebatten verstrickt. ...

Im Gegensatz zu Mädchen reagieren Jungen bei Alltagsbelastungen deshalb häufig mit externalisierenden Verhaltensweisen. Sie tragen ihre Überforderung aus sich heraus und signalisieren durch Unruhe, Aktivismus, Aggressivität und erhöhten Dro-

genkonsum innere Spannungen. ... Deshalb ist ihr Weg zur Neudefinition ihrer Geschlechtsrolle möglicherweise noch lang.“ (Hurrelmann, 2006, S. 37f.).

Über die bekannten Shell Jugendstudien hinaus konzentrieren sich spezialisierte Untersuchungen auf das Mediennutzungsverhalten, so zum Beispiel die jährlichen JIM-Studien. Unter dem Titel ‚Jugend, Information, (Multi-)Media‘ erstellt der ‚Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest‘ seit 1998 regelmäßig Basisstudien zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland.

Da die JIM-Studien in ihrer Grundkonzeption den KIM-Studien für das Kindesalter entsprechen, die bereits in Kapitel 5.2.1 ausgewertet wurden, sollen im Folgenden lediglich diejenigen Aussagen einer näheren Betrachtung unterzogen werden, die profilierte Erkenntnisse über Leseverhalten und Geschlechterdifferenz vermitteln sowie zu diesen Schwerpunktaspekten Entwicklungsunterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen.

Für das Jahr 2006 stellt die Studie eingangs fest: „Das Freizeitverhalten der 12- bis 19-Jährigen ist - lässt man die Mediennutzung außen vor - seit Jahren sehr stabil.“ (Kutteroff, 2006, S. 6). In diesem Zusammenhang erhält auch die Bibliotheksnutzung jeweils eine eigene Auswertung. Der Bibliotheksbesuch gehört also, wenn auch nicht zu den Favoriten, so doch zu den selbstverständlichen und regelmäßigen Freizeitaktivitäten, gleichermaßen für Jungen wie Mädchen.

Erhebliche geschlechterspezifische Unterschiede gibt es allerdings im privaten Mediennutzungsverhalten. „Entsprechend der höheren Ausstattung nutzen Jungen und junge Männer Computer und auch das Internet häufiger, vor allem aber Computer- und Konsolenspiele, die eine Domäne der Jungen sind. Fünfmal soviel Jungen wie Mädchen spielen regelmäßig mit der Spielkonsole am Fernseher oder am Computer. Mädchen bevorzugen dagegen Musikmedien, mit Ausnahme des MP3-Players, den Jungen häufiger nutzen. Ansonsten zeigen sich nur geringe Unterschiede: Mädchen sehen etwas häufiger fern, Jungen lesen öfter Zeitungen und Zeitschriften.“ (Kutteroff, 2006, S. 12f.).

Die Affinität männlicher Jugendlicher zu Computer, Internet und Computerspielen zieht sich mit konstanter Deutlichkeit durch die gesamte Studie.

Ein eigenes Kapitel ist dem Lesen gewidmet: „Das Lesen von Büchern in der Freizeit ist bei Jugendlichen entgegen anderslautender Befürchtungen noch immer weit verbreitet. 40 Prozent geben an, täglich oder mehrmals pro Woche zum Buch zu greifen



- fast die Hälfte der Mädchen, aber nur ein Drittel der Jungen.“ (Kutteroff, 2006, S. 21). Mit zunehmendem Alter nimmt die Lesehäufigkeit ab.

Deutlich aufgezeigt wird auch die Abhängigkeit des Leseverhaltens von der Schulbildung: Gymnasiasten lesen mehr, häufiger und eher freiwillig als Hauptschüler. „Während die Hälfte der Gymnasiasten zu den regelmäßigen Lesern zählt, sind es bei den Hauptschülern nur 30 Prozent. Auch ist der Anteil der Nicht-Leser bei Hauptschülern am höchsten.“ (Kutteroff, 2006, S. 57).

Dass sich die Studie insgesamt vorrangig mit Nicht-Print-Medien beschäftigt, versteht sich von selbst. Sie gibt ein differenziertes Bild vom Nutzungsverhalten Jugendlicher im Hinblick auf Fernsehen, Radio, Computer und Computerspiele, MP3-Player und Handy und belegt somit, „wie wichtig der Aspekt der Medienpädagogik und die Vermittlung von Medienkompetenz ist. Die vorliegende Studie bietet hierzu grundlegende Daten zur Versachlichung der Diskussion und für die Planung medienpädagogischer Maßnahmen und Projekte.“ (Kutteroff, 2006, S. 59).

Ausgehend vom Datenmaterial der Studien gibt es diverse weitergehende Analysen: in größerer Zahl zu Leseverhalten und Leseförderung und in noch recht geringer Zahl zum geschlechterdifferenzierten Leseverhalten.

Beachtung verdienen daher die komprimierten Ausführungen der Professorin für Deutsche Sprache und Literatur, Christine Garbe, aus dem Jahr 2003. Sie nimmt die geschlechterbezogenen Passagen der PISA-Studie zum Anlass für interdisziplinäre Erklärungsmodelle aus der Lesesozialisationsforschung, der Entwicklungspsychologie und der psychoanalytischen Forschung, der Linguistik und Kognitionspsychologie. Mit der Erkenntnis ‚Mädchen lesen ander(e)s‘ und der Forderung ‚Alle Mann ans Buch‘ plädiert sie für weitergehende geschlechterdifferenzierte Analysen als Grundlage und zur Versachlichung einer geschlechtergerechten Leseförderung.

Deutlich herausgearbeitet werden die Verbindungen zur Genderforschung: „Tatsache ist, dass in unserem historisch-spezifischen sozio-kulturellen Kontext die Einführung in die Schriftlichkeit und damit in die Welt der Literatur weitgehend durch Frauen geschieht: in erster Linie durch die Mütter, die in der frühkindlichen Vorlesepraxis und der gesamten familialen Lesesozialisation die Hauptrolle spielen, im weiteren Verlauf dann durch die Grundschullehrerinnen, die die Kinder im Prozess des Schriftspracherwerbs begleiten. Lesen (und übrigens auch Schreiben) wird somit von den Kindern als eine weiblich konnotierte kulturelle Praxis erlebt.“ (Garbe, 2003b, S. 23).

Während Mädchen hierin ein Vorbild erkennen können und/oder sollen, besteht die Entwicklungsaufgabe der Jungen „zur ‚Männlichkeit‘ hingegen in der Loslösung von der Mutter. Konstitutiv für die Ausbildung von ‚Männlichkeit‘ in einer patriarchalischen Gesellschaft ist die Ablösung von der Mutter - mit gravierenden Folgen für die männliche Psyche, wie die Psychoanalyse uns lehren kann.“ (Garbe, 2003b, S. 23).

Noch deutlicher macht dies eine Textpassage aus psychoanalytischer Sicht von Wolfgang Martens: Wenn der Junge „darüber hinaus eines Tages mitbekommt, wie wenig geachtet der Status des Mütterlichen in dieser Gesellschaft (immer noch) ist, wie geringschätzig die Tätigkeit des Mütterlichen und Hausfraulichen behandelt wird, wenn er wahrnimmt, wie sein Vater und die anderen erwachsenen Männer mit Anzug und Aktenkoffer in die männliche Welt der Bankenhochhäuser und chromblitzenden Büros entschwinden, wenn er im Fernsehen und in den Computerspielen mit den muskelbepackten Supermännern Bekanntschaft schließt, die im Asphalt-dschungel für Recht und Ordnung sorgen, dann wird ihm endgültig klar, dass er nur einen einzigen glühenden Wunsch hat: So zu werden wie diese unendlich bewunderten Männer und alle Spuren des Weiblichen, die er noch aufweist, in ihm und an ihm zu tilgen.“ (zit. nach Garbe, 2003b, S. 24).

Während es in der Literatur - abgesehen von dem bereits vieldimensionalen Prozess des Lesens - um das Erkennen komplexer Zusammenhänge und Kausalitäten, das Konstrukt der Erzähltechnik, die Psychologie der handelnden Figuren und ihrer Beziehungen und womöglich noch um soziale Belange geht, betonen die audiovisuellen Medien stärker die äußere Handlung. „Das gilt erst recht bei Bildschirmspielen. Jürgen Fritz, der umfangreiche empirische Untersuchungen zur Faszination von Computerspielen durchgeführt hat, kommt zu dem Schluss, dass ‚Macht, Kontrolle und Herrschaft‘ die entscheidenden Motive sind, derentwegen Bildschirmspiele gespielt werden.“ (Garbe, 2003b, S. 26).

Unter Gender-Gesichtspunkten wird deutlich, „dass es sich um Eigenschaften handelt, die in der abendländisch-patriarchalischen Kulturgeschichte mit dem männlichen Geschlechtscharakter verknüpft sind: Der Mann muss den ‚Kampf ums Dasein‘ meistern, er zieht hinaus ‚ins feindliche Leben‘, erobert die Welt usw. Man könnte daher etwas krasser sagen: Bildschirmspiele sind ein ideales Medium, um die im 20. Jahrhundert arg beschädigte und demontierte ‚Männlichkeit‘ wieder zu reparieren - wenigstens in der fiktiven Welt auf dem Bildschirm. Hier sind die ‚Kleinen Helden in Not‘ wieder intakt.“ (Garbe, 2003b, S. 27).

Hier geht es um strategisch und taktisch angemessene Verhaltensweisen und Spielzüge, nicht um soziale Kontakte oder gar Beziehungspflege. Und dass die Jungen im Erkennen und Umgang mit Bildern, Tabellen und Grafiken den Mädchen nicht nachstehen, hat bereits die PISA-Studie über das Lesen nachgewiesen. Audiovisuelle Medien und Computer könnten also die Mühen des Lesens langer und komplexer Texte ersparen.

Noch wird allerdings der Lese- und Schriftkultur, einschließlich literarischer Kultur, über ihre rein instrumentelle Funktion hinaus, ein unverzichtbarer Stellenwert in der Persönlichkeitsentwicklung und Charakterbildung des Einzelnen sowie der Gestaltung sozialer Beziehungen und humaner gesellschaftlicher Verhältnisse beigemessen. „Jungen müssen darum die Chance erhalten, emotionale Kompetenzen nicht nur zu entwickeln, sondern auch in ihr Selbstbild zu integrieren. Dafür ist eine essentielle Voraussetzung, dass sich die ‚Männerbilder‘ in unserer Gesellschaft wandeln.“ (Garbe, 2003a, S. 45f.).

Einen Beitrag dazu kann gezielte Leseförderung für Jungen leisten, wenngleich derzeit noch konzidiert werden muss: „Die Diskussion über eine geschlechterdifferenzierende Leseförderung hat gerade erst begonnen; entwickelte Konzepte dazu liegen noch kaum vor.“ (Garbe, 2003a, S. 45).

Die vorhandenen Ansätze werden in Kapitel 5.3.4 untersucht. Im Folgenden wird das Kapitel 5.2 Mediennutzung nach Geschlecht und Alter zunächst mit dem Erwachsenenalter fortgesetzt.

### 5.2.3 Erwachsene

Als umfassendste und daher immer wieder zitierte Studie gilt die Untersuchung zum ‚Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend‘ von Stiftung Lesen und Spiegel-Verlag, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, aus dem Jahr 2001 (vgl. Franzmann, 2001b).

Die repräsentative Gruppe der Befragten umfasst die Altersstufen ab 14 Jahre bis 60 Jahre und älter, wobei der Anteil der Jugendlichen unter 8 Prozent liegt. Dies sei hier einschränkend erwähnt, wenn die folgende Auswertung von Männern und Frauen spricht.

Die Studie gliedert sich in Themenblöcke, wobei das Hauptaugenmerk jeweils auf einem Vergleich zur Vorgängerstudie aus dem Jahr 1992 liegt.

Die Geschlechterspezifizierung bildet in den meisten Erhebungen ein Kriterium unter vielen.

Wie in den Jugend-Studien wird auch hier eingangs als auffälligste Veränderung die rasant wachsende Ausstattung der privaten Haushalte mit Geräten der Unterhaltungselektronik und Computern genannt.

So stellt die Studie fest, dass Bücher seltener gelesen werden: „Die 1992 wie 2000 gestellte Frage nach der Häufigkeit der Buchlektüre zeigt einen Rückgang an der Spitze und eine Zunahme am Ende der Skala. Weniger Bundesbürger sagen heute, dass sie täglich Bücher lesen, und mehr bezeichnen sich als Nichtleser.“ (Franzmann, 2001a, S. 10).

Allerdings werden mehr Bücher gelesen: „Seit 1992 ist die Zahl der gelesenen Bücher gestiegen. Die Gruppe mit einem Lesequantum zwischen 6 und 20 Büchern im Jahr hat um 5 Prozent zugenommen. Diesen Zuwachs bewirken vor allem die mehr lesenden Frauen, überwiegend mit Abitur beziehungsweise Hochschulausbildung.

Am deutlichsten ist die Zahl der gelesenen Bücher bei den Viellesern angestiegen. Ein Indiz dafür, dass Vielleser ihren Bücherkonsum im Vergleich mit Durchschnitts-, Wenig- oder Kaumlesern auch besonders stark ausweiten.“ (Franzmann, 2001a, S. 12).

Nach den Feststellungen, dass seltener Bücher gelesen werden, jedoch mehr Bücher gelesen werden, wird folgerichtig die Frage ‚Auf dem Weg zum Lese-Zapping?‘ gestellt. Bei den Antworten treten deutliche Geschlechterdifferenzen zutage: Während die Frauen häufiger ‚ein Buch von vorn bis hinten durchlesen‘ mit gelegentlichen ‚Lesepausen‘, lesen die Männer eher ‚nur das Interessanteste und überfliegen manchmal die Seiten‘ und ‚lassen beim Bücherlesen auch mal etwas aus‘ (vgl. Franzmann, 2001a, S. 19).

Und die Lesertypologie erbringt: „Vielleser, die in der Gesamtbevölkerung 28 Prozent ausmachen, sind eher Frauen als Männer (31 versus 25 Prozent) und seltener über 50 Jahre alt (24 Prozent).“ (Tullius, 2001, S. 62).

Wird nach den bevorzugten Buchgattungen, Genres und Inhalten gefragt, so stellt sich heraus: „Literatur lesen hauptsächlich Befragte mit höherer Bildung und Leser, die mehr als 20 Bücher pro Jahr lesen. Vor allem Bücher zu Politik und Technik lesen hauptsächlich Männer, eher Befragte mit höherer Bildung, Leser die zwischen 11 und 20 Bücher pro Jahr lesen und Computer- beziehungsweise Internet-Nutzer sind. Die Abenteuerleser findet man vor allem bei den unter 30-Jährigen und bei Befragten

mit mittlerer Bildung. Typische Ratgeberleser sind Frauen, Befragte der mittleren Altersgruppe mit niedriger Bildung und Leser, die eher sporadisch Bücher lesen.“ (Tullius, 2001, S. 71).

Auch bei der Auswertung zur Lesesozialisation durch Familie, Freunde, Institutionen ergeben sich Unterschiede: „Befragte mit positivem Familieneinfluss sind besonders häufig weiblich und zwischen 40 und 59 Jahre alt. Sie sind deutlich höher gebildet, lesen häufig Bücher und nutzen eher einen PC. ...

Der Einfluss von Kindergarten oder Schule hat sich mehr auf männliche Befragte und in der Altersgruppe bis 39 Jahre ausgewirkt. Die Anzahl der gelesenen Bücher und die Häufigkeit des Lesens sind in dieser Gruppe eher gering.“ (Tullius, 2001, S. 77f.).

Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit Kaufverhalten und Buchhandelsbesuchen. Der Buchhandel wird als nach wie vor mit Abstand wichtigster Vertriebsweg für Bücher von knapp zwei Dritteln aller Befragten mehr oder weniger häufig frequentiert. „2 Prozent der Deutschen suchen wöchentlich eine Buchhandlung auf, 11 Prozent gehen ein- bis zweimal im Monat dorthin, 19 Prozent ein- bis zweimal im Vierteljahr, 14 Prozent etwa halbjährlich, 7 Prozent einmal pro Jahr und 12 Prozent noch seltener. Dass 35 Prozent der Bevölkerung nie in Buchhandlungen gehen, ist bedenklich.“ (Rojan/Schroth, 2001, S. 104).

Der Internet-Buchhandel befindet sich zum Zeitpunkt der Untersuchung noch im Aufbau, wird peripher erwähnt, verzeichnet daher jedoch noch keine nennenswerten Marktanteile.

Zur Geschlechterdifferenzierung heißt es: „Frauen sind als häufigere Buchleser und -käufer auch öfter in Buchhandlungen anzutreffen. 34 Prozent der Frauen gehen mindestens einmal im Quartal in Buchhandlungen (Männer: 28 Prozent). Andererseits besuchen 31 Prozent von ihnen Buchhandlungen überhaupt nicht (Männer: 39 Prozent).“ (Rojan/Schroth, 2001, S. 104). Hier darf allerdings angenommen werden, dass die Buchhandelsbesuche auch die Auswahl von Literatur zum Verschenken einschließen.

Ein ausführliches Kapitel der Studie ist der Medienkonkurrenz gewidmet. Die Dominanz des Fernsehens spielt in allen Untersuchungen eine herausragende Rolle. Es hat jedoch eher die zunehmenden Freizeitanteile besetzt als das Lesen existenziell gefährdet. Mit dem Siegeszug von Computer- und Internetnutzung flammt diese Diskussion erneut auf. Sie soll hier allerdings nur insoweit Berücksichtigung finden, als

sie Erkenntnisse über die Unterschiede im Mediennutzungsverhalten der Geschlechter mit sich bringt.

Im Jahr 2000 nutzten 72 Prozent der Männer und 64 Prozent der Frauen das Internet in Beruf und Freizeit (vgl. Boesken, 2001, S. 131), Tendenz steigend. Parallel hierzu besagt die Studie: „Computernutzer lesen fast fünfmal so viele Fachbücher wie Nichtnutzer, und auch bei der Belletristik sind deutliche Unterschiede auszumachen, obwohl bei jenen die Belletristik generell keinen ganz so hohen Stellenwert einnimmt. Immerhin 62 Prozent aller Vielleser sind auch Computernutzer gegenüber nur 18 Prozent der Wenigleser. Im Übrigen haben Computernutzer auch schon in ihrer Kindheit mehr gelesen als Nichtnutzer.

Deutlich mehr Computernutzer als Nichtnutzer (70 gegenüber 37 Prozent) haben im vergangenen Jahr Bücher gekauft, sie besitzen im Durchschnitt auch mehr Bücher als die Nichtnutzer und haben generell einfach mehr Erwartungen an Bücher, weil sie sich intensiver mit ihnen auseinander zu setzen scheinen.“ (Boesken, 2001, S. 133f.). Insgesamt wird im Jahr 2000 etwa 20 Minuten pro Woche weniger gelesen als acht Jahre zuvor. Und der Rückgang bezieht sich allein auf die Belletristik. „Hervorzuheben sind dabei vor allem zwei Gruppen: Männer sowie (weibliche und männliche) Jugendliche und junge Erwachsene unter 30 Jahren. Während Männer insgesamt fast eine Dreiviertelstunde weniger lesen, liegt die Differenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sogar bei 74 Minuten pro Woche.

Bei Männern wird dieser starke Rückgang jedoch ausschließlich durch einen drastischen Einschnitt bei der Nutzungsdauer von Belletristik verursacht. Für unterhaltende Literatur wenden Männer über eine Stunde weniger Zeit pro Woche auf, wogegen sie fast eine halbe Stunde mehr Zeit für Fachliteratur aufbringen.“ (Boesken, 2001, S. 137f.).

Diese Interessenverlagerung innerhalb der Nutzung von Büchern lässt sich ähnlich in der Gesamtbevölkerung beobachten, und „die Verschiebung von Belletristik auf Fachliteratur ist auch bei Frauen auszumachen. Obwohl sie zwar generell mehr Belletristik lesen als Männer, wenden sie inzwischen etwas weniger Zeit dafür auf und lesen verstärkt Fachliteratur. Bei der Gruppe der Frauen ist jedoch kein Rückgang der Gesamtnutzungszeit für Bücher zu verzeichnen.“ (Boesken, 2001, S. 138).

Der Studie ‚Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend‘ wurde hier breiter Raum gegeben. Sie ist die umfassendste ihrer Art und wird wegen ihrer Seriosität auch Jahre später noch zitiert. Sie zeigt die Grundzüge eines in Entwicklung befind-

lichen Prozesses zum Mediennutzungsverhalten in Deutschland differenziert auf, einschließlich richtungsweisender Aussagen zum geschlechterspezifischen Medienumgang.

Einen kurzen, stets aktuellen Überblick über das Leseverhalten in Deutschland vermittelt die jährlich erscheinende Broschüre ‚Buch und Buchhandel in Zahlen‘ vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels. Zeigen sich gravierende Veränderungen zum Vorjahr, so geht sie auch auf altersstufen- und bildungsgradabhängige Auffälligkeiten im Verhalten bei Buchnutzung und Buchkauf ein.

Auch die Geschlechterspezifik findet eine kurze Würdigung: „46 Prozent der Frauen nutzen täglich oder mehrmals in der Woche Bücher (ein Prozent mehr als im Vorjahr), der Anteil der Männer liegt mit 29 Prozent deutlich darunter und ist im Vergleich zu 2005 konstant geblieben.“ (Cronau, 2007, S. 17f.).

Aus derselben Tabelle ist zu ersehen, dass 35 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer ‚ungefähr einmal im Monat/seltener‘ Bücher nutzen.

Trotz seines geringen Umfanges ist das kleine Jahrbuch ein zuverlässiger Indikator für das Buchklima in Deutschland. Die inländische Titelproduktion liegt im Jahr 2006 bei nunmehr 94.716 Erst- und Neuauflagen (vgl. Cronau, 2007, S. 58), und so manche Sorge um nachlassende Lesefreude erweist sich als unbegründet, zumindest jedoch als verfrüht. „Die Deutschen lesen gern - und greifen offenbar immer öfter zum Buch. ... Das Hobby ‚Bücher lesen‘ hat sich im Ranking 2006 auf Platz sechs hochgearbeitet - nachdem es viele Jahre lang fest auf den achten Platz abonniert und im vergangenen Jahr auf Platz sieben vorgerückt war ...

Erfreulich: Der Anteil der Bundesbürger, die sogar ‚besonders gern‘ zum Buch greifen, ist im Vergleich zum Vorjahr noch einmal leicht gestiegen, und zwar von 20,4 auf 20,8 Prozent. Deutlicher zugelegt hat allerdings die Gruppe, die überhaupt nicht liest: Ihr Anteil liegt inzwischen bei 16,5 Prozent (Vorjahr: 15,5 Prozent). Ein weiteres Zeichen dafür, dass sich die Gesellschaft in Bildungsfragen immer stärker auseinander entwickelt. Zwei Plätze hinter dem Buch folgt das ‚Zeitschriften lesen‘, das im Jahr 2000 noch zwei Plätze davor rangierte und damit auf längere Sicht an Beliebtheit verloren hat.

An der Spitze des Rankings gibt es dagegen keine Bewegung: Die Pole Position belegt nach wie vor ‚Musik hören‘. Der Zweite Platz gehört dem Fernsehen. ... Auf dem dritten Rang schließt sich bereits das ‚Tageszeitung lesen‘ an.“ (Cronau, 2007,

S. 15). Die Internetnutzung befindet sich im oberen Mittelfeld, Computerspiele etwa im mittleren Segment der Tabelle von insgesamt 44 genannten Freizeitaktivitäten.

Und auch die „Sorge, dass Bücher bei Jugendlichen aus der Mode kommen, scheint sich nicht zu bewahrheiten: Der Anteil der 14 bis 19-jährigen, die täglich oder mehrmals in der Woche Bücher nutzen, ist jedenfalls in der Allensbacher Analyse 2006 gleich um zwei Punkte gestiegen und liegt jetzt bei 45 Prozent.“ (Cronau, 2007, S. 19).

Auch hier erfolgt der obligatorische Hinweis auf Zusammenhänge mit der Lesesozialisation und dem Bildungshintergrund sowie auf die wachsende Zahl der Nichtleser.

Bei Zusammenfassung der Kapitel 5.1 und 5.2 lassen sich folgende Erkenntniskerne exzerpieren:

- Lese(r)forschung hat eine lange Tradition, die dem Wandel und der Diversifizierung des Medienmarktes folgend heute als Forschung zum Mediennutzungsverhalten auch zunehmend Bedeutung für die Bildungspolitik erfährt.
- Das Leseverhalten passt sich der wachsenden Durchdringung des Marktes mit elektronischen Medien an. Lesen bleibt Basis- und Schlüsselqualifikation.
- Dies gilt für die Gruppe der Vielleser. Die Zahl der Kaumleser und Nichtleser wächst.
- Lesefähigkeit und Lesefreude stehen in direktem Zusammenhang mit Lesesozialisation durch Familie, Schule und andere Institutionen sowie mit Bildungsgrad und Alter.
- In jüngeren Untersuchungen erhalten geschlechterdifferenzierende Fragen, vor allem jedoch deren dezidierte Auswertung, erstmals oder breiteren Raum. Die hierzu vorliegenden Ergebnisse sind noch nicht geeignet, eindeutige bzw. längerfristig stabile Erkenntnisse zu vermitteln. Künftige Studien müssen daher ihr Augenmerk auf die Entwicklung richten, ob sich die immer noch herrschende Annahme Mann/Computer/Sachbuch versus Frau/Lesen/Belletristik eher bestätigt oder nivelliert.

Nach bisheriger Erkenntnis kann gesagt werden, dass die Nutzung von Computer, Internet und Fachbuch durch Frauen erheblich gestiegen ist mit anhaltender Tendenz. Beim Umgang mit diesen Informationsträgern verringert sich also die Differenz zwischen Männern und Frauen.



Größere Zurückhaltung ist zu erkennen bei den Fragen nach Inhalten, ob sich also die Interessen der Geschlechter im Hinblick auf Informationen über Technik und Soziales, öffentliches und privates Leben, Beruf und Freizeit etc. eher annähern oder auseinander entwickeln.

### 5.3 Mediennutzung in Bibliotheken

In den zahlreichen Studien zum Lese- und Mediennutzungsverhalten wird dieses für die Allgemeinheit der Bürgerinnen und Bürger erforscht. Die überwiegende Zahl der Erkenntnisse gilt daher gleichermaßen für Medienkäufer wie Bibliotheksbenutzer. Zunehmend weisen die Untersuchungen die Bibliotheksbenutzer als Spezialgruppe einzeln aus und treffen Aussagen zum Interesse am Bibliotheksbesuch im Kontext anderer berufs- oder freizeitbedingter Informationsbedürfnisse.

Diese Auswertungen mit oder ohne Teilaspekt Bibliothek sind wertvolle Grundlagen für den Bestandsaufbau und alle Maßnahmen im Zusammenhang mit Kundenorientierung und Marketing der Bibliotheken.

#### 5.3.1 Bibliotheksnutzung

Parallel hierzu haben die Bibliotheken ihrerseits eine Fülle von Publikationen zum Mediennutzungsverhalten ihrer Klientel erstellt. Als seriöse Partner für die bibliothekarischen Verbände erweisen sich hier immer wieder die Stiftung Lesen, Bertelsmann Stiftung, Buchhändler-Vereinigung, Goethe-Institute, Universitäten sowie bibliotheksnahe Beratungsinstitute.

Aus eigener Kraft erstellen die Bibliotheken jährliche Erhebungen von der einstigen ‚Schnellstatistik‘ bis zu den immer differenzierter werdenden Auswertungen der Deutschen Bibliotheksstatistik, die seit 1999 ausschließlich in elektronischer Version erscheint.

Erfasst werden neben Medienbeständen, Erneuerungsquoten, Flächenmaßen, Öffnungsstunden, Personalstellen und Veranstaltungen auch die Kosten der Bibliotheken.

Die Mediennutzung je Bibliothek wird ermittelt durch die Anzahl der Entleihungen, unterteilt nach Medienarten, Bestandumsatz, Bestandszu- und -abgänge etc.

Erhoben wird die Anzahl der Besucher bzw. Besuche einschließlich ihrer Teilnahme an Veranstaltungen.

Ebenfalls erfasst ist die Zahl der angemeldeten Leser einschließlich der jährlichen Zu- und Abgänge.

Neben den Haupttabellen erfolgt eine Reihe von Einzelauswertungen, etwa bezogen auf die Einwohnerzahl oder in Relation zu Finanzpositionen. So ist die Deutsche Bibliotheksstatistik in ihrer Ermittlungstiefe und kontinuierlichen Erscheinungsweise ein Grundlageninstrument für jeden Bibliotheksleiter.

Eine wichtige Rolle für das Bibliotheksmanagement spielt auch der seit 1999 erstellte Bibliotheks-Index der Bertelsmann Stiftung und viele weitere Auswertungen zu Einzelaspekten der Mediennutzung in Bibliotheken.

Die Leistung der Bibliotheken und ihre Nutzung lässt an Transparenz über Jahrzehnte keine Frage offen - bis auf eine.

Die geschlechterspezifische Mediennutzung in Bibliotheken ist bisher kaum zu ermitteln.

### 5.3.2 Anmeldedaten

In der Regel erheben die Bibliotheken bei der Anmeldung eines Nutzers einen insoweit vollständigen Nutzerdatensatz, als dieser zum Nachweis des Verbleibs der entliehenen Medien, zur Festlegung von Leihfristen und Gebühren und zu möglichen Haftungsansprüchen erforderlich ist.

Gleichzeitig dient der Datensatz für statistische Zwecke aller Art, zum Beispiel für eine Differenzierung der Kunden nach Alter oder Wohngebiet und Einzugsbereich.

In den 1970er Jahren untersagte der Datenschutz die durchgängige Abfrage nach Beruf und Bildungsabschluss. Stets zulässig war jedoch die Datenerhebung nach Geschlecht: männlich, weiblich, juristische Person. Hierzu liegen also traditionell Daten vor, finden jedoch keinen Eingang in überregionale und bundesweite Auswertungen.

Auf dieser Grundlage kann jede Bibliothek im Eigeninteresse eine Gender-Analyse vornehmen.

Da die Deutsche Bibliotheksstatistik die Zahl der angemeldeten Leser verzeichnet, bedürfte es hier lediglich einer geschlechterspezifischen Differenzierung durch

Nachmeldung der oben genannten Daten, um erste Gender-Erkenntnisse zu gewinnen.

Hierdurch nicht zu erfassen sind diejenigen Leser, die ohne zu entleihen die vielfältigen Angebote der Bibliothek nutzen sowie die Interessenschwerpunkte dieser Besucher. Dazu bedarf es gezielter Datenerhebungen.

### 5.3.3 Benutzerbefragungen

Wie bereits aufgezeigt, hat es den Bibliotheken zu keiner Zeit an Interesse und Fähigkeit gemangelt, die eigenen Leistungen transparent zu machen - zur Außendarstellung wie auch als Planungsgrundlage für das Bibliotheksmanagement. Zu diesem Zweck bedienten sie sich des jeweils zeitgemäßen Instrumentariums. „Befragungen im Bibliotheksbereich scheinen Hochkonjunktur zu haben. Fast täglich wird in regionalen Tageszeitungen darüber berichtet. Meist sind es positive Meldungen über zufriedene Benutzer, die ohne ihre Bibliothek nicht leben könnten.“ (Stachnik, 1995, S. 5). Mit dieser Feststellung beginnt die Broschüre ‚Besucherbefragungen in Bibliotheken‘, die bereits 1995 ‚Grundlagen, Methodik und Beispiele‘ zum Thema zusammengetragen hat.

Allerdings hat diese Selbstdarstellung von Bibliotheken neben ihrer Absicht als Marketinginstrument immer auch einen ernsten Anlass. „Es ist gut, wenn der Sinn und Zweck von Bibliotheken dadurch stärker in den Blick der Öffentlichkeit geraten, aber der Sinn und Zweck von Befragungen wären verfehlt, wenn nur nach außen demonstriert werden soll, daß der Status quo als ausreichend empfunden werden kann.

Jeder weiß, daß gerade kleinere und mittlere Bibliotheken aufgrund der angespannten Finanzlage ums Überleben kämpfen, und alle Bibliotheken gezwungen sind, ihre finanziellen Mittel optimal einzusetzen. Insofern sind Benutzerbefragungen kein Modetrend, sondern ein durchaus geeignetes Mittel, die Situation zu bewältigen.“ (Stachnik, 1995, S. 5).

Bereits drei Jahre zuvor und ebenfalls durch das Deutsche Bibliotheksinstitut herausgegeben, war eine umfangreiche zweibändige Publikation ‚Die effektive Bibliothek‘ erschienen. Von 1989 bis 1992 fand das Projekt ‚Anwendung und Erprobung einer Marketingkonzeption für Öffentliche Bibliotheken‘ statt. Es sollte die theoretisch erarbeiteten Erkenntnisse des ersten Marketing-Projektes von 1986/87 auf ihre prak-

tische Verwendbarkeit hin überprüfen. Beteiligt waren drei Bibliotheken: Bielefeld, Bremen, vor allem die Statteilbibliothek in Bremen-Huchting, und Düsseldorf (vgl. Borchardt, 1992, S. 1). Die Publikation wurde seinerzeit mit großem Interesse in Fachkreisen aufgenommen. Neben den richtungweisenden Ausführungen zur Methodik, einschließlich Musterfragebögen, entstanden empirisch gestützte Rezeptionsprofile der so untersuchten Bibliotheken.

Eine der Basisfragen gilt stets dem Geschlecht der Befragten. Auswertungen hierzu allerdings finden nur marginal statt. Einzig die Stadtbüchereien Düsseldorf stellen fest: „Signifikante Unterschiede zeigen sich bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung zwischen Zentralbibliothek und Zweigbüchereien. Während sich in der Zentralbibliothek männliche (52,7 %) und weibliche (47,3 Prozent) Personen etwa die Waage halten und auch über die Altersverteilung hinweg keine größeren Schwankungen zeigen ... , ist in den Zweigstellen der Anteil an weiblichen Besuchern mit 60 % deutlich überrepräsentiert. Verlaufen bei den Kindern und Jugendlichen die Kurven zunächst noch parallel, so klappt nach der Altersgruppe der 15 - 19jährigen die geschlechtsspezifische Verteilung deutlich auseinander. Offensichtlich bleiben nach der Schulzeit die weiblichen Besucher mit ihren Zweigstellen wesentlich länger verbunden als die männlichen ... Bei den Erwachsenen sind es vor allem Hausfrauen, die an ihr Wohnumfeld gebunden sind und das Bibliotheksangebot vor Ort nutzen.“ (Salm, 1992, S. 3).

Nutzerbefragungen gehören seitdem zum Standard-Instrumentarium aller größeren Bibliotheken, wobei der Aspekt der Geschlechterspezifität seine marginale Bedeutung behielt. Die nunmehr entstandene Gender-Debatte hat in einigen Fällen bereits dazu geführt, wenn auch bisher nur zögerlich, diesem Thema erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Das bereits in Kapitel 4.4.2.1 gewürdigte Gender-Audit der Stadt Köln aus dem Jahr 2004 kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie das soeben zitierte Beispiel Düsseldorf viele Jahre zuvor. „Während bei Kindern und Jugendlichen bis zur Altersgruppe der 6- bis 12-Jährigen das Geschlechterverhältnis noch ausgeglichen ist, beginnt der Anteil Mädchen den der Jungen kontinuierlich zu übersteigen, bis ab dem Alter von 16 Jahren ein stabiles Verhältnis von 1/3 männlichen und 2/3 weiblichen Nutzern erreicht ist.“ (Grote, 2004, S. 8).

Im Hinblick auf die Bibliotheksstandorte wird festgestellt: „Mädchen und Jungen bis 18 Jahre nutzten in 2003 überwiegend die Statteilbibliotheken und die Busse.“

(Grote, 2004, S. 10). Und die Erwachsenen: „Nach wie vor gilt, dass Männer überproportional die Zentralbibliothek aufsuchen, während Frauen die Stadtteilbibliotheken bevorzugen. Diese Favorisierung lässt sich nicht zuletzt damit erklären, dass das ortsnahe Buchangebot keine langen Anfahrtswege erfordert und somit zeit- und kostengünstiger wahrzunehmen ist.

Bei Männern kommt hinzu, dass die Zentrale oft leichter von ihrem Arbeitsplatz aus erreichbar ist und sie dort einen ihrem Lesebedürfnis entsprechenden Sachbuchbestand vorfinden, wie er an anderer Stelle nicht so umfassend verfügbar ist.“ (Grote, 2004, S. 11).

Ist auch die Kölner Analyse noch fragmentarisch und vorläufig, mangels differenzierterer Daten, so lässt sie doch bereits die Erkenntnisse zu, dass auch Bibliotheksnutzung geschlechterspezifisch erfolgt und dass Sparmaßnahmen in erster Linie Frauen und Kinder treffen.

Im Gegensatz zu dieser speziellen Datenauswertung und ihren fortgeschrittenen Einsichten nehmen sich die Ergebnisse aus den standardisierten Nutzerbefragungen nach wie vor bescheiden aus.

Die Kundenbefragung der Stadtbibliothek Duisburg im Jahr 2005 ergibt: „Die Kundschaft der Stadtbibliothek ist insgesamt überwiegend weiblich: 58,9 Prozent Frauen stehen 41,1 Prozent Männer gegenüber.“ (Barbian/Fühles-Ubach/Seidler-de Alwis, 2006, S 278). Danach wendet sich die ‚Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse‘ in ‚Buch und Bibliothek‘ zahlreichen anderen Auswertungsschwerpunkten zu.

Ebenfalls in ‚Buch und Bibliothek‘ werden die ‚Ergebnisse einer Nutzerbefragung an der Stadtbibliothek Gütersloh‘ vorgestellt. In dieser Präsentation der wichtigsten Ergebnisse findet der Gender-Aspekt keine Erwähnung (vgl. Fühles-Ubach, 2007, S. 656ff.).

Die nähere Betrachtung einer standardisierten Repräsentativ-Befragung soll hier am Beispiel der Stadtbibliothek Wolfsburg erfolgen. Sie entstand im Rahmen eines studentischen Praxissemesters 2006/2007 und basierte auf der Vorgehensweise in Gütersloh sowie einer Befragung der Stadtbibliothek Wolfsburg aus dem Jahr 1994. Standardisiert ausgewertet wird die Geschlechterdifferenzierung lediglich im Hinblick auf die Einwohnerschaft und die Gesamtzahl der Bibliotheksbenutzer. Im vorliegenden Fall war die Standarduntersuchung angestrebt, da sie eher dem Benchmarking mit vergleichbaren Bibliotheken dienen sollte, als die Grundlage für eine Gender-Untersuchung zu bilden.

Bemerkenswert ist allerdings, dass der Aufbau des Fragebogens eine durchgängig genderspezifische Auswertung zulässt, da das Geschlecht der Befragten als eines der Basiskriterien in jedem der ansonsten anonymisierten Fragebogen angegeben wird. Mit entsprechender Auswertungs-Software, vor allem jedoch mit genderpolitischer Zielrichtung, eignen sich Befragungen dieser Art durchaus, geschlechterspezifische Erkenntnisse zu gewinnen.

Nach bisherigem Kenntnisstand entspricht die Stadtbibliothek Wolfsburg den Erfahrungen aller Öffentlichen Bibliotheken. Die repräsentative Erhebung erfasste für die Zentralbibliothek 43,22 Prozent männliche und 56,78 Prozent weibliche Befragte. „Der Anteil der weiblichen Befragten ist sowohl in der konventionellen als auch in der Online-Befragung größer als der Anteil der männlichen Befragten. Dieses Ergebnis spiegelt die allgemeine Leserstruktur öffentlicher Bibliotheken wider.

Laut Bibliotheksstatistik der Stadtbibliothek Wolfsburg vom 11.01.2007 sind 61,37 % der Nutzer weiblich und 38,63 % männlich.“ (Schrader, 2007, S. 13).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die bei Anmeldung in der Bibliothek und per standardisierter Benutzerbefragung erhobenen Daten vorläufige und rudimentäre Aussagen zu den genderspezifischen Verhaltensweisen beim Bibliotheksbesuch ermöglichen und zulassen.

Einschränkend gilt, dass sie derzeit kaum genderbezogen ausgewertet werden, und dass sie zur Weiterverwendung kompatibel aufbereitet werden müssen zur Integration in den produktbezogenen Gender Budget-Prozess.

#### 5.3.4 Gender-Bewusstsein

Der Mediennutzung gilt auftragsgemäß das Hauptaugenmerk der Bibliotheken. Hierzu liegen die besten und differenziertesten Daten vor, einschließlich einer Fülle von Publikationen und innovativen Konzepten.

Es überrascht daher nicht, dass der Gender Gap den Bibliothekaren am ehesten bei der Mediennutzung bewusst geworden ist und nun auch Eingang in die Fachliteratur gefunden hat. In Ermangelung eigener Gender-Statistiken des Bibliothekswesens beginnen dessen Überlegungen zum Bestandsmanagement bei den Erkenntnissen der PISA-Studien und den bereits gewürdigten Folge-Untersuchungen zum Mediennutzungsverhalten einzelner Zielgruppen, Schwerpunkt Jugendliche.

Robert Elstner, Diplom-Pädagoge und Wissenschaftlicher Bibliothekar, seit 1986 in der Stadtbibliothek Leipzig, beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit Leseförderung für Jungen in Öffentlichen Bibliotheken. „Dass Jungs sich lieber mit dem Tagebuch von Curt Cobain im öffentlichen Nahverkehr sehen lassen als mit einem peinlichen Titel wie ‚Für Mädchen verboten‘ und dass sie ein Aufklärungsbuch zwar gerne lesen wollen, aber niemals über eine Ausleihtheke schieben würden“ (Elstner/Hellmich, 2007, S. 286), erläutert er in einem lesenswerten Interview in ‚Buch und Bibliothek‘. Er analysiert die Lese-Hemmnisse, plädiert für gezielte ‚Männerförderung‘ und unterbreitet dazu erfahrungsgestützte Vorschläge für Bibliotheken.

Wie die Büchereizentrale Niedersachsen in ihren Mitteilungen ‚Büchereizentrale aktuell‘, Heft 1/2007, vermerkt, wurde das Seminar von Robert Elstner ‚Echte Kerle lesen nicht?!‘ im Jahr 2006 so gut nachgefragt, ‚dass Stühle und Tische gerückt werden mussten, damit alle hinein passten‘.

Unter dem Titel ‚Geschichten für angeknackste Helden‘ widmet ‚Buch und Bibliothek‘ der Thematik einen Grundsatz-Artikel. Der als männlich erkannten ‚Bildungskatastrophe‘ werden die gezielten Maßnahmen einzelner Bibliotheken zur Jungen-Leseförderung gegenübergestellt. Vor übertriebenen Erfolgserwartungen wird allerdings gewarnt. „Fortschritte seien bei der Leseförderung für Jungs nur in kleinen Schritten zu erwarten. Wenn aber Väter und Söhne am Samstag in die Bibliothek gehen, um ... zu lesen, dann wird das die ganz große Jungskatastrophe wahrscheinlich schon verhindern helfen.“ (Hellmich/Ludwig, 2007, S. 289).

Anlässlich der Eröffnung der Präsentation ‚Leseland Niedersachsen‘ in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek/Niedersächsischen Landesbibliothek am 8. Februar 2005 hat die Hamburger Professorin Birgit Dankert einen viel beachteten Vortrag gehalten zum Thema ‚Lesen ist weiblich. Die Genderfalle‘ (vgl. Dankert, 2005, S. 313). Aus Hochschulsicht legt sie Quellen- und Ursachenforschung dar, bietet Erklärungsversuche und nennt Best-Practice-Beispiele und weist auf gezielt weiterführende Projekte und Veranstaltungen hin. Georg Ruppelt, Leiter der Landesbibliothek, würdigt ihren Vortrag in der ‚Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie‘: „Sie führte u. a. aus: Eine Generation emanzipierter, so genannter ‚starker Frauen‘ - in den Vor- und in den Grundschulen lehren fast ausschließlich Frauen - wie auch eher ‚weibliche‘ Lesesituationen (‚kuschelig‘) haben bewirkt, dass Jungen orientierungslos im Hinblick auf männliche Bezugspersonen geworden sind.

Dies gilt für die Abwesenheit von Vätern in der Erziehung und von männlichen Pädagogen in Vor- und Grundschule gleichermaßen.

In nahezu allen Bereichen kann man feststellen, dass nur ein Drittel der Jungen, aber zwei Drittel der Mädchen gern, viel und gut lesen. Tatsache ist außerdem, dass Mädchen offenbar zu erzählender Literatur einen direkteren Zugang haben als Jungen. Jungen werden ihrerseits stärker von Sachbüchern und einschlägigen Zeitschriften angesprochen, in denen sie Lesestoff zu ihren spezifischen Interessen finden. Da der Deutschunterricht aber auf erzählende Literatur ausgerichtet ist, erhalten die Jungen in der Schule zu wenig Anregungen zur Lektüre.“ (Ruppelt, 2005, S. 313f.). Die Schule solle ihr Lektüreangebot überprüfen und gegebenenfalls verändern.

Diese Überzeugung teilen auch andere Wissenschaftler und Pädagogen: „Die im gegenwärtigen Literaturunterricht stattfindende Leseerziehung erreicht die Jungen nur zu einem geringen Teil. Das liegt vor allem an der Auswahl der Schullektüren, die - literarisch ambitioniert - moderne Erzähltechniken verwenden und durch einen hohen Anteil an Innensichten emphatisches und affektbezogenes Lesen unterstützen und scheinbar ‚moderne Rollenbilder‘ anbieten. Um die Jungen mehr anzusprechen müsste schulische Leseerziehung Texte einbringen, die echte Identifikationsfiguren anbieten, aktionsgeladen, spannend und episodенreich sind und eine höhere Verzahnung mit der Popularkultur aufweisen ... Gerade in den letzten Jahren sind wieder vermehrt Bücher aus dem Abenteuer- und Fantasy-Genre, sowie Krimis auf den Markt gekommen, die auch literarische Qualitäten aufweisen. Es gilt, diese auch für den Unterricht zu entdecken, da diese Genres sowohl Mädchen als auch Jungen ansprechen, wie zahlreiche Lesestudien belegen ...“ (Schilcher, 2007, S. 235.).

Zurück zu den Bibliotheken: Durch Birgit Dankert und Georg Ruppelt, zwei der bedeutendsten Vertreter des Bibliothekswesens, ist die Interdependenz von Mediennutzung und Gender nunmehr im Bewusstsein der Bibliothekare angekommen.

Als Handlungsoption für die Bibliotheken ergibt sich daraus: „Für die Ursachen der unterschiedlichen Leseweisen von Jungen und Mädchen gibt es, einmal abgesehen von der zitierten ‚Genderfalle‘, keine schlüssige Erklärung. ...

Entscheidend ist, dass Lesefreude sich nur in einem von Zensuren freien Raum entwickeln kann. In einem Raum, der ein vielfältiges Buch- und Medienangebot hat, in einem Raum, der leicht zugänglich ist, in einem Raum, der eine angenehme, freundliche Atmosphäre ausstrahlt, in einem Raum, in dem man sich frei bewegen und freien Zugang zu den verschiedensten Büchern und Medien hat, in einem Raum, in



dem man auch immer jemanden findet, den man, wenn man das will, fragen kann - kurz gesagt in einem Raum, den man Bibliothek nennt.“ (Ruppelt, 2005, S. 314).

So die Vision des Fachmannes und damit eines ganzen Berufsstandes.

## 5.4 Resümee

Die zahlreichen in Kapitel 5 ausgewerteten und erörterten empirischen Studien zum Mediennutzungsverhalten im Allgemeinen wie in Bibliotheken haben gezeigt, dass eine Fülle genderspezifischer Kenntnisse bereits vorliegt.

Diesen wird die Aufgabe der Bibliotheken zur Seite gestellt, die als dritte Säule des Bildungswesens - neben Familie und Schule - einen wichtigen Beitrag zu den Schlüsselqualifikationen Lesefähigkeit, Textverständnis und Medienkompetenz zu leisten haben. Dies tun sie im öffentlichen Interesse und aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Der PISA-Schock hat die Bildungspolitik durchaus erreicht und zu vielfältigen Maßnahmen veranlasst. Auf allen Ebenen - Europa, Deutschland, Bundesländer - beziehen sich diese Reformen gezielt auf Schulen und vergleichbare pädagogische Institutionen. Die Bibliotheken als professionelle Anbieter selbstgesteuerten Lernens finden in keinem der Programme Erwähnung, auch nicht zu den genannten Schlüsselqualifikationen und auch nicht die Bibliotheken in Landesträgerschaft - Stichwort ‚Bildungshoheit der Länder‘.

Dies ist insofern unverständlich, als die Schulen zunehmend mit der Gesamtverantwortung für Erziehung und Bildung betraut werden, während die Bibliotheken als Partner von den Schulen selbst zwar geschätzt und in Anspruch genommen werden, in öffentlichen Förderprogrammen jedoch kaum Anerkennung und Unterstützung erfahren. Die Förderung von Einzelprojekten ersetzt nicht den kontinuierlichen Bedarf des Bibliotheksbetriebes.

Zu der Erkenntnis, dass Deutschland bildungspolitisch nicht zu der Spitzengruppe in Europa gehört, treten zunehmend Indikatoren für den Nachweis, dass Handlungsbedarf zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit besteht und dies auch im Bildungsreich.

Die Situation der Öffentlichen Bibliotheken bietet dauerhaft Anlass zur Sorge, die durch Kreativität, Organisations- und vor allem Improvisationsgeschick des Personals allein nicht behoben werden kann.

Aus den untersuchten Studien geht der medienpädagogische und genderpolitische Auftrag für die Bibliotheken klar hervor. Ihm stellen sich die Bibliotheken derzeit durch interne Umverteilung ihrer ohnehin immer knapper gewordenen Finanzmittel. Auf diese Weise können sie ihren so offensichtlich erforderlichen Beitrag als Bildungs- und Kulturinstitute nur eingeschränkt leisten.

Das Konzept des Gender Budget mit seiner grundsätzlichen und tiefgreifenden Analytik im Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Gelder wird die Erkenntnisse der Studien bestätigen und differenzieren und die notwendigen Konsequenzen verdeutlichen.

Wie in Kapitel 4 anhand von Beispielen aufgezeigt, widmen sich die bisherigen Initiativen bei Einbeziehung der Bibliotheken derzeit ausschließlich dem Mediennutzungsverhalten. Wie in Kapitel 3 untersucht, umfasst das Konzept jedoch alle Bereiche des öffentlichen Haushalts und damit künftig auch Personal und Stellenpläne.

Da der bisherige Implementierungsprozess bis hierhin noch nicht vordringen konnte, da jedoch, wie bereits zur Mediennutzung so auch zum Bibliothekspersonal, eine Reihe empirischer Daten vorliegt, werden diese im folgenden Kapitel anhand der Analyse-Kategorie Gender untersucht und ihre Bedeutung für einen künftigen Gender Budget-Prozess erörtert.

## **6 Das Personal der Bibliothek**

Für das Jahr 2006 weist die Deutsche Bibliotheksstatistik 2.395 Bibliotheken mit hauptamtlichem Personal aus, davon 2.147 Öffentliche Bibliotheken in kommunaler und kirchlicher Trägerschaft ([www.bibliotheksstatistik.de](http://www.bibliotheksstatistik.de), 30.10.2007).

Aus den beigefügten Stellenübersichten lässt sich ersehen, dass die Öffentlichen Bibliotheken über 11.227 Stellen verfügen, davon 10.870 besetzte Stellen in Form von Vollzeitäquivalenten VZÄ, davon 7.261 VZÄ Fachpersonal. Und die Retrospektive zeigt, dass die Anzahl der ausgewiesenen Stellen im Jahr 1999 noch bei 12.490 lag, gegenüber den genannten 11.227 im Jahr 2006. Ferner wird die Anzahl der Personen erhoben, die diese Stellen bekleiden.

Hieraus ergeben sich erste Erkenntnisse über ausgewiesene Stellen, besetzte und nicht besetzte Stellen sowie über Vollerwerbs- bzw. Teilzeitarbeit.

Weitere Erkenntnisse sind zu gewinnen über die in Bibliotheken tätigen Berufsgruppen und damit über den Professionalisierungsgrad Öffentlicher Bibliotheken.

Die genannten Informationen werden jährlich veröffentlicht, sie sind zugänglich und verfügbar, auch für retrospektive Interessen. Sie können für relevante Anwendungen addiert oder für Einzelaspekte beim Hochschulbibliothekszentrum HBZ in Köln, dem derzeitigen Herausgeber, in differenzierterer Form erfragt werden. Im Gegensatz zu früheren Jahren erfolgt jedoch keine Erfassung der Vergütungsgruppen mehr, und: traditionell und bis heute keinen Aufschluss gibt dieses universal hilfreiche Dateninstrument über die Frage nach der Anzahl männlicher und weiblicher Beschäftigter in Bibliotheken. Basisdaten für eine künftige Gender-Analyse sind auf diesem Weg also nicht zu erhalten. Bereits die Erhebungsbögen müssen in mehreren Frageblöcken um diese Kategorie erweitert werden - bundesweit.

Gleiches gilt für den seit dem Berichtsjahr 1999 erstellten Bibliotheks-Index BIX der Bertelsmann Stiftung mit Unterstützung des Institutes Infas sowie repräsentativer Partner aus dem Bibliothekswesen ([www.bix-bibliotheksindex.de](http://www.bix-bibliotheksindex.de), 09.11.2007). Dieses auf freiwilliger Teilnahme basierende Bibliotheks-Ranking erfasste 2006 ca. 170 Öffentliche Bibliotheken und untersucht in den Themenblöcken ‚Kundenorientierung‘, ‚Wirtschaftlichkeit‘, ‚Angebotsorientierung‘ relational auch die Leistungseffizienz der Beschäftigten. Der vierte Themenblock gilt explizit der ‚Mitarbeitermotivation‘. Und auch hier bereits in den Erhebungsbögen keine Gender-Differenzierung. Weitere Auskunftsmittel des täglichen Gebrauches, zum Beispiel das ‚Jahrbuch der Öffentlichen Bibliotheken‘, wie auch das ‚Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken‘ liefern qua Aufgabenstellung lediglich die Gesamtzahl der Beschäftigten pro Bibliothek.

Mit ihren klassischen Auskunftsmitteln sind die Bibliotheken also nicht ansatzweise auf die Fragestellung nach ihren Beschäftigten unter Gender-Aspekten vorbereitet. Die traditionelle und nahezu universale Transparenz der Bibliotheken konzentriert sich auf ihre Leistungsbilanzen und auf das Medien- und Dienstleistungsangebot, mit dem diese Leistungen in primärer Kundenorientierung erbracht werden. Weit weniger öffentlich erfolgt der Umgang mit den Erbringern der Leistungen.

Nun sind Bibliotheken auch in dieser Hinsicht keine terra incognita und der Gender-Ansatz kann sich durchaus, auch in diesem frühen Stadium, auf aussagekräftiges

Quellen- und Zahlenmaterial stützen, selbst wenn dieses noch nicht in der erforderlichen Differenzierung pro Bibliothek pro Jahr pro Mitarbeiter vorliegt.

Wenn auch noch nicht seit dem Jahr 1828, dem so deklarierten Gründungsjahr der ersten Öffentlichen Bibliothek (zunächst Schulbibliothek, ab 1932 Stadtbibliothek) in Großenhain bei Dresden, so doch spätestens seit der Wende vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert gelten Öffentliche Bibliotheken und der in ihnen wirkende Beruf des Bibliothekars als ideales Betätigungsfeld für Frauen. Diesem Aspekt des Frauenarbeitsplatzes gelten die nächsten Kapitel der Untersuchung.

## 6.1 Frauenarbeitsplatz Bibliothek

1979 wurde erstmals mit dem Titel ‚The Role of Women in Librarianship, 1876 bis 1976‘ für die USA eine umfassende Bestandsaufnahme und Analyse des Frauenberufes Bibliothekarinnen veröffentlicht (vgl. Lüdtkke, 1992b, S. 10). Erst allmählich entwickelten deutsche Bibliothekarinnen in diesen Jahren ein Bewusstsein dafür, dass sie in einem Frauenberuf arbeiteten. „Die fast ausnahmslos männlichen Historiographen des Bibliothekswesens hatten dem Anteil von Frauen an der Entwicklung der öffentlichen Bibliotheken kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Die Namen der Bibliothekarinnen gerieten, wie auch ihre Arbeit, in Vergessenheit.“ (Lüdtkke, 1992b, S. 10).

Der retrospektive Blick in die bibliothekarische Fachliteratur erbringt, dass der Frauenarbeitsplatz in den 1970er bis 1990er Jahren auch in Deutschland Gegenstand einzelner Untersuchungen, Zeitschriftenaufsätze, Hochschulveröffentlichungen und Tagungen wurde. Besondere Erwähnung verdient hier der Aufsatz von Peter Vodosek aus dem Jahr 1981. Vodosek war langjährig Leiter der Fachhochschule Stuttgart, Fachbereich Information und Kommunikation. Er hat die Informationen seiner Zeit ‚zur Entwicklung des bibliothekarischen Berufs als Frauenberuf‘ (von den Anfängen bis 1920) zusammengetragen und mit einer umfänglichen Bibliografie versehen, dessen „Titelmaterial ... über einen längeren Zeitraum hinweg gesammelt“ (Vodosek, 1981, S. 242) wurde.

Seit Mitte der 1990er Jahre allerdings wird die bibliothekarische Diskussion, auch in eigenreflektorischer Hinsicht, wieder von ganz anderen Themen bestimmt: in den Publikationen von der zunehmenden Digitalisierung des Informationsmarktes, von

Globalisierung und demografischem Wandel sowie in der Binnensicht von Struktur-reformen und Sparmaßnahmen.

In der Geschichte der Frauenarbeit und Frauenberufe sowie der Gewerkschaften und politischen Parteien spielte und spielt die kleine Berufsgruppe der Bibliothekarinnen keine profiliert erkennbare Rolle.

Bevor das Gender-Konzept die Bibliothekarinnen aus dieser historischen Zurückhaltung herausholt und stärker sichtbar machen wird, soll zunächst der Blick auf diesen durchaus selbstbewussten Berufsstand gerichtet werden.

### 6.1.1 Feminisierung des Berufsstandes

Anspruchsvolle Arbeit für ‚bedürfnislose‘ Frauen - so überschreibt die Bibliothekarin Helga Lüdtke in ihrer verdienstvollen Anthologie ‚Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken‘ das Kapitel über die ersten Bibliothekarinnen in Deutschland (vgl. Lüdtke, 1992a, S. 25).

Der Beruf entwickelte sich als Musterfall für weibliche, nicht-industrielle Erwerbsarbeit durch „eine angeblich besondere Eignung aufgrund weiblicher Anlagen und Fähigkeiten, anfänglicher Ausbildungsnotstand, Frauenlohn, d. h. Minderbezahlung gegenüber Männern im selben Beruf und gegenüber vergleichbaren Tätigkeiten in ‚Männerberufen‘, weitestgehender Ausschluß von höheren und Leitungspositionen, Unterrepräsentierung im Vorstand von Berufsorganisationen, niedriger gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Ausscheiden aus dem Beruf bei Verheiratung, eine sehr hohe Ledigenrate.“ (Lüdtke, 1997, S. 2).

Seit Jahrhunderten galt Bibliotheksarbeit als Domäne von Männern, erst seit dem zwanzigsten Jahrhundert haben auch Frauen professionellen Zutritt zu diesem Arbeitsbereich.

Die im neunzehnten Jahrhundert entstandene Sparte der Volksbüchereien erfuhr durch die bürgerlichen Volksbildungsbestrebungen wie die Bemühungen um die Arbeiterbildung gegen Ende des Jahrhunderts eine neue inhaltliche und soziale Bestimmung. Diese Büchereien sollten, quasi als Wohlfahrtseinrichtungen, die so genannten unteren sozialen Klassen mit so genannter guter Lektüre versorgen. Diese für jedermann öffentlichen Bildungsbibliotheken sollten die Bildungsunterschiede verringern, zur Lösung sozialer Probleme und so letztendlich zur Wahrung des sozialen Friedens beitragen. „Die Volksbibliothek neuen Stils verschrieb sich dem

Kampf gegen den Alkohol und die ‚verderbende‘ Schmutz- und Schundliteratur und sollte die von ‚Reformern‘ befürchtete Auflösung vor allem der proletarischen Familie aufhalten.“ (Lüdtke, 1992a, S. 26).

Die zunehmende Industrialisierung zog auch das Wachstum der Bibliotheken in den Industriestädten nach sich und damit bald auch einen Mangel an geeignetem wie finanzierbarem Personal. Die großen Einrichtungen arbeiteten unter hauptamtlicher Leitung eines akademisch gebildeten und entsprechend dotierten Bibliothekars. Auch dieser „neue Beruf, für den es erst ab 1893 Zulassungs- und Ausbildungsregelungen gab, entwickelte sich als reine Männerdomäne, denn Frauen blieben bis 1908 in Preußen vom Universitätsstudium ausgeschlossen.“ (Lüdtke, 1992a, S. 26).

Sollten also nun diese Leiter der größeren Volksbüchereien durch zusätzliches Personal entlastet werden und gleichfalls schrittweise die neben- und ehrenamtlichen Kräfte durch fachlich qualifizierte Mitarbeiterinnen ersetzt werden, so blieb es doch oberstes Gebot, die Kosten hierfür so gering wie irgend möglich zu halten.

„Billige Arbeitskräfte, darin waren sich die bibliothekarischen Fachmänner (wie Adolf v. Harnack, Paul Schwenke, Constantin Nörrenberg, August Wolfstieg u. a.) einig, fände man am ehesten unter gebildeten Frauen, die sich ‚aus Liebe zur Sache‘ und vor allem ‚ohne große Ansprüche auf Besoldung‘ dem Dienst in der Bibliothek verschreiben würden.“ (Lüdtke, 1992a, S. 26f.).

Die amtierenden Fachleute sahen sich zu diesem Angebot anspruchsvoller Arbeit bei geringstmöglichem Lohn nicht nur wegen ökonomischer Zwänge berechtigt, sondern vielmehr auch im Hinblick auf die zeitgeistgeprägte Annahme eines archaisch weiblichen Geschlechtscharakters mit eben den Naturgaben, die eine besondere Eignung für den Bibliotheksdienst mit sich bringen und hier zu sinnvoller Entfaltung gebracht werden können. Bei Prüfung von Befähigung, auch ‚Brauchbarkeit‘ und ‚Verwendung‘ von Frauen, qualifizierten sich diese, so die frühen Quellen, wegen ihres ausgeprägten Ordnungssinnes, ihrer Genauigkeit im Detail sowie ihrer Bereitschaft, auch langweilige und eher unangenehme Tätigkeiten mit Ausdauer und Sorgfalt zu erledigen.

Auch ihre persönliche Liebenswürdigkeit, Höflichkeit und Zurückhaltung bei Ausführung dieser subalternen Tätigkeiten wurde von Vorgesetzten geschätzt. „Und ‚wenn sich mit diesen Eigenschaften ein Gefühl für Unterordnung unter den Vorgesetzten, Bescheidenheit in den Ansprüchen und die nötige Selbstverleugnung verbin-

det, so kann man ein derart ausgestattetes weibliches Wesen sehr wohl als befähigt zum bibliothekarischen Beruf erklären.“ (Lüdtke, 1992a, S. 28f.).

Diese Wertschätzung weiblicher Berufsqualifikation galt allerdings nur für so genannte mittlere Leistungen, denn die für leitende und verantwortungsvolle Positionen erforderlichen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften wurden den Frauen abgesprochen, so zum Beispiel durch den Berliner Historiker und Bibliothekar August Wolfstieg (1859 - 1922) im Jahr 1903: „Nun bin ich der Ansicht, dass man Frauen freilich nicht in dem oberen Dienste verwenden kann, weil sie sich zu energischer Dienstaufsicht, zum Aufsichtsdienste im Lesesaale, der meist mit Erteilung wissenschaftlicher Auskunft an das Publikum verbunden ist, und zu organisatorischen und schwierigen methodischen Arbeiten nur wenig eignen. Das liegt nun einmal in der Natur der Sache und wird sich schwerlich ändern. Dazu sind zu allem Aufsichtsdienst und zur Dienstaufsicht Frauen nicht zu verwenden, und das genügt schon, um sie m. E. von den höheren Stellen auszuschliessen. Aber auch an die wissenschaftlichen Kataloge möchte ich die Frauen selbständig - ich betone das: selbständig - nicht heranlassen, weil das schwächere Geschlecht im Allgemeinen zu wenig Entschlussfähigkeit besitzt und zur Führung z. B. eines wissenschaftlichen Realkatalogs gehört oft genug ein ganz energischer Entschluss zwischen tausend Zweifeln und viel Konsequenz und logisches Denken, alles Eigenschaften, die Frauen im Allgemeinen nicht eigen sind, einige hervorragende Ausnahmen allerdings abgerechnet. Ebenfalls fällt das Aussuchen von Büchern durch Damen in den wissenschaftlichen Bibliotheken aus ästhetischen Gründen von selbst fort.“ (Wolfstieg, 1992, S. 60).

Etwas milder beurteilt wird die Tätigkeit von Frauen in Volksbüchereien: „Anders ist die Lage in den Bücherhallen. Hier können Frauen, vorausgesetzt, dass die Leitung in der Hand eines akademisch und beruflich gehörig durchgebildeten Mannes bleibt, jeden Dienst versehen. In den Volksbibliotheken sind die Kataloge wesentlich einfacher und die Anordnung des viel kleineren Bücherschatzes erfolgt nach praktischen, nicht nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten, so dass die Schwierigkeit der strengen, systematischen Anordnung wegfällt. Zudem besteht hier das Publikum nicht aus Studierenden und Professoren, überhaupt nicht aus Personen, denen die Bibliothek Hilfsmittel zu wissenschaftlichen und beruflichen Arbeiten ist, sondern aus Leuten, die ihre Bildung vervollständigen, also irgend etwas lesen wollen. Das sanfte Einführen in die Litteratur, das Lesenlehren verstehen Frauen meisterhaft, hier sind sie vornehmlich an ihrem Platze.“ (Wolfstieg, 1992, S. 60f.).

Auf dieser Grundlage erfolgt dann auch die Einschätzung der erforderlichen Bildungsvoraussetzungen: „Nach diesen Gesichtspunkten ist meiner Meinung nach die Ausbildung der Damen, welche sich dem bibliothekarischen Berufe widmen wollen, zu betreiben. Es ist also nicht nötig, dass die Elevinnen studiert haben, dazu ist der Platz zu gering, den sie nachher einnehmen, ja es ist nicht einmal erforderlich, dass sie das Abiturientenexamen hinter sich haben; ich halte das deswegen nicht einmal für wünschenswert, da Damen mit derartiger Vorbildung leicht auch allzu hohe Ansprüche an die Art ihrer beruflichen Arbeit und an den Bildungsgrad der Leser stellen; es bleibt dann nicht aus, dass sie bald in beiden Arten der Bibliotheken bittere Enttäuschungen erleben und in Gefahr sind, ihr naives geistiges Verhältnis zu den Lesern aus dem Volke zu verlieren. Tüchtige Ausbildung in der Mittelschule, die Leistung, welche unsere höhere Mädchenschule von den Schülerinnen der 1. Klasse verlangt, genügt meines Erachtens vollkommen als Vorbildung für die Elevinnen.“ (Wolfstieg, 1992, S. 61).

Die auch im Bibliotheksdienst den Frauen zugeschriebene geringere körperliche Leistungsfähigkeit und seelische Labilität stehen im Konsens mit der herrschenden Auffassung in Wissenschaft und öffentlichem Leben des frühen zwanzigsten Jahrhunderts, siehe dazu Kapitel 1.4.3.

In dieser Zeit waren die Erwerbsmöglichkeiten für bürgerliche Frauen, die nicht durch Familie oder Ehemann versorgt wurden, äußerst beschränkt. „Unter den freien oder selbständigen Berufen, also denjenigen Erwerbszweigen außerhalb von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Heimarbeit oder Dienstbotenarbeit, waren für Frauen nur Tätigkeiten als Lehrerin, Kindergärtnerin, Krankenpflegerin oder Künstlerin möglich und ‚respektabel‘. Immer mehr ledige Frauen mit höherer Mädchenschulbildung aber drängten auf den Arbeitsmarkt.

So war es verständlich, daß ein neuer, ‚gebildeter‘ Frauenberuf, der der Bibliothekarin, zunächst freudig begrüßt wurde.“ (Lüdtke, 1992a, S. 33).

Die für die zunehmende Professionalisierung des bibliothekarischen Dienstes an Volksbibliotheken sowie des mittleren Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken erforderliche Ausbildungs- und Prüfungsordnung mit Diplomabschluss entstand 1909 als erster, 1916 als überarbeiteter Erlass des preußischen Kultusministeriums und schuf die Voraussetzungen für einheitlich geregelte Anstellungs- und Verdienstmöglichkeiten.



Diese gehen eindrucksvoll aus einer ‚Übersicht der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse bibliothekarisch arbeitender Frauen‘ hervor, deren Daten 1911 „unter schwierigen Bedingungen reichsweit erhoben worden waren“ (Lüdtke, 1992a, S. 39) und namentliche Angaben enthalten zu Dienstvertrag, Kündigungsfrist, Gehalt, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen sowie Pensionsberechtigung, Krankengeld und Privatversicherung.

Die Übersicht erfasst 89 öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken aus 49 Städten und Gemeinden.

Eine derart detaillierte Datenerhebung zur Frauenarbeit in Bibliotheken ist seitdem nicht wieder vorgenommen worden.

„Für 1911/12 wurden im Reichsgebiet insgesamt 467 von Frauen besetzte Bibliothekstellen gezählt (207 an wissenschaftlichen, 260 an öffentlichen Bibliotheken).“ (Lüdtke 1992a, S. 44).

Der Arbeitsalltag unter den Gehalts- und Anstellungsbedingungen erwies sich als durchaus belastend für die Gesundheit: „Mit der Belastungsfähigkeit schien es oft schlecht bestellt. Auffallend häufig mußten aktive Frauen in der ‚Vereinigung bibliothekarisch arbeitender Frauen‘ wegen Erkrankung und aus ‚Gesundheitsrücksichten‘ ihre Ämter niederlegen. Kuren wurden vom Arbeitgeber nicht bezahlt, der Jahresurlaub betrug mancherorts nur zwei Wochen, und die Ernährung war den Umständen entsprechend sparsam. Der Theken-Ausleihdienst erwies sich als große physische und psychische Anstrengung: ständiges Stehen und Herumlaufen hinter der Theke, dazu die schlechte Luft und künstliches Licht im Ausleihraum sowie eine gehörige Portion Konzentration auf die unterschiedlichsten Benutzer und ihre Wünsche.

Die tägliche Arbeitszeit von sieben bis acht Stunden war wegen der abendlichen Öffnungszeiten häufig zweigeteilt, so daß die Zeit nach Dienstschluß nicht zur Entspannung genutzt werden konnte. ‚Der Beruf der Bibliothekarin zwingt also diejenigen, die darin Tüchtiges leisten und sich noch fortbilden wollen, mit manchen lieb gewordenen gesellschaftlichen Traditionen und Sitten zu brechen‘ (gemeint waren ausgedehnte Briefwechsel, Handarbeiten, Theaterbesuche, Tennisspiel).“ (Lüdtke, 1992a, S. 36f.).

Nach 1911 legten auch Männer das preußische Diplomexamen für den mittleren Dienst ab, zu über 90 % blieben es jedoch Frauen, die diesen Beruf ergriffen (vgl. Lüdtke, 1992a, S. 46).

„In den 20er Jahren waren vier von fünf Beschäftigten in den Volksbüchereien Frauen. Sie waren von mehrfacher Diskriminierung betroffen: gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen, z. B. Postbeamtinnen, waren sie unterbezahlt, und im Vergleich zu den männlichen Kollegen erhielten Bibliothekarinnen ungeachtet gleicher Ausbildung und Leistung um durchschnittlich 10 Prozent geringere Gehälter; ihre Eingangs-Eingruppierungen waren häufig ungünstiger, und sie hatten deutlich schlechtere Anstellungs- und Aufstiegschancen; ein geringerer Prozentsatz als bei den Männern wurde in das Beamtenverhältnis übernommen (was für ledige Bibliothekarinnen - und das waren immerhin 95 Prozent - wegen der Alterssicherung von größter Bedeutung war!). Dazu kam der allgemeine Druck, bei Verheiratung den Beruf aufzugeben.

Trotzdem hielten sich Volksbibliothekarinnen ausgesprochen zurück, ihre Minderbezahlung einzuklagen.“ (Lüdtke, 1992c, S. 73).

So werden denn auch die 1920er und frühen 1930er Jahre für die Entwicklung der Volksbüchereien als unbefriedigende Periode angesehen: „Mangelnde ideelle und durch die Hyperinflation verschärft finanzielle Unterstützung durch die Gemeinden, der ab 1924 forcierte Stellenabbau (der vor allem verheiratete Frauen traf) bzw. die Nichtwiederbesetzung von Stellen im öffentlichen Dienst, dazu ein seit 1913 andauernder, kräfteverschleißender ‚Richtungsstreit‘ innerhalb der Zunft um die ‚richtige‘ Volksbildungsarbeit der Volksbücherei lähmten und behinderten den Ausbau des Volksbüchereiwesens.“ (Lüdtke, 1992c, S. 73).

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit betraf auch das Bibliothekspersonal und verstärkte die Konkurrenz zwischen männlichen und weiblichen Bewerbern. Obwohl weiterhin erheblich weniger Männer als Frauen das Examen ablegten, so verschoben sich bei Anstellung die Zahlen zugunsten der Männer. Nachdem die Frauen die Pionierleistungen der Anfangsjahre erbracht hatten, wurde der Beruf für Männer zunehmend interessant. Doch das „würde sich, so hoffte manche Bibliothekarin, außerdem auf die Reputation des BibliothekarInnenberufes, die von ihnen selbst als gering eingeschätzt wurde, und somit auf eine - bessere - Besoldung nur günstig auswirken“ (Lüdtke, 1992c, S. 75).

Das Image der Bibliothekarin als gebildet, ledig, kinderlos verdankt sich dem Umstand, dass die zahlreichen verheirateten Bibliothekarinnen mit diesem Schritt in erzwungener Freiwilligkeit ihren Beruf aufgaben.

„Zwar war die sogenannte Zölibatsklausel, die Beamtinnen eine Heirat untersagte, durch die Weimarer Reichsverfassung aufgehoben worden, aber auf Reichsebene führte sie der Gesetzgeber als Notstandsverordnung wieder ein, so in Verbindung mit der Personalabbau-Verordnung von 1923 oder im ‚Dritten Reich‘ in Form der Doppelverdiener-Regelung. Wenn auch verheiratete angestellte Bibliothekarinnen rechtlich nicht zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes gezwungen werden konnten, so galten doch für Frauen Beruf und Familie weithin als unvereinbar. ... Diejenigen, die im Beruf verblieben ... waren also fast ausnahmslos ledig und kinderlos.“ (Lüdtke, 1992c, S. 78).

Und diese hatten durchaus ein berufliches Selbstverständnis und Selbstbewusstsein entwickelt. Hervorragend ausgebildete, erfahrene, sachkundige und ausgesprochen engagierte Frauen leiteten während der Weimarer Republik Mittel- und Großstadtbibliotheken und einige der Büchereischulen. „In Elise Hofmann-Bosse und Maria Steinhoff hatten die Büchereischulen in Leipzig (ab 1914) und Köln (ab 1928) richtungsweisende Leiterinnen, ohne Johanna Mühlenfeld und Therese Krimmer (Berlin) läßt sich die Kinderlesehallen- und Kinderbibliotheksarbeit nicht denken, unter Lilli Volbehrs Leitung wurde 1933 in Hamburg die erste moderne großstädtische Gesamtfreihandbibliothek nach angelsächsischem Vorbild eröffnet. Helene Nathan praktizierte seit 1921 im Neuköllner Arbeiterquartier benutzernahe Formen der Ausleihbarkeit, und in Charlottenburg schuf Marie Nörenberg Büchereiangebote für Blinde und erwerbslose männliche Jugendliche.“ (Lüdtke, 1992c, S. 78f.).

Zu den auch heute noch bekannten Pionierinnen zählen ferner Bona Peiser (1864 - 1929), die Berliner „Wegbereiterin der Bücherhallenbewegung und Deutschlands erste Volksbibliothekarin“ (Adametz, 1992, S. 133), sowie Bennata Otten (1882 - 1955), die „langjährige Leiterin der Lübecker Öffentlichen Bücher- und Lesehalle“ (Jank, 1992, S. 151).

Auch stieg der Anteil der Akademikerinnen in den Volksbibliotheken durch den nun in Deutschland ermöglichten Zugang der Frauen zu den Universitäten.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 wurden auch zahlreiche Männer und Frauen aus dem Bibliotheksdienst entfernt, zum Ausscheiden gedrängt oder in den einstweiligen Ruhestand versetzt, so zum Beispiel Helene Nathan (1885 – 1940), die 1921 bis 1933 als Leiterin der Stadtbücherei des Berliner Arbeiterbezirkes Neukölln wirkte, 1933 wegen jüdischer Herkunft und SPD-Zugehörigkeit aus dem Amt gedrängt wurde und sich 1940 das Leben nahm (vgl. Bertz, 1992, S. 187f.).

Der Volksbibliothekar Walter Hofmann (1879 - 1952) vertrat 1933 zudem die Ansicht: „Die Frage der Frauenarbeit in der Volksbücherei darf heute nicht vom ‚Standpunkt der Frau‘ aus betrachtet werden. Ist diese Arbeit für die Volksbücherei unentbehrlich, dann muss sie erhalten bleiben, ist sie das nicht, dann muss sie ebenso verschwinden wie die industrielle Frauenarbeit verschwinden muss, wenn unser Volk genesen soll.“ (Hofmann, 1992, S. 103). Für sämtliche Spezialleistungen in Beruf wie privatem Haushalt hält er den Mann für ‚weit überlegen‘, der jede ‚Arbeit besser bestellen kann‘. Den Frauen billigt er die Fähigkeiten zu, ‚Atmosphäre‘ im volksbibliothekarischen Alltag schaffen zu können, doch ‚ihre eigentliche Aufgabe‘ erfüllen sie als Hausfrauen: „Dass in der deutschen Welt, die ohne spezialisierte Höchstleistung auf allen Einzelgebieten des Lebens nicht mehr bestehen kann, doch das Haus, diese Stätte menschlich-ganzheitlichen Lebens erhalten bleibt, ist eine volksbiologisch-seelische Notwendigkeit ersten Ranges. Und in der Pflege und der Erhaltung des Ganzen, im Leben im Ganzen, da erfüllt die Frau ihre eigentliche Aufgabe. Dieses Leben im Ganzen ist es geradezu, was ihr die Höchstleistung auf einem der Teilgebiete verwehrt.“ (Hofmann, 1992, S. 103).

Trotz Mutterkreuzideologie erfolgte jedoch kein genereller Zwang für die Frauen zum Rückzug ins Private. Allerdings wurden Frauen „dazu angehalten, aus dem Erwerbsbereich auszusteigen. Beispielsweise gewährte das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 Männern, deren Ehefrauen ihre Erwerbstätigkeit aufgaben, eine Prämie von bis zu 1.000 Reichsmark.“ (Antonic/Hogrefe/Meyer, 2005, S. 35).

Frauen, denen Ehe und Familie versagt war, lebten die ihnen zugeschriebene soziale Mütterlichkeit in der bibliothekarischen Praxis. Nach 1939 mussten sie die kriegsbedingte Abwesenheit der Männer mit einem noch höheren Maß an Verausgabung ersetzen.

So sorgten sie dafür, dass die Volksbüchereien immerhin bis zum vollständigen Zusammenbruch weiterarbeiten konnten. Nach 1945 drängten die Männer zurück in die zivilen Berufe, insbesondere in die Führungspositionen.

Der Frage nach Inhalt und Qualität der bis 1945 so standhaft aufrechterhaltenen Literaturvermittlung wird in diesem Zusammenhang nicht weiter nachgegangen, da für diese Untersuchung in diesem Kapitel nicht zielführend.

In der Preußischen Staatsbibliothek Berlin absolvierten 1920 von insgesamt 66 Diplomanden 87 % Frauen die Diplomprüfungen, 1940 von insgesamt 215 Diplo-

manden 79 % Frauen. Die unregelmäßig erschienenen ‚Jahr-‘ bzw. ‚Handbücher der deutschen Volksbüchereien‘ verzeichneten für das Jahr 1926 in Volksbüchereien 853 Beschäftigte, ohne Angabe zur Geschlechterspezifika, für das Jahr 1940 bereits 1284, davon ca. 73 % Frauen (vgl. Lüdtker, 1992c, S. 89).

Durch Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und die zunehmende Präsenz von Mädchen und Frauen an Gymnasien und Universitäten hat die Rolle der berufstätigen Frau ihren Ausnahmestatus überwunden.

Geblichen ist die Feminisierung eines Berufsstandes, auf den die amerikanische Geschichtsprofessorin Dee Garrison bereits im Jahr 1972 öffentlich hinwies. „Die amerikanische Historikerin Dee Garrison hat als erste - für die USA - den geringen Status des Bibliothekarberufes und seine vergeblichen Bemühungen um die Anerkennung als Profession mit der ‚Feminisierung‘ in Zusammenhang gebracht. Sie bezieht die Auswirkungen der Feminisierung auch auf die Institution Bibliothek und deren unsicheren Status. Bibliothekarinnen hätten sich den herrschenden Rollenzuweisungen bereitwillig angepaßt, sie sogar langfristig noch stabilisiert, z. B. durch fehlendes Streben nach Autonomie, mangelnde Aufstiegsmotivation und eingeschränktes berufliches Engagement. Mit ihrer Arbeit in der Bibliothek und der Betonung des ‚Dienstens‘, das immer als ‚weibliche‘ Eigenschaft gesehen wurde, hätten sie vielmehr zur Erhaltung des traditionellen weiblichen (Selbst-)Images beigetragen.

Feministische Bibliothekshistorikerinnen haben diese These inzwischen heftig kritisiert, weil dadurch Bibliotheksmitarbeiterinnen zu pauschal und einseitig für negative Entwicklungen verantwortlich gemacht werden.“ (Lüdtker, 1997, S. 7f.).

Für die frühen Jahre und ihre Langzeitfolgen stellt Garrison fest: „Unvermutet aber befanden sich die AmerikanerInnen in den Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende in einer sozialen Umwälzung, in der sich tiefgreifende Veränderungen in der Haltung gegenüber Frauen und ihrer Berufstätigkeit vollzogen.

Die öffentlichen Bibliotheken in den USA spielten dabei eine wichtige Rolle, denn die Feminisierung des Bibliothekarberufs schritt rasch voran. 1852 wurde die erste Büroangestellte von der ‚Boston Public Library‘ eingestellt; 1878 waren bereits zwei Drittel aller in dieser Bibliothek Beschäftigten weiblich, und 1910 waren 78,5 Prozent der Bibliotheksangestellten in den USA Frauen. Der Bibliothekarberuf wurde in dieser Hinsicht nur noch vom Lehrerberuf als dem am stärksten feminisierten Beruf übertroffen.

Gebildete Frauen, die etabliertere Berufe anstrebten, stießen auf Widerstand. So ist es nicht verwunderlich, daß sie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vor allem in die Bibliotheksarbeit strömten. In diesem schnell wachsenden Beschäftigungszweig wurden gering bezahlte, aber gebildete Arbeitskräfte benötigt. Da Arbeitsplätze reichlich vorhanden waren, aber auch weil Frauen selbst der Überzeugung waren, die Bibliotheksarbeit entspreche den angenommenen weiblichen Beschränkungen, wurde ihnen der Zutritt durch männliche Bibliothekare nicht verwehrt. Der Bibliothekarberuf paßte sich schnell der eng begrenzten Sphäre weiblicher Beschäftigungen an. Er schien mit der Hausarbeit vergleichbar, galt als kulturelle Aktivität, erforderte keine besonderen Fachkenntnisse oder Körperkraft und brachte wenig Kontakt mit den ‚ungehobelten‘ Teilen der Gesellschaft. So konnte Melvil Dewey, als er um die Jahrhundertwende den idealen Bibliothekar beschrieb, voraussagen: ‚Die meisten Männer, die diesem Idealbild entsprechen, werden Frauen sein.‘

Die Feminisierung des Bibliothekarberufs hatte jedoch unvorhergesehene Langzeitfolgen. Die zahlenmäßige Dominanz von Frauen sollte tiefgreifende Auswirkungen auf den Professionalisierungsprozeß und auf die Angebote der Bibliotheken haben. Die Eigenheiten der Bibliotheksarbeit, eine der wenigen Erwerbsquellen für gebildete Frauen im ausgehenden 19. Jahrhundert, trugen dazu bei, daß der niedrige Status von Frauen in der amerikanischen Gesellschaft auf unabsehbare Zeit erhalten blieb. Vor allem hat der hohe Frauenanteil dazu beigetragen, daß der öffentlichen Bibliothek trotz ihrer Bedeutung als wichtiger kultureller Einrichtung nur eine zweitrangige und zudem ungesicherte Stellung zukam und ihre Entwicklung zu einer marginalen öffentlichen Unterhaltungseinrichtung befördert.“ (Garrison, 1992, S. 245f.).

Ein ähnlich düsteres Bild von der Feminisierung des Berufsstandes zeichnet die amerikanische Professorin und Bibliothekswissenschaftlerin Suzanne Hildenbrand: „Von zentraler politischer Bedeutung für das amerikanische Bibliothekswesen ist die Macht einer Minderheit von Männern, die den Beruf wie auch seine Geschichtsschreibung geprägt hat - vor allem aber auch das Verhalten der Frauen. Während die Professionalisierung, begleitet von Einkommens- und Statusverbesserungen, stets mit ‚Maskulinisierung‘ gleichgesetzt worden ist, wird die Feminisierung des Berufes mit dessen Verfall und Niedergang in Verbindung gebracht. Entsprechend sind seit dem ersten Auftauchen von Frauen in Bibliotheken bis hin zur Gegenwart Männer auf Kosten von Frauen privilegiert worden, und zwar von Männern wie von Frauen.“ (Hildenbrand, 1992, S. 270).

Und so gehören daher zu ihren Kernforderungen: die Zahl der Studien zu erhöhen über bedeutende Bibliothekarinnen einschließlich der Rahmenbedingungen für ihr Wirken. Und sie fordert von den Ausbildungsstätten die Lehre einer Bibliotheksgeschichte, die die Frauen berücksichtigt. Ferner müsste „Bibliotheksarbeit im Vergleich zu ähnlicher Arbeit neu bewertet werden, um die Gehälter in Bibliotheken insgesamt anzuheben. Vor allem müssten jene Arbeitsgebiete, in denen der Frauenanteil noch über dem Berufsdurchschnitt liegt, und wo deshalb die Gehälter besonders niedrig sind, überprüft werden.“ (Hildenbrand, 1992, S. 274).

Und vor allem „sollten Untersuchungen zum Verhältnis von Frauen- und Männerrollen im Bibliothekswesen für die feministische Bibliotheksforschung an erster Stelle stehen“ (Hildenbrand, 1992, S. 273).

Diese weitsichtige Forderung hat mittlerweile Eingang in die Genderforschung gefunden.

### 6.1.2 Gegenwärtige Situation

Da die im bibliothekarischen Alltag üblichen standardisierten Statistiken keinerlei geschlechterspezifische Differenzierung aufweisen und diese bisher auch nicht geplant ist, muss auf Einzeluntersuchungen zurückgegriffen werden.

Eine der jüngsten Veröffentlichungen entstand in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und untersucht ‚die Rolle der Frau in Bibliotheken und Informationseinrichtungen‘ (vgl. Krauß-Leichert/Gerber, 2005) unter anderem anhand einer Befragung für das Jahr 2002. Die Publikation ist erschienen in der Schriftenreihe ‚Gender in den Angewandten Wissenschaften‘, und dementsprechend zielorientiert erweist sich der Fragenkatalog. Aus den im Anschluss zu erläuternden Gründen sei er hier wiedergegeben.

#### 1. Wo arbeiten Sie?

In einer Öffentlichen Bibliothek

In einer Wissenschaftlichen Bibliothek

In einer Informationseinrichtung

2. Zu welcher Altersgruppe gehören Sie?  
bis 25  
26 - 35  
36 - 45  
46 - 55  
älter
3. Sind Sie weiblich oder männlich?
4. Wie viele weibliche und männliche Mitarbeiter arbeiten in Ihrem Betrieb?
5. Wird die Leitungsposition in Ihrem Betrieb von einem weiblichen oder männlichen Mitarbeiter besetzt?
6. Wenn Sie dazu bereit sind, teilen Sie uns bitte mit, ob die Person, die die Leitungsposition ausfüllt, Kinder hat.
7. Gibt es in Ihrem Betrieb das Teilzeit-Arbeitsverhältnis?  
Wenn ja: Wird dieses Angebot auch von Männern genutzt?
8. Gibt es in Ihrem Betrieb Telearbeitsplätze?  
Wenn ja, von wem werden sie genutzt?  
Frauen  
Männer  
Beiden
9. Gibt es in Ihrem Betrieb frauen- oder männerspezifische Tätigkeiten, d. h. Tätigkeiten, die größtenteils nur von Frauen bzw. größtenteils nur von Männern ausgeübt werden?  
Wenn ja, welche?
10. Wie beurteilen Sie das Arbeitsverhältnis zwischen Männern und Frauen in Ihrem Betrieb?  
sehr gut  
gut  
befriedigend  
nicht besonders  
schlecht  
egal
11. Was sagen Sie zum Vorurteil, dass in Bibliotheken ‚graue Mäuse‘ arbeiten und dass in Informationseinrichtungen nur Karriere-Frauen zu finden sind?



12. Wie beurteilen sie die Rolle der Frau in Ihrem Betrieb?
13. Wie sehen Sie die Position bzw. Rolle der Frau in Ihrem Berufsfeld in der Zukunft? (vgl. Gerber/Mundt/Rabe, 2005, S. 64ff.).

Ergebnisorientiert wird hier früh die Sicht auf den Dienstbetrieb geschlechterspezifisch nach männlicher oder weiblicher Sozialisation der Befragten getrennt und diese Sicht wiederum differenziert auf den Betrieb und die Führungsebene gelenkt. Vollends gendergerecht die Fragen 9 und 10, die sich nach den vorangegangenen Differenzierungen mit dem Geschlechterverhältnis befassen - auch hier auf der Grundlage von Frage 3 aus weiblichem bzw. männlichem Blickwinkel.

Der Fragenkatalog ging an 150 Einrichtungen, je 50 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken sowie Informationseinrichtungen und führte zu einer verwertbaren Rücklaufquote von 54 %.

Danach ergibt sich folgende Geschlechterverteilung: in den befragten Öffentlichen Bibliotheken arbeiten zu 85 % Frauen, in den Wissenschaftlichen Bibliotheken 68 % und in den Informationseinrichtungen ca. 50 % (vgl. Gerber/Mundt/Rabe, 2005, S. 72).

Für die Leitungspositionen ergibt sich folgendes Bild: die befragten Öffentlichen Bibliotheken werden zu 83 % von Frauen geleitet, die Wissenschaftlichen Bibliotheken (bedauerlicherweise nicht in absoluten Zahlen angegeben) zu ca. 38 % und die Informationseinrichtungen zu 26 % (vgl. Gerber/Mundt/Rabe, 2005, S. 73f.).

Als generelle Einschränkung dieser Datenerhebung muss die geringe Anzahl der befragten Bibliotheken gesehen werden sowie die lediglich bei 27 % liegende Rücklaufquote aus den Informationseinrichtungen.

Verdienstvoll ist die Studie vor allem wegen ihrer relativen Aktualität und der genderdifferenzierten Einzelergebnisse.

Die Autorinnen kommen zu dem Fazit: „Im Öffentlichen Dienst, vor allem in den Öffentlichen Bibliotheken, kann eine Frau Kinder mit einer beruflichen Leitungsposition vereinbaren, d. h. Karrierechancen sind hier gegeben. Anders sieht es in den Informationseinrichtungen der freien Wirtschaft aus, hier ist es für Frauen schwerer, Karriere zu machen.“ (Gerber/Mundt/Rabe, 2005, S. 92).

Die Arbeitsatmosphäre wird in allen Einrichtungen eher positiv bewertet. In den Bibliotheken arbeiten mehr Frauen als Männer, während die Geschlechterverteilung in den Informationseinrichtungen stark variiert.

„In allen Einrichtungen wird das Klischee der Bibliothekarin als ‚graue Maus‘ heute zum großen Teil nicht mehr bestätigt. Jedoch ist dieses Stereotyp immer noch virulent, obwohl jede Mitarbeiterin überzeugt ist, selbst keine ‚graue Maus‘ zu sein. Die derzeitige Rolle der Frau im Betrieb wird genau wie die zukünftige als gleichberechtigt eingeschätzt.

Nach unseren Ergebnissen werden Bibliotheken noch so lange ein Frauenbereich bleiben, solange sich an Bezahlung und Aufstiegschancen nichts ändert . ... Eine wichtige Voraussetzung für die positive Entwicklung der Rolle der Frau in Bibliotheken und Informationseinrichtungen ist, dass Frauen zukünftig mit den Neuen Medien und den technischen Entwicklungen offensiver umgehen und dass alte Strukturen aufgebrochen werden.“ (Gerber/Mundt/Rabe, 2005, S. 92f.).

Als eine der wenigen Einzeluntersuchungen beschäftigt sich eine Diplom-Arbeit an der Fachhochschule Hamburg mit dem Thema ‚Beispielhafte Überlegungen zum Frauenarbeitsplatz Bibliothek im Spannungsfeld struktureller Dezentralisierungsbestrebungen‘ von Birgit Knott aus dem Jahr 1996. Eine recht umfangreiche, verdienstvolle Arbeit, die in diesem Zusammenhang genannt sein, jedoch keine weitere Vertiefung erfahren soll, da sie sich ihrerseits auf die hier nachfolgend untersuchte Quelle stützt und sich im praxisbezogenen Teil auf eine ausgewählte Bibliothek - Stadtbibliothek Paderborn - konzentriert.

Zum Versiegen weiterer aktueller Publikationen mit bibliothekspolitischen Grundsatzthemen hat sicherlich auch die Schließung des Deutschen Bibliotheksinstitutes seit 1999 (Abwicklung bis 2003) beigetragen, der einzigen hautamtlich betriebenen zentralen Service-Einrichtung für Bibliotheken.

In seiner Schriftenreihe ‚DBI-Materialien‘ erschien 1995 eine Untersuchung über ‚Berufsbild und Selbstverständnis der Bibliothekare in Deutschland 1994‘, die auch der Geschlechterperspektive mehrere Kapitel widmet.

„Im Januar/Februar 1994 wurden von einer Arbeitsgruppe Berliner Bibliothekare 1000 Fragebögen an Öffentliche Bibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland verschickt. Unsere Überraschung war sehr groß, als 777 Bibliothekare den Fragebogen ausgefüllt an uns zurücksandten. Eine so hohe Rücklaufquote gehört zu den ganz seltenen Erfolgen der Umfrageforschung. Meistens erreichen die Umfrage-Institute nicht mehr als 30 % Rücklauf auf schriftliche Befragungen. Wir interpretieren dieses Ergebnis als Ausdruck eines großen Interesses der Bibliothekare und Bibliothekarinnen für ihren Beruf ...“ (Arndt, 1995, S. 7).

Ist diese Studie auch zehn Jahre vor der eingangs untersuchten Erhebung erschienen, so zeichnet sie sich durch ihre größere soziodemografische Repräsentativität aus. Sie differenziert nach

- Bundesländern
- Bibliotheksgröße, auf der Grundlage der Sektionen I bis III des Deutschen Bibliotheksverbandes. Allerdings werden Sektion I (Öffentliche Bibliotheken in Städten mit über 400.000 Einwohnern) und Sektion II (Öffentliche Bibliotheken in Städten mit 100.000 bis 400.000 Einwohnern) zusammengefasst
- Dienstgrad der Bibliothekare. Pro Bundesland und Sektion erfolgt eine Differenzierung nach Zugehörigkeit der Bediensteten zum höheren oder gehobenen Dienst, bzw. zur Gruppe der Beamten oder Angestellten.

Die Auswertung birgt summarisch zunächst wenig Überraschendes: „Für das am meisten ins Auge fallende soziodemographische Ergebnis hätten wir keine Umfrage machen müssen: Jeder weiß, daß in den Öffentlichen Bibliotheken Frauen fast unter sich sind. Die Auswertung unserer Umfrage zeigt: Im Durchschnitt sind von den Bibliothekaren der Öffentlichen Bibliotheken 14 % Männer und 86 % Frauen.“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 13).

Relativ gesehen befinden sich die meisten männlichen Bibliothekare in Bayern und Baden-Württemberg, wohingegen die Frauendominanz in Ost-Deutschland überwältigend ist. „In den neuen Bundesländern ist nur jeder zwanzigste Bibliothekar ein Mann.“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 13).

Erst die weitere Auswertung gibt Aufschluss über Hintergründe, Kausalzusammenhänge, unterschiedliche Interessenschwerpunkte und Wirkungseinschätzungen der Geschlechter. „Zunächst zeigt der hochsignifikante Altersunterschied und die Differenz im Familienstand, daß sich die Bibliothekarinnen sehr viel früher und in einer anderen Lebenssituation als die Bibliothekare für die Arbeit in der Öffentlichen Bibliothek entscheiden. Ihre männlichen Kollegen haben offensichtlich bereits andere Berufserfahrungen hinter sich, wenn sie in die Bibliothek einsteigen. Jeder dritte Mann (36 %) gibt an, über die fachspezifische Ausbildung hinaus eine andere berufsqualifizierende Ausbildung gemacht zu haben. Entsprechend niedriger scheint seine Verbundenheit mit dem Beruf zu sein. Nur 29 % würden ihren bibliothekarischen Beruf noch einmal wählen, bei den Frauen sind es 44 %.“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 15f.).

In diesem Zusammenhang steht sicherlich auch die geschlechterspezifische Einschätzung von Image und Außenwirkung des Berufsstandes. Bei den extrovertierten Persönlichkeitsmerkmalen beurteilen die Frauen in wesentlich höherem Maß den Berufsstand als intelligent, kreativ, erfinderisch, humorvoll, fortschrittlich und lebhaft, als dies die befragten Männer tun. Bei den introvertierten Merkmalen schätzen vor allem die Männer den Berufsstand als eher ruhig, bescheiden und langweilig ein (vgl. Kneschke/Koch, 1995, S. 37ff.).

Diese Binnensicht der männlichen Berufsangehörigen auf ihre weiblichen und männlichen Kollegen entspricht dem Ergebnis einer öffentlichen Umfrage der IFLA (International Federation of Library Associations) aus dem Jahr 1992, in der die befragte Öffentlichkeit dem bibliothekarischen Berufsstand zwar ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und Ordnungsliebe attestiert, in der jedoch ebenfalls deutlich wird, dass die Fremdeinschätzung von der Selbsteinschätzung in den Kriterien Kreativität, Erfindungsreichtum und Humor der Bibliothekare erheblich abweicht (vgl. Kneschke/Koch, 1995, S. 27).

Wenn nun der Blick der Frauen auf ihren Beruf so viel positiver ausfällt als der der Männer, so stellt sich die Frage: „Wählen also Frauen den bibliothekarischen Beruf aus Überzeugung und Männer aus gezielten Karrieregründen?“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 16). Dafür spricht einiges.

Die männlichen Bibliothekare sind zu 21 % verbeamtet, die weiblichen zu 10 %. „Weiterhin gibt jeder zweite Mann, aber nicht einmal jede dritte Frau an, ein Bibliothekssystem oder eine Abteilung in der Bibliothek zu leiten. Umgekehrt geben weibliche Bibliothekare erheblich häufiger als die Männer an, keine leitende Funktion auszuüben (32 %). Wertet man die Ergebnisse für die Bibliothekare in den alten Bundesländern gesondert aus ... , treten die geschlechtsspezifischen Unterschiede sogar noch deutlicher hervor.

Es zeigt sich also, daß die männlichen Bibliothekare beruflich besser abgesichert sind als ihre weiblichen Kollegen. Durch ihre höheren Positionen werden sie außerdem aller Voraussicht nach auch mehr verdienen.

Wie können diese Differenzen interpretiert werden?

Zunächst scheint das von Frauen so häufig kritisierte Modell des beruflichen Erfolgs auch im Bibliotheksbereich zum Tragen zu kommen. Es reicht ja offensichtlich in diesem frauendominierten Beruf aus, männlichen Geschlechts zu sein, um in der Öffentlichen Bibliothek eine leitende Position zu erreichen. Mit der beruflichen Ausbil-

dung kann dieser geschlechtsspezifische Unterschied jedenfalls nicht erklärt werden. Im Vergleich unterscheiden sich die Männer und Frauen in ihrer Ausbildung nicht voneinander ...“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 17).

Bei der Suche nach den Ursachen für dieses Ungleichgewicht wird die bereits genannte Mehrfachqualifikation bei Männern durch Studien- und Berufswechsel in Betracht gezogen sowie die größere Affinität der männlichen Bibliothekare zu den gerätebezogenen Informationstechniken. „Das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht in der beruflichen Position scheint daher vor allem mit Unterschieden im Berufsverständnis zwischen männlichen und weiblichen Bibliothekaren zu tun zu haben. ... Nicht nur die Berufsmotivation ist bei den weiblichen Bibliothekaren ungleich höher als bei den Männern, auch der Unterschied in der Teilzeitarbeit ist nicht groß genug, um die Differenz in der beruflichen Position zu erklären ...“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 19).

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein weiterer Aspekt, der erst bei näherer Betrachtung in den geschlechterpolitischen Kontext gehört: Lediglich 11 % der Bibliothekare in Öffentlichen Bibliotheken sind verbeamtet. Im Vergleich mit den Bibliothekaren im Angestelltenverhältnis haben sie häufig eine längere Ausbildung und die Qualifikation für den höheren Dienst.

In Führungspositionen sind sie nicht nennenswert häufiger vertreten als ihre angestellten Kollegen, wohl aber als Leiter von Spezialabteilungen. Ihr Durchschnittsalter liegt über dem der Angestellten.

„Vor dem Hintergrund ihrer Ausbildung, ihres Alters und ihrer beruflichen Position war es daher überraschend festzustellen, daß die Antworten der verbeamteten Bibliothekare im Vergleich zu den Angestellten von Unzufriedenheit und Mutlosigkeit gefärbt waren.“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 20).

Als einer der Gründe hierfür wird angeführt: „Ein Grund für die Mutlosigkeit kann darin liegen, daß 90 % der Beamten in unserer Umfrage in Großstadtbibliotheken arbeiten. Wie wir alle wissen, haben hauptsächlich die Großstadtbibliotheken in den letzten zehn Jahren Einbußen, Einschränkungen und Abbau hinnehmen müssen, von konzeptionellen Weiterentwicklungen kann kaum die Rede sein. ... Die Schwerfälligkeit der Großstadtbibliotheken trägt darüber hinaus dazu bei, daß Kreativität und Engagement nicht hinreichend schnell zum Tragen kommen. Man kann die Unzufriedenheit der verbeamteten Bibliothekare sogar als einen Gradmesser für die Schwierigkeit der Großstadtbibliotheken verstehen, flexibel und mit neuen Konzep-

ten auf die neue Medienlandschaft und die Herausforderungen der Informationsgesellschaft zu reagieren.“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 21).

Das bedrückende Fazit der Studie: „Die soziodemographische Auswertung hat zum einen gezeigt, daß die weiblichen Bibliothekare der Öffentlichen Bibliotheken Deutschlands sich über ihre Karriereplanung Gedanken machen sollten. Es können unserer Meinung nach keine anderen als die Frauen selbst dafür verantwortlich gemacht werden, daß bei einer so hervorragenden Ausgangsposition in einem frauen-dominierten Beruf die leitenden Positionen häufig von den Männern eingenommen werden.

Zum anderen zeigt die Unzufriedenheit der verbeamteten Bibliothekare aus den Großstadtbibliotheken, daß es um die einstigen Flaggschiffe der Öffentlichen Bibliotheken nicht gut bestellt ist. Wenn die Mitarbeiter den Mut verlieren und die neuen Herausforderungen nicht mehr sinnvoll in bibliothekarische Aufgaben umsetzen können, müssen Größe, Strukturen und organisatorische Hemmnisse überdacht und geändert werden.“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 21 f).

Dass die Frauen und die Bibliotheken dies aus eigener Kraft erreichen können, darf bezweifelt werden. Auch zehn Jahre nach der Studie haben sich die Rahmenbedingungen nicht zum Besseren verändert: Die Bibliotheken gehören zu den so genannten freiwilligen Leistungen der Kommune, arbeiten also ohne Gesetzesauftrag, werden vom kommerziellen Markt bedrängt, und die immer noch und immer wieder angespannte Finanzlage ihrer Träger verheißt den Bibliotheken eher eine dauerhafte Reduzierung als eine bildungspolitisch initiative Rolle.

### 6.1.3 Führungspositionen

Die Deutsche Bibliotheksstatistik verzeichnet in ihrer Gesamtauswertung des Berichtsjahres 2006 insgesamt 8.920 Bibliotheken, davon 8.672 Öffentliche Bibliotheken, davon 2.147 hauptamtlich geleitete Öffentliche Bibliotheken ([www.bibliotheksstatistik.de](http://www.bibliotheksstatistik.de), 30.10.2007).

Aus dieser Übersicht geht ferner hervor, dass in deutschen Wissenschaftlichen und Öffentlichen Bibliotheken insgesamt 23.751 ‚Stellen laut Stellenplan‘ geführt werden, davon 11.227 Stellen in hauptamtlich geleiteten Öffentlichen Bibliotheken.

Das ‚Jahrbuch der Öffentlichen Bibliotheken‘ stellt in seiner Ausgabe 2006/07 ‚Kurzbeschreibungen, Zahlenmaterial und Kontaktdaten von über 2100 Öffentlichen Bibliotheken‘ vor (vgl. Jahrbuch der Öffentlichen Bibliotheken, 2006, S. XI).

Diese Kurzporträts der Bibliotheken enthalten zu etwa zwei Dritteln auch die Namen ihrer Leiter, einschließlich der Vornamen, sodass eine geschlechterspezifische Auszählung vorgenommen werden kann.

Sie führt zu dem Ergebnis, dass ca. 1.150 Öffentliche Bibliotheken von Frauen und ca. 200 von Männern geleitet werden, prozentual also eine Verteilung von 85,2 % zu 14,8 %. Der Circa-Vorbehalt gilt dem Umstand, dass sich in einigen Bibliotheken zwei Frauen die Leitungsposition teilen, ein Vorname nicht eindeutig als männlich oder weiblich identifiziert werden kann oder ähnlichen marginalen Präzisierungshemmnissen.

Das hier ausgezählte Geschlechterverhältnis ist in dreifacher Hinsicht bemerkenswert:

- Gegenwärtig entspricht das Geschlechterverhältnis auf Leitungsebene dem der Mitarbeiterschaft, während es sich
- vor etwa 10 Jahren immer noch eher um einen „Frauenberuf unter männlicher Herrschaft“ (Pawlowsky-Flodell, 1995, S. 15) handelte.
- Das Geschlechterverhältnis innerhalb der Mitarbeiterschaft hat sich über Jahrzehnte kaum verändert (siehe auch Kapitel 6.1.2).

Exzerpiert man allerdings nun aus demselben Jahrbuch die knapp hundert Öffentlichen Bibliotheken in Großstädten, also über 100.000 Einwohnern, Sektionen I und II im Deutschen Bibliotheksverband, so ergibt sich ein Geschlechterverhältnis in den Leitungspositionen von 55 % Frauen und 45 % Männern (jeweils soweit namentlich verzeichnet).

Prozentual umgekehrt zeigt sich das Verhältnis in den Leitungspositionen großer Großstadtbibliotheken, also in Städten ab 400.000 Einwohnern, Sektion I im Deutschen Bibliotheksverband: 8 Leiter und 6 Leiterinnen im Jahr 2006.

Das heißt: je größer und einflussreicher eine Bibliothek, desto eher die traditionelle Rollenverteilung zwischen Leitung und Mitarbeiterschaft.

Dies gilt umso mehr für das Wissenschaftliche Bibliothekswesen und ist hier zugleich schwerer zu ermitteln.

Das klassische ‚Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken‘ als Verzeichnis der Wissenschaftlichen Bibliotheken, ihrer Service-, Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen

gen, nennt zwar ebenfalls die jeweils zuständige Leitung, jedoch mit abgekürztem Vornamen, so dass die Geschlechterzuordnung nur in Einzelfallprüfung über das Personenregister vorgenommen werden kann (vgl. Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken, 2005, S. 419ff.).

Eine im Jahr 2001 durchgeführte Zählung ergab, „dass von allen aufgeführten Bibliotheken 459 Leitungspositionen mit einem Mann und 283 Leitungspositionen mit einer Frau besetzt sind“ (Gerber/Mundt/Rabe, 2005, S. 74).

Gerd Paul, Soziologe und langjähriger Leiter einer Wissenschaftlichen Bibliothek in Berlin, hat angesichts dieser wenig aussagekräftigen Quellenlage zum Bibliotheksmanagement eigene Erhebungen durchgeführt, die sich peripher auch mit dem Gender-Aspekt beschäftigen. In einer Zeitreihe in Zehnjahresschritten von 1955 bis 1995 hat sich der Frauenanteil an den Leitungspositionen von 13,6 % auf 33,1 % erhöht (vgl. Paul, 2000a, S. 31). Diese Ermittlung gilt für den Frauenanteil im höheren Dienst in allen Bibliothekssparten.

Für die kleine, aber personalintensive Gruppe der Universitätsbibliotheken stellte er fest: „Die Leitungspositionen von Universitätsbibliotheken sind mittlerweile zu einem Fünftel von Frauen besetzt. Besonders in den letzten acht Jahren hat sich ein Wandel ergeben.“ (Paul, 2000a, S. 33). Und für sein Untersuchungsgebiet Berlin ermittelte er folgendes Ergebnis: „Beim Bibliotheksleitungspersonal zeigt sich eine ungewöhnlich ausgeglichene Verteilung zwischen Männern und Frauen. Mit 51,7 % überwiegt sogar der Anteil der Frauen. Diese Verteilung ist Berlin-spezifisch und gilt nicht für das wissenschaftliche Bibliothekswesen insgesamt, in dem Leitungspositionen nur zu etwa einem Drittel von Frauen eingenommen werden.“ (Paul, 2000a, S. 110).

Auch die seit zwanzig Jahren bestehende Arbeitsgruppe ‚Frauen im höheren Bibliotheksdienst‘ beschäftigt sich regelmäßig mit diesen berufspolitischen Fragen und den Karriereaussichten für Frauen. In einer Zwischenbilanz wurden die Beschäftigungsverhältnisse im höheren Dienst untersucht: In den Besoldungsgruppen A13 bis A16, einschließlich entsprechender Vergütung nach BAT, betrug der Frauenanteil im Jahr 1985 etwa 22,6 %, im Jahr 1995 bereits 35,7 % (vgl. Passera, 1997, S. 1680).

Die Einzelbetrachtung der Besoldungs- und Vergütungsgruppen ergibt auch hier das traditionelle Bild: Der Frauenanteil in den Gruppen A13/A14 lag 1995 bei 41,3 %, in Gruppe A16 lediglich bei 16,4 % (vgl. Passera, 1997, S. 1680).



Diese immerhin zunehmende Repräsentanz von Frauen in Vorgesetztenpositionen hat eine nicht zu unterschätzende Folgewirkung: So erleichtert das Erleben einer Frau in Führungsposition anderen Frauen die Vorstellung, selbst eine solche Position anzustreben und zu übernehmen. (vgl. Passera, 1997, S. 1681).

Auch auf dem Gebiet der Personalakquise für den höheren Dienst erfolgte eine Tendenzwende. Eine vergleichende Untersuchung von Stellenausschreibungen in bibliothekarischen Fachzeitschriften ergab: „Inhalt der Anzeigen 1974 waren umfangreiche Selbstdarstellungen der Bibliotheken; 1984 erwartete man schon Eigenschaften wie Kooperationsbereitschaft, Durchsetzungsvermögen etc., also ganz grundsätzliche Anforderungen von Führungsfähigkeiten; 1994 endlich sind Organisationsgeschick, Managementerfahrung, kooperativer Arbeits- und Führungsstil, innovative Organisations- und Personalplanung, Sozialkompetenz, Motivations- und Kommunikationsfähigkeit, Flexibilität, in der ÖB überdurchschnittliche Eignung und Engagement für kulturelle Belange gefragt. Es werden also Fähigkeiten gefordert, die allgemein als weibliche Eigenschaften gelten: Frauen denken vernetzter, kooperativer, ganzheitlicher; Frauen reden direkter, offener und haben Verständnis für den Gesprächspartner; sie haben ein anderes Einfühlungsvermögen und ein anderes Kommunikationsverhalten. ... Frauen fühlen sich inzwischen also auch ohne den Zusatz ‚Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht‘ von Stellenanzeigen angesprochen.“ (Passera, 1997, S. 1682f.).

Diese konsensuell unterstellte Konkordanz von weiblicher Qualifikation und sozialer wie kommunikativer Kompetenz wird im folgenden Kapitel näher untersucht.

Zum Thema Führungspositionen von Männern und Frauen in Bibliotheken soll hier der Blick auch auf das europäische und außereuropäische Ausland gerichtet werden.

So berichtet Peter Vodosek von einer Untersuchung über das Bibliothekswesen in Dänemark: „Fünfzig Prozent der Bibliothekarinnen und Bibliothekare mit Leitungsfunktionen arbeiten in Bibliotheken mit mehr als 16 Beschäftigten. Insgesamt überwiegt unter den dänischen Bibliotheksleitern der Frauenanteil im Verhältnis 2 : 1. Die Öffentlichen Bibliotheken liegen dabei mit 65 Prozent an erster Stelle. Bei den wissenschaftlichen Bibliotheken beträgt der Anteil 54 Prozent. Von 37 Angehörigen des Topmanagements sind 46 Prozent Frauen, beim mittleren Management beträgt der prozentuale Anteil 73 Prozent.“ (Vodosek, 2002, S. 653).

Und in einer etwas älteren Quelle konstatiert die Dekanin einer amerikanischen Universität: “In 1991, although 80 % of the library work force consisted of women, 80 % of all management positions were held by men.” (Kaufman, 1993, S. 109).

Grundsätzlich aber sieht sie Fortschritte: “There are more women than ever in leadership roles, throughout society, and librarianship is no exception. More women than ever are assuming roles as leaders in librarianship, as directors of our professional organizations, as directors of our library education programs, as leaders of thought and vision, and, perhaps most notably, as directors of our libraries small and large, academic, public and special.” (Kaufman, 1993, S. 109).

Und seit einigen Jahren erfolgt nun auch eine Gesamtschau auf die Kernthemen Informationszeitalter, Bibliothek und den Gender-Ansatz: “The library profession proclaims itself to be a proponent of both the Information Age and of equity for women ... Yet certain features of the Information Age appear to be inhospitable to the goals of gender equity and there is a long history of gender stratification, with men favored for top positions in the profession. Structural changes brought about by the Information Age may foreshadow a resurgence of inequity.” (Hildenbrand, 1999, S. 669).

Aus diesen Betrachtungen und statistischen Daten ist deutlich zu erkennen, dass qualifizierte Frauen in zunehmendem Maß Führungspositionen bekleiden, wenn auch noch keineswegs mit einem Anspruch von Selbstverständlichkeit.

#### 6.1.4 Führungsstile

Zunehmend widmet sich die Management-Literatur bei der Beschäftigung mit den Führungsstilen - von autoritär über kooperativ bis partizipativ - hierbei auch den Gender-Aspekten.

Die Professorin und Managementberaterin Gertrud Höhler hat aus ihren Studien über die Wirtschaft die Erkenntnis gezogen: ‘Frauen siegen anders’ (vgl. Höhler, 1995, S. 327).

In einer kritischen Erörterung der Strategien, Verhaltensweisen, Selbst- und Fremdeinschätzungen von Führungskräften sieht sie durchaus Unterschiede und resümiert diese folgendermaßen: „Die deutlichsten Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Spitzenpositionen lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen:

- Der Mann strebt nach Zielen; die Frau nimmt Ziele genau so wichtig wie die Menschen, die dabei im Spiel sind.
- Die Frau lebt in engerer Rückbindung zur Realität; sie hat einen umfassenderen Schauplatz im Blick als der Mann.
- Der Mann begrenzt sein Gesichtsfeld, um sich zu konzentrieren.
- Frauen beziehen ihre Führungsqualifikationen oft aus Aufgaben, die weitab vom traditionellen Management liegen: zum Beispiel aus der Kindererziehung. Sie sind der Meinung, daß hier wie dort ähnliche Entscheidungen gefordert sind: Entscheidungen für Menschen.
- Männer erziehen ihre Kinder eher nach dem Dominanzprinzip: ‚Ich steuere meine Kinder‘, sagt ein Manager selbstbewußt, was die Unterwerfung des kindlichen Willens unter den väterlichen meint.
- Die Firma legt Sachprobleme vor; zu deren Lösung braucht man Menschen, so ist die männliche Sicht.
- Frauen wollen ‚das Ganze des Lebens‘ immer wieder zur Geltung bringen - für sich selbst und für andere. Sie nehmen die Firma als einen Ausschnitt wahr.
- Männer dagegen machen die Firma zu ‚ihrer Welt‘. Was an Außenkontakten besteht, dient dieser Welt.
- Männer blenden die übrige Realität ‚draußen‘ entschieden aus. Am Arbeitsplatz sind sie der Topmanager, nichts anderes. Daß sie nebenbei Väter, Ehepartner, emotionale Wesen mit einer empfindlichen Seele sein könnten, erschreckt sie eher; es bringt sie aus dem Konzept. Ausblenden! - lautet der innere Befehl.
- Frauen blenden immer wieder Außenwelt ein. Sie rufen ihre Kinder an, bedenken deren Tageslauf. Sie überlegen, was in der Küche fehlt, ob die Hemden gebügelt sind - und nehmen deshalb auch andere Menschen umfassender wahr.
- Die Frau ist ‚verlaufsinteressiert‘; sie schenkt den Prozessen große Aufmerksamkeit. Der Mann ist zielorientiert: ihn fesselt das Ergebnis. Er nimmt seine Energie aus dem Ziel in der Ferne, sie ihr Engagement aus dem hier und jetzt laufenden Vorgang. Sie ist daher ‚ablenkbarer‘, weil sie keine Hierarchie der Fakten setzt. Er ist fixiert und wenig störanfällig, weil er alles ausblenden muß, was sein Zielbild überlagern will.

Am Ende steht für den Mann immer wieder der Sieg, für die Frau dominiert der befriedigende Prozeß. Siegerlebensläufe sind imponierend; kommunikative Dauerleis-

tungen sind schwerer lesbar. Wer ergebnisorientiert lebt wie die männlichen Manager, kann auf seine Siege zeigen und sich feiern lassen. Wer im Zentrum eines Spinnennetzes sitzt und allen gerecht wird, muß glanzvolle Auftritte und Bilanzen eher scheuen: Die Sache läuft ja noch.

So ist der weibliche Führungsstil auf triumphales Echo weniger angelegt als der der Männer. Frauen werden nicht gefeiert - weil sie sich selbst nicht feiern. Ob der weibliche Stil ein Siegermodell der Zukunft wird, läßt sich heute noch nicht prognostizieren.“ (Höhler, 1995, S. 334f.).

Wenngleich diese Darstellung (beabsichtigt) polarisiert, so werden ihre Kernaussagen doch im Alltag bestätigt, auch in Verwaltungen und Bibliotheken.

Einer Missverständlichkeit gilt es jedoch zu begegnen: Der implizierte gedankliche Schluss, Frauen seien nicht oder weniger ergebnisorientiert, ist insofern völlig unlogisch, als Frauen stets ein klares Ziel vor Augen haben müssen und dies auch haben, um in die prozessuale Phase die erforderliche Tiefe, Mehrdimensionalität (bis hin zur Ganzheitlichkeit) und Kenntnis von Kausalitäten und Konsequenzen ursächlich einzubringen.

Ferner gehört in diesen Zusammenhang, wenn auch nicht vertiefend, zumindest der Hinweis, dass die männliche Fokussierung auf Ergebnisorientierung, schnellen Sieg und öffentliche Vorzeigbarkeit unter Ausblendung triumph-hemmender Faktoren noch keine Gewähr für Qualität und gesellschaftliche Verträglichkeit der so erzielten Ergebnisse bietet.

Als Beraterin männerdominierter Wirtschaftszweige hat Gertrud Höhler diese als durchaus ergänzungsbedürftig durch weibliche Qualitäten erkannt. Sie spezifiziert: „Ein Set weiblicher ‚Stichworte‘ kann einem männlichen Satz von Stichworten gegenübergestellt werden, wenn wir die wesentlichen Unterschiede in den Führungsstilen der Geschlechter knapp fassen wollen.

- Die Frau sucht Verbundenheit; dafür praktiziert sie Zuwendung. Der Mann sucht Dominanz; dafür braucht er Überlegenheit.
- Die Frau setzt auf Kooperation; der Mann auf Konkurrenz.
- Entsprechend ist die Frau prozeßbezogen, der Mann ergebnisorientiert.
- Die Frau lebt in Rollenwechseln; der Mann sucht ‚eine‘ Identität.
- Die Frau sucht Nähe; der Mann sucht Autonomie.
- Der Mann sucht Regelwerke; die Frau interessiert sich für die Abweichung.

- Männer setzen Menschen für Sachfragen ein; Frauen führen Sachfragen auf Menschen zurück.
- Der Mann übt die Abgrenzung; die Frau sucht Verbindung.
- Der Mann sucht die Gruppe, um sie zu führen; die Frau sucht die Gruppe, um Konsens zu finden.
- Sieg hat für Männer Vorrang vor allem: vor Entwicklung und Beziehungen.
- Sieg hat für die meisten Frauen keine verlockende Qualität.
- Männer drosseln ihre Individualität zugunsten eines größeren Ziels.
- Frauen kultivieren bei sich selbst und anderen das Individuelle.

Sterben die Sieger aus? Oder wird sich jene Kategorie des Sieges, die für Männer das große Stimulans auf dem Weg nach oben ist, mit ‚weiblichem‘ Interesse an Abstimmung und Ausgleich mischen?“ (Höhler, 1995, S. 336f.).

Nach einer Betrachtung der Vorzüge männlichen Siegeswillens im Konkurrenzkampf der Unternehmen und Märkte kommt sie zu der Überzeugung: „Die Potentiale mischen kann nichts anderes heißen als: die Menschen mischen. Männer und Frauen die Kooperation lehren, die sie einstweilen noch schlecht beherrschen. Solange Männer- und Frauenstile als Alternativen gesehen werden, ist die Innovation unserer Führungsmodelle unmöglich. Das Zusammenwirken beider macht die Realität erst vollständig.“ (Höhler, 1995, S. 337).

Eine kritische Anmerkung bleibt nachzutragen: Wenn Männer, wie zitiert, Regelwerke suchen und Frauen sich für die Abweichung interessieren, so ist dies missverständlich. Der Alltag zeigt, dass sich Frauen für Regelwerke interessieren, diese anwenden und auch selbst konzipieren und dies unter gleichzeitiger Berücksichtigung tangentialer Faktoren und ‚Abweichungen‘.

Ansonsten hat die lebens- und managementerfahrene Autorin die wesentlichen Gender-Elemente seinerzeit bereits zutreffend herausgearbeitet.

Seitdem beschäftigen sich zahlreiche Publikationen mit der Thematik, vom wissenschaftlichen Anspruch bis zur Boulevardpresse.

Eine „Untersuchung ‚einer gemischten Gruppe aus 711 männlichen und weiblichen Chief Executive Officers (CEOs)‘ in den Vereinigten Staaten, die von der American Management Association veröffentlicht wurde, fand heraus, daß Frauen ‚aufgabenorientiert‘ sind und das Schwergewicht auf analytische Fähigkeiten und persönliche Motivation legen, was zusammengefaßt als ‚individualistischer Stil‘ be-

zeichnet wird. Männer dagegen ‚bewerten strategische Planung, Entscheidungsfindung und effektive Teamarbeit positiv‘. Frauen hielten die Entwicklung politischer Fähigkeiten für unbedingt erforderlich, Männer nicht.“ (Mapstone, 1998, S. 262).

Hier also die interpretatorische Zuweisung des Individualismus an die Frauen und der Teamorientierung an die Männer.

Die überwiegende Zahl der Publikationen kommt jedoch zu dem Ergebnis: „Die heutige Führungsarbeit ist vor allem anderen ‚Kommunikationsarbeit‘. Die hierzu erforderlichen Fähigkeiten werden allgemein folgendermaßen beschrieben:

- erhöhte Sensibilität nach außen und nach innen
- die Bereitschaft zuzuhören, Kompromissbereitschaft
- die Bereitschaft zu einem offenen Umgang mit Informationen, ohne jeweils Machtüberlegungen vorzuschalten
- die Bereitschaft, Erfolge zu teilen.

Das sind nun offenbar eher die ‚weiblichen Führungskriterien‘. Hinzu kommt noch die ‚weibliche‘ Fähigkeit zu ‚kaleidoskopischem Denken‘. Das soll heißen, dass Frauen tendenziell die Fähigkeit besitzen, eine ganze Reihe von Informationen gleichzeitig aufzunehmen und in mehreren Richtungen zu durchdenken, um dann zu mehreren Perspektiven möglicher Ergebnisse zu kommen. Unbestritten ist ebenfalls, dass Frauen eine größere Fähigkeit zu Teamwork besitzen.

Trotzdem hat eine Frau nach wie vor mit wesentlich größeren Vorbehalten gegenüber ihren Führungseigenschaften zu rechnen, ‚weil sie eine Frau ist‘.“ (Wrede-Grishkat, 2001, S. 195).

Als Ursache, wenn auch unbegründet, stellt die Autorin fest: „Wie sieht also heute das Frauenbild in den Köpfen vieler männlicher Führungskräfte aus, mit denen es die Frauen im Erwerbsleben täglich zu tun haben? Repräsentative Umfragen unter leitenden Herren unseres Landes haben auch noch in jüngster Zeit ergeben, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen klare Vorstellungen von der Frau im Beruf hat: Ihr ‚natürlicher‘ Platz sei der im Vorzimmer des Chefs in einer möglichst dienenden Funktion - eben als ‚seine‘ Sekretärin. ...

Wenn es aber um Führungspositionen geht, zieht die Männergesellschaft es in allen Fällen, bei denen es zu einer Frau auch eine männliche Alternative gibt, uneingeschränkt vor, unter sich zu bleiben. Sachgerechte Begründungen hierfür gibt es nicht. Auch das oft hervorgeholte Argument, Frauen seien für Spitzenjobs ein zu großes

finanzielles Risiko, weil sie eventuell schwanger werden und für Wochen oder Monate ausfallen könnten, ist statistisch längst widerlegt: Managerinnen bleiben im Durchschnitt 4,5 Jahre in derselben Firma, Männer im Aufsteigeralter wechseln bereits nach 3,3 Jahren zu einem anderen Unternehmen.“ (Wrede-Grischkat, 2001, S. 191).

Demgegenüber werden in einzelnen Branchen die weiblichen Kompetenzen im Management geschätzt und gesucht. „Als solche werden beispielsweise Teamgeist, Kontaktfreude, soziale Kompetenz, Intuition und die Fähigkeit zu ganzheitlichem Denken und Handeln genannt. Insbesondere wird das zukunftsweisende Innovations-, Produktivitäts- und Kreativitätspotenzial betont ...

Einige große Unternehmen bzw. der öffentliche Dienst haben Förderungskonzepte für Frauen entwickelt, die z. B. ausschließlich auf weibliches Personal ausgerichtete Maßnahmen der Qualifizierung sowie deren Wiedereinstellung nach längerer Pause (z. B. durch Familieneinflüsse) betreffen.“ (Rahn, 2000, S. 178).

Nach dieser weitgehend konsensuellen Bewertung der Außenwirkung männlicher und weiblicher Führungskompetenzen und -stile verdient gleichermaßen der Aspekt der Selbsteinschätzung eine kurze Würdigung.

„Sichtweisen schaffen Realitäten - oder: die Attribution“, so titelt eine Beratungsunternehmerin ihre Erkenntnisse (vgl. Vollmer, 2005, S. 172).

Für ihren beruflichen Erfolg geben Männer und Frauen unterschiedliche Gründe an. „Frauen werden in der Mehrheit feststellen, dass es sehr wichtig für den beruflichen Erfolg ist,

- wenn der Vorgesetzte die Karriereinteressen der Frauen unterstützt,
- wenn es der Frau gelungen ist, ihrem Vorgesetzten die eigenen Karriereinteressen zu verdeutlichen,
- wenn es im Unternehmen eine Potentialeinschätzung gibt, mit der objektiv nachgewiesen werden kann, dass frau gut ist und für weiterführende Positionen in Betracht kommt,
- wenn frau einen ‚guten Leumund‘ im Unternehmen hat, wenn sie angesehen oder als ‚gute Kraft‘ erkannt worden ist (sich also so genanntes ‚Vitamin B‘ erarbeitet hat),
- wenn es im Unternehmen ‚üblich‘ ist, als Frau auf gute Positionen zu kommen,
- dass ein glücklicher Zufall im Spiel gewesen sei.

In ihren Antworten betonen die Männer häufig,

- dass sie für die ausgeschriebene Position geeignet seien und viele Erfahrungen mitbrächten,
- dass sie eine Leistungsfähigkeit auf hohem Niveau unter Beweis gestellt hätten,
- dass sie gut seien.“ (Vollmer, 2005, S. 172).

Diese Divergenz in der Selbsteinschätzung prägt nach wie vor die Geschlechter, ihre jeweilige Herangehensweise an die eigene Karriere wie auch ihre Maßstäbe und den Führungsstil gegenüber ihrem weiblichen und/oder männlichen Kollegium.

Zu einer schrittweisen Objektivierung bedarf es der Kontinuität von Frauen in Führungspositionen wie gleichermaßen von Männern in hierdurch weisungsgebundenen Hierarchieebenen. Die Eingewöhnung kann durch Gender-Trainings unterstützt werden.

Auf die immer wieder gestellte Frage nach Akzeptanz und Erfolg weiblicher Führungskompetenz antwortet zum Beispiel die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth: „Frauen gehen anders an Führungsaufgaben heran. Es ist nachgewiesen, dass Unternehmen, in denen Frauen sitzen, besser geführt sind und erfolgreicher arbeiten als bei rein männlicher Führung. Ein Grund ist die hohe soziale Kompetenz. Frauen sind aufgrund kommunikativer und emotionaler Fähigkeiten gut für Manageraufgaben geeignet. Nicht nur, wenn es darauf ankommt, sind sie in ihren Wortbeiträgen kurz, präzise und kommen auf den Punkt. ...

Frauen brauchen ihre Fähigkeiten nicht gering zu schätzen. Es beweist Managementfähigkeiten, Familie, Haushalt, Politik und einen Beruf miteinander zu verbinden: Dabei sind Prioritäten zu setzen, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten, notwendige Entscheidungen rechtzeitig zu treffen.“ (Roth, 2005, S. 156f.).

Ebenfalls dazu die amerikanische Anthropologin Helen Fisher: „Es ist Zeit, unsere geschlechterspezifischen Unterschiede zu schätzen, Frauen die Gelegenheit zu bieten, ihre natürlichen Talente am Arbeitsplatz zu entfalten, ein neues Verständnis zwischen Männern und Frauen aufzubauen und zusammenzuarbeiten. Ohne diese grundlegende Zusammenarbeit werden beide Geschlechter ebenso wie die Gesellschaft um bedeutende Werte betrogen.“ (Fisher, 2000, S. 357).

Die in diesem Kapitel herausgearbeiteten Grundmuster männlicher und weiblicher Managementqualifikationen und Führungsstile haben Allgemeingültigkeit in der Berufswelt und treffen daher ebenfalls auf die Bibliotheken zu, auch wenn Frauen in Führungspositionen dort keine Seltenheit mehr sind, wie in Kapitel 6.1.3 festgestellt.



Auch der bereits zitierte Berliner Bibliotheksleiter Gerd Paul hebt in seiner Untersuchung über das Bibliotheks-Management auf eben diese Qualifikationen und Fähigkeiten als Erfordernisse der Zukunft ab, allerdings auf einer eher abstrakten Ebene. Er untersucht die ‚Bibliothek als soziales Gebilde‘ (vgl. Paul, 2000a, S. 63ff.) und kommt in der Schlussfolgerung ‚Konsequenzen für Forschung und Praxis‘ zu der Einsicht: „Effiziente Führung als Ergebnis komplexer Interaktion und Kommunikation erfordert neben fachlichen und organisatorischen bzw. Managementkompetenzen vielfältige ‚soziale Kompetenzen‘ (= Fähigkeiten und Qualifikationen). Letztere bilden zusammen mit ersteren (als ‚Kompetenz-Mix‘) überhaupt erst die Voraussetzungen für professionelle Handlungskompetenz. Profundes Fachwissen und effiziente Managementfähigkeiten reichen nach Erkenntnissen der Management- und Organisationsforschung nicht aus, um das hochkomplexe soziale Geschehen in sich modernisierenden Dienstleistungsorganisationen kompetent zu steuern und den damit verbundenen evolutionären Anforderungen gerecht zu werden.“ (Paul, 2000a, S. 248).

Für das Wissenschaftliche Bibliothekswesen sieht er erhebliche Defizite auf der Leitungsebene.

Die Bedeutung sozialer und damit verbunden kommunikativer und teamorientierter Fähigkeiten für die zukünftigen Dienstleistungsaufgaben moderner Bibliotheken dokumentiert auch der kleine Sammelband ‚Soziale Kompetenzen als Leitungs- und Managementqualifikation‘ (vgl. Paul, 2000b). Die Tagungsreferate namhafter Vertreter des Bibliothekswesens betonen unisono die Unabdingbarkeit der so genannten ‚soft skills‘ oder ‚social skills‘, also eben der Kompetenzen, die genuin bei den Frauen so stark ausgeprägt sind, äußern sich hierzu jedoch mit keinem Wort genderpolitisch. Die Tagung fand 1999 statt, also in der Frühphase vor der Wiederentdeckung einer geschlechterbezogenen Sichtweise und damit vor der gegenwärtigen Gender-Debatte.

Rückschlüsse zwischen der zunehmenden Bedeutung sozialer Kompetenzen und der besonderen Eignung von Frauen für diese modernen Anforderungen des Managements sind also durchaus zulässig.

## 6.2 Vergütung und Entgelt

Die Beschäftigten im Bibliothekswesen können Beamte, Angestellte und Arbeiter sein. Hinzu kommen häufig zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse aus arbeitsmarktpolitischen oder sozialen Gründen.

„Aufgrund der historischen Entwicklung besteht im deutschen Bibliothekswesen ein Nebeneinander von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die sogar gleiche Aufgaben wahrnehmen können. Traditionell sind in wissenschaftlichen Bibliotheken meist die Hälfte des Stellenplanes Beamtenstellen und im öffentlichen Bibliothekswesen überwiegen die Angestellten und Arbeiter.“ (Frankenberger/Haller, 2004, S. 368).

Diese unterliegen dem Tarifrecht des öffentlichen Dienstes, das 44 Jahre lang durch den Bundes-Angestelltentarifvertrag BAT geregelt war. An dessen Stelle trat zum 1. Oktober 2005 der Tarifvertrag öffentlicher Dienst TVöD. Dieser gilt nun auch für Arbeiter, deren Beschäftigungsverhältnisse zuvor durch Manteltarifverträge geregelt waren.

Da das Gros des Personals in Öffentlichen Bibliotheken im Angestelltenverhältnis beschäftigt ist, gilt das Hauptaugenmerk der nachfolgenden Untersuchung dieser Gruppe.

Es soll der Frage nachgegangen werden, ob die bereits herausgearbeitete gute Qualifikation des Personals sowie dessen besondere Eignung für die Anforderungen des modernen Managements eine dementsprechende Wertschätzung in Form zeitgemäßer Vergütungen und Entgelte erfahren.

### 6.2.1 Eingruppierung nach BAT

Seit den 1960er Jahren umfasst die Vergütungsspanne für Angestellte in Bibliotheken - also mit und ohne Fachausbildung/Studium - die Gruppen X bis IVa. Hierfür gibt es jeweils Tätigkeitsmerkmale, meist in Form ‚unbestimmter Rechtsbegriffe‘ oder Maßzahlen hinsichtlich Bestandsgröße und Entleihungen.

Da der BAT während seiner gesamten Geltungsdauer für Bibliotheksberufe keinerlei Reform erfahren hat, war er als Argumentationsgrundlage für Eingruppierungen aufgrund veränderter Anforderungen an die Arbeitsplätze entsprechend schwer einsetzbar, weil terminologisch karg und unpräzise und daher stets in höchstem Maß interpretationsbedürftig. Neueren Entwicklungen, wie etwa EDV und Marketing, trägt er

keine Rechnung. Die Aufstiegsmöglichkeiten enden bei IVa, unabhängig von Bibliotheksgröße, Differenziertheit und Schwierigkeitsgrad der Arbeitsvorgänge oder der mit Organisations- und Leitungstätigkeiten verbundenen Verantwortung oder gar deren Folgewirkungen.

Die so über Jahrzehnte auf sich gestellten Praktiker haben auf zweierlei Weise zur Selbsthilfe gegriffen, die letztlich auch bei den Unterhaltsträgern der Bibliotheken Akzeptanz fand: das Ausweichen auf allgemeine Fallgruppen sowie die Zuhilfenahme von Empfehlungen der bibliothekarischen Fachwelt.

Die Eingruppierung nach allgemeinen Fallgruppen erforderte den Vergleich mit anderen Berufen im Hinblick auf Schwierigkeitsgrad, Wertigkeit und persönliche Qualifikation und die Bibliotheksleitungen mussten über entsprechendes Argumentations- und Verhandlungsgeschick verfügen, vom Mehraufwand ganz abgesehen.

Immerhin ist es auf diese Weise in zahlreichen Fällen gelungen, trotz des engen und längst unzeitgemäßen Rahmens durch den BAT, annähernd arbeitsplatzbezogene Vergütungen zu erwirken und auch die anspruchsvollen Tätigkeiten in großen Bibliothekssystemen mit Spezialabteilungen bis zu den Leitungsfunktionen höher als IVa zu vergüten.

Allerdings war dies häufig nicht auf dem direkten Dienstweg zu erreichen, sondern bedurfte der Einschaltung der Arbeitsgerichte. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei hier auf das so genannte Nürnberger Lektorenurteil aus dem Jahr 1985 hingewiesen, das seitdem Eingang in die Fachliteratur gefunden hat und bis heute zitiert wird (vgl. Gödan, 2000, S. 596ff.). „Diese Arbeitsgerichtsurteile blieben indessen ohne Konsequenzen für die meisten Lektoren auch in Großstadtbibliotheken, weil die hohe Eingruppierung an die Besonderheiten der betreffenden Arbeitsplätze ... gebunden ist.“ (Umlauf, 1997, S. 251).

Diesem jahrzehntelangen Dilemma haben die bibliothekarischen Fachverbände sehr verdienstvoll entgegengewirkt, wenn auch nur begrenzt erfolgreich, da tariflich nicht bindend.

So haben die Wissenschaftlichen Bibliotheken bereits im Jahr 1978 ‚Arbeitsvorgänge in wissenschaftlichen Bibliotheken‘ beschrieben. Mit Unterstützung des ‚Niedersächsischen Beirats für Bibliotheksangelegenheiten beim Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst‘ entstand ein Tabellenwerk ‚zur Praxis der Beschreibung und Bewertung von bibliothekarischen Arbeitsplätzen nach dem BAT‘. „Dabei war

die Neufassung der Bewertungsvorschriften des BAT, insbesondere die Einführung des Begriffs ‚Arbeitsvorgang‘ als neue Bewertungseinheit, zu beachten.

Die Aufgabe bestand also darin,

- bibliothekarische Tätigkeiten zu erfassen,
- sie unter Berücksichtigung des tariflichen Begriffs ‚Arbeitsvorgang‘ zu gliedern und zu beschreiben,
- die Anforderungen für jeden Arbeitsvorgang darzustellen,
- die Arbeitsvorgänge nach Inhalt und Anforderungen an den Tätigkeitsmerkmalen des BAT zu messen (sie ihnen zu subsumieren).“ (Sauppe/Vollers, 1978, S. 9).

Die Publikation kann keine Rechtsnormen setzen und erhebt diesen Anspruch auch nicht. „Sie versucht Leitlinien zu ziehen, die bei ihrer Anwendung in der Praxis zu prüfen und zu erproben sind. ...

Sollte es sich erweisen, daß die vorgelegten Arbeitsergebnisse zu einer sachgerechteren und gleichmäßigeren Bewertung der Arbeitsplätze führen und daß sie den mit derartigen Aufgaben Beauftragten in Bibliotheken und Behörden von Nutzen sind, hat sich die häufig mühevolle und vom persönlichen Einsatz der Ausschußmitglieder getragene Arbeit gelohnt.“ (Sauppe/Vollers, 1978, S. 7).

Im Vorwort zur zweiten, allerdings unveränderten Auflage heißt es: „Die 1978 veröffentlichten ‚Arbeitsvorgänge in wissenschaftlichen Bibliotheken‘ (AVWB) haben sich zu einem vielbenutzten Arbeitsmittel bei der Beschreibung und Bewertung von bibliothekarischen Arbeitsplätzen nach den im BAT festgelegten Regelungen entwickelt. Sie sind seit längerem vergriffen.“ (Sauppe/Vollers, 1991, S. III).

Die Unzulänglichkeit des BAT und die daher zunehmende Bedeutung dieser fachlichen Praxishilfen zeigt sich in einer weiteren Sonderveröffentlichung zu den Vergütungsgruppen IIa bis I (vgl. Vollers, 1997) sowie einer Neubearbeitung im Jahr 2000, da sich die jahrzehntelangen Hoffnungen auf eine Tarifreform immer noch nicht realisiert hatten. „Dabei war zu berücksichtigen, dass die Entwicklung in den Bibliotheken und die neuen Anforderungen an Bibliotheksangestellte bis zum heutigen Tage keinerlei Niederschlag im Bundes-Angestellentarifvertrag fanden. Aufgabe der Expertengruppe war es demnach, eine Verbindung von veränderten Arbeitsvorgängen, neuen Anforderungen und der nach wie vor unveränderten Bewertung nach dem Bundes-Angestellentarifvertrag herzustellen.“ (Jedwabski, 2000, S. 6).

Ebenfalls in einem Akt der Selbsthilfe und auf der Grundlage der genannten Publikationen sind zwischenzeitlich auch die Öffentlichen Bibliotheken tätig geworden. Seit 1999 liegen die ‚Arbeitsvorgänge in Öffentlichen Bibliotheken‘ (vgl. Gundel, 1999) vor. Auch diese ‚Beschreibung und Bewertung‘ von Arbeitsplätzen erfolgt in Tabellenform. Grundlage und Maßstab ist nach wie vor der veraltete BAT, da geltendes Recht. Die Darstellung wurde, unter den gegebenen Umständen, optimal differenziert, sie enthält aktuelle Arbeitsbereiche einschließlich EDV und Marketing und sie erweitert die Eingruppierungsmöglichkeiten über Gruppe IVa hinaus nach oben. Die Praktiker haben lange auf diese Veröffentlichung gewartet, und seitdem ist sie unentbehrliches Arbeitsinstrument.

Diese Art der fachlichen Selbsthilfe löst das Problem des veralteten Tarifvertrages dennoch nicht, und sämtliche Fragen der Eingruppierung und Vergütung im Hinblick auf Anforderungen eines Arbeitsplatzes, personale Qualifikation des Stelleninhabers und vor allem die Vergleichbarkeit mit anderen Berufszweigen bewegen sich für die bibliothekarischen Bezüge nicht nur tarifrechtlich auf dem Niveau von 1960.

### 6.2.2 Tarifverhandlungen

Die bibliothekarischen Personalverbände und deren fachliche Tarifkommission waren keineswegs untätig in diesen Jahren.

Seit 1974 ringen sie im Verbund mit der zuständigen Gewerkschaft, seinerzeit Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ÖTV, heute Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, um eine Reform des Tarifvertrages für die bibliothekarischen Berufe.

1979 konkretisierten sich die Chancen in Form eines Angebotes des Arbeitgeberverbandes. Dieses Angebot aktualisierte und differenzierte die Tätigkeitsmerkmale und öffnete die Vergütungen für Diplom-Bibliothekare nach oben bis Gruppe IIa, also bis zur Eingangsvergütung für den höheren Dienst.

Als nicht verhandelbar galten den Arbeitgebern:

- Beibehaltung der Gruppen X und IX, obwohl diese in der Praxis kaum noch anzutreffen waren,
- Einstiegsvergütung Vb für Diplom-Bibliothekare mit Fachhochschulabschluss,

- spezifizierte Eingruppierung des im Aufbau befindlichen Ausbildungsberufes des Assistenten an Bibliotheken (für Öffentliche Bibliotheken) bzw. Bibliotheks-Assistenten (für Wissenschaftliche Bibliotheken).

Genau um diese Eckpunkte ging es jedoch der Gewerkschaft und den bibliothekarischen Verbänden. „Die Mitarbeiter an Bibliotheken begrüßen, daß endlich - nach 19 Jahren - Tarifverhandlungen für die Angestellten an Bibliotheken durchgeführt werden. Wir unterstützen den Tarifvertragsentwurf der Gewerkschaften nachdrücklich, das heißt:

BAT VIII - Eingangsstufe für Bibliotheksangestellte,  
 BAT VIb - Eingangsstufe für Bibliotheks-Assistenten,  
 BAT IVa - Eingangsstufe für Diplom-Bibliothekare,  
 Öffnung der Tarifgruppen bis BAT I.

Die Tarifverhandlungen müssen endlich zu einem für alle Angestellte an Bibliotheken annehmbaren Ergebnis führen. Wir haben lange genug gewartet.

Schon 1971 versprachen die Arbeitgeber, unmittelbar am Anschluß an die Tarifverhandlungen für Angestellte in der Datenverarbeitung die Tarifverhandlungen für Angestellte an Bibliotheken aufzunehmen.

Seitdem sind noch einmal sieben Jahre vergangen. Unsere Geduld ist nun am Ende.

Die Mitarbeiter an Bibliotheken fordern die Arbeitgeber auf, der zunehmend qualifizierten Ausbildung und Tätigkeit von Angestellten an Bibliotheken so Rechnung zu tragen, daß sich dies auch im Ergebnis der Verhandlungen niederschlägt.“ (Dickmann, 1979, S. 261).

Nach den Erwartungen, die an diese Tarifverhandlungen gestellt worden waren, empfanden die Bibliothekare die Haltung der Arbeitgeber als enttäuschend. In den folgenden Jahren finden sich kämpferische Debatten in der gesamten Fachpresse, die an der Position der Arbeitgeber keinerlei Bewegung hervorrufen und schließlich Ende der 1980er Jahre vollends verstummen.

Die Fachkommissionen sind seitdem nicht untätig gewesen, mussten jedoch angesichts kommunaler Finanzkrisen, Medienwandel, Verwaltungsreform und anderer vorrangig auf die Bibliotheken wirkenden Einflüsse im Status quo verharren.

Als Fortschritt wurde seitdem der TVöD in Aussicht gestellt. Die Tätigkeitsmerkmale dürfen nach 2007 erwartet werden.

Im Vorfeld steht bereits fest, dass die in den Bibliotheken so häufig anzutreffenden Vergütungsgruppen Vb und IVb des BAT zur Entgeltgruppe E 9 zusammengefasst

wurden und die Analogie von Beamten und Angestellten damit in den unteren Gruppen des gehobenen Dienstes aufgegeben wurde: der Besoldungsgruppe A 11 entsprach bisher BAT IVa, dies ist nun E 10 und nicht, wie zu erwarten, E 11.

Nun richten sich die Hoffnungen der Bibliotheken auf die Ausarbeitung der Tätigkeitsmerkmale, dass diese die Leistung der Beschäftigten auf aktuellem Niveau im Kontext mit vergleichbaren Berufen bewerten und eingruppieren.

Die hier skizzierten Erfahrungen der Bibliothekare mit der Erreichbarkeit angemessener Vergütungen und Entgelte und die immer wiederkehrenden Finanzkrisen der Bibliotheksträger haben ein Klima der Ernüchterung hinterlassen.

Dies jedoch hat Bibliothekare zu keiner Zeit davon abgehalten, sich mit ihrem Beruf und dessen bildungs- und gesellschaftspolitischen Auftrag zu identifizieren und stets dem Kundennutzen absolute Priorität einzuräumen.

Diese Haltung spiegelt sich in der bibliothekarischen Fachpresse, und dementsprechend spärlich finden sich Veröffentlichungen in eigener Sache.

Seit der Jahrtausendwende ist die Thematisierung nahezu zum Erliegen gekommen, auf die Ausgestaltung des TVöD wird verwiesen. Ob dieser willens und in der Lage sein wird, die tradierten Gerechtigkeitslücken zu schließen, darf mit Spannung erwartet werden in einer Zeit, in der die Öffentlichen Bibliotheken vorrangig unter den Maßgaben Konsolidierung, Umstrukturierung, Prozessoptimierung und weiteren euphemistisch verbrämten Sparzwängen zu wirtschaften haben.

Unabhängig von allen öffentlich diskutierten Faktoren, von denen die Bibliotheken umgeben und beeinflusst sind, also Finanzlage des Trägers, Konkurrenz der Informationsmärkte und Bildungsanbieter sowie die laufende Tarifreform, prägt sie vor allem eines: sie sind Frauenarbeitsplätze.

### 6.2.3 Frauenberuf und Vergütung

Diesem Aspekt widmet sich vorläufig letztmalig die Broschüre ‚Frauen in Bibliotheken melden sich zu Wort‘ aus dem Jahr 1998 (vgl. Kraus/Gumpert, 1998).

Bibliothekarisch gesehen muss die Existenzberechtigung einer nahezu zehn Jahre alten berufspolitischen Publikation stark in Zweifel gezogen werden, nicht so im Hinblick auf die stagnierende Lebens- und Berufswirklichkeit in den Bibliotheken. Aus diesem Grund und wegen ihres fokussierenden Blickes auf diesen andernorts kaum thematisierten Handlungsbedarf, soll sie hier Berücksichtigung finden.

Bibliothekarinnen aus allen Bibliothekssparten, unterstützt von Gewerkschafts-Vertreterinnen mehrerer Bundesländer, haben ihre Kritik am BAT aus Frauensicht zusammengetragen.

Seinerzeit gab es „ermutigende Anregungen ... in dem ‚ÖTV-Gutachten zur Aufwertung von Frauentätigkeiten‘ von 1997. Dieses Gutachten geht von dem Gedanken der mittelbaren Diskriminierung von Frauen in der Erwerbsarbeit aus. Es rückt die Rechtsgrundlagen für einen einklagbaren Anspruch auf gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit unabhängig vom Geschlecht in den Mittelpunkt. Es arbeitet auch heraus, daß die Mitgliedsstaaten und die Tarifvertragsparteien den europarechtlichen Grundsatz ‚Gleiches Entgeltes für gleiche und gleichwertige Arbeit‘ zwingend berücksichtigen müssen. Das Gutachten geht hinsichtlich der Anwendung der unbestimmten Rechtsbegriffe bei typischen Frauenberufen dann von möglichen Diskriminierungspotentialen aus, wenn Arbeitsanforderungen, die die Arbeit prägen, nicht berücksichtigt bzw. bei der Differenzierung und Gewichtung vernachlässigt werden, und es schlägt als Maßnahmen u. a. vor: ‚Identifizieren der weiblich und männlich besetzten Tätigkeiten, Erarbeiten diskriminierungsfreier Arbeitsbeschreibungen, Evaluation der Tätigkeiten mittels eines diskriminierungsfreien Bewertungsverfahrens und letztlich Ausgleich der Entgeltunterschiede‘.“ (Reiß, 1998, S. 48).

Das wissenschaftliche Gutachten wurde erstellt von der Arbeitsrichterin Regine Winter und es trägt explizit genderpolitische Züge. Sie argumentiert auf der grundlegenden Erkenntnis: „Entgeltdiskriminierung von Frauen bei verschiedenartiger aber gleichwertiger Arbeit erfolgt subtil, unsichtbar und ‚mittelbar‘. Sie ist tief in der Struktur von Tarifverträgen enthalten.

Im Gegensatz zu anderen Ländern - insbesondere USA, Großbritannien, Kanada, Schweden, Norwegen und Schweiz - wurde diese Erscheinungsform mittelbarer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bisher in der Bundesrepublik kaum problematisiert.

Im Gegenteil steht zum Beispiel der Bundes-Angestellentarifvertrag (BAT) in dem Ruf, Arbeit unabhängig vom Geschlecht zu bewerten und zu entgelten. Bei genauerem Hinsehen ist jedoch ersichtlich, daß dies zwar im Hinblick auf die Entgeltung ‚gleicher Arbeit‘ berechtigt ist: Denn in der Tat werden beispielsweise Erzieherinnen gleich bezahlt wie Erzieher ... und Ingenieurinnen gleich wie Ingenieure.

Männer und Frauen verrichten jedoch häufig nicht die gleiche, sondern verschiedenartige Arbeit. Viele Berufe und Tätigkeiten werden überwiegend von den Angehöri-



gen jeweils eines Geschlechts ausgeübt. Verschiedenartige Arbeit wie etwa die von Erzieherinnen und die von Elektrotechnikern kann jedoch durchaus gleichwertig sein. Meine Untersuchung ergibt, daß auch im BAT in Hinsicht auf die Entgeltung ‚verschiedenartiger aber gleichwertiger Arbeit‘ von Frauen und Männern Handlungsbedarf besteht.“ (Winter/Krell, 1998, S. 58).

Die Analyse ist mit zahlreichen Beispielen eher männlich oder weiblich besetzter Berufe und deren unterschiedlicher Vergütung versehen und „kommt zu dem Ergebnis, daß im öffentlichen Dienst der ‚Arbeitgeber Staat‘ aus seiner Mitgliedschaft in der EG heraus verpflichtet ist, eine diesbezügliche Analyse und daraus folgend ggf. die Korrektur der Tarifstruktur in Kooperation mit dem Tarifvertragspartner vorzunehmen hat. ... Die ... Erfahrungen zeigen, daß positive Veränderungen innerhalb weniger Jahre durchgeführt werden können, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.“ (Winter/Krell, 1998, S. 59).

Das Gutachten bezieht sich auf sämtliche im BAT tarifierten Berufe. In einer Einzelbetrachtung für die Bibliotheken wird der ‚Vergleich: Diplom-BibliothekarInnen und Laboringenieure an Fachhochschulen‘ unternommen und im Detail nach Qualifikationsvoraussetzungen, Aufgabenspektrum, Verantwortlichkeit, Eingruppierungskriterien und Aufstiegsmöglichkeiten untersucht und kommt zu dem Ergebnis: „Schon diese kurz gefaßte Gegenüberstellung macht meines Erachtens deutlich, daß es hier angemessen ist, von vergleichbaren Qualifikationen und Tätigkeiten zu sprechen. Trotzdem sind die angestellten Diplom-BibliothekarInnen (vielfach Frauen) an Fachhochschulen von einer vergleichbaren Berufskarriere ausgeschlossen.“ (Moos, 1998, S. 51). Die bibliothekarische Eingruppierung am Beispiel der Wissenschaftlichen Bibliotheken erfolgt per Bewährungsaufstieg bis IVb BAT, das Eingruppierungsspektrum reicht bis IVa BAT, bei dem zum Vergleich herangezogenen Ingenieur liegen diese Grenzen bei III BAT bzw. II BAT (vgl. Moos, 1998, S. 50).

Auch hier richtet sich die Hoffnung auf die Reform des Tarifvertrages sowie auf das geltende europäische Recht, „denn entsprechende Richtlinien und der Rechtsanspruch auf gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit gelten schon seit Jahren auch im Europarecht. Sie wurden 1997 (Beschlüsse von Amsterdam) noch einmal präzisiert und unterstrichen. Dies ist eine interessante politische und rechtliche Entwicklung für eine Reihe von typischen Frauenberufen. Auch für die Frauen in Bibliotheken.“ (Moos, 1998, S. 54).

So wie hier skizziert ist die berufliche Realität bis heute geblieben. Zwischenzeitlich boten Berufsverband und Gewerkschaft Fortbildungsveranstaltungen an zum neuen Tarifvertrag und seinen Potenzialen für Bibliotheken, sofern sich diese bereits erkennen ließen.

#### 6.2.4 Technologieeinsatz und Vergütung

Im Kontext dieser Untersuchung von Frauenberuf und Vergütung ist ein weiterer Aspekt von Bedeutung: Die zunehmende Technologisierung auch der Bibliotheksberufe erfordert die Umgestaltung sämtlicher Arbeitsplätze, Arbeitsmittel und -methoden. Eine Alternative gibt es nicht, und der Anpassungsprozess vollzieht sich schrittweise durch Schulungen, Fortbildungen und Learning by Doing. Die Umorganisation der Bibliothek sowie die Umorientierung der Mitarbeiterschaft vollziehen sich flächendeckend und zunächst geschlechterneutral.

Die differenziertere Betrachtung ergibt, dass sich auch hier die traditionell unterschiedlichen Interessenschwerpunkte der Geschlechter durchsetzen, abbilden und wiederum Einfluss auf die Vergütung haben.

Eine Studie ergab: „Männer sind überall dort im EDV-Bereich dominant vertreten, wo Entscheidungen getroffen werden und wichtiges technisches Know-how gefragt ist. Sehr viele Frauen dagegen arbeiten vor allem im Bereich der EDV-Anwendung, wo künftig weitere Rationalisierungen möglich sind (Verbuchung durch Automaten, mehr Fremddatenübernahme). In diesen Bereichen kann es vermutlich in vielen Bibliotheken künftig weniger Arbeitsplätze geben.

Andererseits: in den wichtigen bibliothekarischen Bereichen Auskunftsdienst per EDV, Mitarbeiterschulung und Beratung bzw. Anleitung bei der EDV-Nutzung sind Frauen - besonders in Öffentlichen Bibliotheken - durchaus gut vertreten. Ihre Präsenz in diesen EDV-Bereichen entspricht allerdings auch nicht ihrem Gesamtanteil in den Bibliotheken.“ (Spribille, 1998, S. 17).

Bei der Suche nach den Ursachen ergibt sich das traditionelle Bild: „Interessanterweise wird in denselben Untersuchungen berichtet, daß es vor allem mangelndes Selbstbewußtsein ist, das Frauen sowohl von der EDV als auch von Führungspositionen abhält. Fehlendes Selbstvertrauen hindert Frauen vielfach am erfolgreichen Lernen in EDV-Kursen, wenn in diesen männliche EDV-Cracks den Ton angeben.“ (Spribille, 1998, S. 18).

Und auch die in Kapitel 6.1.2 bereits untersuchte Studie aus dem Jahr 2005 enthält eine Auswertung über ‚Geschlechterverteilte Tätigkeiten im Betrieb‘ und kommt zu dem Ergebnis: „In den Öffentlichen Bibliotheken sind die Tätigkeiten zum größten Teil geschlechtsneutral. Als männerspezifische Tätigkeiten werden die Betreuung des Internet und der Abteilung Technik sowie EDV und Handwerksarbeiten genannt. Frauenspezifische Tätigkeiten in den Öffentlichen Bibliotheken sind nach Aussage der Befragten Aufgaben in der Kinder- und Jugendbuch-Abteilung. ...

In den Wissenschaftlichen Bibliotheken ist die Arbeit meistens geschlechtsneutral verteilt: Zu den geschlechtsspezifisch genannten Tätigkeiten zählen bei den Männern z. B. Magazin- und Transportarbeiten aufgrund der Schwere der Arbeit, ebenso die Betreuung der EDV und der Technikabteilungen oder die Arbeit an der Pforte. In einigen Institutionen sind alle Diplom-Bibliothekarinnen weiblich. Als Frauen-Tätigkeit wird auch die Verwaltung genannt. ...

In den Informationseinrichtungen verhält es sich ähnlich wie in den Bibliotheken. Die Arbeit ist zum größten Teil geschlechtsneutral verteilt. Ausnahmen sind auch hier frauenspezifische Arbeiten wie Sekretariat und Administration und männerspezifische Arbeiten wie die Betreuung des Rechenzentrums, die Hausmeister- und Fahrdienstposten.“ (Gerber/Mundt/Rabe, 2005, S. 82f.).

Bei Ausblendung der vorrangig Körperkraft erfordernden Tätigkeiten kristallisieren sich bei allen Sparten die Zentralfunktionen im Technologiebereich als die verstärkt von Männern besetzten Arbeitsbereiche heraus.

Ein paralleler Blick in die Vergütungstabellen zeigt, dass für die bibliothekarischen „Arbeitsvorgänge, bei denen die Hard- und Software nicht Arbeitsinstrument zur Bearbeitung anderer Arbeitsgegenstände, sondern selbst Arbeitsgegenstand ist“ (Gundel, 1999, S. 97), die Vergütungsgruppen IVa BAT und III BAT empfohlen werden, sofern nicht sogar spezielle EDV-Tarife für Operator, Systemadministrator oder vergleichbare Aufgaben gelten. Die Begründung liegt im Erwerb zusätzlicher, spezifischer EDV-Kenntnisse zur Erfüllung dieser Arbeitsaufgaben (vgl. Gundel, 1999, S. 97).

Demgegenüber werden die meisten bibliothekarischen Tätigkeiten in der Praxis zwischen Vb BAT und IVa BAT vergütet. Selbst die anspruchsvolle ‚Auskunft und Beratung an ausgebauten Fachbeständen in Öffentlichen Bibliotheken mit einem Gesamtbestand von mindestens 70.000 Medieneinheiten‘ kann derzeit höchstens die Vergütung nach IVa BAT erwarten (vgl. Gundel, 1999, S. 86). Die Gründe hierfür

liegen im geltenden Tarifrecht, das die Auskunfts- und Recherchetätigkeit nach den Maßstäben von 1960 regelt, die Aufgaben der DV-Zentralen hingegen noch nicht kannte.

Die noch zu gestaltenden Tätigkeitsmerkmale im TVöD müssen also den gestiegenen Anforderungen an klassische bibliothekarische Aufgaben Rechnung tragen, neu entstandene Arbeitsgebiete integrieren und beides nach zeitgemäßen Maßstäben von Wertigkeit und Vergleichbarkeit festschreiben.

Und zudem werden auch hier die Prüfkriterien für Gender-Gerechtigkeit angelegt werden müssen.

## 6.3 Arbeitsorganisation

Neben dieser unzeitgemäßen Eingruppierung und unterwertigen Vergütung für Frauenarbeitsplätze in Bibliotheken liegen auch in der Arbeitsorganisation von Frauenbetrieben eine Reihe von Faktoren, die an das Management besondere Anforderungen stellen.

### 6.3.1 Teilzeitarbeit

Laut Statistischem Bundesamt waren 40 % der abhängig erwerbstätigen Frauen, aber nur gut 5 % der abhängig erwerbstätigen Männer im Jahr 2002 teilzeitbeschäftigt. Für den öffentlichen Dienst wurde ermittelt: „43 % der im Jahr 2002 im öffentlichen Dienst erwerbstätigen Frauen waren teilzeitbeschäftigt (1,1 Mill.). Bei den im öffentlichen Dienst erwerbstätigen Männern waren es lediglich 9 % (0,2 Mill.). Die Teilzeitquote im öffentlichen Dienst liegt damit sowohl bei Frauen als auch bei Männern höher als die der abhängig Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt.

Innerhalb der verschiedenen Laufbahngruppen des öffentlichen Dienstes schwankt der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen nur leicht. 36 % der im höheren Dienst beschäftigten Frauen waren teilzeitbeschäftigt (87.000). Mit jeweils 41 % lag der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen im gehobenen (317.000) und im mittleren Dienst (482.000) etwas höher. Unter den im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiterinnen lag der Teilzeitanteil bei 69 % (154.000).“ (Statistisches Bundesamt, 2004, S. 31).

Diese Relationen treffen in noch stärkerem Maß auf die Bibliotheken zu. So berichtete die Stadtbücherei Frankfurt am Main: „Unter den Angestellten waren von 227

Beschäftigten 85 teilzeitbeschäftigt. Das entspricht einem Anteil von 37 Prozent Teilzeitbeschäftigten unter den Angestellten. Davon waren 83 Frauen und zwei Männer.

Der Anteil von Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten der Stadtbücherei beträgt 36 Prozent. Im Vergleich dazu waren in der gesamten Stadtverwaltung (ohne Eigenbetriebe und Sondervermögen) 16 Prozent aller Angestellten Teilzeitbeschäftigte, 22 Prozent aller Arbeiterinnen Teilzeitbeschäftigte, und 4,6 Prozent aller Beamtinnen Teilzeitbeschäftigte. Der Anteil von Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten beträgt 16 Prozent. Somit ist der Teilzeitbeschäftigungsgrad bei der Stadtbücherei mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Stadtverwaltung.“ (Hecht, 1992, S. 1030).

Im Jahr 1992 hat die Fachzeitschrift ‚Buch und Bibliothek‘ dem Thema Teilzeitarbeit in Bibliotheken bisher letztmalig als redaktionellem Leitthema breiten Raum gewidmet.

Die Gründe für den hohen Grad an Teilzeitbeschäftigung auch in den Bibliotheken liegen nur selten im individuellen Interesse der Frauen, sie sind vielmehr bedingt durch Familienpflichten für die Kinder- wie auch für die Elterngeneration. In der Regel ist der männliche Partner der Besserverdiener, und so ergibt sich für den Frauenbetrieb eine gewisse Zwangsläufigkeit, diesen hohen Anteil Teilzeitbeschäftigter zu organisieren.

Die Frauen sind hoch motiviert, arbeiten effizient und mit guten Ergebnissen, bringen jedoch einen weiteren Sachzwang in die Bibliothek im Hinblick auf die Lage ihrer Tagesarbeitszeit, meist wunschgemäß an Vormittagen oder auch an speziellen Wochentagen.

Vergütungsmäßig sind diese Familienmanagerinnen äußerst kompromissbereit, und häufig genug verzichten sie auf die Bekleidung höherwertiger Aufgaben und Planstellen. Nach der Familienphase bedarf es erhöhter Fortbildungsbereitschaft und beruflichen Selbstvertrauens, um den Karriereanschluss an die Altersgruppe der Männer und kinderlosen Frauen wieder zu erlangen. Dieser Verzicht bringt gegenüber Männern Verluste bei Gehalt, Alterssicherung und persönlicher Freiheit mit sich und ist doch selbstverständlicher Bestandteil weiblicher Erwerbsbiografien.

Und für die Bibliotheken sind diese Lebensläufe mit Mehraufwand verbunden. Für die Beurlaubungsphasen muss Ersatzpersonal angeworben und eingearbeitet werden, und diesem wiederum muss nach Rückkehr der Vertretenen eine Perspektive geboten

werden. Die Einsatzplanung für Teilzeitkräfte im Dienstbetrieb erfordert Organisations- und Improvisationsgeschick, und die Anzahl der zu verwaltenden Arbeitsplätze erhöht sich.

Als einer der zahlreichen Vorzüge sei genannt, dass Fehlzeiten dann ebenfalls nur Teil-Fehlzeiten darstellen.

Für erfahrene Personalmanager in Bibliotheken ist dies alltägliche Routine, solange der Unterhaltsträger dies unterstützt durch Einstellung von Vertretungspersonal, Ausstattung von Einzelarbeitsplätzen und Berücksichtigung von Einarbeitungszeiten. In der Praxis war und ist dies jedoch nicht immer der Fall. Die Leiterin der Öffentlichen Bibliothek Ernst-Abbe-Bücherei in Jena wies frühzeitig darauf hin: „Stadtverwaltungen werden unter dem Gesichtspunkt der Personalkosteneinsparung dem Wunsch nach Teilzeitbeschäftigung gern nachkommen. Bibliotheksleitungen sollten dies nicht tun. Teilzeitarbeit könnte letzten Endes zu einem Weg der Personalreduzierung werden.“ (Kasper, 1992, S. 1038f.).

Auch die langjährige Leiterin der Stadtbibliothek Böblingen zieht eine eher kritische Bilanz: Die „Tendenz, gesellschaftliche Probleme zu lösen, indem Kolleg(inn)en ausbaden müssen, was Gesetz geworden ist - zum Beispiel durch Freistellung bei der Krankheit eines Kindes oder längeren Mutterschutz -, ist unzumutbar. Denn klar ist, das muß ja alles im Betrieb aufgefangen werden. Und so baden die Gutmütigen wieder aus, was eigentlich zum Schutz der Frau ersonnen war!

Kann man denn eine Kollegin hängen lassen, die wegen eines kranken Kindes, oder weil die Betreuungsperson ausfällt, ihren Dienst kurzfristig ändern muß? Eine Lösung, die beide Seiten zufriedenstellt, ist nicht in Sicht, in Zeiten leerer öffentlicher Kassen gleich gar nicht.

Und so haben wir Gleichheit vor dem Gesetz, einklagbare Rechte, Frauenförderpläne, Frauenbeauftragte und und und. Und so freuen wir uns über Teilzeitstellen und hüpfen dabei nicht selten in eine Falle und rufen nach den teilzeitarbeitenden Männern! Wenn es die in größerer Zahl gäbe, dann hätten nicht nur die Familien zuhause weniger Probleme, ich bin mir sicher, dann wäre auch die gesellschaftliche Einschätzung der Teilzeitarbeiter höher, und der Druck, bessere Modelle zu finden, würde wachsen.“ (Mücke, 1992, S. 1048f.).

Diese Erfahrungen machen Bibliotheksleitungen auch 15 Jahre später noch und hieraus ergibt sich einmal mehr die Notwendigkeit genderpolitischer Maßnahmen.

### 6.3.2 Zeitverträge

Für Angebot und Abschluss von Zeitverträgen, also befristeten Beschäftigungsverhältnissen, gibt es zahlreiche Gründe: Projektarbeit, Saisonarbeit, Erprobungsphasen etc. und in besonders hohem Maß weibliche Lebensläufe. Die gesetzlich geschützten Phasen von Mutterschutz und Elternzeit unterbrechen die Erwerbstätigkeit und günstigenfalls überbrückt der Arbeitgeber diese Vakanz durch eine Vertretung. Die Bibliotheken mit ihrem hohen Frauenanteil müssen also besonders häufig zu dieser Maßnahme greifen.

Das auf den ersten Blick wenig erstrebenswert wirkende Angebot eines Arbeitsvertrages mit zeitlicher Befristung hat sich über Jahrzehnte in den Bibliotheken durchaus bewährt und kann theoretisch als win-win-Situation für beide Partner bezeichnet werden - allerdings nur unter einer Voraussetzung: Planungssicherheit der Bibliothek durch gleichbleibende Finanzausstattung.

So war es möglich, neue Fachkräfte zu gewinnen, vorausschauend einzuarbeiten und die Qualifikation zu erkennen. Die Vertretungskräfte konnten sich bewähren oder im Ausnahmefall den Arbeitsvertrag auf eigenen Wunsch kurzfristig lösen.

In der Regel zeichneten sich während der Befristungsphase neue Stellenvakanzen ab, die die Weiterbeschäftigung der Vertretung ermöglichten, bis sich eine Festanstellung ergab. Dies erfolgte häufig durch eine gewisse Gesetzmäßigkeit, indem die Vertretene bei Rückkehr ihre Arbeitszeit reduzierte und die Vertretende zunächst die freien Arbeitszeitanteile übernahm und nach diesem Einstieg schrittweise zu Dauerbeschäftigung und existenzsicherndem Einkommen gelangte. Kehrte die Vertretene nicht zurück (oder Arbeitsplätze wurden durch Verrentung frei), so erhielten Neueinstellungen von Beginn an einen Arbeitsvertrag ohne zeitliche Befristung.

Jede Bibliotheksleitung kennt diese Praxis. Sie bedeutet Mehraufwand, erfordert Organisationsgeschick und gelegentlich Improvisationstalent, aber auch in dieser Form ist Frauenförderung ein gesellschaftspolitischer Auftrag und Beitrag der Bibliotheken.

Diese durchaus bewährte Praxis birgt allerdings zwei gravierende Risiken: Befristung als Prinzip und Befristung als Zugriffsmöglichkeit für Mittelkürzung.

Bereits im Jahr 2000 waren von dem Hochschulabsolventenjahrgang 1999 insgesamt „68 % der BID-Arbeitsverhältnisse befristet“ (Ridder/Müller, 2001, S. 22).

„Ein Kommen und Gehen. Die Generation der Zeitverträge in deutschen Bibliotheken“, so titelt ein Aufsatz in „Buch und Bibliothek“, und die Autorin findet „es erstaunlich, dass das Thema in der bibliothekarischen Öffentlichkeit kaum diskutiert wird. Nur hin und wieder blitzen vereinzelt Wortmeldungen auf und werfen ein Schlaglicht auf die angestauten Emotionen im Verhältnis zwischen ‚Festen‘ und ‚Befristeten‘.“ (Wienholz, 2005, S. 568).

Die Emotionen haben sich in jüngster Zeit aufgestaut, weil die eingangs dargestellte Praxis seit einigen Jahren außer Kraft gesetzt ist. So „scheint den politisch Verantwortlichen nicht bewusst zu sein, welche Personalpolitik inzwischen im öffentlichen Dienst betrieben wird. ...

In der Tat aber sind die öffentlichen Arbeitgeber in Sachen Zeitverträge sogar Vorreiter: 2004 waren zehn Prozent der Angestellten im öffentlichen Dienst befristet beschäftigt, in der Privatwirtschaft dagegen nur acht Prozent. Überproportional betroffen sind insgesamt - keine Überraschung - die unter 30-Jährigen: Hier stieg der Anteil der befristet Eingestellten seit 1996 von 22 auf 29 Prozent (Altersgruppe 20 bis 24) beziehungsweise von zehn auf sechzehn Prozent (Altersgruppe 25 bis 30). Innerhalb des öffentlichen Dienstes liegen die Länder mit einer Befristungsquote von fünfzehn Prozent an der Spitze, bei den Gemeinden sind es immerhin schon gut acht Prozent. Diese Zahlen belegen den Eindruck, dass die wissenschaftlichen Bibliotheken noch weit stärker betroffen sind als die städtischen Büchereien.“ (Wienholz, 2005, S. 568).

Dieser Eindruck kann keineswegs bestätigt werden, denn die bereits zitierte Verbleibstudie aus dem Jahr 2001 besagt, dass die Absolventen für das Öffentliche Bibliothekswesen dort gar nicht erst angekommen sind. „Die ÖB-Absolventinnen, die einen befristeten Arbeitsvertrag haben, arbeiten hingegen mehrheitlich in EU-, DFG- oder sonstigen Projekten oder der EDV-Einführung einer BID-Einrichtung. ... Lediglich 35,7 % der Befristungen sind hier auf Grund von Vertretung einer besetzten Planstelle entstanden.“ (Ridder/Müller, 2001, S. 23). Das lässt den Schluss zu, dass in Öffentlichen Bibliotheken weniger oder gar keine Vertretungskräfte mehr eingestellt werden. Siehe dazu auch Kapitel 7.2.

Der ansonsten engagierte Aufsatz von Heike Wienholz lässt die von Zeitverträgen Betroffenen selbst zu Wort kommen: „Hier sind in zwölf Jahren zehn Leute auf derselben Stelle gesessen - ein Kommen und Gehen.“ (Wienholz, 2005, S. 568). Und eine weitere Stimme aus dem Bibliotheksalltag: „Dabei konnte sie sich mit ihrer



Kette von befristeten Verträgen im Vergleich zu Jana J. noch glücklich schätzen: Bei deren erster Stelle war es gängige Praxis, befristete Verträge einfach auslaufen zu lassen und grundsätzlich nicht mehr zu verlängern. Jana J. durfte ihre Nachfolgerin noch einarbeiten und wurde dann in die Arbeitslosigkeit entlassen.“ (Wienholz, 2005, S. 569).

Der Praxisbericht schließt sarkastisch mit folgender Forderung: „Das ständige Kommen und Gehen kostet aber nicht nur die Arbeitszeit der Kollegen in der jeweiligen Abteilung: Mit der Bewältigung des zeitaufwendigen Bewerbungs- und Auswahlmarathons sind vor allem die höheren Gehaltsgruppen befasst.

In Zeiten, in denen auch bibliothekarische Arbeitsprozesse gern evaluiert werden, wäre es doch eine interessante Fragestellung, inwieweit effektives Arbeiten durch zunehmende Mitarbeiterfluktuation und deren beschriebene Folgen erschwert wird.

Dann hätte man gegebenenfalls Zahlen in der Hand, mit denen gegenüber den politisch Verantwortlichen belegt werden könnte, was die Praktiker sowieso schon wissen. Zahlen scheinen schließlich immer ein besseres Argument zu sein als der Hinweis auf die Lebenssituation der Mitarbeiter.“ (Wienholz, 2005, S. 570).

So deutliche Worte wie diese sind äußerst selten geworden in der bibliothekarischen Fachpresse.

### 6.3.3 Karrieremuster

Männliche Erwerbsbiografien nehmen in der Regel und zumal im öffentlichen Dienst einen geradlinigen Verlauf, Veränderungen erfolgen gegebenenfalls durch Arbeitgeber- und Ortswechsel, meist aus karrierefördernden Gründen und soweit persönlich plan- und beeinflussbar.

Ohne Familie oder pflegebedürftige Angehörige können weibliche Erwerbsbiografien in gleicher Weise verlaufen, denn „Berufstätigkeit wird heute von Frauen nicht mehr nur als Übergangsphase bis zur Familiengründung gesehen - sie ist fester Bestandteil ihrer Lebensplanung. Es wird zwar häufig von der Wahl zwischen Kind und Karriere gesprochen, aber um Karriere im Sinne eines zielgerichteten Strebens nach beruflichem Aufstieg geht es meistens nicht. In der Realität ist es aber doch so, dass die Mehrzahl der Frauen ‚nur‘ den Anspruch erheben, Mutterschaft und eine befriedigende Berufstätigkeit miteinander verbinden zu wollen.

Dass Frauen nicht mehr allein Haus- und Familienarbeit verrichten wollen, hat mehrere Gründe. Hierunter fallen unter anderem

- ihr hohes Bildungsniveau (Abitur, Studium)
- Freude an der beruflichen Herausforderung
- ein höheres Maß an Selbstbewusstsein
- die materielle Selbstständigkeit und das damit verbundene Gefühl von Unabhängigkeit

Das Erwerbsverhalten der Frau wird erheblich von der Familienphase beeinflusst, da sie ihr gesamtes Leben nach der Geburt eines Kindes umstellen muss.“ (Antonic/Hogrefe/Meyer, 2005, S 38f.).

Viele kehren gar nicht in den Beruf zurück. „Jürgen Hoffmann zog 1996 folgende Bilanz in einer Sonderveröffentlichung der ‚Süddeutschen Zeitung‘ in Bezug auf die Rückkehrperspektiven von Frauen, die den erweiterten Elternurlaub genommen hatten: ‚Von tausend Frauen kehren hundert an den Schreibtisch zurück.‘ ...

Ein Grund dafür, dass so viele Frauen nach Ende der Erziehungszeit gegen ihre Absicht zu Hause bleiben, liegt darin, dass ein Teil von ihnen vor der Mutterschaft keine feste Arbeitsstelle hatte - für diese Frauen ist es besonders schwierig wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Um nicht ganz auf eine Berufstätigkeit zu verzichten, nehmen sie Notlösungen in Form von ‚ungeschützter Arbeit‘, nicht existenzsichernder Teilzeitarbeit oder auch wohnortnahe, aber nicht qualifizierte Arbeiten in Kauf.“ (Antonic/Hogrefe/Meyer, 2005, S. 42).

Die Einflussfaktoren auf die Erwerbsbiografien von Frauen sind zahlreich, siehe auch Kapitel 1.6, und sie entspringen überwiegend dem Erfordernis familiärer Versorgungsdienstleistungen, also dem Bereich der Care-Ökonomie.

Ebenso vielfältig stellen sich die Konsequenzen dar, für die sich die Frauen entscheiden.

In den Bibliotheken ist dies am häufigsten die Teilzeit, wenn vor der Familienphase ein festes Arbeitsverhältnis bestand oder aber Zeitverträge für den Einstieg und Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit, wie in den beiden vorangegangenen Kapiteln ausführlicher untersucht.

Dies alles hat grundlegende Folgen für die Verdienstmöglichkeiten, für Existenzsicherung und Selbstständigkeit bis hin zur Alterssicherung.

„Grundsätzlich ist zu sagen, dass der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie - trotz aller gesellschaftlichen Veränderungen - auch heute noch auf eine Organisation der Arbeitswelt trifft, die die Trennung von Beruf und Familie geradezu voraussetzt. Zwischen beiden Bereichen herrscht Konkurrenz. Die Arbeitswelt ist auf einen Personentypus zugeschnitten, der frei von jeder Haus- und Familienarbeit und auch über die reguläre volle Arbeitszeit hinaus noch für Überstunden verfügbar ist. Und dieser Typus von Erwerbsperson ist männlichen Geschlechts. Der Spagat zwischen Beruf und Familie ist das Problem der Frauen - sie stellen, wenn dieser Konflikt nicht gelöst werden kann, ihren Berufswunsch zurück. Väter hingegen steigen nicht aus der Berufsrolle aus. Eine familienbedingte Unterbrechung ist in einer männlichen Erwerbsbiographie kein Thema ...“ (Antonic/Hogrefe/Meyer, 2005, S. 43f.).

Und dieses soeben als ‚Problem der Frauen‘ bezeichnete Strukturproblem überträgt sich auf die Frauenbetriebe, also die Bibliotheken. Und diese wiederum müssen in angemessene Handlungsfähigkeit gesetzt werden.

In der Praxis geschieht häufig das Gegenteil.

## **7 Strukturdefizite und Bibliothek**

Anfang der 1990er Jahre „hatten die meisten westlichen Industrieländer mit einer schlechten Wirtschafts- und Haushaltslage zu kämpfen. Andere Staaten, wie die Niederlande oder die skandinavischen Länder, haben diese Probleme in den folgenden Jahren mehr oder weniger gut unter Kontrolle bekommen, Deutschland hat dies jedoch versäumt. Das deutsche Bibliothekswesen musste und muss immer noch unter dieser negativen Entwicklung leiden.“ (Vonhof, 2007a, S. 9f.).

### **7.1 Haushaltskonsolidierung**

Hinter dieser bürokratischen Nüchternheit verbirgt sich für die Bibliotheken ein grundlegender Eingriff in ihre Leistungs- und Handlungsfähigkeit, deutschlandweit und flächendeckend. Im Folgenden werden die Konsequenzen für die Praxis untersucht und der Gender-Bezug hergestellt.

### 7.1.1 [www.bibliothekssterben.de](http://www.bibliothekssterben.de)

Mit Sorge hat der Berufsverband Information Bibliothek BIB beobachtet, dass die drastischen Budgetreduzierungen die Bibliotheken zur Einschränkung ihres Angebotes zwingen und dass das Schließen von Bibliotheken und Bibliotheksfilialen in deutschen Städten zunehmend als gängiges Mittel zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt wird.

Aus diesem Grund entstand am 23. April 2004, dem Tag des Buches, die interaktive Homepage [www.bibliothekssterben.de](http://www.bibliothekssterben.de) als wirkungsvolle „Aktion, die drastisch genug ist, um von der Presse wahrgenommen und aufgegriffen zu werden“ (Vonhof, 2007b, S. 2). Ein schwarz-weißes Layout mit Grabsteinen und Sensenmann bildet das Eingangsportal zu den sich summierenden ‚Todesanzeigen‘. Die Bibliotheken, die von Kürzung und Schließung betroffen oder bedroht sind, können sich melden und finden Eintrag. „Die Meldung der Bibliotheksschließungen ist freiwillig; leider werden nicht alle gemeldet, so daß man von einer hohen Dunkelziffer ausgehen kann.“ (Vonhof, 2007b, S. 2). Diese ist sicher auch Loyalitätskonflikten vor Ort geschuldet, die Liste verzeichnet dennoch unzählige Einträge und wächst jährlich. Den Anhang bildet eine Übersicht ‚Mediendokumentation und Pressespiegel‘ über mehrere Seiten in eigener Sache.

Diese spektakuläre Homepage hat ihre Verdienste zweifellos dort, wo die Methodik der klassischen Bibliotheksstatistiken eine solche Fokussierung nicht ermöglicht oder zulässt. Kritisch zu sehen ist die Offenlegung der Misere und mit ihr die teils zweifelhaften Praktiken der Aufrechterhaltung von Angeboten trotz Einsparung des qualifizierten Personals. Dass dies als Ideengeber und Argumentationshilfe für Konsolidierer benutzt werden kann, ist den Betreibern durchaus bewusst. Sie verfolgen als höheres Ziel die Signalwirkung für deutsche Bildungs- und Kulturpolitiker. „Der Niedergang deutscher Bibliotheken ist endlich öffentlich, in einer Statistik erfaßt und für jeden einsehbar. Gefährdete Bibliotheken können durch die Internetseite auf sich aufmerksam machen und auf ihre schlechte Lage hinweisen. Die Homepage ist ein gutes Werkzeug, um Kritik bewußt zu provozieren und das mangelnde Interesse der Bevölkerung eventuell sogar in Unterstützung umzuwandeln.

So wird vielleicht den politisch Verantwortlichen klar, wie wichtig Bibliotheken für Bildung, Forschung und lebenslanges Lernen sind und daß endlich etwas gegen das deutschlandweite Bibliothekssterben getan werden muß.“ (Vonhof, 2007b, S. 4).

Die Auswertung der bisherigen Meldungen kommt erwartungsgemäß zu dem Ergebnis: „Von der Art der Bibliotheken ist die öffentliche Bibliothek mit großem Abstand die erste Wahl bei Mittelkürzungen und Schließungen.“ (Vonhof, 2007b, S. 7). Die Öffentlichen Bibliotheken sind hier mit 79 % vertreten, die Wissenschaftlichen Bibliotheken mit 12 % und die Spezialbibliotheken mit 9 % (vgl. Vonhof, 2007b, S. 7).

Als vorrangig betroffen zeigen sich Bibliotheken mit einer Bestandsgröße von bis zu 20.000 Medieneinheiten. „Es ist zu vermuten, daß diese wohl als am ehesten entbehrlich erscheinen, da es sich hier oft um Zweigstellen oder um Einrichtungen kleinerer Orte handelt.“ (Vonhof, 2007b, S. 8). Und im Hinblick auf die Regionen erweisen sich der Osten und der Norden als am schwersten betroffen.

Während bei den Öffentlichen Bibliotheken Schließung und Personalreduzierung und erst an dritter Stelle die Reduzierung des Medienetats die häufigsten Nennungen erhalten, sind die Wissenschaftlichen Bibliotheken in erster Linie von massiver Kürzung ihrer Erwerbungsetats betroffen.

Jedoch auch die Aufschlüsselung nach Bundesländern zeigt deutliche politische Unterschiede in der Vorgehensweise. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt überwiegen die Schließungen, in Bayern die Etatkürzungen und in Thüringen die Reduzierung der Öffnungs- und Arbeitszeiten (vgl. Vonhof, 2007b, S. 14f.).

Um der Homepage weitere Dynamik zu verleihen, erwägen die Betreiber eine Umbenennung in ‚Bibliotheksleben und -sterben‘. „Dann könnte man zusätzlich noch hervorheben, was eine Traueranzeige generell ist: eine Familienanzeige. Die Bedeutung der Bibliothek als Teil des täglichen Lebens müsste noch deutlicher unterstrichen werden.“ (Vonhof, 2007b, S. 16).

Angebracht wäre vor allem künftig die kontinuierliche Meldung derjenigen Bibliotheken und Städte, deren Situation sich aufgrund der Homepage oder eigener Überzeugung nach ursprünglicher Schließungsabsicht wieder verbessert hat, so es sie denn dauerhaft und nachhaltig gibt.

### 7.1.2 [www.spareninbibliotheken.de](http://www.spareninbibliotheken.de)

Unter Leitung der bereits zitierten Professorin Cornelia Vonhof hat die Hochschule der Medien, Fakultät Information und Kommunikation, Stuttgart, mit dem Studiengang Bibliotheks- und Medienmanagement zum 15. August 2005 ein virtuelles

Handbuch ‚Haushaltskonsolidierung in Bibliotheken‘ im Internet erstellt. Es wurde mit dem B.I.T.-Innovationspreis 2006 ausgezeichnet und ist unter der Adresse [www.spareninbibliotheken.de](http://www.spareninbibliotheken.de) einsehbar.

Neben den Analysen nationaler und internationaler Sparmaßnahmen enthält es eine Fülle von Auskünften, wie dem Sparen in Bibliotheken begegnet wird und werden kann, vom Fundraising und Merchandising über Förderkreise und Gebührenkonzepte bis zu so genannten 1-Euro-Jobs.

Die ‚Bestandsaufnahme der finanziellen Situation der Bibliotheken - Deutschland und international‘ kommt abschließend zu dem Ergebnis: „Die Bibliotheken anderer Länder hatten die schlechte Etatsituation besser abgefangen. Durch bessere Kooperationen, Konsortialbildung und den intensiven Einsatz von EDV gelang es ihnen früher und besser, dem Abwärtstrend der öffentlichen Haushalte zu begegnen. ...

In Deutschland existiert im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Welt immer noch kein Bibliotheksgesetz, das Kommunen verpflichtet, Bibliotheken zu unterhalten. Solange der Betrieb von Bibliotheken eine freiwillige Leistung der Städte bleibt, wird sich auch der Stellenwert der Bibliotheken in der Politik und bei der Bevölkerung nicht verbessern.

Es gibt in Deutschland keine nationale Bibliothekspolitik, die verbindliche Richtlinien vorgibt und das gesamtdeutsche Bibliothekswesen im Blick hat. Das Bibliotheksnetz ist vielmehr zersplittert in Landes- und Kommunenzuständigkeiten. Jedes Bundesland, jede Region verfolgt eine andere Bibliothekspolitik, sodass von einer gemeinsamen Perspektive für das deutsche Bibliothekswesen nicht die Rede sein kann.“ (Vonhof, 2007a, S. 10).

Diese pointierte Gesamteinschätzung einschließlich Ursachenanalyse wird in Kapitel 7.2 weitere Vertiefung erfahren.

### 7.1.3 Großstadtbibliotheken

In der Rubrik ‚Bibliothekspolitik‘ widmet die Fachzeitschrift ‚Buch und Bibliothek‘ der Finanzsituation der Großstadtbibliotheken Duisburg, Frankfurt/Main, ZLB Berlin, München und HÖB Hamburg im Jahr 2003 breiten Raum.

Der Leiter der Stadtbibliothek Duisburg konstatiert: „Wohin man auch schaut, überall blickt die Finanzkrise dieses Landes zurück.“ (Barbian, 2003, S. 714). Er stützt dieses Resümee auf die Auswertung der politischen Berichterstattung über Kommu-

nalhaushalte, deren Defizite und deren Auswirkungen wiederum auf die Bildungs- und Kulturpolitik.

Auch der Leiter der Münchner Stadtbibliothek beginnt seine Analyse mit einem Blick auf die Potenziale der Bibliotheksträger: „Unbestritten, diese Zahlen gelten als desaströs: Betrug die Gewerbesteureinnahmen der Städte und Gemeinden 1999 noch 27 Milliarden Euro, so sanken sie im Jahr 2003 auf 16,4 Milliarden. Parallel dazu erhöhte sich das Defizit der Kommunen bis 2003 auf zehn Milliarden Euro. Die weltweiten wie nationalen Gründe der Konjunkturschwäche und die Folgen für Bundesbudget und Länderhaushalte sind allgemein bekannt, im Fall der Städte und Gemeinden zeigen sich aber die Finanzprobleme in nochmals verschärfter Form.

Von einem ‚Webfehler unserer Demokratie‘ spricht Stephan Articus, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. In der Tat: ‚Über Jahre hinweg haben Bund und Länder die Städte als eine Art Selbstbedienungsladen betrachtet, nahmen ihnen nach Belieben Geld ab und schoben ihnen im Gegenzug Kosten zu‘. Ob es sich dabei um den sicherlich sinnvollen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, die erhöhte Gewerbesteuerumlage des Bundes oder um großzügige Abschreibungsmöglichkeiten der ‚Global Player‘ handelt, alle drei Beispiele kennzeichnen eine einseitige Politik mit fatalen kommunallastigen Finanzfolgen.“ (Schneider, 2003, S. 726).

Die Auswirkungen auf die Großstadtbibliotheken manifestieren sich in umfassenden Konsolidierungsprogrammen. Für München bedeutet dies, 4,5 Millionen Euro bis 2006 einzusparen, entsprechend 90 von 490 Planstellen sowie Sach- und Investitionsmittelkürzung (vgl. Schneider, 2003, S. 726).

In Frankfurt/Main hatten „Stadtteilbibliotheken, seit ihrer Eröffnung nicht mehr renoviert, ... mit einem Drittel des Medienetats und zwei Dritteln ihres Personals ihr flächendeckendes Netz präsent zu halten ...“ (Purbs, 2003, S. 721), in Dresden gibt es seit 1996 Konsolidierungspläne in Drei-Jahres-Schritten mit Sparzielen zwischen jeweils 500.000 DM und 500.000 Euro (vgl. Flemming, 2003, S. 731) und auch Hamburg hatte bis 2003 bereits 22 Prozent des Personals (rund 125 Stellen) abgebaut und die Standorte um 13 Bücherhallen reduziert (vgl. Schwemer-Martienßen, 2003, S. 735).

Die Bibliotheksleitungen begegnen diesen Vorgaben mit dem Bemühen, durch Zielvereinbarungen, Kontrakte, Mehrjahresschritte, Leistungskonzentrationen und Technikunterstützung ein Mindestmaß an Gestaltungsraum und Planungssicherheit zu erhalten. Die Auswirkungen zeigen sich jedoch flächendeckend in gleicher Weise:

Personalreduzierung, Rückzug aus der Fläche, Ringen um Drittmittel sowie Überlegungen, selbst durch Ehrenamtlichkeit nicht auf Fachlichkeit verzichten zu müssen. Die Leiterin der Zentral- und Landesbibliothek Berlin berichtet: „Wir bieten auch Menschen, die sich ehrenamtlich bei uns engagieren wollen, in verschiedenen Bereichen gute Möglichkeiten. Vor allem bei unseren alten Sammlungen müsste viel unbearbeitet liegen bleiben, wenn nicht frühere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein- bis zweimal pro Woche zu uns kommen und Bestände aufarbeiten würden.“ (Lux, 2003, S. 724).

An Improvisationsgeschick und Erfahrung in Krisenmanagement hat es den Bibliotheken zu keiner Zeit gefehlt und doch erhebt sich stets erneut die Frage: „Wenn Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Öffentlichen Bibliotheken, Millionen ihrer Kundinnen und Kunden, eine nicht geringe Anzahl von Kultur- und Bildungspolitikern von der Wichtigkeit und Leistungsfähigkeit der Öffentlichen Bibliotheken überzeugt sind, stellt sich natürlich die Frage, warum die eingangs geschilderte Finanzkrise ausgerechnet diese Bibliotheken in ihrer Substanz und Existenzfähigkeit so außerordentlich bedroht?“ (Barbian, 2003, S. 716). Eine der möglichen Antworten gibt der Autor selbst: „Es fehlt an einer schlagkräftigen Lobby. Das ist zu allen Zeiten schlecht, doch geradezu verhängnisvoll wird es in einer Situation, in der die Lobbyvertreter anderer öffentlicher Interessen mit Vehemenz ihren Anteil am Finanzkuchen verteidigen oder zurückerobern. Eine Lobby findet sich leider nicht von selbst. Sie muss organisiert werden - und das ist eine Aufgabe für Profis. Genau da liegt eines der zentralen Probleme.“ (Barbian, 2003, S. 716f.). Auch hatte der Autor zuvor bereits festgestellt: „Nach der endgültigen ‚Abwicklung‘ des Deutschen Bibliotheksinstituts (DBI), dessen Ende von den Kultur- und Finanzministern der Länder herbeigeführt wurde, befindet sich das größte Land in Europa in der Verlegenheit, nicht einmal einen zentralen Koordinator für die konzeptionelle und praktische Arbeit im Inland und für die Beziehungen zum Ausland benennen zu können.“ (Barbian, 2003, S. 715).

Und selbst die direkteste Form des Lobbyismus, die Intervention der Bibliothekskunden durch ein großflächig angelegtes Bürgerbegehren, wie in München 2003 zum Erhalt der Stadtteilbibliotheken, hat hohe Hürden zu überwinden. Es hat zwar „eine breite Öffentlichkeit für die Situation der Bibliotheken sensibilisiert, das erforderliche Quorum von Ja-Stimmen aber nicht erreicht“ (Schneider, 2003, S. 730). Das



Ergebnis erbrachte 80.569 Ja- zu 35.479 Nein-Stimmen. Erforderlich wären mindestens 90.282 Ja-Stimmen gewesen (vgl. Schneider, 2003, S. 730).

Seit diesem Überblick über die Finanzlage der Großstadtbibliotheken hat es keine weitere synoptische Darstellung in der Fachliteratur gegeben. Umso wichtiger bleiben die jährlichen Meldungen an die Deutsche Bibliotheksstatistik. Da sich die Finanzlage der Kommunen seitdem nicht verbessert hat, behält die verdienstvolle Zusammenstellung in ‚Buch und Bibliothek‘ bis auf weiteres bedauerlicherweise ihre Bedeutung.

## 7.2 Personalfluktuation

Auch in Zeiten knapper Finanzmittel heben Politik und Verwaltungsspitzen die Bedeutung von Bildung und Kultur stets positiv hervor. Sie sind stolz auf die Leistungen ihrer Bibliotheken und erklären deren Wirken für unverzichtbar.

Und auch bei der Suche nach neuen Einnahmequellen und Ausgabenreduzierungen streben sie nach Gerechtigkeit, zum Beispiel durch die Festsetzung von Sparquoten mit allgemeiner Verbindlichkeit. Um arbeitsrechtliche Härten oder gar betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, wird die so genannte natürliche Fluktuation zum Personalabbau genutzt. Diese ergibt sich flächendeckend durch Pensionierung, Verrentung oder Altersteilzeit, durch gesundheitliche Gründe oder Arbeitsplatzwechsel an einen anderen Ort. Und sie ergibt sich am Schwerpunkt Frauenarbeitsplatz. Familienphasen mit anschließender Elternzeit und daran anschließender Arbeitszeitreduzierung, wie in Kapitel 6.3 herausgearbeitet, erzeugen kontinuierlich Vakanzen. Hiervon sind die Bibliotheken als Frauenbetriebe in weit höherem Maß betroffen als traditionell überwiegend männlich besetzte Bereiche wie Tiefbau oder Datenverarbeitung.

Eine vermeintlich gerechte Besparung durch eine verbindliche Sparquote für die Gesamtverwaltung erzielt in der Praxis also zwangsläufig ein strukturelles Ungleichgewicht zu Lasten der Frauenbetriebe. Um diese Gerechtigkeitslücke zu schließen, müsste sie zunächst als solche erkannt und anerkannt werden. Dies geschieht im Alltag nicht und der Hinweis auf die fehlenden Finanzmittel ist stets geeignet, die Thematik auf dem Status quo zu belassen. Angesichts dieser Praxiserfahrungen ist eine Gender-Analyse dringend erforderlich.

### 7.3 Bibliotheken als freiwillige Aufgabe

Bei der Ursachenforschung für die prekäre Situation der Bibliotheken treffen sämtliche Überlegungen auf den einen Grund: die Freiwilligkeit.

Der Finanzausschussvorsitzende in Weimar stellte dazu in einer kommunalpolitischen Rede fest: „Auch von Weimar werden deshalb vom Land streng ein Sparhaushalt und dabei vor allem der Verzicht auf so genannte freiwillige Leistungen gefordert.

Deshalb denken das sich redlich mühende Gemeinderatsmitglied und der von der Rechtsaufsicht getriebene Bürgermeister: Nichts wie ran! Leisten wir dem Willen der Obrigkeit folge und hoffen dafür auf eine Belohnung. So treibt dann der Stadtrat die Verwaltung an, ‚Jagd‘ auf Personalstellen zu machen, und so fordern Verwaltungsspitzen vom Stadtrat, sich ehrlich am ‚Meucheln‘ freiwilliger Leistungen zu beteiligen.

Ein gefährliches Treiben, wenn sich Haushaltskonsolidierung nur auf die Maxime ‚Sparen, Sparen, Sparen‘ beschränkt! Man kann gemeinsam den Gürtel enger schnallen, bis keiner mehr Luft bekommt! Meine Damen und Herren, hier wurzelt nicht nur das Übel, sondern eine Katastrophe, die auch vor keiner Stadtbücherei halt machen wird.

Denn so unstreitig es ... sein dürfte, dass diese ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Kultur- und Bildungsarbeit ist, hat es sich eingebürgert, die Stadtbücherei stets als freiwillige Leistung der Kommune anzusehen. Mit dieser Festschreibung ist sie aber zugleich - bitte entschuldigen Sie die Deutlichkeit - latent vom Tode bedroht. Warum? In den Köpfen vieler politischer Entscheidungsträger hat sich festgesetzt, dass es sich bei den als ‚freiwillig‘ beschriebenen Leistungen quasi um ‚Spaßaufgaben‘ handelt, die man bei fehlender finanzieller Leistungsfähigkeit vorrangig wegstreichen muss. Vor allem wäre es ein Fehler anzunehmen, dass, ohne ein offensives Gegensteuern, mit dem stillen Sterben vieler unserer Stadtteilbibliotheken in den vergangenen zehn Jahren irgendeine Sparwut befriedigt worden wäre. So besteht unverändert die absurde Gefahr, dass die Schließung einer Stadtbücherei mit dem Fehlen von ordentlichen Sanitäranlagen und Brandschutztüren in Kindergärten der Kommune begründet wird.“ (Hasenbeck, 2003, S. 208).

Der hier zitierte Finanzexperte weist in aller Deutlichkeit auf die Konsequenzen der fehlenden rechtlichen Grundlage für die Existenz der Bibliotheken im Gegensatz zu

den seit einigen Jahren gesetzlich abgesicherten und mit Standards versehenen Kinderbetreuungseinrichtungen hin.

Die Kommunalordnungen unterscheiden Pflichtaufgaben in Form von Auftragsangelegenheiten und Weisungsaufgaben im Auftrag der Länder und des Bundes gegenüber den kommunalen Selbstverwaltungsangelegenheiten. Hierzu zählen die freiwilligen Aufgaben und die Pflichtaufgaben ohne Weisung.

Im Wortlaut einzelner Gemeindeordnungen ist nicht einmal der Terminus ‚Freiwillige Leistung‘ bzw. ‚Freiwillige Aufgabe‘ enthalten. „Die Thüringer Kommunalordnung kennt den Begriff der ‚freiwilligen Leistung‘ nicht einmal. Dort wird - ohne eine Rangfolge festzulegen - nur von ‚Eigenen Aufgaben‘ als den Aufgaben im eigenen Wirkungskreis gesprochen.“ (Hasenbeck, 2003, S. 210).

Ebenso in der Niedersächsischen Gemeindeordnung. Diese nennt im Eingangskapitel die Grundlagen der Gemeindeverfassung, die mit der gemeindlichen Selbstverwaltung beginnen und in § 2 die Aufgaben der Gemeinden umreißen: „Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet die ausschließlichen Träger der gesamten öffentlichen Aufgaben, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohnerinnen und Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit.“ (Thiele, 2006, S. 6).

Der Kommentar führt aus: „Soweit nicht gesetzlich die Schaffung von Einrichtungen vorgeschrieben ist, entscheiden die Gemeinden darüber ... Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist ein Maßstab für Umfang und Art der Bereitstellung der erforderlichen Einrichtungen.“ (Thiele, 2004, S. 10).

Dass sich diese Leistungsfähigkeit vorrangig auf die Finanzkraft der Kommune bezieht, verdeutlichen diverse Kommentare. „Bei der Wahrnehmung dieser Selbstverwaltungsaufgaben sind die Kommunen frei, d. h. es gibt keine besonderen staatlichen Rechtsvorschriften oder Weisungen, die ihnen inhaltliche Vorgaben für die Aufgabenerfüllung in diesem Bereich geben. Die Gemeinden unterscheiden vielmehr eigenverantwortlich darüber, ob sie die Aufgaben wahrnehmen und wie sie diese erfüllen wollen; mit anderen Worten: Sie entscheiden über das ‚Ob‘ und das ‚Wie‘ der Aufgabenerfüllung. Hierbei sind die Gemeinden nur den allgemeinen Gesetzen unterworfen. Sie können diese Aufgaben jedoch nur dann übernehmen, wenn ihnen nach ordnungsgemäßer Wahrnehmung der Pflichtaufgaben hierfür noch Mittel zur Verfügung stehen.“ (Vogelsang/Lübking/Jahn, 1997, S. 46).

Aus dieser juristischen Eindeutigkeit ziehen Kämmerei und Finanzsteuerung ihre Legitimation, grundsätzlich und insbesondere in Phasen schwacher Konjunktur auch den Bildungsbereich Bibliothek immer wieder in Bedrängnis zu bringen.

Allerdings kennt das Kommunalrecht darüber hinaus auch den Begriff der ‚Daseinsvorsorge‘ und thematisiert in diesem Kontext durchaus die Bibliotheken. „Öffentliche Einrichtungen sind das mit Abstand wichtigste und kommunaltypischste Instrument der Leistungserbringung in den Aufgabenfeldern der Infrastruktur, des Sozialen und der Kultur ... Mit dem Bau von Mehrzweckhallen, Abwasserentsorgungsanlagen, Bibliotheken oder auch nur der Unterhaltung von Wiesen und Plätzen, auf denen Feste und Märkte stattfinden können, werden Räume für die Grundrechtsausübung geschaffen. Gleichgültig, ob die betreffenden Leistungen in der modernen Gesellschaft existenznotwendig sind (Abwasserentsorgung, Wasserversorgung) oder ob es ‚nur‘ um Kommunikation und Unterhaltung geht - stets wird ein unverändert wichtiger und nachgefragter Beitrag zur sog. ‚Daseinsvorsorge‘ geleistet. ...

Eine Pflicht zur ‚Schaffung, Aufrechterhaltung‘ oder ‚Erweiterung‘ einer öffentlichen Einrichtung besteht nicht, außer wenn in einem speziellen Gesetz eine darauf gerichtete kommunale Pflichtaufgabe ... statuiert ist ...“ (Burgi, 2006, S. 218f.).

Und zur Präzisierung des Begriffes ‚Daseinsvorsorge‘: „Weder eine Legitimation noch eine Privilegierung kommunaler wirtschaftlicher Betätigung ergibt sich daraus, dass es typischerweise um Leistungen ‚zur Befriedigung der Bedürfnisse für eine dem jeweiligen Lebensstandard entsprechende Lebensführung‘ (‚Daseinsvorsorge‘) geht. Dieser über Jahrzehnte etablierte Begriff bringt zum Ausdruck, dass staatliche wie kommunale Aufgabenerfüllung in einem modernen Gemeinwesen notwendigerweise über die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung hinaus gehen. Aus ihm lässt sich aber nicht ableiten, dass bestimmte Leistungen der Infrastruktur oder des Sozialen nur durch den Staat bzw. die Kommunen (in Monopolstellung) erbracht werden dürfen. Auch die Leistungstiefe ... lässt sich nicht allein mit Hilfe dieses Begriffes beantworten.“ (Burgi, 2006, S. 250f.).

Werden also die Bibliotheken durchaus als Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung gesehen, ja sogar den Aufgaben der Daseinsvorsorge zugeordnet, so gibt es gute Gründe, die die Existenz der Bibliotheken rechtfertigen, jedoch bis heute keine gesetzliche Grundlage, die die Existenz der Bibliotheken auch sichert.

## 7.4 Initiativen für ein Bibliotheksgesetz

Diese Diskrepanz von bekundeter Wertschätzung gegenüber den Bibliotheken bei gleichzeitig mangelnder finanzieller und rechtlicher Existenzsicherung hat in Fachkreisen seit langem die Forderung nach einem deutschen Bibliotheksgesetz hervorgerufen und aufrechterhalten. Der Erfolg steht nach wie vor aus. „In der Bundesrepublik Deutschland sucht man sowohl im Bereich der Bundesgesetzgebung als auch in der der Bundesländer vergeblich ein ausdrücklich als solches bezeichnetes Bibliotheks,gesetz’. Diese für ausländische Bibliothekare vielleicht etwas seltsam anmutende Situation herrschte allerdings nicht immer so vor. Zumindest in einem Teil Deutschlands, der DDR, existierte für viele Jahre eine Art ‚Bibliotheksgesetz’, die sogenannte ‚Bibliotheksverordnung’ von 1968. Darin fanden sich u. a. detaillierte Bestimmungen über Aufgaben, Gliederung und Arbeit von Bibliotheken. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Untergang der DDR verschwand diese Regelung und verwandelte sich zu einem historischen Aspekt des Bibliothekswesens in Deutschland.“ (Müller, 2000, S. 43).

Und für die Bundesrepublik ist zu konstatieren: „Im Rückblick dürfte es einigermaßen verwunderlich sein, dass Bibliotheken und Bibliotheksverbände während der ersten vier Jahrzehnte der Bundesrepublik an der bibliotheksbezogenen Gesetzgebung fast gar nicht direkt beteiligt waren. Parlamentarier und Ministerialbeamte haben Hunderte von Gesetzestexten mit Auswirkungen auf die bibliothekarische Tätigkeit formuliert, ohne die betroffenen Bibliothekare zu fragen, was sie davon jeweils hielten. Diese gerade auch unter dem Gesichtspunkt des Demokratiedenkens unbefriedigende Situation begann sich jedoch ab dem Jahr 1990 zu verbessern. Die bibliothekarischen Verbände wurden nun regelmäßig vom Justizministerium um Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben gebeten, und ihre Vertreter nach Bonn geladen.“ (Müller, 2000, S. 44).

Werden Bibliotheksexperten nun nach Berlin geladen, so geht es vorrangig um Fragen der Wissenschaftlichen Bibliotheken, um Die Deutsche Bibliothek und Fragen des Pflichtexemplarrechts wie des Urheberrechts, insbesondere im Hinblick auf Digital Rights, um nur einige Beispiele zu nennen.

Eine Initiative für alle Bibliothekssparten, also auch für Öffentliche Bibliotheken, erfolgte durch den Europarat in den Jahren 1999/2000 nach jahrelanger Vorbereitung. „Vier Bereiche sind für die Bibliotheksarbeit relevant und müssten daher hin-

sichtlich einer Bibliotheksgesetzgebung oder politischer Maßnahmen in Betracht gezogen werden:

- das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit,
- Bibliotheken innerhalb der nationalen Informationspolitik,
- Bibliotheken und die Wissensindustrien,
- Schutz des Bibliothekserbes.

Diese vier Kernpunkte bilden das Grundgerüst für die ‚Richtlinien zur Bibliotheksgesetzgebung und -politik‘, die vom Kulturkomitee ... 1999 verabschiedet wurden.“ (Vitiello, 2000, S. 38).

Birgit Dankert, langjährig Professorin an der Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Bibliothek und Information, seinerzeit auch Sprecherin der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände sowie Mitglied in dem europäischen Lobbyverband für Bibliotheken in Europa EBLIDA, unterstreicht die Bedeutung der Initiative des Europarates: „Die Politik der EU war zunächst auf Wirtschaftsfragen ausgerichtet. Die Erkenntnis, dass auch Informationen und digitaler Datentransfer einen Markt bilden, vor allem aber der inzwischen verbindlich formulierte kulturelle Auftrag der EU haben den Bibliotheken eine deutlich konturierte Rolle in der Europapolitik zugewiesen. Die EU hat den hohen kulturellen und wirtschaftlichen Wert der Bibliotheken erkannt. Das ist ein großer Fortschritt und schlägt sich in einem Ausmaß politischer Akzeptanz nieder, das bisher nirgendwo erreicht werden konnte.

Die Richtlinien des Kulturkomitees des Europarats für eine Bibliotheksgesetzgebung zeigen zugleich deutlich, dass Bibliotheken sich in einem politischen Spannungsfeld befinden und dementsprechend agieren müssen. Es geht um

- das Recht, Bibliotheken zu besitzen;
- das Recht auf freie Meinungsäußerung, das sich in Bibliotheken niederschlagen muss;
- eine Regelung des Urheberrechts für das Internet, die sowohl den Informationsproduzenten und -vermittlern als auch den Nutzern genügen muss;
- die Sicherstellung einer Finanzierung, die den Bibliotheken ermöglicht, zeitgemäße Dienstleistungen anzubieten;
- eine Anpassung des Pflichtabgabegesetzes an die neuen Medien;
- die Klärung von Zuständigkeiten und Verantwortungen im Wechselspiel zwischen Bund und Ländern.

Diese Problembereiche geben Fragen auf, die einer politischen Lösung bedürfen. Sie sollten in einem demokratischen Diskussionsprozess geklärt und geregelt werden. Darin sehe ich die Aufgabe europäischer Bibliothekspolitik.“ (Dankert, 2000, S. 15). Einen Überblick über die Situation in Europa gab fünf Jahre später die Leiterin der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Bibliotheksverbandes, Barbara Schleihagen, anlässlich des Thüringer Bibliothekstages im Oktober 2005: „2/3 aller 25 EU-Länder haben ein Bibliotheksgesetz. Es gibt derzeit nur neun Länder, die überhaupt keine eigenständige Bibliotheksgesetzgebung vorzuweisen haben. Dazu gehören neben Deutschland die folgenden Länder: Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Malta, Österreich, Portugal und Zypern.

Diese neun Länder lassen sich wiederum in zwei Gruppen teilen: Länder, die früher ein Bibliotheksgesetz hatten wie Irland und die Niederlande, und eine Handvoll Länder, die noch nie über ein Gesetz verfügten. ...

Von den 16 EU-Ländern, die über ein eigenes Bibliotheksgesetz verfügen, haben 15 ihre Gesetzgebung in den letzten Jahren aktualisiert.“ (Schleihagen, 2005, S. 10f.).

Mit Blick auf Deutschland stellt sie fest: „Die Länder der Europäischen Union mit vorbildlichem Bibliothekswesen verfügen alle über ein Bibliotheksgesetz auf nationaler Ebene. Aber es ist nicht nur das Gesetz, was das Bibliothekswesen so vorbildlich sein lässt. Vielmehr ist das Gesetz ein konkreter Ausdruck des politischen Willens des Staates, Bibliotheken zu fördern. Auch mit finanziellen Mitteln.“ (Schleihagen, 2005, S. 7).

Die Initiative des Europarates einschließlich der vorbildlichen europäischen Länder basiert auf internationalen Empfehlungen. Bereits 1994 erschien ein Manifest der UNESCO mit dem Titel ‚Öffentliche Bibliothek‘. Im Kapitel ‚Finanzierung, Gesetzgebung und Vernetzung‘ heißt es: „Die Öffentliche Bibliothek gehört in den Verantwortungsbereich kommunaler und nationaler Behörden. Sie muß von einer spezifischen Gesetzgebung getragen werden und durch nationale und kommunale politische Körperschaften finanziert werden.“ (Dankert, 1997, S. 10).

Das Manifest entstand in Zusammenarbeit mit der International Federation of Library Associations and Institutions IFLA.

Im Jahr 2001, in deutscher Übersetzung 2005, bekräftigen diese Institutionen ihre Haltung zu dem Erfordernis gesetzlicher Grundlagen für Öffentliche Bibliotheken in der Publikation ‚Dienstleistungen Öffentlicher Bibliotheken. IFLA/UNESCO Richtlinien für die Weiterentwicklung‘. Auch hierin findet sich ein eigenes Kapitel ‚Ge-

setzliche und finanzielle Rahmenbedingungen' und spezifiziert ‚Gesetzgebung für das Öffentliche Bibliothekswesen‘: „Öffentliche Bibliotheken sollten auf einer Gesetzesgrundlage arbeiten; dies sichert ihnen den Fortbestand und ihren Platz innerhalb der Verwaltungsstruktur.“ (Gill, 2005, S. 13). Unter Berücksichtigung nationaler Unterschiede werden als Mindestanforderungen formuliert: „In jedem Fall sollte die Gesetzgebung die Zuständigkeiten und die Finanzierung regeln. Sie sollte ebenso den Öffentlichen Bibliotheken innerhalb des Bibliotheksnetzes des Landes oder der Region ihren Platz einräumen.“ (Gill, 2005, S. 14).

Trotz dieser internationalen und europäischen Vorgaben gilt für Deutschland die Analyse von Birgit Dankert fort: „Oft genug kann sich Deutschland bei den Forderungen der UNESCO zu Information, Bildung und Kultur als hochqualifizierter Partner mit Förder- und Vorbildstatus profilieren. Das ist bei den Forderungen des Manifestes zum Öffentlichen Bibliothekswesen keineswegs der Fall.

Weder im weltweiten Vergleich der Kulturen noch im Verhältnis zu Standards der wohlhabenden hochtechnisierten Industrienationen kommt Deutschland im Öffentlichen Bibliothekswesen eine führende Rolle zu.“ (Dankert, 1997, S. 3).

Das derzeit wichtigste Strategiekonzept deutscher Bibliothekare, ‚Bibliothek 2007‘ der Bertelsmann Stiftung und Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände BDB, muss diese Einschätzung auch im Jahr 2004 bestätigen: „Ein stärkerer bundesrechtlicher Einfluss und eine übergreifende Zuständigkeit für die Bibliotheken mit dem Ziel der Koordinierung und Förderung ihrer Entwicklung sind dennoch unentbehrlich. Die Informations- und Wissensgesellschaft erfordert es, dass Institutionen, die dem freien Informationszugang und dem lebenslangen Lernen dienen, in einem Gesamtzusammenhang betrachtet werden.

Eine gesetzliche Verpflichtung für diese Perspektive existiert nicht.“ (Beger, 2004, S. 15f.).

Von der Zielvorstellung haben sich die deutschen Bibliothekare jedoch keineswegs getrennt: „Ein Bildungs- und Informationsgesetz auf Bundesebene ist langfristig die richtige Lösung, um eine qualitativ gleichwertige Bildung und Informationsversorgung für alle Bürger in Deutschland zu gewährleisten und gleichzeitig eine Verbindlichkeit für die Rolle und Aufgaben der Bibliotheken zu schaffen. Im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit schnellen Handelns und langfristigen Gesetzgebungsverfahren muss diese Verbindlichkeit jedoch bereits kurz- und mittelfristig im Kontext einer zukunftsfähigen Bildungspolitik geschaffen werden.“ (Beger, 2004, S. 16).



Vorgeschlagen wird daher zunächst eine „BEA BibliotheksEntwicklungsAgentur als zentrales Steuerungsinstrument für Innovation und Qualitätssicherung der bundesweiten Bibliotheksentwicklung zu gründen“ (Beger, 2004, S. 27). Und in „Anlehnung an die jährlichen Fördervolumen anderer Einrichtungen für wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme wäre bei einer Stiftungsgründung ein Innovationsfonds in der Größenordnung von etwa 40 Millionen Euro ein tragfähiger Ansatz.

Bereits mit diesem relativ geringen finanziellen Aufwand von umgerechnet ca. 0,50 Euro pro Bürger ist es möglich, bildungspolitisch dringend notwendige Verbesserungen zu erzielen.“ (Beger, 2004, S. 33).

Diese mutige und dennoch pragmatische Initiative wird auf allen Ebenen des deutschen Bibliothekswesens als gemeinsames Ziel vorangetrieben. Die Umsetzung wird seit dem Jahr 2006 erschwert durch die Föderalismusreform, die den Bundesländern die alleinige Zuständigkeit für Bildung und Kultur übertragen hat. Mit dieser Schwierigkeit konfrontiert sieht sich ebenfalls die im Jahr 2002 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission ‚Kultur in Deutschland (EK Kultur)‘, die in zweiter Legislaturperiode tätig ist. „Der Zwischenbericht der EK Kultur zum Ende der 15. Legislaturperiode erwähnt das Thema Bibliotheksgesetzgebung mit keinem Wort. Lediglich im Tätigkeitsbericht der EK Kultur findet sich der Bericht über die Expertenanhörung zum Bereich Bibliotheken. Darin wurde festgehalten, dass die Experten mehrheitlich ein Bibliotheksgesetz befürworten.

... Es gibt derzeit keine einschlägige Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich des Bibliothekswesens. Nach Art. 70 GG fällt die Gesetzgebungskompetenz für den Erlass eines Bibliotheksgesetzes allein den Ländern zu. Richtig ist, dass im Rahmen der Expertenanhörung von seiten der Experten die Ansicht geäußert wurde, eine bundeseinheitliche Regelung sei sinnvoller als eine Vielzahl unterschiedlicher und uneinheitlicher Landesgesetze. Allerdings wurde die kompetenzrechtliche Problematik ausdrücklich gesehen und angesprochen.“ (Steinhauer, 2006, S. 893f.).

Parallel hierzu gibt es auf der Ebene der deutschen Bundesländer erneute Aktivitäten. Auf der Grundlage der Landesverfassung wird in Thüringen ein ‚Bibliotheksgesetz als Konkretisierung von Grundrechten‘ (Steinhauer, 2006, S. 893) angestrebt. „Parallel zur laufenden Reform des Hochschulrechts wird im Freistaat Thüringen die Möglichkeit diskutiert, mit einem Bibliotheksgesetz die bibliothekarischen Dienstleistungen des Landes auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Der Landes-

verband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband (DBV) hat dazu am 14. März 2006 einen Gesetzentwurf der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser Entwurf wird derzeit sowohl in der Thüringer Politik als auch in bibliothekarischen Fachkreisen diskutiert.“ (Steinhauer, 2006, S. 880).

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, „dass es zumindest für einen Teilbereich des öffentlichen Bibliothekswesens im Land Baden-Württemberg das ‚Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens‘ vom 20. März 1980 in der Fassung der Änderung vom 17. Juni 1997 gibt“ (Steinhauer, 2006, S. 891).

Seit 2006 widmet sich auch der Landesverband Niedersachsen im Deutschen Bibliotheksverband wieder dieser Thematik. So standen die ‚16. Gemeinsamen Bibliothekstage für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt‘ in Hannover unter dem Tagungsthema ‚Bibliotheksgesetz - ein Rettungsanker für die Bibliotheken?‘. Undine Kurth, Vorsitzende des DBV-Landesbeirates in Sachsen-Anhalt, kommentiert das Tagungsthema in ihrem Grußwort dergestalt: „Das lässt schon eine Katastrophensituation vermuten - was ja mit Blick auf die Situation mancher öffentlicher Bibliothek auch nicht ganz falsch genannt werden kann.“ (Kurth, 2006, S. 5).

Zur Situation in Deutschland stellt sie fest: „Zwar gibt es vereinzelte Länderregelungen: So wird in der Verfassung von Schleswig-Holstein die Förderung von Bibliotheken als Staatsziel betont. Baden-Württemberg erwähnt Bibliotheken im Weiterbildungsgesetz und Hessen beschreibt die Wahrung des kulturellen Erbes im Hessischen Hochschulgesetz. In Bayern existiert eine Bibliotheksverordnung, und auch die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt erwähnt die Bibliotheken in Artikel 36. So weit, so gut - nur reicht dies nicht.“ (Kurth, 2006, S. 6).

Die Referate der Gäste aus Südtirol und Schweden wussten von der politisch bindenden Wirkung der Bibliotheksgesetzgebung ihrer Länder zu berichten.

International vorbildliche Konzepte nennt das Strategiepapier ‚Bibliothek 2007‘, und doch können sich deutsche Bildungs- und Kulturpolitiker nicht entschließen, sich an diesen Best-Practice-Beispielen zu orientieren.

Die bisherige, nahezu standardisierte Entgegnung der Bibliotheksträger auf die Forderung der Bibliotheken nach einer gesetzlichen Grundlage fasst ein seinerzeit zuständiger Ministerialbeamter aus Schleswig-Holstein zusammen: „Auf welcher Grundlage, nach welchen Kriterien und in welcher Höhe sich die Länder an der Förderung des Bibliothekswesens beteiligen, das unterscheidet sich beträchtlich. Ein

spezielles Bibliotheksgesetz, das Aufgaben, Mindeststandards und Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken regelte, gibt es bisher in keinem der Länder. Die Forderung danach wird - nicht erst seit dem ‚Bibliotheksplan '73‘ - aus Fachkreisen immer wieder erhoben; selbst die Kulturpolitiker in Ländern und Kommunen tun sich aber schwer damit. Ich meine zu Recht, nicht nur, weil auf absehbare Zeit Mehrheiten für Leistungsgesetze auf bisher nicht gesetzlich geregelten Politikfeldern kaum zu erhalten sein dürften. Mit jedem Gesetz geht Gestaltungsfreiraum verloren, und die Normierung nimmt zu. Die gemeindliche Selbstverwaltung, eine wichtige demokratische Errungenschaft des frühen 19. Jahrhunderts, wird ohnehin immer weiter eingeeengt. Der Kulturbereich ist einer der letzten verbliebenen Freiräume; würde auch er noch durch Gesetze zur Theater-, Museums-, Musikschul- und eben Bibliotheks-förderung aufgegeben, so könnte von einer eigenständigen, lokale Traditionen und Besonderheiten berücksichtigenden kommunalen Kulturpolitik kaum mehr die Rede sein, sie würde weitgehend auf eine Auftragsverwaltung reduziert.

In der öffentlichen Diskussion wird die Forderung nach Kulturgesetzen oft mit dem Plädoyer vermengt, Kulturförderung nicht länger als ‚freiwillige‘, sondern als ‚Pflicht‘aufgabe anzusehen und zu behandeln. Das wäre natürlich mit der Verabschiedung eines entsprechenden Leistungsgesetzes der Fall. Ich bezweifle allerdings, daß der Verteilungskampf um die kommunalen Mittel leichter würde, wenn noch mehr Ansprüche auf gesetzlicher Grundlage gegeneinander stünden. Im übrigen halte ich die immer wieder neuen Versuche, die Aufgaben der Kulturförderung auch ohne den Verweis auf Spezialgesetze als Pflichtaufgaben zu begründen, zwar für tiefgründig, scharfsinnig und rührend, aber auch für ineffektiv. Wo die Einsicht fehlt, daß Kultur lebens- und überlebensnotwendig ist, daß Ausgaben für die Kulturförderung, für die Weiterentwicklung der geistigen Infrastruktur eines Landes, einer Gemeinde unverzichtbare Zukunftsinvestitionen sind, kann sie auch auf diesem Weg nicht herbeigeredet werden.“ (Carl, 1998, S. 102f.).

Trotz der Einsicht „Andererseits darf ein Land auch nicht beliebig lange tatenlos zusehen, wenn das Ziel der flächendeckenden und gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung offenkundig verfehlt wird“ (Carl, 1998, S. 106), bleibt er bei dem Hinweis auf projektgebundene Förderprogramme und der Erteilung guter Ratschläge. Und eben deshalb bleibt auch die Forderung der Bibliothekare nach einer verbindlich gesicherten Arbeitsgrundlage aktuell.

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission ‚Kultur in Deutschland‘ liegt seit dem 11.12.2007 als Drucksache 16/7000 des Deutschen Bundestages vor. Von Seite 129 bis 132 beschäftigt er sich explizit mit den Öffentlichen Bibliotheken. Als Handlungsempfehlungen werden unter anderem genannt, dass die Länder Bibliotheksgesetze erlassen sollen und dass Öffentliche Bibliotheken Pflichtaufgabe werden sollen (vgl. Deutscher Bundestag, 2007, S. 132).

Und der Bundespräsident äußert sich anlässlich der Wiedereröffnung der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar am 24.10.2007: „Meine Meinung ist: Bibliotheken gehören deshalb in Deutschland auf die politische Tagesordnung.“ (Köhler, 2008, S. 5).

Bis sie dort angekommen sind, gelten für die Bibliotheken die derzeitigen Rahmenbedingungen.

## 7.5 Gender-Desiderate

Die vorangegangene Untersuchung in Kapitel 6 und 7 über den Frauenarbeitsplatz Bibliothek und seine Rahmenbedingungen ergibt zweierlei Handlungserfordernis.

Befürworter der bestehenden Strukturen werden in den Gender-Initiativen keinen Handlungsbedarf für die Bibliotheken sehen, da diese ja traditionell Frauenarbeitsplätze sind und einen akzeptablen Professionalisierungsgrad erreicht haben. Es wurde aufgezeigt, dass selbst die Führungspositionen in Öffentlichen Bibliotheken in zunehmendem Maß von Frauen bekleidet werden.

Betrachtet man die Bibliotheken solitär als Beschäftigtengruppe, so vermittelt diese eher den Eindruck, künftig der Männer-Quoten zu bedürfen, insbesondere in den Öffentlichen Bibliotheken.

Als Grobziel sind Gender Mainstreaming und Gender Budgeting hier scheinbar bereits übererfüllt, und für Entscheidungsträger wäre Vorschub geleistet, das Thema betriebswirtschaftlich mit den bekannten Zahlen zu belegen, mit dieser Rechtfertigung öffentlich zu machen und guten Gewissens auf Status quo zu beenden.

Dass es sich hierbei keineswegs um Spekulation oder gar Unterstellung handelt, beweist die Geschichte: Die geschlechterpolitischen Fortschritte der letzten fünfzig Jahre in Gesetzgebung und Berufswelt wurden durch Auseinandersetzungen erzielt, nicht durch gemeinsames partnerschaftliches Streben.

Auch die Kerngedanken des Gender Budget hätten in dieser Zeit längst umgesetzt werden können, auch im Vorfeld der neuen Begriffsprägung und durchaus bereits im kameralistischen Haushalt. Voraussetzung war und ist der politische Wille sowie Spezifizierungen bei der Datenerhebung.

Da dies jedoch kaum geschehen ist, bedarf es nun erneut der nachdrücklichen Aufforderung durch europäische und staatliche Vorschriften.

Und selbst auf dieser Grundlage verläuft - wie aufgezeigt - der Implementierungsprozess singulär, schleppend, eher verlautbarend als handlungsorientiert, von Widerständen und mangelndem Problembewusstsein begleitet. Der gewöhnungsbedürftige und komplexe Produkthaushalt und die in Aussicht stehende Doppik legen das Abwarten näher als die Initiative.

Die vorliegende Untersuchung hat jedoch gezeigt, dass einerseits das Konzept Gender Budget viel tiefer greift als die bisherigen Gleichstellungsprogramme und dass andererseits die Bibliotheken als ein Spezialgebiet künftiger Operationalisierungsprozesse bei näherem Hinsehen diverse Handlungsdesiderate aufweisen. Dies insbesondere und gegen allen Anschein im Personalbereich, auch wenn die bisherigen Gender Budget-Ansätze bis hierhin noch längst nicht vorgedrungen sind.

Das eingangs dieses Kapitels in Aussicht gestellte zweite Handlungserfordernis findet seine Begründung in der vorliegenden Untersuchung. Diese musste, in Anbetracht der erstgenannten Handlungsdefizite - mangelndes Problembewusstsein und daher mangelnde Initiative - die Kausalität von Problem Gender Gap, Konzept Gender Budget und Operationalisierungsebene Bibliothek mit ihren Desideraten entsprechend tiefgreifend und umfassend herausarbeiten.

## **8 Zukunftsperspektiven für Gender Budgets**

Die Implementierung von Gender Budgets befindet sich derzeit noch im Entwicklungs- und Erprobungsstadium. Die Grundzüge des Konzeptes liegen jedoch soweit vor, dass nicht nur das Ziel, sondern auch Realisierungsprozess und Auswirkungen vorgezeichnet sind. Einige der Perspektiven werden in den folgenden Kapiteln aufgezeigt, soweit sie sich aus der vorliegenden Untersuchung exzerpieren und aus den bisherigen Initiativen verifizieren lassen.

## 8.1 Akzeptanz

Da Gender Budgeting national zum gesetzesausführenden Instrumentarium erklärt worden war, erscheint die Frage nach der Akzeptanz befremdlich. Dennoch muss für das Konzept Bewusstsein geschaffen werden, aus den mehrfach dargelegten Gründen. Es handelt sich um einen Top-down-Prozess, dessen Initiative von der Verwaltungsspitze oder von der Politik ausgehen muss. Erfolgt dies nicht, können Gleichstellungsbüros oder Bürgerinitiativen die Motivationsarbeit leisten bzw. die Einführung von Gender Budgets einfordern. Die bisher geringe Verbreitung von Gender Budgets macht das Ausmaß noch zu leistender Überzeugungsarbeit deutlich. Globale Herausforderungen, enge Kommunalhaushalte sowie noch nicht realisierte Module der Verwaltungsreform lassen die Akzeptanz für Gender Budgets weiter in die Ferne rücken. Es bedarf also verstärkter Anstrengungen derer, die die Gender-Perspektive berücksichtigt wissen wollen.

Und daher wäre es verfrüht, aus der operativen Ebene einer einzelnen Bibliothek heraus ein Gender Budget zu erstellen, solange das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Konzeptes in den Verwaltungsspitzen noch nicht in genügendem Maß vorhanden ist. Ein Grund zur Entmutigung ist jedoch auch hierin nicht zu sehen, die Akzeptanz ist vielmehr eine Frage der Zeit und der Geduld.

## 8.2 Datenerhebung

Jede Bibliothek ist mit ihrem vorhandenen Datenmaterial in der Lage, für sich eine geschlechterbewusste Kostenrechnung zu erstellen. Mitarbeiterschaft und Personalkosten können genderspezifisch differenziert werden, und auch von der Nutzerschaft liegen genderrelevante Angaben vor. Die Sachkosten wären je nach Anforderung an dieses Gender Budget zu schlüsseln.

Ein solches Gender Budget wäre jedoch falsch verstanden, da es seinem Auftrag nicht gerecht wird und lediglich den Status quo beschreibt. Erst im Vergleich mit anderen Verwaltungsabteilungen werden genderspezifische Ungleichgewichte sichtbar: Frauenarbeitsplätze sind geprägt durch Teilzeitarbeit und Ansprüche an die Lage der Arbeitszeit, durch Fluktuation und Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, durch Einarbeitungszeiten für Vertretungskräfte und gegebenenfalls deren spätere Über-

nahme und viele weitere Faktoren im Zusammenhang mit den Familienpflichten der Frauen, die die Organisation ihrer Arbeitsplätze beeinflussen.

Das Datenmaterial für Gender Budgets muss diese Unterschiede zwischen Abteilungen mit männlichen Vollerwerbsbiografien und weiblichen Berufsbiografien berücksichtigen, und der Zweck von Gender Budgets ist es, diese auszugleichen. Dies gilt auch für die Steuerung von Stellenvakanzen, befristeten Arbeitsverhältnissen etc., und wurde in Kapitel 6 ausgeführt.

Die Datenerhebung für Gender Budgets muss also in erster Linie darauf ausgerichtet sein, diese Spezifika pro Abteilung sichtbar zu machen, verwaltungsweit zu vergleichen, durch genderspezifische Maßnahmen letztendlich Gender-Gerechtigkeit herzustellen und diese auch im kommunalen Haushalt abzubilden.

Die in jeder Kommune in der Personalabteilung vorliegenden Daten sind ebenfalls als rudimentäre Grundlage für ein Gender Budget geeignet. Sie können in Zuordnung zu Geschlecht, Arbeitszeitanteilen und Vergütung, selbstverständlich unter Verzicht auf Namensnennung, den Stellenplänen entnommen werden.

So wie die bekannten Gender Budget-Projekte zur Nutzeranalyse gegenwärtig ihrerseits auf dem vorliegenden Datenmaterial aufbauen, so könnte dies auch im Bereich des Personals, also der Leistungserbringer, erfolgen. Und im weiteren Verlauf des Prozesses wird stärker differenzierendes Datenmaterial erhoben und das Gender Budget-Instrumentarium schrittweise eingesetzt.

Die zögernde Realisierung von Gender Budgets ist also nicht vorrangig mit mangelndem Datenmaterial zu begründen. Vielmehr bedarf es in jedem Fall der Initiative der Verwaltungsspitzen: für ein vorläufiges Gender Budget wie auch für die Erhebung differenzierterer Daten.

### 8.3 Mittelverteilung

Unabhängig vom geschlechtergerechten Haushalt unterliegt die Festsetzung der kommunalen Mittelverteilung den finanzpolitischen Entscheidungen. Hier werden Beschlüsse getroffen für Sport und Kultur, für Straßenbau und Stadtgrün, für Großprojekte und Daseinsvorsorge.

Ab Kapitel 3, und insbesondere in den Kapiteln 6 und 7, wurde dargelegt, dass ein Gender Budget Auswirkungen auf die Mittelverteilung innerhalb der Verwaltung haben soll und wird.

Aus Kapitel 4 und 5 wird deutlich, dass das Gender Budget die Perspektive der Nutzer kommunaler Einrichtungen künftig nach Gender-Interessen differenziert.

Gendergerecht aufbereitetes Datenmaterial über Nutzerinteressen wird dazu geeignet sein, kommunalpolitische Entscheidungen zu beeinflussen - als gleichstellungspolitisches Desiderat ebenso wie in dem grundlegenden Wissen um die Stimmen der Frauen als Wähler.

Solange es an Transparenz mangelt, ob die Interessen in einem Stadtteil für die Flutlichtanlage des Fußballplatzes oder für den Erhalt der Bibliotheksfiliale überwiegen, kann es derzeit noch gerechtfertigt werden, dass die jeweils intensivere Lobbyarbeit die Entscheidung bestimmt.

Durch ein Gender Budget wächst der Begründungsdruck, und die bisherige Entscheidungspraxis wird vor mehrdimensionale Anforderungen gestellt.

#### 8.4 Bildungspolitischer Fortschritt

Auch ein Gender Budget ist kein universales Reparaturinstrument.

Die Stellung der Öffentlichen Bibliotheken wird gegenwärtig beeinflusst durch einige bemerkenswerte externe Faktoren, die den gesellschaftlichen Nutzen von Bibliotheken stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken.

Die Ergebnisse der PISA-Studie von 2006 sind ebenso wenig dazu angetan, im bildungspolitischen Reformeifer nachzulassen, wie die Ergebnisse der jährlichen Jugendstudien. Leseförderung bleibt Daueraufgabe, weit über die schulischen Möglichkeiten hinaus. Und insbesondere die männlichen Jugendlichen bedürfen der Unterstützung.

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission Kultur an den Bundestag und an die Länder, die Planungssicherheit der Bibliotheken durch Bibliotheksgesetze zu erhöhen, sowie der öffentliche Appell des Bundespräsidenten, die Bibliotheken auf die Tagesordnung zu setzen, heben die Öffentlichen Bibliotheken aus ihrem Status der lediglich freiwilligen kommunalen Leistung hervor und attestieren ihre bildungspolitische Bedeutung und Erwünschtheit.

Und in diesem Kontext werden auch die Gender Budget-Bestrebungen die Auftrags-erledigung der Bibliotheken erleichtern.



## 9 Zusammenfassung und Ausblick

Gegenstand dieser Untersuchung war das internationale Konzept des geschlechtergerechten Haushaltes - Gender Budget - und seine Bedeutung für die Operationalisierungsebene Öffentliche Bibliothek.

Das Postulat der Gleichberechtigung der Geschlechter leitet sich her aus dem Auftrag des Grundgesetzes, und dessen Notwendigkeit speist sich aus den Erfahrungen der Geschichte.

Es war zu begründen, warum eine Theorie wie das Gender Budget im 21. Jahrhundert nicht längst Realität, sondern vielmehr neu entstanden und nunmehr um Akzeptanz bemüht ist.

Dazu waren die wichtigsten Weichenstellungen der Geschichte im Kampf der Frauen um Bürgerrechte aufzuzeigen und im Kontext zu verankern. Dabei wurden menschenrechtliche Ideale und zeitgeistliche Strömungen in Relation zur gesellschaftlichen Stellung von Männern und Frauen an historischen Zäsuren verdeutlicht. Das Hauptaugenmerk der Untersuchung galt dabei der langsamen, jedoch effizienten Reform rechtlicher Vorschriften als Grundlage für die Erweiterung staatsbürgerlicher und bildungsrelevanter, sowie finanzieller und individueller weiblicher Handlungsräume.

Dem Erreichten gegenüber wurden die noch bestehenden Defizite herausgearbeitet, die zur Entstehung der internationalen Strategie Gender Mainstreaming und ihrer haushaltspolitischen Komponente Gender Budgeting geführt haben.

Erläutert wurden die internationalen Wurzeln der Theorie in der Entwicklungspolitik einerseits, wie in den Frauenbewegungen der Länder, und auch die gewöhnungsbedürftige internationale Begriffsprägung und ihre Verbreitung.

Aus analytischen Gründen war es zunächst erforderlich, die systemimmanente Methodik und das im Aufbau befindliche Instrumentarium als Konzept praxisunabhängig zu diskutieren, unter Einbeziehung seiner Befürworter und Kritiker nach aktueller Quellenlage.

Hierbei zeigte sich, dass der Prozess der Operationalisierung und projektbezogenen Implementierung in Deutschland auch zehn Jahre nach Entstehung des Konzeptes noch kaum praktische Beispiele hervorgebracht hat. Die wenigen vorliegenden Teil- und Zwischenergebnisse wurden untersucht, verglichen und in ihrer Vorbildhaftigkeit charakterisiert.

Obwohl sich der Implementierungsprozess in einem so frühen Stadium befindet, hat er doch bereits praktische Auswirkungen auf der operativen Ebene, auch auf der Ebene einzelner Bibliotheken. Da die Initiatoren den Prozess eingegliedert wissen wollen in den ebenfalls seit etwa zehn Jahren in Einführung befindlichen Prozess der Verwaltungsreformen, war auch hier zunächst die Stellung der Bibliotheken innerhalb der Verwaltungsreformen herauszuarbeiten.

In den Entwicklungssträngen Genderforschung, Gender Mainstreaming, Gender Budget in Synopse mit den Einflüssen der Verwaltungsreformen und deren bereits vollzogener Adaption wurden die Bibliotheken als Operationalisierungsebene verortet. In einigen Bibliotheken ist der Gender Budget-Prozess bereits praktisch angekommen.

Auch diejenigen Bibliotheken, deren Träger noch keine Gender Budget-Initiative ergriffen haben, sind auf den Prozess nicht unvorbereitet. Reformen sind ihnen vertraut, nicht nur weil sie um ihre Kunden werben müssen, sondern weil ihr kontinuierlicher Reformwille sie aufgeschlossen hält, auch für Pilotprojekte, auch im Rahmen der Verwaltungsreformen. Sie haben also Bereitschaft zu Reformen und gleichzeitig Erfahrung mit diesen.

Die Theorie des Gender Budgeting, die Reformfreudigkeit der Bibliotheken, ihr Datenmaterial sowie vor allem ihre Kenntnis im Umgang mit Geschlechterfragen machen sie zu einem geeigneten Gegenstand für die Untersuchung von Bedeutung und prospektiven Auswirkungen des neuen Konzeptes.

Nutzerschaft und Personal wurden daher einer Gender-Analyse unterzogen und die Ansatzpunkte für ein künftiges Gender Budget explizit herausgestellt.

Die Bibliotheken erweisen sich dabei als relevantes Untersuchungsgebiet mit gleichermaßen deutlich gewordenem Handlungsbedarf.

Dieser liegt weniger bei der Nutzerschaft als vielmehr beim Personal der Bibliotheken. Hier ist künftig verstärktes Augenmerk zu richten auf Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge, Fluktuation und Vertretungskräfte, Einarbeitungszeiten und Verwaltungsaufwand hierfür.

Die Vorgaben von Sparquoten zeigen in Frauenbetrieben stärkere Auswirkungen, und auch das Vergütungsniveau bedarf der Reform.

Die genannten Bereiche und deren Organisation weisen erhebliche Unterschiede auf zu männlichen Vollerwerbsbiografien und deren Verwaltung. Dies muss durch Gender Budgeting sichtbar gemacht und geschlechtergerecht reformiert werden.

Der Gender Budgeting-Prozess benötigt umfassenderes Datenmaterial, wird differenziertere Ergebnisse zeitigen und als verwaltungsweiter Top-down-Prozess größere Öffentlichkeitswirksamkeit erzielen. Und er ist angelegt, um über die Analyse hinaus Konsequenzen nach sich zu ziehen im Hinblick auf die Mittelverteilung innerhalb des kommunalen Haushaltes.

Gender Budget ist ein erfolgversprechender Ansatz, auch für Öffentliche Bibliotheken. Es erfordert einigen Aufwand bei der Datenerhebung, ähnlich den Schritten der Verwaltungsreformen.

Vor allem jedoch sind seitens der Initiatoren der Reformwille und die Energie vonnöten, die für die Verwaltungsreformen so bereitwillig und zügig zum Einsatz kamen.

Angesichts der bisherigen Fortschritte bei der Implementierung von Gender Budgets sollten sich deren Befürworter allerdings auf einen längerfristigen Prozess einstellen.

## Tabellen

Tabelle 1: 4-R-Methode

Arbeitsschritte 1-4	Anforderungen/Überlegungen
<p><i>Repräsentation</i></p> <p>Wie groß ist der Anteil von Frauen und Männern?</p> <p>(Quantitative Gender-Analyse)</p>	<p>Wie ist die geschlechtsspezifische Verteilung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen (auch in Bezug auf Migration, Behinderung, etc.) in Gremien/Ausschüssen, in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, bei den NutzerInnen von Angeboten in Jugendfreizeitheimen, bei der Vergabe von Wirtschaftsfördermitteln oder bei Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation, bei Straftaten und Verkehrsunfällen? Wie hoch ist der Anteil von Maßnahmen/Politikschwerpunkten, die hauptsächlich Frauen oder Männer betreffen? (Justizvollzug, Innere Sicherheit, öffentliche Sportanlagen, Meistergründungsdarlehen, Sozialhilfe, Alleinerziehende, etc.)? Liegen entsprechende Daten/Statistiken vor?</p>
<p><i>Ressourcen</i></p> <p>Wie werden die verschiedenen Ressourcen (Raum, Geld, Zeit) zwischen Frauen und Männern verteilt?</p> <p>(Quantitative Gender-Analyse)</p>	<p>Wie viel Zeit reden Frauen und Männer bei Beratungen, Kommissionen, Konferenzen etc.? Wie viel Geld wird für weibliche und männliche Aktivitäten in den Bereichen Behinderung/Kultur/Sport/Freizeit/Bildung/Wissenschaft zur Verfügung gestellt? Wie verteilen sich die öffentlichen Haushaltsbudgets auf Frauen und Männer? Wer profitiert von den Ausgaben? Welcher und wie viel Raum wird Frauen und Männern bei Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen oder in Einrichtungen der Behindertenhilfe eingeräumt?</p>
<p><i>Realität</i></p> <p>Warum ist die Situation so?</p> <p>(Qualitative GenderAnalyse)</p>	<p>Wer was zu welchen Bedingungen bekommt?</p> <p>Warum die Geschlechter unterschiedlich beteiligt und bewertet werden?</p> <p>Welche Normen und Normalitäten den verschiedenen Maßnahmen und Entscheidungen zugrunde liegen?</p> <p>Wird den Interessen beider Geschlechter gerecht entsprochen?</p>
<p><i>Recht</i></p> <p>Gibt es formalisierte und institutionalisierte geschlechtsspezifische Ungleichheiten?</p> <p>(Gesetze, Verträge, Vereinbarungen, Weisungen, Reglemente, Leitbilder, etc.)</p>	<p>Haben Frauen und Männer die gleichen Rechte?</p> <p>Beziehen vorhandene Regelungen und rechtliche Grundlagen geschlechtsspezifische Realitäten mit ein?</p> <p>Welche rechtlichen Grundlagen müssen zusätzlich geschaffen werden, um Gleichstellung zu gewährleisten?</p>

Quelle: Baur/Fleischer/Schober, 2005, S. 160f.

Tabelle 2: 6-Schritte-Modell

6 Schritte	Voraussetzungen*
1. Definition der gleichstellungspolitischen Ziele auf Basis einer Ist-Analyse <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie sieht die Ist-Situation aus?</li> <li>• Welcher Soll-Zustand wird durch das zu entscheidende Vorhaben angestrebt?</li> </ul>	Informationen über Ist-Zustand, Zugrundelegung einschlägiger Rechtsnormen, Programme ... Koordinierung mit allen betroffenen Bereichen
2. Analyse der Probleme und der Betroffenen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Welches sind die konkreten Hemmnisse auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit? (diskriminierende Prinzipien, Verfahren, Instrumente ...)</li> <li>• Welche Gruppen sind betroffen?</li> </ul>	Wissen über Gleichstellungsproblematik, Zuarbeit und Unterstützung, z. B. durch Gutachten, Materialien, Schulungen
3. Entwicklung von Optionen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Alternativen bestehen hinsichtlich der Realisierung?</li> </ul>	wie oben
4. Analyse der Optionen im Hinblick auf die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Gleichstellung und Entwicklung eines Lösungsvorschlags <ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Option lässt den höchsten Zielerreichungsgrad erwarten?</li> </ul>	Analyse- und Bewertungskriterien
5. Umsetzung der getroffenen Entscheidung	
6. Erfolgskontrolle und Evaluation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wurden die Ziele erreicht?</li> <li>• Ursachen für Nicht- oder Teilerreichung?</li> <li>• Welche Maßnahmen sind notwendig?</li> </ul>	Daten über Zielerreichung, Berichtssystem, verpflichtende Ursachenanalyse
* Erforderliche Ressourcen und Fachkenntnisse werden durchgängig vorausgesetzt.	

Quelle: Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004, S. 85.

Tabelle 3: Prüfkriterien

Prüfkriterien	Prüffragen
1. Rechtliche Gleichstellung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inwieweit tragen die jeweiligen Optionen (hier: Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Dienstvereinbarungen, Leitlinien usw.) zum Abbau mittelbarer und unmittelbarer Diskriminierung bei?</li> <li>• Inwieweit erleichtern die Optionen den Zugang zum Recht und die Inanspruchnahme von Recht?</li> </ul>
2. Gleichstellung hinsichtlich verschiedener Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inwieweit fördern die jeweiligen Optionen die Gleichstellung von Frauen und Männern in Bezug auf <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einkommen</li> <li>• Vermögenswerte</li> <li>• Bildung/Ausbildung</li> <li>• Berufsausübung/berufliche Weiterentwicklung/Aufstieg</li> <li>• Zeitressourcen</li> <li>• Information</li> <li>• technische Ressourcen</li> <li>• Gesundheitsversorgung</li> <li>• Erholung</li> <li>• Mobilität</li> <li>• Persönlichkeitsentwicklung</li> </ul> </li> </ul>
3. Gleichstellung hinsichtlich der Beteiligung an Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inwieweit fördern die jeweiligen Optionen eine ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen?</li> </ul>

Quelle: Krell/Mückenberger/Tondorf, 2004, S. 88.

Tabelle 4: Instrumente des Gender Budgeting

### **Sieben Instrumente des Gender Budgeting**

#### **1. Geschlechtsbewusste Bewertung politischer Entscheidungen**

Unter der Grundannahme, dass politische (Haushalts-)Entscheidungen immer Effekte auf das Geschlechterverhältnis haben, werden (aktuelle) politische Weichenstellungen, Initiativen und Entscheidungen untersucht und bewertet. Die Schlüsselfragen dabei sind:

- Wie wird dadurch die Verteilung von Ressourcen (Zeit, Geld, Einfluss) in der Bevölkerung verändert?
- Wie sind verschiedene Gruppen von Männern und Frauen betroffen?

Wenn z. B. Gelder für Seniorenprojekte gekürzt werden sollen, ergeben sich verschiedene geschlechtsspezifische Effekte. Durch eine durchschnittlich höhere Lebenserwartung überwiegen bei den älteren Menschen ab 65 Jahren die Frauen. Viele von ihnen leben die letzten Lebensjahre allein und sind somit stärker auf öffentliche Angebote angewiesen. Von Kürzungen wären sie demnach auch stärker betroffen. Außerdem arbeiten beispielsweise in der Altensozialarbeit vorwiegend Frauen, die bei Kürzungen entweder durch Arbeitsplatzverlust oder eine höhere Arbeitsbelastung betroffen wären.

#### **2. Befragung der Bürgerinnen und Bürger**

Grundannahme bei dieser Vorgehensweise ist, dass Bürgerinnen und Bürger - je nach ihrem Lebensalltag - verschiedene Interessen haben und unterschiedliche Prioritäten bei der Verteilung öffentlicher Mittel setzen würden. Die Schlüsselfrage dabei lautet:

- Welchen vordringlichen Handlungsbedarf sehen einzelne Bevölkerungsgruppen und wie wird dies im öffentlichen Haushalt umgesetzt?

Eine repräsentative Umfrage kann feststellen, welche Themen für die Bürgerinnen und Bürger Vorrang haben. Wichtig bei solchen Umfragen ist eine Unterscheidung der Befragten nach Geschlecht, Einkommen, Herkunft und ggf. anderen Merkmalen.

### 3. Nach Geschlecht aufgeschlüsselte Nutzenanalyse öffentlicher Ausgaben

Hierbei wird festgestellt, wer öffentliche Angebote nutzt und wem dadurch konkret die öffentlichen Ausgaben zufließen. Zu diesem Zweck müssen genaue Daten über die Nutzung von öffentlichen Angeboten und direkten Zuwendungen vorliegen. Die Frage lautet:

- Wer nutzt welche öffentlichen Angebote?

Es könnte hierbei etwa untersucht werden, wie viele Frauen und Männer Familienberatungsstellen aufsuchen. Das Beispiel verdeutlicht auch sehr gut die Grenzen der Nutzenanalyse: Sie bildet den Status Quo der gesellschaftlichen Rollenverteilung ab und kann nicht darstellen, wer neben der Nutzerin/dem Nutzer noch von einem Angebot profitiert. Bei der Familienberatungsstelle sind wahrscheinlich vor allem Frauen die direkten Nutzerinnen, obwohl davon auszugehen ist, dass auch Kinder und Ehepartner mittelbar profitieren.

### 4. Geschlechterbewusste Analyse des Steuereinkommens (und sonstiger Einnahmen)

Hierbei wird vor allem untersucht, wie sich indirekte und direkte Steuern - und deren Anhebung oder Senkung - auf die ökonomische Situation von Frauen und Männern auswirken und wie sich die Einnahmen des Staates - dazu zählen auch Gebühren - auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilen. Die Schlüsselfrage lautet:

- Wer zahlt wie viele direkte und indirekte Steuern?

Beispielsweise belasten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder höhere Gebühren Menschen mit niedrigerem Einkommen relativ höher als solche mit hohem Einkommen, da ein größerer Teil des zur Verfügung stehenden Geldes in den Konsum fließt. Da Frauen durchschnittlich weniger Geld zur Verfügung haben als Männer, sind sie bei der Erhöhung indirekter Steuern stärker betroffen.

### 5. Analyse des Einflusses des öffentlichen Haushaltes auf die Zeitnutzung von Männern und Frauen (Zeitbudget-Studien)

Annahme ist, dass es eine Verbindung zwischen dem staatlichen Haushalt und der Zeitnutzung in Privathaushalten gibt. Es wird untersucht, wie sich öffentliche



Haushalte auf die unbezahlte und bezahlte Arbeit auswirken. Auch kann im Rahmen einer Zeitbudget-Studie der monetäre Wert unbezahlter Arbeit berechnet und so der volkswirtschaftliche Nutzen offengelegt werden. Die Schlüsselfragen lauten:

- Wie verteilt sich die für jede Gesellschaft lebensnotwendige, unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen?
- Wie wirken sich haushaltspolitische Entscheidungen auf die Zeitnutzung der Bürgerinnen und Bürger aus?

Beispiel: Sparmaßnahmen im sozialen Bereich (z. B. Kürzung der Öffnungszeiten von Kindergärten) wirken sich auf das Zeitbudget derer aus, die diese Arbeit im Privaten auffangen - also in erster Linie auf die Zeitbudgets von Frauen, da sie den Großteil der unbezahlten Arbeit leisten. Der Staat nimmt mit dieser „Sparmaßnahme“ also eine Umverteilung vom bezahlten in den unbezahlten Bereich vor.

#### 6. Geschlechterbewusster Ansatz in der Finanzplanung

Haushaltsplanung sollte in Zukunft Auswirkungen auf die Ressourcen unterschiedlicher Gruppen von Männern und Frauen, Migrantinnen und Migranten, Reichen und Armen, Alleinerziehenden und Familien, u. a. von vornherein einbeziehen. Vor der Verabschiedung haushaltspolitischer Maßnahmen sollte es zu einer Folgeabschätzung kommen. Die Analysekategorie Geschlecht sollte in ökonomische Modelle einbezogen werden.

Um zu einem geschlechterbewussten Ansatz in der Finanzplanung zu kommen, ist es außerdem wichtig, die Wirkung von Haushaltsentscheidungen auf das Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen abzuschätzen.

#### 7. Geschlechterbewusste Haushaltserklärung

Die Regierung legt im Rahmen einer Erklärung oder eines Berichtes Rechenschaft darüber ab, wie sie in ihrer Politik und vor allem ihren Finanzentscheidungen die verschiedenen Lebenslagen von Männern und Frauen berücksichtigt hat und wie sie die Auswirkungen einzelner Maßnahmen auf das Geschlechterverhältnis kalkuliert.

Quelle: Rapp/Rudel, 2005, S. 14ff.

Tabelle 5: Checkliste Berlin

**Gender Checkliste zur Überprüfung aller Senatsvorlagen auf ihre Auswirkungen auf beide Geschlechter** (gem. Senatsbeschlusses 2437/05 - Gender Check)

Der Gender Check ist von den Senatsverwaltungen eigenverantwortlich unter Beachtung des § 10 Abs. 1 GGO II sowie ggf. unter Beteiligung der Gender Beauftragten durchzuführen. Er dient insbesondere dazu, bei scheinbar neutralen Vorhaben Anhaltspunkte für verdeckte Benachteiligungen, Beteiligungsdefizite und die Verfestigung tradierter Rollenmuster der Geschlechter zu ermitteln.

Die Gender Checkliste dient als Leitfaden zum Erkennen und Beschreiben fachspezifischer Genderrelevanz. Die Regelungen zur sprachlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind zu beachten (GGO II - Anhang Abschnitt I Nr. 5. Abs. 5).

**1. Relevanzprüfung**

a) Ausgangssituation und Zielsetzung:

Auf welchen Sachverhalt bezieht sich das Vorhaben?

Was ist das Ziel des Vorhabens?

Welche Zielgruppe ist betroffen?

Welche Maßnahmen und Wirkungen sind genau beabsichtigt?

b) Gleichstellungsrelevanz:

Betreffen alle oder einzelne Teile des Vorhabens Frauen und Männer jeweils unmittelbar?

Betreffen alle oder einzelne Teile des Vorhabens Frauen und Männer jeweils mittelbar?

Ergebnis der Relevanzprüfung:

Liegt eine Gleichstellungsrelevanz vor?

Ja ☐ Weiter zur Hauptprüfung

Nein ☐ Es muss nicht weiter geprüft werden. Grundlagen und Ergebnis der Prüfung sind in der Vorlage darzustellen (s. Punkt 3).

Die für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständige Senatsverwaltung ist möglichst frühzeitig in kurzer, schriftlicher und nachvollziehbarer Form nachrichtlich über das Ergebnis der Relevanzprüfung zu unterrichten.

## **2. Hauptprüfung**

(Die jeweiligen Unterfragen dienen der Anregung und Hilfestellung)

### **a) Basiert die Vorlage auf geschlechterdifferenzierten Daten?**

- Sind die vorliegenden Daten für gleichstellungspolitische Zwecke geeignet?  
Sind sie geschlechterdifferenziert und differenzieren sie weiter, z. B. nach Alter, Familienstand, Lebensform, Betreuungspflichten, Behinderung, Einkommen, Qualifikation, Mobilitätshemmnissen usw.?  
Ist die Datenlage unzureichend und besteht keine Möglichkeit, sie zu verbessern, ist darzulegen, auf welchen Erwägungen die vorgenommenen Einschätzungen beruhen. Diese sind darzustellen.

### **b) Führt das Vorhaben zu einer Stärkung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Bewusstsein?**

- Beinhaltet das Vorhaben gleichstellungspolitische Zielsetzungen?
- Kann auf gleichstellungspolitische Gesetze, Rechtsprechung, Dokumente oder Beschlüsse Bezug genommen werden?
- Gibt es andere/weitere Indikatoren?

### **c) Wirkt sich das Vorhaben unterschiedlich auf Frauen und Männer aus?**

- Werden unterschiedliche Lebenswirklichkeiten berücksichtigt?
- Hat das Vorhaben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer?  
Auswirkungen können alle Lebensbereiche, Verhaltensmuster, Belange und Interessen betreffen, z. B. Erwerbsleben, Familie, Lebensform, Mobilität, Rechte, Ressourcen, Informationszugänge, Teilhabe/Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Freizeit.
- Wie wirkt sich das Vorhaben in Bezug auf den Einsatz öffentlicher Mittel für Frauen und für Männer aus (Gender Budgeting)?

### **d) Trägt das Vorhaben zur Herstellung der tatsächlichen Gleichstellung zwischen Frauen und Männern bei?**

- Werden geschlechterbezogene Benachteiligungen, Ungleichgewichte bei der

Teilhabe von Frauen und Männern oder tradierte und überholte Rollenmuster abgebaut?

- Hat das Vorhaben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer?
- Werden Männer und Frauen in ihrer Eigenständigkeit und Selbstverantwortung gestärkt?
- Ergeben sich neue gleichstellungspolitische Ziele aus der Bewertung der geschlechterbezogenen Auswirkungen?
- Auf welche Weise können diese gleichstellungspolitischen Ziele erreicht werden?

**3. Die Ergebnisse der Prüfung sind mit kurzer, nachvollziehbarer Darstellung in der Rubrik „Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter“ zwischen den bestehenden Rubriken „Rechtsgrundlage“ und „Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit Brandenburg“ in die Vorlage zu übernehmen (§ 9 Abs. 6 GGO II).**

Quelle: Weinmann, 2005, Anlage 3.

Tabelle 6: Grundraster Berlin

**Grundraster für eine produktbezogene Gender-Budget-Analyse in  
Bezirksverwaltungen** (erstellt v. Bezirksamt Lichtenberg)

Zielgruppe	Wem wird das Produkt angeboten?		
Zielsetzung	Was möchte der Bezirk erreichen/gewährleisten?		
Leistungsumfang	Was macht die Verwaltung?		
Qualitätsindikatoren	Woran wird die Zielerreichung gemessen?		
Bezugsgröße	Auf welche Einheit werden die Kosten bezogen?		
Produktkosten des letzten Kalenderjahres	Gesamtkosten, Kosten der einzelnen Produkteinheit		
Budget für das lfd. Haushaltsjahr bzw. Planjahr	Wie viel Geld steht zur Verfügung, Steigerung bzw. Absenkung Vor(vor)Jahr?		
Nutzungs- und Gleichstellungsanalyse	Wie viele Personen nutzen das Produkt, wie trägt das Produkt zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei?		
	Frauen	Männer	gesamt
	absolut	absolut	absolut
	%	%	%
Vergleich zur Bevölkerungsstruktur	Anteil der Geschlechter an der Bevölkerung des Bezirks, ggf. altersgruppenspezifisch		
Vergleich mit anderen Bezirken	Wie steht der Bezirk im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken?  Welche Gemeinsamkeiten bestehen?  Welche Unterschiede sind erkennbar?  Sind Unterschiede rückführbar auf das Angebot?		
Nutzen für ein geschlechterdifferenziertes Verwaltungshandeln			

Quelle: Weinmann, 2005, Anlage 5.

Tabelle 7: Projektliste Berlin

**Liste der gemeldeten Projekte für Gender Budget Analyse (+ Pflichtprodukte)<sup>4</sup>  
2006/07 in den Bezirken**

Produktnummer	Bezeichnung
	<b>BA Charlottenburg-Wilmersdorf</b>
77673	Bereitstellung von Sportanlagen
78422	Bereitstellung von Sportanlagen auf Schulstandorten
72629	Programmangebot Stadtteilgeschichte
72630	Programmangebot diverse Sparten
78378	Bürgerberatung
78417	Sozialpäd. Beratung
78745	Eingliederungshilfen
78793	Seniorenbezogene Angebote und Veranstaltungen und Pflichtprodukte
	<b>BA Friedrichshain-Kreuzberg</b>
77673	Bereitstellung von Sportanlagen
78422	Sportanlagen in Schulen
78793	Generationsspezifische Angebote Soz. und Pflichtprodukte
	<b>BA Lichtenberg</b>
60970	Vermittlung von Medienkompetenz und Leseförderung
77673	Bereitstellung von Sportanlagen
72629	Programmangebot Stadtteilgeschichte
72630	Programmangebot diverse Sparten
76773	Musikunterricht
72807	Veranstaltungen und Projekte
79032	Kulturberatung
76801	Gewerbebescheinigungen
78793	Seniorenbezogene Angebote und Veranstaltungen
78790	Einbürgerung
72640	Öffentliche Spiel- und Bewegungsflächen
79103	Wirtschaftsberatung und Pflichtprodukte

76773	<b>BA Marzahn-Hellersdorf</b> Musikunterricht
77673	Bereitstellung von Sportanlagen
78422	Bereitstellung von Sportanlagen auf Schulstandorten und Pflichtprodukte
78380	<b>BA Mitte</b> Hilfen in Heimen - rund um die Uhr, Schichtdienstgruppen und Pflichtprodukte
62869	<b>BA Neukölln</b> Beistand für Minderjährige
76835	Vormundschaften und Pflegeschäften
78793	SeniorInnenbezogene Angebote
78724	Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen: Beziehungen/ Partnerschaften, Sexualität
76773	Musikunterricht
78790	Einbürgerung und Pflichtprodukte
78401	<b>BA Pankow</b> Allg. Förderung von jungen Menschen und ihren Familien
78716	Psychosoziale Betreuung und Hilfevermittlung
76773	Musikunterricht und Pflichtprodukte
78401	<b>BA Reinickendorf</b> Geschlechtsdiff. Arb. Mädchen/Jungen
76773	Musikunterricht und Pflichtprodukte
	<b>BA Spandau</b> nur Pflichtprodukte
	<b>BA Steglitz-Zehlendorf</b> nur Pflichtprodukte
76773	<b>BA Tempelhof-Schöneberg</b> Musikunterricht
72629	Stadtteilgeschichte

72630	Programmangebot diverse Sparten
78734	Erziehung in Tagesgruppen
78740	Unterbringung von Mutter/Vater/Kind/er
78735	Hilfen zur Erziehung in Pflegefamilien
78738	Sozialpädagogische Jugendberufshilfe
78793	SeniorInnenbezogene Angebote u. Veranstaltungen
76801	Gewerbebescheinigungen
78790	Einbürgerung
78348	Ausbildung und Pflichtprodukte
	<b>BA Treptow-Köpenick</b> nur Pflichtprodukte

4) 75476 Entleiherung, 76843 Lehrveranstaltungen VHS, 72628 Programmangebot Bildende Kunst; 78387 Allgemeine Kinder- und Jugendförderung; 30124 Integrative Erziehungs- und Familienberatung; 77671 Persönliche Beratung von Behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen, von Menschen mit Krebs- und chronischen Erkrankungen einschließlich AIDS.

Quelle: Baumfelder, 2006, S. 54f.



# Ergebnisse der produktbezogenen Gender Budget Analyse in den Bezirken. Bezirklicher Vergleich. Bezirkshaushaltsplan 2006/07

Quelle: Baumfelder, 2006, S. 56f.

Quelle: Bauminger, 2000, S. 301.

5) Zusammengefügt Produkt Nm. 77670, 77671 = 79010

6) Plus Produkt „Vermittlung von Medienkompetenz u. Leseförderung“

## Literatur

- Adametz, Thomas: Bona Peiser (1864 - 1929). Wegbereiterin der Bücherhallenbewegung und Deutschlands erste Volksbibliothekarin, in: Lüdtke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992, S. 133 - 141.
- Ahrendt-Schulte, Ingrid: Hexenprozesse, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 199 - 220.
- Albertini-Roth, Hilde: Europa. Eine Chance für die Frauen. 20 Jahre Fraueninformation der Europäischen Kommission, Köln, 1998.
- Antonic, Patrizia/Hogrefe, Monika/Meyer, Kirstin: Erwerbs- und Karrieremuster von Frauen, in: Krauß-Leichert, Ute/Gerber, Birte (Hrsg.): Interkulturelles Online-Lernen. Die Rolle der Frau in Bibliotheken und Informationseinrichtungen, Münster, 2005, S. 31 - 59.
- Appignanesi, Lisa: Simone de Beauvoir. Eine Frau, die die Welt veränderte, München, 1989.
- Arndt, Jörg et al. (Hrsg.): Berufsbild und Selbstverständnis der Bibliothekare in Deutschland 1994, Berlin, 1995.
- Artelt, Cordula et al. (Hrsg.): PISA 2000. Zusammenfassung zentraler Befunde, Berlin, 2001, [www.mpib-berlin.mpg.de/en/Pisa/newweb/ergebnisse.pdf](http://www.mpib-berlin.mpg.de/en/Pisa/newweb/ergebnisse.pdf), 01.08.2007.
- Asche, Susanne/Huschens, Anne: Frauen - Gleichberechtigung, Gleichstellung, Emanzipation?, Frankfurt/Main, 1990.
- Baader, Meike Sophia: Historische Genderforschung und ‚cultural turn‘, in: Glaser, Edith/Klika, Dorle/Prengel, Annedore (Hrsg.): Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft, Bad Heilbrunn/Obb., 2004, S. 322 - 336.
- Baer, Susanne: Gender Mainstreaming als Operationalisierung des Rechts auf Gleichheit. Ausgangspunkte, Rahmen und Perspektiven einer Strategie, in: Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hrsg.): Gender Mainstreaming - eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis, Frankfurt/Main-New York, 2002, S. 41 - 62.

- Baier, Horst: Operative Planung in Kommunen. Neukonzeption auf der Basis einer Kosten- und Leistungsrechnung, Lohmar-Köln, 2002.
- Bair, Deirdre: Simone de Beauvoir. Eine Biographie, München, 1990.
- Bals, Hansjürgen/Hack, Hans: Verwaltungsreform: Warum und wie. Leitfaden und Lexikon, München-Berlin, 2000.
- Bals, Hansjürgen: Neues kommunales Finanz- und Produktmanagement. Erfolgreich steuern und budgetieren, Heidelberg-München-Berlin, 2004.
- Barbian, Jan-Pieter/Fühles-Ubach, Simone/Seidler-de Alwis, Ragna: Was erwarte ich von einer guten Bibliothek? Ergebnisse einer Kundenbefragung in der Stadtbibliothek Duisburg, in: Buch und Bibliothek, 58. Jg., 2006, H. 4, S. 278 - 280.
- Barbian, Jan-Pieter: Die Öffentlichen Bibliotheken im Auge des Hurrikans. Gefahr droht von allen Seiten/Schlagkräftige Lobby fehlt/Eine Bestandsaufnahme, in: Buch und Bibliothek, 55. Jg., 2003, H. 12, S. 714 - 718.
- Bauer, Tobias/Baumann, Beat: An den Frauen sparen? Eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Sparpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden auf die Frauen, Bern, 1996.
- Baumfelder, Grit et al.: Hinweise zu Gender Budgeting in der Berliner Verwaltung, Berlin, 2006.
- Baur, Christine/Fleischer, Eva/Schober, Paul: Gender Mainstreaming in der Arbeitswelt. Grundlagenwissen für Projekte, Unternehmen und Politik, Innsbruck et al., 2005.
- Beauvoir, Simone de: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, 1949, Gütersloh, o. J.
- Beauvoir, Simone de: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, 1949, 4. Aufl., Hamburg, 2000.
- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, 1879, 162. Aufl., Berlin, 1973.
- Beck, Ulrich: Freiheit oder Liebe. Vom Ohne-, Mit- und Gegeneinander der Geschlechter innerhalb und außerhalb der Familie, in: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth: Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt/Main, 1990, S. 20 - 64.
- Beger, Gabriele et al.: Bibliothek 2007. Strategiekonzept, 3. Aufl., Gütersloh, 2004.
- Benkert, Wolfgang et al.: Wege zu einer bibliotheksgerechten Kosten- und Leistungsrechnung, Berlin, 1998b.

- Benkert, Wolfgang: Einführung in die Kostenrechnung, in: Benkert, Wolfgang et al.: Wege zu einer bibliotheksgerechten Kosten- und Leistungsrechnung, Berlin, 1998a, S. 21 - 40.
- Bergmann, Nadja et al.: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung, 2. Aufl., Wien, 2005.
- Berninghausen, Jutta: 15 Jahre Erfahrungen mit Gender-Analyse und Gender-Planung, in: Netzwerk Gender Training (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse bewegen. Erfahrungen mit Gender Training, Königstein/Taunus, 2004, S. 189 - 202.
- Bertz, Inka: Helene Nathan. Eine Großstadtbücherei und ihre Bibliothekarin, in: Lüdtke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992, S. 172 - 195.
- Beyer, Werner: Effizienz in der Kommunalverwaltung, T. 2: Produkte und Controlling, Berlin, 1999.
- Bloch, Ernst: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt/Main, 1961.
- Boesken, Gesine: Lesen am Bildschirm: Wer ist ‚drin‘, und sind Bücher jetzt ‚out‘?, in: Franzmann, Bodo et al. (Hrsg.): Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend. Eine Studie der Stiftung Lesen, Hamburg, 2001, S. 127 - 149.
- Bonfadelli, Heinz et al.: Leseerfahrungen und Lesekarrieren. Studien der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 1993.
- Bonfadelli, Heinz: Leser und Leseverhalten heute - Sozialwissenschaftliche Buchlese(r)forschung, in: Franzmann, Bodo et al.: Handbuch Lesen, München, 1999, S. 86 - 144.
- Bonstein, Julia/Brauck, Markus: Was Frauen wollen, in: Der Spiegel, 2006, H. 48, S. 98 - 100.
- Borchardt, Peter (Hrsg.): Die effektive Bibliothek. Endbericht des Projekts ‚Anwendung und Erprobung einer Marketingkonzeption für Öffentliche Bibliotheken‘, Bd. 1: Texte, Bd. 2: Anhänge, Berlin 1992.
- Böttger, Barbara: Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3.2 Grundgesetz, Münster, 1990.
- Botzenhart, Manfred: Deutsche Verfassungsgeschichte 1806 - 1949, Stuttgart-Berlin-Köln, 1993.
- Bovenschen, Silvia: Reise ins ungelobte Land, in: Beauvoir, Simone de: Das andere Geschlecht, Gütersloh, o. J., S. 934 - 942.
- Brockhaus-Enzyklopädie in 24 Bänden, 19. Aufl., Mannheim, 1986 - 1994.

- Brockhaus. Die Enzyklopädie in 24 Bänden, 20. Aufl., Mannheim, 1996 - 1999.
- Der Brockhaus multimedial 2000 premium, 3 CDs, Mannheim, 1999.
- Der Brockhaus multimedial 2001, 3 CD-ROMs, Mannheim, 2000.
- Buchholz, Stephan: Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Frauen: zur Kritik des Ehegüterrechts, in: Gerhard, Ute (Hrsg.). Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 670 - 682.
- Budlender, Debbie et al.: Gender Budgets Make Cents. Gender Responsive Budget Initiatives, London, 2002.
- Budlender, Debbie/Hicks, Janine/Vetten, Lisa: South Africa: Expanding into diverse initiatives, in: Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck-Wien-Bozen, 2006, S. 83 - 97.
- Budlender, Debbie/Sharp, Rhonda/Allen, Kerri: How to do a gender-sensitive budget analysis: Contemporary research and practice, London, 1998.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 1998.
- Bundesregierung (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Was ist das?, Berlin, 2003.
- Büning, Petra: Produktdefinition. Eine Arbeitshilfe für öffentliche Bibliotheken, Essen, um 1995.
- Büning, Petra/Böttger, Klaus-Peter: Kostenrechnung. Eine Arbeitshilfe für Öffentliche Bibliotheken, 2. Aufl., Essen, um 1996.
- Burgi, Martin: Kommunalrecht, München, 2006.
- Bußmann, Hadumod: Das Genus, die Grammatik und - der Mensch. Geschlechterdifferenz in der Sprachwissenschaft, in: Bußmann, Hadumod/Hof, Renate (Hrsg.): Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften, Stuttgart, 1995, S. 114 - 160.
- Bußmann, Ingrid: Produkt- und Leistungsbeschreibung für Bibliotheken, in: Benkert, Wolfgang et al.: Wege zu einer bibliotheksgerechten Kosten- und Leistungsrechnung, Berlin, 1998, S. 123 - 137.
- Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/Main, 1991.
- Çağlar, Gülay: Gender Budgeting: Erfolgsrezept oder Mythos?, in: Jansen, Mechtild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 124 - 142.

- Callenius, Carolin: Wenn Frauenpolitik salonfähig wird, verblasst die lila Farbe. Erfahrungen mit Gender Mainstreaming im Bereich internationaler Politik, in: Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hrsg.): Gender Mainstreaming - eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis, Frankfurt/Main, 2002, S. 63 - 80.
- Carl, Rolf-Peter: Politik für die Öffentlichen Bibliotheken - die Aufgaben der Länder, in: Umlauf, Konrad (Hrsg.): Politik für Öffentliche Bibliotheken, Bad Honnef, 1998, S. 101 - 109.
- Ceynowa, Klaus: Die Kosten bibliothekarischer Tätigkeiten und Dienstleistungen. Entwurf einer prozeßorientierten Kostenrechnung für die Universitäts- und Landesbibliothek Münster, in: Benkert, Wolfgang et al.: Wege zu einer bibliotheksgerechten Kosten- und Leistungsrechnung, Berlin, 1998, S. 41 - 64.
- Collins Dictionary German-English/English-German, 3. ed., Stuttgart et al., 1997.
- Cordes, Mechthild: Frauenpolitik: Gleichstellung oder Gesellschaftsveränderung. Ziele - Institutionen - Strategien, Opladen, 1996.
- Cronau, Sabine (Text): Buch und Buchhandel in Zahlen 2007, Frankfurt/Main, 2007.
- Dankert, Birgit: Lesen ist weiblich. Die Genderfalle. Vortrag anlässlich der Eröffnung der Präsentation ‚Leseland Niedersachsen‘ in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek am 8. Februar 2005, zit. in: Ruppelt, Georg: Wenn die faulen Säcke mit den grauen Mäusen ... Plädoyer für vielfältige Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 52. Jg., 2005, H. 6, S. 310 - 317.
- Dankert, Birgit (Übers.): Öffentliche Bibliothek. Manifest der UNESCO 1994, 2. Aufl., Berlin, 1997.
- Dankert, Birgit: Zur Aufgabe der Politik im Bibliothekswesen, in: Bohrer, Christiane (Hrsg.): Bibliotheksgesetzgebung in Europa. Diskussionsbeiträge und Länderberichte, Bad Honnef, 2000, S. 15 - 16.
- Daubert, Hannelore: Helden in Not? Der kleine Unterschied und seine großen Folgen für das Leseverhalten von Mädchen und Jungen. Eine Einführung, in: JuLit, 29. Jg., 2003, H. 2, S. 3 - 6.
- Degener, Theresia: Der Streit um Gleichheit und Differenz in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 871 - 899.

- Desmond, Adrian/Moore, James: Darwin, München-Leipzig, 1992.
- Dettling, Warnfried: Hochstaplerin oder Reformkraft? Gendern oder nicht gendern - ist das wirklich die gesellschaftsverändernde Frage?, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution. Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004, S. 102 - 114.
- Deutsche Bibliotheksstatistik DBS. Gesamtauswertung - Berichtsjahr 2006, [www.bibliotheksstatistik.de](http://www.bibliotheksstatistik.de), 30.10.2007.
- Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission ‚Kultur in Deutschland‘, Drucksache 16/7000, Berlin, 2007.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 92. Jg., Berlin, 2005.
- Dickmann, Elisabeth et al.: Offener Brief an die Arbeitgeber, in: Buch und Bibliothek, 31. Jg., 1979, H. 3, S. 261.
- Die ZEIT. Das Lexikon in 20 Bänden. Mit dem Besten aus der ZEIT, Hamburg-Mannheim, 2005.
- Dilcher, Gerhard: Die Ordnung der Ungleichheit. Haus, Stand und Geschlecht, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 55 - 72.
- Ditscheid, Janine, Hosen und andere Produkte. Zur Dokumentation des Pilotprojekts der Stadt Hamm, ‚Dezentrale Ressourcenverantwortung ... in der Stadtbücherei‘, vorgestellt von Horst Buchholz in BUB, Heft 2/96, Seite 233, in: Buch und Bibliothek, 48. Jg., 1996, H. 8, S. 640.
- Dittrich, Anette: Praxisüberlegungen aus Trägerperspektive, in: Jansen, Mechthild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 204 - 220.
- Döge, Peter: Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit - Gender Mainstreaming als Ansatz zur Modernisierung von Organisationen, in: Jansen, Mechthild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 34 - 48.
- Dölemeyer, Barbara: Frau und Familie im Privatrecht des 19. Jahrhunderts, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 633 - 658.

- Der Duden in 12 Bänden. Das Standardwerk zur deutschen Sprache, Bd. 1: Die deutsche Rechtschreibung, 22. Aufl., Mannheim et al., 2000.
- Der Duden in 12 Bänden. Das Standardwerk zur deutschen Sprache, Bd.1: Die deutsche Rechtschreibung, 23. Aufl., Mannheim et al., 2004.
- Der Duden in 12 Bänden. Das Standardwerk zur deutschen Sprache, Bd. 5: Fremdwörterbuch, 6. Aufl., Mannheim et al., 1997.
- Der Duden in 12 Bänden. Das Standardwerk zur deutschen Sprache, Bd. 5: Fremdwörterbuch, 7. Aufl., Mannheim et al., 2001.
- Ehrhardt, Angelika: Gender Mainstreaming - wo es herkommt, was es will und wie es geht, in: Jansen, Mechtild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 13 - 33.
- Elson, Diane: Geschlechtergerechtigkeit durch Gender-Budgeting? Einige Aspekte und Beispiele aus der Praxis von Gender-Responsive-Budget-Initiativen, in: Elson, Diane/Young, Brigitte: Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting? Überlegungen und Beispiele, Berlin, 2002, S. 10 - 31.
- Elstner, Robert/Hellmich, Julia: ‚Wer liest, wird schnell gemobbt‘. Jugendbuchexperte Robert Elstner plädiert für eine starke männliche Lese-Leitkultur, in: Buch und Bibliothek, 59. Jg., 2007, H. 4, S. 286 - 287.
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgan's Forschungen, 1884, 19. Aufl., Stuttgart, 1920.
- Erbe, Birgit: Gender Budgeting - Verteilungsfragen neu gestellt in der Haushaltspolitik. Grundlagen, Instrumente, Herausforderungen, in: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia: Gender Mainstreaming. Konzepte, Handlungsfelder, Instrumente, Bonn, 2004, S. 291 - 305.
- Erbe, Birgit: Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und für Männer. Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven, München, 2003.
- Erbe, Birgit/Frey, Regina: Gender Budgeting als Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Haushaltspolitik? Zum Stand der Gender Budgeting Projekte in Deutschland, in: Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck-Wien-Bozen, 2006, S. 181 - 197.



- Eschenburg, Theodor/Benz, Wolfgang: Der Weg zum Grundgesetz, in: Bracher, Karl Dietrich et al. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in 5 Bänden, Bd. 1: Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945 - 1949, Stuttgart-Wiesbaden, 1983, S. 459 - 514.
- Färber, Christine et al.: Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene, Potsdam, 2006.
- Fichte, Johann Gottlieb: Grundlage des Naturrechts nach Prinzipien der Wissenschaftslehre, 1796, 2. Aufl., Hamburg, 1979.
- Fisher, Helen: Das starke Geschlecht. Wie das weibliche Denken die Zukunft verändern wird, München, 2000.
- Flemming, Arend: Produktorientiertes Management in Öffentlichen Bibliotheken. Output-orientierte Steuerung, Gütersloh, 1997.
- Flemming, Arend: Die Schäden möglichst gering halten. Haushaltskonsolidierung im Kontraktmanagement bei den Städtischen Bibliotheken Dresden, in: Buch und Bibliothek, 55. Jg., 2003, H. 12, S. 730 - 734.
- Floßmann, Ursula: Die beschränkte Grundrechtssubjektivität der Frau. Ein Beitrag zum österreichischen Gleichheitsdiskurs, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 293 - 324.
- Flothmann, Karin: Weibliche Finanzspritze. Gender-Budgeting hilft Frauen, in: taz.de, 28.01.2008, [www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/weibliche-finanzspritze/?src=SE&cHash=9f...](http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/weibliche-finanzspritze/?src=SE&cHash=9f...), 25.03.2008.
- Frandsen, Dorothea: Helene Lange. Ein Leben für das volle Bürgerrecht der Frau, Oldenburg, 1999.
- Frankenberger, Rudolf/Haller, Klaus (Hrsg.): Die moderne Bibliothek. Ein Kompendium der Bibliotheksverwaltung, München, 2004.
- Franzmann, Bodo: Die Deutschen als Leser und Nichtleser. Ein Überblick, in: Franzmann, Bodo et al. (Hrsg.): Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend. Eine Studie der Stiftung Lesen, Hamburg, 2001a, S.7 - 31.
- Franzmann, Bodo et al. (Hrsg.): Leseverhalten in Deutschland 1992/93. Repräsentativstudie zum Lese- und Medienverhalten der erwachsenen Bevölkerung im vereinigten Deutschland, Mainz, 1993.
- Franzmann, Bodo et al. (Hrsg.): Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend. Eine Studie der Stiftung Lesen, Hamburg, 2001b.

- Frevert, Ute: Frauenpolitik als Menschenrechtspolitik. Entwicklung, Stand und Perspektiven der Gleichberechtigung in Deutschland, in: Hutter, Franz-Josef/Tessmer, Carsten (Hrsg.): Menschenrechte und Bürgergesellschaft in Deutschland, Opladen, 1999, S. 51 - 69.
- Frey, Regina: Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs, Königstein/Taunus, 2003.
- Frey, Regina: Warum Männer und Frauen zuhören und einparken können - oder warum eine theoretisch inspirierte Gender-Praxis angebracht ist ... , in: Netzwerk Gender Training (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse bewegen. Erfahrungen mit Gender Training, Königstein/Taunus, 2004, S. 39 - 46.
- Frey, Regina/Kuhl, Mara: Wohin mit Gender Mainstreaming? Zum Für und Wider einer geschlechterpolitischen Strategie, in: Hertzfeldt, Hella/Schäffen, Katrin/Veth, Silke (Hrsg.): GeschlechterVerhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis, Berlin, 2004, S. 192 - 208.
- Fritz, Elfriede: Gender, Steuern und Budget - Tätigkeiten im Bundesministerium für Finanzen, in: Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck-Wien-Bozen, 2006, S. 155 - 165.
- Fritzsche, Peter: Menschenrechte. Eine Einführung mit Dokumenten, Paderborn et al., 2004.
- Fromm, Erich: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, 1976, 21. Aufl., München, 1992.
- Fühles-Ubach, Simone et al.: Lob fürs Personal, Tadel für die Lesegebühr. Ergebnisse einer Nutzerbefragung an der Stadtbibliothek Gütersloh, in: Buch und Bibliothek, 59. Jg., 2007, H. 9, S. 656 - 659.
- Funk, Robert: Kostenanalyse in wissenschaftlichen Bibliotheken. Eine Modelluntersuchung an der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Berlin, Pullach, 1975.
- Garbe, Christine: Alle Mann ans Buch!, in: JuLit, 29. Jg., 2003a, H. 3, S. 45 - 49.
- Garbe, Christine et al.: Frauen lesen. Untersuchungen und Fallgeschichten zur ‚weiblichen Lektürepraxis‘ und zur literarischen Sozialisation von Studentinnen, Berlin, 1993.
- Garbe, Christine: Mädchen lesen ander(e)s, in: JuLit, 29. Jg., 2003b, H. 2, S. 14 - 29.

- Garrison, Dee: Die sanften Technikerinnen. Die Feminisierung des Bibliothekarberufs, 1876 - 1905 (USA), in: Lüdtke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992, S. 245 - 267.
- Gerber, Birte/Mundt, Bianca/Rabe, Ines: Vergleich der Position bzw. Rolle der Frau in Öffentlichen Bibliotheken, Wissenschaftlichen Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Auswertung einer Befragung, in: Krauß-Leichert, Ute/Gerber, Birte (Hrsg.): Interkulturelles Online-Lernen. Die Rolle der Frau in Bibliotheken und Informationseinrichtungen, Münster, 2005, S. 61 - 96.
- Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997.
- Gerhard, Ute: Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht, München, 1990.
- Gerhard, Ute/Wischermann, Ulla: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg, 1990.
- Gilges, Martina: Lesewelten. Geschlechtsspezifische Nutzung von Büchern bei Kindern und Erwachsenen, Bochum, 1992.
- Gill, Philip (Hrsg.): Dienstleistungen Öffentlicher Bibliotheken. IFLA/UNESCO Richtlinien für die Weiterentwicklung, München, 2005.
- Glaser, Edith: ‚Sind Frauen studierfähig?‘ Vorurteile gegen das Frauenstudium, in: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hrsg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart, Frankfurt/Main-New York, 1996, S. 299 - 309.
- Gödan, Jürgen Christoph et al.: Entscheidungssammlung zum Bibliotheksrecht, Berlin, 2000.
- Griesebner, Andrea: Geschlecht als soziale und als analytische Kategorie. Debatten der letzten drei Jahrzehnte, in: Gehmacher, Johanna/Mesner, Maria (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/Perspektiven, Innsbruck et al., 2003, S. 37 - 52.
- Grote, Maria et al.: Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Ergebnisse des Pilotprojektes (Oktober 2003 bis November 2004) zur Analyse der Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen auf die Lebensumstände der Kölnerinnen und Kölner. Gender Audit der Unterabschnitte des Produkthaushalts 3500/3501 Volkshochschule und 3520 Stadtbibliothek, Köln, 2004.

- Gubitzer, Luise: Existenzsicherndes Grundeinkommen. Frauenrecht oder Frauenfalle am Beispiel von Arbeit, in: Heitzmann, Karin/Schmidt, Angelika (Hrsg.): Frauenarmut. Hintergründe, Facetten, Perspektiven, 2. Aufl., Frankfurt/Main et al., 2002, S. 163 - 194.
- Gundel, Renate et al.: Arbeitsvorgänge in Öffentlichen Bibliotheken (AVÖB). Beschreibung und Bewertung nach dem Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT), Berlin, 1999.
- Gutmann, Joachim/Hüsgen, Jens: Antidiskriminierung. Rechte nach dem Gleichbehandlungsgesetz wahren und Risiken vermeiden, Planegg, 2006.
- Harmgarth, Friederike (Hrsg.): Das Lesebarometer - Lesen und Umgang mit Büchern in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme zum Leseverhalten von Erwachsenen und Kindern 1995 - 1997, Gütersloh, 1999.
- Hasenbeck, Michael: „Man kann den Gürtel enger schnallen, bis keiner mehr Luft bekommt“. Eine kommunalpolitische Rede in Weimar, in: Buch und Bibliothek, 55. Jg., 2003, H. 4, S. 208 - 210.
- Haug, Frigga: Gender - Karriere eines Begriffs und was dahinter steckt, in: Hertzfeldt, Hella/Schäffgen, Katrin/Veth, Silke (Hrsg.): GeschlechterVerhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis, Berlin, 2004, S. 15 - 32.
- Hecht, Christa et al.: Projekt „Arbeitssituation der weiblichen Beschäftigten“ bei der Stadtbücherei Frankfurt am Main, in: Buch und Bibliothek, 44. Jg., 1992, H. 12, S. 1030 - 1032.
- Heinsohn, Kirsten: Der lange Weg zum Abitur. Gymnasialklassen als Selbsthilfeprojekte der Frauenbewegung, in: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hrsg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart, Frankfurt/Main-New York, 1996, S. 149 - 160.
- Heitzmann, Karin: Armut ist weiblich! - Ist Armut weiblich? Gedanken zur sozioökonomischen Arbeitsforschung aus feministischer Sicht, in: Heitzmann, Karin/Schmidt, Angelika (Hrsg.): Frauenarmut. Hintergründe, Facetten, Perspektiven, 2. Aufl., Frankfurt/Main et al., 2002, S. 121 - 136.
- Hellmich, Julia/Ludwig, Anne: Geschichten für angeknackste Helden. Die „Bildungskatastrophe“ ist männlich, Jungsförderung ist aktuell, in: Buch und Bibliothek, 59. Jg., 2007, H. 4, S. 284 - 289.
- Hertzfeldt, Hella/Schäffgen, Katrin/Veth, Silke (Hrsg.): GeschlechterVerhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis, Berlin, 2004.

- Hervé, Florence/Nöding, Ingeborg: Lexikon der Rebellinnen. Von A bis Z, München, 1999.
- Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, 12. Aufl., Neuwied-Kriftel, 2001.
- Heuermann, Hartmut: Religion und Ideologie. Die Verführung des Glaubens durch Macht, Tübingen, 2005.
- Hildenbrand, Suzanne: Schwierigkeiten beim Entwickeln einer neuen Forschungsperspektive. Frauen in der amerikanischen Bibliotheksgeschichte, in: Lüdtk, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992, S. 268 - 288.
- Hildenbrand, Suzanne: The Information Age versus Gender Equity? Technology and Values in Education for Library and Information Science, in: Library trends, Bd. 47, 1999, H. 4, S. 669 - 681.
- Hobohm, Hans-Christoph: Verwaltungsreform und ‚Neues Steuerungsmodell‘. Zur Aktualität einer Managementreform im Informationsbereich, in: Hobohm, Hans-Christoph/Umlauf, Konrad (Hrsg.): Erfolgreiches Management von Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Fachratgeber für die Bibliotheksleitung und Bibliothekare, Hamburg, 2007, Loseblattausgabe, Kap. 3.6.1, S. 1 - 19.
- Hoecker, Beate: Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik, Bonn, 1999.
- Hof, Renate: Die Entwicklung der Gender Studies, in: Bußmann, Hadumod/Hof, Renate (Hrsg.): Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften, Stuttgart, 1995, S. 2 - 33.
- Hof, Renate: Geschlechterverhältnis und Geschlechterforschung - Kontroversen und Perspektiven, in: Bußmann, Hadumod/Hof, Renate (Hrsg.): Genus. Geschlechterforschung/Gender Studies in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Ein Handbuch, Stuttgart, 2005, S. 3 - 41.
- Hofmann, Walter: Ein Wort zur Frauenarbeit in der Volksbücherei, 1933, in: Lüdtk, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992, S. 103 - 105.
- Höhler, Gertrud: Spielregeln für Sieger, 13. Aufl., Düsseldorf et al., 1995.
- Holthöfer, Ernst: Die Geschlechtsvormundschaft. Ein Überblick von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 390 - 451.

- Höper, Hans-Heinrich: Neues kommunales Haushaltsrecht in Niedersachsen (NKR). Eine Einführung, Hannover, 2007.
- Hösle, Vittorio/Illies, Christian: Darwin, Freiburg-Basel-Wien, 1999.
- Höyng, Stephan: Gleichstellungspolitik als Klientelpolitik greift zu kurz. Die Möglichkeiten von Gender Mainstreaming aus dem Blickwinkel von Männern, in: Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hrsg.): Gender Mainstreaming - eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis, Frankfurt/Main-New York, 2002, S. 199 - 228.
- Hurrelmann, Bettina et al.: Leseklima in der Familie. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 1993.
- Hurrelmann, Klaus et al.: Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie, Frankfurt/Main, 2006.
- Illich, Ivan: Genus. Zu einer historischen Kritik der Gleichheit, 2. Aufl., München, 1995.
- Jaffé, Diana: Der Kunde ist weiblich. Was Frauen wünschen und wie sie bekommen, was sie wollen, Berlin, 2005.
- Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken, Bd. 61, 2005/2006, Hrsg.: Verein Deutscher Bibliothekare VDB, Red.: Corinna Haager-Lindeboom, Wiesbaden, 2005.
- Jahrbuch der Öffentlichen Bibliotheken, Ausgabe 2006/07, Hrsg.: Berufsverband Information Bibliothek e. V. - BIB, Bearb.: Petra Hauke, Bad Honnef, 2006.
- Jank, Dagmar: Die ersten Bibliothekarinnen in leitenden Positionen. Biographische Anmerkungen zu Bennata Otten und Marie Nörenberg, in: Lüdtke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992, S. 151 - 171.
- Jansen, Mechtild: Noch ein ‚blinder Fleck‘ in der politischen Bildungsarbeit?, in: Jansen, Mechtild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 223 - 234.
- Jedwabski, Barbara et al.: Arbeitsvorgänge in wissenschaftlichen Bibliotheken (AVWB). Beschreibung und Bewertung nach dem Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT), Berlin, 2000.
- Jünglich, Christiane: Strategien der Implementierung von Gleichstellungsmaßnahmen, in: Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen.

- Rechtliche Regelungen - Problemanalysen - Lösungen, 4. Aufl., Wiesbaden, 2004, S. 105 - 115.
- Kaminski, Winfred: Das lesende Geschlecht, in: Börsenblatt - Wochenmagazin für den Deutschen Buchhandel, 2007, H. 18, S. 24 - 26.
- Kant, Immanuel: Die Metaphysik der Sitten, 1797, in: Kant, Immanuel: Werkausgabe, Bd. 8, Frankfurt/Main, 1977.
- Kaschuba, Gerrit: Gender Training: Feministische Erbschaft mit Verantwortung?, in: Netzwerk Gender Training (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse bewegen. Erfahrungen mit Gender Training, Königstein/Taunus, 2004a, S. 57 - 70.
- Kaschuba, Gerrit: Von der Wundertüte zum kontrollierten Einsatz? Anregungen zur prozessorientierten Entwicklung von Qualitätskriterien für Gender Trainings, in: Netzwerk Gender Training (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse bewegen. Erfahrungen mit Gender Training, Königstein/Taunus, 2004b, S. 117 - 135.
- Kasper, Annette: Idealfall oder trojanisches Pferd?, in: Buch und Bibliothek, 44. Jg., 1992, H. 12, S. 1038 - 1039.
- Kaufman, Paula T.: Library Leadership: Does Gender Make a Difference?, in: Journal of library administration, Bd. 18, 1993, H. 3/4, S. 109 - 128.
- KGSt: Das neue Steuerungsmodell: Bilanz und Umsetzung. Bericht Nr. 2/2007, Köln, 2007.
- Klatzer, Elisabeth: Einfluss nehmen auf die Budgetpolitik - Internationale Initiativen und Erfahrungen mit Engendering Budgets, in: Gubitzer, Luise/Trukeschitz, Birgit (Hrsg.): Frauen und Budget, Frankfurt/Main, 2004, S. 45 - 70.
- Klatzer, Elisabeth: Geschlechtergerechte Budgetgestaltung - Gender Budgeting in Österreich: Überblick und Ausblick, in: Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck-Wien-Bozen, 2006, S. 133 - 153.
- Klempin, Hannelore: Katalog möglicher Kennzahlen und Indikatoren, in: Jülkenbeck, Agnes/Wimmer, Ulla/Klempin, Hannelore: Controlling für Öffentliche Bibliotheken: Wegweiser zu einer effizienten Steuerung, Berlin, 1994a, S. 43 - 59.
- Klempin, Hannelore: Kennzahlen und Indikatoren für das operative Controlling, in: Jülkenbeck, Agnes/Wimmer, Ulla/Klempin, Hannelore: Controlling für Öffentliche Bibliotheken: Wegweiser zu einer effizienten Steuerung, Berlin, 1994b, S. 33 - 42.

- Klempin, Hannelore/Wimmer, Ulla: Fallbeispiele, in: Jülkenbeck, Agnes/Wimmer, Ulla/Klempin, Hannelore: Controlling für Öffentliche Bibliotheken: Wegweiser zu einer effizienten Steuerung, Berlin, 1994, S. 61 - 96.
- Klett, Joachim: ver.di: Geschlechterdemokratie ist das Ziel - Gender Mainstreaming ist der Weg, in: Jansen, Mechthild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 188 - 203.
- Kletzing, Uta: Mit Gender Budgeting zum geschlechtergerechten Haushalt, in: Boekle, Bettina/Ruf, Michael (Hrsg.): Eine Frage des Geschlechts. Ein Gender-Reader, Wiesbaden, 2004, S. 55 - 69.
- Klinger, Cornelia: Bis hierher und wie weiter? Überlegungen zur feministischen Wissenschafts- und Rationalitätskritik, in: Althoff, Martina/Bereswill, Mechthild/Riegraf, Birgit: Feministische Methodologien und Methoden. Traditionen, Konzepte, Erörterungen, Opladen, 2001, S. 31 - 35.
- Knapp, Gudrun-Axeli: Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die Praxis, in: Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen - Problemanalysen - Lösungen, 4. Aufl., Wiesbaden, 2004, S. 151 - 159.
- Kneschke, Hans-Jochen/Koch, Christine: Das Selbstverständnis von Bibliothekaren, in: Arndt, Jörg et al. (Hrsg.): Berufsbild und Selbstverständnis der Bibliothekare in Deutschland 1994, Berlin, 1995, S. 23 - 63.
- Knigge, Adolph von: Über den Umgang mit Menschen, 1788, Stuttgart, o. J.
- Knott, Birgit: Beispielhafte Überlegungen zum Frauenarbeitsplatz Bibliothek im Spannungsfeld struktureller Dezentalisierungsbestrebungen, Hamburg, 1996.
- Köcher, Renate: Lesekarrieren - Kontinuität und Brüche, in: Bonfadelli, Heinz et al.: Leseerfahrungen und Lesekarrieren. Studien der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 1993, S. 215 - 310.
- Köhler, Horst: Festrede von Bundespräsident Horst Köhler anlässlich des Festaktes zur Wiedereröffnung der Anna-Amalia-Bibliothek, 24.10.2007, Weimar, [www.bundespraesident.de/-/2.641428/Festrede-von-Bundespraesident-.htm](http://www.bundespraesident.de/-/2.641428/Festrede-von-Bundespraesident-.htm), 02.01.2008.
- Kranstedt, Dieter/Wiemers, Jörg: Organisations-, Leistungs- und Kostenrechnung der Stadtbibliothek Paderborn, Gütersloh, 1997.



- Kraus, Karin/Gumpert, Heike: Frauen in Bibliotheken melden sich zu Wort. Frauen wollen mehr, Frankfurt/Main, 1998.
- Krauß-Leichert, Ute/Gerber, Birte (Hrsg.): Interkulturelles Online-Lernen. Die Rolle der Frau in Bibliotheken und Informationseinrichtungen, Münster, 2005.
- Krell, Gertraude: Chancengleichheit durch Personalpolitik - Ecksteine, Gleichstellungscontrolling und Geschlechterverständnis als Rahmen, in: Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen - Problemanalysen - Lösungen, 4. Aufl., Wiesbaden, 2004a, S. 15 - 32.
- Krell, Gertraude: Managing Diversity: Chancengleichheit als Wettbewerbsfaktor, in: Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen - Problemanalysen - Lösungen, 4. Aufl., Wiesbaden, 2004b, S. 41 - 56.
- Krell, Gertraude/Mückenberger, Ulrich/Tondorf, Karin: Gender Mainstreaming: Chancengleichheit (nicht nur) für Politik und Verwaltung, in: Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen - Problemanalysen - Lösungen, 4. Aufl., Wiesbaden, 2004, S. 75 - 92.
- Kübler, Hans Dieter: Die Leserschaft polarisiert sich. Die neue Leseforschungsstudie der Bertelsmann Stiftung, in: Bulletin Jugend + Literatur, 1993, H. 12, S. 10 - 11.
- Kurth, Undine: Grußwort des Landesverbandes Sachsen-Anhalt im DBV anlässlich der Eröffnung der 16. Gemeinsamen Bibliothekstage für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt am 15.09.2006 in Hannover, in: Mitteilungsblatt der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, 2006, H. 135, S. 5 - 7.
- Kutteroff, Albrecht et al.: JIM-Studie 2006. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland, Stuttgart, 2006.
- Kutteroff, Albrecht et al.: KIM-Studie 2006. Kinder und Medien, Computer und Internet. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger in Deutschland, Stuttgart, 2007.
- Lang, Klaus: Die zentrale gesellschaftspolitische Kategorie. Zusammenbringen, was zusammengehört: Gender Mainstreaming, wirtschaftliche Effizienz und Nachhaltigkeit, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution.

- Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004, S. 131 - 145.
- Langer, Ingrid: In letzter Konsequenz ... Uranbergwerk! Die Gleichberechtigung in Grundgesetz und Bürgerlichem Gesetzbuch, in: Delille, Angela/Grohn, Andrea (Hrsg.): Perlonzzeit. Wie die Frauen ihr Wirtschaftswunder erlebten, Berlin, 1985, S. 72 - 81.
- Leibowich, Mark: Rasse sticht Geschlecht. Frauen und Abolitionisten kämpfen gemeinsam. Aber: Schwarze Männer erhielten das Stimmrecht ein halbes Jahrhundert früher, in: Emma, 31. Jg., 2008, H. 2, S. 44.
- Leicht-Scholten, Carmen: Auf dem Weg zum Ziel? Vom Gleichberechtigungsartikel über Frauenförderung zur Quote, Pfaffenweiler, 1997.
- Leipold, Dieter: BGB I: Einführung und Allgemeiner Teil. Ein Lehrbuch mit Fällen und Kontrollfragen, Tübingen, 1999.
- Lichtenecker, Ruperta: Gender Budget Analyse: Akademische Übung oder politische Relevanz?, in: Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck-Wien-Bozen, 2006, S. 167 - 179.
- Limbach, Jutta: Elisabeth Selbert und ihre Sternstunde im Parlamentarischen Rat, in: Drummer, Heike et al.: ‚Ein Glücksfall für die Demokratie‘. Elisabeth Selbert (1896 - 1986). Die große Anwältin der Gleichberechtigung, Frankfurt/Main, 1999, S. 239 - 248.
- Lüdtke, Helga: Anspruchsvolle Arbeit für ‚bedürfnislose‘ Frauen. Die ersten Bibliothekarinnen in Deutschland, in: Lüdtke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992a, S. 25 - 52.
- Lüdtke, Helga: Feminisierung: zur Logik öffentlicher Kultur- und Bildungsarbeit im 20. Jahrhundert. Das Beispiel der Bücherei, in: Gruber, Heimo (Koord.): Die Bücherei ist weiblich!? Tagung des Arbeitskreises kritischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare im Renner-Institut (KRIBIBI), 18. bis 20. Oktober 1996, Referatesammlung, Wien, 1997, S. 1 - 8.
- Lüdtke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992b.
- Lüdtke, Helga: Mütter ohne Kinder. Volksbibliothekarinnen während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Lüdtke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft

- und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992c, S. 67 - 93.
- Lux, Claudia: Die Zeit der finanziellen Krise birgt auch Chancen. Die Zentral- und Landesbibliothek Berlin wagt - manchmal - das Unmögliche, in: Buch und Bibliothek, 55. Jg., 2003, H. 12, S. 723 - 726.
- Madörin, Mascha: Engendering Budgets - Eine Herausforderung für ÖkonomInnen, in: Gubitzer, Luise/Trukeschitz, Birgit (Hrsg.): Frauen und Budget, Frankfurt/Main, 2004, S. 23 - 44.
- Mapstone, Elizabeth: Warum Männer und Frauen sich nicht verstehen, München, 1998.
- McCorduck, Pamela/Ramsey, Nancy: Die Zukunft der Frauen. Szenarien für das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main, 1996.
- Meier, Heinrich: Rousseaus Diskurs über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Ein einführender Essay über die Rhetorik und die Intention des Werkes, in: Rousseau, Jean-Jacques: Diskurs über die Ungleichheit. Discours sur l'inégalité. Kritische Ausgabe des integralen Textes, 1755, Paderborn et al., 1984, S. XXI - XCII.
- Metz-Göckel, Sigrid: ‚Permanenter Vorgriff auf die Gleichheit‘. Frauenforschung in Westdeutschland, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945 - 1992, Bonn, 1993, S. 408 - 426.
- Meyer, Birgit: Das Grundgesetz und die Frauen der ersten Stunde, in: Benz, Wolfgang/Moos, Detlev (Hrsg.): Das Grundgesetz und die Bundesrepublik Deutschland 1949/1989. Bilder und Texte zum Jubiläum, München, 1989, S. 37 - 39.
- Meyer, Birgit: Von den Müttern lernen. Politikerinnen im Nachkriegsdeutschland und heute, in: Drummer, Heike et al.: ‚Ein Glücksfall für die Demokratie‘. Elisabeth Selbert (1896 - 1986). Die große Anwältin der Gleichberechtigung, Frankfurt/Main, 1999, S. 249 - 259.
- Meyers Großes Taschenlexikon in 25 Bänden, 8. Aufl., Mannheim et al., 2001.
- Miles, Rosalind: Weltgeschichte der Frau, Düsseldorf-Wien-New York, 1990.
- Möbius, Paul Julius: Ueber den physiologischen Schwachsinn des Weibes, Halle a. S., 1900.
- Möbius, Paul Julius: Ueber den physiologischen Schwachsinn des Weibes, 3. Aufl., Halle a. S., 1901.

- Moi, Toril: Simone de Beauvoir. Die Psychographie einer Intellektuellen, Frankfurt/Main, 1996.
- Moos, Martina: Diskriminierungspotentiale im BAT. Die tarifliche Bewertung von Frauenberufen in Bibliotheken wird durchleuchtet, in: Kraus, Karin/Gumpert, Heike: Frauen in Bibliotheken melden sich zu Wort. Frauen wollen mehr, Frankfurt/Main, 1998, S. 49 - 54.
- Moser, Michaela: Frauen sind reich. Feministisch-ethische Anfragen zur Rede von Frauen, Armut und Reichtum, in: Heitzmann, Karin/Schmidt, Angelika (Hrsg.): Frauenarmut. Hintergründe, Facetten, Perspektiven, 2. Aufl., Frankfurt/Main et al., 2002, S. 15 - 34.
- Mücke, Rita: Gleichheit vor dem Gesetz, in: Buch und Bibliothek, 44. Jg., 1992, H. 12, S. 1048 - 1049.
- Müller, Harald: Bibliotheksrelevante Gesetzgebung in Deutschland. Erfahrungen und Voraussetzungen, in: Bohrer, Christiane (Hrsg.): Bibliotheksgesetzgebung in Europa. Diskussionsbeiträge und Länderberichte, Bad Honnef, 2000, S. 43 - 48.
- Muth, Ludwig (Hrsg.): Der befragte Leser. Buch und Demoskopie, München et al., 1993.
- Nave-Herz, Rosemarie: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, 5. Aufl., Hannover, 1997.
- Nollert-Borasio, Christiane/Perreng, Martina: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Basiskommentar zu den arbeitsrechtlichen Regelungen, Frankfurt/Main, 2006.
- Oakley, Anne: Sex, Gender and Society, 1972, Aldershot/Hampshire, 1989.
- Oxford Advanced Learner's Dictionary of Current English, 6. ed., Oxford-New York, 2000.
- Pasero, Ursula: Geschlechterforschung revisited: konstruktivistische und systemtheoretische Perspektiven, in: Wobbe, Theresa/Lindemann, Gesa (Hrsg.): Denksachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede vom Geschlecht, Frankfurt/Main, 1994, S. 264 - 296.
- Passera, Carmen: 10 Jahre VDB - Arbeitsgruppe ‚Frauen im höheren Bibliotheksdienst‘, in: Bibliotheksdienst, 31. Jg., 1997, H. 9, S. 1680 - 1683.
- Paul, Gerd: Bibliotheks-Management. Leitung und Kooperation in wissenschaftlichen Bibliotheken - das Beispiel Berlin, Berlin, 2000a.
- Paul, Gerd (Hrsg.): Soziale Kompetenzen als Leitungs- und Managementqualifikation. Dokumentation einer Tagung, Berlin, 2000b.

- Pawlowsky-Flodell, Charlotta: Bibliothekare, die unbekannten Wesen: Zur Soziodemographie einer Berufsgruppe, in: Arndt, Jörg et al. (Hrsg.): Berufsbild und Selbstverständnis der Bibliothekare in Deutschland 1994, Berlin, 1995, S. 9 - 22.
- Pepels, Werner: Unternehmensführung, Stuttgart-Berlin-Köln, 2000.
- Peters, Sibylle: Perspektivenvielfalt für Frauen und Männer im Management?, in: Jansen, Mechthild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 145 - 165.
- Pettersson, Gisela: Fester Boden - weite Sprünge. Warum klare Spielregeln, verbindliche Arbeitsformen, Methoden und Qualifizierung die halbe Gender-Miete sind. Beispiele von geschlechtsspezifischer Statistik bis top-down, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution. Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004a, S. 44 - 52.
- Pettersson, Gisela: Gedöns ade - Willkommen Gender? Die Bundesregierung robbt sich voran - und manchmal auch haarscharf daran vorbei: Passiertes und Geplantes in Sachen Berliner Mainstream, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution. Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004b, S. 115 - 124.
- Pettersson, Gisela: Das Seh-die-Welt-real-Programm oder: Was Sie schon immer über Gender Mainstreaming wissen wollten: sechs Fragen - sechs Antworten, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution. Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004c, S. 11 - 16.
- Pettersson, Gisela: ‚Von verschiedenen Ecken die Fäden spannen ...‘. Gender Mainstreaming in den Bundesländern - Beispiel NRW und Sachsen-Anhalt, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution. Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004d, S. 125 - 130.
- Pieper, Annemarie: Aufstand des stillgelegten Geschlechts. Einführung in die feministische Ethik, Freiburg-Basel-Wien, 1993.
- Pirsich, Volker: Auf dem Weg zur output-orientierten Steuerung: Stadtbücherei Hamm, in: Wimmer, Ulla (Hrsg.): Verwaltungsreform: Bibliotheken stellen sich der Herausforderung, Berlin, 1995, S. 93 - 107.

- Purbs, Barbara: Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen ... Wenig märchenhafte Zustände in der Stadtbücherei Frankfurt am Main, in: Buch und Bibliothek, 55. Jg., 2003, H. 12, S. 721 - 723.
- Rahn, Horst-Joachim: Unternehmensführung, 4. Aufl., Ludwigshafen, 2000.
- Randzio-Plath, Christa: Wer Schrittmacher war? Ganz klar: Die EU!, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution. Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004, S. 17 - 24.
- Rapp, Silke/Rudel, Gerd (Hrsg.): Gender Budget. Grundlagen, Hintergründe, Handlungsmöglichkeiten. Eine Einführung in die geschlechtergerechte Analyse und Gestaltung des Kommunalhaushalts, Bamberg-München, 2002.
- Rapp, Silke/Rudel, Gerd: Gender Budget: Grundlagen, Hintergründe, Handlungsmöglichkeiten. Eine Einführung in die geschlechtergerechte Analyse des Kommunalhaushalts, Bamberg-München, 2005.
- Reiß, Monika: Bibliotheksarbeit und der BAT - Bilanz einer Personalrätin, in: Kraus, Karin/Gumpert, Heike: Frauen in Bibliotheken melden sich zu Wort. Frauen wollen mehr, Frankfurt/Main, 1998, S. 40 - 48.
- Ridder, Christiane/Müller Michael: Berufliche Situation der Absolventinnen der bibliothekarischen Studiengänge. Ergebnisse einer Befragung des Abschlussjahrgangs 1999, in: Bibliotheksdienst, 35. Jg., 2001, H. 1, S. 19 - 27.
- Roetteken, Torsten von: Fortschritt und Grenzen: Die Bedeutung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes, in: Drummer, Heike et al.: ‚Ein Glücksfall für die Demokratie‘. Elisabeth Selbert (1896 - 1986). Die große Anwältin der Gleichberechtigung, Frankfurt/Main, 1999, S. 260 - 277.
- Rojan, Norbert/Schroth, Joachim: Leser als Buchkäufer: Wie kommt der Mensch zum Buch? Buchlesen im medialen Konkurrenzumfeld, in: Franzmann, Bodo et al. (Hrsg.): Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend. Eine Studie der Stiftung Lesen, Hamburg, 2001, S. 85 - 109.
- Roth, Petra: Frauen: Kompetent und optimistisch, in: Illner, Maybrit (Hrsg.): Frauen an der Macht. 21 einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit, Kreuzlingen/München, 2005, S. 155 - 160
- Rousseau, Jean-Jacques: Emil oder Über die Erziehung, 1762, 13. Aufl., Paderborn et al., 1998.

- Rousseau, Jean-Jacques: Emile oder Über die Erziehung, 1762, in: Rousseau, Jean-Jacques: Die Krisis der Kultur, 2. Aufl., Stuttgart, 1956, S. 129 - 230.
- Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts, 1762, Frankfurt/Main-Leipzig, 2000.
- Rubart, Gaby: Die Anfänge der Frauenbewegung - Charlotte Perkins Gilman, in: Frauenbewegungen in der Welt, Bd. 3: Außereuropäische kapitalistische Länder. Australien, Canada, Israel, Japan, Neuseeland/Aotearoa, USA, Hamburg, 1990, S. 135 - 157.
- Rudolph, Clarissa/Schirmer, Uta: Gestalten oder verwalten? Kommunale Frauenpolitik zwischen Verrechtlichung, Modernisierung und Frauenbewegung, Wiesbaden, 2004.
- Rullmann, Marit et al. (Hrsg.): Philosophinnen II. Von der Romantik bis zur Moderne, Dortmund, 1995.
- Rullmann, Marit/Gründken, Gudrun/Mrotzek, Marlies: Philosophinnen. Von der Antike bis zur Aufklärung, 2. Aufl., Zürich-Dortmund, 1994.
- Ruppelt, Georg: Wenn die faulen Säcke mit den grauen Mäusen ... Plädoyer für vielfältige Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 52. Jg., 2005, H. 6, S. 310 - 317.
- Salm, Carola: Nutzerbefragung der Stadtbüchereien Düsseldorf, in: Borchardt, Peter (Hrsg.): Die effektive Bibliothek. Endbericht des Projekts ‚Anwendung und Erprobung einer Marketingkonzeption für Öffentliche Bibliotheken‘, Bd. 2: Anhänge, Berlin, 1992, S.1 - 25.
- Saltzwedel, Johannes: Post von ‚Spartacus‘. Geheimbünde, in: Der Spiegel, 2005, H. 40, S. 204 - 206.
- Sauppe, Eberhard/Vollers, Hinrich (Hrsg.): Arbeitsvorgänge in wissenschaftlichen Bibliotheken. Beiträge zur Praxis der Beschreibung und Bewertung von bibliothekarischen Arbeitsplätzen nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT), Hannover-Waldhausen, 1978.
- Sauppe, Eberhard/Vollers, Hinrich (Hrsg.): Arbeitsvorgänge in wissenschaftlichen Bibliotheken (AVWB). Beiträge zur Praxis der Beschreibung und Bewertung von bibliothekarischen Arbeitsplätzen nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT), 2. Aufl., Berlin, 1991.
- Schenk, Chris: Über Frauenpolitik, Gender Mainstreaming und die Notwendigkeit der Weiterentwicklung politischer Theorie und Praxis, in: Hertzfeldt,

- Hella/Schäfgens, Katrin/Veth, Silke (Hrsg.): GeschlechterVerhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis, Berlin, 2004, S. 209 - 220.
- Schiffer, Heike/Umlauf, Konrad: Haushaltssystematik, Titel, Kapitel, Haushaltsstelle, in: Hobohm, Hans-Christoph/Umlauf, Konrad (Hrsg.): Erfolgreiches Management von Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Fachratgeber für die Bibliotheksleitung und Bibliothekare, Hamburg, 2007, Loseblattausgabe, Kap. 5.2.3, S. 1 - 10.
- Schilcher, Anita: Neue Leser braucht das Land!, in: Wawra, Daniela (Hrsg.): Genderforschung multidisziplinär, Frankfurt/Main et al., 2007, S. 221 - 241.
- Schlager, Christa/Trukeschitz, Birgit: Staatsausgaben aus der Geschlechterperspektive - Methodischer Ansatz und erste Ergebnisse für Österreich, in: Gubitzer, Luise/Trukeschitz, Birgit (Hrsg.): Frauen und Budget, Frankfurt/Main, 2004, S. 155 - 187.
- Schleihagen, Barbara: Bibliotheksgesetze und ihre Umsetzung in Europa - eine nicht ganz zufällige Auswahl, in: 11. Thüringer Bibliothekstag in Sömmerda am 5. Oktober 2005. Auf dem Weg zu einem Bibliotheksgesetz, Erfurt, 2005, S. 7 - 16, [www.db-thueringen.de/servlets/DocumentServlet?id=5451](http://www.db-thueringen.de/servlets/DocumentServlet?id=5451), 26.03.2007.
- Schmid, Pia: Weib oder Mensch, Wesen oder Wissen? Bürgerliche Theorien zur weiblichen Bildung um 1800, in: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hrsg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 1: Vom Mittelalter bis zur Aufklärung, Frankfurt/Main-New York, 1996, S. 327 - 345.
- Schmitt, Katja: Gender Mainstreaming im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. Grundlagen, Ziele, Diskussion, Berlin, 2005.
- Schmitter, Romina: Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung in Deutschland, Stuttgart, 1996.
- Schmitz, Siegfried: Charles Darwin. Leben - Werk - Wirkung, Düsseldorf, 1983.
- Schmölzer, Hilde: Revolte der Frauen. Porträts aus 200 Jahren Emanzipation, Wien, 1999.
- Schneider, Werner: Standort und Stellenwert in der Finanzkrise. Die Münchner Stadtbibliothek in der aktuellen kulturpolitischen Spardebatte, in: Buch und Bibliothek, 55. Jg., 2003, H. 12, S. 726 - 730.
- Schnöbel, Marcus: Lesekompetenz, Medien und Geschlecht. Diagnosen und Konsequenzen aufgrund der PISA-Studie, um 2001,



[www.medien.bildung.hessen.de/kompass/material/Lesekompetenz\\_Medien\\_und\\_Geschlecht.pdf](http://www.medien.bildung.hessen.de/kompass/material/Lesekompetenz_Medien_und_Geschlecht.pdf), 20.08.2007.

Schötz, Susanne: Handelsfrauen im neuzeitlichen Leipzig: Gewerberecht und Lebenssituationen (16. bis 19. Jahrhundert), in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 151 - 174.

Schrader, Anne-Kathrin: Stadtbibliothek Wolfsburg. Auswertung der Kundenbefragung 2006/2007. Praxissemesterprojekt Oktober 2006 - Januar 2007, Wolfsburg, 2007.

Schatzenstaller, Margit: Gender Budgets - ein Überblick aus deutscher Perspektive, in: Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hrsg.): Gender Mainstreaming - eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis, Frankfurt/Main, 2002, S. 133 - 155.

Schreyögg, Friedel: Gender Budgeting - Umsetzung in der kommunalen Haushaltsplanung. Vortrag bei der Tagung Gender Mainstreaming - praktisch -. Erfolgreiche Umsetzung und Gender Budgeting im Alltag am 30. November 2006 in Kiel, München, 2006.

Schreyögg, Friedel et al.: Haushalt für alle! Mit Gender Budgeting zum geschlechtergerechten Haushalt. Dokumentation der Fachtagung vom 27.11.2004 in München, München, 2005.

Schubert-Lehnhardt, Viola: Implementierung von Verfahren des Gender Budgeting in einem Gesamtprozess partizipativer Haushaltsaufstellung am Beispiel des Berliner Stadtbezirkes Lichtenberg. Oder: Wie Frauen und Männer aus Berlin Lichtenberg sich an der Planung ihres Haushalts beteilig(t)en und welche Ergebnisse sie dort bei der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit erreicht haben. Expertise im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung August 2005 bis Januar 2006, 2. Aufl., Berlin, 2006.

Schwab, Dieter: Gleichberechtigung und Familienrecht im 20. Jahrhundert, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 790 - 827.

Schweikert, Birgit: Alles Gender - oder? Die Implementierung von Gender Mainstreaming auf Bundesebene, in: Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hrsg.): Gender Mainstreaming - eine Innovation in

- der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis, Frankfurt/Main, 2002, S. 83 - 105.
- Schwemer-Martienßen, Hella: Ringen um die Zukunftsfähigkeit der Öffentlichen Bibliotheken. Die Methodik des Sparens in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, in: Buch und Bibliothek, 55. Jg., 2003, H. 12, S. 734 - 738.
- Seidel, Helmut: Johann Gottlieb Fichte zur Einführung, Hamburg, 1997.
- Sharp, Rhonda/Broomhill, Ray: Budgeting for Equality: The Australian Experience, in: Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck-Wien-Bozen, 2006, S. 63 - 82.
- Spribille, Inge: Auch bei uns? - ‚Librarianship: The erosion of a woman’s profession’, in: Kraus, Karin/Gumpert, Heike (Hrsg.): Frauen in Bibliotheken melden sich zu Wort. Frauen wollen mehr, Frankfurt/Main, 1998, S. 16 - 19.
- Stachnik, Ingeborg: Besucherbefragungen in Bibliotheken. Grundlagen, Methodik, Beispiele, Berlin, 1995.
- Stadt Hamm: Unternehmen Stadt. Pilotprojekt ‚Dezentrale Ressourcenverantwortung im Vermessungs- und Katasteramt und in der Stadtbücherei’. Dokumentation, 1995.
- Stadtbücherei Hamm: Kontrakt 1996, Hamm, 1996.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Frauen in Deutschland, Wiesbaden, 2004.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2007. Für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, 2007.
- Steinhauer, Eric: Aktuelle Entwicklungen im Thüringer Bibliotheksrecht. Anmerkungen zur geplanten Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes und zum Stand der Initiative für ein Thüringer Bibliotheksgesetz, in: Bibliotheksdienst, 40. Jg., 2006, H. 7, S. 880 - 897.
- Stiegler, Barbara: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming, in: Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hrsg.): Gender Mainstreaming - eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis, Frankfurt/Main-New York, 2002, S. 19 - 40.
- Stoller, Robert: Sex and Gender. On the Development of Masculinity and Femininity, London, 1968.

- Teckentrup, Konrad: Zum Stand der Buchmarkt-Forschung, in: Dorsch, Petra/Teckentrup, Konrad (Hrsg.): Buch und Lesen International. Berichte und Analysen zum Buchmarkt und zur Buchmarkt-Forschung, Gütersloh, 1981, S. 21 - 36.
- Theile, Merlind: Aufbruch ins Gestern, in: Der Spiegel, 2006, H. 3, S. 78 - 79.
- Thiele, Robert: Niedersächsische Gemeindeordnung. Kommentar, 7. Aufl., Kiel, 2004.
- Thiele, Robert: Niedersächsische Gemeindeordnung. Textausgabe der NGO 1996 in aktueller Fassung mit ergänzenden Rechtsvorschriften, 32. Aufl., Kiel, 2006.
- Tondorf, Karin: Gender Mainstreaming - eine erfolgversprechende Strategie zur Geschlechtergerechtigkeit?, in: Niesyto, Annette/Kemper, Gisela/Friedmann, Michaela (Hrsg.): Organisationsziel - Geschlechtergerechtigkeit. Arbeitstagung für Frauen und Männer in der Stadtverwaltung und im Städt. Klinikum gGmbH. 22. Mai 2000. Tagungs-Dokumentation, Karlsruhe, 2000.
- Trommer, Heide: Gender Mainstreaming - Zauberstrategie auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?!, in: Netzwerk Gender Training (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse bewegen. Erfahrungen mit Gender Training, Königstein/Taunus, 2004, S. 175 - 188.
- Tullius, Christiane: Typologien der Leser und Mediennutzer, in: Franzmann, Bodo et al. (Hrsg.): Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend. Eine Studie der Stiftung Lesen, Hamburg, 2001, S. 61 - 83.
- Umlauf, Konrad: Bestandsaufbau an öffentlichen Bibliotheken, Frankfurt/Main, 1997.
- Villa, Paula-Irene: (De)Konstruktion und Diskurs-Genealogie: Zur Position und Rezeption von Judith Butler, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden, 2004a, S. 141 - 152.
- Villa, Paula-Irene: Poststrukturalismus: Postmoderne + Poststrukturalismus = Postfeminismus?, in: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden, 2004b, S. 234 - 238.
- Vitiello, Giuseppe: Die 4 Kernpunkte der ‚Richtlinien zur Bibliotheksgesetzgebung und -politik in Europa‘, in: Bohrer, Christiane (Hrsg.): Bibliotheksgesetzgebung

- in Europa. Diskussionsbeiträge und Länderberichte, Bad Honnef, 2000, S. 37 - 40.
- Vodosek, Peter: ‚Bibliotheksleiter wollen und können führen‘ - Ergebnisse einer Untersuchung in Dänemark, in: Buch und Bibliothek, 54. Jg., 2002, H. 10/11, S. 653 - 654.
- Vodosek, Peter: Zur Entwicklung des Bibliothekarischen Berufs als Frauenberuf, in: Bibliothek, Forschung und Praxis, 1981, H. 3, S. 231 - 244.
- Vogel, Christian: Charles R. Darwin, sein Werk ‚Die Abstammung des Menschen‘ und die Folgen, in: Darwin, Charles: Die Abstammung des Menschen, 1871, 5. Aufl., Stuttgart, 2002, S. VII - XLII.
- Vogel, Ursula: Gleichheit und Herrschaft in der ehelichen Vertragsgesellschaft - Widersprüche der Aufklärung, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 265 - 292.
- Vogelsang, Klaus/Lübking, Uwe/Jahn, Helga: Kommunale Selbstverwaltung. Rechtsgrundlagen - Organisation - Aufgaben, 2. Aufl., Berlin, 1997.
- Vollers, Hinrich et al.: Arbeitsplatzbewertung für den wissenschaftlichen Bibliotheksdienst (AWBD). Beiträge zur Beschreibung und Bewertung von Arbeitsplätzen nach den Vergütungsgruppen IIa bis I des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT), Berlin, 1997.
- Vollmer, Marianne: Leadership statt Management. Werteorientiert, sozial kompetent, Regensburg-Berlin, 2005.
- Vonhof, Cornelia et al.: Bestandsaufnahme der finanziellen Situation der Bibliotheken - Deutschland und international, in: Vonhof, Cornelia et al.: Haushaltskonsolidierung in Bibliotheken, [www.spareninbibliotheken.de/finanz.htm](http://www.spareninbibliotheken.de/finanz.htm), 2007a, 19.01.2007.
- Vonhof, Cornelia et al.: Vorstellung der Homepage [www.bibliothekssterben.de](http://www.bibliothekssterben.de) - Analysen, Trends, in: Vonhof, Cornelia et al.: Haushaltskonsolidierung in Bibliotheken, [www.spareninbibliotheken.de/bibsterb.htm](http://www.spareninbibliotheken.de/bibsterb.htm), 2007b, 19.01.2007.
- Wagner, Sabine: ‚Förder-Mittel-Politik‘. Zur aktuellen Budgetsituation von Frauenorganisationen in Österreich, in: Gubitzer, Luise/Trukeschitz, Birgit (Hrsg.): Frauen und Budget, Frankfurt/Main, 2004, S. 189 - 206.
- Wagner-Link, Angelika: Frauen zeigen Profil. Weibliche Wege zum Erfolg, Renningen-Malmsheim, 1997.

- Wanzek, Ute: Gender Mainstreaming - Ansätze in Sachsen-Anhalt, in: Jansen, Mechthild/Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, 2. Aufl., München, 2004, S. 76 - 93.
- Weber-Will, Susanne: Geschlechtsvormundschaft und weibliche Rechtswohlthaten im Privatrecht des preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794, in: Gerhard, Ute (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, 1997, S. 452 - 459.
- Weingarten, Susanne/Wellershoff, Marianne: Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung, Köln, 1999.
- Weinmann, Ute: Dritter Bericht über Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in den Senats- und Bezirksverwaltungen im Land Berlin. Berichtszeitraum Mitte 2004 bis Mitte 2005, Berlin, 2005.
- Weinmann, Ute: Erster Bericht über Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung. Berichtszeitraum 2002/2003, Berlin, 2003.
- Weinmann, Ute et al.: Gender Budget Pilotprojekte in der Berliner Verwaltung. Materialband, Berlin, 2004a.
- Weinmann, Ute: Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) in der Berliner Politik und Verwaltung (Pilotphase April 2003 bis März 2004), Berlin, 2004b.
- Wenzel, Cornelia: Tagung von Frauenarchiven und -bibliotheken, in: Bibliotheksdienst, 38. Jg., 2004, H. 12, S. 1645 - 1646.
- Wetterberg, Tomas: Die männliche Strategie der Unterordnung. Oder: Wollen Männer überhaupt Gleichberechtigung?, in: Lang, Klaus et al. (Hrsg.): Die kleine große Revolution. Gender Mainstreaming - Erfahrungen, Beispiele, Strategien aus Schweden und Deutschland, Hamburg, 2004, S. 92 - 101.
- Wienholz, Heike: Ein Kommen und Gehen. Die Generation der Zeitverträge in deutschen Bibliotheken, in: Buch und Bibliothek, 57. Jg., 2005, H. 9, S. 568 - 570.
- Wimmer, Ulla: Worum geht es bei der Verwaltungsreform?, in: Wimmer, Ulla (Hrsg.): Verwaltungsreform: Bibliotheken stellen sich der Herausforderung, Berlin, 1995, S. 11 - 30.
- Winter, Regine/Krell, Gertraude: ‚Aufwertung von Frauentätigkeiten‘. Gutachten für die ÖTV, Januar 1997, Kurzfassung der wichtigsten Ergebnisse, in: Kraus,

- Karin/Gumpert, Heike: Frauen in Bibliotheken melden sich zu Wort. Frauen wollen mehr, Frankfurt/Main, 1998, S. 58 - 59.
- Wokler, Robert: Rousseau, Freiburg-Basel-Wien, 1999.
- Wolfstieg, August: Frauen im Bibliotheksdienst (1903), in: Lüdtkke, Helga (Hrsg.): Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken, Berlin, 1992, S. 58 - 64.
- Wrede-Grischkat, Rosemarie: Manieren und Karriere. Internationale Verhaltensregeln für Führungskräfte, 4. Aufl., Frankfurt/Main-Wiesbaden, 2001.
- Young, Brigitte: Geschlechtergerechte Staatshaushalte. Geschlechterungleichheit ist ökonomisch ineffizient, in: Elson, Diane/Young, Brigitte: Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting? Überlegungen und Beispiele, Berlin, 2002.
- Ziegenbein, Klaus: Controlling, 8. Aufl., Ludwigshafen, 2004.

## **Erklärung**

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und hierzu keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet habe. Alle Aussagen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus fremden Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher noch nicht anderweitig als Dissertation eingereicht oder veröffentlicht.

Berlin ..... ..